

HISTORISCH-POLITISCHE  
MITTEILUNGEN

Archiv für  
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

13. Jahrgang  
2006



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

## HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

13. Jahrgang 2006

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Brigitte Kaff

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 2210

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de

### *Verlag:*

Böhlau Verlag GmbH & Cie, Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

e-mail: info@boehlau.de

Die Zeitschrift »HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN/Archiv für Christlich-Demokratische Politik« erscheint einmal jährlich mit einem Heftumfang von mindestens 250 Seiten. Der Preis beträgt € 19,50. Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

© 2006 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ewert GmbH, Bayreuth

Druck und Verarbeitung: MVR-Druck GmbH, Brühl

ISSN 0943-691X

## Inhalt

### AUFSÄTZE

<i>Hans-Peter Schwarz</i> .....	1
Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?	
<i>Christian Schwießelmann</i> .....	25
Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern	
<i>Martin Greschat</i> .....	47
„Mit den Vertriebenen kam Kirche“? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema	
<i>Andreas Grau</i> .....	77
Hinterherlaufen, „hinauskatapultieren“ oder spalten? Zum Verhältnis von Union und FDP nach der Bundestagswahl 1969	
<i>Rudolf Uertz</i> .....	93
Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD	
<i>Karl-Rudolf Korte</i> .....	121
Die Parteienlandschaft nach den Bundestagswahlen und die Zukunft der Volksparteien	
<i>Günther Heydemann</i> .....	135
Wirtschaftliche, soziale und psychologische Aspekte der deutschen Wiedervereinigung nach 15 Jahren: Erfolge und Fehlentwicklungen	

### DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

#### VI. Umweltpolitik

<i>Günter Buchstab</i> .....	151
Einführung	

<i>Helmut Weidner</i> .....	155
Ein neues Politikfeld – eine Bilanz aus Sicht der Wissenschaft	
<i>Gerhard Voss</i> .....	169
Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie	
<i>Klaus W. Lippold</i> .....	195
Im Machtdreieck von Partei, CDU/CSU-Fraktion und Regierung	
<i>Helmut Röscheisen</i> .....	205
Die Umweltpolitik 1982–1998 aus der Sicht der Umweltverbände	
100 JAHRE EUGEN GERSTENMAIER	
<i>Günter Buchstab</i> .....	211
Einführung	
<i>Joachim Scholtyseck</i> .....	215
Eugen Gerstenmaier im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik: Widerstehen und sich Wehren	
<i>Martin Honecker</i> .....	225
Gerstenmaier und die evangelische Kirche	
<i>Norbert Lammert</i> .....	237
Zwischen Demut und Selbstbewusstsein – Gerstenmaier als Bundestagspräsident	
<i>Michael Klein</i> .....	247
Eugen Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union	
<i>Rudolf Morsey</i> .....	257
Gerstenmaier und Adenauer	
MISZELLEN	
<i>Gerhard Wettig</i> .....	271
Beneš – Stalins Gehilfe bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei	
<i>Werner Kilian</i> .....	281
Adenauer und Bruder Klaus. Zur Religiosität Konrad Adenauers	

## LITERATURBERICHTE

<i>Klaus Hildebrand</i> .....	293
Zur Ära Kohl 1982–1990 (Andreas Wirsching: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990)	
<i>Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie</i> .....	301
(Auswahlbibliographie)	
ABSTRACTS – Résumés – Zusammenfassungen .....	307
Mitarbeiter dieses Bandes .....	325



## AUFSÄTZE

### Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt?<sup>1</sup>

Von Hans-Peter Schwarz

Lassen Sie mich mit zwei Zahlen beginnen. Es gibt zwei vorzügliche Grundrisse zur bundesdeutschen Geschichte, die wir alle kennen oder doch kennen sollten. Der erste zur Entstehung und Entwicklung von 1945–1969 stammt von Rudolf Morsey und ist im Jahr 2000 in 4. Auflage erschienen. Der zweite hat Andreas Rödder zum Verfasser und deckt die Periode von 1969–1990 ab. Morsey's Bibliographie enthält nicht weniger als 1.476 Titel. Wer das Buch kennt und wer Morsey kennt, weiß, dass er alle diese Titel gelesen und gründlich diskutiert hat. Dasselbe gilt für Rödder. Da er nur 21 Jahre abdeckt, über die auch weniger geforscht wurde, verzeichnet er etwas weniger Titel: 874 Bücher und Aufsätze.

Wen nach nuancierten Forschungsberichten über die Jahre 1945 bis 1990 verlangt, der wird durch die genannten Autoren bestens bedient. Aber natürlich konnten sie nur eine Auswahl aus der großen Fülle von Veröffentlichungen treffen.

Seit 1990 sind aber bereits wieder 15 Jahre ins Land gegangen, die auch zur Geschichte der Bundesrepublik gehören. „Neueste Zeitgeschichte“, nenne ich das.<sup>2</sup> Auch zu dieser Phase ist viel geforscht worden, allerdings vorwiegend von Seiten der Politischen Wissenschaft. Bekanntlich haben sich die Politologen schon immer als eine Art leichter Kavallerie auf den Forschungsfeldern der Zeitgeschichte getummelt, in einem gewissen Abstand gefolgt von den breiten, schwer gerüsteten Hoplitens-Kolonnen der Fachhistoriker, die unter Respektierung der 30-Jahres-Sperre auf amtliches Archivgut hinterher stampfen, dann aber keinen Halm auf dem Schlachtfeld stehen lassen. Bis zum heutigen Tag haben die Politologen die Nase vorn.<sup>3</sup>

---

1 Festvortrag anlässlich des 30-jährigen Gründungsjubiläums des Archivs für Christlich-Demokratische Politik am 5. November 2005.

2 Hans-Peter SCHWARZ, *Die neueste Zeitgeschichte*, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28.

3 So kommt beispielsweise die bisher solideste historiographische Darstellung der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder aus dem Schreibcomputer des Politikwissenschaftlers Hans Jörg HENNECKE, *Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung*, München 2003. Wer die 26 Seiten Literaturanhang durchmustert, mag erkennen, wie viel an empirischen Arbeiten allein zu vier kurzen Jahren der neuesten deutschen Zeitgeschichte schon im Jahr 2003 vorlag. Neben dieser Monographie zur ersten Regierungszeit Schröders sind zwei Sammelbände erschienen: Christoph EGGLE u.a.

Neben den Historikern und Politologen arbeiten auch Ökonomen, Soziologen, Medienwissenschaftler und andere Fachvertreter mehr an der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik, dazu jene zahlreichen Journalisten, die es seit langem gewöhnt sind, bei ihren Analysen der Tagespolitik die historischen Tiefendimensionen auszuleuchten. Die Geschichte der Bundesrepublik gehört also nicht allein den Historikern, so unverzichtbar deren Beiträge auch sind.

Jedenfalls ist es evident, dass jeder Versuch, in meinem Vortrag so etwas wie einen Forschungsbericht im Stenogrammstil zu geben, methodisch verfehlt und viel zu pauschal wäre. Seien Sie also bitte nicht enttäuscht, wenn ich solchen Erwartungen nicht entspreche.

Meine Absicht ist eine andere. Unter dem Titel „Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik?“ möchte ich fragen, welche *neuen* Forschungsperspektiven vor dem Hintergrund einer schon fast uferlosen Geschichtsschreibung *heute*, im Jahr 2005, angebracht wären. Die meisten bisherigen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik, doch auch ein Großteil der Einzelforschung enden mit dem *annus mirabilis* 1990. Ein paar kursorische Seiten skizzieren dann noch die Probleme der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung, und das ist es dann auch.<sup>4</sup>

Tatsächlich ist die Geschichte der Bundesrepublik aber weitergegangen. So wie bei einem Menschen verändern sich auch das Gesicht und die Physis eines Staates über die Jahre und Jahrzehnte hinweg. Der Biograph eines Individuums, der dessen Lebensgeschichte nachspürt und sie verstehen möchte, muss natürlich diese diachronische Entwicklung nachzeichnen. Und er darf auch nicht bei einer bestimmten Entwicklungsphase stehen bleiben. Ich plädiere hier gewiss nicht für eine organizistische Geschichtsschreibung, meine aber doch, dass man bei der Deutung eines großen Landes ähnlich vorgehen sollte.

---

(Hg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden 2003; Antonia GOHR/Martin SEELEIB-KAISER (Hg.), *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*, Wiesbaden 2003. Auch die Außenpolitik der rot-grünen Koalition hat viel Beachtung gefunden. Über die Sicherheitspolitik informiert der Sammelband von Sebastian HARNISCH u. a. (Hg.), *Deutsche Sicherheitspolitik*, Baden-Baden 2004. Verwiesen sei auf die gleichfalls bilanzierenden Aufsätze von Christian HACKE, Peter RUDOLF und Lisette ANDREAE zur deutschen Außenpolitik in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* [APuZ], B 48 (2002), und aus der Sicht des Jahres 2004 die Aufsätze von Werner LINK, Gregor SCHÖLLGEN, Hanns W. MAULL, Thomas RISSE, Gunther HELLMANN, Rolf CLEMENT, Jochen THIES, in: *APuZ*, B 11 (2004). Auch meine Monographie *Republik ohne Kompaß: Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005, versteht sich als ein zeitgeschichtlich fundierter Beitrag kritischer Politologie.

<sup>4</sup> Charakteristisch: Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, Bd. 2, München 2000, S. 606–639.



Es wäre also verkehrt, die Geschichte eines Staates und einer Gesellschaft allein aus den jeweils abgeschlossenen Geschichtsphasen heraus zu begreifen. Das gilt auch für die Geschichte der Bundesrepublik. Im Jahr 1999 beispielsweise, als der 50. Geburtstag der Bundesrepublik auch von den Historikern mit vielen Aufsätzen, Sammelbänden, selbst mit Monographien zelebriert worden ist, wurde ein vielstimmiger Choral angestimmt: „success story“, „endlich im Westen angekommen“, „Konsolidierung“, „Normalisierung“ und wie das alles formuliert war.<sup>5</sup>

Heute indessen, kaum sechs Jahre später, lässt sich die Erkenntnis nicht ganz abweisen, dass diese etwas selbstgefällige Porträtmalerei einer Epoche angehört, die bereits weit zurückliegt. Es hat ein Perspektivenwandel stattgefunden. Die Aufgabe moderner Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik besteht darin, mittels Analyse der heutigen Lage und des heutigen Bewusstseins, das nicht mehr besonders hochgestimmt ist, die angemessenen historischen Forschungsperspektiven zu entwickeln. Natürlich ist die Gesamtentwicklung eines großen Landes methodisch nur schwer zu erfassen. Man muss perspektivisch vorgehen, denn erst beim Blick auf verschiedenste Deutungssachsen, die allesamt nur Teilwahrheiten erkennen lassen, ergibt sich ein Gesamtbild.

In Nietzsches bössartiger Streitschrift „Zur Genealogie der Moral“ (1887) findet sich ein Satz zur Methodologie der Erkenntnis, der mir immer gut gefallen hat: „Es gibt nur ein perspektivisches Sehen, nur ein perspektivisches ‚Erkennen‘, und je mehr Affekte wir über eine Sache zu Wort kommen lassen, je mehr Augen, verschiedene Augen wir für dieselbe Sache einzusetzen wissen, umso vollständiger wird unser ‚Begriff‘ dieser Sache, unsere ‚Objektivität‘ sein.“<sup>6</sup> Nietzsche war kein Vorläufer der Christlichen Demokratie. Man mag auch bezweifeln, ob seine Erkenntnistheorie Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. Dass aber historische Erkenntnis dem Ziel der Objektivität dann am ehesten nahe kommt, wenn der Historiker sein Thema aus einer Vielzahl von Perspektiven ins Auge fasst, davon bin ich überzeugt.

So möchte ich denn im Folgenden eine Handvoll Perspektiven skizzieren, die sich allesamt an der Frage orientieren: Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik heute? Welche Forschungsperspektiven erscheinen aus heutiger Sicht besonders vielversprechend? Aus der Vielzahl denkbarer Aspekte seien drei herausgegriffen.

Erstens: Welches Profil, um im Bild zu bleiben, weist das wiedervereinigte Deutschland heute auf, nach Ablauf des ersten Jahrfünfts des 21. Jahrhunderts, das munter begonnen hat und auch künftig für viele Überraschungen gut ist?

---

5 Ralf ALTENHOFF, *Herzendsdemokratie statt Vernunftrepublik. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Zeitschrift für Politik 47 (2000), S. 318–362.

6 Friedrich NIETZSCHE, *Werke in drei Bänden*, hg. von Karl SCHLECHTA, Bd. 2, München 1966, S. 861.

Hat sich dieses Profil im Vergleich zu früheren Phasen schon so stark verändert, dass ein Paradigmenwechsel der Historiographie die neuen Wirklichkeiten besser erfassen könnte als frühere, inzwischen inaktuell gewordene Paradigmen?

Zweitens, mehr spezifisch: Wie soll die Geschichtsschreibung aus Sicht des Jahres 2005 die sehr wichtige, fruchtbare Deutung fortentwickeln, dass die Geschichte der Bundesrepublik – um mit dem Titel von Heinrich August Winklers zu sprechen – als Endpunkt des „langen Weges nach Westen“ begriffen werden kann?<sup>7</sup> Anders formuliert: Was ist heute aus dem Selbstverständnis der „alten Bundesrepublik“ geworden, dass die „Westbindung“, wie ich selbst dies im Jahr 1975 formuliert habe, so etwas wie die Staatsräson der Bundesrepublik bildet?<sup>8</sup>

Schließlich die dritte Perspektive: Das bundesdeutsche Selbstbewusstsein gründet seit langem auf dem Stolz, eine gut funktionierende, wenn nicht gar vorbildliche Demokratie aufgebaut zu haben. Das ist richtig, dabei wird und soll es auch bleiben. Doch damit verband sich eine Art zweiter Pfeiler bundesdeutscher Identität: das Selbstbewusstsein, das aus dem „Wirtschaftswunder“ resultierte, in dessen Gefolge die Bundesrepublik an die vier Jahrzehnte von den frühen fünfziger Jahren an bis zu den frühen neunziger Jahren zur modernsten Wirtschaftsgesellschaft Europas wurde“.<sup>9</sup>

Offenbar besteht aber seit einer Reihe von Jahren kein Grund mehr, auf die wirtschaftliche Leistung besonders stolz zu sein. Das wirkt sich nicht nur auf die Psychologie aus. Es ist ein großes Handicap für die innere Entwicklung, nicht zuletzt auch für die Europapolitik und die Sicherheitspolitik. Die meisten von uns kennen die alarmierende Studie von Gabor Steingart „Deutschland: Der Abstieg eines Superstars“.<sup>10</sup> Wenn die dort skizzierten Befunde zutreffen, und ich fürchte, das ist so, was bedeutet das dann, wiederum aus der Sicht des Jahres 2005, für die aktuellen Forschungsperspektiven beim Blick auf die gesamte Geschichte der Bundesrepublik?

Neben vielem anderem, das undiskutiert bleiben möge, zeigen sich aus Sicht des Jahres 2005 und beim Blick auf die neueste deutsche Zeitgeschichte drei

---

7 WINKLER (wie Anm. 3).

8 Hans-Peter SCHWARZ, *Die Politik der Westbindung, oder: Die Staatsräson der Bundesrepublik*, in: *Zeitschrift für Politik* 22 (1975), S. 307–337.

9 Das Zusammenklingen von Staatsbewusstsein, von Stolz auf die überlegene Wirtschaftskraft und von nationalem Identitätsbewusstsein war auch für vorhergehende Epochen deutscher Nationalgeschichte bestimmend. So hat beispielsweise der einflussreiche britische Historiker Harold JAMES in seiner Monographie *Deutsche Identität: 1770–1990*, Frankfurt/M. 1990, die These aufgestellt, dass Deutschlands historische Besonderheit schon im 19. Jahrhundert, aber genauso danach bis in die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR „in der engen Verbindung zwischen Staatsbildung und wirtschaftlicher Entfaltung lag“.

10 Gabor STEINGART, *Deutschland: Der Abstieg eines Superstars*, München 2004.

neue Phänomene: die Geschichte der Bundesrepublik umfasst nun bereits 15 Jahre des nicht mehr geteilten, vereinigten Deutschlands (man bedenke: dies ist bereits ein längerer Zeitraum als die 12 Jahre des Dritten Reiches!), sie hat die Aufgabe zu lösen, die gewissermaßen klassische Außenpolitik der „Westbindung“ in einem grundlegend neu strukturierten europäischen Staatensystem weiterzuführen, und sie ist in diesem Zeitraum zugleich in eine sichtliche Stagnationsphase eingetreten, wenn nicht gar eine Phase des Niedergangs. Verlangt jedes dieser Phänomene nicht auch nach neuen Paradigmen?

## I.

Es ist schon häufig dargestellt worden, dass die Bundesrepublik während der ersten 15 Jahre ihres Bestehens kein historisches Bewusstsein ihrer selbst ausformen konnte.<sup>11</sup> Staatsrechtlich und politisch verstand sie sich zwar als deutschen Kernstaat in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches. Aber es war ein seiner selbst unsicherer Kernstaat. Die Provisoriumsdebatte überwog.

Das historische Bewusstsein wurde damals weniger von den zünftigen Historikern, etwas zupackender schon von den Politologen und am eindringlichsten von den Publizisten artikuliert. Einer von diesen, Friedrich Sieburg, schrieb 1954: „Wie, dieses seltsam gereckte Gebilde, das schlampig um eine verbogene Nord-Südachse gruppiert ist, soll alles sein, was uns von Deutschland geblieben ist? ... Das Unfertige, ja Verstümmelte, das von jeher zum Schicksal unserer Nation gehörte, droht eine Art von Endgültigkeit anzunehmen ...“<sup>12</sup>

Alles befand sich im Zustand des Provisoriums, was gemäß dem Verständnis des Staatsrechts das Charakteristikum eines Staates ausmacht: völlig unklare, willkürlich auferlegte Grenzen, ein gewaltsam geteiltes Staatsvolk. Bis 1955 lag die oberste Souveränität bei den drei westlichen Siegermächten, die

---

11 Mehr noch als andere Berufsgruppen sind Historiker naturgemäß mit Geschichtsbewusstsein geschlagen und halten daher das historische Selbstbewusstsein eines Staates für eine sehr wichtige Sache. Somit findet die geschichtliche Ortsbestimmung der Bundesrepublik (sowie der DDR) seit langem großes historiographisches Interesse, neuerdings sogar das Geschichtsbewusstsein der Historiker selbst. Seit der Monographie von Winfried SCHULZE, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1989, ist der Blick der Historiker auf die deutsche Geschichte immer wieder zum Gegenstand tieferschürfender oder mehr essayistischer Studien geworden – und dies, wie könnte es anders sein, durchweg strittig. Das Ethos des Historikers verpflichtet zwar zur Objektivität, doch Edgar WOLFRUM, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, erinnert daran, dass Geschichtsdeutungen häufig auch politisch sind, genauso wie die Politik mit Geschichtsdeutungen arbeitet. Das gilt auch für WOLFRUM, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erneuerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, wenn er allen Ernstes die Jahre seit 1969 als „Neubegründungsprozeß der Bundesrepublik“ bezeichnet.

12 Friedrich SIEBURG, *Die Lust am Untergang: Selbstgespräche auf Bundesebene*, Hamburg 1954, S. 121f.

einen nicht unwichtigen Restbestand ihrer Zuständigkeiten bis 1990 behielten. Kein Wunder, dass die damals ins Leben tretende Zeitgeschichtsforschung ihre volle Aufmerksamkeit der deutschen Geschichte vor Gründung der Bundesrepublik zuwandte: Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg, Weimarer Republik. Historiographisch trat die Bundesrepublik selbst erst in den sechziger Jahren verstärkt in den Focus der Forschung.

Die alliierten Entscheidungen über die Teilung Deutschlands, die deutsche Geschichte in der Besatzungszeit, die Auseinanderentwicklung Westdeutschlands und der DDR, die verfassungspolitische und parteipolitische Abgrenzung von der Weimarer Demokratie, der fundamentale Gegensatz zu dem vorhergehenden Totalitarismus des Dritten Reiches und der zeitgenössische Gegensatz zur totalitären Herrschaft der Sowjetunion in der Ostzone, wie sie noch lange nach Gründung der DDR genannt wurde – das waren die ersten Themen.<sup>13</sup>

*Grosso modo* seit Mitte der sechziger Jahre und verstärkt in den Siebzigern erfasste dann auch das in der Forschungsliteratur zum Ausdruck kommende Bewusstsein der Historiker und Politologen die neue Lage. Weshalb und in welcher Hinsicht die Bundesrepublik etwas ganz Neues, aber auch etwas Definitives war, wurde nun auf zahlreichen Feldern beleuchtet. Die Zäsur des Jahres 1945 wurde zunehmend verabsolutiert. Gewiss blieben die Kontinuitäten der Wirtschaft, der Gesellschaft, der individuellen Biographien nicht unbeachtet. Auch die Entzugserscheinungen und das Leiden an der Teilung fanden in der Forschung ihren Ausdruck. Aber es dominierte doch die Erkenntnis, dass die Bundesrepublik ein ganz neuer Wurf der deutschen Geschichte war, unverwechselbar anders als die vorhergehenden Formen deutscher Staatlichkeit, unverwechselbar anders auch als die DDR.

So fand in die Bücher, Aufsätze und publizistischen Versuche der Historiker, Politologen und Soziologen auch die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit Eingang. Da der Nationalstaat im Unterschied zu Frankreich, Italien oder den Niederlanden so offensichtlich zerbrochen war, begann sich auch die Historikerkunft mehr und mehr ihres post-nationalen Bewusstseins zu rühmen.

Charakteristisch für die Sicht der bundesdeutschen Geschichte, die sich in den siebziger Jahren weithin durchsetzte, war das Vorwort zur fünfbandigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die zwischen 1981 und 1987 erschienen ist. „Unter diesem Vorbehalt einer bewusst gepflegten Vorläufigkeit“, so liest man dort, „konnte und sollte sich weder ein Staats- noch ein

---

13 Zur Periodisierungsgeschichte und zur Thematik der zeitgeschichtlichen Forschung siehe Udo WENGST, *Deutsche Geschichte nach 1945*, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht [GWU] 54 (2003), S. 355–368, und Hans Günter HOCKERTS, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127.

Geschichtsbewusstsein entwickeln.“ Nach mehr als dreißig Jahren gelte es aber nun zu erkennen, dass die Bundesrepublik Deutschland, „wie sehr sie sich dagegen gesträubt hat ... eine eigene Geschichte hat“.<sup>14</sup>

Doch die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik war schon zuvor auf diesen Pfad eingeschwenkt und bewegte sich jetzt innerhalb der großen Schneiden: Konsolidierung einer rechtsstaatlichen Demokratie, Ausbildung und Fortbildung der sozialen Marktwirtschaft, Westbindung, Selbstbehauptung im Kalten Krieg und Versuch, diesen durch Entspannungspolitik erträglich zu machen, wenn nicht zu überwinden, Frustration der Wiedervereinigungspolitik, Modernisierung, europäische Integration und so fort.

Da und dort regte sich in den siebziger und achtziger Jahren sogar die Neigung, die erzwungene Zweitstaatlichkeit als eine moderne Form der Aufspaltung Deutschlands zu verstehen, die im „alten Reich“ und bis zur Gründung des Bismarckreichs die Geschichte des deutschen Volkes bestimmt habe. Manche Geistes- und Sozialwissenschaftler, Historiker und Politologen gleichermaßen, zeigen sich doch nicht selten geneigt, die den jeweiligen Status quo und den jeweils dominierenden Zeitgeist auf ihre Weise legitimieren.<sup>15</sup> „Alles spricht dafür, dass die Phase des konsolidierten nationalen Gesamtstaates von 1871–1933 eine Episode in der deutschen Geschichte gewesen ist ...“, schrieb Wolfgang J. Mommsen im Jahr 1982.<sup>16</sup>

Wann sich das Denken in der Kategorie perspektivloser Zweistaatlichkeit weitgehend durchsetzte, wie stark bei manchen die Widerstände gegen die Akzeptanz der Teilung blieben, sei unerörtert. Im Großen und Ganzen hat Andreas Wirsching doch recht, wenn er rückblickend schreibt: „Es gehört zu den Ironien in der deutschen Geschichte, dass die alte Bundesrepublik eben in jenem historischen Augenblick an ihr Ende gelangte, als sich die Überzeugung durchgesetzt hatte, sie habe ihren ursprünglichen Status als teilstaatliches ‚Provisorium‘ definitiv überwunden.“<sup>17</sup>

Als dann die „alte Bundesrepublik“ durch Beitritt der DDR urplötzlich erweitert wurde, bestätigte sich erneut die Beobachtung, dass auch manche Historiker unter unseren Gelehrten die bereits erwähnte Physiologie des Vogels Wendehals aufweisen. Winkler argumentierte nun, die neue Bundesrepublik sei keine „post-nationale Demokratie unter Nationalstaaten mehr“, sondern „ein demokratischer, post-klassischer Nationalstaat unter anderen“.<sup>18</sup> Auch

---

14 *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden*, hg. von Karl-Dietrich BRACHER u.a., 5 Bde., Stuttgart 1981–1987, „Vorbemerkung“, Bd. 1, S. 7.

15 Hans-Peter SCHWARZ, *Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker*, in: GWU 44 (1993), S. 683–704.

16 Wolfgang J. MOMMSEN, *Wandlungen der nationalen Identität*, in: Werner WEIDENFELD (Hg.), *Die Identität der Deutschen*, Bonn 1983, S. 185.

17 Andreas WIRSCHING, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2001, S. 117.

18 WINKLER (wie Anm. 3), Bd. 2, S. 655.

jetzt stellte eine Mehrheit der Historiker und Politologen ihre Perspektive auf die im politischen Raum formulierten Zielvorstellungen ein, denen zufolge das vereinigte Deutschland beides gleichzeitig sei und zu sein habe: die von nationalen Traditionen geprägte Bundesrepublik und ein Teil des Integrationsverbunds der Europäischen Union mit der Bereitschaft zu periodisch intensiverer Souveränitätsabgabe.

Tatsächlich hatte sich 1990 das von der bundesdeutschen Öffentlichkeit fast vergessene Kernstaatskonzept durchgesetzt. Es versteht sich von selbst, weshalb die meisten der bisherigen „Zweistaatler“ unter den bundesdeutschen Historikern in Erinnerung an ihre erst kurz zurückliegenden Fehleinschätzungen nicht darauf bedacht waren, diesen Sachverhalt allzu provozierend zu beleuchten.

Vielmehr setzte nun auf breiter Front unter voller Nutzung der unversehens zugänglichen Archive die historische Erforschung der DDR ein – vielfach positivistisch, doch häufig auch kritisch. Die anfängliche Goldgräberstimmung ist zwar abgeflaut, aber die intensive Beschäftigung mit der DDR hatte ein paradoxes Ergebnis: Indem einerseits die bundesdeutsche Geschichte, andererseits die Geschichte der nicht mehr zukunftsfähigen DDR, wie das historiographisch geboten war, getrennt voneinander untersucht wurden, hat dies das Geschichtsbild der Zweistaatlichkeit historiographisch im Nachhinein verfestigt.

Heute wissen wir zwar genauer als zuvor, wie und warum die beiden deutschen Gesellschaften zwischen 1945 und 1990 einen getrennten Weg gegangen sind. Die Mehrheit derjenigen, die vor dem großen Umbruch 1990 die DDR als einen zweiten Modernisierungspfad begriffen haben, sind durch diese Forschungen eines besseren belehrt worden. Die Skepsis derer, die schon zuvor die Auffassung vertraten, das sozio-ökonomische System der DDR werde in einer Modernisierungs-Sackgasse enden, hat sich bestätigt. Aber das lähmende Bewusstsein schicksalhafter Andersartigkeit wurde durch die Forschung eher prolongiert als abgeschwächt.

Mit gutem Grund plädieren deshalb manche Historiker dafür, so Hans Günter Hockerts, die sogenannte doppelte Zeitgeschichte von Bundesrepublik und DDR „im Horizont der Vereinigung ... miteinander zu verknüpfen“.<sup>19</sup> In der Forschungspraxis ist aber dieses sehr einleuchtende Konzept dialektischer gegenseitiger Einwirkung allenfalls in Ansätzen gelöst. Historiographisch stehen die Geschichte der DDR und die der Bundesrepublik immer noch ziemlich unverbunden nebeneinander.

Inzwischen sieht sich die Geschichtsschreibung aber mit einer neuen, gleichfalls noch unbewältigten Aufgabe konfrontiert. Seit der Wiedervereini-

---

<sup>19</sup> Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit: NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998, S. 7f.

gung sind 15 Jahre ins Land gegangen. Die einstmals getrennten deutschen Staaten sind integral verschmolzen. Die geschichtlichen Nachwirkungen der Teilung in den beigetretenen neuen Ländern sind aber geblieben. Für die Wirtschaftskraft der „alten Bundesrepublik“ stellen die Anstrengungen zur Angleichung und zum Unterhalt der neuen Länder gleichfalls eine gewichtige Dauerbelastung dar, die vieles im Westen indirekt verändert hat. Die Mentalitäten, das Parteiensystem und die Lebensverhältnisse in Teilen der Alt-Länder und in Teilen der Neu-Länder sind gleichfalls noch verschieden, wenngleich nur teilweise.

Was bedeutet das für das historiographische Selbstbewusstsein des wiedervereinigten Deutschlands? Welche Forschungsstrategien sind dadurch geboten? Nicht mehr die Analyse der getrennten Entwicklung der Jahre 1945 bis 1990, sondern die Analyse und Beschreibung der Art und Weise, wie das vereinigte Deutschland einerseits aufgrund einer insgesamt doch beispiellosen Kraftanstrengung zusammenwächst, andererseits aber noch nicht völlig zusammengewachsen ist, wird mehr und mehr zu einem vorrangigen historiographischen Desiderat.

Es fehlt zwar nicht an empirischen Einzelstudien zu den Problemen des Zusammenwachsens<sup>20</sup> und erst recht nicht an makro-historischen Versuchen<sup>21</sup>. Dabei haben auch im wissenschaftlichen Schrifttum die kritischen Aspekte des Vorgangs meist stärkere Beachtung gefunden als die Erfolge. Aber eine systematische Aufarbeitung des Vorgangs ist noch ein Desiderat; dazu müssten sich nicht nur die Politologen, Ökonomen und Soziologen herausgefordert sehen, sondern genauso die Fachhistoriker. Gerade die Historiker der neueren deutschen Geschichte könnten einiges dazu beitragen, den schwierigen Vorgang, wie die Irredenta DDR in die Bundesrepublik eingeschmolzen wurde, in eine spezifisch deutsche historiographische Langzeitperspektive zu rücken.

Beim Blick auf die Staaten des heutigen Europa ist der Beitritt eines Landes mit vergleichsweise großer Bevölkerung und mit großen Problemen ein geschichtlicher Ausnahmefall, der das wiedervereinigte Deutschland zwar nicht auf einen Sonderweg führt, aber doch Sonderprobleme geschaffen hat.

---

20 Beispielhaft genannt seien: Uwe MÜLLER, *Supergau Deutsche Einheit*, Berlin 2005; Karl ECKERT (Hg.), *Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit*, Berlin 2004; Winand GELLNER (Hg.), *The Berlin Republic: German unification and a decade of changes*, London 2003; Werner SÜSS (Hg.), *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*, Opladen 2002; Jonathan GRIX (Hg.), *East German distinctiveness in a unified Germany*, Birmingham 2002; Konrad LÖW (Hg.), *Zehn Jahre deutsche Einheit*, Berlin 2001; Jürgen FALTER (Hg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000.

21 Konrad H. JARAUSCH, *Die Umkehr: Deutsche Wandlungen, 1945–1995*, Bonn 2004; Alfred GROSSER, *L'Allemagne de Berlin: différente et semblable*, Paris 2002.

In der deutschen Geschichte war jedoch die Einschmelzung großer, neu erworbener Landesteile in einen bereits bestehenden Staat ein eher geläufiger Vorgang. Erinnert sei daran, wie sich beispielsweise das zu Beginn des 19. Jahrhunderts anfangs völlig unorganisch zusammengewürfelte Großherzogtum Baden über die Jahrzehnte hinweg zu einem Staat mit eigener Identität entwickelt hat. Erinnert sei daran, wie sich prinzipiell derselbe Vorgang in den zwischen 1803 und 1815 gleichfalls unerwartet und immens erweiterten Staaten Württemberg und Bayern vollzogen hat. Erinnert sei auch an die 1815 und nochmals 1866 vollzogene Ausdehnung Preußens, das die angegliederten Länder und Städte gleichfalls einzuschmelzen hatte – wie man weiß, da und dort unter erheblichem Widerstreben der unfreiwillig Eingegliederten. In diesen und anderen Fällen waren schwierigste politische Integrationsprozesse zu leisten – konfessionell, wirtschaftlich, administrativ und mentalitätsmäßig.

Natürlich sind die heutigen Gegebenheiten ganz neuartig. Die Integration erfolgt in einer pluralistischen Demokratie, sie erfolgt in einem Zeitalter, in dem die konkurrierenden Parteien, die Medien und die Wissenschaft jede Schwierigkeit gewissermaßen Tag für Tag registrieren. Aber es wäre doch von Nutzen, würde die deutsche Geschichtsschreibung häufiger und eben auch mit systematischen Vergleichen daran erinnern, dass sich bei der Einschmelzung bislang völlig anders regierter und entwickelter Regionen in einen bestehenden Staat heute wieder einmal ein Vorgang vollzieht, der im alten Deutschland bis ins dritte Drittel des 19. Jahrhunderts eher die Regel als die Ausnahme war.

Man hat bekanntlich schon oft und mit anderer Blickrichtung von einem deutschen Sonderweg gesprochen. Und es trifft sicher zu, dass andere Staaten, Belgien, Italien, der neue polnische Staat seit 1918, gleichfalls mit Verschmelzungsprozessen zu ringen hatten. Im Vergleich mit Frankreich oder auch mit Großbritannien im 19. Jahrhundert musste in Deutschland auf diese Aufgabe aber doch mehr politische Energie, mehr Sachverstand und mehr Erfindungsreichtum verwandt werden. Es wäre somit lohnend, gründlich zu untersuchen, ob dies nicht ein besonders wichtiger Aspekt deutscher Sonderentwicklung ist, der den Deutschen heute wieder einmal zu schaffen macht und dem auch die Geschichtsschreibung systematischer als bisher nachgehen sollte.

Lange Zeit und mit gutem Grund hat sich die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik von dem Paradigma der Teilung leiten lassen. Heute wäre es langsam an der Zeit für einen Paradigmenwechsel hin zur neuesten Geschichte seit 1990 und hin zum Paradigma der inneren Wiedervereinigung zweier recht heterogener Gesellschaften.

## II.

Und wo ist aus Sicht des Jahres 2005 die Außen- und Europapolitik angelangt? Ist auch auf diesem Feld ein historiographischer Paradigmenwechsel geboten?



Für Analytiker der internationalen Beziehungen ist es ein Gemeinplatz, dass die Geschichte der Bundesrepublik überhaupt nur aus der Struktur des europäischen Staatensystems angemessen interpretiert werden kann. Nicht wenige deutsche Historiker, die seit den späten sechziger Jahren auf das Paradigma der modernen Sozialgeschichte abgefahren sind, tun sich aber immer noch schwer damit, dies zu erkennen und daraus methodische Schlussfolgerungen zu ziehen. Primat der Sozialgeschichte? Von wegen! Zumindest konstatiert der Historiker die wohlbekanntes Dialektik von äußerer Politik und innerer Politik, wobei sich bei den großen Veränderungen doch weitgehend ein Primat der internationalen Politik manifestierte.

Tatsächlich lässt die Langzeitperspektive auf das europäische Staatensystem auch in dieser Hinsicht erkennen, wie viel sich in den vergangenen 15 bis 20 Jahren tiefgreifend verändert hat. „Die Bundesrepublik“, so hat der frühverstorbenen Politologe Wolfram F. Hanrieder in einer der wichtigsten Monographien zur Geschichte der Bundesrepublik ausgeführt, „entstand als Folge des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges, und ihre Sicherheit und Wohlfahrt blieben unauflöslich an die internationalen Rahmenbedingungen gebunden ... Die Ergebnisse ihrer Außenpolitik sind nicht nur das Resultat eigener Bemühungen, sondern wurden auch von maßgeblichen Kräften jenseits ihrer Grenzen gelenkt, die entscheidend zu verändern die Bundesrepublik nicht die Macht hatte.“<sup>22</sup> In den vier Jahrzehnten lassen sich die Rahmenbedingungen mit den Stichworten Kalter Krieg, also Teilung Deutschlands und Europas, Hegemonie der USA und Ausbau des integrierten Westeuropa umschreiben. Die Strukturbedingung des Kalten Krieges ist urplötzlich verschwunden. Hingegen haben sich weit über den großen Umbruch der Jahre 1989/91 hinweg das amerikanische Hegemonialsystem und der Prozess ständiger Vertiefung sowie uferloser Erweiterung der EWG alias EG alias EU als viel dauerhafter erwiesen, als der voreilig für permanent gehaltene Ost-West-Gegensatz. Das hat sich bis zum heutigen Tag fortgesetzt. Aus der Sicht des Jahres 2005 sind sie aber hinsichtlich der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik ganz unverzichtbar, auch wenn sich die Geschichtsschreibung auch in diesem Punkt schwer tut, das völlig Neue zu erkennen.

Zuerst zur Westbindung generell: In einem Informationsgespräch Ende Januar 1963, kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft, wurde Adenauer von einem amerikanischen Journalisten nach dem Leitstern seines politischen Handelns gefragt. Seine Antwort: „Der Leitstern meines politischen Handelns ist mindestens seit dem Jahre 1925: Anschluß an den Westen.“<sup>23</sup>

---

22 Wolfram HANRIEDER, *Deutschland, Europa und Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949–1989*, Paderborn 1991, S. IX.

23 Informationsgespräch mit Dr. Kurt Lachmann, 29.1.1963, in: *Adenauer. Teegespräche 1961–1963* (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1992, S. 329.

Daraus ergaben sich die Grundlinien bundesdeutscher Politik. Verfassungspolitisch, wirtschaftspolitisch und außenpolitisch hat sich die Bundesrepublik von Anfang an als integraler Teil der freien Länder des Westens definiert. Das ist, wenn man so will, die Adenauersche Tradition. Dabei hat sich die außenpolitische Westbindung in zwei Dimensionen entfaltet: in der nordatlantischen Dimension mit den USA als unverzichtbarer Schutzmacht und Hegemonialmacht, zugleich aber auch in der westeuropäischen Dimension.

Die Entwicklungen, die Widersprüche, die bilaterale und die multilaterale Politik in beiden Dimensionen von 1945 bis zum Ende des 20. Jahrhundert sind von der Geschichtsschreibung stark beachtet worden. Die Bundesrepublik und die USA, die Europapolitik der Bundesrepublik, die Bundesrepublik und Frankreich – das waren und sind bis zum heutigen Tage die großen Forschungsthemen. Auch dass die Bundesrepublik periodisch zwischen den divergierenden Politiken der USA, Frankreichs und Großbritanniens einen vermittelnden Kurs des Ausgleichs zu steuern hatte, gehörte und gehört nicht nur zu den politischen, sondern ebenso zu den historiographischen Dauerthemen.

In Bezug auf die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik ist das Feld der Westbindung mit historiographischen Arbeiten gut bestellt<sup>24</sup>, nicht zuletzt auch dank der Beiträge französischer<sup>25</sup>, britischer<sup>26</sup>, amerikanischer<sup>27</sup> und italienischer<sup>28</sup> Historiker.

Man sollte sich aber doch klar machen, dass die heutige deutsche Außenpolitik, Amerikapolitik und Europapolitik mit inbegriffen, gerade in den vergangenen 15 Jahren eine ganz beispiellose Beschleunigung erlebt hat. Wer diesbezüglich ein sicheres Urteil gewinnen möchte, kommt gar nicht umhin, sich sehr intensiv mit den Entwicklungen der vergangenen 15 bis 20 Jahre zu

---

24 Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945–2000*, Stuttgart 2001; Christian HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Berlin 2003, sowie zahlreiche Beiträge in dem Sammelband von Peter R. WEILEMANN u.a. (Hg.), *Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag*, Paderborn 1999.

25 Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine: Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996.

26 Besonders interessante Monographien sind: Kenneth DYSON/Kevin FEATHERSTONE, *The Road to Maastricht. Negotiating Economic and Monetary Union*, Oxford 1999; Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993.

27 Neben der Monographie von Wolfram HANRIEDER (wie Anm. 21) sei nur erwähnt der reichhaltige Sammelband von Detlef JUNKER (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945–1990. Ein Handbuch*, 2 Bde., Stuttgart 2001, sowie die besonders originelle, immer noch aktuelle Studie von David CALLEO, *The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order, 1870 to the Present*, London 1978.

28 Ennio Di NOLFO, *Storia delle relazioni internazionali. 1918–1999*, Roma 2000, S. 485–1424, und DERS. (Hg.), *Power in Europe?*, Bd. II: *Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, Berlin 1992.

befassen. An politologischen Forschungen auch zu dieser letzten Phase herrscht durchaus kein Mangel.<sup>29</sup> Doch es ist zu bedauern, dass beim Geschichtsstudium an den Universitäten und im Schulunterricht diese Bereiche der neuesten Zeitgeschichte meist nur cursorisch oder überhaupt nicht vermittelt werden. Dabei sind doch im europäischen Staatensystem innerhalb weniger Jahre denkbar tiefgreifende Veränderungen erfolgt.

Zum einen hat sich die Gemeinschaft der freien Länder weit nach Osten ausgedehnt. Kann man noch von Westbindung sprechen, nachdem sich die NATO bis vor die Tore Sankt Petersburgs, bis an die Grenzen Weißrusslands und bis ans Schwarze Meer ausgedehnt hat, während die EU heute ganz Nord-europa, das Baltikum und Ostmitteleuropa bis an die Grenzen Rumäniens und Bulgariens umfasst mit der Perspektive eines nahen Beitritts dieser beiden Länder? Westbindung in einem sehr erweiterten Sinn bedeutet heute, dass die Bundesrepublik nicht mehr in exponierter Randlage Westeuropas und der NATO liegt, vielmehr einen zentralen Platz im Kreis der europäischen Demokratien einnimmt.

Zum anderen ist neu, dass sich die EU als integrierter großer Binnenmarkt und als eng vernetzter Außen- und Sicherheitsverbund stärker als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den Vereinigten Staaten absetzt. Diese haben zwar politisch, wirtschaftlich, kulturell und militärisch weiterhin soviel Gewicht, als seien sie ein Teil Europas. Aber das rasche Zusammenwachsen der Europäischen Union mit ihren zahllosen voll oder doch teilweise integrierten, zumindest eng koordinierten Willensbindungs- und Entscheidungsprozessen hat doch zur Folge, dass sich Amerika in einer Randlage befindet. Allerdings lassen sich gerade auf dem Feld der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der 25er EU seit dem Beitritt der 10 neuen Mitglieder am 1. Mai 2004 verstärkt zentrifugale Kräfte verspüren. Heute umschließt die EU offen oder latent, um mit Timothy Garton Ash zu sprechen, ein „euro-atlantisches“ und ein „euro-gaullistisches“ Lager.<sup>30</sup>

Die Komplikationen des neuen europäischen Staatensystems sind aber noch größer. Ob Deutschland das will oder nicht, sieht es sich aufgrund seiner Wirtschaftskraft, seines demographischen Gewichts und auch aufgrund seiner wirtschaftsgeographisch und geostrategisch zentralen Lage veranlasst, die Rolle

---

29 Wer sich orientieren möchte, findet in einschlägigen Jahrbüchern, Fachzeitschriften und Monographien zahllose Titel, z.B. Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* (zuletzt erschienen Bd. 2005, Baden-Baden 2005); Wolfgang WAGNER u.a. (Hg.), *Jahrbuch Internationale Politik* (zuletzt erschienen Bd. 2001–2002, München 2004).

30 Timothy GARTON ASH, *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München 2004.

der Zentralmacht Europas zu spielen.<sup>31</sup> Eine Politik des Ausgleichs innerhalb der recht heterogenen 25er EU ist der Bundesrepublik unter diesen Bedingungen aufgegeben.

Doch die Lage ist noch komplizierter. Da die USA nach wie vor im europäischen Konzert faktisch wie eine europäische Großmacht agiert, ist die Bundesrepublik auch gehalten, wie bereits in den Jahrzehnten des Kalten Krieges nach Möglichkeit auch im europäisch-atlantischen Verhältnis ausgleichend zu wirken. Sobald sie sich einseitig positioniert, droht innerhalb der EU die Polarisierung zwischen dem euro-atlantischen und dem euro-gaullistischen Lager.

Und nicht genug damit. Seit dem 17. Jahrhundert ist Russland ein potenter Akteur im europäischen Staatensystem. Bis vor kurzem war es der machtpolitisch stärkste Staat, für die westlichen Demokratien ein Feind der Freiheit und für die Staaten in seinem Imperium der gefürchtete Herr und Meister. Heute hat sich Russland zwar weit zurückgezogen, ist aber nach wie vor ein sehr gewichtiger Mitspieler in allen denkbaren Kombinationen – versöhnt, aber von den ostmitteleuropäischen EU-Ländern immer noch voller Misstrauen beobachtet, ein strategischer Partner, besonders auf dem Feld der Energiepolitik, aber zugleich eine Macht, von der die Demokratien nicht abhängig werden möchten. So gilt es, das neue, post-kommunistische Russland, in dem zugleich noch manches von der alten Sowjetunion steckt, freundlichst zu kassieren und sich gleichzeitig diese schwer kalkulierbare Großmacht vom Leibe zu halten.

Somit hat das, was in den Jahrzehnten des Kalten Krieges „der Westen“ genannt wurde, einem viel komplizierteren System Platz gemacht, in dem die Bundesrepublik ihren Weg finden muss. Der Begriff Gleichgewichtssystem steht zwar bei vielen unter Machtstaatsverdacht, ganz besonders in der CDU. Tatsächlich aber funktionierte bereits die EG vor dem Umbruch 1989/91, ungeachtet aller föderalistischen Programmatik, als ein sehr modernes, im Rahmen dichter Rechtsregeln funktionierendes Gleichgewichtssystem.

In der 25er EU ist umsichtige Gleichgewichtspolitik noch viel zwingender geworden. Die Schwierigkeiten werden durch das Erfordernis weiter kompliziert, auch das Verhältnis zu den USA, die nach wie vor die Führungsmacht der Demokratien und die stärkste Wirtschaftsmacht sind, ebenso umsichtig auszubalancieren wie das strukturell labile Verhältnis zu Russland.

Die Bundesrepublik ist zwar immer noch der Staat des Grundgesetzes, als der sie im Jahr 1949 angetreten ist. Sie definiert sich weiterhin und zu Recht als Teil der westlichen Demokratien. Ihre maßgeblichen Eliten möchten so

---

31 Eine Diskussion der komplizierten Lage, die sich in den neunziger Jahren schon deutlich abzeichnete in zeitgeschichtlicher Langzeitperspektive, findet sich in Hans-Peter SCHWARZ, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 1994.

viel wie möglich von den positiven Konzepten aus den Jahrzehnten der Westbindung ins Europa des 21. Jahrhunderts hinüberretten. Aber der einstige Westen, das gesamte europäische Staatensystem und auch das Weltstaatensystem haben sich inzwischen so tiefgreifend verändert, dass ein neues Paradigma zur historiographischen Ortsbestimmung der Bundesrepublik doch wohl geboten wäre. Da aber die Politik selbst die neue Lage konzeptuell noch nicht angemessen erfasst hat, wäre es auch von den Historikern zuviel verlangt, die neue Lage mit einem neuen Begriff zu erhellen. Sicher ist nur eines: die Perspektive der „Westbindung“ passt nicht mehr auf die neue Lage.

In diesem Zusammenhang verdient die Europapolitik erst Bonns, heute Berlins besonders eingehende Beachtung. Es gehört zu den Grundtatsachen bundesdeutscher Politik, dass die Bemühungen um einen Zusammenschluss Europas älter sind als die Bundesrepublik selbst und deren Geschichte von Anfang an mitbestimmt haben.

Die europäische Dimension bundesdeutscher Europapolitik hat deshalb sehr früh schon wissenschaftliche Beachtung gefunden. Über die Anfänge der deutschen Europapolitik bis in die frühen siebziger Jahre liegen gewichtige historische Arbeiten vor. Für die folgenden Perioden stammen die originellsten Forschungsbeiträge allerdings meist von ausländischen Autoren,<sup>32</sup> wobei man sich auch auf diesen Feldern vorwiegend auf die Arbeiten jener zahlreichen Politologen, Europarechtler und Ökonomen zu stützen hat, die sich mit der europäischen Integration und Kooperation befassen. Seit 1980 besteht das schon erwähnte „Jahrbuch der Europäischen Integration“. Weitere Zeitschriften „Integration“, „West European Politics“, neuerdings auch das „Journal of European integration history“, bezeugen den Forschungsstand.

Aber der Eindruck ist doch wohl zutreffend, dass alles in allem in England, Frankreich, den Niederlanden, Italien und Belgien, die fachhistorische Forschung zur heute aktuellen Integrationsgeschichte – formulieren wir es verbindlich – mindestens so rege ist wie in der Bundesrepublik. Immerhin gibt es hierzulande den nimmermüden Wilfried Loth und seine Schule,<sup>33</sup> der die Thematik wie geboten mit interdisziplinärer Perspektive angeht und nicht Mitte der siebziger Jahre innehält. Im Jahr 2004 ist mit der Monographie des Historikers Franz Knipping endlich auch eine umfassende Gesamtdarstellung des europäischen Einigungsprozesses erschienen, die einen deutschen Historiker zum Verfasser hat.<sup>34</sup>

---

32 Genannt seien so unterschiedliche Monographien wie John GILLINGHAM, *European Integration, 1950–2004. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003; die bahnbrechende Untersuchung von Peter LUDLOW, *The Making of the New Europe. The European Councils in Brussels and Copenhagen*, Brussels 2004; Larry SIEDENTOP, *Demokratie in Europa*, Stuttgart 2002 (Orig. 2000), oder Geir LUNDESTAD, „*Empire*“ by *Integration. The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1998.

33 Wilfried LOTH (Hg.), *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001.

34 Franz KNIPPING, *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, München 2004.

Deutsche Fachvertreter des Europarechts, der Integrations-Politologie und der diesbezüglichen politischen Ökonomie haben schon ganze Bibliotheken wertvoller, vielfach auch rasch überholter Studien geschrieben. Viele deutsche Historiker müssen aber erst noch die Tatsache entdecken, dass ihr Forschungsobjekt, die Bundesrepublik, besonders seit Mitte der achtziger Jahre eine beispiellos ehrgeizige und folgenschwere Europapolitik betreibt, die fast alle Bereiche der Politik und der Gesellschaft erfasst.

Viel zu unscharf kommt in den gängigen historischen Darstellungen zum Ausdruck, dass sich die Geschichte der Bundesrepublik seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und noch mehr seit dem Vertrag von Maastricht (1992) und den Folgeverträgen von Amsterdam (1997) und von Nizza (2000), seit dem Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes (1.1.1993) und seit den Erweiterungsrunden bis hin zum *big bang* der Erweiterung um 10 neue EU-Mitglieder am 1. Mai 2004 bis in die Kerne verändert hat. Die Mehrebenenpolitik – einerseits Entscheidungen auf europäischer Ebene, andererseits auf der Ebene der Staaten – ist eine Tatsache. Man kann das mit positiven Begriffen erfassen, „Regieren jenseits des Nationalstaats“<sup>35</sup>, „Regieren im dynamischen Mehrebenensystem“<sup>36</sup> oder „Die Öffnung des Staates“<sup>37</sup> als „Europa-offene Republik, bezeichnen. Genauso berechtigt ist aber die Formulierung: Der Staat des Grundgesetzes ist nur noch eine Art halb-souveränes Land.

Deutschland teilt diese Gegebenheit zwar mit 24 anderen Mitgliedern der EU. Aber was diese sehr tiefe Zäsur der Jahre 1985 bis 2004 für die Zukunft der Bundesrepublik bedeutet, ist von der Geschichtsschreibung bisher kaum ansatzweise erfasst worden. Die Globalisierung der Kapitalmärkte, der Rohstoffmärkte, des Handels, der Kommunikations- und Informationssysteme und der Migration ist in aller Munde. Noch viel einschneidender aber ist die Europäisierung. Sie ist unausweichlich, da sie sich dem einzelstaatlichen Handeln zu großen Teilen bereits entzieht. Das müsste alle jene Historiker eigentlich sehr hellhörig machen, die im Aufbau und in der Konsolidierung der bundesdeutschen Demokratie eine der wichtigsten Leistungen seit den Jahren der Besatzung erkennen. Viel zu wenig setzen sie sich empirisch und theoretisch mit der Frage auseinander, ob, warum und wie legitim eigentlich die früher so selbstsichere bundesdeutsche Demokratie durch die weitgehenden Eingriffsrechte der EU-Gremien bereits vielfach ausgehöhlt ist.

---

35 Michael ZÜRN, *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt/M. 1998.

36 Markus JACHTENFUCHS, *Regieren im dynamischen Mehrebenensystem*, in: DERS./Beate KOHLER-KOCH (Hg.), *Europäische Integration*, Opladen 1996, S. 15–44.

37 Wolfgang WESSELS, *Die Öffnung des Staates. Modelle und Wirklichkeit grenzüberschreitender Verwaltungspraxis 1960–1995*, Opladen 2000.

Wie wir wissen, wird dieser Vorgang der Souveränitätsabgabe recht unterschiedlich beurteilt. Jedenfalls handelt es sich dabei um einen ganz gravierenden Vorgang der neuesten Zeitgeschichte – genauso wichtig und genauso folgenreich wie das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands. Gerade für dieses Feld gilt deshalb die Feststellung, dass die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik aus dem Blickwinkel des Jahres 2005 geschrieben werden muss. Ein Zeithistoriker, der die vergangenen 15 bis 20 Jahre ignoriert, verdient es, als unmoderner Wissenschaftler bezeichnet zu werden.

In den vergangenen 15 bis 20 Jahren sind ein anderes Europa und eine andere Republik entstanden. Wohin der Weg führen wird – außenpolitisch, verfassungspolitisch – liegt im Nebel der Zukunft. Aber die Gewissheit, eine autonome westliche Demokratie geschaffen zu haben, die durch Westbindung dauerhaft in der Gemeinschaft westlicher Demokratien verankert wurde, wird durch besorgte Fragen verdrängt, ob und wie sich die frühere Westbindung unter den völlig neuen Bedingungen weiterentwickeln wird.

„Westbindung“ – das war einstmals sozusagen der Kompass bundesdeutscher Innen- und Außenpolitik. Sind die neuen Ungewissheiten bereits so gravierend, dass die Frage berechtigt ist: „Republik ohne Kompass?“ Und wird sich aus dieser Frage ein neues Paradigma entwickeln?

### III.

Nun noch kurz zur letzten der eingangs genannten Fragen: Was bedeutet „der Abstieg eines Superstars“ für die deutsche Identität und für das Funktionieren unserer industriellen Demokratie?

Der anfangs seiner selbst unsichere deutsche Kernstaat Bundesrepublik bezog sein Selbstbewusstsein nicht allein aus der Wiedergewinnung der Souveränität und aus der weitgehend gleichberechtigten Einbeziehung in die westlichen Gemeinschaften, sondern zugleich aus dem Comeback auf dem Weltmarkt, aus dem Aufstieg aus der wirtschaftlichen Misere und aus der Verbreitung des Massenwohlstandes.

Die historiographischen Stichworte zur Deutung der erstaunlichen Anfänge der Bundesrepublik waren und sind bis heute: Ludwig Erhard, soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftswunder, die harte D-Mark. Der Nationalstaat war zerbrochen, die äußere Sicherheit von den USA abhängig, „Europa“ ein Programm, das sich erst mit einiger Zeitverzögerung durchsetzte. Aber auf dem Felde der Wirtschaft konnte die Bundesrepublik an das ökonomisch und technologisch fundierte Selbstgefühl des Kaiserreichs anknüpfen.

Wie eingangs erwähnt, sind die Historiker seit langem weitgehend darüber einig, dass die Deutschen in der alten Bundesrepublik einen erheblichen Teil ihres Selbstvertrauens und ihrer Identifikationsbereitschaft mit dem deutschen

Kernstaat im Westen aus dem Stolz auf die Wirtschaftskraft ihres Landes bezogen haben. In den siebziger Jahren schufen zwar die beiden Ölschocks kritischere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Wachstumsraten fielen niedriger aus. Die sozialstaatlichen Verkrustungen, von Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern bereits früh kritisiert, führten dazu, dass im Leitbegriff „soziale Marktwirtschaft“ das Adjektiv „sozial“ insgeheim groß geschrieben wurde und die Marktwirtschaft sozusagen klein. Hätte man das von mächtigen Verbänden und Bürokratien sowie von der Disposition zur Umverteilung bestimmte polit-ökonomische System der „alten Bundesrepublik“ ohne Scheuklappen charakterisieren wollen, wäre bereits für die siebziger und achtziger Jahre die Bezeichnung „marktwirtschaftlicher Sozialstaat“ zutreffend gewesen.

Doch beim Blick auf die weiterhin sichtlich schwächeren Volkswirtschaften Englands, Frankreichs oder Italiens konnte sich die Bundesrepublik immer noch als eine Art wirtschaftlicher Riese fühlen. „Modell Deutschland“ – der Wahlslogan Helmut Schmidts im Jahr 1976 brachte dies selbstbewusst zum Ausdruck. Unter den Volkswirtschaften Westeuropas nahm die Bundesrepublik weiterhin eine Lokomotivfunktion wahr.

Und heute? Bekanntlich meldet sich seit gut einem Vierteljahrhundert unter liberalen Ökonomen, bei Politologen und ganz vereinzelt auch bei Historikern so etwas wie eine Niedergangsschule zu Wort – vergleichbar den *declinists* im England der siebziger und frühen achtziger Jahre. Als die Historikerkollegen schon allesamt die Lippen spitzten, um 1999 die Geschichte der Bundesrepublik als Erfolgsgeschichte zu feiern, brachte der ansonsten eher optimistische, inzwischen verstorbene Christian Graf von Krockow 1998 eine schmale, gedanklich gehaltvolle Monographie unter dem Titel „Der deutsche Niedergang“<sup>38</sup> heraus. Seine These lautet: „Deutschland ist in die Periode seines Niedergangs eingetreten.“ Er argumentierte nicht allein ökonomisch, hob vielmehr auch ab auf den Faktor Demographie, auf die nachlassende Leistungsbereitschaft der Deutschen und auf den Aufwuchs starker Wettbewerber. Aber im Kern seiner Studie stand doch der Niedergang der deutschen Industriegesellschaft.

Ich könnte daneben noch ein gutes Dutzend anderer Autoren benennen, die zuvor schon oder danach die Melodie anstimmten: „Ist Deutschland noch zu retten?“<sup>39</sup> Ob die Alarmrufe überzogen oder voll berechtigt sind, bleibe hier undiskutiert. In unserem Zusammenhang geht es um etwas anderes: Offensichtlich hat sich die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik zu lange

---

38 Christian Graf von KROCKOW, *Der deutsche Niedergang. Ein Ausblick ins 21. Jahrhundert*, München 1998, S. 8.

39 Hans-Werner SINN, *Ist Deutschland noch zu retten?*, München 2004.



von einem oft unreflektierten Optimismus leiten zu lassen, dass es immer aufwärts und immer positiv vorangehen müsse.

Motive dafür gab es viele. Manche Historiker ließen sich von der Erinnerung an die Erfolgsgeschichte der fünfziger und noch späterer Jahre tragen und übersahen die danach aufgetretenen Flecken auf der Lunge. Andere, die eher auf Mitte-Links-Positionen standen, wünschten den Nachweis zu führen, dass das, was sie ziemlich überzogen als „Umgründung der Republik“ nach 1968 gefeiert hatten, weiterhin auch eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte zu sein habe. In den Jahren der Wiedervereinigung spielte dann ein gewisser Triumphalismus eine Rolle.

Selbst als die Volkswirtschaft des wiedervereinigten Deutschland seit dem Ende des Wiedervereinigungsbooms im Jahr 1992 zu lahmen begann, trösteten sich Historiker und Politologen mit dem Hinweis auf die Stabilisierung der deutschen Demokratie, worauf es schließlich in erster Linie ankomme, dies verbunden mit übertriebenen Wachstumserwartungen aufgrund der Errichtung des europäischen Binnenmarkts und der Einführung des Euro.

Inzwischen beginnt sich die betrübliche Wahrheit herumsprechen, dass man bei der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik zumindest prüfen sollte, ob das Paradigma des sozio-ökonomischen Aufstiegs nicht doch durch ein Paradigma des beginnenden Niedergangs abgelöst werden müsste. Vom „Modell Deutschland“ geht in Europa keine werbende Ausstrahlung mehr aus, die zur Nachahmung ermuntern würde. Im Ausland gilt es heute als eher abschreckendes Beispiel. Zumindest spräche viel dafür, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik als eine Entwicklung zu beschreiben, die nach einem ziemlich spektakulären Aufstieg ins Trudeln geraten ist und für einen weiteren Abstieg ebenso offen ist wie für einen erneuten Aufstieg.

„Abstieg eines Superstars?“ Ich selbst habe immer eine Scheu vor allzu plakativen Paradigmen. Aber die Frage wird die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik schon zu beschäftigen haben, welche Faktoren zur gegenwärtigen Lage beigetragen haben, die kritische Beobachter offen als Abstieg bezeichnen und die Frohgemuten bestenfalls als „suboptimal“.

Bei einer Festansprache aus gegebenem Anlass mag man das wohl nicht gerne hören. „Schwarzsehen dulde ich nicht!“, hat der letzte Hohenzollernkaiser vor nun bald einem Jahrhundert ausgerufen. Er hätte sich besser eingestehen sollen, dass es schief gehen kann, wenn es an der nötigen Klugheit und Energie zur nachhaltigen Reform ebenso mangelt wie an der Weitsicht zu außenpolitischen Korrekturen.

Aber belassen wir es bei diesem Hinweis. Die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik sollte jedenfalls auch die jüngst vergangenen drei Jahrzehnte der Wirtschafts- und Sozialgeschichte ins Auge fassen und selbstkritisch analysieren, ohne sich jedoch gleich distanzlos mit dem Kumpan Pessi-

mismus an den Tisch zu setzen, nachdem sich der Kumpan Optimismus davongemacht hat.

#### IV.

Doch heute feiern wir einen Festtag. Daher wäre es unschicklich, die Überlegungen, die ich Ihnen vortragen durfte, mit einer skeptischen Note ausklingen zu lassen. Deshalb möchte ich zum Schluss der Ehrenpflicht eines Festredners genügen und Herrn Dr. Buchstab zusammen mit seiner Mannschaft vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit allem Nachdruck herzlich gratulieren.

Diese vitale Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung tritt zwar demütig hinter den Glanz der gesamten Konrad-Adenauer-Stiftung zurück, die heute morgen zusammen mit den höchsten Staatsmännern und Staatsfrauen ihren 50. Geburtstag gefeiert hat. Demgegenüber sind die 30 Jahre des Archivs für Christlich-Demokratische Politik noch kein Alter, in dem man eine ganz große Party veranstaltet.

Die Geschichte der christlichen Demokratie umfasst, so haben uns die Herausgeber des verdienstvollen, vom ACDP initiierten „Handbuchs der Christlichen Demokratie“<sup>40</sup> unlängst wieder in Erinnerung gerufen, die ‚Geschichtsperioden vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart‘. Aber sie beinhaltet auch, und das sehr zentral, die Parteigeschichte der CDU. Diese ist und bleibt bis heute die wichtigste Partei der Bundesrepublik. Manche sagen sogar, sie ist *die* Partei der Bundesrepublik, weil sie sich von Anbeginn an und ohne jedes Wanken mit der Geschichte unseres Staates identifiziert hat. Immerhin hat die CDU auch in 35 von 56 Jahren die Bundeskanzler gestellt und schickt sich eben wieder dazu an.

Wer also die Dokumente über das bunte Treiben im großen Haus der CDU in einem großen, bestens gewarteten Archiv für die Nachwelt aufbewahrt und aufbereitet, wer zu entsprechenden Darstellungen anregt oder diese publiziert, wer ein einschlägiges Jahrbuch herausbringt und regelmäßige Symposien zur CDU-Geschichte durchführt – der leistet einen ganz unverzichtbaren Beitrag zur Geschichte der Bundesrepublik.

Eigentlich hätte es diese Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung verdient, dass ich einen satten, einstündigen Vortrag auf die Schilderung und Bewertung ihrer Arbeiten verwende. Doch dazu hat Herr Kollege Winfried Becker bereits zum 25. Geburtstag einen umfassenden, tieferschürfenden Vortrag gehalten, so dass schon fast alles gesagt ist. Bereichert durch einen reichhaltigen Fußnotenapparat ist dieser Vortrag im Band 8 des sehr lesenswerten Jahrbuchs „His-

---

<sup>40</sup> Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 8.

torisch-Politische Mitteilungen“ (HPM) nachzulesen.<sup>41</sup> Seither ist viel Neues, aber nichts grundsätzlich Anderes hinzugekommen.

Da wir aber in der Vorbereitung der Zwangsehe zwischen CDU/CSU und SPD stehen, sei doch anerkennend hervorgehoben, dass die Publikationsreihen des ACDP bei Schöningh, Droste und Herder auch jene Kunst der Vorausschau aufweisen, die dem Historiker zur Zierde gereicht. So zeigt beispielsweise Band 2 der Tagebücher von Heinrich Krone über die Jahre 1961–1966<sup>42</sup>, die 2003 erschienen und von Hans-Otto Kleinmann bearbeitet worden sind, aus der Binnenperspektive, wie sich die erste Große Koalition über die Jahre hinweg vorbereitet hat. Dabei werden wir nicht zuletzt auf die ausschlaggebende Bedeutung des Faktors Persönlichkeit aufmerksam gemacht. Die bis zum heutigen Tag ebenso quälenden wie unsterblichen Fragen sind schon bei Krone zu studieren: Wer von den Spitzenleuten kann mit wem, und wer nicht? Warum streut der oder jener unablässig Sand ins Getriebe? Warum ist nicht selten mehr Hass und Verachtung als jene brüderliche Sympathie im Spiel, durch die sich das Führungspersonal der CDU (und leider auch der CSU) doch eigentlich auszeichnen sollte?

Vor ein paar Wochen ist auch ein Sammelband über Kurt Georg Kiesinger erschienen, der eine Reihe von spannenden Aufsätzen enthält.<sup>43</sup> Dort kann man auch leicht beklommen nachlesen, wie mit viel Pech und trotz eines CDU-Kanzlers an der Spitze die Große Koalition durch die sozial-liberale Koalition abgelöst wurde.

Oder wer heute, am Ende einer durstigen, siebenjährigen Wüstenwanderung, erfahren möchte, wie die CDU seinerzeit ihre erstmalige Oppositionsrolle gestaltet hat, aus der schließlich mit viel Pech eine dreizehnjährige Wüstenwanderung wurde, der lese die neu erschienene Monographie „Gegen den Strom“ von Andreas Grau.<sup>44</sup> Dort wird die *cause célèbre* des Widerstands der CDU/CSU gegen die Anerkennung der DDR in den Jahren 1969–1973 detailliert geschildert. Der Kampf gegen die „neue Ostpolitik“ war zwar auf kurze Sicht ein Fehlschlag, hat aber zugleich jenes Minimum an verfassungsrechtlichen Voraussetzungen bewahren helfen, die zur unverzichtbaren Voraussetzung der Wiedervereinigung in den Umbruchmonaten 1989/90 geworden sind.

---

41 Winfried BECKER, *Historische Bewusstseinsbildung im demokratischen Staat. 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, in: HPM 8 (2001), S. 11–32.

42 Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44), Düsseldorf 2003.

43 Günter BUCHSTAB/Philipp GASSERT/Peter Thaddäus LANG (Hg.), *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt*, Freiburg i.Br. 2005.

44 Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005.

Schließlich haben viele Historiker, und nicht nur sie allein, mit Spannung den von Günter Buchstab selbst besorgten Band 5 der Protokolle des CDU-Bundesvorstands für die Jahre 1965–1969 erwartet, der in diesen Tagen erscheint.<sup>45</sup> Vielleicht ist es aber ganz gut, dass dieses Buch erst jetzt herauskommt, weshalb in der kommenden Woche kaum mehr Rezensionen zu erwarten sind; sonst könnte von ihm eine abschreckende Wirkung ausgehen. Die Publikationen der Stiftung besitzen also auch einen hohen Aktualitätswert, den sich allerdings manche der Anwesenden möglicherweise gar nicht gewünscht haben.

Auch diesen neueren Veröffentlichungen des Archivs für Christliche Demokratie liegt eine unverzichtbare, historiographische Perspektive zugrunde. Die Bücher erinnern daran, dass die Geschichte der Bundesrepublik in erster Linie als politische Geschichte erforscht, dargestellt und vermittelt werden sollte. Geschichte der Bundesrepublik – das ist und bleibt zu guten Teilen Parteiengeschichte, Koalitionsgeschichte, Gesetzgebungsgeschichte, Außenpolitik-Geschichte, Kanzlergeschichte. Bei aller heutigen Freude an der Gesellschaftsgeschichte, an der Mentalitätsgeschichte oder an der Geschichte politischer Milieus und anderer mehr soziologischer Perspektiven darf das nicht vergessen werden.

Bleiben Sie also meine Damen und Herren vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik auf dem erfolgreich eingeschlagenen Weg! Widerstehen Sie standhaft allen künftigen Versuchen, Ihren ohnehin schon knapp bemessenen Personal- und Sachetat mit der Fleischaxt zu bearbeiten!

Was die Konrad-Adenauer-Stiftung als Ganze betreibt, ist sicherlich nützlich, aktuell und öffentlichkeitswirksam. Wir haben dies heute Morgen vernommen. Es ist aber wie alle aktualitätsbezogenen Anstrengungen zugleich vergänglich.

Gewissermaßen unvergänglich, dem Gebot der Nachhaltigkeit und historiographischer Fernwirkung verpflichtet, ist aber das Sammeln und Aufbereiten der Archivalien einer großen Partei und von zahlreichen einschlägigen Nachlässen oder Deposita, die Edition wichtiger Quellen und, ich sagte das schon, die Publikation interessanter, lesbarer, dauerhafter Bücher zur politischen Geschichte. Wer schreibt, der bleibt! Dies alles befestigt und orientiert das historische Erinnerungsvermögen, das benötigt wird, damit das politische Bewusstsein nicht wie ein Korken auf den Wellen des Zeitgeistes umhertanzt.

Gewissermaßen unvergänglich – unter dieser Devise steht ganz besonders das eigentliche Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Es hat schon manchen CDU-Politiker, manche CDU-Politikerin, manches CDU-Kabinett

---

45 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50), Düsseldorf 2005.

und manche Koalition überdauert. Das liegt in der Natur eines Archivs. Die letzte Ruhestätte, zugleich aber die letzte Arbeitsstätte für die Aktenflut, die Politiker produzieren, ist das Politische Archiv. Und das letzte Wort hat stets der Historiker.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir Herrn Dr. Buchstab und seinem Team zurufen: *Vivant, crescant, floreant*. Wie gesagt, 30 Jahre sind schließlich kein Alter! Wir dürfen also noch viel erwarten und wir tun das auch.



# Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg- Vorpommern

Von Christian Schwießelmann

Die Gründung der CDU in der SBZ hatte ihre Besonderheiten. Die CDU war als antifaschistisch-demokratische Partei von Anbeginn in der Blockpolitik der deutschen Kommunisten gefangen, die von den sowjetischen Besatzern offensichtlich protegiert wurden. Dennoch fiel der Unionsgedanke auch östlich der Elbe auf fruchtbaren Boden. Der Landesverband der CDU Mecklenburg-(Vorpommern) erreichte einen im Vergleich zu heute beachtlichen Organisationsgrad. Im Dezember 1948 zählte er 29.028 Mitglieder.<sup>1</sup> Bei den Landtagswahlen 1946 erzielte der nördlichste Landesverband mit 34,1 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis für die CDU.

Der relative Erfolg lässt sich nicht nur auf die geschichtlichen Traditionen und die ausgesprochen ländlichen Strukturen Ostelbiens zurückführen. Ein Grund dafür liegt zugleich in dem Wirken charismatischer Führungspersönlichkeiten wie Reinhold Lobedanz, Siegfried Witte und Werner Jöhren. Was sie einte, war mehr als eine gemeinsame Lehre aus dem Niedergang des Nationalsozialismus. Es war eine politische Mentalität, deren Klammer in einer norddeutschen, protestantischen und liberalen Gesinnung bestand. Diese Mentalität prägte den Landesverband nachhaltig.

Viele wichtige Gründungsmitglieder wie Lobedanz, Jöhren und Witte gehörten vor der NS-Diktatur den liberalen Parteien an. Ihr Eintritt in die Union schwächte das liberale Lager nach dem Zweiten Weltkrieg und trug zur Verzögerung bei der Gründung der LDP bei.<sup>2</sup> Allerdings zeigen die nachfolgenden biographischen Skizzen, wie differenziert die weitere Entwicklung im Landesverband unter dem starken Druck der SMA und der im Frühjahr 1946 gegründeten SED verlaufen konnte. Während Reinhold Lobedanz den Weg der Anpassung ging und den Landesverband qua seiner Autorität als Landesvorsitzender mit sich „führte“, gaben Siegfried Witte und Werner Jöhren ihre politischen Ideale nicht preis. Siegfried Witte kämpfte unermüdlich für die Weiterexistenz eines privaten Unternehmertums. Der Wirtschaftsminister und

---

1 Vgl. Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001, S. 483.

2 Es gab sogar Überlegungen eines Zusammengehens mit der CDU, da vor allem in den ehemaligen Hochburgen der DDP – Rostock und Schwerin – DDP-Politiker in die Union eintraten. Vgl. Ines SOLDWISCH, *Die Geschichte der Liberaldemokratischen Partei in Mecklenburg von 1946 bis 1952*, Diss., Rostock 2004, S. 29ff.

Rostocker Unternehmer wusste um die „Überlegenheit“ der Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft. Politisch trug er die Annäherung an die SED bis 1950 mit. Werner Jöhren handelte radikaler: Der Anhänger Jakob Kaisers war bereits im Januar 1948 als Landrat auf Usedom untragbar. Dies führte zu seinem Rücktritt und brachte ihn nach der Übersiedlung nach Westberlin schließlich in das Ostbüro der CDU, das den Widerstand aufrichtiger Christdemokraten in der SBZ unterstützte.

### *Der Irrweg der Nachgiebigkeit: Reinhold Lobedanz*

Der Gründungskern der CDU in Mecklenburg sammelte sich um den damals 65-jährigen Schweriner Ministerialbeamten Dr. Reinhold Lobedanz. Der versierte Jurist hatte bereits in der großherzoglichen Domänenverwaltung Karriere gemacht und wirkte in der Weimarer Zeit aktiv in der DDP.<sup>3</sup> Seine respektvolle Erscheinung, aber auch seine Nachgiebigkeit gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED war legendär,<sup>4</sup> sie bestimmte den Weg des Landesverbandes Mecklenburg-(Vorpommern) entscheidend mit. Die Unfähigkeit, sich aus den Fängen der Blockpolitik zu befreien, brachte Lobedanz höchste Staatsämter in der jungen DDR, zugleich die Verachtung ehemaliger Weggefährten ein.

Reinhold (Theodor Adolf Emil) Lobedanz kam am 29. August 1880 in Schwerin im Hause seines Großvaters zur Welt. Sein Großvater Carl Adolf Wilhelm Lobedanz – bereits im Schweriner Wohnungsanzeiger von 1843 verzeichnet – war Kunst- und Handelsgärtner und stand in gutem Ruf beim großherzoglichen Hofe, so dass ihn bald der Titel eines Großherzoglichen Hoflieferanten zierte. Allerdings fehlte es dem ausgezeichneten Gärtner an Geschäftssinn – wie sein Enkel später urteilte.<sup>5</sup> Dadurch lebten die Familie und ihre Nachkommen in einfachen Verhältnissen. Im Stadtbild Schwerins bezeugt

---

3 Kurze Anmerkungen zum Lebensweg von Dr. Reinhold Lobedanz enthält das *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag*, Schwerin 1946, Reprint 1996, S. 100. Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Provisorischen Länderkammer der DDR 1949 erhielt Lobedanz einen Eintrag im Munzinger-Archiv, Lieferung 46/49, 8.12.1949, Bl. 2920. Eingang fand Lobedanz auch in einschlägigen biographischen SBZ/DDR-Lexika, z. B. *Wer war wer in der DDR, ein biographisches Handbuch*, Frankfurt/M. 1995, S. 461. Von eingeschränktem Wert aufgrund ihrer ideologischen Überzeichnungen ist die biographische Skizze des ehemaligen Schweriner CDU-Bezirksverbandsvorsitzenden Hans KOCH, *Reinhold Lobedanz* (Reihe Christ in der Welt), 1. Aufl., Berlin 1977.

4 Vgl. Friedrich-Wilhelm SCHLOMANN, *Die Absetzung von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer vor 50 Jahren in der SBZ. Eine persönliche Erinnerung*, unter [www.jakob-kaiser.de/40.html](http://www.jakob-kaiser.de/40.html).

5 Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 03-044-059/1. BV Schwerin, Personalakte Dr. Reinhold Lobedanz, Abschrift eines ausführlichen Lebenslaufs von Lobedanz.



der Lobedanzgang als damaliger Standort der Gärtnerei das hohe Ansehen des Großvaters. Der Vater Dr. Emil Lobedanz lehrte am hiesigen Realgymnasium neue Sprachen. Die Mutter Franziska, geb. Sievers, war von Beruf ebenfalls Lehrerin und entstammte der Familie eines Flensburger Justizrates.

Nach der Reifeprüfung am Schweriner Gymnasium Ostern 1899 studierte Reinhold Lobedanz Rechtswissenschaften in Heidelberg, Leipzig und Rostock. In Leipzig schloss er sich dem politisch neutralen Corps Lusatia an. 1903 promovierte Lobedanz mit einer familienrechtlichen Arbeit<sup>6</sup> und bestand das erste juristische Examen. Nach der zweiten Staatsprüfung bewarb er sich 1907 für den Staatsdienst in Mecklenburg-Schwerin. Das Großherzogliche Finanzministerium stimmte zu und übernahm ihn als Amtsassessor in die Abteilung Domänen und Forsten. In den Folgejahren durchlief Lobedanz die verschiedenen Ämter und Stationen der Domänialverwaltung, bis er 1912 zum Leiter des Versicherungsamtes in Wismar und 1914 in Schwerin aufstieg. Als solcher war Lobedanz auch im Ersten Weltkrieg unabkömmlich. Einen Namen machte sich der Regierungsrat mit seinem sozialpolitischen Engagement im Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Unter seiner Regie entstand die erste Lungenfürsorgestelle in Mecklenburg. 1920 berief man ihn zum Ministerialrat in die Abteilung Sozialpolitik des Schweriner Ministeriums.<sup>7</sup> Diesen Karriereprung verdankte Lobedanz einerseits seinem Einsatz auf sozialem Gebiet, andererseits wohl auch der Protektion seiner republikanisch gesinnten Parteifreunde in der DDP, die nach 1919 mit der SPD in Mecklenburg-Schwerin mehrfach eine Koalitionsregierung bildete. In den folgenden Jahren wechselte Lobedanz auch in andere Ressorts – darunter das Staatsministerium – und leitete die Abteilungen für Schul-, Hochschul- und Kunstangelegenheiten.<sup>8</sup>

Lobedanz war von 1919 bis 1930 Mitglied der DDP. Die Deutsche Demokratische Partei repräsentierte den linksorientierten Flügel des zersplitterten deutschen Liberalismus nach dem Kriege. Sie forderte Treue zum unbeliebten neuen Staat, seiner republikanisch-demokratischen Staatsform. Die DDP erreichte in Mecklenburg nur in Schwerin und Rostock eine nennenswerte politische Schlagkraft. Während in Rostock kleine Kaufleute, Handwerker, Lehrer, Anwälte und Industrielle wie Friedrich Witte das Parteileben bestimmten, fanden sich in der Residenzstadt Schwerin auch Beamte wie Reinhold Lobedanz unter den Anhängern. Der umtriebige Ministerialrat mischte daneben im

6 Reinhold LOBEDANZ, § 1381 B.G.B.'s. *Inauguraldissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde der hohen Juristenfakultät zu Rostock*, Schwerin i. M. 1904; Universitätsarchiv Rostock, J. D. 755/1903/04, Promotionsunterlagen Reinhold Lobedanz.

7 Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), Landesregierung 1946–52. Personalakte Nr. 259, Dr. Reinhold Lobedanz.

8 LHAS 6.11–1. Nr. 297. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Fragebogen und Lebensläufe führender Landtagsabgeordneter und -angestellter Oktober 1948, Abschrift eines Lebenslaufs von Dr. Lobedanz.

Vorstand des Beamtenbundes und im Schweriner Stadtrat mit. In der kleinen Partei konnte Lobedanz schnell aufsteigen; die Personaldecke war ohnehin dünn. Im chronisch unterfinanzierten Parteiorgan „Demokratische Blätter“ taucht sein Name 1922 zunächst als Vorstandsmitglied in der Ortsgruppe Schwerin auf, 1923 trat er bereits als Ortgruppenvorsitzender und 1924 als Vorsitzender des Landesverbandes in Erscheinung.<sup>9</sup> Eigentliche Wortführer der Partei auf Vortragsveranstaltungen blieben aber der Rostocker Unternehmer Dr. Friedrich Witte und der Lehrer, Landtagsabgeordnete und spätere Staatsminister Dr. Richard Moeller. Als die Partei 1930 mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei fusionierte, trat Lobedanz aus. Nach eigener Aussage billigte er weder den Namens- noch den politischen Kurswechsel.<sup>10</sup>

Reinhold Lobedanz „überwinterte“ als unverzichtbarer Beamter während des Dritten Reichs im Staatsdienst. Allerdings stagnierte seine Karriere aufgrund der Mitgliedschaft in einer den Nationalsozialisten verhassten „Systempartei“. Der Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt hielt ihn für unzuverlässig.<sup>11</sup> Er erlebte manche Zurücksetzung und verlor seinen ältesten Sohn Gerhard im Zweiten Weltkrieg, der als promovierter Jurist in des Vaters Fußstapfen treten wollte. Nach Kriegsende war Lobedanz einer der wenigen unbelasteten höheren Ministerialbeamten. Ingesamt wurden 136 Beamte aus dem Apparat des Staatsministeriums 1945 übernommen, obwohl die KPD dem Berufsbeamtentum den Kampf angesagt hatte. Lobedanz übernahm trotz seines Pensionsalters von 65 Jahren im Juni 1945 die Abteilung Innere Verwaltung und die Abteilung Volksbildung. Die KPD konnte den „alten Ministerialrat“ zunächst nicht einschätzen,<sup>12</sup> betraute ihn dann aber im November 1945 mit der Leitung der Präsidialabteilung beim Präsidenten der Landesverwaltung bzw. beim späteren Ministerpräsidenten Wilhelm Höcker (SPD, dann SED). Infolge der DDR-Gründung 1949 kamen zahlreiche repräsentative politische Ämter hinzu, so dass sich Lobedanz im März 1950 als beinahe 70-Jähriger beurlauben ließ.

Der Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 erlaubte die Bildung antifaschistischer Parteien. Dass die allseits von den Sowjets protegierte KPD zuerst eine „Landesleitung“ auf die Beine stellte, verwundert kaum, wohl aber dass die Christdemokraten den Sozialdemokraten zuvorkamen.<sup>13</sup> Hier war es Lobedanz, der mit früheren Schwe-

9 „Demokratische Blätter“ vom 5.3.1922, 21.1.1923, 14.11.1924.

10 Vgl. ACDP 03-044-059/1 (wie Anm. 5).

11 Ebd.

12 Vgl. Detlev BRUNNER, *Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern unter sowjetischer Besatzung 1945–1949*, Bd. 1: *Die ernannte Landesverwaltung, Mai 1945 bis Dezember 1946. Eine Quellenedition*, 1. Aufl., Bremen 2003, S. 118.

riner DDP-Freunden die CDU als „Unterabteilung“ der Berliner Gründung ins Leben rief. Ein Antrag auf Zulassung der CDU bei den SMA wurde nicht gestellt, „die Registrierung erfolgte aufgrund eines mündlichen Vortrages“.<sup>14</sup> Während zum Beispiel in Greifswald der Name der überkonfessionellen Sammlungspartei lange Zeit strittig war, wurden in Schwerin Nägel mit Köpfen gemacht. In den vorläufigen Landesvorstand wählte man neben dem Landesvorsitzenden Lobedanz Hans Krukenmeyer als Stellvertreter, Werner Pöhls als Schriftführer, Hans Wittenburg als Kassierer und weitere Beisitzer.<sup>15</sup> Die meisten waren ehemalige DDP-Mitglieder, protestantisch und Schweriner. Man kannte sich z.T. seit Jahrzehnten. Dies bewirkte eine gewisse Dominanz Schwerins im Landesvorstand, die eine Einflussnahme der Besatzungsmacht erleichterte.

Reinhold Lobedanz fügte sich von Anbeginn in die Block- und Bündnispolitik der KPD. Die Bodenreform 1945 befürwortete er genauso wie die Volkskongressbewegung 1947. Dadurch trug er maßgeblich zur Absetzung des ersten Zonenvorsitzenden Dr. Andreas Hermes und seines Nachfolgers Jakob Kaiser bei. Die wachsende Entfremdung zwischen der standfesten Zonenleitung und Lobedanz wurde vor dem 2. Parteitag der SBZ-CDU 1947 in Berlin deutlich. Lobedanz rechnete bereits im August 1947 mit einer „Versteifung der Zonengrenzen“<sup>16</sup>. Dennoch sprach der erweiterte Landesvorstand Jakob Kaiser das uneingeschränkte Vertrauen aus. Nach dem Parteitag im September kritisierte Lobedanz Kaisers Referat in wesentlichen Punkten. Kaiser nehme zuviel Rücksicht auf seine westdeutsche Heimat, seine Vorstellung der Union als Brücke zwischen West und Ost beruhe auf einer Selbstüberschätzung.<sup>17</sup>

Lobedanz redete damit den Gegner Kaisers in der SED und in der SMA das Wort. Ohne sich dessen bewusst zu sein, machte sich Lobedanz zum Helfer der SED-Differenzierungspolitik zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften innerhalb der CDU. Als reaktionär erwiesen sich in SED-Augen solche „Unionsfreunde“, die der SED keine Führungsrolle zugestehen wollten und für die parlamentarische Demokratie zu kämpfen bereit waren. Hierzu zählten die zwei einzigen CDU-Landräte Adalbert Schreiber (Schönberg) und Werner Jöhren (Usedom) ebenso wie der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dr. Karl-Heinz Kaltenborn und der CDU-Wirtschaftsminister Dr.

13 EBD. S. 60. Der Grund lag darin, dass die Sowjets die Zulassung der SPD für das Land verzögerte, weil sie den Rostocker Sozialdemokraten Albert Schulz als 1. Vorsitzenden und Rostock als Sitz des Landesvorstandes ablehnten.

14 ACDP 02-036-082, Bl. 10. LV Mecklenburg, Gründung des Landesverbandes, Antrag auf Zulassung einer politischen Partei im Gebiet Mecklenburg vom 7.7.1945.

15 Niederschrift der Gründungsversammlung der CDU am 5. Juli 1945. Ebd., Bl. 5.

16 Protokoll über die Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 9.8.1947. Ebd., Bl. 25.

17 Protokoll über die Sitzung des Landesvorstandes am 27.9.1947. Ebd., Bl. 26.

Siegfried Witte. Unter Gefahr für Leib und Leben verließen sie alle bis 1950 die SBZ/DDR.

1950 war die Parteisäuberung der CDU in vollem Gange. Reinhold Lobedanz war mittlerweile der einzige CDU-Landesvorsitzende in der SBZ/DDR, der seit 1945 ununterbrochen wirkte. Andere wurden abgesetzt und inhaftiert. Seine Anpassungsbereitschaft dagegen wurde mit honorigen Ämtern belohnt. Nach der Landtagswahl 1946 avancierte Lobedanz zunächst zum 1. Vizelandtagspräsident, nach Gründung der DDR wurde er Präsident der provisorischen Länderkammer. Das Amt behielt Lobedanz auch, nachdem die Länder und mit ihnen die Landesparteiorganisationen 1952 abgeschafft wurden. Die Länderkammer verschwand erst 1958. Ehrenamtlich wirkte Lobedanz im Vorstand des von ihm in Mecklenburg mitbegründeten Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands mit, er gehörte dem Zentralvorstand der Volksbühne an, war Mitglied in der Gesellschaft für Deutsch-Polnische und Deutsch-Sowjetische Freundschaft, deren Vizepräsident er 1950 wurde. Die ersten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 besicherten ihm ein weiteres Mandat für den mecklenburgischen Landtag sowie für die Volkskammer.

Auf dem 2. Parteitag der SBZ-CDU 1947 wurde Lobedanz gegen Widerstände zum 3. Vorsitzenden der CDU gewählt. Der 2. Vorsitzende Ernst Lemmer verhinderte Lobedanz' Schiffbruch, indem er die Abstimmung wiederholen ließ. Lobedanz mutmaßte hinterher über den Widerwillen der Delegierten, dass „man in mir einen unbedingten Anhänger der Blockpolitik gesehen hat“.<sup>18</sup> Gemeinsam mit dem sächsischen Landesvorsitzenden Hugo Hickmann bildete Lobedanz in den Kaiserkrise 1947/48 eine Interimsparteileitung.

Die Konfliktscheu des Landesvorsitzenden war in der CDU Mecklenburgs kein Geheimnis: man erzählte auch noch Jahrzehnte später darüber, dass er brenzlige Sitzungen mied und sich von den Sowjets „bearbeiten“ ließ.<sup>19</sup> Zum Beispiel: Lobedanz „erkrankte“ vor der Tagung des in der CDU umstrittenen Volkskongresses plötzlich. Dennoch, so berichtet der Zeitzeuge Friedrich Wilhelm Schломann, hätten ihn drei Russen aus seiner Wohnung am Jungfernstieg in Schwerin mit einem Auto abgeholt und nach Berlin gebracht, wo er ins Präsidium des Volkskongresses gewählt worden sei.<sup>20</sup> Die Teilnahme von Lobedanz am Volkskongress trug unter den Mitgliedern nicht zur Steigerung seines Ansehens bei. Sie erschütterte sogar das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und die Standfestigkeit des Parteiführers. Der „Spiegel“ spottete über das Lavieren von Lobedanz: „Er versteht es geschickt, klaren Bekenntnissen durch

---

18 Ebd.

19 Erkenntnis aus dem Gespräch des Autors mit dem ehemaligen stv. Vorsitzenden des CDU-BV Schwerin, Heinz Dierenfeld, am 19.10.2004.

20 Vgl. Friedrich Wilhelm SCHLOMANN, *Mit so viel Hoffnung fingen wir an 1945–1950*, München 1991, S. 117.

unklare Erkrankungen auszuweichen. Das weiß auch Gelegenheitsdichter Nuschke: »und schließlich gibt's den Lobedanz, der windet sich wie'n Seidenschwanz«.<sup>21</sup>

Aus Sicht der SED war die Umerziehung des bürgerlichen Parteivorsitzenden Reinhold Lobedanz erfolgreich, wenngleich letzte Zweifel blieben. In einer Beurteilung des Landtagdirektors Ott für die SED-Landesleitung aus dem Jahre 1950 hieß es über Lobedanz: „... hat das Hauptverdienst bei der Durchsetzung der Parteilinie in Mecklenburg, stand im öffentlichen Gegensatz zu Witte und Kaltenborn, trotzdem werden immer wieder Zweifel an seiner wahrhaft fortschrittlichen Gesinnung laut“.<sup>22</sup> Schließlich konstatierte die SED-Landesleitung bei Lobedanz 1951 eine Entwicklung in ihrem Sinne. Die Beurteilung offenbart zudem, dass sich Lobedanz mit seinem Kurs der Anpassung in die Rolle eines willfähigen Handlungers der Staatspartei manövriert hatte: „Während er in den ersten Jahren als undurchsichtig und unsicher gehalten werden mußte, hat er sich im weiteren Verlauf immer offener und entschiedener für die Blockpolitik eingesetzt. Dabei hat er innerhalb der CDU für eine Durchsetzung der offiziellen Parteilinie gegen reaktionäre Elemente gekämpft. Dieses geschah nicht immer entschieden genug, aber wenn er auf schädliche Erscheinungen hingewiesen wurde, trat er für die Beseitigung ein. Er ist heute als positiv zu betrachten.“<sup>23</sup>

Tatsächlich schwenkte Lobedanz 1951 völlig auf die SED-Linie ein. Seine Rede in der Volkskammer am 30. Januar 1951 war unverhohlene Propaganda-Hetze gegen die verhassten Westpolitiker Adenauer und Kaiser. Sie bezichtigte Jakob Kaiser des Verrates an der Einheit Deutschlands und war Ausdruck einer deutschlandpolitischen Offensive der SED.<sup>24</sup> Wenige Monate zuvor hatte er die unbeugsame CDU-Stadtfraktion in Plau am See auf SED-Kurs verpflichtet.<sup>25</sup>

Im Dezember 1952 zog sich Lobedanz wegen seiner Berliner Funktionen aus dem neuen CDU-Bezirksvorstand Schwerin zurück.<sup>26</sup> Bald schied er auch

21 „Der Spiegel“, 6.6.1951. Für den Hinweis bedankt sich der Autor bei Dr. Eler Lobedanz, dem Enkel von Reinhold Lobedanz.

22 LHAS 6.11–1, Nr. 298, Bl. 3. Landtag Mecklenburg 1946–1952. Personalfragenbogen, Lebensläufe usw. von Angehörigen des Landtages 1948–1950. Beurteilungen der Landtagsabgeordneten, 2.8.1950.

23 LHAS 10.34–1, Nr. 591, Bl. 12. SED-Landesleitung Mecklenburg, CDU 1946–1950, Beurteilung von Dr. Lobedanz durch Kurt Bürger, 12.6.1951.

24 Die Rede erschien zusammen mit dem Appell der Volkskammer „Deutsche an einen Tisch!“ als Broschüre unter dem Titel *Die Wahrheit über Konrad Adenauer und Jakob Kaiser*, Berlin-Ost 1951.

25 Vgl. Kurt TAPPENBECK, *Jenseits von Recht und Menschlichkeit. Erinnerungen eines mecklenburgischen Zeitzeugen*, 2. Aufl., Schwerin 1999, S. 73.

26 ACDP 07-011-1434. DDR-CDU, BV Schwerin, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstandes am 1.12.1952.

aus dem Bezirkstag Schwerin aus, den er am 29. Juli 1952 als Alterspräsident eröffnet hatte. 1954 wurde er nochmals als Präsident der Länderkammer bestätigt und bekam von Wilhelm Pieck den Vaterländischen Verdienstorden in Gold verliehen. Überzeugt von der Kraft des Faktischen, der einmal etablierten sozialistischen Ordnung begann er mit dem Studium der Werke von Marx, Lenin und Stalin. Mehrere Reisen in die Sowjetunion mögen ihn in dieser Überzeugung bestärkt haben. Am 5. März 1955 verstarb Reinhold Lobedanz an plötzlichem Herzversagen. An der Trauerfeier am 10. März 1955 in Schwerin nahmen der stellvertretende Ministerpräsident und DDR-CDU-Vorsitzende Otto Nuschke, der Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann (LDPD) und Lobedanz' Stellvertreter in der Länderkammer August Frölich (SED) teil. Reinhold Lobedanz wurde auf dem alten Schweriner Friedhof beigesetzt.<sup>27</sup>

### *Ein Wirtschaftsminister auf Widerruf – Siegfried Witte*

Dr. Siegfried Witte gehörte zu den herausragenden Persönlichkeiten bei der Gründung der CDU in Mecklenburg und Vorpommern 1945. Anders als z. B. der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz arrangierte sich der erste Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-(Vorpommern) nicht mit den Machthabern der „roten“ Diktatur. Für seine Überzeugung von der marktwirtschaftlichen und unternehmerischen Freiheit zahlte er den hohen Preis politischer Verfolgung und musste nach Westdeutschland fliehen. Mit der Auslobung des Siegfried-Witte-Preises für besonderes kommunalpolitisches Engagement versuchte die Landes-CDU 2005, an ihre zu DDR-Zeiten verkümmerten demokratischen Wurzeln zu erinnern.<sup>28</sup>

Siegfried Witte kam als zweiter Sohn des liberalen Politikers und Pharmaziefabrikanten Dr. Friedrich Carl Witte (1864–1938) am 9. Februar 1897 in Rostock zur Welt. Die Wittes verkörperten liberales Bürgertum im besten Sinne.<sup>29</sup> Der Großvater Dr. Friedrich Witte (1829–1893) gründete in Rostock 1856 eine kleine pharmazeutische Fabrik, die aus der Hirsch-Apotheke hervorging. Zugleich schaffte er 1879 im Wahlkreis Hagenow-Grevesmühlen den Sprung in den Reichstag und gehörte zur Sezession von 1880 (Freisinnige Vereinigung). 1884 bis 1893 vertrat er den thüringischen Wahlkreis Sonneburg-

<sup>27</sup> Vgl. ACDP 03-044-59/1 (wie Anm. 5).

<sup>28</sup> Vgl. Preisauslobung Dr. Siegfried-Witte-Preis auf der Veranstaltung „60 Jahre CDU in Stralsund“. Die Veranstaltung fiel wegen der vorgezogenen Bundestagswahl aus, und der Preis wurde auf dem Landesparteitag vergeben.

<sup>29</sup> Vgl. Bodo KEIPKE, *Siegfried Witte*, in: Sabine PETTKE (Hg.), *Biographisches Lexikon für Mecklenburg*, Bd. 3, Rostock 2001, S. 321f. Kurzbiographie bei Damian van MELIS/Rolf BARTUSEL, *Funktionseliten in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1952. Ein biographisches Lexikon*, Münster 1999 [www.mv-data.de](http://www.mv-data.de), S. 57.

Saalfeld als Reichstagsabgeordneter. Der Vater scheiterte zwar an dieser Wahlhürde, war aber Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei, ihr mecklenburgischer Vorsitzender und Mitglied im verfassunggebenden Landtag Mecklenburg-Schwerin 1919.<sup>30</sup>

Witte atmete den liberalen Freigeist des Elternhauses seit frühester Jugend, er besuchte nach der Volksschule ab Ostern 1909 die Große Stadtschule in Rostock. Als dann 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, meldete er sich – kaum siebzehnjährig – als Kriegsfreiwilliger. Während sein älterer Bruder fiel, kam Witte mit einer Lungenerkrankung davon. Der Infanterist schied im Rang eines Leutnants der Reserve im Dezember 1918 aus der sich auflösenden Reichswehr aus, nicht ohne vorher von der eigenen Kompanie in geheimer Abstimmung zum Mitglied des Soldatenrats gewählt worden zu sein.

Darauf studierte Witte an der Handelshochschule Berlin Betriebs-, Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeographie und bestand im August 1920 die Examen zum Diplomkaufmann. Eine Dissertation an der Universität Frankfurt mit dem Titel „Einschränkung und Unterhaltung der Unternehmerinitiative in der modernen Industrientwicklung“ folgte im Juli 1921. Nach diesem Blitzstudium trat Siegfried Witte zunächst als Angestellter, dann Prokurist und ab 1925 als Teilhaber in die väterliche Firma ein. Zusammen mit seinem Bruder Carl August führte er die Firma auch nach dem Tode des Vaters 1938 weiter.

Siegfried Witte vermarktete die Pepton-, Ferment- und Lecithinpräparate seiner Firma bis nach Lateinamerika. Geschäftsreisen verhinderten politisches Engagement. Er trat 1926 der DDP zu einer Zeit bei, als diese bereits spürbar an Bedeutung verloren hatte. Nach der Machtergreifung Hitlers zog sich Witte völlig zurück. Die Distanz zum NS-Regime war groß. Neben den immer schwieriger werdenden geschäftlichen Angelegenheiten engagierte sich Witte im politisch eher unverdächtigen kirchlichen Raum: So als Vorsitzender der Treuhandstelle der Inneren Mission Mecklenburg. In dieser Eigenschaft prüfte er z. B. Rechnungen und Geschäftsbücher des Diakonissenhauses und Kinderheims Lobetal in Lübtheen, wie Akten des Schweriner Oberkirchenrats belegen.<sup>31</sup>

Aus dem Zweiten Weltkrieg zog der bisher scheinbar apolitische Witte eine persönliche Konsequenz. Schon Ende Juli 1945 begründete Witte mit Gleichgesinnten einen CDU-Ortsverein in Rostock. Bereits am 4. August reichte Witte beim damaligen Rostocker Oberbürgermeister Seitz den Antrag auf Regis-

30 Vgl. LHAS 6.11-1/300. Landtag Mecklenburg 1946–1952. Personalunterlagen und Charakteristiken ausgeschiedener Abgeordneter 1948–1952, Personalfragebogen und Lebenslauf Dr. Witte; Landtag Mecklenburg (Hg.), *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag 1. Wahlperiode*, Schwerin o.J., S. 66.

31 Landeskirchliches Archiv Schwerin (LKAS), Dienstliche Handakten, Dr. Siegfried Witte, Leiter der Treuhandstelle des Mecklenburgischen Landesverbandes für Innere Mission.

rierung ein. Der Antrag bezeugt die Kenntnis des Berliner CDU-Gründungsaufrufes in Rostock sowie eine erste öffentliche Kundgebung der Partei im Ufa-Palast am 19. August. Wichtige Rostocker Mitstreiter in der CDU-Ortsgruppe waren der Oberstudiendirektor Dr. Walther Neumann, die spätere Landtagsabgeordnete Dr. Annemarie von Harlem, der Gewerkschaftler Johannes Knorr, Universitätsprofessor Klinke und der Kurator der Universität, Rechtsanwalt Wilhelm Heinrich, der 1949 zum Oberrichter am Obersten Gerichts der DDR avancierte.<sup>32</sup>

Siegfried Witte führte die Ortsgruppe nur bis zum August 1946 und gab den Vorsitz dann an Dr. Neumann ab. Die Ämter drängten zu ihm, nicht er drängte zum Amt. Unbelastete Fachleute waren auch in der bürgerlichen CDU dünn gesät. Zu den Posten als Rostocker Kreisvorsitzender und Stadtverordneter kam nach den Wahlen 1946 noch ein Landtagsmandat hinzu. Die CDU-Fraktion im Mecklenburger Landtag – mit 31 Abgeordneten nach der SED die zweitstärkste – nominierte Witte als Wirtschaftsminister.

Die CDU-Fraktion im 1946 frisch konstituierten Landtag musste der SED schon wegen ihrer Stärke, aber vor allem wegen der Besetzung des Fraktionsvorstandes heftige Auseinandersetzungen liefern. Den Vorsitz führte der unbeugsame Usedomer Landrat Werner Jöhren, dem die Sowjets während der Kaiser-Krise das Verlassen der Insel untersagten. Witte war wie sein späterer Mitarbeiter im Ministerium, Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, einer der beiden Stellvertreter.<sup>33</sup> Damals ging der Fraktionsvorstand von dem ernsthaften Willen einer demokratischen Zusammenarbeit mit der SED auf gleicher Augenhöhe aus.

Witte, der zu ehemaligen Sozialdemokraten wie dem Rostocker Oberbürgermeister Albert Schulz gute Kontakte pflegte, schlug auf der 2. Landtags-sitzung Wilhelm Höcker (SED) für das Amt des Ministerpräsidenten als „einen Menschen von klarem Verstande und von warmem Herzen“<sup>34</sup> vor. Er selbst wurde Minister für Wirtschaft. Während die SED mit Johannes Warnke (Innen), Gottfried Grünberg (Volksbildung), Alfred Starosson (Handel und Versorgung) die Schlüsselressorts besetzte, stellte die CDU mit Fritz Burmeister (Sozialwesen) und Otto Möller (Landwirtschaft) zwei weitere Minister. Die LDP zog mit Prof. Dr. Gotthilf Strasser ins Finanzministerium.

Ein enormes internes Konfliktpotential der Landesregierung lag von Anfang an darin begründet, dass Warnke in seinem Geschäftsbereich die Personalpolitik für die gesamte Landesverwaltung beanspruchte und auch durchsetzte.

32 Archiv der Hansestadt Rostock, NL Witte, Schreiben Dr. Wittes an den Rostocker Oberbürgermeister Seitz vom 4.8.1945. Als Anlage Liste der führenden Mitglieder in der Ortsgruppe Rostock.

33 LHAS 6.11-1, Nr. 87. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Angelegenheiten der CDU-Fraktion, Schreiben der CDU Fraktion an den Landtagspräsidenten vom 21.11.1946.

34 LHAS 6.11-1, Nr. 257. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Protokoll der 2. Vollsitzung am 10.12.1946, S. 28.



Damit waren Ämterpatronage und Indoktrination im Sinne der SED Tor und Tür geöffnet. Ein weiteres Konfliktfeld zwischen Warnke – dem eigentlich starken Mann der SED – und Witte tat sich in der Frage der Entnazifizierung auf. Die SED missbrauchte sie, um die Eigentumsverhältnisse umzugestalten. Witte und sein Abteilungsleiter Kaltenborn versuchten, in Einzelfällen zu helfen.<sup>35</sup> Immerhin so geschickt, dass sich der mächtige Warnke vor dem Landesvorstand der SED am 20. Februar 1948 darüber beklagte: „Seit Bestehen der Entnazifizierungskommission, überhaupt seit Anlaufen des Befehls 201 bin ich in einem gewissen Streit mit dem Wirtschaftsministerium. Das Wirtschaftsministerium unter Führung von Dr. Witte – lies Kaltenborn – ist der Meinung, daß nach der Direktive Nr. 241 nur die großen Industriebetriebe zu überholen seien, daß in der Führung keine aktiven Faschisten sind. Wir sind aber der Meinung, daß alle aktiven Faschisten, gleichgültig wo sie stecken, ob sie als Techniker oder Arbeiter oder Beamte oder ob sie sonst als selbständige Geschäftsleute tätig sind, wenn sie aktive Faschisten sind, dann werden sie entsprechend der Direktive eingestuft.“<sup>36</sup> Daraus folgte die Praxis: Faschist war, wen die SED dazu stempelte.

Der Streit zwischen den Ministern Warnke und Witte – ein Stellvertreterkrieg zwischen SED und der widerspenstigen CDU – wurde auf dem Gebiet der Personalpolitik ausgetragen. Zunächst sollte Witte diszipliniert werden, indem der Alt-KPDler Johnny Löhr als Leiter der Hauptabteilung Industrie ins Wirtschaftsministerium abgestellt wurde. Der studierte Ingenieur war im sowjetischen Exil, kam mit der Gruppe Sobottka nach Deutschland und war später auf Geheiß seiner Partei Mitbegründer und Landesvorsitzender der NDPD. Als Aufpasser für Witte versagte er: „Witte gelang es jedoch im Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Ministern, sich gegen seinen Min. Dir. durchzusetzen, ja, es gelang ihm sogar, Löhr zu loyaler Mitarbeit zu erziehen. Das schadete Löhr natürlich sehr in den Augen der SED und bei den Russen.“ – heißt es in einem Empfehlungsschreiben von Albert Schulz für Witte 1950.<sup>37</sup>

Da dies aus Sicht Warnkes nicht fruchtete, führte der gewiefte Taktiker im Ministerrat gegen die Stimmen der CDU-Minister im November 1948 einen Beschluss herbei, der seiner Hauptabteilung Personal und Schulung nun die vollen Einsetzungs- und Abberufungsrechte für die Referenten in allen Ministerien und Fachabteilungen zubilligte. Witte protestierte, weil leitenden An-

35 Vgl. Damian van MELIS, *Herrschaft und Verwaltung 1945–1948*, München 1999, S. 276ff.

36 LHAS 10.34-1, Nr. 12. SED Landesleitung Mecklenburg, Protokoll der Landesvorstandssitzung am 20.2.1948, S. 51.

37 Vgl. ACDP 03-036. CDU-LV Mecklenburg, Schreiben Albert Schulz' an den Parteivorstand der SPD, Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost betr. Minister a.D. Dr. Witte vom 5.12.1950.

gestellten, darunter Dr. Kaltenborn, prompt gekündigt wurde und er in dieser Kompetenzbeschneidung einen Verstoß gegen die Landesverfassung sah.<sup>38</sup> Siegfried Witte musste sich jedoch beugen. Die SED konnte dadurch unliebsame bürgerliche „Elemente“ entfernen und die Verwaltung nach ihrem parteilichen Gusto reinigen.

Anders als für die Anhänger Jakobs Kaisers war die Beteiligung an der Volkskongressbewegung für Siegfried Witte nicht die Wegscheide der Union. Die politische Entwicklung schien er hinzunehmen, nicht aber die wirtschaftliche. Als Wirtschaftsexperte und Verfechter einer eigenständigen Wirtschaftspolitik, in der das Privateigentum keine untergeordnete Rolle spielen sollte, war Witte gefragt. Für das gleichberechtigte Nebeneinander von Privatwirtschaft und Volkseigentum engagierte er sich auf den Volkskongressen und in der Deutschen Wirtschaftskommission. Noch auf dem Leipziger Parteitag der Ost-CDU im November 1949 trug er diese Überzeugung vor.<sup>39</sup> Dass die CDU auf den Zweijahresplan der SED eine Antwort fand, verdankt sich ebenfalls seinem Zutun. Allerdings war mit Gründung der DDR diese Position eines friedlichen Nebeneinanders von Privat- und Volkseigentum obsolet. Wittes Zeit lief ab.

Ende des Jahres 1949 blies die SED zum Angriff auf die vermeintlich letzten Reaktionäre innerhalb der bürgerlichen Parteien. Wer sich nicht uneingeschränkt auf den Boden der DDR und des Sozialismus stellte, musste ausgeschaltet werden. Das Politbüro beschloss am 31. Januar 1950 nach einem Bericht Walter Ulbrichts über die Entwicklung in der CDU, den Kampf gegen die reaktionären Elemente „mit unverminderter Schärfe weiterzuführen“.<sup>40</sup> Gegen Siegfried Witte begann das publizistische Trommelfeuer am 25. Januar mit mehreren Artikeln in der „Landeszeitung“, dem SED-Organ. Zum äußeren Anlass diente eine Arbeitstagung des Wirtschaftsministeriums auf der Rostocker Neptunwerft am 19. Januar, zu der angeblich die Aktivisten eingeladen wurden.<sup>41</sup> Die „Landeszeitung“ widersprach sich damit selbst, denn sie berichtete fünf Tage zuvor das Gegenteil. Weitere Vorwürfe beschuldigten Witte der Sabotage von DWK-Anordnungen, kreideten ihm die unterlassene Würdigung der Sowjetunion und der Nationalen Front an und bemängelten seine neutralistische Haltung in der Deutschlandpolitik.<sup>42</sup> Zu Fall sollte ihn schließ-

38 LHAS 6.11-2, Nr. 944, Bl. 120. Ministerpräsident 1946–1952. Personal und Schulung, Schreiben Dr. Wittes an den Ministerpräsidenten vom 29.11.1948.

39 Redebeitrag Wittes in: CDU-Hauptgeschäftsstelle (Hg.), *Bewährung und Verantwortung für Deutschland. Reden und Beschlüsse der 4. Jahrestagung der CDU am 12. und 13.11.1949 in Leipzig*, Berlin o.J., S. 116ff.

40 SAPMO DY 30/IV 2/2 Br. 69. Politbüro der SED, Protokoll Nr. 69 der Sitzung am 31. 1. 1950.

41 Vgl. „Landeszeitung“, 25.1.1950, S. 1.

42 Ebd., 27.1.1950, S. 1; 28.1.1950, S. 1.

lich die Anschuldigung bringen, er sei Konsul für Spanien unter der Franco-Herrschaft gewesen.<sup>43</sup> Witte wehrte sich gegen die falschen Verdächtigungen und Vorwürfe, die von der SED durch fingierte Resolutionen und Missbilligungserklärungen aus zahlreichen Betrieben verstärkt wurden. Im CDU-Blatt „Der Demokrat“ bezog er am 1. Februar ausführlich Stellung: „Wir Wittes sind durch drei Generationen im Land als Demokraten so bekannt, daß darüber ich hier keine Worte zu verlieren brauche.“<sup>44</sup> Empört wandte er sich gegen die Behauptung, Hitler-Konsul für Spanien gewesen zu sein. Wegen geschäftlicher Beziehungen sei er 1931 zum Vizekonsul der Spanischen Republik ernannt worden und habe dieses Amt im Interesse der in Rostock ansässigen Spanier beibehalten.

Im Landtag signalisierte der SED-Abgeordnete Erich Glückauf am 26. Januar 1950 deutlich, dass Witte das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitze. Nach einer Eloge auf die deutsch-sowjetische Freundschaft erklärte er explizit, dass die SED keine Doppelzüngler gegenüber der Sowjetunion in der Verwaltung und in den Behörden mehr dulde. Sie seien eine besondere Gefahr, sie sind – so Glückauf mit indirektem Verweis auf Witte – „die Fünfte Kolonne im Rücken der Nationalen Front“.<sup>45</sup> Die Misstrauenserklärung der SED verfehlte ihre Wirkung nicht. Die CDU ließ die Sitzung unterbrechen und verlangte einen Ordnungsruf für Glückauf, doch der Landtagspräsident Carl Moltmann (SED) wiegelte ab.<sup>46</sup> Daraufhin warf sich der CDU-Abgeordnete Josef Küchler nochmals leidenschaftlich in die Debatte und hielt der SED die unsachlichen Angriffe, ihre tagtägliche Missachtung der Grundrechte und der Verfassung vor. Währenddessen protestierten von der SED bestellte „Arbeiterdelegationen“ lauthals gegen den LDP-Abgeordneten Edmund Geissler und Wirtschaftsminister Witte. Mit dem Ausscheiden der CDU-Abgeordneten Dr. Witte, Dr. Kaltenborn, Paul Reichert, Adolf Lüben und des LDP-Abgeordneten Edmund Geissler auf der nächsten Sitzung am 16. Februar 1950 war der Widerstand der CDU-/LDP-Oppositionellen endgültig gebrochen.<sup>47</sup>

Von den Vorwürfen zermürbt, erklärte Siegfried Witte am 30. Januar 1950 seinen Rücktritt vom Amt des Wirtschaftsministers. In einem Schreiben an seine Angestellte bedankte er sich für die loyale Zusammenarbeit. Gegenüber seinen Widersachern aus der SED zeigte sich der Christdemokrat versöhnlich: „Denjenigen, die geglaubt haben, nicht mit mir zusammenarbeiten zu können,

43 Ebd., 30.1.1950, S. 1.

44 „Der Demokrat“, 1.2.1950, S. 2.

45 LHAS 6.11-1, Nr. 259. Landtag Mecklenburg 1946–1952, Sitzungsberichte 1950, 54. Sitzung am 26.1.1950, S. 2100.

46 Vgl. Ebd., S. 2105.

47 Vgl. Ebd., 55. Sitzung am 16.2.1950, S. 2127.

verzeihe ich. Unsere Arbeit dient – gleichgültig an welcher Stelle wir in Staat und Wirtschaft stehen – dem Wohl unseres Volkes.“<sup>48</sup>

Wittes Ausschaltung als Wirtschaftsminister war Teil einer SED-gesteuerten Kampagne zur Säuberung der CDU. Fast zeitgleich traten CDU-Minister in Sachsen und Brandenburg zurück. Der Vorsitzende der sächsischen CDU, Prof. Hugo Hickmann, nahm ebenfalls nach üblem „Dauerbeschluss“ seinen Hut.<sup>49</sup> Die aufwendige Inszenierung von Volksprotesten trug Früchte. In Rostock erschien am 1. Februar 1950 eine Sonderausgabe des „Werftechos“, der Betriebszeitung der Neptun-Werft, mit der Aufmachung: „Die feindlichen Umtriebe der Witte-Clique in Rostock“.<sup>50</sup> Mehrere Protestresolutionen z. B. des FDJ Kreisvorstandes Randow und der SED-Betriebsgruppe im Rößeler Sägewerk gingen beim CDU-Landesvorstand ein.<sup>51</sup> Der Druck wuchs. Der geschäftsführende Vorstand der Landes-CDU, der mittlerweile nur noch aus SED-getreuen Funktionären bestand, beriet mehrmals auch im Auftrag des Gesamtparteivorstandes, dem Witte angehörte. Schließlich fasste er am 23. Februar 1950 den Beschluss, Witte wegen parteischädigenden Verhaltens aller Ämter zu entheben und aus der Partei auszuschließen. Die von der SED souflierte Begründung lautete, dass Witte bei seiner Nominierung zum Wirtschaftsminister keine Angaben über seine Tätigkeit als spanischer Konsul gemacht habe.<sup>52</sup> Der Parteivorsitzende Dr. Reinhold Lobedanz riet Witte, sich „ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen“.<sup>53</sup>

Die SED hatte es nach Wittes Rücktritt auf seinen Firmenbesitz abgesehen. Das SED-geführte Innenministerium ließ die Finanz- und Vermögensverhältnisse des Unternehmers Witte überprüfen, insbesondere eine ordnungsgemäße Abführung der Steuern.<sup>54</sup> Siegfried Witte kam unter dem Vorwand, als Minister den Ankauf von Maschinen aus dem Besitz Republikflüchtiger genehmigt zu haben, für kurze Zeit in Untersuchungshaft. Wegen seines Asthmaleidens war er nicht haftfähig. Im August 1951 wurde ihm vor dem Landgericht

48 LHAS 6.11-14, Nr. 309. Ministerium für Wirtschaft 1945–1952, Rücktrittserklärung des Ministers Witte 1950, Schreiben Dr. Wittes an die Angestellten des Ministeriums vom 30.1.1950.

49 „Der Demokrat“, 31.1.1950, S. 1.

50 „Werftecho. Betriebszeitung der Schiffswerft Neptun Rostock“, 1. Jg., Sonderausgabe vom 1.2.1950.

51 Vgl. ACDP 03-036-001. CDU-LV Mecklenburg, Fall Dr. Witte. Protestresolutionen des FDJ-Kreisvorstandes Randow vom 29.1.1950 und der SED-Betriebsgruppe bzw. Betriebsgewerkschaftsleitung des Sägewerkes Rößel vom 30.1.1950.

52 Vgl. Protokoll über die außerordentliche Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 23.2.1950. Ebd.

53 Schreiben des Landesvorsitzenden Dr. Lobedanz an Dr. Friedrich [sic!] Witte vom 2.2.1950. Ebd.

54 LHAS 10.34-1, Nr. 256, Bl. 30. SED-Landesleitung Mecklenburg. Akten Wirtschaftsminister Witte, Schriftwechsel zwischen Landeskommission für Staatliche Kontrolle und Hauptabteilung Personal und Schulung des Innenministeriums vom 28.1.1950.

Greifswald der Prozess gemacht. Allerdings musste das Verfahren im Dezember eingestellt werden, da Witte zwischenzeitlich bereits in den Westen geflohen war.<sup>55</sup> Sein Bruder Carl, der die Rostocker Firma weiterführte, wurde im August 1951 durch einen Treuhänder ersetzt. Im Oktober 1952 war die Firma bereits als VEB Pepton in Volkseigentum überführt.<sup>56</sup>

Die Gebrüder Witte ließen sich in Frankfurt/M. nieder und führten die Chemische Fabrik Friedrich Witte im kleinen Maßstab weiter. Politisch engagierte sich Siegfried Witte im Königsteiner Kreis, einer Vereinigung von Juristen, Volkswirten und Beamten aus der SBZ. Der Verein wollte über die Verhältnisse in der SBZ/DDR informieren, organisierte Vortragsveranstaltungen und Gutachten. 1952 wurde Witte dort Geschäftsführer. Rückblickend auf das eigene Schicksal schrieb er 1959 über den Sowjetzonenflüchtling: „Die Flucht aus der Sowjetzone erfolgt nicht auf behördliche Anweisung, sondern sie bedingt in jedem Einzelfalle den Entschluß, die Heimat zu verlassen und die Existenz aufzugeben, weil das weitere Bleiben unerträglich oder allzu gefährlich geworden ist. Das sowjetische System in der Zone verbindet den Vollzug einer als geradezu naturgesetzlich notwendig gesehenen gesellschaftlichen Umwälzung mit großer Willkür in der Anwendung von Maßnahmen gegen den Einzelnen.“<sup>57</sup> Aus diesem Bewusstsein heraus engagierte sich Siegfried Witte auch in der Exil-CDU. Er starb am 19. November 1961 in Frankfurt/M.<sup>58</sup>

### *Werner Jöhren – Ein Christdemokrat mit Oppositionsgeist*

Der Name des CDU-Politikers Werner Jöhren ist heute selbst in Fachkreisen der Historiker kaum bekannt. Der Verlagsbuchhändler war nach dem Zweiten Weltkrieg erster demokratisch gewählter Landrat auf der Insel Usedom und zugleich Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Als treuer Anhänger und Bewunderer des Ost-CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser trat er nach dessen Entmachtung von seinen Ämtern zurück. Er ging 1948 in den Westen und leitete

55 Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1998, S. 443.

56 Vgl. Archiv der Hansestadt Rostock. Chemische Fabrik Friedrich Witte, Bericht des Treuhänders Ludwig Mayer an die Hauptabteilung Industrie des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 31.8.1951.

57 Siegfried WITTE, *Der Königsteiner Kreis 1949–1959. 10 Jahre Mitarbeit an der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit*, Frankfurt/M. 1959, S. 6.

58 Ein Nachruf aus der Feder seines ehemaligen Kollegen Dr. Karl-Heinz Kaltenborn – Rechtsanwalt in Krefeld und 1. Sprecher der Mecklenburgischen Landsmannschaft – erschien in der Zeitschrift der Exil-CDU „Stimme im Exil“, Nr. 22, Dez. 1961, S. 12.

bis zu seinem Tode 1959 das CDU-Ostbüro, das Verbindungen zu CDU-Mitgliedern in der SBZ bzw. DDR unterhielt.

Werner Jöhren wurde am 1. September 1900 in Guben (Niederlausitz) als Sohn des Architekten und Baumeisters Heinrich Jöhren geboren. Nach Besuch des Humanistischen Gymnasiums erlernte er das Maurer- und Zimmerhandwerk, absolvierte die Baugewerksschule und wirkte danach als Architekt im väterlichen Geschäft. Etwa 1930 begann Jöhren zu schriftstellern, 1933 gründete er in Berlin sein eigenes Verlagsunternehmen, den West-Ost-Verlag. Als der Verlag 1943 in der Reichshauptstadt ausgebombt wurde, lagerte Jöhren ihn nach Heringsdorf aus.<sup>59</sup>

Erste politische Erfahrungen sammelte Jöhren ab 1930 im Hauptaktionsausschuss der Deutschen Staatspartei, in der sich die wenigen Liberalen am Ende der Weimarer Republik scharten. Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte er sich für den Wiederaufbau zur Verfügung. Ehrenamtlich übernahm er im Mai 1945 die Leitung des Amtes für Kultur und Volksbildung auf Usedom. Jöhren gehörte zu den Mitbegründern der CDU auf Usedom und war erster Kreisvorsitzender. In der CDU sah er nicht den „Abklatsch der Zentrumspartei“, sondern „eine neue Bewegung, die entstanden ist aus der Not der Zeit und die mit allen bürgerlichen Parteien vergangener Zeit auch nicht das geringste mehr zu tun hat“.<sup>60</sup> Als die CDU bei den Kreistagswahlen 1946 stärkste Partei wurde, wählte man Jöhren zum Landrat der Insel.

Werner Jöhren hing dem Ideal des CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaisers von einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung an, er bejahte eine gemeinsame, solidarische Blockpolitik und negierte jeden Separatismus. Die Vorstellung von Kaiser, dass die Union eine Brücke zwischen Ost und West bilden könne, deckte sich nicht nur mit dem Namen des Inselverlages Jöhrens, sondern auch mit der Einstellung des Besitzers. Wie bei Kaiser kühlte sich Jöhrens Verhältnis zur Besatzungsmacht ab, als die Russen seine politische Eigenständigkeit bemerkten. So protestierte die CDU Usedom gegen die polnischen Ansprüche auf die gesamte Insel, die noch im Herbst 1945 von Swinemünde aus verwaltet wurde und ausschließlich deutsch bevölkert war.

Bei der Landtagswahl 1946 wurde die CDU mit 34,1 Prozent nach der SED (49,5 Prozent) zweitstärkste Kraft. Sie stellte mit 31 mehr als ein Drittel aller Abgeordneten (90). Zum Fraktionsvorsitzenden kürte die Partei im November

59 Zum Lebenslauf von Werner Jöhren siehe das *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag* (wie Anm. 3), S. 90f. Eine kurze biographische Skizze bei Marco MICHELS, *Ins Visier der neuen Machthaber geraten. Eine Erinnerung an Werner Jöhren (1900–1959), ehemaliger Landrat auf Usedom und Fraktionsvorsitzender im Landtag Mecklenburg-Vorpommern*, in: „Mecklenburg“ 8 (2001), S. 19.

60 ACDP 01-350-002/2. NL Werner Jöhren. Reden, Referat auf der Parteiversammlung der Usedomer CDU im Hotel Deutsches Haus am 30.6.1946.

1946 Jöhren. Seine starke Stellung innerhalb der Fraktion basierte nicht zuletzt auf dem Insel-Wahlsieg, der für die CDU nur im Kreis Schönberg nochmals gelang. Werner Jöhren arbeitete im Hauptausschuss des Landtages mit und führte im Verfassungsausschuss den Vorsitz.<sup>61</sup> Dadurch überschätzte er die Bedeutung der Verfassung – wie andere auch – offensichtlich. So sprach der Landrat Usedom's anlässlich der letzten Lesung der Verfassung am 15. Januar 1947 von einer „geschichtlichen Stunde“.<sup>62</sup> Dennoch musste er zugeben, dass die Regelung des Religionsunterrichts für die CDU unbefriedigend geblieben sei. Zudem täuschten sich Liberale und Christdemokraten gleichermaßen über die Durchsetzungsfähigkeit der Verfassung. Dabei hätte ihnen zu denken geben müssen, dass sich die SED massiv gegen einen unabhängigen Verfassungsgerichtshof wehrte.<sup>63</sup> Trotzdem verabschiedete der Landtag die Verfassung einstimmig.

Anders als im CDU-Landesvorstand war in der CDU-Fraktion unter Werner Jöhren ein gewisser Oppositionsgeist spürbar. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Dr. Karl-Heinz Kaltenborn kämpfte Jöhren gegen Willkür bei Entnazifizierung, Enteignung und allgemeinem Verwaltungshandeln. Immer wieder kritisierte die CDU die einseitige Personalpolitik der SED.

Nach dem Scheitern innerdeutscher und internationaler Konferenzen 1947 steckte die Deutschlandpolitik in einer Sackgasse. Der gesamtdeutsche Anspruch Jakob Kaisers und der CDU in der SBZ stieß bei der SMA immer mehr auf Ablehnung. Zudem provozierte Kaisers Rede auf dem 2. CDU-Parteitag im September die Sowjets sehr, weil Kaiser die Union auf eine Rolle als „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus“ festlegte. Die Ablehnung der deutschlandpolitischen Initiative der SED – die Volkskongressbewegung – nahmen die Sowjets zum Anlass, um Jakob Kaiser und seinen Stellvertreter Ernst Lemmer abzusetzen.<sup>64</sup> Auf die Landesverbände wurde von SED und SMA massiver Druck ausgeübt, damit Unionsmitglieder am Kongress teilnehmen und den Vorstandsbeschluss konterkarieren würden. Der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz knickte ein und nahm teil. Werner Jöhren und mit ihm ein Großteil der Kreisverbände verweigerten sich. In Anwesenheit des sowjetischen Polit-Offiziers Ziganow erklärte er auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes am 3. Dezember 1947: „Ich stehe nicht so da, daß ich sage, ich sei gegen den Block. Aber ich bin trotzdem gegen die Zustimmung zum Volkskongress, und ich möchte, daß unsere beiden Vertreter der CDU

61 LHAS 6.11-1 Nr. 125. Landtag Mecklenburg 1946–52, Mitglieder der Ausschüsse des Landtags. Siehe auch *Handbuch für den Mecklenburgischen Landtag* (wie Anm. 3), S. 121ff.

62 LHAS 6.11-1 Nr. 257. Landtag Mecklenburg 1946–52, Protokoll der 6. Vollsitzung, 15.1.1947, S. 182.

63 Protokoll der 4. Vollsitzung, 14.1.1947. Ebd.

64 Vgl. BAUS (wie Anm. 1), S. 397ff.

wieder zurückgezogen werden.“<sup>65</sup> Die Usedomer CDU solidarisierte sich mit dem abgesetzten Kaiser. Die SED antwortete mit einer öffentlichen Kampagne gegen Jöhren.

So stand am 28. Dezember 1947 an den schwarzen Brettern der Gemeinde Ahlbeck und vor dem Landratsamt geschrieben: „Die Inselbevölkerung hat einen Neujahrswunsch! Wir fordern zur Jahreswende einen sofortigen Rücktritt des reaktionären Landrats Jöhren. Die Bevölkerung des Kreises Usedom.“<sup>66</sup> Jöhrens SED-Stellvertreter und Kreisrat für Personalfragen und Kommunalpolitik, Gerd Casparius, ging zu offener Obstruktion über. Er schürte hinter dem Rücken des Landrates Misstrauen, führte Dienstanweisungen nicht aus. Eine angesetzte Betriebsversammlung boykottierte er. Jöhren musste ihn kurzerhand beurlauben. Auch drei weitere illoyale Mitarbeiter und Abteilungsleiter schickte er in den Urlaub, bis die Sache durch die Regierung überprüft worden sei. Die SED organisierte weitere Misstrauensbekundungen der Massenorganisationen und Propagandaveranstaltungen gegen Jöhren. Absurde Vorwürfe – Jöhren sei Gegner der Bodenreform und Neubauern – tauchten auf. Schließlich entzog Major Nasarow von der Kreiskommandantur dem Landrat das Vertrauen. Er machte die Beurlaubungen rückgängig und untersagte Jöhren, die Insel zu verlassen und weiterhin politischen Einfluss zu nehmen.<sup>67</sup> Trotz Zusage des Kommandanten, dass anstelle Jöhrens der Kreisrat Josef Zaremba und der stellv. CDU-Kreisvorsitzende Hieronymus Spehr auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes in Schwerin am 4. Januar 1948 Bericht erstatten dürften, wurden beide nicht von der Insel gelassen.<sup>68</sup> Diese Sitzung war aber entscheidend. Unter großem Druck begrüßte der CDU-Landesvorstand die Teilnahme von Dr. Lobedanz am Volkskongress und distanzierte sich von Kaiser. Oppositionelle Vorstandsmitglieder durften nicht anreisen. Eine erste Absetzungs- und Vertreibungswelle widerstrebender Funktionäre begann. Der Chefredakteur des CDU-Organs „Der Demokrat“, Arthur Janssen, trat zurück, nachdem ihn der Presseoffizier der SMA gezwungen hatte, einen Artikel gegen Kaiser zu veröffentlichen, der in allen CDU-Zeitungen der SBZ erschien.<sup>69</sup>

Auch für den Usedomer Landrat war nach der endgültigen Trennung von Kaiser in der SBZ-CDU kein Platz mehr. Er trat auf der Kreistagssitzung am

65 ACDP 03-036-082. LV Mecklenburg, Gründung des Landesverbandes, Bericht über die erweiterte Landesvorstandssitzung, 3.12.1947.

66 ACDP 01-350-001/4. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an den Ministerpräsidenten, 1.1.1948.

67 Schreiben des Landrates Jöhren an den Kriegskommandanten Oberstleutnant Kowjasin, 3.1.1948. Ebd.

68 Schreiben des Landrates Jöhren an Minister Warnke, 4.1.1948. Ebd.

69 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, 2. korr. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 57.



9. Januar 1948 zurück. Zuvor wehrte er sich in leidenschaftlicher Rede gegen die Anwürfe der SED. Immerhin gab sein SED-Widersacher Casparius zu verstehen, dass man Jöhren kein Vergehen im Amt vorwerfen könne, sondern seine politischen Ansichten nicht mehr in die Zeit passten.<sup>70</sup>

Werner Jöhren trat zugleich als Fraktionsvorsitzender im Landtag zurück, behielt aber das Mandat. Im Gegenzug wollten sich Heinrich Albert und Hans Wittenburg vom Landesvorstand bei der SMA dafür einsetzen, dass Jöhren die Insel mit seiner gesamten Habe verlassen dürfe. Weitere Verdächtigungen der SMA, er organisiere Kaiserstreue Truppen in der CDU, machten den Schritt einer Übersiedlung in den Westen notwendig. Während seine Frau die Verlagsbuchhandlung auf der Insel weiterführen wollte, plante Jöhren den Neuaufbau seines Verlages in West-Berlin.<sup>71</sup> In der Nacht vom 28. zum 29. April 1948 durchsuchte die politische Abteilung der Kriminalpolizei Jöhrens Usedomer Haus. Dabei stieß sie – wie der Landtagspräsident Carl Moltmann (SED) in seiner Aufforderung zur Niederlegung des Landtagsmandates formulierte – auf belastendes Material.<sup>72</sup> Tatsächlich handelte es sich um Materialien der Arbeitsgemeinschaft von CDU/CSU und der Jungen Union Berlins. Jöhren kritisierte gegenüber Moltmann die Verletzung seiner Immunität.<sup>73</sup>

Mit Verweis auf die Berliner SED-Funktionäre Franz Dahlem und Erich Gniffke im Mecklenburgischen Landtag verweigerte Jöhren eine Mandatsniederlegung aus Gründen des Umzugs nun erst recht. Zudem war Jöhren auf Benzinmarken und Entschädigungen angewiesen, da er durch den Ämterverlust auch finanziell in Schwierigkeiten geraten war. An der Wahrnehmung des Mandats hinderte Jöhren in der Folgezeit vor allem sein schlechter Gesundheitszustand. Wegen einer Asthmaerkrankung musste er häufig das Krankenbett hüten.<sup>74</sup>

Als ehemaliger Spitzenfunktionär verfügte Werner Jöhren bereits 1948 über gute Kontakte bis in die Kreisverbände der CDU hinein. Er pflegte diese informellen Netzwerke weiter und baute sie systematisch auf. Jöhren korrespondierte freundschaftlich mit dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Karl-Heinz Kaltenborn und dem Leiter des Fraktionsbüros Gehrken. Vermutlich mischte er sich sogar in den Landesparteitag 1948 mit einem anonymen Brief ein, der den geschäftsführenden Vorstand um Lobe-

---

70 ACDP 03-036-082. Protokoll der 10. Kreistagssitzung des Kreises Usedom in Ahlbeck, 9.1.1948.

71 Schreiben Jöhrens, MdL, an den Landesvorstand der CDU, 20.2.1948. Ebd.

72 Vgl. ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Fraktionsangelegenheiten, Schreiben des Landtagspräsidenten Carl Moltmann an Werner Jöhren, 24.6.1948.

73 Vgl. ACDP 01-350-001/4. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an Carl Moltmann, 29.6.1948.

74 Vgl. ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Schreiben Jöhrens an die CDU-Landtagsfraktion, 10.5.48 bzw. an Dr. Karl-Heinz Kaltenborn, 2.6.48.

danz als Verräter an der Sache Kaisers schalt und die Delegierten zur Abwahl aufforderte.<sup>75</sup> Dr. Kaltenborn hielt die Sache für ungeeignet, da sie das Misstrauen der SMA noch verstärkte: Er schrieb Jöhren: „Ich muß aber feststellen, daß man außerhalb der Ostzonen-CDU nach meiner Auffassung jedenfalls die Dinge völlig falsch sieht und restlos ungeeignete Mittel anwendet, um angeblich das Gedankengut der CDU zu fördern. Was wir brauchen, ist Ruhe einerseits, also keine Störungen von außerhalb, die nur zu Mißtrauen führen, und andererseits Charakterfestigkeit, die jeder selbst mitbringen muß ... Jedes Versteckspielen gegenüber der SMA halte ich für kindlich naiv, da es nur eine völlige Verkenning des vorzüglichen russischen Nachrichtendienstes bedeuten würde.“<sup>76</sup>

Andauernde Krankheit und die Gefahr einer Verhaftung ließen Werner Jöhren zögern, das Landtagsmandat weiter auszuüben. Die Fraktion war zweigespalten, weil sie ihrem ehemaligen Vorsitzenden einerseits finanziell unter die Arme greifen wollte, aber andererseits nicht mehr mit seiner Mitarbeit rechnen konnte.<sup>77</sup> Eine freiwillige Niederlegung kam für Jöhren indes nicht in Betracht. „Terror und Zwang“ mochte er nicht unterstützen. Jöhren blieb nach eigener Aussage „lieber heimatlos als charakterlos“.<sup>78</sup> Dadurch brachen die offiziellen Brücken nach Mecklenburg ab. Der geschäftsführende Vorstand leitete im Oktober 1948 unter fadenscheiniger Begründung ein Ausschlussverfahren gegen Jöhren ein.<sup>79</sup> Dieser verwies darauf, dass für ihn der Landesverband Berlin zuständig wäre, weil er an seinem neuen Wohnort in Tempelhof Beiträge zahlte.<sup>80</sup> Sein Vorgehen in dieser Frage stimmte er mit dem Kaiser-Vertrauten Dr. Robert Tillmanns ab. Da eine Aberkennung des Landtagsmandates eine Zweidrittel-Mehrheit unter CDU-Beteiligung vorausgesetzt hätte, wollte er die Abgeordneten nicht unter Druck setzen.<sup>81</sup>

Werner Jöhren begann im Herbst 1948 von Berlin aus neue politische Aktivitäten. Von einer Kandidatur für die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm er wieder Abstand.<sup>82</sup> In seiner Buchhandlung in Tempelhof vertrieb er Blätter und Presseorgane der Berliner CDU. Darüber hinaus beteiligte sich

75 Vgl. ACDP 01-350-001/2. NL Werner Jöhren, Anonymer Brief an die Delegierten des Landesparteitags 1948, unterzeichnet mit „Ein Kreis, der die Entscheidung bringen will“.

76 ACDP 01-350-001/3. NL Werner Jöhren, Schreiben von Dr. Karl-Heinz Kaltenborn an Werner Jöhren, 13.7.1948.

77 Schreiben Jöhrens an CDU-Landtagsfraktion vom 21.8.48 und Protokollauszug der Fraktionssitzung am 23., 24. und 25.8.1948. Ebd.

78 Antwortschreiben von Jöhren, 16.10.1948, auf die Aufforderung der CDU-Fraktion, das Mandat niederzulegen, 1.10.1948. Ebd.

79 Schreiben des CDU-Landesverbandes an Jöhren, 11.10.1948. Ebd.

80 Antwortschreiben Jöhrens an den Landesverband, 19.10.1948. Ebd.

81 Vgl. ACDP 01-350-001/2. NL Werner Jöhren, Schreiben von Jöhren an das Kaiserbüro z. H. Dr. Tillmanns, 13.10.1948.

82 Schreiben Jöhrens an den KV Tempelhof, 29.9.1948. Ebd.

Jöhren an der Gründung eines kulturpolitischen Arbeitskreises und bot Referate zum Thema „Erlebnisse eines CDU-Landrates in der Ostzone“ an. Seit dem 20. Januar 1949 war er Vorsitzender der CDU-Ortsgruppe „Germania“ in Tempelhof. Ende 1948 begann sein Einsatz für CDU-Zonenflüchtlinge, darunter der Mecklenburger CDU-Landtagsabgeordneter Gerhard Lenski aus Anklam und politische Freunde aus Usedom.

Jakob Kaiser sah sich nach seiner Entmachtung als einzig legaler Vorsitzender der CDU in der SBZ. Aus diesem Anspruch heraus gründete er in Berlin-West die Exil-CDU. Auf ihrem ersten Parteitag 1950 nahmen 160 Delegierte des CDU-Zonen-Parteitages von 1947 teil, die mittlerweile in den Westen geflohen waren. Darunter waren 2 Minister, 21 Mitglieder von Landesvorständen, 37 Kreisvorstände, 19 Landtagsabgeordnete, 26 Landräte und Bürgermeister und 36 Kreistagsabgeordnete.<sup>83</sup> Die Ost-CDU blutete aus und verlor bis 1950 ca. 25 Prozent ihrer Mitglieder an den Westen.

Werner Jöhren wurde 1950 Sprecher der mecklenburgischen Landsmannschaft in der Exil-CDU, sein Stellvertreter der ebenfalls 1950 in den Westen geflüchtete Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Kaltenborn.<sup>84</sup> Bereits im Juli 1949 wurde Werner Jöhren im Büro Kaiser eingestellt, das nun Ostreferat oder Ostbüro der CDU hieß. Zwei Monate später war er Leiter desselben. Kaiser – nunmehr unter Adenauer Minister für Gesamtdeutsche Fragen in Bonn – bezuschusste das Ostbüro verdeckt. Es sollte Kontakt halten zu den CDU-Mitgliedern im Osten, über die Zustände in der SBZ aufklären, Informationen sammeln und Flüchtlinge betreuen. Flugblattaktionen per Ballonabwurf folgten. Dadurch geriet das Ostbüro immer mehr ins Visier des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit. Erst mit Jöhrens plötzlichem Tod 1959 und dem Mauerbau ging die Bedeutung des Büros zurück.<sup>85</sup>

Werner Jöhren starb am 27. Juni 1959 auf Kur in Bad Salzschlirf, wo er Linderung seiner Lungenkrankheit finden wollte. In der Traueranzeige des Hauptvorstandes der Exil-CDU hieß es: „Mit tapferer Gesinnung und in aufrechter Haltung hat er sich von 1945 bis 1948 bemüht, ein demokratisches Leben nach deutschen Vorstellungen zu entwickeln und die politische Entfremdung des Landes zwischen Elbe und Oder zu verhindern.“<sup>86</sup> Sein lang-

83 Vgl. ACDP 03-013-682/5. Exil-CDU, Aufstellung der Delegierten zum 1. Exilparteitag der CDU der SBZ in West-Berlin 1950.

84 Vgl. ACDP 03-013-648/5. Exil-CDU, Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern bis 1990.

85 Vgl. Wolfgang BUSCHFORT, *Parteien im kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*, 1. Aufl., Berlin 2000, S. 57ff.

86 Vgl. Traueranzeige namens des Hauptvorstandes der CDU der SBZ, 29.6.1959, in: „Stimme im Exil, Mitteilungsblatt der Exil-CDU der SBZ“, Nr. 15, Juli 1959, S. 15; Artikel von J. B. Gradl, S. 1.

jähriger Weggefährte Dr. Kaltenborn meinte sogar: „Die politische Arbeit der CDU in Mecklenburg in den Jahren 1945–48 ist nicht denkbar ohne den Namen Werner Jöhren.“<sup>87</sup>

---

<sup>87</sup> Vgl. Nachruf von Dr. Kaltenborn in: „Stimme im Exil“, Nr. 16, Dezember 1959, S. 11f.

# „Mit den Vertriebenen kam Kirche“? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema

Von Martin Greschat

Die im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ gezeigte Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ führt sowohl die Aktualität des Themas als auch den historischen Kontext in beeindruckender Weise vor Augen. Zwischen 50 und 70 Millionen Menschen wurden im Verlauf des 20. Jahrhunderts aus ihrer Heimat vertrieben. Dazu gehörten etwa 14 Millionen Deutsche.<sup>1</sup> Aber was besagen Zahlen für die Lebensgeschichte einzelner Menschen? Der Historiker Michael Jeismann urteilt über das hier verdichtete Ineinander von „biographischem Erleben, politischer Handhabe und historischer Analyse in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Unsere Konsensgesellschaft kann es lehren, dass nicht alles auf einen Nenner zu bringen ist. Es könnte heute ein Toleranzangebot für Erinnerungen und ihre Repräsentation geben, ohne dass dieses in irgendeiner Weise die Grundverfassung des Gemeinwesens in Frage zu stellen hätte.“<sup>2</sup> Die folgenden Ausführungen verstehen sich auch als ein Beitrag zu dieser Thematik.

## I.

Nicht nur Individuen und Gruppen deutscher Menschen wurden infolge des Zweiten Weltkriegs ihrer Heimat beraubt, sondern „auch die Kirchen sind mit vertrieben worden“.<sup>3</sup> In diesem Sinn will das diesen Ausführungen vorangestellte Wort Spiegel-Schmidts verstanden werden. Durch Gewaltakte, hieß es, könnten Kirchen juristisch nicht aufgelöst werden. Sie blieben vielmehr auch in anderen Gegenden bestehen und sollten sich dort neu formieren, um für ihre Gläubigen jetzt und in Zukunft zur Verfügung zu stehen. Auf dieser Voraussetzung basiert auch die große Darstellung von Hartmut Rudolph über die Tätigkeiten der Evangelischen Kirche für die Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>4</sup> Dementsprechend liegt der Nachdruck hier auf den

---

1 *Begleitbuch zur Ausstellung*, Bielefeld 2005, S. 189. Dort auch das folgende Zitat, S. 13. Der vorgelegte Text bietet die erweiterte Fassung meines am 9. April 2005 auf der 3. Tagung des Arbeitskreises für Protestantismusforschung in Neudietendorf gehaltenen Referats.“

2 FAZ, 5.12.2005, S. 39.

3 Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, *Religiöse Wandlungen und Probleme im evangelischen Bereich*, in: Eugen LEMBERG/Friedrich EDDING (Hg.), *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*, 3 Bde., Kiel 1959, hier: Bd. 3, S. 23–91, insbes. S. 24, 59.

4 Hartmut RUDOLPH, *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*, 2 Bde., Göttingen 1984/85, hier Bd. 1, S. 182–192.

organisatorischen Problemen der Einbindung von Gliedern der evangelischen Kirchen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße in die westlich gelegenen Landeskirchen sowie die Integration der Pfarrer, der sog. „Ostpfarrer“.

Eine kurze Verständigung über die Terminologie erscheint angebracht.<sup>5</sup> In den Aufnahmegebieten sprach man generell von „Flüchtlingen“. Diese Rede-weise entspricht der weitgefassten Definition des Flüchtlings in der Genfer Konvention von 1951. Als „Vertriebene“ (expellees) bezeichneten amerikanische und seit 1947 auch deutsche Quellen diejenigen, die gezwungenermaßen ihre Heimat verlassen mussten. Dabei veränderte der Begriff seine Bedeutung: Ging es zunächst um die Feststellung der Endgültigkeit der mit staatlicher Unterstützung durchgeführten Aussiedlungen, dominierte danach der Gesichtspunkt des Gewalttätigen und Unrechtmäßigen. In diesem Sinn eines Kampfbegriffs argumentierte das westdeutsche Bundesvertriebenengesetz vom 5. Juni 1953. Danach galten alle als Vertriebene, die vor 1945 ihren Wohnsitz in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie gehabt hatten, aber auch im Sudetengebiet oder als Volksdeutsche in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern. „Flüchtlinge“ hießen dagegen offiziell diejenigen, die aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland gingen.

Diese Begrifflichkeit hat sich weder umgangssprachlich noch wissenschaftlich durchgesetzt. Gerade wenn man auf die Erfahrungen der Betroffenen blickt, ist es jedoch keineswegs gleichgültig, ob sie vor der Front und der Roten Armee flohen oder ob sie danach gewaltsam von Polen, Tschechen, Kroaten und Serben oder auch Ungarn ausgewiesen wurden. Dementsprechend rede ich von Flüchtlingen und Vertriebenen, wenn es um ihr gemeinsames Schicksal geht, und differenziere, wenn es sich primär um die eine oder andere Erfahrung handelt. Ausdrücklich unterscheide ich davon die Flüchtlinge aus der SBZ/DDR – ohne allerdings im einzelnen angeben zu können, ob hierbei die Weiterwanderer aus den ehemals deutschen Ostgebieten überwogen oder Menschen, die bis dahin in den Gebieten zwischen der Elbe und Oder-Neiße gelebt hatten.

Von ausschlaggebender Bedeutung waren seit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und Deutschlands in sämtlichen politischen oder auch nur politisch relevant erscheinenden Fragen die vier Siegermächte.<sup>6</sup> Diese Fest-

5 Vgl. dazu Franz NUSCHELER, *Das Jahrhundert der Flüchtlinge*, in: Rainer SCHULZE u. a. (Hg.), *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*, Hildesheim 1987, S. 6–23; Matthias STICKLER, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*, Düsseldorf 2004, S. 9–11. Einzelnes auch bei Michael HIRSCHFELD, *Katholisches Milieu und Vertriebene. Eine Fallstudie am Beispiel des Oldenburger Landes 1945–1965*, Köln 2002, S. 1–66.

6 Vgl. Martin GRESCHAT, *Die evangelische Christenheit und die deutsche Geschichte nach 1945*, Bd. 1: *Weichenstellungen in der Nachkriegszeit*, Stuttgart 2002, insbes. S. 21–52.

stellung gilt selbstverständlich auch im Blick auf den Umgang mit den Flüchtlingen und Vertriebenen in ganz Deutschland und insbesondere in den jeweiligen Besatzungszonen. Versucht man, einen ebenso komplexen wie komplizierten Prozess knapp zusammenzufassen, ist festzustellen: Alle vier Mächte wünschten zunächst die möglichst schnelle und reibungslose Assimilierung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die in ihren Zonen bestehenden oder zu gestaltenden gesellschaftlichen Verhältnisse.<sup>7</sup> Sie alle dirigierte die Ströme von Menschen in dünn besiedelte Regionen, verteilten sie in erster Linie auf Dörfer und Kleinstädte, verfügten die Einweisung in die Häuser und Wohnungen der Einheimischen und untersagten die Versuche der Vertriebenen, Selbsthilfegruppen zu gründen. Als z. B. die Ungarndeutschen nach dem Vorbild des Präsidenten der evangelischen Kirche in Jugoslawien, Franz Hamm, der in Salzburg eine Hilfsstelle für die Familienzusammenführung und Kontakte untereinander eingerichtet hatte, eine entsprechende Organisation in Stuttgart aufbauen wollten, verboten das die Amerikaner.<sup>8</sup> Lediglich unter dem Dach der Kirchen, im Rahmen des Evangelischen Hilfswerks oder der katholischen Caritas, konnten diese und andere spontanen Zusammenschlüsse von Flüchtlingen und Vertriebenen arbeiten. Von den hieraus erwachsenden Hilfskomitees wird sogleich ausführlicher zu berichten sein.

An diesem strikten Koalitionsverbot hielt die Sowjetische Militäradministration ebenso wie die SED dauerhaft fest. In den westlichen Besatzungszonen kam es dagegen im Zuge der schrittweisen Lockerung der restriktiven Politik der Alliierten gegenüber den Vertriebenen seit 1948 zur Gründung säkularer Organisationen. Ihr Verbot erschien in dem Maße anachronistisch, in dem die von den Siegermächten lizenzierten Parteien politische Forderungen im Blick auf die Revision der Oder-Neiße-Linie erheben konnten. Kennzeichnend für die dadurch eingeleitete Entwicklung ist ein Schreiben eines britischen Kontrolloffiziers in Deutschland an das Londoner Außenministerium vom 25. März 1948. Darin wies der Verfasser auf die Widersprüchlichkeit hin, die darin liege, dass man einerseits das öffentliche Eintreten der Vertriebenen für die Rückkehr in die Ostgebiete verbiete und andererseits offiziell erkläre, die endgültige Regelung der Grenzfrage stehe noch aus; dass Kurt Schumacher, dem Vorsitzenden der SPD, gestattet werde, die Rückgabe der deutschen Provinzen im Osten zu fordern, und man gleichzeitig dasselbe Recht

---

7 Ausführlicher dazu die Beiträge in Sylvia SCHRAUT/Thomas GROSSER (Hg.), *Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*, Mannheim 1996.

8 Matthias BEER, *Alte Heimat – Neue Heimat. Das spezifische Verständnis von Kirche und Gemeinschaft bei den Vertriebenen aus Südosteuropa und dessen Auswirkungen auf den Eingliederungsprozeß im deutschen Südwesten*, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 36 (1993), S. 244–272.

den Flüchtlingen verweigere.<sup>9</sup> Zum Aufbau einer demokratischen Ordnung in Westdeutschland gehörte eben auch das Koalitionsrecht für unterschiedliche Interessengruppen – darunter den Flüchtlingen und Vertriebenen.

Auch den evangelischen Kirchenleitungen lag in allen vier Besatzungszonen daran, diese Menschen so schnell und umfassend wie nur möglich in ihre Kirchentümer zu integrieren, die evangelischen Christen also in jene Landeskirchen, in deren Gebiet sie nun lebten. Dafür gab es handfeste Gründe. Im allgemeinen Chaos der Zusammenbruchgesellschaft fehlten sämtliche Voraussetzungen, um eigene Kirchentümer für die Vertriebenen aufzubauen. Sie lebten auch nicht in geschlossenen Regionen, sondern Ostpreußen und Schlesien, Pommern und Neumärker, Sudetendeutsche und andere Volksdeutsche waren nun verstreut in verschiedenen Gebieten Deutschlands angesiedelt, wohin man sie eben dirigiert hatte. Was das bedeutete, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, dass die 2.000 Seelen einer geschlossenen Siedlung im Osten sich 1947 in den westlichen Besatzungszonen verstreut in nicht weniger als 158 verschiedenen Ortschaften wiederfanden!<sup>10</sup> Vor allem aber verhinderten die kirchenrechtlichen Bestimmungen den Aufbau eigener Flüchtlingskirchen. Es galt der Parochialzwang, d. h. jeder evangelische Christ war automatisch Mitglied derjenigen Landeskirche, in deren Grenzen er wohnte. Und die Kirchenleitungen legten größten Wert auf die Einhaltung dieser Regelung. An der Entstehung paralleler kirchlicher Organisationen in ihrem Gebiet lag ihnen verständlicherweise wenig.

Es ist bemerkenswert, wie ähnlich die katholische Hierarchie reagierte.<sup>11</sup> Trotz der andersartigen ekklesiologischen Struktur und beträchtlicher Unterschiede im Blick auf manche Maßnahmen agierten die kirchenleitenden Gremien auch hier primär als „Ordnungsmächte“. Sie leisteten ebenfalls Erhebliches an karitativer und sozialer Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Und sie reagierten nicht weniger abweisend und ablehnend, wenn diese Menschen versuchten, ihre eigenen religiösen Traditionen durchzusetzen, die Sitten, Bräuche und vertrauten Formen ihrer Kirchlichkeit. Sicherlich gelang es den Flüchtlingen und Vertriebenen bisweilen, vor allem da, wo sie zahlenmäßig stark waren, religiöse und insbesondere liturgische Elemente aus ihren Heimatkirchen in die Gottesdienste der Gemeinden einzubringen, zu denen sie jetzt gehörten. Daneben begegnete die zunächst häufig genutzte Möglichkeit, besondere Gottesdienste für Flüchtlinge und Vertriebene einzurichten.

---

9 Johannes-Dieter STEINERT, *Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie 1945–1949*, in: Klaus J. BADE (Hg.), *Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*, Münster 1990, S. 70.

10 Mathias BEER, *Flüchtlinge und Vertriebene in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Begleitbuch* (wie Anm. 1), S. 113.

11 Exemplarisch dazu HIRSCHFELD (wie Anm. 5). Zitate S. 513, 509.



Aber durchgängig begriffen die Leitungsorgane beider großen Kirchen diese Regelungen als Übergangsmaßnahmen bis zur völligen Integration in ihre Gemeinden und Kirchentümer. Besäßen wir mehr Informationen darüber, wie lange solche speziellen Veranstaltungen für Flüchtlinge und Vertriebenen in verschiedenen Regionen als notwendig oder sinnvoll angesehen wurden, verfügten wir auch über Indikatoren im Blick auf die Integration der kirchlich gebundenen Vertriebenen.

Unverkennbar wirkten die Spitzen der beiden großen Kirchen also nicht nur auf die Integration dieser Menschen hin, sondern faktisch auf ihre Assimilation. Die eigenen religiös-kirchlichen Prägungen der Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nicht wirklich aufgenommen, gepflegt und gefördert, sondern möglichst beiseite gesetzt. Das bedeutete, dass diese Christen zusammen mit der Heimat einen „Stützpfiler ihres Milieus“ verloren. Auf der Ebene der Hilfskomitees und Landsmannschaften und vollends vieler Kirchengemeinden sah es allerdings oft anders aus, weil dort gegenläufige Kräfte zum Zuge kamen.

Von der mehr oder weniger spontanen Entstehung der Hilfskomitees war schon die Rede. Neben Pfarrern kümmerten sich auch Nichttheologen um die vielfältigen Nöte und Probleme der Menschen aus den evangelischen Kirchen jenseits der Oder-Neiße-Linie.<sup>12</sup> Es entstanden schließlich nicht weniger als 18 Hilfskomitees, weil auch die volksdeutschen evangelischen Kirchen – z. B. der Deutschbalten, der Bessarabier, Slowakendeutschen und Russlanddeutschen – mit einbezogen wurden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) billigte die Tätigkeit der Hilfskomitees und erkannte den von ihnen gewählten Leitungskreis, den „Ostkirchenausschuss“, als die offizielle Vertretung der ehemaligen deutschen Ostkirchen an.<sup>13</sup> Die Arbeit der Komitees sollte im Rahmen des 1945 gegründeten Hilfswerks der EKD, das unter der Leitung von Eugen Gerstenmaier stand, erfolgen. Ausdrücklich blieb jedoch die Einbindung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die einzelnen Landeskirchen das Ziel.

Seit 1947, dem offenen Beginn des Kalten Krieges, dann der Währungsreform (1948) und vollends seit der Bildung zweier deutscher Staaten (1949) veränderten sich die inneren und äußeren politischen Gegebenheiten auch für die Flüchtlinge und Vertriebenen grundlegend. Zunächst einmal wurde nun breiten Teilen der Bevölkerung und ebenso den Flüchtlingen zunehmend bewusst: Sie würden sich nicht nur vorübergehend hier aufhalten, sondern voraussichtlich dauerhaft oder doch sehr lange bleiben müssen. Emotionale Verhärtungen und ein beträchtliches Anwachsen der Spannungen waren die Folge.

---

<sup>12</sup> Vgl. RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 52–98.

<sup>13</sup> Beschluß des Rates der EKD am 10.10.1946, in: *Die Protokolle des Rates der EKD* (zit.: PR), Bd. 1: 1945/46, Göttingen 1995, S. 646f.

Im Blick auf die hieraus resultierenden kirchlichen Aufgaben hatte Gerstenmaier bereits am 1. Mai 1946 zwei Gesichtspunkte für die Arbeit des Evangelischen Hilfswerks hervorgehoben: Zum einen den Grundsatz des Zusammenwirkens von Selbsthilfe und fremder Hilfe; zum andern die Feststellung, dass das „Flüchtlingsproblem“ unmöglich allein mit den Mitteln des Hilfswerks gelöst werden könnte.<sup>14</sup> Erforderlich seien deshalb politische Schritte, wozu die Schaffung einer „neuen Rechtsgrundlage“ gehöre. Bei der ersten öffentlichen Kundgebung des Hilfswerks ein gutes Jahr später thematisierte Gerstenmaier auch die „bis an die Grenze des Ertragbaren gesteigerte Gereiztheit zwischen Einheimischen und Heimatlosen, Besitzenden und Enteigneten, Schwerarbeitenden und apathisch oder provokatorisch Nichtarbeitenden“.<sup>15</sup> Diese Probleme würden nicht abnehmen, sondern wachsen, weil in absehbarer Zukunft weder mit der Möglichkeit der Auswanderung noch der Rückkehr in die Heimat zu rechnen sei. Es habe keinen Sinn, sich „leerem Zweckoptimismus“ oder „krampfhaften Illusionen“ hinzugeben, unterstrich Gerstenmaier. Die Aufgabe der Kirche bestehe in dieser Situation vielmehr darin, eine „Hilfe zur Wahrheit“ anzubieten. Daneben appellierte er an die Kirchen des Auslands. Sie sollten öffentlich auf die Nöte der Flüchtlinge und Vertriebenen in Deutschland hinweisen. Die deutschen Landeskirchen verpflichtete er, intensiv für „eine gerechte Lastenverteilung“ in großem Maßstab einzutreten – und damit im eigenen Bereich zu beginnen. „Wir werden zu einer Neuordnung der Besitzverhältnisse kommen müssen, die der Lage, in der wir uns heute befinden, angemessen ist und die Ausdruck der Solidarität eines Volkes sein soll, das unter schwerem Leiden das Recht und die Gerechtigkeit liebt.“ In diesem Kontext müsse die Kirche sodann aktiv an der Durchsetzung eines Bewusstseinswandels mitarbeiten, damit die Deutschen dem verbreiteten Intellektualismus den Abschied gäben und sich zu unterschiedlichen, auch handwerklichen Tätigkeiten bereit fänden.

Der hier angemahnten sozialpolitischen Verantwortung nachzukommen, mühten sich die evangelischen Kirchen und insbesondere der Rat der EKD intensiv im Vorfeld des Lastenausgleichgesetzes in der Bundesrepublik.<sup>16</sup> Erheblich komplizierter, wenn nicht sogar unrealistisch erschien dagegen die Durchsetzung der Konzeption von Herbert Girgensohn, dem Vorsitzenden des Ostkirchenausschusses. Im Februar 1947 legte er ein ausführliches Memorandum zur „Eingliederung der Ostkirchen“ vor.<sup>17</sup> Darin schilderte er einfühlsam die inneren, seelischen Probleme der Vertriebenen und warnte vor dem Kurz-

<sup>14</sup> PR I, S. 550–561.

<sup>15</sup> Eugen GERSTENMAIER, *Heimatlose – Flüchtlinge – Vertriebene, ihr Schicksal als Forderung an die Kirche* (24.7.1947), in: DERS., *Reden und Aufsätze*, Stuttgart 1956, S. 74–86.

<sup>16</sup> Vgl. dazu PR V, S. 114f., 132f., 169f., 195, 227–237, 487–493.

<sup>17</sup> PR II, S. 81–97.

schluss, dass mit dem Verzicht auf das Fortbestehen der Ostkirchen einerseits und durch „die formale Eingliederung ostkirchlicher Pastoren und ihrer Gemeindeglieder in die westlichen Kirchen und ihre Gemeinden“ andererseits das Problem gelöst wäre. Er nannte das einen „Buchungstrick“. Stattdessen komme es entscheidend darauf an, dass beide Seiten, also die Einheimischen ebenso wie die Flüchtlinge, aufeinander zuzugingen, sich um Verständnis mühten, voneinander lernten und sich so gegenseitig zu Hilfe kämen. In diesem Modell wurde den Hilfskomitees die wichtige Aufgabe der inneren und äußeren Sammlung der Flüchtlinge zugewiesen. Ein ähnliches Konzept entwickelte u. a. der spätere Staatssekretär im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Peter Paul Nahm, auf der politischen Ebene. Ein „neues Volk“ aus Einheimischen und Vertriebenen müsste entstehen, wobei die erstrebte Integration gerade nicht die Assimilation bedeuten sollte. Wer so argumentiere, denke rationalistisch und materialistisch. Dagegen gelte es, „heute in die Schule metaphysischen Erkennens und einer entsprechenden Umwertung unserer Begriffe“ zu gehen.<sup>18</sup>

Die Probleme der politischen wie auch der kirchlichen Bemühungen in der Bundesrepublik um die Bewältigung der Flüchtlingsfrage sind damit umrissen: Die sozialpolitischen Anstrengungen zielten auf die völlige Integration dieser Menschen in die Nachkriegsgesellschaft, die mögliche Rückkehr in die alte Heimat kam dabei höchstens am Rande in den Blick. Die kirchliche Politik des Parochialzwangs und der Eingliederung in die jeweilige Landeskirche zielte in dieselbe Richtung. Aber in der Arbeit der Hilfskomitees sowie in den Landsmannschaften ging es gleichzeitig darum, die kulturelle, religiöse und kirchliche Eigenart der Vertriebenen festzuhalten, ihre Traditionen zu pflegen und mithin ihre Besonderheit zu bewahren. Die idealtypische Beschreibung dieses Prozesses als einer Verbindung zweier gleichberechtigter gesellschaftlicher Gruppen zu einer neuen Gesellschaft musste aufgrund der realen sozialen und politischen Fakten eine Illusion bleiben. Während der Osten von Anfang an auf die gewaltsame Assimilation als den Weg zur Lösung des Problems setzte, kam es im Westen durch eine offene, schrittweise Entwicklung schließlich zum selben Ergebnis. Nüchterne Beobachter erkannten das und wünschten es auch schon ziemlich früh. So zählte z. B. im Frühjahr 1949 der ehemalige Bischof Otto Zänker zu den Gründen, die gegen den Aufbau einer eigenen Kirche der Vertriebenen aus Schlesien sprachen, den, dass dadurch „das Flüchtlingsproblem verewigt“ würde.<sup>19</sup>

---

18 Peter Paul NAHM, *Der Wille zur Eingliederung und seine Förderung*, in: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 145–155, Zitat S. 153. Vgl. auch Friedrich EDDING/Eugen LEMBERG, *Eingliederung und Gesellschaftswandel*, EBD. S. 156–173.

19 Zit. bei RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 194.

Nach dem bisher Berichteten leuchtet ein, dass die evangelischen Hilfskomitees einen wesentlichen Wurzelboden für die in Westdeutschland entstehenden Landsmannschaften bildeten. Nicht zuletzt die landeskirchliche Struktur der Kirchen auch östlich der Oder-Neiße-Linie bildete eine Basis der Gemeinsamkeit und des Zusammenhalts, „um zu der späteren landsmannschaftlichen Dachorganisation überzuleiten“.<sup>20</sup> Hier wie da ging es um die Bewältigung des gemeinsamen Schicksals der Flüchtlinge und Vertriebenen, eine auch emotionale Verbundenheit, orientiert an den volkskundlichen und kulturellen Besonderheiten der alten Heimat, wozu durchaus religiöse Sitten und Bräuche sowie kirchliche Bindungen unterschiedlicher Intensität gehörten. Von den Spannungen zwischen den Hilfskomitees und Landsmannschaften wird noch zu berichten sein. Hier ist nur darauf hinzuweisen, dass in der SBZ bzw. der DDR die Verbindung der landsmannschaftlichen Interessen mit der Tätigkeit der Kirche insgesamt erheblich enger war und blieb als im Westen, weil im Osten keinerlei landsmannschaftliche Organisationen zugelassen waren. „Landsmannschaftliches Gruppenbewusstsein war der denkbar größte Gegensatz zur idealen Assimilationsgesellschaft, welche die Sozialtechnologen in SMAD und SED auf ihre Fahnen geschrieben hatten.“<sup>21</sup>

Die Anfänge der Selbstorganisation der Flüchtlinge fanden also weitestgehend im kirchlichen Raum statt. Als sie sich davon lösten, spielten diese Menschen in sämtlichen politischen Parteien eine Rolle, weil alle sie als Wähler umwarben. Aber in keiner Partei gewannen sie maßgeblichen Einfluss.<sup>22</sup> Die Einheimischen bildeten durchweg die Mehrheit. Und sie zeigten sich wenig geneigt, eine gegen ihre eigenen Interessen gerichtete Vertriebenenpolitik zu betreiben. Eine Ausnahme bildete der am 8. Januar 1950 gegründete Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Die sozialpolitischen Erfolge dieser reinen Interessenpartei machten den BHE stark – und dann überflüssig.<sup>23</sup>

Um Kompetenzstreitigkeiten nach Möglichkeit zu vermeiden, hatte der Rat der EKD am 22. März 1949 beschlossen, dass das Hilfswerk die karitative, die Hilfskomitees dagegen die seelsorgerliche Betreuung der Flüchtlinge übernehmen sollten.<sup>24</sup> In analoger Weise grenzten wenig später im Göttinger Abkommen vom 20. November 1949 die säkularen Organisationen ihre Zielset-

20 Max Hildebert BOEHM, *Gruppenbildung und Organisationswesen*, in: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 521–605, Zitat S. 529.

21 Michael SCHWARTZ, *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*. *Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*, München 2004, S. 515, zum gesamten Kontext S. 509–569.

22 Ausführlich dazu STICKLER (wie Anm. 5), insbes. S. 209–346.

23 Franz NEUMANN, *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960*, Meisenheim/Glan 1968.

24 RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 394f.

zungen voneinander ab: Der endgültig am 11. Dezember 1949 gegründete Zentralverband vertriebener Deutscher (seit 1954: Bund vertriebener Deutscher) kümmerte sich um die sozialen und materiellen Belange dieser Bevölkerungsgruppe, während die 14 seit 1952 im Verband der Landsmannschaften zusammengeschlossenen Vereinigungen die Pflege der jeweiligen kulturellen Traditionen mitsamt der weit gefassten Erinnerung an die alte Heimat als ihre Aufgabe ansahen.<sup>25</sup> Das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander blieb gespannt. Der Zentralverband sah in der Existenz der Landsmannschaften eine ärgerliche Aufsplitterung der eigenen Klientel, die sein geschlossenes Auftreten als *pressure group* behinderte. Die Landsmannschaften dagegen begriffen die Aktivitäten des Bundes als die faktische Förderung der Preisgabe der eigenen Identität und insofern als ein Hinwirken auf die Assimilation in die bundesrepublikanische Gesellschaft.

Beide Organisationen publizierten am 5. August 1950 auf einer gemeinsamen Kundgebung die „Charta der deutschen Vertriebenen“.<sup>26</sup> Dieses Dokument besaß bald grundsätzlichen Charakter. Vor allem der erste Punkt wurde oft und gern zitiert: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung.“ Eingeraht war diese Aussage durch den Hinweis auf die „Zugehörigkeit zum christlich abendländischen Kulturkreis“, zum „deutschen Volkstum“ und der Gemeinschaft „aller europäischen Völker“. Sie sollten zusammenwirken bei der Gestaltung einer neuen, besseren Zukunft, wozu die Einsicht gehören müsste, die deutsche Flüchtlingsfrage als „ein Weltproblem“ zu erkennen, „dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert“. Worauf das alles zielte, war neben der Versicherung, am „Wiederaufbau Deutschlands“ und der „Schaffung eines geeinten Europas“ mitwirken zu wollen, vor allem die Forderung des „Rechtes auf die Heimat“. Sie einem Menschen zu rauben hieß, „ihn im Geiste töten“. Darum sahen sich die Vertriebenen „berufen“ zu verlangen, „dass das Recht auf Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“.

Man konnte diesen Text als die Vision eines friedlichen, geeinten Europas lesen, in dem Grenzen keine Rolle mehr spielten und wo Menschen verschiedener Nationen in einer Region Heimatrecht besaßen. Doch es war ebenso möglich, im Recht auf Heimat und mithin im Anspruch auf die Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete den harten Kern dieser Charta zu sehen. So wurde sie jedenfalls nicht nur in der Bundesrepublik zunehmend verstanden.

25 Johannes-Dieter STEINERT, *Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie 1945–1949*, in: BADE, *Neue Heimat* (wie Anm. 9), S. 61–80.

26 Hierzu und zum Folgenden, RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 1–19. Der Text findet sich u. a. bei LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 662f.

Kennzeichnend für das zu dieser Zeit noch bestehende enge Geflecht zwischen den kirchlichen und den säkularen Organisationen der Vertriebenen ist das Faktum, dass Vertreter der beiden großen Konfessionen wesentlich an der Abfassung der Charta mitgewirkt haben. In den Landsmannschaften spielten offenbar überzeugte Protestanten wie auch Katholiken anfangs eine wichtige Rolle. Wir wissen wenig darüber, welche Mitglieder der Hilfskomitees oder des Ostkirchenausschusses sich auch in den Landsmannschaften betätigten – und auf welche Weise. Wie es scheint, spielten dort dann diejenigen Persönlichkeiten eine herausgehobene Rolle, die eine solche bereits in der Heimat innegehabt hatten. Im Zuge der voranschreitenden Verselbständigung dieser Organisationen lösten sie sich von der Unterstellung unter das Dach der Kirche und ebenso von ihrem Einfluss. Instruktiv für diesen Prozess ist ein Schreiben des Kirchenamtes der Landeskirche von Schleswig-Holstein vom 5. Januar 1951 an die Kirchenkanzlei der EKD.<sup>27</sup> Die Landsmannschaften, heißt es dort, befänden sich durchgängig auf dem Vormarsch. „Damit hat die Kirche die Führung in der gesamten Arbeit an den Heimatvertriebenen, die sie zunächst innehatte, verloren.“ Zwei Gründe führte das Kirchenamt für diese Entwicklung an: Zum einen sei das Hilfswerk nicht mehr in der Lage, die materiellen Voraussetzungen für die Tätigkeit der Hilfskomitees zu schaffen. Zum andern könne auch die Landeskirche unmöglich die erforderlichen zusätzlichen finanziellen Belastungen übernehmen. Angesichts dieser Fakten erschien es den Schleswig-Holsteinern dringend geboten, „die kirchliche Arbeit in die der landsmannschaftlichen Verbände einzugliedern“. Ein Nebeneinander sei nicht länger tragbar. Im übrigen dränge die Zeit, denn noch bestehe „auf Seiten der Landmannschaften eine freudige Bereitschaft für ein solches Miteinander“. Aber es sei „zu befürchten, dass eine noch mehr dezimierte kirchliche Arbeit bald keinen Wert mehr für die säkularen Verbände“ habe. Ob die gewünschte Mitwirkung des Hilfskomitees auch als Gegengewicht gegen die hier beklagte ungesunde Entwicklung der nominell neutralen Landsmannschaften gedacht war, die nun von der „weitgehenden bedenklichen Politisierung der Ostvertriebenen“ profitierten, sei dahingestellt.

Diese Momentaufnahme eröffnet ein breites Spektrum für die Forschung. Der Ostkirchenausschuss und die Hilfskomitees existierten weiter. Doch inwiefern kooperierten sie mit den Landsmannschaften, inwieweit gingen sie eigene Wege? Steuerten alle Komitees in sämtlichen Landeskirchen denselben Kurs oder gab es beachtenswerte Abweichungen? Bewegte sich der Ostkirchenausschuss auf derselben Linie? Dahinter steht nicht zuletzt die Frage, ob – und wenn ja, in welchem Ausmaß – die kirchlichen Kräfte in der Lage waren, Widerstand gegen die zunehmend rückwärts gewandte Politisierung der Ver-

---

27 PR V, S. 94f.

triebenenorganisationen zu leisten. Diese agierten nun jedenfalls zunehmend eindeutig als die Verwalter der Rückkehrwünsche der Flüchtlinge und Vertriebenen.<sup>28</sup>

Es gab allerdings nicht nur diese Ebene. Vor allem die Evangelischen Kirchentage spielten als offenes Diskussionsforum des Protestantismus und insofern auch als Indikator für die Meinungen und Überzeugungen innerhalb der evangelischen Kirche eine gewichtige Rolle. In welchem Ausmaß Flüchtlinge und Vertriebene daran teilnahmen, wurde bislang nicht untersucht. Wir wissen auch nicht, welche Bedeutung dieses Forum für sie besaß. Aufgrund der Tatsache jedoch, dass überregionale kirchliche Veranstaltungen bis hin zu Missionsfesten von dieser Gruppe besonders gern besucht wurden, weil sie die Möglichkeit boten, sich mit Schicksalsgenossen zu treffen und auszutauschen, kann man schließen, dass für sie auch die Kirchentage eine besondere Anziehungskraft besaßen.

Auf dem Kirchentag in Essen im August 1950 wiederholte die Resolution der Arbeitsgruppe „Rettet des Menschen Heimat“ im Wesentlichen die Aussagen der Charta der Vertriebenen. Andere Akzente setzten jedoch der Vortrag des niedersächsischen Flüchtlingsministers, des Pfarrers Heinrich Albertz, und die sich daran anschließende stundenlange leidenschaftliche Diskussion. Davon wurde allerdings nichts in die offizielle Dokumentation übernommen.<sup>29</sup> Albertz wandte sich mit dem Hinweis auf die enormen sozialen Aufgaben, die Westdeutschland im Blick auf die Flüchtlinge und Vertriebenen zu bewältigen habe, scharf gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Aber auch dass in den ehemals deutschen Gebieten nun Polen lebten, sprach er vorsichtig an. Sowohl die Frage der Wiederbewaffnung wie der Gedanke des endgültigen Verlustes der alten Heimat erregten die Anwesenden.

Die Thematik der Flüchtlinge und Vertriebenen kam ebenso auf den folgenden Kirchentagen wiederholt zur Sprache.<sup>30</sup> Besonders provokant nahm dazu Klaus von Bismarck auf dem Leipziger Kirchentag im Juli 1954 Stellung. Der Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen verzichtete in seinem Vortrag ausdrücklich auf seine Güter im Osten.<sup>31</sup> Denn sie ließen sich nur durch einen Krieg zurückgewinnen. „Ich will nicht zurück für

28 Libuše VOLBRACHTOVÁ, *Distinktions- und Integrationsschwierigkeiten der Sudetendeutschen beim Einleben*, in: SCHRAUT/GROSSER (wie Anm. 7), S. 55–73.

29 *Kreuz auf den Trümmern. 2. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Essen 1950*, Hamburg o.J., S. 65f. Die Entschließung wurde auch abgedruckt in: *Kirchliches Jahrbuch 1950*, S. 18f. Zum Folgenden Dirk PALM, „Wir sind doch Brüder!“ *Der evangelische Kirchentag und die deutsche Frage 1949–1961*, Göttingen 2002, S. 72.

30 Vgl. z. B. die Beiträge der Arbeitsgruppe 6 des Kirchentages im August 1953 in Hamburg: *Werft euer Vertrauen nicht weg*, Stuttgart o.J., insbes. S. 419–421, 426–434, 450f., 464f.

31 PALM (wie Anm. 29), S. 208–210. Das folgende Zitat nach Harald SCHROETER, *Kirchentag als vorläufige Kirche*, Stuttgart 1993, S. 161, Anm. 100.

diesen Preis. Es ist meine persönliche Meinung – die einige unter Ihnen vielleicht nicht übernehmen können –, daß wir vor Gott kein Recht darauf haben, das wieder zu erhalten, was er uns genommen hat, auch wenn Völkerrecht und Privatrecht uns eine Handhabe des Anspruchs geben.“

Diese Erklärung hatte insofern ein bemerkenswertes Nachspiel, als sowohl die SED als auch führende politische Kreise in der Bundesrepublik nun laut gegen von Bismarck polemisierten. In der DDR warf man ihm vor, dass er in der Öffentlichkeit mit großer Geste auf etwas verzichtete, was ihm längst nicht mehr gehörte. In der Bundesrepublik wurde Bismarck attackiert, weil er den fortbestehenden deutschen Rechtsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die Grundlage der westdeutschen Ostpolitik, preisgegeben hatte. Die Mehrheit der Kirchentagsteilnehmer allerdings spendete Bismarck Beifall. Besonders gefreut habe ihn, schrieb Bismarck einige Wochen nach der Veranstaltung, dass ihm „viele vertriebene Gutsbesitzer ihre volle Zustimmung“ zu seiner Auffassung mitgeteilt hätten, dass im Falle einer Rückkehr die Besitzverhältnisse neu geregelt werden müssten. Im übrigen böten rund 80 Prozent der negativen Stimmen „keine wirkliche Antithese, sondern eine rein gefühlsmäßige Reaktion“.<sup>32</sup> In dieser Zustimmung deutete sich eine Entwicklung an, die in den folgenden Jahren in Westdeutschland zunehmend deutlich zutage trat: Während die offiziellen politischen, aber auch kirchlichen Gremien weitgehend auf dem Rechtsanspruch beharrten, setzte sich in wachsenden Teilen der Bevölkerung – und durchaus auch unter den Vertriebenen und Flüchtlingen – langsam eine andere Einstellung durch.

Dazu trug auch die politische Entwicklung seit 1956 wesentlich bei. Die insbesondere von den Amerikanern lautstark verkündete Politik des „roll back“ des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa war vor aller Augen gescheitert, als der Westen die Niederwerfung des ungarischen Volksaufstandes durch sowjetische Truppen tatenlos hinnahm.<sup>33</sup> Nun erschien ein Umdenken auf den verschiedensten Ebenen erforderlich. Im Westen gehörten dazu Überlegungen, wie man langfristig angelegte Veränderungen im Ostblock bewirken oder wenigstens fördern könnte. Restriktiv wirkte demgegenüber das von den säkularen, aber auch kirchlichen Vertriebenenorganisationen zunehmend in den Mittelpunkt ihrer Stellungnahmen gerückte „Recht auf Heimat“.<sup>34</sup> Dahinter stand bei den Vertriebenenverbänden die Einsicht, dass die Erinnerung an das Erlebte verblasste, der Rechtsanspruch dagegen zeitlos gültig zu sein schien. Die Formulierung „Recht auf Heimat“ deckte weiterhin ein breites Spektrum

32 Bismarck an Heinrich Giesen, Oktober 1954. Evangelisches Zentralarchiv, Berlin (EZA), 71/86/129.

33 Einen instruktiven Überblick bieten Winfried HEINEMANN/Norbert WIGGERSHAUS (Hg.), *Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez*, München 1999.

34 Vgl. RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 2, insbes. S. 48–59.



ab, das vom bedingungslosen Anspruch auf die Rückkehr in die alten deutschen Gebiete bis zum lediglich formalen Beharren auf dem Unrecht der Vertreibung reichte. Dieser Gesichtspunkt, der den Vertriebenen einen emotionalen Ausgleich in ihren oft sehr schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Situationen bot, verdient in der Forschung mehr Aufmerksamkeit. Nach außen blieb jedoch das Denken in Rechtskategorien vorherrschend. Einzelne kirchliche Verlautbarungen, die andere Gesichtspunkte ins Spiel zu bringen versuchten, fanden kaum Resonanz.<sup>35</sup> Dagegen wurde auch von evangelischen Christen „mit religiöser Inbrunst“ am Gesichtspunkt des Rechts festgehalten.<sup>36</sup>

Zur vorherrschenden Konzentration auf die Durchsetzung der eigenen Belange gehörte dann, dass sich die beiden säkularen Organisationen nach langwierigen Verhandlungen schließlich im Oktober 1957 zum „Bund der Vertriebenen“ (BdV) zusammenschlossen. Die konstituierende Sitzung fand am 14. Dezember 1958 statt. In derselben Zeit warb der Vertriebenenminister Theodor Oberländer intensiv um die Mitarbeit der Kirchen an der Bewältigung der durch die Flüchtlinge aus der DDR angewachsenen Probleme. Auf einer mit fast 30 evangelischen kirchlichen Repräsentanten hochrangig besetzten Tagung im März 1957 in der Evangelischen Akademie Loccum schilderte der Minister die Lage.<sup>37</sup> Neben den 1944/1945 Geflohenen und Vertriebenen handelte es sich nun noch um mindestens 250.000 Spätaussiedler allein aus Polen<sup>38</sup> sowie vor allem um ca. 2,8 Millionen Menschen, die zwischen 1953 und 1956 aus der DDR in die Bundesrepublik geflohen waren. Das im Anschluss an das Gespräch erstellte kirchliche Gutachten forderte neben der finanziellen Unterstützung durch den Staat die Bildung kleiner Kreise in sämtlichen Gemeinden und speziell in den kirchlichen Männer-, Frauen- und Jugendkreisen, die sich persönlich um die in Westdeutschland ankommenden Menschen kümmern sollten. Um diese Arbeit zu koordinieren, berief der Rat der EKD am 7./8. November 1957 auf Anregung von Hermann Kunst den Bischof von Schleswig, Reinhard Wester, zum Beauftragten für das Flüchtlingsproblem.<sup>39</sup> Über die Auswirkungen dieser Zielsetzung wissen wir faktisch kaum etwas.

35 EBD., S. 60–68.

36 So Eugen LEMBERG, *Der Wandel des politischen Denkens*, in: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 460.

37 Niederschrift über das Gespräch „Die Verantwortung der evangelischen Kirche für die Vertriebenen“, in: EZA Berlin, 2/4244. Dort auch das kirchliche „Gutachten“ zum Thema. Vgl. auch *Kirchliches Jahrbuch 1957*, S. 99–105. Die Flüchtlingszahlen aus der SBZ/DDR nach Westdeutschland: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 486f.

38 Hans-Werner RAUTENBERG, *Aussiedler*, in: Ewa KOLYLINSKA u. a. (Hg.), *Deutsche und Polen*, 3. Aufl., München 1993, S. 428–437.

39 RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, bes. 438–440.

Die Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen beschäftigte sich zwar auf ihrer Sitzung am 24./25. April 1957 mit dieser Thematik.<sup>40</sup> Aber über ausführliche Informationen und die Feststellung „Es helfen nicht geistliche Tröstungen allein“, gelangte man nicht hinaus. Hier eröffnet sich also ebenfalls ein weites Feld für die weitere Forschung.

Oberländer initiierte außerdem ein wissenschaftliches Sammelwerk über die Lage der Flüchtlinge, das zwei Jahre später in drei Bänden mit dem Titel „Die Vertriebenen in Westdeutschland“ erschien.<sup>41</sup> Hier wiederholte sich auf reflektierter Ebene die Ambivalenz der westdeutschen Flüchtlingspolitik: Diese Menschen sollten politisch, wirtschaftlich und sozial voll und ganz integriert werden – und dennoch, wenigstens kulturell, ihre Besonderheit behalten.<sup>42</sup> Oberländer behauptete, „daß die Rückkehr der Ostdeutschen in ihre Heimat nur möglich erscheint, wenn das Potential der Vertriebenen in seiner Lebenskraft wiederhergestellt wird. Die Eingliederung ist daher auch eine Voraussetzung der Rückkehr.“<sup>43</sup> Mit dieser These konnte man verbal die realen Gegensätze überbrücken. Das erschien auch nötig, weil sich die führenden Politiker in der Bundesrepublik gleichzeitig mit großer Entschiedenheit gegen die von der DDR betriebene Politik der „Einschmelzung“ der Vertriebenen in die sozialistische Gesellschaft wandten.<sup>44</sup> Das westdeutsche Sammelwerk atmete dementsprechend einerseits den Stolz auf die geglückte wirtschaftliche und politische Integration der Flüchtlinge – und markierte andererseits die nach wie vor bestehenden Defizite. Unklar bleibt allerdings, nach welchen Kriterien diese festgestellt wurden. In der Regel legte man die naturgemäß subjektiven Wertungen der Betroffenen zugrunde. Dazu hatte allerdings bereits auf dem Evangelischen Kirchentag in Essen die Soziologin Elisabeth Pfeil 1950 zu bedenken gegeben: „Scheinbare Leiden der Heimatlosen stellen sich in Wahrheit als ungelöste Lebensprobleme dar, die nicht nur unter Vertriebenen auftauchen.“<sup>45</sup> Das heißt selbstverständlich nicht, dass es am Ende der fünfziger Jahre keine realen Probleme mehr bei der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft gab. Es geht vielmehr darum, sich von einem idealtypischen Modell der Integration zu verabschieden und stattdessen diesen Teil der Bevölkerung im Kontext der gesamten gesell-

---

40 Landeskirchliches Archiv der Ev. Kirche von Westfalen A 3/7, 8. Herrn Dr. Jens Murken danke ich für den Hinweis auf diesen Text.

41 LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3).

42 Vgl. dazu Volker ACKERMANN, *Integration. Begriff, Leitbilder, Probleme*, in: BADE, *Neue Heimat* (wie Anm. 9), S. 14–36.

43 Theodor OBERLÄNDER, *Zum Geleit*, in: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. VI.

44 Grundlegend dafür ist die Studie von SCHWARTZ (wie Anm. 21).

45 *Kreuz auf den Trümmern* (wie Anm. 29), S. 54f.

schaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik zu betrachten und zu analysieren.

Einen Kristallisationspunkt dafür bildet das Ende Februar 1962 veröffentlichte „Tübinger Memorandum“.<sup>46</sup> Acht angesehene evangelische Persönlichkeiten, darunter die Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker und Werner Heisenberg, der Jurist Ludwig Raiser, der Pädagoge Werner Picht und der Rheinische Präses Joachim Beckmann, beklagten in diesem Text anhand von fünf außen- und innenpolitischen Beispielen die Verschleppung und Verschleierung grundlegender Fragen durch die Führungskräfte sämtlicher im Bundestag vertretenen Parteien. Von der Oder-Neiße-Linie war eher am Rande die Rede, nämlich im Zusammenhang mit dem Drängen der westlichen Alliierten und nun unter John F. Kennedy insbesondere auch der USA, dass Bonn diese Grenze ebenso wie die DDR anerkennen solle, um zur Entspannung in Europa beizutragen.

Das Memorandum wurde zunächst nicht veröffentlicht, sondern diente als Grundlage für Gespräche mit den Parteien. Als Teile des Dokuments aufgrund einer Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangten, publizierten die Autoren den gesamten Text. Wie vorher schon bei den Unterredungen mit den Politikern konzentrierten sich auch jetzt die Reaktionen auf die Thematik der Ostpolitik, die Beziehungen zu Polen und damit auf den bitteren und schmerzenden Punkt der Oder-Neiße-Linie. Das Memorandum empfahl vorsichtig die Anerkennung dieser Grenze im Rahmen eines weitgespannten Programms vertrauensbildender Maßnahmen, angefangen bei materieller Wiedergutmachung über Nichtangriffspakte bis hin zu Verhandlungen über die Rückkehr kleiner deutscher Gruppen in die alte Heimat. Die Oder-Neiße-Linie stelle jedenfalls kein „denkbares Handelsobjekt“ mehr dar, ihre Anerkennung könne dagegen „unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen“.<sup>47</sup>

Obwohl sich einzelne Politiker der großen Parteien vorsichtig freundlich äußerten, lehnten die Führungskreise solche Überlegungen ab. Besonders schroff reagierte die SPD. Aber die Veröffentlichung sorgte für eine enorme Verbreitung dieser Gedanken. Die wütenden Attacken der Vertriebenenverbände, die sich weiterhin als die Anwälte der gesamtdeutschen nationalen Interessen begriffen, belegten unfreiwillig ihren nachlassenden öffentlichen Einfluss. Sie scheuten vor Verleumdungen aller Art nicht zurück: Das Memo-

---

46 Ausführlich dazu Martin GRESCHAT, „Mehr Wahrheit in der Politik!“ *Das Tübinger Memorandum von 1961*, in: VfZ 48 (2000), S. 491–513.

47 Abdruck des Memorandums in: *Kirchliches Jahrbuch 1962*, S. 75–78, sowie bei Ludwig RAISER, *Vom rechten Gebrauch der Freiheit*, Stuttgart 1982, S. 41–47, Zitat S. 44.

randum und seine Verfasser gäben nicht nur die alten deutschen Gebiete preis, sondern negierten auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen sowie der osteuropäischen Völker, billigten Unrecht und Gewalt, förderten den Kommunismus und maßen sich an, im Namen der evangelischen Kirche zu reden. Der Ostkirchenausschuss vertrat in gemäßigtem Ton dieselbe Position: Geboten sei es für Deutsche ebenso wie für Christen, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Jedes Zurückweichen vor der Macht richtete nur Schaden an. Der Rat der EKD unterstrich, dass es sich beim Memorandum keineswegs um eine Stellungnahme der evangelischen Kirche handele.<sup>48</sup>

Doch es gab auch erstaunlich viele zustimmende Äußerungen, von evangelischen Christen ebenso wie von Menschen außerhalb der Kirche. Eine neue Entwicklung bahnte sich an. Betrug die Zahl der Gegner der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie 1951 noch 80 % der Befragten, waren es 1966 54 %.<sup>49</sup> 1965 beharrten 24 % auf dem deutschen Rechtsanspruch, 37 % wünschten Verhandlungen, um einzelne Gebiete zurückzugewinnen, 27 % meinten, dass man die bestehenden Grenzen akzeptieren müsse. Die Thematik der Ostpolitik, der Beziehungen zu Polen und insbesondere der Oder-Neiße-Linie rückte durch das Tübinger Memorandum erstmals in den Mittelpunkt einer breiteren öffentlichen Auseinandersetzung. Dass diese nicht stagnierte, lag dann wesentlich an der drei Jahre später veröffentlichten „Ostdenkschrift“. Sie erregte noch größeres Aufsehen und trug erheblich zur Veränderung des geistigen und politischen Klimas in Westdeutschland bei.

Man muss es als Glücksfall bezeichnen, dass der Rat der EKD nicht den Ostkirchenausschuss beauftragte, das Konzept des Rechts auf Heimat als Antwort auf das Tübinger Memorandum darzulegen, sondern dass er seine Kammer für Öffentliche Verantwortung aufforderte, eine umfassende Stellungnahme zur gesamten Thematik zu erarbeiten.<sup>50</sup> Denn dieses Problem ging nach seiner Überzeugung nicht nur die Flüchtlinge und Vertriebenen an, sondern die gesamte evangelische Kirche und das ganze deutsche Volk. Ludwig Raiser, den Vorsitzenden der Kammer, beschäftigte gleichzeitig die Beobachtung, dass die politischen Forderungen der Vertriebenenverbände auch unter evangelischen Christen weithin als selbstverständlich galten. Im Memorandum habe man rein politisch argumentiert, erklärte Raiser. Jetzt dagegen sei der „Appell an das Gewissen“ nötig, weil es um die Klarstellung der kirchlichen

48 *Kirchliches Jahrbuch* 1962, S. 82.

49 Die Zahlen bei STICKLER (wie Anm. 5), S. 423f.

50 Vgl. dazu auch Martin GRESCHAT, *Die „Ostdenkschrift“ zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands*, in: *Wiederaufbau und Neugliederung in der evangelischen Kirche nach 1945*, Berlin 2005, S. 67–79. Der Text: *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, in: *Die Denkschriften der EKD*, Bd. 1/1, Gütersloh 1978, S. 77–126.

Position gehe.<sup>51</sup> Anderthalb Jahre später, während der Arbeit an der Ostdenkschrift, schrieb Raiser, wieder an Präses Beckmann, es komme bei der „haltung der Kirche gegenüber den Vertriebenen“ vor allem darauf an, „die seelsorgerliche, befriedende Aufgabe, die ich gegenüber dem bloßen Politisieren für höchst wichtig halte, mit in den Blick zu bekommen ... Ich will auch gar nicht verschweigen, daß in meinen Augen die Kirche hier eine spezifische Aufgabe hat: Die Befriedung der Vertriebenen, die Anbahnung eines neuen Verständnisses unserer Aufgabe gegenüber Polen und anderes sind Aufgaben, die die Politiker allein gar nicht leisten können, wenn die Kirche dazu nicht im Sittlichen den Boden bereitet.“

Die Ostdenkschrift hat in der Bundesrepublik eine leidenschaftliche Diskussion ausgelöst, die weit über die evangelischen kirchlichen Kreise hinausgriff.<sup>52</sup> Die Auseinandersetzungen zogen sich monatelang hin. Die Äußerungen reichten von freudiger Zustimmung bis zu hasserfüllter Ablehnung. Auch Mordandrohungen gegen die Autoren fehlten nicht. Versucht man, die Stellungnahmen zu gewichten, stimmten etwa zwei Drittel derjenigen, die sich öffentlich äußerten, den Ausführungen der Denkschrift zu, während ein Drittel sie entschieden ablehnte. Dieses Verhältnis änderte sich auch im Verlauf der relativ langen publizistischen Aktualität des Themas kaum.<sup>53</sup> Im Dezember 1965 beschäftigte zwar vor allem der Brief der polnischen katholischen Bischöfe an den deutschen Episkopat die Medien mitsamt den Schwierigkeiten, die das kommunistische Regime Kardinal Wyszyński bereitete. Aber das Thema Ostdenkschrift kam noch bis zum März 1966 ziemlich häufig in den Zeitungen vor.

Wieder empörten sich die Vertriebenenverbände und bliesen laut zum Angriff. Betont ablehnend äußerten sich auch konservative Gruppen und entschieden katholische Kreise. Die offiziellen politischen Gremien fanden zwar durchweg verbindliche Worte, wandten sich jedoch gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und jeglichen Rechtsverzicht. Die Bundesregierung verweigerte eine Stellungnahme. Für die positiven innerkirchlichen Reaktionen spielte nicht zuletzt das Faktum eine Rolle, dass politisch und kirchenpolitisch eine breite Front von Verteidigern hinter den Aussagen der Denkschrift stand, die u. a. Barthianer und Lutheraner verband. In dieselbe Richtung gingen Äußerungen der jüngeren Generation, der es in besonderem Maß um die gesellschaftspolitische Relevanz des christlichen Glaubens zu tun war. Andererseits

51 Schreiben vom 11.3.1962 an Präses Beckmann, Archiv der Rheinischen Landeskirche Düsseldorf, B 135, 185–196. Dort auch der folgende Brief.

52 Vgl. dazu RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 150–210; Peter NASARSKI (Hg.), *Stimmen zur Denkschrift der EKD*, Köln 1966; Jens MOTSCHMANN, *Zur Denkschrift der EKD*, Frankfurt/M. 1968.

53 Reinhard HENKYS (Hg.), *Deutschland und die östlichen Nachbarn*, Stuttgart 1966, hier S. 34ff.

schwenkte der Ostkirchenausschuss jetzt vollends auf die Linie der Vertriebenenverbände ein. Sodann wurde im April 1966 im schroffen Widerspruch gegen die Denkschrift die „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“ gegründet.

Auch um solche Verhärtungen nach Möglichkeit einzugrenzen, beschäftigte sich eine Arbeitstagung der EKD-Synode im Frühjahr 1966 mit den durch die Ostdenkschrift in den Gemeinden aufgebrochenen Problemen. Hierbei ging es darum, die Zustimmung möglichst vieler Synodaler zu den Aussagen des Dokuments zu gewinnen. Neben dem Dank an die Vertriebenen für ihre Leistungen beim Wiederaufbau Deutschlands nannten die Synodalen die „Ausöhnung mit den östlichen Nachbarn“ als allen Deutschen gestellte Aufgabe und bezogen die von den polnischen Bischöfen formulierte Aussage ausdrücklich auch auf sich und ihre Gemeinden: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“<sup>54</sup>

Noch intensiver bemühte sich der Rat der EKD in den folgenden erbitterten Auseinandersetzungen auch innerhalb der evangelischen Kirche über die Ostverträge der sozialliberalen Koalition um Zurückhaltung.<sup>55</sup> Die Vertriebenenverbände attackierten nun leidenschaftlich die Gremien der evangelischen Kirche. Der Ostkirchenausschuss verlor schnell an Bedeutung. Breite Resonanz erhielt dagegen die öffentliche „Erklärung der 25“. Dabei handelte es sich um eine Stellungnahme von angesehenen Theologen und Nichttheologen vom 29. März 1972 für die Ratifizierung der Ostverträge. Natürlich fehlte wiederum der wütende Widerspruch nicht. Doch diese Vorgänge belegten einmal mehr, mit welchem Eifer sich gerade evangelische kirchliche Kreise für die Verständigung mit dem Osten und insbesondere mit Polen engagierten. Die vor allem durch die Ostdenkschrift ausgelöste Diskussion trug wesentlich zum „Stimmungswandel in der Öffentlichkeit bei, den auch die politischen Instanzen zur Kenntnis nehmen mussten“.<sup>56</sup> Davon profitierte dann die Politik der sozialliberalen Koalition. Aufschlussreich ist hierbei, dass neben emotionalen Argumenten zunehmend moralische und ethische anstelle der juristischen eine gewichtige Rolle spielten. Das Feld des Rechts hielt die CDU/CSU dauerhaft besetzt. Die Regierung Brandt/Scheel stellte dagegen im Verbund mit beträchtlichen Teilen des westdeutschen Protestantismus moralische Begründungen und sittliche Erwägungen in den Vordergrund.

54 Vgl. dazu sowie zum Kontext Edith HELLER, *Macht – Kirche – Politik*, Köln 1992.

55 Dazu und zum Folgenden RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 2, S. 248–288.

56 Gisela OBERLÄNDER, *Einleitung zu: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV*, Bd. 12/1, Frankfurt/M. 1981, S. XII. Ähnlich Peter BENDER, *Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen*, 4. Aufl., München 1996, S. 124.

## II.

Der Satz „Mit den Vertriebenen kam Kirche“ wurde und wird in der Regel dahingehend verstanden, dass durch diese Menschen in den Regionen, in denen sie Aufnahme fanden, eine religiöse Erneuerung stattfand, eine Verlebendigung oder sogar Vertiefung des kirchlichen Lebens. Für diese These gibt es durchaus Hinweise in den Quellen, die jedoch in aller Regel nicht über punktuelle Beobachtungen – mit weitreichenden Vermutungen – hinausgehen.<sup>57</sup> Mit demselben Material lässt sich aber auch die entgegengesetzte These belegen, dass nämlich die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge und Vertriebenen keinen Anschluss an eine Gemeinde und insofern an die evangelische oder katholische Kirche mehr fand. Aufgrund welcher Kriterien lassen sich diese Fragen entscheiden?

Zunächst einmal ist es wesentlich, die Betroffenen in einem größeren Ausmaß selbst zu Wort kommen zu lassen, als es meist üblich ist. Eine Fülle von Untersuchungen und Überlegungen konzentriert sich, wie berichtet, auf die allgemein politischen sowie die innerkirchlichen Bemühungen und Aktivitäten. Diese Arbeiten sind und bleiben selbstverständlich unverzichtbar. Doch daneben müsste die Anstrengung treten, Äußerungen der Vertriebenen zu sammeln und zu sichten, sie nicht nur als Objekte, sondern als eigenständig agierende Subjekte in den Blick zu nehmen. An Quellen dafür fehlt es nicht, weder im Westen noch im Osten Deutschlands. Vor allem die Rundbriefe von Pfarrern an ihre ehemaligen Gemeindeglieder liefern reiches Material, ebenso die Mitteilungen der Hilfskomitees, sodann die Zeitungen und Zeitschriften sowie andere Zeugnisse der Vertriebenen.

Gleichzeitig ist an die schon erwähnte Forderung zu erinnern, dass Aussagen über die religiöse und kirchliche Einstellung der Flüchtlinge und Vertriebenen nicht isoliert erhoben werden sollten, sondern mit dem Blick auf den gesamtgesellschaftlichen Kontext. Diese Zielsetzung erscheint schon deshalb zwingend, weil die von außen geforderte und von den Betroffenen weithin bejahte Notwendigkeit der Anpassung auch die in den einzelnen Dörfern und Kleinstädten übliche Form der Kirchlichkeit ins Auge fassen muss. Sicherlich lässt sich in ostdeutschen Erlebnisberichten im Kontext von Flucht und Vertreibung eine beachtliche Intensivierung der persönlichen Frömmigkeit sowie des kirchlichen Lebens konstatieren.<sup>58</sup> Aber wie repräsentativ sind solche Informationen? Dass es in der tiefgreifenden Krise, die jene schlimmen Ereignisse auslösten, auch zu radikaler Abkehr nicht nur von der Kirche, sondern auch vom

---

57 Vgl. dazu im Blick auf die evangelische Kirche bis zum Jahr 1988 Gertrud KRALLERT-SÄTZLER, *Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der BRD, in Österreich und in der Schweiz*, München 1989, S. 534–554.

58 RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 188–192. Das folgende Zitat EBD. S. 191.

Christentum kam, ist vielfach belegt. Für unseren Zusammenhang wären Informationen wichtig, ob und inwiefern sich „die Kraft der Frömmigkeit der Menschen im Osten“ und ihr „religiöses Erleben von einzigartiger Intensität“ von dem unterschied, was uns in gleichzeitigen Zeugnissen von den Fronten und aus den Luftschutzkellern in Deutschland überliefert ist, aus den Lagern und Gefängnissen.<sup>59</sup> Auch hier fehlt es nicht an beeindruckenden Berichten. Und gleichzeitig stehen wir vor der Frage, inwieweit solche Berichte generalisierbar sind.

Auch das Nachlassen der religiösen Intensität mitsamt der Zuwendung zur Kirche bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist kein Phänomen, das ausschließlich die Vertriebenen betraf. Während viele Theologen und kirchliche Repräsentanten noch von der Rechristianisierung der Bevölkerung sprachen, konstatierten nüchterne Gemeindepfarrer bereits, dass die 1945/46 erlebte Hinwendung zur Kirche sich spätestens 1948 schon wieder weitgehend verlaufen hatte. 1949 übertraf die Zahl der Austritte die der Eintritte in die evangelische Kirche um rund 100 Prozent.<sup>60</sup> Geblieben war eine partielle Reaktivierung und teilweise auch Intensivierung des kirchlichen Lebens in manchen Gemeinden. Genau dasselbe Bild bietet Gerhard J. Neumann in seiner ausschließlich auf die Religiosität der Vertriebenen konzentrierten Untersuchung.<sup>61</sup>

Um diese Phänomene durchsichtiger zu machen, erscheint mir eine theoretische Überlegung hilfreich. Hartmut Lehmann hat darauf hingewiesen, dass sich in den USA im 19. Jahrhundert offenkundig ein Zusammenhang zwischen den Wellen von Einwanderern und der „Revitalisierung des religiösen Potentials“ beobachten lässt.<sup>62</sup> Selbstverständlich handelte es sich dabei nicht um einen monokausalen Vorgang. Aber es leuchtet ein, dass die mit der Migration verbundene Auflösung tradierter Bindungen und vertrauter Ordnungen die Suche nach anderer Sicherheit und neuer Geborgenheit förderte, das Verlangen nach einem starken Halt inmitten weitreichender Verunsicherungen. Partiiell gelingen konnte dieses Streben allerdings nur, wenn Kirchengemeinden der verschiedenen Denominationen in der neuen Welt für die Einwanderer insofern offen waren, als sie ihnen nicht nur eine religiöse Heimat boten, sondern ebenso eine weitreichende soziale und humane, mit individueller Aufmerksamkeit und mancherlei Hilfestellungen für die berufliche Existenz und das wirtschaftliche Fortkommen.

---

59 Martin GRESCHAT, *Religiöse und theologische Stimmen zum Kriegsalltag*, in: H. DÜRINGER/J.-Ch. KAISER (Hg.), *Kirchliches Leben im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt/M. 2005, S. 89–107.

60 GRESCHAT, *Evangelische Christenheit* (wie Anm. 6), hier S. 296–314.

61 Gerhard J. NEUMANN, *Zur Religionssoziologie der Flüchtlinge*, in: *Soziale Welt* 8 (1957), S. 114–128.

62 Hartmut LEHMANN, *Säkularisierung. Der europäische Sonderweg in Sachen Religion*, Göttingen 2004, insbes. S. 18f., 136f., 154f.



Ein analoges Beispiel bieten die Erfolge des Methodismus in England sowie in den britischen Kolonien seit der Mitte des 18. Jahrhunderts.<sup>63</sup> Die methodistischen Prediger begleiteten die in Bewegung gesetzten Menschen vom Land in die industriellen Zentren, aus der agrarisch geprägten Lebenswelt in die elementar anderen Realitäten der Fabrikarbeit – oder eben in die unbekannteren Räume der Kolonien. Der Methodismus vermittelte eine das gesamte Dasein tragende religiöse Sinnorientierung, wozu wesentlich die Einbindung in eine genau reglementierte und streng disziplinierte Gemeindestruktur gehörte, die den einzelnen ebenso sehr förderte wie forderte. Auch hier schloss sich nur eine Minderheit dieser Frömmigkeitsbewegung an. Aber sie strahlte aus und wirkte prägend auf die Umwelt.

Lässt sich dieses Modell der religiösen Intensivierung im Zusammenhang mit Migrationen auch auf die deutschen Verhältnisse um 1945 beziehen?<sup>64</sup> Damals waren große Teile der Bevölkerung unterwegs, Millionen lagen auf den Straßen: Die Überlebenden der KZs und Arbeitslager, die rund 10 Millionen Evakuierten, die Kolonnen der Kriegsgefangenen sowie die Gruppen von Entlassenen, viele Menschen, die vermisste oder verloren gegangene Familienangehörige suchten – und eben die Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen. Ihre Situation unterschied sich allerdings insofern grundlegend von den Gegebenheiten in Großbritannien und den USA, als es in Deutschland für diese Migranten faktisch keine offenen und sie begleitenden kirchlichen Gemeinden gab. Vom Parochialzwang war die Rede. Aber auch unabhängig davon zeigten sich die landeskirchlichen Behörden, die Gemeindepfarrer und nicht zuletzt die Presbyter und Kirchenältesten in aller Regel sowohl personell als auch strukturell angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen schlicht überfordert. So empörte sich der bayerische Landesbischof Hans Meiser Ende 1945 über Pfarrer aus dem Osten, die an eigenen kirchlichen Gewohnheiten festhielten: „Wir haben in unserer Landeskirche mit den Flüchtlingspfarrern schlimmste Erfahrungen gemacht.“<sup>65</sup> Und noch fünf Jahre später schlug der Moderator des Reformierten Bundes Wilhelm Niesel denselben Ton an: „Jetzt haben sich Gemeinden reformierter Herkunft Pastoren aufgeladen, die sich berufen fühlen, die Gemeinden erst richtig zu reformieren ... Sie bringen unseren Gemeinden Kerzen für den Abendmahlstisch! Unsere Ältesten sind darüber verwundert. Sie haben das gesunde Gefühl, daß damit ein fremdes Wesen,

63 Besonders informativ: E. P. THOMPSON, *The Making of the English Working Class*, 2. Aufl., Harmondsworth 1975; A. D. GILBERT, *Religion and Society in Industrial England*, London 1976.

64 Diese Dimension wird in dem sonst informativen Überblick von Klaus J. BADE, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000, leider überhaupt nicht berücksichtigt.

65 Zit. bei RUDOLPH (wie Anm. 4), Bd. 1, S. 233. Das folgende Zitat in Wilhelm NIESEL, *Wohin steuert unsere Kirche?*, Wuppertal 1950, S. 7.

das nicht auf Gottes Wort gegründet ist, in unseren Gemeinden einzieht ... Die Pastoren setzen trotzdem weiterhin die Kerzen auf den Abendmahlstisch!“

Noch einmal ist daran zu erinnern, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen – wie vorher schon die Evakuierten – zumeist in dünner besiedelte ländliche Regionen eingewiesen wurden, in Dörfer und Kleinstädte, in denen noch weitgehend die überkommenen Traditionen und Strukturen herrschten. Dadurch prallten höchst unterschiedliche sozioökonomische Standards und Mentalitäten aufeinander. Die abweichende Konfessionszugehörigkeit spielte natürlich eine gewichtige, jedoch nie die allein entscheidende Rolle. Viel wesentlicher war durchweg bei den Ankommenden die Erfahrung der generellen Zurückweisung. Mit den Anderen, den Fremden, die außerdem bettelarm waren, wollten die Einheimischen in aller Regel nichts zu tun haben. Zum Schock des Verlustes der Heimat kam für die Flüchtlinge und Vertriebenen nun der kaum geringere Schock der breiten Ablehnung durch die Bevölkerung in den Gebieten, in die diese Menschen eingewiesen wurden. Solche inneren und äußeren Nöte förderten zunächst einmal nicht nur den Willen zur Rückkehr in die alte Heimat, sondern auch die massive Idealisierung der dortigen früheren Verhältnisse.<sup>66</sup>

Diese Überlegungen verdeutlichen einmal mehr, dass es unumgänglich ist, beide Seiten zu durchleuchten, also diejenige der andrängenden Fremden ebenso wie der in stabilen Verhältnissen existierenden Einheimischen. Die Flüchtlingsproblematik lässt sich nur angemessen erfassen, wenn man sie im Kontext der allgemeinen politischen, sozioökonomischen und kulturellen Gegebenheiten betrachtet, konzentriert auf die regionalen und lokalen Verhältnisse. Das gilt gerade auch im Blick auf die Kirchen. Denn sie existierten eben nicht losgelöst von alledem, sondern in hohem Maß eingebunden in die durch jene Realitäten geschaffenen und sie wiederum spiegelnden Strukturen.

Was das bedeutet, lässt sich gut anhand der Sozialstruktur des Dorfes veranschaulichen.<sup>67</sup> Von zentraler Bedeutung waren hier der Landbesitz sowie die Verwandtschaft am Ort. Beides fehlte den Flüchtlingen und Vertriebenen, so dass sie, losgelöst von ihren Fähigkeiten und Kenntnissen, in der Wahrnehmung der Einheimischen auf einer und derselben Stufe mit dem ländlichen Proletariat standen. Vorübergehende parteipolitische Erfolge änderten daran

---

66 Hans Georg LEHMANN, *Oder-Neiße-Linie und Heimatverlust – Interdependenzen zwischen Flucht/Vertreibung und Revisionismus*, in: SCHULZE (wie Anm. 5), S. 107–116.

67 Vgl. dazu u. a. Paul ERKER, *Revolution des Dorfes?*, in: Martin BROZAT u. a. (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform*, München 1988, S. 367–425; Peter EXNER, *Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden*, in: Dierk HOFFMANN/Michael SCHWARTZ (Hg.), *Geglückte Integration?*, München 1999, S. 57–88.

nichts. Die herrschenden Kreise im Dorf dominierten auch hier bald wieder, genau so wie in den Flüchtlingsausschüssen. Es gab durchaus Heiraten zwischen den Fremden und Einheimischen. Aber diese beschränkten sich zunächst fast ausschließlich auf Ehen mit Angehörigen der dörflichen Unterschicht.

Welche Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Kirchen, genauer gesagt: die evangelischen Pfarrer, Gemeindeglieder und die verschiedenen Gemeindekreise? Erneut muss man konstatieren, dass wir darüber fast nichts wissen. Die kirchengeschichtliche Forschung ist da eindeutig weit hinter der allgemeingeschichtlichen zurückgeblieben. Infolgedessen kommt der kirchliche Faktor in neueren Untersuchungen entweder überhaupt nicht vor<sup>68</sup>, oder es werden allgemeine Fakten referiert<sup>69</sup>. Dabei ist unbestritten, dass dem Verhalten der Pfarrer und kirchenleitenden Gremien eine ganz wesentliche Rolle im Prozess der Aufnahme und Integration zukam. Aber: „Es fehlt eine Darstellung des konkreten kirchlichen Eingliederungsverhaltens, des in der dorf- und kleinstädtischen Gemeinschaft ‚vorbildhaften‘ Umgangs mit den Flüchtlingen und ihren Problemen durch die Kirchen, ihrer (anfangs vermutlich hohen) Bedeutung als Sammlungsart für die Vertretung von einheimischen oder Flüchtlingsinteressen (je nach der Zusammensetzung der Gemeinde) oder einfach nur als Treffpunkt.“<sup>70</sup> Es fehlt in diesem Zusammenhang aber auch eine Auflistung der Freundlichkeiten, der Zuwendung sowie der konkreten Hilfestellungen, die den Fremden von Einheimischen entgegengebracht wurden. Sicherlich war ein solches Verhalten nicht die Regel. Aber es wäre falsch und ungerecht, wenn dieser Aspekt unberücksichtigt bliebe. Die Quellen wissen jedenfalls auch davon zu berichten.

Besonders schwierig gestaltete sich offenbar die Eingliederung in kleinen reformierten Gemeinden am Niederrhein, im nassauischen Dillkreis sowie im Siegerland und im Tecklenburger Gebiet.<sup>71</sup> Es waren nicht nur die in der Literatur stets hervorgehobenen Formen des Gottesdienstes, die für die Luthe-

68 So z. B. Torsten MEHLHASE, *Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft*, Münster 1999; Manfred WILLE u. a. (Hg.), *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Wiesbaden 1993.

69 Exemplarisch Peter MASER, *Die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen*, in: J. F. G. GOETERS/J. ROGGE (Hg.), *Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union*, Bd. 3, Leipzig 1999, S. 649–671.

70 Doris von der BRELIE-LEWIEN, *Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte – ein Forschungsbericht*, in: SCHULZE (wie Anm. 5), S. 31. Ähnlich Thomas GROSSER, *Von der freiwilligen zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen*, in: Dierk HOFFMANN u. a. (Hg.), *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München 2000, S. 65–85.

71 F. SPIEGEL-SCHMIDT (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 85; Fritz GOLTZ, *Veränderungen in der evangelischen Kirche im Rheinland durch die Vertriebenen und Flüchtlinge*, Neuß 1966.

raner aus dem Osten befremdlich wirkten, sondern auch die strenge Lebensordnung und Kirchenzucht, die in diesen geschlossenen Milieus noch dominierten. Vielfach fühlte man sich seitens der Vertriebenen den Katholiken näher, als diesen Protestanten. Wo eine Freikirche der Altlutheraner existierte, fand sie Zulauf. Auch zur Gründung eigener Flüchtlingsgemeinden kam es, wie z. B. in Rheydt.<sup>72</sup> Weil die dortige reformierte Gemeinde sich weigerte, den Fremden in der Frage der Gottesdienstgestaltung und insbesondere der Verwendung von Luthers Kleinem Katechismus anstelle des Heidelbergers im Konfirmandenunterricht entgegenzukommen, organisierten die Vertriebenen eigene Gottesdienste und einen lutherischen Unterricht. Faktisch gab es in Rheydt nun eine selbständige evangelisch-lutherische Gemeinde neben der reformierten. Um diese Entwicklung abzubremsen, kam schließlich durch die Kirchenleitung der Rheinischen Kirche eine „Minderheitenbetreuung“ für die „ostvertriebenen Gemeindeglieder“ zustande. Sie durften alle 14 Tage einen Gottesdienst mit der ihnen vertrauten Liturgie feiern. Sodann wurde ein „überbezirklicher“ Konfirmandenunterricht mit Luthers Kleinem Katechismus eingerichtet. Die Leitung dieser Betreuung der Minderheit sollte allerdings in den Händen der Pfarrer und Katecheten aus der Gemeinde Rheydt liegen. Aufschlussreich ist, dass dieser Kompromiss mit viel Erregung und lauten Auseinandersetzungen auf beiden Seiten zehn Jahre nach dem Ende des Krieges erstritten werden musste. Der Prozess der Integration ging, zumindest hier in Rheydt, jedenfalls im kirchlichen Bereich offenkundig erheblich langsamer voran, als man meist anzunehmen geneigt ist.

Dass die konfessionellen Gegensätze die Integration gewiss zusätzlich erschweren konnten, aber darum doch nicht von ausschlaggebender Bedeutung waren, belegen auch Beispiele aus lutherisch-erwecklich geprägten Gemeinden. In ihnen, erfahren wir, „finden sich die Zugezogenen besonders schwer zurecht“.<sup>73</sup> Hier existierten ebenfalls relativ geschlossene soziale und kulturelle Milieus. Was das bedeutet, lässt sich gut am Kirchenkreis Lübbecke veranschaulichen:<sup>74</sup> Die Flüchtlinge und Vertriebenen blieben in diesen Dörfern faktisch Randgestalten. Anders sah es in der bewusst als gewerbliche Siedlung angelegten Neugründung Espelkamp aus.<sup>75</sup> Hier entwickelte sich schnell eine offene, partiell industrielle Gesellschaft. Kritisch urteilte darüber der westfä-

<sup>72</sup> Vgl. dazu *Kirchliches Jahrbuch 1955*, S. 189–192.

<sup>73</sup> SPIEGEL-SCHMIDT (wie Anm. 3), S. 82.

<sup>74</sup> Wolfhart BECK, *Westfälische Protestanten auf dem Weg in die Moderne. Die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Lübbecke zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*, Paderborn 2002, hier. S. 335–339.

<sup>75</sup> Vgl. dazu auch Hannelore OBERPENNING, *Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler in Espelkamp – eine empirische Fallstudie zum Eingliederungsgeschehen seit 1945*, in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 379–397. Die beiden folgenden Zitate bei BECK (wie Anm. 74), S. 339.

liche Präses Ernst Wilm im Juli 1952, dass dort „das christliche und kirchliche Anliegen nicht so wahrgenommen wird, wie es wohl nötig wäre“. Und der Ortspfarrer Gerhard Plantiko notierte, orientiert an den erwecklichen kirchlichen Verhältnissen in den umliegenden Dörfern: „Espelkamp als Industriesiedlung zieht, kirchlich gesehen, zwangsläufig eine negative Auslese an. Der bäuerliche Mensch findet hier kein Unterkommen, und er ist, kirchlich gesehen, das wertvollere Element.“

Über den Beitrag der Kirche zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in anderen Regionen Westfalens und nun insbesondere im Landkreis Herford wissen wir wenig. Wie es scheint, haben dort verschiedene politische Stellen zusammen mit der Sozialdemokratie eine ausgesprochen erfolgreiche Sesshaftmachung erreicht.<sup>76</sup> Behinderte also die entschiedene Kirchlichkeit eher die Aufnahme und Einbindung der Fremden, als sie zu fördern? Offenbar war das überall da der Fall, wo ein sozial und kulturell prägendes Milieu sich mit jener Kirchlichkeit verband. Das gilt genau so für die andere große Konfession: Im Milieu des fest geschlossenen südoldenburgischen Katholizismus gelang es den Vertriebenen dieser Konfession ebenfalls nur sehr schwer, Fuß zu fassen.<sup>77</sup>

Vereine boten als freie Zusammenschlüsse Gleichgesinnter stets eine günstige Voraussetzung, um aus der Vereinzelung herauszukommen. Dementsprechend schlossen sich auch Flüchtlinge und Vertriebene oft untereinander zusammen.<sup>78</sup> Das war allerdings eher ein Notbehelf. Erstrebenswerter erschien es, durch die Mitgliedschaft in ortsüblichen Vereinen Zugang zur neuen gesellschaftlichen Umwelt zu bekommen. Das gelang durchaus: „So bahnen sich erstaunlich frühe und rege Beziehungen zwischen beiden Bevölkerungsteilen gerade auf dem Boden der Vereine an.“ Man muss jedoch die Grenzen dieser Öffnung sehen: Überall da, wo ein besonderes Können gefragt war, fanden die Flüchtlinge relativ leicht Zugang. Das war in Sportvereinen der Fall, ebenso in Musik- und Gesangsvereinen. Überall da jedoch, wo es um Standesfragen ging, blieben die Fremden zunächst ausgeschlossen. Die eng an die katholischen Pfarrgemeinden angebundenen westfälischen Schützenvereine etwa wiesen nicht nur evangelische Bewerber zurück. Ebenso war der soziale Status für die traditionellen Bürgervereine entscheidend – ganz zu schweigen von bewusst elitären Vereinigungen wie Tennisvereinen oder Reitclubs.

76 Hans F. W. GRINGMUTH, *Die Sesshaftmachung der Vertriebenen im Landkreis Herford 1946–1952*, in: SCHRAUT/GROSSER (wie Anm. 7), S. 261–281.

77 HIRSCHFELD (wie Anm. 5), S. 517f.

78 Einzelne Hinweise z. B. bei Alfred KARASEK-LANGER, *Volkstum im Umbruch*, in: LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 606–694, Zitat S. 685. Zu diesem Thema fehlen ebenfalls wissenschaftliche Untersuchungen.

Die Ablehnung, Kälte und Fremdheit, die den Flüchtlingen und Vertriebenen von vielen Seiten begegnete, erfuhren sie oft eben auch in den traditionellen Gemeindegottesdiensten. Die andere Liturgie, die unbekanntes Lieder, der Altarschmuck sowie die Bewegungen des Pfarrers: Alles das zeigte ihnen, dass sie auch hier nicht zu Hause waren. Dagegen gelang es offenbar leichter, auf dem Weg über kirchliche Kreise, d. h. die Männer- und Frauenkreise und sonstige Gemeindegruppen, nicht zuletzt die Studentengemeinden, Fuß zu fassen. Diese Organisationen kamen dem angelsächsischen Modell der offenen Gemeinden nahe. „Wenn überhaupt richtig, so kamen Flüchtlinge auf dem Weg über solche Kreise gut in die neuen Gemeinden hinein.“<sup>79</sup> Im Badischen z. B. spielten Vertriebene in den Männerkreisen eine überdurchschnittlich große Rolle, in Bayern Frauen. Offenkundig engagierten sich Frauen, besonders Mütter, aber auch Mädchen, in vielen Orten in hohem Maß in den entsprechenden kirchlichen Kreisen. Bisweilen gründeten sie allein solche Gruppen. So hören wir etwa von einem „Jungmädelsbund“ in Swantow auf Rügen<sup>80</sup> oder der von Vertriebenen aus Schlesien beherrschten Frauenhilfe in Prenzlau.<sup>81</sup> Solche nur von Vertriebenen getragene Kreise scheinen im Westen nach einiger Zeit wieder eingegangen zu sein.<sup>82</sup> In der DDR unterstellte ihnen die SED, sie wollten keine Kontakte mit den Einheimischen haben, sondern unter sich bleiben.<sup>83</sup> Besonders wichtig, aber im Einzelnen ebenfalls ungeklärt, ist die Bedeutung der Jungen Gemeinden in der DDR und dann insbesondere der Studentengemeinden in beiden Teilen Deutschlands für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Im Blick auf die Jugendlichen, die aus der DDR in den Westen gingen, lässt sich ein auffälliger Unterschied zwischen einer kleinen Gruppe sehr entschiedener Christen und der großen Mehrheit bewusst Unkirchlicher erkennen.<sup>84</sup>

Selbstverständlich spielten immer wieder einzelne Pfarrer sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eine gewichtige Rolle bei der Eingliederung der Vertriebenen in die Kirchengemeinden. Daneben steht die Beobachtung, dass Flüchtlinge und Vertriebene jetzt mehr religiöse Blätter als in der Heimat bezogen.<sup>85</sup> Man wird darin den Ausdruck einer virtuellen religiös-kirchlichen Gemeinschaft sehen können, die sich am Rande oder neben der

79 NEUMANN (wie Anm. 61), S. 118. EBD. S. 118–121, auch die folgenden Daten.

80 Martin HOLZ, *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961*, Köln 2003, S. 365. Diese Studie entspricht einer Reihe der hier formulierten Forschungsperspektiven.

81 SCHWARTZ, *Vertriebene* (wie Anm. 21), S. 568f.

82 So NEUMANN (wie Anm. 61), S. 120, im Blick auf Schleswig-Holstein.

83 HOLZ (wie Anm. 80), S. 368.

84 NEUMANN (wie Anm. 61), S. 117. Ebenso LEMBERG/EDDING, *Vertriebene* (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 78.

85 EBD. S. 119, die folgende Angabe S. 126.

Kirche bildete. Immerhin rund 40 Prozent der Befragten verneinten 1957 die Frage, ob sie sich in ihrer neuen Kirchengemeinde zu Hause fühlten. Das bedeutet allerdings auch, dass das bei knapp zwei Dritteln der Vertriebenen und Flüchtlinge mehr oder weniger der Fall war. Auf welchen Wegen das gelang, bleibt nach wie vor eine wichtige Forschungsaufgabe.

Dasselbe gilt im Blick auf die Frage, wie sich denn diese Gemeinden und vielleicht sogar einzelne Landeskirchen durch die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen veränderten. Die Pfarrer aus den Ostgebieten waren 1955 faktisch alle von den einzelnen Landeskirchen übernommen. Nur wenige mussten sich mit einem Beschäftigungsauftrag begnügen.<sup>86</sup> Schwerer fallen Aussagen über die aktive Mitarbeit von Vertriebenen und Flüchtlingen in den Gemeinden. Die auf den 1. Januar 1955 bezogenen statistischen Angaben sind wenig aussagekräftig: Danach schwankten die Zahlen der Kirchenältesten bzw. Presbyter aus den Ostgebieten zwischen 3 und 27 Prozent in den einzelnen Landeskirchen. Differenziertere Angaben liegen z. B. für die Rheinische Kirche mit dem Stand von 1961 vor.<sup>87</sup> Sie lassen sich jedoch kaum mit anderen Daten korrelieren und belegen nur Einzelheiten, z. B.: dass in Bonn oder Städten wie Jülich und Kleve eine günstigere Relation zugunsten der Flüchtlinge zu konstatieren ist. Generell gilt wohl, dass die Fremden stärker in traditionell unkirchlichen Regionen Norddeutschlands – wie etwa Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig und Oldenburg – als Kirchenälteste bzw. Kirchenvorsteher tätig waren. Das weist jedenfalls auf eine aktive Beteiligung in einzelnen Gemeinden hin – wobei allerdings nicht außer Acht gelassen werden darf, dass ein solches kirchliches Amt in den genannten Gegenden nicht übermäßig geschätzt wurde.

Es fehlt auch nicht an konkreten Hinweisen auf die positiven Veränderungen des Gemeindelebens durch die Flüchtlinge und Vertriebenen. Aus dem Dekanat Weiden in der Oberpfalz etwa wird der Kirchenleitung der bayerischen Landeskirche mitgeteilt: „Die vielen Flüchtlinge haben das Bild der Gemeinde und auch der Gottesdienste verändert. ... Ein Geistlicher berichtet, daß in der Bibelwoche die Teilnehmer bisher geschwiegen haben, jetzt aber durch die redseligen Schlesier lebendiger geworden seien.“<sup>88</sup> Das sind Momentaufnahmen. Verallgemeinern lässt sich vielleicht, dass sich durch die Flüchtlinge und Vertriebenen das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken an der Basis im Laufe der Jahre merklich entspannte. Dabei spielten allerdings noch andere Faktoren – auf die sogleich näher einzugehen ist – eine gewichtige Rolle. Über einen wechselseitigen Austausch zwischen Einheimischen und Fremden vor Ort oder gemeinsame Erfahrungen in den kirchlichen und poli-

---

86 SPIEGEL-SCHMIDT (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 52f.

87 GOLTZ (wie Anm. 71).

88 Zit. bei ERKER (wie Anm. 67), S. 402.

tischen Gemeinden fehlen in der Kirchengeschichte ebenso wie in der Allgemeingeschichte weitgehend die Kenntnisse. Hier wie da bleibt deshalb zu wünschen, dass möglichst viele lokale und regionale Studien entstehen, die sich mit dieser Thematik bis in die fünfziger Jahre befassen.

Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre lässt sich ein zunehmend umfassender und tief einschneidender sozioökonomischer und dann auch kultureller Wandel in der westdeutschen Gesellschaft beobachten. Dazu gehörten nicht zuletzt die radikalen Veränderungen in der Landwirtschaft.<sup>89</sup> Was bedeuteten diese Gegebenheiten für die Flüchtlinge und Vertriebenen? Umsiedlungsaktionen aus den ursprünglichen Einweisungsgebieten in andere Bundesländer sowie die wenig regulierte Binnenwanderung in industrielle Zentren, in erster Linie in das Ruhrgebiet, erschwerten in hohem Maß die kirchliche Einbindung. Die ohnehin begrenzte Anziehungskraft der Kirchengemeinden in dieser Region verstärkte noch einmal die Abwendung von der Kirche, die durch den Verlust der Heimat und die damit verkoppelte Auflösung der sie früher tragenden Sitten und Bräuche eingeleitet worden war. In dieselbe Richtung wirkte die zunehmende Modernisierung des Berufs- und Arbeitslebens, die Rationalisierung und Technisierung der Gesellschaft, die die Fähigkeiten des Einzelnen voll und ganz beanspruchten. Beweglichkeit und Aktivität waren gefordert, die individuelle Leistung, der persönliche Aufstiegszwillen. Traditionelle Autoritäten und ältere Bindungen traten dahinter zurück. Überlokale Zusammenhänge gewannen an Bedeutung, in der Politik und Wirtschaft ebenso wie in der Gestaltung der Freizeit und dem erstrebten Konsum. Das alles galt nun in wachsendem Maß auch für die ländlichen Regionen.

Es waren die mittleren und jüngeren Jahrgänge der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Zuwanderer aus der DDR, die sich schnell in diesen Prozess einbrachten und davon mit ihrem Leistungswillen profitierten. Den Älteren und Alten gelang es dagegen seltener, sich eine neue Existenz aufzubauen. Diese Jahrgänge zahlten auch den Preis für die politische und ökonomische Grundentscheidung der Bundesrepublik, wonach der wirtschaftliche Aufbau Vorrang vor der sozialen Gerechtigkeit haben müsse.<sup>90</sup> Unter diesem

---

89 Arnd BAUERKÄMPER, *Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre*, Bonn 1993, S. 188–200. Vgl. auch die übrigen Beiträge in diesem Band sowie Michael WILDT, *Am Beginn der ‚Konsumgesellschaft‘. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren*, Hamburg 1995; Axel SCHILDT, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ‚Zeitgeist‘ in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, Hamburg 1995. Grundsätzlich: Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

90 Werner ABELSHAUSER, *Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge – Eine Skizze*, in: SCHULZE (wie Anm. 5), S. 229–238.



Gesichtspunkt wurde der Lastenausgleich durchgeführt. Der Erfolg dieser Politik leistete dann Entscheidendes für die Integration der jüngeren, zumeist bienenfleißigen und ehrgeizigen Generation der Flüchtlinge und Vertriebenen.

Damit ist freilich, wie es scheint, nur die eine Seite des Phänomens genannt. Es gab wohl für viele „zweierlei Heimat, die eine fürs Herz, die andere fürs Leben“.<sup>91</sup> Auf einzelne Jahrgänge lässt sich diese Aussage wahrscheinlich nicht reduzieren. Sicher ist damit zu rechnen, dass jüngere Generationen diesen Zwiespalt zunehmend weniger erlebten. Aber wenn man diesen Sachverhalt insgesamt in Rechnung stellt, wird wohl verständlicher, warum die entschiedene Zuwendung großer Teile der Westdeutschen zur modernen Industriegesellschaft unter betont konservativen Vorzeichen vonstatten ging. Natürlich verlangten alle Deutschen nach Sicherheit. Die Flüchtlinge und Vertriebenen wirken jedoch geradezu wie das Paradigma dieses Strebens. Der Prozess der Modernisierung erfasste sie einerseits besonders intensiv – und andererseits lebten doch noch die alten Erinnerungen und Träume. Diese waren offenbar so stark, dass sie einen wesentlichen Beitrag zu jener Eigentümlichkeit des westdeutschen „Sprungs“ in die Moderne leisten konnten: „daß er nicht von einer zukunftsorientierten, optimistischen Weltsicht begleitet war, sondern gleichsam mit rückwärtsgewandtem Blick erfolgte, unter ständiger Bezugnahme auf vergangene kulturelle Leitbilder und soziale Verhältnisse“.<sup>92</sup>

Trugen auch jene Flüchtlinge und Vertriebenen, die in der Kirche ein Zuhause fanden und die sich dort in den verschiedenen Kreisen der Gemeinden und auf anderen kirchlichen Ebenen engagierten, Wesentliches zu deren Gestaltung bei – und vielleicht sogar im Blick auf die Gestaltung der Gesellschaft? Für die katholische Kirche hat Michael Hirschfeld diese Frage entschieden bejaht.<sup>93</sup> Nach seiner Überzeugung erfuhr der Prozess der Säkularisierung durch jene Menschen eine enorme Förderung, die keinen Anschluss an ihre Kirche fanden. Doch die anderen wirkten maßgeblich an der Beschleunigung des innerkirchlichen Wandels bei. Sie bildeten „einen bedeutsamen Störfaktor im Regenerationsprozess des deutschen Nachkriegskatholizismus“, eine „entscheidende Verwerfung“ in seiner Geschichte. Zu den positiven Auswirkungen dieses Faktums zählt Hirschfeld den Prozess der Auflockerung dieses Katholizismus bis hin zur weitreichenden Zustimmung zu den Entscheidungen des Zweiten Vatikanischen Konzils.

---

91 L. VOLBRACHTOVÁ, *Distinktionsschwierigkeiten*, in: SCHRAUT/GROSSER (wie Anm. 7), S. 70.

92 Peter WALDMANN, *Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft*, in: Josef BECKER u. a. (Hg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 1979, S. 163–189, Zitat S. 189.

93 HIRSCHFELD (wie Anm. 5), Zitate S. 50f.

Es sei dahingestellt, ob sich diese These verifizieren lässt. Um eine fruchtbare Fragestellung handelt es sich in jedem Fall. Lässt sie sich auch auf den deutschen Protestantismus ausweiten? Eine wachsende Öffnung evangelischer kirchlicher Kreise ist z. B. auf den Synoden an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren zu beobachten, weg von der bis dahin dominierenden Alternative Barthianer oder konfessionelle Lutheraner. Andere Stimmführer kamen nun zu Wort.<sup>94</sup> Neben Veränderungen in der Einstellung gegenüber dem Osten, insbesondere Polen – wovon die Rede war – wären auch gewandelte Haltungen zu sozialetischen Themen und anders akzentuierte Formen der Frömmigkeit zu nennen. Aber welchen Beitrag Flüchtlinge und Vertriebene direkt oder indirekt in diesen Prozessen geleistet haben, lässt sich gegenwärtig höchstens vermuten. Noch fehlen allzu viele Untersuchungen auch zu diesen gewichtigen Themen der Relevanz der Kirchen insgesamt sowie der Flüchtlinge und Vertriebenen im Besonderen für die Entwicklung primär der westdeutschen Gesellschaft in den fünfziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts.

---

<sup>94</sup> Vgl. Martin GRESCHAT, *Protestantismus und Evangelische Kirche in den 60er Jahren*, in: Axel SCHILDT u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 544–581.

## Hinterherlaufen, „hinauskatapultieren“ oder spalten? Zum Verhältnis von Union und FDP nach der Bundestagswahl 1969

Von Andreas Grau

Der Ausgang der Bundestagswahl am 28. September 1969 war sowohl für die Union als auch für die FDP enttäuschend. Obwohl die CDU/CSU mit 46,1 % ein gutes Wahlergebnis erzielt und nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze verfehlt hatte, wurde sie durch die Koalition von SPD und FDP von der Regierungsbildung ausgeschlossen und musste nach 20 Jahren erstmals auf Bundesebene in die Opposition gehen.<sup>1</sup> Die FDP konnte nun mit der SPD eine Koalition bilden und dadurch wieder Regierungsverantwortung übernehmen, aber bei der Wahl hatte sie 3,7 Prozent gegenüber 1965 verloren und war mit 5,8 Prozent in die Nähe der 5 %-Hürde gerutscht.<sup>2</sup> Darüber hinaus stürzte die Bildung einer sozial-liberalen Koalition in Bonn die Partei in eine tiefe Krise.

Zwar hatten die Liberalen die Umorientierung vom Juniorpartner der Union hin zu den Sozialdemokraten in ihrer Oppositionszeit seit 1966 vollzogen und mit dem Hannoveraner Aktionsprogramm von 1967 den neuen Kurs programmatisch und mit dem Wechsel an der Parteispitze von Erich Mende zu Walter Scheel 1968 auch personell vorbereitet. Die Wahl von Bundespräsident Heineemann mit den Stimmen von SPD und FDP im Frühjahr 1969 war dann die erste Bewährungsprobe für die Hinwendung der Liberalen zu den Sozialdemokraten.<sup>3</sup> Das schlechte Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl 1969 schien aber diejenigen Kritiker zu bestätigen, die den neuen Kurs der Partei für falsch hielten und ein Bündnis mit der SPD ablehnten. Schon in der Wahlnacht sprach sich der frühere Parteivorsitzende Mende in den Medien gegen die sich abzeichnende Bildung einer Koalition von SPD und FDP aus, und der bayerische Abgeordnete Josef Ertl forderte sogar den Rücktritt Scheels.<sup>4</sup> Einen Tag später versammelte Mende die Gegner einer sozial-liberalen Koalition in

---

1 Vgl. Wolfgang JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1974*, in: Karl-Dietrich BRACHER u. a. (Hg.), *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 15. Vgl. zur Bundestagswahl 1969 und den Reaktionen der Union ausführlich: Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005.

2 Vgl. Jürgen DITTBERNER, *Freie Demokratische Partei*, in: Richard STÖSS (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1986, S. 1352.

3 Vgl. Jürgen DITTBERNER, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 52.

4 Vgl. Erich MENDE, *Von Wende zu Wende 1962–1982*, München/Berlin 1986, S. 307.

seinem Bürohaus in Bad Godesberg. Unter den zehn anwesenden Abgeordneten der FDP herrschte Übereinstimmung, dass das Bündnis mit der SPD „noch keineswegs beschlossene Sache sei“.<sup>5</sup> Stattdessen warb Mende in der Presse für die Bildung einer Allparteienregierung bis zum Herbst 1971. Eine SPD/FDP-Regierung, gegen die er auch grundsätzliche Bedenken hatte, hielt er für zu schwach, um die als notwendig erachteten Reformen durchzuführen.<sup>6</sup>

Der Union war die Unzufriedenheit in Teilen der FDP natürlich nicht verborgen geblieben, und sie hoffte, dass die Liberalen schließlich doch ein Bündnis mit der CDU/CSU schließen würden. Noch in der Wahlnacht schickte Bundeskanzler Kiesinger den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, mit einem Koalitionsangebot zum stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Hans-Dietrich Genscher.<sup>7</sup> Einen Tag später beschloss das Präsidium der CDU offiziell, mit der SPD und vor allem mit der FDP Gespräche über eine Regierungsbildung zu führen.<sup>8</sup> In der darauf folgenden Sitzung des Bundesvorstandes berichtete Kiesinger, die Führung der FDP strebe zwar eine Koalition mit den Sozialdemokraten an, aber es gebe bei den Liberalen doch „eine ganze Reihe von Leuten, die ganz anders denken und die sich einer solchen Koalition widersetzen werden“. Deswegen rechne er damit, dass sich die FDP-Spitze nicht durchsetzen werde. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Barzel, war allerdings nicht so zuversichtlich und rief dazu auf, alles zu unternehmen, „um die Mini-Links-Koalition zu verhindern“. Dazu müssten unbedingt Gespräche mit der FDP geführt werden.<sup>9</sup>

Tatsächlich fand am 30. September im Bundeskanzleramt ein Gespräch zwischen der Verhandlungskommission der CDU/CSU unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger und einer FDP-Delegation mit dem Parteivorsitzenden Scheel statt.<sup>10</sup> Dem Koalitionsangebot, das von der Union dabei gemacht wurde, schenkte Scheel jedoch keine große Beachtung. Sein Ziel, die Bildung einer sozial-liberalen Regierungskoalition, war nämlich kurz zuvor in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP gebilligt worden. Nur Erich Mende, Siegfried Zoglmann, Heinz Starke und Knut von Kühlmann-Stumm sprachen sich gegen ein Bündnis mit der SPD aus.<sup>11</sup> Zu diesen Abgeordneten suchte die Union nun verstärkt den Kontakt. So erhielt Mende am 30. September Besuch von dem mit ihm befreundeten CDU-Abgeordneten Alphons Horten. Wenige Tage später empfing ihn auch Kurt Georg

---

5 EBD.

6 Vgl. „Die Welt“ vom 2.10.1969.

7 Vgl. Daniel HOFMANN, „Verdächtige Eile“. *Der Weg zur Koalition aus SPD und FDP nach der Bundestagswahl am 28. September 1969*, in: VfZ, 3 (2000), S. 523f.

8 Sitzung des Präsidiums der CDU am 29.09.1969; ACDP 07-001-332/1.

9 Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 29.09.1969; ACDP 07-001-018/5.

10 Vgl. Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 157.

11 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 308f.

Kiesinger zu einem Gespräch.<sup>12</sup> Am gleichen Tag fand außerdem noch eine vertrauliche Unterredung Kiesingers mit dem FDP-Abgeordneten Zoglmann statt.<sup>13</sup> Allerdings blieben diese Bemühungen vergeblich, da die Mehrheit der FDP-Fraktion den Kurs des Parteivorsitzenden Walter Scheel unterstützte. Schon am 3. Oktober 1969 stimmte sie bei drei Enthaltungen dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu.<sup>14</sup>

Obwohl die Union bei der Wahl wiederum zur stärksten Fraktion geworden war, musste sie jetzt feststellen, ganz vom Wahlverlierer, der FDP, abhängig zu sein. Verärgert über diese Situation erklärte Franz Josef Strauß den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe, dass er es für unerträglich halte, wenn die Verlierer der Wahl „die entscheidenden Figuren bei der Regierungsbildung seien“.<sup>15</sup> Und auf dem kommunalpolitischen Kongress der CDU Nordrhein-Westfalens in Mühlheim/Ruhr bezeichnete es Kiesinger sogar als das Hauptziel der Union, die FDP künftig aus allen Landtagen „hinauszukatapultieren“.<sup>16</sup>

Noch wurde in der Union aber die Hoffnung nicht aufgegeben, den Gang in die Opposition letztlich abwenden zu können. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag setzte man darauf, dass es SPD und FDP nicht gelingen werde, Willy Brandt zum Bundeskanzler zu wählen. In einem Fernsehinterview erklärte Kiesinger deshalb am 5. Oktober, erst bei der Kanzlerwahl werde sich entscheiden, ob die CDU/CSU in die Opposition gehen müsse.<sup>17</sup> Auch der Fraktionsvorsitzende Barzel meinte, dass er sich erst in der Opposition sehen würde, wenn Brandt zum Kanzler „gewählt werden sollte“.<sup>18</sup> Dessen Wahl am 21. Oktober 1969 zerstörte jedoch endgültig alle Hoffnungen von CDU und CSU. Mit 251 gegen 235 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 4 ungültigen Stimmen erhielt Brandt sogar schon im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit.<sup>19</sup> Die Union musste nun auf den harten Bänken der Opposition Platz nehmen.

Doch nicht nur in der Union, sondern auch in der FDP – vor allem in Nordrhein-Westfalen – konnten sich viele nur schwer mit der ersten sozial-liberalen Koalition auf Bundesebene abfinden. Als sich auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP im April 1970 die Vertreter des Linkskurses klar durchsetzen konnten, trafen sich am 25. April 1970 rund 100 national-liberal gesinnte FDP-Mitglieder auf der Hohensyburg bei Dortmund. In einer offizi-

---

12 Vgl. EBD. S. 309.

13 Zeittafel 1966–1969, 2.10.1969; ACDP 01-226-320, NL Kiesinger.

14 Zeittafel 1966–1969, 3.10.1969, Ebd. sowie JÄGER (wie Anm. 1), S. 18.

15 Sitzung der CSU-Landesgruppe am 1.10.1969; ACSP, LG-6.WP.

16 Zeittafel 1966–1969, 16.10.1969; ACDP 01-226-320, NL Kiesinger.

17 Zeittafel 1966–1969, 5.10.1969; Ebd.

18 Interview mit dem WDR am 18.10.1969; ACDP, Pressedokumentation.

19 Sten.Ber. 21.10.1969, S. 8.

ellen Erklärung sagten die Teilnehmer des Treffens, zu dem auch Mende und Zoglmann sowie der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag von NRW, Heinz Lange, gekommen waren, den linksliberalen und radikaldemokratischen Gruppen in der Partei den Kampf an und bekannten sich zu den bewährten Grundsätzen der FDP.<sup>20</sup> Vor den Landtagswahlen in NRW kam der Hohensyburger Kreis Anfang Juni erneut in Düsseldorf zusammen, um über die Möglichkeiten einer Korrektur des aktuellen politischen Kurses der FDP zu diskutieren.<sup>21</sup> Dieser Kurs war für die Nationalliberalen nach den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 natürlich den Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der Partei. Während die FDP im Saarland und in Niedersachsen an der 5 %-Hürde scheiterte, verlor sie in Nordrhein-Westfalen 1,9 %. Als Reaktion darauf konstituierte der Hohensyburger-Kreis, darunter Mende und Zoglmann, am 17. Juni 1970 in Wuppertal die National-liberale Aktion (NLA).<sup>22</sup>

Die Aktivitäten des Hohensyburger Kreises und die schlechten Wahlergebnisse für die FDP ließen in der Union wieder die Hoffnung aufkeimen, die FDP würde sich spalten oder die Koalition mit der SPD auflösen. So berichtete Paul Lücke Mitte Juni 1970 dem Fraktionsvorsitzenden Barzel, dass ihm aus der Umgebung von Mende zugetragen worden sei, dieser habe sieben Mitglieder der FDP-Fraktion an der Hand, die bereit wären, Bundeskanzler Brandt zu stürzen. Lücke riet dazu, dieser Nachricht auf den Grund zu gehen und mit dem Informanten ein Gespräch zu führen.<sup>23</sup> Und in einem privaten Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP, Walter Scheel, meinte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, die Ergebnisse der Landtagswahlen würden doch zeigen, dass den Liberalen ihre Koalition mit der SPD schlechter bekomme als die früheren Bündnisse mit der Union. Spätestens bei der Bundestagswahl 1973 – wenn irgend möglich schon vorher – werde die CDU/CSU versuchen, die Regierung Brandt abzulösen. In erster Linie solle dies aber durch ein Regierungsbündnis mit der FDP – unter Umständen ohne deren linken Flügel – und nicht durch das Abwerben einzelner Abgeordneter erreicht werden.<sup>24</sup>

Zu einem Kräftemessen zwischen den Anhängern einer sozial-liberalen Koalition und deren Gegnern kam es auf dem FDP-Bundesparteitag, Ende Juni 1970 in Bonn. Das Ergebnis war jedoch mehr als deutlich: Das Verhalten von Erich Mende, der in einer scharfen Rede den neuen Kurs der Partei kritisiert hatte, wurde von den Delegierten mit 233 zu 102 Stimmen missbilligt. Der

---

20 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 27.4.1970.

21 Vgl. „Die Welt“ vom 8.6.1970.

22 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 328; „Die Welt“ vom 18.6.1970.

23 Brief von Lücke an Barzel vom 12.6.1970; BA, Dep. Barzel, N 1371/90.

24 Vermerk Rasners vom 9.7.1970 über Gespräch mit Scheel; ACDP 08-001-455/1.

von ihm eingebrachte Antrag wurde gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. In acht Punkten forderte Mende darin u. a. die Ablehnung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, die strikte Beachtung des Friedensvertragsvorbehalts und die Vermeidung von Zeit- oder Erfolgsdruck in der Ostpolitik. Walter Scheel wurde hingegen vom Parteitag in seinem Amt als Vorsitzender der FDP mit 298 gegen 64 Stimmen bestätigt. Damit hatte sich der Kurs der Parteiführung erneut durchgesetzt.<sup>25</sup> Obwohl der Versuch, von innen heraus den Kurs der FDP zu korrigieren, somit gescheitert war, gaben dessen national-liberale Gegner nicht auf. Am 11. Juli kamen FDP-Mitglieder aus mehreren Bundesländern erneut auf der Hohensyburg zusammen und gründeten den Bundesverband der National-liberalen Aktion. Laut Satzung, die am selben Tag verabschiedet wurde, verstand sich die NLA als überparteiliche „Gemeinschaft national-freiheitlicher Menschen in der Bundesrepublik Deutschland“. Neben Zoglmann, der zum Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde, nahmen noch der Vorsitzende der FDP in Bayern, Dietrich Bahner, und aus Nordrhein-Westfalen die FDP-Abgeordneten Heinz Lange und Franz Mader an dem Treffen teil.<sup>26</sup>

Durch den Bonner Parteitag gestärkt, ging die Führung der FDP daraufhin gegen die NLA vor, die Scheel nur abschätzig als einen Verein von politischen Pensionären bezeichnete.<sup>27</sup> Am 25. Juli 1970 sprach der Bundesvorstand der Partei dem FDP-Bundestagsabgeordneten und Bundesvorsitzenden der NLA, Siegfried Zoglmann, seine Missbilligung aus. Weil Zoglmann jedoch den Aufbau der NLA unvermindert fortsetzte, beantragte der Bundesvorstand Anfang September dessen Parteiausschluss. Als Reaktion darauf kündigten die drei Abgeordneten der FDP-Fraktion im Landtag von NRW, die sich zur NLA bekannten, ihren Austritt aus der Partei an, falls Zoglmann tatsächlich die Parteimitgliedschaft entzogen werden sollte.<sup>28</sup> Nur einen Monat später erklärte der FDP-Landesvorstand von NRW eine gleichzeitige Mitgliedschaft in NLA und FDP für unvereinbar und leitete ein Ausschlussverfahren gegen die Landtagsabgeordneten Lange, Mader und Maas ein. Zugleich wurde die Landtagsfraktion der FDP aufgefordert, die drei umgehend aus der Fraktion auszuschließen.<sup>29</sup> Auf den Ausschlussantrag des Bundesvorstandes reagierte Zoglmann demonstrativ gelassen. Freiwillig werde er

---

25 Vgl. DITTBERNER, *Die FDP* (wie Anm. 3), S. 53; MENDE (wie Anm. 4), S. 328–330.

26 Vgl. Richard STÖSS, *Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei*, in: DERS. (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1983, S. 341f.; „General Anzeiger“ vom 13.7.1970.

27 Vgl. „Die Welt“ vom 13.7.1970.

28 Vgl. FAZ vom 7.9.1970 sowie Brief des FDP-Vorsitzenden Scheel an die Partei vom 9.9.1970.

29 Vgl. „Die Welt“ vom 5.10.1970.

nicht die FDP verlassen, und es sei doch auch denkbar, dass das Ausschlussverfahren scheitere.<sup>30</sup>

Anfang Oktober 1970 gab Siegfried Zoglmann jedoch bekannt, dass der Bundesvorstand der NLA die Gründung einer neuen Partei beabsichtige und er in den nächsten Tagen aus der FDP austreten werde.<sup>31</sup> Diesen Schritt vollzog er am 8. Oktober 1970. Zoglmann verließ die FDP und deren Bundestagsfraktion und wechselte zur CDU/CSU-Fraktion, wo er als Hospitant der CSU-Landesgruppe beitrug. Einen Tag später folgten ihm Erich Mende und Heinz Starke. Während Starke ebenfalls Mitglied der CSU wurde, ging Mende zur CDU.<sup>32</sup> Den Entschluss, die FDP zu verlassen, hatten Mende, Starke und Zoglmann bereits Mitte September getroffen. Am 6. Oktober kündigten sie ihren Schritt in der Sitzung der FDP-Fraktion an. Eigentlich sollte noch Knut von Kühlmann-Stumm mit von der Partie sein; der zögerte aber seine Entscheidung noch hinaus.<sup>33</sup> Bevor Mende am 8. Oktober den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Rainer Barzel, aufsuchte und um Aufnahme in die Fraktion bat, hatte er schon Kontakt mit dem Landesvorsitzenden der CDU in Hessen, Alfred Dregger, aufgenommen. Mitte November wurde Mende Mitglied der CDU in Hessen mit der Aussicht auf einen Wahlkreis in der Nähe von Kassel.<sup>34</sup>

Wegen seiner guten Bekanntschaft mit Franz Josef Strauß entschied sich Siegfried Zoglmann hingegen für den Wechsel zur CSU und verlegte seinen Wohnsitz nach München. Da Heinz Starke bereits in Bayern – in Bayreuth – wohnte, ging auch er zur CSU.<sup>35</sup>

Der Fraktionswechsel der drei Nationalliberalen löste in der CDU/CSU-Fraktion ein geteiltes Echo aus. So forderte Kiesinger in der Sitzung des Fraktionsvorstandes am 8. Oktober dazu auf, trotz dessen führender Rolle in der NLA, Zoglmann möglichst unbefangen zu begrüßen, um den Auflösungsprozess der FDP nicht zu gefährden. Wie Barzel ergänzte, sollten die Fraktionswechsler möglichst normal aufgenommen werden und die Fraktion weiter ohne Hektik ihre Arbeit erledigen. Das Verhältnis Zoglmanns zur Fraktion werde er mit diesem in einem Gespräch klären.<sup>36</sup> Auch in der Fraktionsitzung am folgenden Tag erhob sich nur Widerspruch gegen die Aufnahme von Zogl-

30 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1970.

31 Vgl. „Die Welt“ vom 7.10.1970.

32 Vgl. BARING (wie Anm. 10), S. 398.

33 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 339.

34 Vgl. EBD. S. 341. Siehe auch Schreiben von Mende an den Präsidenten des Bundestages vom 12.10.1970 mit der Mitteilung, dass er am 9.10.1970 in die CDU/CSU-Fraktion eingetreten sei; ACDP 01-269-036, NL Mende.

35 Vgl. BARING (wie Anm. 10), S. 397f. und Brief von Starke an Strauß vom 8.10.1970; ACSP, LG-6.WP-116.

36 Vermerk für Stücklen über die Sitzung des Fraktionsvorstands am 9.10.1970; ACSP, LG-6.WP-12.



mann, während es gegen die von Mende und Starke keine Einwände gab. Der CDU-Abgeordnete Mick meinte, aufgrund seines katholischen Glaubens halte er die Mitgliedschaft Zoglmanns in der CDU/CSU-Fraktion für unpassend. Leo Wagner gab zu bedenken, dass Zoglmann dabei sei, eine Partei zu gründen und er dadurch bei Wahlen in Konkurrenz zur Union trete. Mit dem Hinweis, dass die Abgeordneten doch den Ereignissen nicht vorgreifen sollten und ein Hospitantenverhältnis etwas anderes sei als eine Mitgliedschaft, konnte der Fraktionsvorsitzende Barzel diese Bedenken jedoch zerstreuen. Zudem seien die Übertritte nur die Konsequenz der von Brandt und Scheel ausgelösten Konfrontation.<sup>37</sup> Die Abgeordneten der CSU hatten offenbar weniger Probleme mit Zoglmann. Als wegen dessen Aufnahme als Hospitant in die CSU-Landesgruppe nämlich deren Geschäftsordnung geändert werden musste, stimmten die Abgeordneten der Änderung bei nur einer Enthaltung zu.<sup>38</sup>

Seine Pläne zur Gründung einer neuen Partei verfolgte Zoglmann unverändert weiter. So erklärte er in einem Interview mit dem „Spiegel“, er beabsichtige, „auf allen Ebenen“ eine Parteiorganisation aufzubauen. Zuspruch für seine neue „Mitte-Rechts-Partei“ erhoffe er sich vor allem von Nichtwählern, ehemaligen Wählern der NPD und den Vertriebenen. Allerdings konnte Zoglmann weder einen genauen Zeitpunkt für die Parteigründung noch einen konkreten Parteinamen angeben. Und ein Parteiprogramm lag noch nicht einmal im Entwurf vor.<sup>39</sup> Ein erster Versuch des Bundesvorstandes der NLA, Ende November 1970 eine Partei mit dem Namen „Deutsche Union“ zu gründen, musste aus organisatorischen Gründen wieder verschoben werden.<sup>40</sup> Eine Ursache für die Schwierigkeiten der NLA war ihre mangelnde Verankerung außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Nach einer Analyse der Bundesgeschäftsstelle der CDU hatte die NLA an Rhein und Ruhr etwa 500 bis 700 Mitglieder und verfügte über einige Kreisverbände. In Niedersachsen gab es zwar einen funktionierenden Landesvorstand der NLA, doch insgesamt nur etwa 100 Mitglieder. Ebenso viele Mitglieder hatte die NLA auch in Baden-Württemberg, wo es aber nur einen kommissarischen Landesvorstand gab. Der bayerische Landesverband der NLA konnte ebenfalls nur einen kommissarischen Landesvorstand aufweisen, und in Hessen stand die Gründung eines Landesverbandes erst noch bevor. In Schleswig-Holstein, im Saarland, in Rheinland-Pfalz sowie in Berlin, Hamburg und Bremen waren überhaupt keine nennens-

---

37 Protokoll der Fraktionssitzung vom 9.10.1970; ACDP 08-001-1021/1.

38 Sitzung der CSU-Landesgruppe am 12.10.1970; ACSP, LG-6.WP.

39 Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 42 (1970), S. 32f. Für Mende ging der Trend in der Bundesrepublik hin zu einem Zwei-Parteien-System. Einer dritten Partei gab er deshalb keine Chance. Vgl. Interview Mendes mit dem WDR am 9.10.1970; ACDP, Pressedokumentation.

40 Vgl. FAZ vom 1.12.1970.

werten Aktivitäten der NLA festzustellen.<sup>41</sup> Ein anderer Grund für die Startschwierigkeiten der NLA war sicherlich auch das Wiedererstarken der FDP. Bei den Landtagswahlen in Hessen im November 1970 konnten die Liberalen ihr Ergebnis von 1966 in etwa halten und erreichten 10,1 %. Und in Bayern gelang ihnen erneut der Sprung in den Landtag, wobei mit 5,6 % das Wahlergebnis von 1966 sogar übertroffen wurde.<sup>42</sup>

Anfang 1971 war es jedoch soweit: 90 Delegierte der NLA aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich am 16. Januar 1971 in Hannover, um über das Grundsatzprogramm der Deutschen Union (DU) zu beraten.<sup>43</sup> In der Präambel des aus 17 Leitsätzen bestehenden Programms wurde als Ziel der DU angegeben, die „freiheitlich-nationalen Kräfte des deutschen Volkes zu sammeln“. Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik sollte erhalten und alle dagegen gerichteten Zerstörungsversuche abgewehrt werden. Weiter bekannte sich die DU zur parlamentarischen Demokratie und zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit. In ihren Leitsätzen trat die DU für ein föderativ geeintes Europa und das Recht auf Selbstbestimmung und Heimat ein. Die Zugehörigkeit „des freien Teils von Berlin“ zur Bundesrepublik wurde ebenso unterstrichen wie die Bedeutung der Bundeswehr. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR sei „unannehmbar“. Zur Wirtschaftspolitik enthielten die Leitsätze die Forderungen nach einer „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ und des Rechtes auf Eigentum sowie ein Bekenntnis zum Mittelstand und zu einem „leistungsfähigen Bauernstand“. Außerdem plädierte die DU für ein „bundeseinheitliches Bildungssystem“ und ein garantiertes „Recht auf Gegendarstellung“ in den Massenmedien. Schließlich fiel noch ihr Eintreten für den Umweltschutz und für ein Abschlussgesetz für alle Kriegsfolgelasten auf.<sup>44</sup>

Die CDU lehnte die Gründung der neuen Partei von Anfang an ab. Noch vor dem Austritt Zoglmanns aus der FDP, Anfang Oktober 1970, war man sich im CDU-Präsidium darüber einig, dass an einer Umwandlung der NLA in eine Partei kein Interesse bestehe.<sup>45</sup> Wenige Wochen später wurde sogar beschlossen, die Bemühungen der NLA zur Gründung einer Partei nach Möglichkeit zu verhindern und führende FDP-Politiker zur CDU herüberzuziehen. Allerdings war die Haltung der CSU zur NLA offenbar eine andere. Das Präsidium beauftragte nämlich in der gleichen Sitzung den CDU-Vorsitzenden Kiesinger, einen Brief an den CSU-Vorsitzenden Strauß in dieser Angelegen-

41 Papier der Bundesgeschäftsstelle vom 8.10.1970: Entwicklung und Bedeutung der NLA in den Bundesländern; ACDP 07-004-196/3.

42 Vgl. DITTBERNER, *Freie Demokratische Partei* (wie Anm. 2), S. 1352f.

43 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1971.

44 Vgl. Grundsatzprogramm der Deutschen Union vom 16.1.1971; ACDP, Pressedokumentation.

45 Sitzung des CDU-Präsidiums am 5.10.1970; ACDP 01-226-389, NL Kiesinger.

heit zu schreiben und in Gesprächen das Verhältnis der CSU zur NLA zu klären.<sup>46</sup> Tatsächlich stand die CSU der neuen Partei wohlwollend gegenüber. Schon im Herbst 1970 hatte „Der Spiegel“ berichtet, dass prominente CSU-Politiker sich für eine Unterstützung der NLA aussprechen würden.<sup>47</sup> Die CDU hatte jedoch schon gegen den Namen der neuen Partei und die Abkürzung „DU“ Bedenken. Wie Generalsekretär Heck dem DU-Vorsitzenden Zoglmann im März 1971 schrieb, sei diese Abkürzung „mit unserer Abkürzung CDU so nahe verwandt, dass wir nach dem Parteiengesetz ein Verbot erwirken könnten“. Um einen Prozess und damit verbundene Kosten zu vermeiden, sollte sich die NLA doch „von vorneherein für eine andere Abkürzung entscheiden“.<sup>48</sup>

Die DU hielt jedoch an ihrem einmal gewählten Namen und dessen Abkürzung fest. Allerdings hatte sie weiterhin Anlaufprobleme. Alle Versuche, verschiedene politische Gruppierungen zur Mitarbeit zu bewegen, scheiterten. Offenbar verlief auch der Aufbau des eigenen Parteiapparates schleppend, denn bei den Landtagswahlen in West-Berlin und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1971 verzichtete sie darauf, mit eigenen Kandidaten anzutreten. Stattdessen rief die DU in beiden Fällen zur Wahl der CDU auf.<sup>49</sup> Aufgrund dessen fand der offizielle Gründungskongress der DU erst am 12. Juni 1971 statt. Auf dem Kongress wurde von den rund 300 Delegierten nicht nur das Grundsatzprogramm bestätigt, sondern auch Siegfried Zoglmann zum Parteivorsitzenden gewählt.<sup>50</sup> Dem Präsidium der DU gehörten u. a. noch Dietrich Bahner aus Bayern, Heinz Lange aus Nordrhein-Westfalen, Willi Homeier aus Niedersachsen und Rudolf Wollner aus Hessen an. Weil in der SPD und in der FDP „die Kräfte der Revolution“ beständig wachsen würden, so hieß es im Gründungsaufwurf, sei die „Mobilisierung aller abwehrbereiten patriotischen Kräfte“ notwendig. Allein seien CDU und CSU dazu aber nicht in der Lage, weshalb die Gründung der DU notwendig sei.<sup>51</sup> Allerdings bot die DU der Union eine umfassende Zusammenarbeit an, um die sozial-liberale Koalition in Bonn 1973 abzulösen. Wie Zoglmann gegenüber der Presse erklärte, führe er zu diesem Zweck schon seit Monaten Gespräche mit Vertretern von CDU und CSU.

---

46 Sitzung des CDU-Präsidiums am 30.10.1970; Ebd. Wie aus einem Brief von Generalsekretär Heck an Strauß vom 9.12.1970 hervorgeht, fand am 16.12.1970 ein Gespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem Landesvorstand der CSU über die NLA statt; ACSP, LG-6.WP-437.

47 Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 43 (1970), S. 31f.

48 Brief von Heck an Zoglmann vom 30.3.1971; ACDP 07-004-196/3.

49 Vgl. STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 342f.

50 Vgl. Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1974, S. 311.

51 Vgl. STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 343.

Er habe keinen Grund anzunehmen, dass Strauß der neuen Partei ablehnend gegenüberstehe.<sup>52</sup>

Tatsächlich war es vor der Gründung der DU zu einem Treffen von Zoglmann mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß in Augsburg gekommen. Außerdem nahmen an dem Gespräch noch die Landesvorsitzenden der CDU Heinrich Köppler aus NRW, Alfred Dregger aus Hessen und Wilfried Hasselmann aus Niedersachsen teil. Als Ergebnis der Besprechung ging Zoglmann davon aus, dass er sich der Unterstützung durch die Union, insbesondere durch die CSU, sicher sein könne. Durch die Überlassung von drei sicheren Wahlkreisen werde die DU mit Hilfe der Union wohl im nächsten Bundestag vertreten sein. Diese Zusicherung trug sicher nicht unwesentlich zur Gründung der DU bei.<sup>53</sup>

Es war jedoch nicht die Union, sondern in erster Linie Franz Josef Strauß, der diese Hoffnungen Zoglmanns unterstützte. Wie nämlich Hasselmann nach dem Treffen in Augsburg an Dregger schrieb, würde sich die Gründung der DU in Niedersachsen erübrigen. Allerdings sei dort rechts von der CDU „immer noch Luft“, weshalb er Absprachen und Abstimmungen in einzelnen Ländern mit der DU nicht ausschließen wolle. Eigenmächtiges Handeln ohne Abstimmung mit der CDU-Führung komme jedoch „für uns nicht in Betracht“. Die Haltung von Strauß zur DU sei ihm bei der Besprechung „nicht ganz klar geworden“. Zumindest habe er aber zu erkennen gegeben, dass er sich durch ein Nein der CDU „nicht beeindrucken“ lassen werde.<sup>54</sup> In seiner Antwort erklärte Dregger, dass auch er „nicht recht glücklich“ über die Gründung der DU sei. Es sei wohl am besten, zunächst einmal die weitere Entwicklung abzuwarten.<sup>55</sup> Deutlicher wurde Dregger wenig später in einem Brief an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DU, Dietrich Bahner. Im Bundesvorstand werde er sich bemühen, „eine Frontstellung gegen die DU“ zu vermeiden, so Dregger. Doch könne er sich „nicht für eine Kooperation von CDU/CSU und DU aussprechen“. In ihrer Zielsetzung, die Regierung Brandt/Scheel abzulösen, stimmten beide Seiten zwar überein, aber er glaube nicht, dass die DU dazu beitragen könne, dieses Ziel besser zu erreichen.<sup>56</sup> In einem Vermerk für Barzel hielt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, über ein Gespräch mit Hasselmann fest, dass dieser grundsätzlich gegen eine Gründung der DU in Niedersachsen sei. Allerdings wolle er die DU sich zunächst sammeln lassen, um sie vor der Bundestagswahl 1973 dann in die CDU zu überführen. Auch Strauß trete dafür ein, dass sich die neue

---

52 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 14.6.1971.

53 Vgl. FAZ vom 21.6.1971; „Der Spiegel“ Nr. 26 (1971), S. 26f.

54 Brief von Hasselmann an Dregger vom 10.6.1971; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger.

55 Brief von Dregger an Hasselmann vom 14.6.1971; Ebd.

56 Brief von Dregger an Bahner vom 5.7.1971; Ebd.

Partei in Ruhe sammeln könne. Die 1 bis 2 % Stimmen, die die DU bei Wahlen sicherlich bekommen werde, dürften keinesfalls verloren gehen.<sup>57</sup>

Im Sommer 1971 war die Gründung der Deutschen Union ebenfalls Thema in den Führungsgremien der CDU. So sprach sich das Präsidium unmittelbar vor der Gründung erneut gegen dieses Vorhaben aus und lehnte jede Wahlhilfe ab. Auch den Landesverbänden wurden keine Absprachen mit der neuen Partei zugestanden. Die CSU sollte aufgefordert werden, sich gleichfalls von der DU zu distanzieren.<sup>58</sup> Der Generalsekretär der CDU, Heck, hielt die Gründung der neuen Partei sogar für überflüssig und meinte, dass enttäuschte FDP-Wähler doch bei der CDU ihre politische Heimat finden könnten.<sup>59</sup> In der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. Juli erklärte der CDU-Vorsitzende Kiesinger zur DU, Präsidium und Bundesvorstand hätten beschlossen, ohne Absprachen in den Wahlkampf zu ziehen, und dabei würde es bleiben. Strauß scheinete sich im Hinblick auf die DU jedoch sehr weit festgelegt zu haben. Allerdings sei zu bezweifeln, ob allein die CSU der DU drei Wahlkreise abtreten könne. Wie Alfred Dregger ergänzte, habe der CSU-Vorsitzende bei der Besprechung mit Bahner in Augsburg die Notwendigkeit der DU betont und die Bereitschaft signalisiert, dieser einen sicheren Wahlkreis in Bayern anzubieten. Er, Dregger, habe sich jedoch gegen die Gründung der DU ausgesprochen und es abgelehnt, einen Wahlkreis in Hessen zur Verfügung zu stellen. Von Hasselmann wurde daraufhin eingewendet, dass in Hessen die Verhältnisse anders seien als in Niedersachsen. Er wolle aktionsfähig bleiben, um die Bundesregierung auch tatsächlich ablösen zu können. Daher wolle er nicht jetzt schon alle Türen für die DU zuschlagen. Diese Taktik hielt Konrad Kraske für falsch. Die CDU müsse im Wahlkampf deutlich machen, dass nur durch die Wahl der Union die Regierung gestürzt werden könne. Je länger das Verhältnis der Union zur DU im Unklaren bleibe, desto eher schaffe man ihr ein Fundament. Deshalb müsse jetzt klargestellt werden, dass die DU keine Zukunft habe. Auch Gerhard Stoltenberg forderte eine klare Haltung zur DU. Die beste Taktik ihr gegenüber sei, den Transfer von der FDP zur CDU zu beschleunigen und Mitgliedern der DU den Weg zur CDU nicht zu versperren. Ein größeres Problem scheinete ihm das Verhältnis der CSU zur DU und der Hospitantenstatus von Zoglmann zu sein. Daraufhin erklärte Barzel, er habe Zoglmann gegenüber klargestellt, dass er nur Hospitant bleiben könne, solange er parteilos sei. Wenn die CDU beschließen, ohne Absprachen in den Wahlkampf zu gehen, dann könne Zoglmann nicht länger Mitglied der Fraktion bleiben. Dadurch werde es auch nicht zu einem Konflikt mit der CSU kommen.<sup>60</sup>

---

57 Vermerk Rasners vom 15.6.1971; ACDP 08-001-056/1.

58 Sitzung des Präsidiums am 7.6.1971; ACDP 01-226-389, NL Kiesinger.

59 Pressemitteilung der CDU vom 16.6.1971; ACDP, Pressedokumentation.

60 Sitzung des Bundesvorstandes am 5.7.1971; ACDP 07-001-A003/4.

Bevor aber CDU und CSU endgültig die Frage einer Unterstützung der DU bei der nächsten Bundestagswahl geklärt hatten, sah es im Frühjahr 1972 so aus, als könnte die Union auch ohne Wahl wieder die Regierungsgeschäfte in Bonn übernehmen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik machte die CDU/CSU-Fraktion am 24. April 1972 vom Artikel 67 des Grundgesetzes Gebrauch und beantragte, an Stelle von Willy Brandt Rainer Barzel zum Bundeskanzler zu wählen. Weil im Laufe des Jahres 1971 und 1972 weitere Abgeordnete von SPD und FDP zur CDU/CSU übergetreten waren, hatte der Antrag große Aussicht auf Erfolg. Darüber hinaus gab es in der FDP-Fraktion immer noch einige Parlamentarier, die der Regierungspolitik in großen Teilen kritisch gegenüberstanden. Trotzdem scheiterte am 27. April 1972 das von der Union beantragte konstruktive Misstrauensvotum: Statt der erforderlichen 249 erhielt Rainer Barzel nur 247 Stimmen.<sup>61</sup> Wie sich später herausstellte, war bei der Abstimmung allerdings Bestechung im Spiel gewesen: Zumindest ein Abgeordneter der CDU hatte gegen Barzel gestimmt und dafür 50.000 DM von der Stasi erhalten.<sup>62</sup>

Wie die Abstimmung über den Haushalt des Bundeskanzlers am 28. April 1972 zeigte, verfügte allerdings auch die Regierungskoalition nicht mehr über eine Mehrheit. Neuwahlen zum Bundestag wurden daher unumgänglich.

In dieser Situation verstärkte die DU wieder ihre Bemühungen, um zu einem Wahlbündnis mit der Union zu kommen. In Briefen an den hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger und den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Stücklen verglich Bahner das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg im April 1972 mit der Bundestagswahl 1969 und kam zu dem Ergebnis, dass die Union bei der nächsten Bundestagswahl 48,4 % der Stimmen erhalten würde, SPD und FDP zusammen jedoch auf 50,9 % kämen. Bei Kommunalwahlen in Pirmasens sei die DU am 23. April 1972 erstmalig angetreten und habe 2,9–3,2 % erzielen und der FDP etwa 1,5–2 % Stimmen abnehmen können. Genau diese 1,5–2 % seien bei den anstehenden Neuwahlen aber entscheidend. „Lancieren und Absichern der DU ist [daher] notweniger denn je!“<sup>63</sup> In seinem Antwortschreiben teilte Dregger zwar die von Bahner angestellten Hochrechnungen, doch bezweifelte er, ob die DU besser geeignet sei, der FDP Wähler abzunehmen, als die CDU. Durch das Auftreten der DU befürchtete er sogar, dass die Union konservative Wähler verlieren könnte. Jede Wahlhilfe der Union für die DU würde zudem „von den öffentlichen Medien sehr scharf auf’s Korn genommen“ werden und damit schweren Schaden anrichten.<sup>64</sup>

61 Vgl. dazu ausführlich GRAU (wie Anm. 1), S. 281–296.

62 Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*, Freiburg i.Br. 2002, S. 117f.

63 Brief von Bahner an Dregger vom 3.5.1972; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger und Brief von Bahner an Stücklen, ACSP, LG-6.WP-403.

64 Brief von Dregger an Bahner vom 22.5.1972; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger.

Obwohl in Teilen der CSU immer noch ein Wahlbündnis oder das Überlassen von drei sicheren Wahlkreisen zugunsten der DU erwogen wurde,<sup>65</sup> musste die Deutsche Union nach Gesprächen ihres Parteivorsitzenden Siegfried Zoglmann mit Barzel und Strauß Mitte Juni 1972 alle diesbezüglichen Hoffnungen jedoch begraben. Während der CDU-Vorsitzende einem Wahlbündnis mit der DU eine klare Absage erteilte, ließ der Vorsitzende der CSU seinen wohlwollenden Äußerungen keine Taten folgen. Zu konkreten Verhandlungen mit der Splitterpartei war auch er letztlich nicht bereit, um das Verhältnis zur CDU nicht unnötig zu belasten.<sup>66</sup> Anfang Juli erklärte Richard Stücklen dann im CDU-Präsidium, dass die CSU alleine nicht die erforderlichen Direktmandate für die DU zur Verfügung stellen könne.<sup>67</sup> Und im Bundestagswahlkampf ging die CSU schließlich endgültig auf Distanz zur DU. Wie Richard Stücklen gegenüber der Presse bekannt gab, werde die CDU/CSU bei der Wahl versuchen, auch die Stimmen national-liberaler Wähler zu bekommen. Als selbständige Partei habe die DU deshalb keine Chance mehr.<sup>68</sup> Infolgedessen beschloss der Bundesparteiausschuss der Deutschen Union Ende September 1972, für die Bundestagswahl keine eigenen Listen aufzustellen und eine Wahlempfehlung zugunsten von CDU und CSU abzugeben. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass alle „Patrioten in Deutschland“ jetzt dafür sorgen müssten, „dass die sozialistisch liberale Regierung nicht wiederkehrt“. Es gehe allein um die Frage „für oder gegen Brandt“. Dahinter müssten alle anderen Überlegungen zurücktreten.<sup>69</sup>

Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 zog deshalb nur der Vorsitzende der DU, Siegfried Zoglmann, der auf der CSU-Landesliste abgesichert worden war, wieder in den Bundestag ein. Eindeutiger Wahlsieger war die Regierungskoalition aus SPD und FDP, die deutliche Gewinne erzielen konnte. Der Versuch einer Parteigründung rechts von der Union war damit „gescheitert“.<sup>70</sup> Gleichwohl blieb die DU bestehen. Den Vorsitz hatte weiterhin Zoglmann inne, der auf einem Bundesparteitag der Deutschen Union im Mai 1973 auch im Amt bestätigt wurde.<sup>71</sup>

Der Umstand, dass Zoglmann als Vorsitzender einer mit der Union konkurrierenden Splitterpartei gleichzeitig Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, löste aber zunehmend Widerspruch innerhalb der CDU aus. So forderte im Frühjahr 1973 die Junge Union Rheinland von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den DU-Vorsitzenden künftig von ihren Sitzungen aus-

---

65 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 16.6.1972.

66 Vgl. „Die Welt“ vom 23.6.1972.

67 Sitzung des Präsidiums der CDU am 7.7.1972; ACDP 07-001-1405.

68 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 26.8.1972.

69 Presseerklärung der Deutschen Union vom 27.9.1972; ACDP, Pressedokumentation.

70 STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 344.

71 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 21.5.1973.

zuschließen. Die CSU-Landesgruppe solle ihm den Hospitantenstatus entziehen. Denn die erneute Wahl Zoglmanns zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Union könne „der Geschlossenheit, dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Unionsparteien nur schaden.“ Sein weiteres Verbleiben in der CDU/CSU-Fraktion halte die JU Rheinland deshalb „für unvertretbar“.<sup>72</sup> Auch für den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Ferdinand Breidbach aus Duisburg war die Mitgliedschaft Zoglmanns in der CDU/CSU-Fraktion „ein besorgniserregender Beitrag zur Desintegration“ der Union. Deshalb forderte er den Fraktionsvorsitzenden Carstens am 1. Juni 1973 auf, Zoglmann den Verzicht auf seinen Hospitantenstatus „eindringlich nahezu legen“.<sup>73</sup>

Offenbar hielt Carstens, der den Fraktionsvorsitz erst kurz zuvor übernommen hatte, das Problem aber nicht für dringend, denn sowohl auf diesen Brief als auch auf einen weiteren vom 22. August 1973 erhielt Breidbach keine Antwort. Daraufhin wandte sich dieser Ende Oktober 1973 wiederum an den Fraktionsvorsitzenden und drohte diesmal damit, das Thema Zoglmann in einer Fraktionssitzung anzusprechen. Zugleich erbat Breidbach vom Justitiar der Fraktion, Paul Mikat, eine rechtliche Stellungnahme zum Hospitantenstatus von Zoglmann.<sup>74</sup> Doch nicht nur Breidbach brannte die Sache auf den Nägeln, sondern am 18. Oktober 1973 forderte ebenfalls der Bundesvorsitzende des RCDS, Gerd Langguth, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, auf, etwas in der Angelegenheit Zoglmann zu unternehmen. Abgesehen davon, dass er der Meinung sei, Mitglieder konkurrierender Parteien könnten „nicht gleichzeitig der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehören“, stelle die jüngste Erklärung der DU, sich an den Landtagswahlen in Hessen beteiligen zu wollen, für ihn „einen unwiderruflichen Casus Belli“ dar. Carstens müsse nun „alles in die Wege leiten“, um im Falle einer Kandidatur der Deutschen Union in Hessen die Mitgliedschaft von Zoglmann in der Bundestagsfraktion zu beenden. Daraufhin wurde Carstens nun aktiv und versprach, der Sache nachzugehen.<sup>75</sup>

Schon wenige Tage später fand eine Besprechung von Carstens mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktion statt. Dabei wurde festgestellt, dass Zoglmann eindeutig Mitglied der CSU-Landesgruppe sei. Ob er damit aber zugleich Mitglied der CDU/CSU-Fraktion oder nur Hospitant sei, blieb umstritten. Diese Frage sollte jedoch politisch und nicht rechtlich geregelt werden.<sup>76</sup> Carstens selbst wollte diese Entscheidung aber nicht treffen, da der Fall Zoglmann das Verhältnis der CDU zu ihrer bayerischen Schwesterpartei un-

<sup>72</sup> Anlage zum Schreiben des stellvertretenden Landesvorsitzenden der JU Rheinland, Klein, an das Präsidium der CDU vom 29.5.1973; ACDP 08-001-495/2.

<sup>73</sup> Brief von Breidbach an Carstens vom 1.6.1976; Ebd.

<sup>74</sup> Schreiben von Breidbach an Carstens und Mikat vom 25.10.1973; Ebd.

<sup>75</sup> Brief von Langguth an Carstens vom 18.10.1973 und Antwortschreiben von Carstens vom 23.10.1973; Ebd.

<sup>76</sup> Vermerk von Mikat für Carstens vom 23.10.1974; Ebd.



mittelbar berührte. Deshalb schaltete er den CDU-Vorsitzenden Kohl ein, der sich der Sache annahm. Es gelang aber auch Helmut Kohl nicht, die Angelegenheit einer baldigen Lösung zuzuführen, denn Mitte März 1974 beschwerte sich Breidbach wiederum bei Carstens, dass sich in der Sache „noch immer nichts getan“ habe.<sup>77</sup>

Inzwischen hatte der Fall Zoglmann sogar eine neue Dimension angenommen: Am 13. Februar 1974 beantragte der hessische CDU-Abgeordnete Wilfried Böhm den Ausschluss Zoglmanns aus der Fraktion. Als Grund führte Böhm die Kandidatur der Deutschen Union bei einer lokalen Kommunalwahl in seinem Wahlkreis an. Weil diese damit gegen die CDU kandidiere, sei es ihm „nicht zuzumuten“, „gemeinsam mit Herrn Zoglmann weiterhin einer Fraktion anzugehören“. Er selbst habe Zoglmann schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, ohne dass etwas passiert sei. Nach mehreren Gesprächen mit der Fraktionsführung war Böhm allerdings bereit, seinen Ausschlussantrag wieder zurückzuziehen.<sup>78</sup>

Trotzdem behielt Karl Carstens die Sache im Auge: Böhm forderte er auf, ihn über die Kontakte zwischen der CDU und der Deutschen Union während der Kommunalwahl in Nordhessen zu informieren und den Parteivorsitzenden Kohl bat er um ein weiteres Gespräch wegen Zoglmann.<sup>79</sup> Offenkundig waren aber weder Kohl noch Carstens in der Lage, die Angelegenheit DU/Zoglmann zu lösen. Denn im Oktober 1974 beschwerte sich Ferdinand Breidbach bei Carstens, dass das Problem immer noch virulent sei und er „nun nicht länger gewillt“ sei, „in dieser Sache abzuwarten“. Kohl habe doch längst mit Zoglmann gesprochen, antwortete Carstens daraufhin beschwichtigend, und das Gespräch habe einen „zufriedenstellenden Verlauf“ gehabt. In der Zwischenzeit seien auch keine Ereignisse eingetreten, die „dem Inhalt des Gespräches entgegenstehen würde[n]“.<sup>80</sup>

Nur wenige Wochen später erledigte sich der Fall Zoglmann dann von selbst: Nach einer Abstimmungsniederlage im Bundesvorstand der DU, der sich entgegen der Empfehlung des Präsidiums für eine Beteiligung der Deutschen Union an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein aussprach, legte Siegfried Zoglmann am 20. November 1974 den Vorsitz der DU nieder und trat mit weiteren Vorstandsmitgliedern aus der Partei aus. Den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion teilte Zoglmann diesen Schritt umgehend mit, woraufhin Ferdinand Breidbach sein Anliegen als erledigt ansah.<sup>81</sup>

---

77 Brief von Carstens an Breidbach vom 10.12.1973 und Brief von Breidbach an Carstens vom 11.3.1974; Ebd.

78 Brief von Böhm an Carstens vom 13.2.1974 sowie beiliegende Notizzettel; Ebd.

79 Briefe von Carstens an Böhm und an Kohl vom 19.4.1974; Ebd.

80 Brief von Breidbach an Carstens vom 4.10.1974 und Antwort von Carstens vom 16.10.1974; Ebd.

81 Pressemitteilung Zoglmanns vom 22.11.1974 und Brief von Breidbach an Carstens vom 25.11.1974; Ebd.

Die Führung der Deutschen Union übernahm nach dem Rücktritt Zoglmanns Dietrich Bahner, der das weitere Schicksal der DU aber als ungewiss bezeichnete und ihr Aufgehen in einer anderen Partei andeutete.<sup>82</sup> Unter maßgeblicher Beteiligung Bahnners schlossen sich am 18. Oktober 1975 neun konservative Splitterparteien – darunter in Teilen die DU – zur Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) zusammen. Ziel der Neugründung war es wiederum, Wähler rechts von der Union zu sammeln und so CDU und CSU zu einem Sieg bei der Bundestagswahl 1976 zu verhelfen. Da aber Fehler bei der Aufstellung der Landeslisten gemacht wurden und zudem noch gefälschte Unterschriftenlisten auftauchten, wurde die AVP in verschiedenen Ländern nicht zur Wahl zugelassen. Damit blieb auch dieser Versuch, eine neue national-bürgerliche Partei zu gründen, erfolglos.<sup>83</sup>

---

82 Vgl. „Die Welt“ vom 22.11.1974; STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 344.

83 Vgl. EBD. S. 351ff.

## Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD

Von Rudolf Uertz

*Der frühere Bundeskanzler, Dr. h.c. Helmut Schmidt, erhielt am 18. Oktober 2005 den Oswald von Nell-Breuning-Preis der Stadt Trier. Der Festakt fand in der Promotionsaula der Theologischen Fakultät Trier statt, an einer historischen Stätte, die einst dem renommierten Friedrich-Wilhelm-Gymnasium als Aula diente. Die Laudatio hielt der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ministerpräsident a.D. Professor Dr. Bernhard Vogel. Der folgende Beitrag nimmt die Verleihung des nach dem Nestor der katholischen Soziallehre benannten Preises an den bedeutenden SPD-Politiker zum Anlass, das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Katholischen Kirche, zur christlichen Sozialethik und zu Oswald von Nell-Breuning, ihrem führenden Vertreter, näher zu beleuchten.*

\*\*\*

Das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Trier ist eine außergewöhnliche Schule. Es ist aus dem im Jahre 1561 eröffneten Jesuitenkolleg hervorgegangen. Da weder der Orden noch die einzelnen Lehrer den Unterricht zur Einnahmequelle für sich selbst machen durften, der Orden an sich aber kein Vermögen hatte und die Regeln der Gesellschaft Jesu die Unentgeltlichkeit des Unterrichts vorschrieben, mussten die Kosten für den Unterricht von Stiftern getragen werden. Durch Schenkungen einer Reihe von Weingütern an Mosel und Saar, die unter anderem von dem Trierer Erzbischof von Eltz stammten, konnten die Kosten der Anstalt bestritten werden. Nach der Säkularisation und dem Ende des Kurfürstentums Trier im Gefolge der Französischen Revolution war die Schule unter französischer Administration vorübergehend eine *École secondaire*. Von 1815 an wurde sie als Königlich-Preußisches Gymnasium fortgeführt; seit 1896 trägt sie den Namen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, um Verwechslungen mit dem neu gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, dem heutigen Max-Planck-Gymnasium, zu vermeiden.<sup>1</sup>

Die Berühmtheit des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums resultiert nicht nur aus ihrer Geschichte und einer stattlichen Anzahl berühmter Absolventen, sondern auch aus dem Umstand, dass das Weingut dieser Schule so gute Weine

---

<sup>1</sup> Die 1775 fertiggestellte Promotionsaula gehörte zur alten Trierer Universität; vgl. Michael EMBACH, *225 Jahre Bischöfliches Priesterseminar Trier. Ein Streifzug durch seine Geschichte*, in: *Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 1999*, S. 234–240.

hervorbringt.<sup>2</sup> Zeitweise war die berühmte Einrichtung in den Gebäuden des Priesterseminars und der Alten Trierer Universität untergebracht, die 1798 durch die französische Revolutionsregierung aufgehoben wurde. So kam es, dass in der Promotionsaula der Theologischen Fakultät, die dem Friedrich-Wilhelm-Gymnasium eine Zeit lang als Festsaal diente, im September 1835 Karl Marx als 17-Jähriger sein Reifezeugnis erhielt. 73 Jahre später folgte ihm als Abiturient der 18-jährige Oswald von Nell-Breuning. Das Trierer Gymnasium hat damit zwei berühmte Sozialphilosophen hervorgebracht, die freilich höchst unterschiedliche Wege gingen.

Weitere berühmte Absolventen der Schule waren der Vorsitzende der Zentrumspartei, Ludwig Kaas, der 1900 das Abitur machte und später am Priesterseminar Trier eine Professur für Kirchenrecht hatte, ferner Matthias Eberhard, der ein Jahr vor Karl Marx das Reifezeugnis erhielt. Seine Zeit als Bischof von Trier fiel in die Kulturkampfzeit; von den preußischen Behörden wurde er zehn Monate inhaftiert. Schließlich ist im Kontext des Themas ein weiterer bekannter Absolvent des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums zu erwähnen: Joseph Höffner, Abiturjahrgang 1926, Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Trier und Münster und später Erzbischof von Köln und Kardinal.

Höffner hat die Chronik seines Gymnasiums eingesehen und berichtet über die Abiturprüfungen des Jahres 1835 wie folgt: „Am Dienstag, dem 22. September 1835, morgens acht Uhr, ... legte am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium zu Trier ein 17jähriger Oberprimaner die mündliche Reifeprüfung in evangelischer Religion ab. Es wurde ihm die Aufgabe gestellt, die drei ersten Verse des 14. Kapitels bei Johannes auszulegen, die Worte Christi: ‚Glaubt an Gott und glaubt an mich. Im Hause meines Vaters sind viele Wohnungen. Ich gehe hin, euch einen Platz zu bereiten.‘ Daran anschließend wurde er über die Unsterblichkeit der Seele gefragt – eine Prüfung über die christliche Botschaft von der göttlichen Berufung des Menschen und seiner ewigen Heimat bei Gott, eine Prüfungsfrage, wie sie der evangelische Religionslehrer treffender nicht hätte stellen können, wenn er das Lebensschicksal und die weltgeschichtliche Bedeutung jenes Abiturienten vor sich gesehen hätte. Denn der Siebzehnjährige ist kein anderer als Karl Marx gewesen, der Begründer des dialektischen Materialismus, für den es keine ewigen Wohnungen gibt.“<sup>3</sup>

---

2 Heute ist das Weingut von der Schule getrennt. Aber die Stiftung Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, die in der Zuständigkeit des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz liegt, unterstützt immer noch mit Teilen ihrer Erträge das Gymnasium.

3 Zit. nach Heribert KLEIN (Hg.), *Oswald von Nell-Breuning – Unbeugsam für den Menschen. Lebensbild, Begegnungen, Ausgewählte Texte*, Freiburg i.Br. 1989, S. 19f.

*Nell-Breunings Auseinandersetzung mit Karl Marx*

Wie kaum ein katholischer Sozialethiker vor und nach ihm hat sich auch Oswald von Nell-Breuning mit der Person und dem Werk von Karl Marx beschäftigt.<sup>4</sup> Er tat das nicht mit dem Interesse eines Marxismusforschers; aber ein Denker, der sich so intensiv und kenntnisreich mit den Grundlagen und den Problemen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung beschäftigt und der auszuloten bemüht ist, wo sich im Kontext ordnungspolitischer Typologien christlich-soziale Wurzeln und Ideen bewegen, kommt nicht an Marx vorbei. Der Jesuit brachte sein Urteil über den Begründer des historisch-dialektischen Materialismus einmal auf die vielzitierte Formel: „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx.“<sup>5</sup> Aber wie viele prononcierte Wissenschaftler und Publizisten konnte sich Nell-Breuning mit dieser These nicht vor Vereinnahmungen von falscher Seite, aber auch nicht vor Kritik schützen, die jedoch meist aus Unkenntnis, Missverständnissen und Verdrehungen resultierte. Aber das focht den Jesuiten nie an.

Wer Nell-Breunings Verhältnis zu Marx und zum Marxismus verstehen will, muss tiefer in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, aber auch in den persönlichen Werdegang des Jesuiten und die konfessionellen und kulturellen Bedingungen des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts eindringen. Nell-Breuning, der älteste Sohn eines Gutsbesitzers, sollte eigentlich das Erbe der Familie weiterführen, aber er fühlte sich zum Priester berufen. Zu der Frage, was seine Berufung besonders gefördert habe, antwortete er: „Wie damals katholische Arbeiter wegen der Haltung ihrer Seelsorger“ in der Frage der interkonfessionellen Gewerkschaften und von Selbsthilfeorganisationen „gelitten haben, das hat, möchte ich sagen, mein Leben geprägt.“<sup>6</sup> Nell-Breuning hat die Soziale Frage und die Frage gerechter Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, d. h. näherhin die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Arbeiterschaft und der lohnabhängigen Bevölkerung, Zeit seines Lebens nicht mehr losgelassen. Aber er ging nicht den damals typischen Weg des Geistlichen in der Politik: Er wurde kein „Zentrumsprälat“, wie man die katholischen Priester im Deutschen Reichstag und in den Landtagen nannte. Nell-Breunings Einsatz

---

4 Deutschsprachige Theologen und Sozialethiker haben sich verhältnismäßig wenig mit Karl Marx beschäftigt. Ausnahmen sind Franz KLÜBER, *Die katholische Soziallehre in der Begegnung mit Karl Marx*, in: DERS.: *Der Umbruch des Denkens in der katholischen Soziallehre*, Köln 1982, S. 317–348; wichtige Beiträge zur marxistischen Philosophie und zum historischen und dialektischen Materialismus leisteten Gustav A. Wetter, Joseph M. Bochenski und Marcel Reding.

5 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, „Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx“, in: *Stimmen der Zeit* 194 (1976), S. 616–622; DERS., *Auseinandersetzung mit Karl Marx*, München 1969.

6 *Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt*, in: Karl B. SCHNELTING (Hg.), *Zeugen des Jahrhunderts*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1981, S. 119–146; hier S. 124.

für die sozial Schwachen und Unterprivilegierten konzentrierte sich vielmehr auf die Arbeit eines wissenschaftlich reflektierenden Theologen, Ordensmanes und Sozialwissenschaftlers, der aus dem Glauben heraus Ideen, Programme, Konzepte für die Schaffung würdiger sozialer, politischer und wirtschaftlicher Bedingungen für Mensch und Gesellschaft zu entwickeln gedachte.<sup>7</sup>

Religion und christlicher Glaube waren für Nell-Breuning dabei weit mehr als ein bloßes Motiv für soziales Engagement; sie fungierten vielmehr als Träger und Vermittler anthropologischer, sozialer und kultureller Ideen. Insofern waren Theologie und Sozialethik auch Orientierungsmarken für politisches und gesellschaftlich-solidarisches Handeln. Aber andererseits achtete der Jesuit stets darauf, Religion und Theologie nicht zum Zwecke rein weltlicher Interessen und Ziele zu instrumentalisieren. Nell-Breuning war nie Verfechter einer politischen Theologie, der er – auch als sie in den 1960er Jahren in Kreisen der katholischen und evangelischen Kirche wieder in Mode kam – kritisch gegenüberstand. Die Religion, so schreibt er in einem Artikel über *Politische Theologie*, kann die sittlich-verantwortliche Entscheidung befruchten, vermag sie aber nie zu ersetzen. Der christliche Glaube kann sehr wohl Antrieb für den Einsatz menschenwürdiger Verhältnisse in Staat und Gesellschaft sein; aber welcher konkrete Weg dabei einzuschlagen ist, ob und inwieweit sozial-reformerische oder – bezogen vor allem auf die sog. *Befreiungstheologie* – gar revolutionäre Methoden und Konzepte angewandt werden sollen, ist eine ethisch-sittliche Frage; und dazu bedarf es unbedingt sozialwissenschaftlicher Kenntnisse.<sup>8</sup>

### *Katholiken und Juden im protestantisch-preußischen Staat*

Es gilt demnach, die religiösen und sittlichen Bezüge des christlichen Glaubens von den institutionellen und historischen Beziehungen von Kirche und Gesellschaft sowie die verschiedenen Aufgaben von Religion und Politik streng zu beachten.<sup>9</sup> Diese Beziehungen waren seit der Säkularisation, die vor allem für den Katholizismus in Deutschland im Allgemeinen und in den ehemaligen geistlichen Kurfürstentümern, deren kulturelle und soziale Infrastruktur zer-

7 Vgl. Rudolf UERTZ, *Gerechtigkeit und Freiheit. Oswald von Nell-Breuning als politischer Denker*, in: *Sozialethik und politische Bildung. Festschrift für Bernhard Sutor zum 65. Geburtstag*, hg. von Karl Graf BALLESTREM u. a., Paderborn 1995, S. 139–159.

8 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, „*Politische Theologie*“ *einst und jetzt*, in: *Stimmen der Zeit* 186 (1970), S. 234–246; Ernst-Wolfgang BÖCKENFÖRDE, *Politische Theorie und politische Theologie. Bemerkungen zu ihrem gegenseitigen Verhältnis*, in: Jacob TAUBES (Hg.), *Religionstheorie und Politische Theologie*, Bd. 1: *Der Fürst dieser Welt*, 2. Aufl., München 1983, S. 16–25.

9 Zum Verhältnis von Religion und Politik vgl. jetzt Manfred BROCKER (Hg.), *Christentum und Demokratie*, Darmstadt 2006.

schlagen wurde, arg gestört. Die dadurch entstandenen sozialen und kulturellen Bedingungen für die Katholiken im Deutschen Kaiserreich sind mit einer der wichtigsten Motive für die Gründung der katholischen Zentrumspartei 1870/71, die für die Emanzipation der Katholiken in Gesellschaft und Politik stritt. In einem Beitrag für das Nachrichtenblatt des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Trier äußert sich der Sozialethiker zur religionspolitischen Situation in der Preußischen Rheinprovinz, wozu das ehemalige Kurfürstentum Trier nach 1815 gehörte. Von besonderem Interesse ist dabei auch die Situation der Juden im preußischen Staat, in dem der evangelische Glaube die „Hauptreligion“ war. Das hieß zugleich, dass alle führenden Positionen in der Verwaltung, der Beamtenschaft und im Militär mit Protestanten besetzt waren, solange Preußen Königreich war. Die religiös-politischen Bedingungen in der Preußischen Rheinprovinz waren demnach für Katholiken und Juden gleichermaßen spannungsreich.

In dem Beitrag äußert sich der Jesuit wie folgt: „Um Anschluß an die protestantische Oberschicht zu gewinnen, mußte man sich evangelisch taufen lassen und seine Familie dem evangelischen Bekenntnis zuführen. So verfuhr auch Rechtsanwalt Marx und zwang auch seinen Sohn Karl, dieses Spiel mitzuspielen. Für Karl aber bedeutete das nicht ein dem Staat vorgespieltes Spiel, sondern den Bruch mit der ehrwürdigen alttestamentlichen Kulturtradition, die das Judentum durch alle Zeiten festgehalten hatte und die Karl mit der Tradition der Familie bereits tief in sich aufgenommen hatte und die für ihn sein ganzes Leben lang prägend blieb. So fühlte Karl sich vom Vater innerlich vergewaltigt: der Haß gegen den ihm aufgezwungenen Bekenntniswechsel ließ ihn niemals ein zutreffendes Verständnis der christlichen Religion finden und wuchs sich bei ihm aus zum glühenden Haß gegen jede Religion und gegen Gott oder wohl richtiger gegen das Zerrbild, das er sich von Gott machte.“<sup>10</sup>

Nell-Breuning sieht in der erzwungenen Konversion der Familie und dem Bruch mit der jüdischen Tradition einen wesentlichen Grund für den Atheismus und den kämpferisch-radikalen Impetus von Marx. Der Jesuit hat immer deutlich gemacht, wo die Trennlinien zum Ansatz von Karl Marx und dem historischen und dialektischen Materialismus einerseits sowie zu einem theistischen Denken andererseits liegen. Auch betonte der Jesuit stets, dass Marx letztlich außer seinen Forderungen nach Enteignung der Eigentümer („Expropriation der Expropriateure“) und nach Übernahme der Verfügungsgewalt über die Produktion durch das Proletariat kein genuines Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm entworfen habe, eine Feststellung, die übrigens auch Kurt Schumacher bei der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier 1947 gemacht

---

10 Zit. nach KLEIN (wie Anm. 3), S. 138.

hat.<sup>11</sup> Wie für viele katholische Sozialethiker und Sozialreformer war es auch für Nell-Breuning bedrückend, dass durch das unglückliche Verhältnis von Kirche und Gesellschaft die Impulse zur Überwindung der Sozialen Frage in hohem Maße von atheistischen und agnostischen Sozialreformern ausgingen, so dass die Kirche ein gespaltenes Verhältnis zur Arbeiterschaft und zur Sozialdemokratie hatte. So beklagt Nell-Breuning, „daß diese im wesentlichen zutreffende Zergliederung und Entlarvung der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht von einem christlichen Sozialwissenschaftler unter dem Antrieb christlicher Liebe, christlichen Gerechtigkeits- und Wahrheits sinnes geleistet worden ist“, sondern „einem Atheisten und Materialisten vorbehalten“ blieb.<sup>12</sup>

### *Das Verhältnis zwischen Kirche und SPD nach 1945*

Das Verhältnis zwischen den Konfessionen, zwischen Kirchen, säkularem Staat und Parteien, zwischen bekennenden Christen und Sozialdemokraten, zwischen der christlich-sozialen und der sozialistischen sowie sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist erst nach 1945 entspannter geworden. Und so begann sich erst in den späten 1950er Jahren das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und SPD zu versachlichen und zu normalisieren, wobei zu bemerken ist, dass hierzu beide Seiten ihren Beitrag leisten mussten.<sup>13</sup> Denn noch galt das Verdikt der päpstlichen Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* von 1931, in der es hieß: „Um unserer väterlichen Hirten Sorge Genüge zu tun, erklären Wir: der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, ... bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar – er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsauffassung ist unüberbrückbar.“<sup>14</sup>

Diese Verurteilung des Sozialismus durch das kirchliche Lehramt galt für bekennende Katholiken ebenso wie auch für Sozialdemokraten als Schranke für eine Annäherung. Aber auch in der Sozialdemokratie gab es ein solches Unvereinbarkeitsdogma. Im Jahre 1874 beschied August Bebel dem westfälischen Kaplan Wilhelm Hohoff: „Christentum und Sozialismus stehen zuein-

11 Vgl. Karl FORSTER, *Diskussionsbericht*, in: Adolf ARNDT/Gustav GUNDLACH/Waldemar von KNOERINGEN, *Christentum und demokratischer Sozialismus* (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 3), München 1958, S. 263–316, hier S. 272, 286.

12 Oswald von NELL-BREUNING, *Marxismus*, in: DERS./Hermann SACHER (Hg.), *Wörterbuch der Politik*, Heft V: *Gesellschaftliche Ordnungssysteme*, Freiburg i.Br. 1951, Sp. 224–242, hier S. 240.

13 Vgl. aus evangelischer Sicht Theodor STROHM, *Kirche und demokratischer Sozialismus. Studien zur Theorie und Praxis politischer Kommunikation*, München 1968.

14 *Quadragesimo anno* (1931), Nr. 117, zit. nach: *Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente*. Mit einer Einführung von Oswald von Nell-Breuning, 4. Aufl., Köln 1977, S. 134.



ander wie Feuer und Wasser.“<sup>15</sup> Und bis weit in die 1950er Jahre hatte für die Sozialdemokratie der Satz des Erfurter Programms der SPD von 1891 offiziell Gültigkeit: „Religion ist Privatsache.“<sup>16</sup>

Hans Jochen-Vogel charakterisiert das Erfurter Programm von 1891 wie folgt: Es war „in seinem theoretischen Teil erfüllt von der Gewißheit, daß mit dem Sozialismus, das hieß nach dem damaligen Verständnis mit der im Wege des Klassenkampfes zu verwirklichenden Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nicht nur die Befreiung des Proletariats, sondern die Befreiung des gesamten Menschengeschlechtes und damit ein geschichtlicher Endzustand eintreten werde. Diese Gewißheit war mit einer uneingeschränkten Fortschrittsgläubigkeit verbunden, die für religiöse Bindungen kaum Raum ließ, und die sich auch auf die Überzeugung bezog, daß die Entwicklung zum Sozialismus zwingend sei. Dem lagen sicherlich Marxsche Gedankengänge zu Grunde, so etwa die Lehre von dem durch die Ökonomie determinierten Bewußtsein des Menschen.“<sup>17</sup>

Wollte die SPD tiefer ins bürgerliche Lager eindringen, so musste sie zwangsläufig ihre politische Theorie und Programmatik grundsätzlich neu ordnen, zugleich aber auch ihr Verhältnis zu den christlichen Kirchen und das hieß vor allem auch zur christlichen Sozialethik neu reflektieren. Die katholische Kirche war nach 1945 „ein Machtfaktor im Lande. Das Wählerverhalten der Katholiken war in diesen Jahren mehrheitsrelevant. Dem entsprachen die Bemühungen der Unionsführer um Pflege und Erhalt der Verbindungen zu den katholischen Bereichen.“ Dies war „einer der Gründe für die Bemühungen der Sozialdemokraten und Liberalen, das Verhältnis zur katholischen Kirche zu verbessern“.<sup>18</sup>

15 August BEBEL, *Christentum und Sozialismus* (1. Aufl. 1874; Nachdr. der 9. Aufl. 1901), Schwerte 1978; vgl. Stefan UMMENHOFER, *Wie Feuer und Wasser? Katholizismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik*, Berlin 2003; DERS., *Hin zum Schreiten Seit' an Seit'? SPD und katholische Kirche seit 1957*, Berlin 2000.

16 Vgl. Wolfgang THIERSE (Hg.), *Religion ist keine Privatsache*, Düsseldorf 2000; Susanne MILLER/Heinrich POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*, 7. Aufl., Bonn 1991, S. 53ff.; Wolf-Dieter NARR, *CDU–SPD. Programm und Praxis seit 1945*, Stuttgart 1966.

17 Hans-Jochen VOGEL, *Sozialdemokratie und katholische Soziallehre. Die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand ihres Verhältnisses*. Typoskript des Referats anlässlich der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Katholischen Akademie in Münster zum Thema „Solidarität und Dialog“ vom 5. Oktober 1991, S. 4; vgl. auch Franz KLÜBER, *Katholische Soziallehre und demokratischer Sozialismus*, 2. Aufl., Bonn 1979; DERS., *Freiheitlicher Sozialismus und katholische Gesellschaftslehre in der Begegnung*, in: *Die Neue Gesellschaft* 11 (1964), S. 48–64.

18 Burkhard Reichert anlässlich der Buchpräsentation von Thomas M. GAULY, *Katholiken – Machtanspruch und Machtverlust*, Bonn 1991, am 6. Dezember 1990 in Bonn, Typoskript S. 5; vgl. Heinz RAPP, *Katholizismus und Sozialdemokratie – Entwicklungen und*

Die diesbezüglichen Bemühungen von Sozialdemokraten reichen bis in die Zeit der Wieder- und Neugründung der Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Wichtige Anlaufstätten für solche Unternehmungen waren vor allem die Forschungs- und Bildungsstätten der katholischen Soziallehre, insbesondere die der Dominikaner in Walberberg und der Jesuiten im Umfeld der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt. Die bedeutendsten Vertreter der christlichen Soziallehre in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg waren Eberhard Welty und Oswald von Nell-Breuning. Die Interessen der Sozialdemokraten an Gesprächen und Gesprächskreisen mit katholischen Theologen und Sozialethikern wird man nicht einfach als Bittstellerserei abtun können. Dies zeigen zum einen der frühe Zeitpunkt der Gespräche, die bis ins Jahr 1945 zurückreichen, zum andern die Intensität und Ernsthaftigkeit der Begegnungen und Gespräche.

*Das erste Treffen zwischen SPD und katholischen Theologen 1945/46*

So trafen sich im Herbst 1945 im Kloster Walberberg die Dominikaner Welty und Laurentius Siemer mit Vertretern der Sozialdemokratie. Das Gespräch diente der Sondierung der unterschiedlichen Positionen der christlichen Soziallehre und der SPD zu Wirtschaft, Gesellschaft und Staat und der Haltung der Sozialdemokratie zu Christentum und Kirche sowie Fragen der Konfessions- und Gemeinschaftsschule. Laurentius Siemer, der Provinzial der Dominikanerprovinz Teutonia, der zu den Verfechtern eines christlichen Sozialismus gehörte, fasste in einer Mitteilung an den Kölner Erzbischof Joseph Frings die Ergebnisse dieses Gesprächs zusammen:

1. Die „Sozialdemokratie lehnt den Marxismus ab und steht nicht mehr auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung.
2. Die Sozialdemokraten kommen zwar historisch zum Sozialismus vom Marxismus her, heute aber grundsätzlich von der christlichen Ethik als Grundlage der abendländischen Kultur ohne dogmatische Bindung.
3. Die Sozialdemokraten wollen eine Trennung von Kirche und Staat in der Form, dass beide voneinander völlig frei sind, aber einander unterstützen. Der Staat schützt die Rechte der Kirche, und die Kirche erzieht die Gläubigen zu einer ethischen Haltung zum Staate hin.

---

*Aspekte*, in: Thomas MEYER (Hg.), *Demokratischer Sozialismus. Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft*, München 1980, S. 63–80.

4. Die Sozialdemokraten wollen als Staatsschule die christliche Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht als Schulfach, erteilt von Lehrern, die von der Kirche bestellt und beaufsichtigt werden ...<sup>19</sup>

Bemerkenswert ist, dass hier die politiktheoretischen Grundlinien einer Revision, wie sie in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre wirksam werden sollten, schon erkennbar sind. Aber große Teile der Partei waren von dem veränderten sozialdemokratischen Geschichts- und Politikverständnis der Parteiführung noch nicht erfasst.

Das Gespräch der Sozialdemokraten in Walberberg fand gleichzeitig mit einer Zusammenkunft ehemaliger christlicher Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, den sich konstituierenden Sozialausschüssen der CDU, anlässlich des Besuchs von Adam Stegerwald, dem Mitbegründer der CSU in Bayern, statt. Stegerwald war über das Treffen der Dominikaner mit den SPD-Politikern „sehr erfreut“; noch gab es Kreise in der CDU, die mit einem christlichen Sozialismus liebäugelten und die Idee einer (christlichen) Arbeiterpartei hegten. Andere christlich-demokratische Politiker sahen in solchen Gesprächen jedoch die Gefahr, die Sozialdemokratie könne dadurch für katholische Kreise als „hoffähig“ angesehen werden. In Walberberg fand wenige Monate später ein weiteres Treffen statt, an dem Kurt Schumacher, Robert Görlinger und Adolf Grimme teilnahmen. Gegenstand dieses Gesprächs waren vor allem Fragen des Sozialismus und des Naturrechts.<sup>20</sup>

Während diese Begegnungen im kleinen Kreis stattfanden und einer größeren Öffentlichkeit unbekannt blieben, nahmen die Gespräche zwischen Vertretern der katholischen Soziallehre und der Sozialdemokratie in den späten 1950er Jahren einen wesentlich anderen Charakter an.

#### *Programmatische Neuorientierung der SPD 1957–1959*

Nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1957, bei der die Unionsparteien unter Adenauer die absolute Mehrheit errangen, forcierte die SPD ihre Bemühungen, ihr programmatisches und politisches Profil zu modernisieren und stärker dem gesellschaftlich-politischen Wandel anzupassen. Die Partei musste hierzu ideologischen Ballast abwerfen (Carlo Schmid), sich dem bürgerlichen Lager stärker öffnen und die bewusstseinsprägende Rolle des Marxismus radikal überdenken. Die Neuorientierung der Partei und ihrer Program-

---

19 Brief von P. Laurentius Siemer an Erzbischof Frings vom 22. Oktober 1945, in: Bundesarchiv Koblenz, NL Jakob Kaiser, Nr. 88; zit. nach Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981, S. 36.

20 Vgl. Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt/M. 1957, S. 160.

matik, die ihren Ausdruck in der Hinwendung der Arbeiterpartei zu einer „Partei des Volkes“ fand, bedeutete zugleich eine „weltanschauliche Offenheit in der Begründung des Sozialismus“ und des Selbstverständnisses der Partei.

Der *Volksparteigedanke* sollte die entscheidende Formel zur Öffnung der Sozialdemokratie gegenüber neuen Mitglieder- und Wählerschichten und zur Neubestimmung des Demokratischen Sozialismus sein, der auch für das breite bürgerliche Lager attraktiv werden sollte. Angesichts des Umstandes, dass das bürgerliche Lager parteipolitisch vor allem durch die Unionsparteien repräsentiert und sich programmatisch vor allem der Christlichen Demokratie verbunden fühlte, musste die Sozialdemokratie zwangsläufig die Vertreter der christlichen Sozialethik zu Rate ziehen. Da die christliche Sozialethik einschließlich der Moraltheologie die wichtigste theoretische Plattform der christlich-demokratischen und -sozialen Programmatik war, mussten sie deren wichtigste Repräsentanten als Ratgeber gewinnen.

Zum wichtigsten Kontaktmann in diesen Fragen wurde seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre der Jesuit Oswald von Nell-Breuning. Denn sein Verständnis von christlicher Sozialethik war – ähnlich wie das der Walberberger Dominikaner Welty und Siemer – in besonderer Weise der Sozialen Frage und den Interessen der Arbeiterschaft und der lohnabhängigen Bevölkerung gegenüber sehr aufgeschlossen; und wie Welty und Siemer war er auch parteiprogrammatisch erfahren und versiert.<sup>21</sup>

Nell-Breuning hat sich Zeit seines Lebens Gedanken darüber gemacht, warum das Christentum, das doch von seinem göttlichen Ursprung und seinen religiös-sittlichen Grundlagen her das Miteinander von Mensch, Familie, Gemeinschaft und gesellschaftlichen Gruppen nicht nur erträglich machen, sondern in gediegene Bahnen und Strukturen lenken will, so oft zu Hader, Missgunst und zu Disharmonien führte, also zum Gegenteil von dem, was Religion und Christentum mit ihren zentralen Inhalten und Geboten beanspruchen.<sup>22</sup>

Natürlich gibt es hierauf viele Antworten, auch viele theologische. Ein wunder Punkt aber war für Nell-Breuning doch der Umstand, dass es mit Karl Marx ein Atheist so eindringlich auf das soziale Elend der Arbeiterschaft hingewiesen hat und mit Nachdruck Abhilfe forderte, und zwar in gewisser Hinsicht entschiedener als die Kirche.

Nun wusste natürlich der katholische Sozialethiker selbst zu gut, dass einzelne Katholiken wie etwa Franz von Baader, Franz Josef von Buß und Peter Franz Reichensperger schon vor Marx Abhilfe in der sozialen und Arbeiterfrage forderten. Doch erreichten diese Konzepte längst nicht die Wirkung eines

21 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Zur Programmatik politischer Parteien*, Köln 1946.

22 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Christ in der interessenpluralistischen Gesellschaft*, in: Bodo B. GEMPER (Hg.), *Religion und Verantwortung als Elemente gesellschaftlicher Ordnung. Für Karl Klein zum 70. Geburtstag*, Siegen 1982, S. 3–19.

Karl Marx. Der Sozialismus, d.h. staatlich-interventionistische Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft, sind keine Erfindung von Marx oder von Marxisten. Vielmehr findet Marx den Sozialismus schon vor. Die frühen sozialprogrammatischen Konzepte von katholischen Geistlichen und Laien im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren nicht nur religiös motiviert, sondern firmierten häufig auch als *christlicher Sozialismus*. Der Sozialismusbegriff der Frühzeit war noch nicht anrühig und auch noch nicht unbedingt atheistisch oder materialistisch gefärbt; vielmehr besagte Sozialismus eine Auffassung, die – gegen die individualistisch-mechanistische Theorie gerichtet – die sozialen Belange von Mensch, Gemeinschaft und Gesellschaft ganz besonders in Betracht zog. Man wollte damit „die soziale Gesinnung und soziale Haltung“ ausdrücken, zu der der Glaube den Christen, der das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe zum Hauptgebot hatte, verpflichtet.<sup>23</sup>

### *Der Sozialismusbegriff vor Karl Marx*

So hat bereits Marx zusammen mit Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest von 1848 diese Haltung als „pfäffischen“ und „feudalistischen Sozialismus“ persifliert. In dem berühmt-berüchtigten Dokument heißt es mit ironischem Unterton: „Der christliche Sozialismus ist nur das Weihwasser, womit der Pfaffe den Ärger des Aristokraten einsegnet.“<sup>24</sup> Da das christliche Konzept des Sozialismus aber nicht weiter aufgegriffen und vertieft worden ist, so kommentiert Nell-Breuning, war „die beispiellos zügig erwiesene Wortmarke ‚Sozialismus‘ für uns verloren“.

Drei Dinge sind bemerkenswert:

1. Der Sozialismus existiert schon vor Marx; aber durch Marx und Engels wird er erst zu einem umfänglichen, radikalisierten Programm, so dass alle Versuche, den Sozialismus später zu domestizieren, einzubetten und ihn mit anderen Attributen zu versehen, nie ganz aus dem Schatten des radikaleren marxistischen Sozialismus herauszutreten vermögen. Das hat gesellschaftlich-politische und parteipolitische Konsequenzen, die bis in unsere Zeit reichen. Und das gilt selbst für den sogenannten christlichen Sozialismus, der im Umfeld der katholischen Soziallehre nach 1919 und noch einmal nach 1945 – und hier auch unter CDU-Gründern – Anhänger findet, so etwa in Köln, Berlin und Frankfurt. In Frankfurt führend ist die Gruppe um die Herausgeber der „Frankfurter Hefte“ mit Walter Dirks und Eugen

---

23 Vgl. UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 19), S. 112ff. – Freilich wussten schon die Moraltheologen des 19. Jahrhunderts, dass die biblischen Gebote der Nächstenliebe nicht unmittelbar in politische Ordnung und Gesetzgebung umgegossen werden können, sondern vielmehr einer differenzierten Vermittlung bedürfen.

24 Karl MARX/Friedrich ENGELS, *Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus* (Reclam Universal-Bibliothek Nr. 8323), Stuttgart 1969, III. 1.a.

Kogon,<sup>25</sup> die sich bald von der CDU ab- und der SPD zuwenden, wobei sie um eine Annäherung von Christentum und Sozialdemokratie bemüht sind. Nell-Breuning hat den Begriff christlicher Sozialismus nie verwendet und auch Programme mit zentralistisch-gemeinwirtschaftlichem Anspruch stets abgelehnt.<sup>26</sup>

2. Nell-Breuning lag hinsichtlich der ordnungspolitischen Intentionen ganz auf der Linie der Enzyklika *Rerum novarum* (Über die Arbeiterfrage) Leos XIII. von 1891. Es ist das Jahr, in dem die deutsche Sozialdemokratie – nach dem Auslaufen der von Bismarck im Reichstag durchgesetzten Antisozialistengesetze – die marxistische Geschichtsschreibung in ihr neues, das Erfurter Programm aufnahm. In diesem Jahr bezieht die katholische Kirche zum ersten Mal prinzipiell zur Sozialen Frage Stellung. Gemäß *Rerum novarum* bedeutet dies: unbedingte Anerkennung der Privateigentumsordnung; hinzu kommt jedoch die Forderung bzw. die Erkenntnis, dass die Soziale Frage nur gelöst werden könne, wenn neben die kirchliche Initiative die Initiative der Betroffenen selbst (d. h. Arbeiter und Unternehmer) und künftig auch der Staat mit regulierenden Maßnahmen treten werde.
3. Was der Jesuit jedoch kritisch vermerkt ist der Umstand, dass diese Enzyklika von 1891 „zu spät kommt“, d. h., dass Kirche und Klerus zu lange auf Caritas, Selbsthilfe und seelsorgliche Maßnahmen setzten und zu spät die Dimension der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Umbrüche erkannten, obwohl Wilhelm von Ketteler schon wenige Monate nach dem *Kommunistischen Manifest* im Dezember 1848 erklärt hatte: „Wollen wir also die Zeit erkennen, so müssen wir *die soziale Frage* zu ergründen suchen. Wer sie begreift, der erkennt die Gegenwart; wer sie nicht begreift, dem ist Gegenwart und Zukunft ein Rätsel.“<sup>27</sup> Noch in den frühen 1970er Jahren kritisiert Nell-Breuning auf der Würzburger Synode der Deutschen Katholiken es als „fortwirkenden Skandal“, dass die Kirche durch ihre zu verhaltenen Reaktionen im 19. Jahrhundert die Arbeiterschaft verloren ha-

25 Vgl. UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 19), S. 63ff.; DERS., Art. *Christlicher Sozialismus*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, hg. von Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 477f.; Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945–1947*, Mainz 1975; zur Kontroverse zwischen Walter Dirks und der Gruppe um das Neue Abendland vgl. Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: HPM 8 (2001), S. 45–71.

26 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Christlicher Sozialismus?*, in: *Begegnung* 2 (1947), S. 145–149.

27 Wilhelm Emmanuel von KETTELER, *Die großen sozialen Fragen der Gegenwart* (Predigt vom 3. Dezember 1848), in: *Wilhelm Emmanuel von Kettelers Schriften*, II. Bd.: *Staatspolitische und vaterländische Schriften*, hg. von Johannes MUMMBAUER, Kempten 1911, S. 226–250, hier S. 229.

be.<sup>28</sup> Was er dabei als besondere Schwäche der katholisch-sozialen Bewegung annimmt, ist insbesondere der Integralismus vieler Bischöfe und des Klerus (Klerikalismus). Der Integralismus, eine konservative Richtung innerhalb des Katholizismus, den man in punkto Sozial- und Gesellschaftspolitik auch als die Berlin-Breslauer-Richtung bezeichnete, wollte die christlichen Gewerkschaften und die Zentrumspartei römisch-kurialer Vormundschaft unterstellen. In diesem kirchlichen Ansinnen, das Nell-Breuning zumindest stellenweise auch nach 1945 aufflackern sieht, erkennt der Jesuit den größten Schaden für die christliche Sozialbewegung und Arbeiterschaft. Er selbst steht entschieden auf der Seite des liberalen politisch-sozialen Katholizismus, der sogenannten Köln-Mönchengladbacher Richtung.<sup>29</sup>

Zweifellos zählt auch für Nell-Breuning das erste päpstliche Rundschreiben zur Sozialen Frage, die Enzyklika *Rerum novarum* (1891), zu den bedeutendsten gesellschaftspolitischen Reformkonzepten, weil hier von umstürzenden Eingriffen in die Eigentums- und Sozialordnung abgesehen wird, die Reform vielmehr schrittweise betrieben wird, ohne das eigentliche Ziel christlich-sozialen Engagements, die Verbesserung der Produktions- und Lebensverhältnisse aus den Augen zu verlieren. Das hat auch Johannes Paul II. in seiner Sozialenzyklika *Centesimus annus* 1991 zum hundertsten Jahrestag von *Rerum novarum* – nicht zuletzt auch im Hinblick auf den vom Kommunismus erzwungenen Umweg der Zentralverwaltungswirtschaft Mitteleuropas – noch einmal eindringlich betont.<sup>30</sup> Für den wirtschaftswissenschaftlich geschulten Sozialethiker war nie fragwürdig, dass eine erfolgreiche Arbeits- und Sozialpolitik nur in einer produktiven Wirtschaft möglich ist. Der zentrale Programmsatz von *Rerum novarum* heißt: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“ Diesen Grundsatz setzt die katholische Soziallehre jeglicher Form von Klassenkampf entgegen. Das Konzept der katholischen Soziallehre hat natürlich auf der anderen Seite bei marxistischen Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich Ende des 19. Jahrhunderts programmatisch von Ferdinand Lassalle und den gemäßigten sozialdemokratischen Reformern abwandten und marxistischen Konzepten zuwandten, kaum verfangen.

28 Oswald von NELL-BREUNING, *Auseinandersetzung mit Marx und seiner Lehre. Anmerkungen zu einer Kontroverse um das Synodendokument „Kirche und Arbeiterschaft“*, in: *Stimmen der Zeit* 194 (1976), S. 173–182.

29 Oswald von NELL-BREUNING, *Integralismus*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 5, hg. von Josef HÖFER/Karl RAHNER, Freiburg 1970, Sp. 717f.; DERS., *Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende*, in: *Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag*, hg. von Peter von OERTZEN, Frankfurt/M. 1967, S. 19–32.

30 Vgl. „*Centesimus annus*“ (1991), Nr. 12, in: *Enzyklika „Centesimus annus“ vom 1. Mai 1991* (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 101), Bonn 1991, S. 16ff.

Was Nell-Breuning allerdings außer den genannten Punkten an der christlich-sozialen Bewegung nach *Rerum novarum* entschieden kritisiert, ist deren konfessionalistische Verengung auf die katholische Arbeiterschaft und ihre Gängelung durch den Klerus und die Amtskirche. Die entschiedene Ablehnung interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften durch konservative kurialistische Kreise, die eine konsequente und starke sozial- und arbeitspolitische Interessenvertretung empfindlich behindern, sieht Nell-Breuning auch als einen der Hauptgründe dafür, dass große Teile der Arbeiterschaft der Kirche den Rücken zukehrten und sich den sozialistischen Gewerkschaften und der SPD zuwandten.

*Solidarität und Subsidiarität: Nell-Breunings Engagement für die Arbeiterschaft*

Nell-Breunings Engagement für die Interessen der Arbeiterschaft ist nicht vordergründig, es ist auch nicht einseitig seelsorglich bestimmt, sondern vielmehr richtet es sich auf die umfängliche Lösung der Sozialen Frage und der Nöte der Arbeiterschaft. Für den Theologen und Sozialwissenschaftler bedeutet dies vor allem ein engagiertes und diszipliniertes ordnungspolitisch-konzeptionelles Arbeiten.<sup>31</sup>

Mit seiner Mischung aus normativ-sittlichen Ideen und wissenschaftlich-methodischem Denken ist der Jesuit der geeignete Inaugurator für die zweite große Sozialzyklika der katholischen Kirche, das Rundschreiben *Quadragesimo anno* (Über die Gesellschaftliche Ordnung) Pius' XI. von 1931.<sup>32</sup> Das Dokument, dem auch Wirtschaftswissenschaftler ordnungspolitisches Verständnis nicht versagen sollten,<sup>33</sup> verbindet die grundsätzliche Option für die

31 Nell-Breuning hat das Fach Volkswirtschaft nicht förmlich belegt, dieses Studium jedoch – u. a. im Rahmen seiner Dissertation bei Joseph Mausbach an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster – systematisch betrieben; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Grundzüge der Börsenmoral* (Reprint der Ausgabe von 1928), mit einem Vorwort von Friedhelm Hengsbach/Berhard Emunds, 2. Aufl., Münster 2002; DERS., *Kapitalismus kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere „System“*, Freiburg i.Br. 1974. Vgl. auch Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982, S. 530ff., 563ff.

32 In der Enzyklika „Quadragesimo anno“ Papst Pius' XI. (1931), Nr. 78f., ist das ‚Subsidiaritätsprinzip‘ formuliert, das bezüglich seines sozialphilosophischen Gehalts auf Nell-Breunings Ordensbruder, Gustav Gundlach, zurückgeht, während Nell-Breuning die ordnungspolitischen Ideen beisteuerte; vgl. *Texte zur katholischen Soziallehre* (wie Anm. 14), S. 91–152, ferner den Kommentar von Oswald von NELL-BREUNING, *Die soziale Enzyklika. Erläuterungen Papst Pius XI. zum Weltrundschreiben über die gesellschaftliche Ordnung* (1. Aufl. 1932), 2. Aufl., Köln 1951.

33 Vgl. K. Paul HENSEL, *Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre*, in: *Ordo* 2 (1949), S. 229–269; Manfred HÄTTICH, *Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre*, Stuttgart 1957.



Wettbewerbsordnung mit sozialpolitischen und gesellschaftlichen Grundsätzen. Im Zentrum des Rundschreibens steht das von Nell-Breuning und Gustav Gundlach gemeinsam formulierte Subsidiaritätsprinzip, mit dem sich die katholische Soziallehre größte Verdienste erworben hat.<sup>34</sup> Nell-Breuning widerspricht jedoch der These, dass es sich beim Subsidiaritätsprinzip um einen „katholischen“ Grundsatz handelt und verweist darauf, dass Prinzipien nun einmal universal gültig sind und dass etwa der amerikanische Präsident, Abraham Lincoln, im Jahre 1854 in der Sache bereits diesen Grundsatz kennt. Selbst Karl Marx sei dieses Prinzip nicht ganz fremd, wenn nach ihm der Sozialismus „das Selbstgefühl der Menschen, die Freiheit, wieder erwecken, da nur dieses Gefühl das mit den Griechen aus der Welt verschwunden und mit dem Christentum in den Himmel verpflanzt worden ist, in der Lage ist, das Gemeinschaftsleben wieder in eine Lebensgemeinschaft zu verwandeln, die auf höchste Ziele gerichtet ist, den demokratischen Staat“. „Gewiß“, so fügt der Jesuit allerdings hinzu, „ist der unter seinem Namen gehende Sozialismus ganz andere, ja geradezu entgegengesetzte Wege gewandelt ...“<sup>35</sup>

Freilich, die große Stunde der katholischen Soziallehre schlug erst nach 1945. Nell-Breuning engagierte sich schon früh für die Einheitsgewerkschaft, eine konsequente Haltung, erst recht, wenn man seine Kritik am Verhalten der katholischen Kirche, d. h. insbesondere an ihrer Haltung zu interkonfessionellen Gewerkschaften und Parteien bedenkt.

### *Nell-Breuning als politischer Berater*

Der Sozialethiker wird zu einem begehrten Berater für die verschiedensten politischen Richtungen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften, Vertreter der Union (hier vor allem die Sozialausschüsse,

---

34 Gundlach und Nell-Breuning als Verfasser des Entwurfs der Enzyklika sahen ihre ordnungspolitische Aufgabe darin, die im Gefolge der Französischen Revolution zerschlagenen „intermediären Gebilde“, d. h. die vielfältigen Sozialstrukturen, die zwischen Einzelmensch und Staat existierten, durch eine den modernen Gesellschaftsverhältnissen gemäße subsidiäre Ordnung zu restituieren. Das Subsidiaritätsprinzip wird meist nur gemäß Ziffer 79 zitiert. Zum angesprochenen historisch-sozialen Hintergrund heißt es in Ziffer 78: „... In Auswirkung des individualistischen Geistes ist es so weit gekommen, daß das einst blühend und reichgegliedert in einer Fülle verschiedenartiger Vergemeinschaftungen entfaltete menschliche Gesellschaftsleben derart zerschlagen und nahezu ertötet wurde, bis schließlich fast nur noch die Einzelmenschen und der Staat übrigblieben – zum nicht geringsten Schaden für den Staat selber ..., der sich mit all den Aufgaben belud, welche die von ihm verdrängten Vergemeinschaftungen nun nicht mehr zu leisten vermochten ...“. In: *Texte zur katholischen Soziallehre* (wie Anm. 14), S. 120.

35 Oswald von NELL-BREUNING, *Baugesetze der Gesellschaft. Gegenseitige Verantwortung – hilfreicher Beistand*, Freiburg i.Br. 1968, S. 88f., verweist darauf, dass auch im Godesberger Programm der SPD (vorletzter Absatz des Kapitels ‚Wirtschafts- und Sozialordnung‘) das Subsidiaritätsprinzip deutlich erkennbar zum Tragen komme.

darunter Norbert Blüm u. a.) und katholische Verbände. Er wird Mitglied des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (1948–1965) sowie ab 1950 des Wohnungswirtschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswirtschaft. Seit 1959 ist er auch Mitarbeiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. Außerdem unterrichtet er als Honorarprofessor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt am Main und als Dozent an der Akademie der Arbeit. Er versteht sein sozialetisch-religiöses Engagement keineswegs nur im Hinblick auf christliche bzw. christlich-demokratische Parteien, sondern selbstverständlich auch im Hinblick auf die Sozialdemokratie und andere demokratische Parteien.

Ein besonderes Augenmerk fällt auf die Haltung des Jesuiten zur SPD. Diese Haltung ist ähnlich ambivalent wie seine Einstellung zur sozialistischen Arbeiterbewegung: Er schätzt deren sozialen und gesellschaftlichen Impetus, aber er kritisiert – trotz des Bekenntnisses führender Sozialdemokraten, wie etwa das von Kurt Schumacher u. a. zum Christentum – die doch starke anti-religiöse Haltung der SPD-Programmatik und deren unklaren Trennungslinien zu sozialistisch-staatswirtschaftlichen Konzepten.

Genau in diesen Punkten sollte Nell-Breuning zu einem wichtigen Rat- und Impulsgeber für die deutsche Sozialdemokratie und ihre Neuorientierung werden. Kritikpunkte an der antireligiösen und antikirchlichen Haltung kamen auch aus den Reihen der SPD selbst, insbesondere nach 1957, als die Unionsparteien mit dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft und Adenauers Konzept der Westbindung einen grandiosen Wahlerfolg erreichten. Die offizielle Um- und Neuorientierung der SPD Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre sollte und konnte sich nicht nur auf einzelne politische sowie wirtschafts- und kulturpolitische Felder beziehen, sondern sie musste vielmehr einen tiefgründigen Erneuerungsprozess bedeuten, der selbstredend auch das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zum Christentum, zur Kirche, insbesondere zur Katholischen Kirche, zur Kultur und zur politischen und sozialen Ethik betreffen. Dieser Prozess vollzog sich in verschiedenen Stufen.

### *Die Tagung „Christentum und demokratischer Sozialismus“ 1958 in München*

Ein markanter Schritt zur Annäherung beider Seiten war die Münchener Tagung „Christentum und demokratischer Sozialismus“ vom 10. bis 12. Januar 1958 in der Katholischen Akademie in Bayern. Anders als bei früheren Treffen handelte es sich hier um eine öffentliche Tagung, die einem Tabubruch gleichkam und schon bei ihrer Ankündigung für große Resonanz sorgte. In München diskutierten führende Sozialdemokraten, unter ihnen Adolf Arndt, Willi Eichler, Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen, Gerhard Weisser u. a. mit den führenden katholischen Sozialethikern, Oswald von Nell-Breuning und seinem

Ordensbruder Gustav Gundlach.<sup>36</sup> Dass mit den beiden Jesuiten prominente katholische Theologen und mit dem letzteren sogar der Sozialberater Papst Pius' XII. nach München gekommen waren, sorgte für zusätzlichen Sprengstoff – insbesondere im Lager der Unionsparteien.<sup>37</sup>

Hans-Jochen Vogel, berichtet von dieser berühmt gewordenen Tagung, die am Anfang einer politiktheoretisch-programmatischen Um- und Neuorientierung der SPD steht und einer Vielzahl weiterer Gespräche den Weg ebnete: „Nach einer knappen und präzisen Darstellung der Zentralbegriffe und Grundsätze der katholischen Soziallehre“ sprach Oswald von Nell-Breuning „über den Weg zur Verwirklichung, der nicht über die Vergewaltigung, sondern ‚nur über die Überzeugung‘ führe. Grundsätze müssen ‚glaubhaft‘ gemacht werden, und dazu ‚trägt nichts so sehr bei wie die eigene Glaubwürdigkeit dessen, der einen Grundsatz zu haben nicht nur vorgibt, sondern ihn wirklich hat und in seinem Handeln danach verfährt‘. Dann erst könne man gemeinsam ‚daran arbeiten, Lösungen zu finden, die diesen Grundsätzen gerecht werden‘.“<sup>38</sup>

Damit hat von Nell-Breuning eine Grundregel für den aus Grundsätzen abgeleiteten Beitrag der Kirche zu den Gestaltungsprozessen in Gesellschaft und Politik aufgestellt und den „Weg gewiesen, auf dem immer wieder Menschen unterschiedlicher Grundsätze und Überzeugungen zu gemeinsamer Arbeit für eine menschenwürdige Zukunft zusammengefunden haben“.

Die Zusammenkunft führender Sozialdemokraten und katholischer Sozialethiker hat in der CDU und CSU erhebliche Verunsicherungen hervorgerufen. Diese Tagung, so mutmaßte man, könnte helfen, das Eis zu brechen, das bis dahin zwischen katholischer Kirche und der Sozialdemokratie bestand und den Monopolanspruch der Union als christliche Weltanschauungspartei gefährden. Solche Gesprächskreise von führenden katholischen Theologen mit SPD-Politikern würden ein neues Kapitel im Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie eröffnen, und die letzteren würden für die katholische Wählerschaft

---

36 Das Thema „Politik aus christlicher Staatsauffassung“ referierte – von Adenauer dafür kritisiert – der CDU-Politiker und Verfassungsrechtler Adolf Susterhenn; vgl. ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 67–101; vgl. zur Tagung die von Willi Eichler und Waldemar von Knoeringen besorgte Schrift *Der Katholik und die SPD*, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1959. Kritisch hierzu der Jesuit Herbert REICHEL, *Katholik und SPD-Sozialismus*, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 7 (1960), S. 59–72; vgl. auch die Stellungnahme von Oswald von Nell-Breuning in „Echo der Zeit“ vom 14. Februar 1960.

37 Die Münchener Tagung, an die sich zwei Jahre später auch eine Konferenz mit Vertretern der FDP anschloss – vgl. Karl FORSTER (Hg.), *Christentum und Liberalismus* (Studien und Berichte der Katholischen Akademie in Bayern 13), München 1960 –, sorgte innerhalb der Unionsparteien für beträchtliche Irritationen. Der Bundesvorstand der CDU befasste sich am 17. Januar 1958 eingehend mit der Münchener Tagung; vgl. Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961*, Düsseldorf 1994, S. 73–85.

38 Vgl. auch Hans-Jochen VOGEL, *Brückenbauer der Gesellschaft*, in: KLEIN (wie Anm. 3) S. 94–96, hier S. 96.

„hoffähig“ werden. Mutmaßungen dieser Art waren von CDU-Politikern schon anlässlich der Gespräche zwischen den Walberberger Dominikanern und Sozialdemokraten 1945/46 geäußert worden, doch damals trafen diese Befürchtungen noch nicht zu.

Was Konrad Adenauer bei der Münchener Tagung 1958 argwöhnisch betrachtete war der Umstand, dass unter dem Dach einer kirchlichen Einrichtung namhafte katholische Geistliche mit bekannten Vertretern der Sozialdemokratie in aller Öffentlichkeit ausloteten, welche theoretischen und programmatischen Hindernisse zwischen Katholischer Soziallehre und Demokratischem Sozialismus bestehen und wie die Verständigungsmöglichkeiten zwischen beiden Gruppen verbessert werden könnten. Adenauer vermutete, dass diese Tagung ein neues Verhältnis von Katholiken und Sozialdemokraten einleiten würde. Tatsächlich sollten die weitere kirchliche und politische Entwicklung diese Vermutung bestätigen. Bemerkenswert ist, dass Adenauer, wiewohl er selbst politisch-programmatisch die christliche Ethik und ihren Kerngedanken, die Verantwortung des Christen in der Politik, im liberalen Sinne interpretierte und entschieden die Autonomie der kulturellen Sachbereiche gegenüber kirchlich-theologischen Einsprüchen verteidigte,<sup>39</sup> im vorliegenden Fall ein ganz und gar konservatives Kirchen- und Amtsverständnis erkennen ließ: Er kritisierte die Münchener Tagung vorwiegend als eine Überschreitung der Kompetenzen des verantwortlichen Geistlichen, nämlich des jungen Akademiedirektors Karl Forster, gegen dessen vermeintlich eigenwilliges Handeln er bei den zuständigen Bischöfen Protest einlegen wollte, um künftig Zusammenkünfte dieser Art zu unterbinden. Gegenüber Adenauers Kritik betonte Eugen Gerstenmaier in der Vorstandssitzung der Bundes-CDU kurz nach der Münchener Tagung, dass es – vom theologischen Standpunkt her gesehen – der pastorale und missionarische Auftrag der Kirche gebiete, Gespräche dieser Art zu respektieren. Doch war auch dem Theologen und Politiker Gerstenmaier klar, dass diese Tagung Ausdruck eines religiös-gesellschaftlichen Gärungsprozesses ist, der das herkömmliche konfessionelle und parteipolitische Milieu aufzubrechen drohte.<sup>40</sup>

39 Vgl. Rudolf UERTZ, *Von den Gründungsaufrufen zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmggeschichte der CDU*, in: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i.Br. 2005, S. 94–138, hier S. 99ff.

40 BUCHSTAB, *Adenauer*: „...um den Frieden zu gewinnen.“ (wie Anm. 37), S. 73ff. Gerstenmaier befürchtete, dass die Säkularisierungstendenzen mittel- und langfristig der SPD und nicht der CDU zugute kämen, wenn er annahm, „daß sich (nicht) die SPD zu einer christlichen Partei entwickelt“, sondern daß vielmehr „die CDU ihre Position, die einzige christliche Weltanschauungspartei in Deutschland zu sein, ... untergräbt und verliert“. Gerstenmaier sah diese Gefahr für die CDU in erster Linie „durch Säkularisierungstendenzen in ihren eigenen Reihen“ (EBD. S. 84).

*Der Bad Godesberger Reformparteitag der SPD 1959*

Das Protokoll des Godesberger Parteitags ist auch heute noch eine interessante, kurzweilige Lektüre.<sup>41</sup> Es zeigt anschaulich, wie die Sozialdemokraten um eine Neuorientierung ihrer Programmatik und ihres politiktheoretischen Grundverständnisses angesichts politischer Veränderungen rangen. Diese Neuorientierung betraf nicht nur die Bereiche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Innenpolitik, Internationale Politik und Landesverteidigung, sondern auch die Kulturpolitik und das problematische Kapitel Religion und Kirche.<sup>42</sup> Und ein Jahr später sollte im Zuge des Godesberger Programms auch die Westbindung der SPD eingeleitet werden. Die Um- und Neuorientierung des Demokratischen Sozialismus hatte schon im Aktionsprogramm der SPD von 1954 ihren Niederschlag gefunden. Dort wurde der Vorläufer, das weitgehend noch von Kurt Schumacher stammende Aktionsprogramm von 1952, um eine Präambel erweitert, die wesentlich stärker als bisher die „weltanschauliche Offenheit der Sozialdemokratie in der Begründung des Sozialismus und das Selbstverständnis der SPD (bekundet), aus einer Arbeiterpartei zur einer ‚Partei des Volkes‘ geworden zu sein“.<sup>43</sup>

Dieser Wandel von einer sozialistischen Milieu- zu einer Volkspartei wird im Aktionsprogramm von 1954 unspektakulär beschrieben. In der Präambel heißt es: „Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, dass das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.“<sup>44</sup>

41 Zu den Debattenrednern des Reformparteitags der SPD in Bad Godesberg im November 1959 gehörte auch Helmut Schmidt, Berichterstatter des Programmteils Einkommens- und Vermögensverteilung. Schmidt bemerkt in seinem Redebeitrag, dass sich dieser Teil auch auf Ideen von Personen bezieht, die nicht zur SPD gehören, wobei er ausdrücklich Nell-Breuning nennt, den in einer anderen Debatte des Parteitags auch Heinz Ruhnau (Hamburg) als gesellschaftspolitische Autorität würdigt (vgl. *Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13.–15. November 1959*, hg. vom Vorstand der SPD, S. 89, 228).

42 Vgl. die Diskussionen des Programmparteitags, EBD. S. 265–280.

43 MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 203; zum Grundsatzprogramm der SPD 1959 vgl. Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*, Berlin 1982, S. 433–454.

44 *Aktionsprogramm der SPD vom September 1952*, in: *Jahrbuch der SPD 1952/53*, hg. vom Vorstand der SPD, Bielefeld (1953), S. 261–281, erweitert auf dem Berliner Parteitag vom Juli 1954, zit. nach MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 393; vgl. den Bericht von Willi Eichler, in: *Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 20.–24. Juli 1954 in Berlin*, hg. vom Vorstand der SPD, S. 315–322.

Diese Passage lässt – noch deutlicher als die Präambel des Grundsatzprogramms 1959<sup>45</sup> – die Abwendung von historischen Materialismus als einer ersatz- oder pseudoreligiösen Theorie hin zur Akzeptanz auch religiöser und christlicher Theorien erkennen, indem „christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie“ künftig als gleichberechtigte Zugangsweisen zum demokratischen Sozialismus und als Basis sozialdemokratischen Selbstverständnisses gewichtet werden. Bemerkenswert ist im Grundsatzprogramm ferner der „Verzicht auf jede weltanschauliche oder theoriengeschichtliche Festlegung“. Das Programm nennt als Zugänge zur sozialdemokratischen Politik die drei Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“, die unterschiedlich, d. h. religiös oder philosophisch begründet werden können. Helmut Schmidt, der zusammen mit Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner<sup>46</sup> zu den Reformern der Partei gehörte, hätte ein Aktionsprogramm einem Grundsatzprogramm vorgezogen.<sup>47</sup>

Mit ihrer programmatischen Wende hat es die SPD möglich gemacht, dass sich ihr verstärkt auch christlich orientierte Bürger zuwenden konnten und die Partei in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vermehrt auch von Katholiken und anderen religiös gebunden Kreisen gewählt werden konnte – Kreise, denen bis dahin durch verschiedene Barrieren der Weg zur Sozialdemokratie versperrt war. Diese Barrieren wegzuräumen war das ausdrückliche Ziel der Gespräche der Sozialdemokraten mit den Sozialethikern. Aber der Umstand, dass die Debatten zwangsläufig auch einen Werbecharakter annehmen mussten, kann nicht darüber hinwegsehen lassen, welche Argumentationskraft und welch tiefes Verständnis beide Seiten füreinander aufzubringen vermochten. Die Diskussionen in der Katholischen Akademie zeigen ein hohes wissenschaftliches Niveau. Aufschlussreich ist der Umstand, dass sich die Diskussion zu großen Teilen mit Naturrechtsfragen und der Frage überpositiver Normen und Leitbilder im politischen Gemeinwesen drehte. So konnte es sich Nell-

---

45 Im Godesberger Programm heißt es in der Präambel: „Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“ Die Absage an den Sozialismus als „Religionsersatz“ gemäß dem *Aktionsprogramm der SPD von 1954* (vgl. Anm. 44) wurde im Grundsatzprogramm 1959 in den Abschnitt ‚Religion und Kirche‘ platziert.

46 Vgl. Herbert WEHNER, *Christentum und Demokratischer Sozialismus. Beiträge zu einer unbequemen Partnerschaft*, hg. von Rüdiger REITZ, Freiburg i.Br. 1985, S. 50–107, 184–239.

47 MILLER/POTTHOFF (wie Anm. 16), S. 204; zur Funktion von Parteiprogrammen vgl. Theo STAMMEN, *Systematische Einleitung*, in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN, *Parteiprogramme der politischen Parteien in der Bundesrepublik*, München 1975, S. 25–33.

Breuning nicht verkneifen, den sozialdemokratischen Gesprächspartnern ein Lob für ihre kenntnisreichen Äußerungen zu machen. An Professor Schellenberg gewandt sagte er: „Ich möchte wünschen, dass unsere katholischen Politiker in katholischer Soziallehre so gut beschlagen wären wie Herr Dr. Arndt in evangelischer Theologie. Dann wären wir sehr weit.“<sup>48</sup>

#### *Weitere Gespräche zwischen Nell-Breuning und der SPD*

Auch Oswald von Nell-Breuning hat an der theoretischen Neuorientierung der SPD Anteil, wenngleich seine Mitwirkung von den Parteihistorikern bisher kaum gewürdigt wurde. Der Jesuit führte nämlich mit dem Vorsitzenden der Grundsatz-Programmkommission, Willi Eichler, mehrere Gespräche.<sup>49</sup> In diesen ging es insbesondere um das Verhältnis von sozialdemokratischer Programmatik und christlicher Sozialethik. Offenbar hatten die Gespräche der Münchener Akademie, in denen schon um die unterschiedlichen Zugänge von Katholiken, Protestanten und nicht religiös orientierten Personen zu Politik, Recht, Staat, Gesellschaft und Kultur gerungen wurde, in modifizierter Weise eine Fortsetzung gefunden.<sup>50</sup> Zwar wollte Nell-Breuning keinen Anspruch auf Mitautorenschaft am Godesberger Programm erheben; doch sieht er in diesem Dokument so viel sozialphilosophische und -programmatische Substanz, dass er „im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkennt.<sup>51</sup> Diese Würdigung impliziert selbstredend, dass – auf welchem Wege auch immer – in beträchtlichem Umfange sozialetische Substanz in das sozialdemokratische Manifest gelangt ist.

Die Gespräche zwischen katholischen Sozialethikern und Sozialdemokraten sind noch in einer weiteren Hinsicht bemerkenswert. Die Bereitschaft führender SPD-Politiker und Parteitheoretiker, sich auf die Argumentations- und Begründungsmuster der christlichen Sozialethik einzulassen, wirft zugleich einen Lichtblick auf die katholische Soziallehre jener Jahre. Wiewohl Nell-Breuning gelegentlich damit kokettierte, dass er sich durch den neuen Argumentationsstil der kirchenoffiziellen Lehre seit dem Pontifikat Johannes' XXIII. (1958–

48 ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 314.

49 Wichtige programmtheoretische Arbeiten von Willi EICHLER sind *Weltanschauung und Politik. Reden u. Aufsätze* (hg. von Gerhard WEISSER), Frankfurt/M. 1967, und *Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus*, Bonn-Bad Godesberg 1972.

50 Gespräche des Verfassers mit Oswald von Nell-Breuning am 20. Juli 1976 in Frankfurt/M.-Sankt Georgen und 2. Dezember 1977 in München, Redaktion Stimmen der Zeit. – Nell-Breunings Bedeutung für die Programmatik der SPD ermisst sich u. a. auch daran, dass der Jesuitenpater von November 1968 bis Dezember 1970 Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ war (vgl. Heft 1/1971 den Brief Nell-Breunings an die Redaktion).

51 Oswald von NELL-BREUNING, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 95.

1963), näherhin die beiden Enzykliken *Mater et magistra* (1961) und *Pacem in terris* (1963), überrascht sah und sich zunächst noch habe daran gewöhnen müssen,<sup>52</sup> so leistete er selbst einen wesentlichen Beitrag dazu, den bis weit in die 1950er Jahre verbreiteten neuscholastischen, deduktiven Begründungsstil aufzugeben und die Sozialethik stärker für personal- und verantwortungsethische Begründungen zu öffnen, d. h. das „ständige Weisungsrecht der Kirche“ einzudämmen und der theologisch-ethisch berechtigten „Autonomie des politischen Raums“ Rechnung zu tragen.<sup>53</sup>

Es ist unverkennbar, dass die Programmtheoretiker der SPD, zumindest bei Nell-Breuning und den Diskussionspartnern der Münchener Tagung, diese Bereitschaft zur Öffnung spürten. So bemerkten die Sozialdemokraten zutreffend, dass katholische Soziallehre „kein ‚monolithischer Block‘, kein geschlossenes System sei, das der Katholik im Glaubensgehorsam anzunehmen“ habe. Auch wenn manche Bemühungen der sozialdemokratischen Theoretiker um Übereinstimmung mit christlich-sozialethischen Positionen etwas angestrengt wirkten, so bemerkten die SPD-Politiker zutreffend, dass die in Ansätzen bereits erkennbare Differenzierung und Öffnung der katholischen Sozialethik mittel- und langfristig das Verhältnis von Katholiken und Sozialdemokratie verbessern dürfte und die SPD künftig näher an den politischen Katholizismus heranzuführen würde, dessen Verbände und Repräsentanten bis dahin fast exklusiv an die Unionsparteien gebunden waren.

#### *Der Katholik und die SPD nach ‚Godesberg‘*

Wie ein Fanal wirkte denn die Enzyklika *Mater et magistra* Johannes' XXIII. von 1961, die die Sozialdemokratie in der Hoffnung bestärkte, dass sich die katholische Soziallehre von dem Anspruch löst, „so etwas wie eine Parteidoktrin ... mit ausgebildetem politischen Aktionsprogramm“ für die Unionsparteien zu sein.<sup>54</sup> Was Willi Eichler etwa, den führenden Theoretiker der SPD,

52 Oswald von NELL-BREUNING, *Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente*, 3. Aufl., Wien 1983, S. 74.

53 Vgl. FORSTER, *Diskussion*, in: ARNDT u. a. (wie Anm. 11), S. 273, wo die „Autonomie des politischen Raumes“ angesprochen ist, die in der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et spes* (1965), für den Verantwortungsbereich des Christen herausgestellt wird (vgl. Nr. 36, 56 und 59 in *Gaudium et spes*, in: *Texte zur katholischen Soziallehre* [wie Anm. 14], S. 321–425, hier S. 352, 376, 379).

54 Vgl. Willi EICHLER, *Demokratischer Sozialismus und die Enzyklika ‚Mater et magistra‘*, Sonderdruck aus: Geist und Tat (Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur), März 1963; kritisch zur Rezeption der Enzyklika durch die Sozialdemokratie Herbert REICHEL, *Mater et Magistra kein SPD-Alibi. Zur neuen SPD-Schrift*, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 9 (1962), S. 141–167; zur SPD-Position vgl. auch Reiner BARZEL, *Mater et Magistra und praktische Politik*, Osnabrück 1962, S. 23ff.



in dieser Hoffnung bestärkte, waren nicht zuletzt die Diskussionsbeiträge von Nell-Breuning in der Katholischen Akademie in München.<sup>55</sup>

Nell-Breuning unterhielt in der Folgezeit auch zu weiteren Vertretern der Sozialdemokratie, unter ihnen Helmut Schmidt, gute Kontakte. Dieser hatte sich mehrfach öffentlich zu politisch-philosophischen Fragestellungen geäußert – ein Engagement, das Nell-Breuning sehr schätzte und das er in dieser Weise bei den Christdemokraten vermisste. Ein politiktheoretisch bemerkenswerter Aufsatz von Schmidt ist dessen Vorwort zu der Edition „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ aus dem Jahre 1975. Der Band vereint anspruchsvolle Artikel bekannter Sozialphilosophen und Politikwissenschaftler. Schon der Titel wie auch die Auswahl und die Beiträge der Autoren zeigen, dass dieser Band von einem Theorieverständnis geprägt ist, das von ideologischen und holistischen Konzepten, wie sie seinerzeit vor allem von Neomarxisten und Teilen der Frankfurter Schule verfochten wurden, weit entfernt ist. Auch Vertreter der CDU und ihrer Jugendorganisationen vertreten seinerzeit das von der Philosophie Kants beeinflusste Konzept des *Kritischen Rationalismus*,<sup>56</sup> das in Deutschland vor allem durch Karl Popper und Hans Albert bekannt wurde. Viele Vertreter der katholischen Soziallehre waren in den 1970er Jahren – nicht zuletzt infolge der Beschäftigung mit der Umorientierung der neuen päpstlichen und konziliaren Lehre – zu sehr mit sich selbst und ihrer Disziplin beschäftigt; viele jüngere Theologen und Sozialethiker hingegen hingen Modeströmungen wie der Politischen Theologie und der Theologie der Befreiung an – Richtungen, die einseitig die Motivation und Gesinnung ansprachen, dagegen die sozialetischen Dimensionen politischen Handelns an den Rand rückten.<sup>57</sup>

Der Kritische Rationalismus war in den 1970er Jahren mit das wichtigste Gedankengebäude, das das Modell der offenen Gesellschaft und der marktwirtschaftlichen Ordnung gegen die radikalen Konzepte gesellschaftlicher Systemreformer verteidigte. Helmut Schmidt schreibt in seinem Vorwort: „Wir haben in der Gesellschaftspolitik eben keine abgegrenzten klaren experimentellen Situationen, wie es etwa bei Lichtbeugung durch die Masse der Sonne für die Bewährung der Einsteinschen Theorie der Fall war. ... Was uns bleibt, ist deshalb nur der Kampf der Argumente und die Vermutung, dass dort die besten Lösungen gefunden werden, wo sich die Argumente am freiesten bewegen können. Diese Freiheit müssen wir schützen, auch und gerade

---

55 *Der Katholik und die SPD* (wie Anm. 36), S. 18f.

56 Vgl. Warnfried DETTLING, *Der kritische Rationalismus und die Programmatik der CDU*, in: *Zur Programmatik der CDU*, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1974, S. 78ff.; Nikolaus LOBKOWICZ, *Pragmatismus und Programm. Die CDU und der kritische Rationalismus*, in: *Die Neue Ordnung* 39 (1985), S. 104–117.

57 Einflussreich war Johann B. METZ, *Zur Theologie der Welt*, Mainz 1968; vgl. dagegen Hans MAIER, *Kritik der politischen Theologie*, Einsiedeln 1970.

institutionell, damit sich die Freiheiten nicht selbst aufheben. Und unsere Hoffnung kann nur bleiben, daß die pluralistische Gesellschaft mit verfassungsrechtlichen und institutionellen Sicherungen für die Freiheit der Argumentation nicht nur die am wenigsten repressive Gesellschaftsform ist, sondern daß sie auch diejenige ist, in der sich letztlich die Vernunft am ehesten durchsetzt, weil Theorien und aus Erfahrung gewonnenes Wissen in ihr dem härtesten Test der Argumente ausgesetzt sind.“<sup>58</sup>

Eine der „großen inneren Gefährdungen des Marxismus“ sieht Schmidt in dem „Bewußtsein, ‚wissenschaftlich‘ den unvermeidlichen Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung auf den Sozialismus hin vorherzusehen“. Aber politisches Handeln sei „keineswegs allein aus der Sittenlehre oder Ethik zu begründen. In seinem Buch „Verteidigung oder Vergeltung“ heißt es: „Die Frage nach den Folgen, die der politisch Handelnde sittlich zu verantworten hat, reißt allerdings das ganze Feld der Fragen nach den ethisch gerechtfertigten Zwecken, nach den zweckmäßigen Mitteln, nach den unvermeidlichen Nebenwirkungen und nach dem Zusammenhang von Zwecken, Nebenwirkungen und Mitteln auf ... Wer als Politiker ... entscheidet, muß sich bei der Kalkulation der erstrebten wie der abgelehnten Folgen zunächst der ... Analyse bedienen, um erst anschließend die damit klargestellten Ziele, Mittel und Nebenwirkungen ethisch bewerten und gegeneinander abwägen zu können.“<sup>59</sup>

Deshalb müsse selbstverständlich „die Einheit von Theorie und Praxis“ gefordert werden. Und zwar erstens aus dem Grundsatz der Wahrhaftigkeit und zweitens aus dem Grundsatz der Rationalität des Handelns. Aber Theorien müssen nicht mehrheitsfähig sein. Eine solche Forderung sei ein Rückfall in den Dogmatismus früherer Epochen. Vielmehr bedürfe die gesellschaftliche und besonders die ökonomische Theorie „fortgesetzt der empirischen Überprüfung“.

### *Die Grundwertedebatte der 1970er Jahre und der Kritische Rationalismus*

Bemerkenswert ist, wie Oswald von Nell-Breuning, obwohl er eine wesentlich andere Entwicklung und Herkunft aufzuweisen hatte, einer solchen Sichtweise ohne weiteres zustimmen konnte. Was dieses Verständnis begünstigte war zweifelsohne das neue personal- und verantwortungsethische Argumentieren der katholischen Sozialethik. Diese Neuorientierung der katholischen Staats-

---

58 Helmut SCHMIDT, *Vorwort*, in: *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie*, hg. von Georg LÜHRS u. a., 2. Aufl., Berlin 1975, S. XIII.

59 Helmut SCHMIDT, *Verteidigung oder Vergeltung – ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato*, 5. Aufl., Stuttgart 1968, S. 200f.

und Soziallehre<sup>60</sup> eröffnete auch dem Jesuiten ein erheblich erweitertes philosophisch-theologisches und politisch-praktisches Betätigungsfeld.<sup>61</sup> Zur Rolle der katholischen Sozialethik bemerkt er: „Erkenntniskritisch steht sie auf dem Boden des kritischen Realismus“. Das bedeutet: „Selbst wenn eine unserer politischen Parteien in betonter Abkehr von überholter ‚Hegelei‘ [sic!] sich dem kritischen Rationalismus im Sinn Poppers zuwenden oder doch nähern sollte, müßte dies keineswegs notwendig zu Schwierigkeiten führen. Die Kritik, die der kritische Rationalismus am Histori(z)ismus übt, wie auch sein Falsifikationstheorem, solange es seine eigenen Grenzen einhält, sind mit der katholischen Soziallehre durchaus vereinbar.“<sup>62</sup>

Damit sind wir mitten in der Grundwertedebatte der 1970er Jahre. Aus diesem Kontext stammt das Zitat Nell-Breunings. Er hatte in diese Diskussion mit zwei Aufsätzen, die in den „Stimmen der Zeit“ abgedruckt wurden, eingegriffen und damit auch Helmut Schmidt animiert, seine Position zu verdeutlichen. Dieser war in der Katholischen Akademie Hamburg 1976 so verstanden worden, als ob die Verantwortung für die Grundwerte ausschließlich bei der Kirche läge und die Verantwortung des Staates auf die im Grundgesetz verbrieften Grundrechte zu beschränken sei.<sup>63</sup> Nell-Breuning griff in die komplizierten Diskussionen klärend ein. In seinem Aufsatz „Grundwerte, Gesellschaft und Staat“ differenziert der Jesuit die umstrittenen Punkte und trennt sie säuberlich nach Sprach- und Sinnverständnis. Der Sozialethiker unterscheidet also Grundwerte im philosophisch-weltanschaulichen Sinn und Grundwerte im Verständnis staatlich-administrativer Sichtweise. Der Grundwertebegriff wird insofern meist missverständlich gebraucht, als – auch in Fachdiskussionen – nicht genügend zwischen dem *Staat als Anstalt oder Veranstaltung* und dem *Staat als einer Verbandskörperschaft* (im Sinne des Gesellschaftlichen) unterschieden wird.<sup>64</sup>

60 Vgl. zum Wandel im staatlich-politischen Denken des Katholizismus Rudolf UERTZ, *Vom Gottesrecht zum Menschenrecht. Das katholische Staatsdenken von der Französischen Revolution bis zum II. Vatikanischen Konzil (1789–1965)*, Paderborn 2005.

61 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Soziallehre der Kirche. Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente*, Wien 1977, S. 74ff.; vgl. UERTZ: *Gerechtigkeit und Freiheit* (wie Anm. 7).

62 Oswald von NELL-BREUNING, *Der Staat und die Grundwerte* (zuerst in: *Stimmen der Zeit* 195 [1977], S. 378–388), in: DERS., *Soziale Sicherheit? Zu Grundfragen der Sozialordnung aus christlicher Verantwortung*, Freiburg i.Br., S. 137–149.

63 Vgl. Helmut SCHMIDT, *Ethos und Recht in Staat und Gesellschaft*, in: Günter GORSCHENEK (Hg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, 3. Aufl., München 1978, S. 13–28; vgl. auch Helmut KOHL, *Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit*, in: EBD., S. 52–64.

64 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Grundwerte, Gesellschaft und Staat* (zuerst in: *Stimmen der Zeit* 196 [1978], S. 157–170), in: DERS., *Soziale Sicherheit?* (wie Anm. 62), S. 149–162, hier S. 155ff.

Helmut Schmidt hat Nell-Breuning für seine Klarstellungen gedankt. Mehrfach suchte er den Jesuiten in seinem Domizil in der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Frankfurt-Sankt Georgen zu Gesprächen auf. Er schätze die kritische Begleitung und den guten Rat, den Nell-Breuning seiner Arbeit „in manchen Einzelfragen angedeihen“ ließ.<sup>65</sup> In einer kleinen Festschrift, die 1989 dem Jesuiten zu Beginn seines 100. Lebensjahres dediziert wurde, blickt Helmut Schmidt zurück auf das große Lebenswerk des katholischen Sozialethikers, und er erinnert an die Leistungen des katholischen Sozialethikers und den quasirevolutionären Kern des christlich-sozialen Auftrags, den Nell-Breuning selbst einmal *an den Worten seines großen Antipoden Marx entlang* so formuliert hat:

„Wir haben über die Welt nicht geistreich zu philosophieren, sondern – und insoweit stimmt die Lehre Jesu Christi mit derjenigen von Karl Marx überein – sie herzlich anzupacken, sie zu verändern, gegebenenfalls sie umzukrempeln und vom Kopf auf die Füße zu stellen.“ Und Helmut Schmidt fügt hinzu: „Ich gestehe gern: ich habe von Oswald von Nell-Breuning manches gelernt.“<sup>66</sup>

### *Zusammenfassung*

Die Beziehungen zwischen der katholischen Sozialethik und dem demokratischen Sozialismus sind bisher kaum aufgearbeitet. Zwar gab es in der katholischen Lehre mit ihrer starken Betonung des Solidaritätsgedankens als Leitmotiv und der sozialen Gebundenheit des Privateigentums in sozialpolitischer Hinsicht eine gewisse Nähe zur SPD, doch boten deren Orientierung am historischen Marxismus (gültig war bis 1959 das Erfurter Programm von 1891) und die entschiedene Absage an religiös-sozialethisch begründete Gesellschafts- und Politiktheorien keinen Spielraum für gewinnbringende Gespräche. Nicht zuletzt aufgrund ihrer religiösen Indifferenz und antibürgerlichen Ressentiments war die SPD für das Gros der Katholiken und das bürgerliche Lager wenig ansprechend. Die Entscheidung des Parteivorstands der SPD, nach der verlorenen Bundestagswahl 1957 die Programmatik der Partei grundsätzlich neu zu auszurichten (Ansätze gab es hierzu schon früher), verband sich mit der Einsicht, dass sich der demokratische Sozialismus auch humanistischen, philosophischen und christlich-sozialethischen Begründungen öffnen müsse, um erfolgreich Wähler und Parteimitglieder aus dem bürgerlichen und religiös-christlichen Umfeld ansprechen zu können.

<sup>65</sup> Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 28 vom 17. März 1978, S. 264.

<sup>66</sup> Helmut SCHMIDT, *Verfechter weltweiten sozialen Ausgleichs*, in: KLEIN (wie Anm. 3), S. 90–93, hier S. 91.

Im Zuge der Programmvorbereitungen zum Bad Godesberger Reformparteitag 1959 fand in der Katholischen Akademie in München im Januar 1958 ein Gespräch zwischen Vertretern der katholischen Soziallehre und der SPD statt. Wichtigster Gesprächspartner der Sozialdemokraten war Oswald von Nell-Breuning, der bedeutendste Vertreter seines Faches in Deutschland und als solcher der wichtigste Vermittler des Subsidiaritätsprinzips und subsidiärer Ordnungspolitik. Inhalt der Gespräche waren vor allem die unterschiedlichen Zugänge von theologischen und philosophischen, konfessionellen und religiös ungebundenen Vorstellungen zu Staat, Recht, Gesellschaft und Kultur.

Nell-Breuning hat den SPD-Theoretikern wichtige Einsichten in die Programmatik und das Theoriegebäude eines religiös-ethisch begründeten Sozial- und Politikverständnisses vermittelt – eine Arbeit, die den Jesuiten später zu der Feststellung verleitete, dass er im Gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms „ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“ erkenne. Dies bedeutete zugleich eine positive Begutachtung, wonach vom christlich-sozialethischen Verständnis her die SPD fortan für Katholiken wählbar sei.

Die Gespräche zwischen SPD und katholischen Sozialethikern in den Jahren 1958/59 fallen in einen Zeitraum, der zugleich den Beginn eines tiefgreifenden theologischen, sozialethischen und pastoralen Umbruchs der Katholischen Kirche markiert. Mit der Soziallehre Johannes' XXIII. wurde ein neuer sozialethischer Argumentationsstil in das katholische Denken eingeführt, der den Raum für die politische Autonomie und die Verantwortung des einzelnen Christen wesentlich ausweitete. Zwangsläufig erweiterte die katholische Sozialethik (als solche wird man sie seither treffender bezeichnen können) damit zugleich den Raum für unterschiedliche ethische Argumentationen – eine Haltung, die mit dem Aufbrechen des Milieukatholizismus und seiner Entwicklung zu einem pluraleren Gebilde einherging.<sup>67</sup>

Nell-Breuning hat diese Entwicklung des Katholizismus konstruktiv begleitet und wesentlichen Anteil an der sozialethischen Erneuerung und Modernisierung seines Faches. Unaufdringlich bot der Jesuit seine Hilfe und seinen Rat allen politischen Richtungen an. Seit den 1950er Jahren verdichteten sich jedoch seine Kontakte zum Deutschen Gewerkschaftsbund und zur Sozialdemokratie, wobei seine Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Schmidt besonders ins Auge stechen. Die wiederholten Besuche des Sozialdemokraten im

---

67 Vgl. Wilhelm KORFF, *Grundzüge einer künftigen Sozialethik*, in: DERS., *Wie kann der Mensch glücken? Perspektiven der Ethik*, München 1985, S. 95–118. Aus der Perspektive gemeinsamer, d. h. katholischer und evangelischer Sozialethik erwachsener Grundsatzideen vgl. Bernhard VOGEL (Hg.), *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung – Christliche Ethik als Orientierungshilfe*, Berlin 2006.

Domizil des Frankfurter Jesuiten können neben allgemeiner Wertschätzung auch als Anerkennung der Dienste gewertet werden, die dieser der Sozialdemokratie vor allem in der kritischen Phase ihrer programmatischen Neuorientierung seit den späten 1950er Jahren erwiesen hat.

## **Die Parteienlandschaft nach den Bundestagswahlen und die Zukunft der Volksparteien**

**Von Karl-Rudolf Korte**

Der extreme Dauerstress der Politik ist vorbei. Die Große Koalition spiegelt mit ihrer geschäftsmäßigen Unaufgeregtheit den allgemeinen Erschöpfungszustand nach dem Stress präzise wider. Die Mattigkeit nach den monatelangen Turbulenzen gleicht einer „Reha-Phase“. Auch die „Schritt-für-Schritt“-Terminologie der Bundesregierung erinnert an Rekonvaleszenz. Der augenblickliche innenpolitische Klimawechsel ist gravierend. Die gemeinsamen Fotos von Merkel und Müntefering erinnern an frisch verliebte Verlobungs-Paare. Parteipolitische Rivalität scheint sich nur noch auf den unteren Rängen abzuspielen.

Die neue Eintracht geht mit einem veränderten Kommunikationsstil einher, der nicht nur sparsam daherkommt, sondern sich offenbar auch an Stufen von Geheimhaltungen innerhalb der neuen Partnerschaft verlässlich orientiert. Alle neuen Bundeskanzler sahen sich in einer verantwortlichen Kontinuität der Politik des Vorgängers. Faktische Politikwechsel waren in unserer auf Konsens und Stabilität ausgerichteten Innenpolitik immer langfristig angelegt. Abrupter ging es, im Gegensatz zur materiellen Politik, immer im Bereich der Darstellungspolitik zu. Der Stilwechsel in der Politikgestaltung gehörte für jeden neuen Bundeskanzler essentiell mit zur Startphase einer Bundesregierung. Insofern sollte auch im Augenblick vor „Merkelmania“ gewarnt werden. Die völlig veränderte Darstellungspolitik ist nicht nur ein Ergebnis der allgemeinen politischen Empörungsmüdigkeit oder gar der Sonderkonstellation einer Großen Koalition, sondern kennzeichnend für die ersten Monate von neuen Regierungen. Wie lange diese Darstellungsarmut allerdings von positiven Schlagzeilen begleitet wird, hängt von den sichtbaren Politikergebnissen ab. Die Ungeduld der Wähler ist groß. Schonfristen existieren praktisch nicht mehr.

Die Wähler haben allerdings gezielt für diesen Stilwechsel bei der Bundestagswahl votiert. Die Schere zwischen der Darstellungspolitik und der Entscheidungspolitik ging immer weiter auseinander. Allzu oft war der medientauglichen Machtinszenierung einer Entscheidung dann doch Tatenlosigkeit gefolgt. Das Ende von Rot-Grün ist auch ein wenig das Ende der Kunst der Inszenierung in der Politik. Statt Kraftmeierei erleben wir nunmehr Armutsästhetik. Sachlich, zurückhaltend, bescheiden – das ist zurzeit das Markenzeichen der neuen Bundesregierung. Eine Aura der Solidität durchströmt die Startphase, die sich in der gesamten Ruhigkeit von dem moralisch überhöhten Start von Rot-Grün 1998 fundamental abhebt. Nicht ein Projekt wird gestartet, sondern mühsames Patchwork. Die Nüchternheit der Bühnendarstellung bleibt in Erinnerung, nicht der szenische Kraftakt.

Dahinter verbirgt sich graduell auch ein protestantisches Politikverständnis der Kanzlerin. Das selbstlose Dienen zieht sich leitmotivisch durch ihre Reden. Sie gibt sich provozierend unpathetisch und manchmal bis zur Schmerzgrenze ernüchternd. Müntefering in der Lebensrolle als klassischer Kanzlermacher – früher bei Schröder und heute bei Merkel – dient der Kanzlerin als stabilitäts-sichernder Stellvertreter. Merkel verzichtet bislang auf alle Gebaren der Macht und erweiterte heroische Gesten. Im protestantischen Duktus zählen nur Worte und Werke. Aus dem protestantischen Tugendkanon spricht zudem der Dauerrappell der Kanzlerin, den wirtschaftlichen Erfolg aus Tugenden herzuleiten: Was kann ich selber tun? Dieses protestantische Stilmuster konnte für die katholisch geprägte Kohl-CDU auf der Leitungsebene nie mehrheitsfähig werden. Insofern transportiert die Kanzlerin auch eine neue Union.

Wir haben ein Bild von erfolgreichen Naturwissenschaftlern, das wir gerne auch auf Merkel projizieren: Streng diszipliniert, selbstverliebt in die Versuchsanordnung, alles im Umfeld vergessend. Das funktioniert auf der einen Seite transparent und höchst funktional, aber ohne strategisches Zentrum. Auf der anderen Seite arbeitet dieses System zielstrebig mit dem Charme unverdächtig harmloser, wenn es darum geht, von der einen auf die andere Minute politische Optionen blitzschnell zu nutzen. Das führt zu immer neuen Überraschungssiegen von Merkel, gerade dann, wenn ihre Gegner sie für längst geschlagen halten. Große, verlässliche Gefolgschaft kann man mit solchen Überraschungstechniken nicht sammeln. So ist Merkel die erste Kanzlerin, die ohne eigene Hausmacht regiert. Ob ihr diese damit einhergehende Unabhängigkeit nutzt oder eher schadet, werden die nächsten Monate zeigen.

Systematisch macht die Betrachtung der Parteienlandschaft Sinn, wenn man mit der Rückblende beginnt: Augenscheinlich führte die Bundestagswahl zum Patt der beiden ehemals großen Volksparteien. Kurzfristig konnte das Wahlergebnis auch als Ausdruck von Angst vor Veränderungen der Deutschen interpretiert werden: weder eine politische Legitimation für die Verschärfung der Agenda-2010-Politik (so das schwarz-gelbe Lager) noch für die abgeschwächte Variante (das rot-grüne Lager). Ein Triumph der Einförmigkeit, des Stillstands? Faktisch sind gerade durch die neue Unübersichtlichkeit des Wahlergebnisses sowie beim anschließenden Koalitions-Poker wichtige Konturen des künftigen Parteienwettbewerbs sichtbar geworden. Und das trotz der Begleitmelodie einer resignativen Wechselstimmung. Obwohl die Wähler in den Kategorien der Schadensbegrenzung abstimmten, kann man das Ergebnis als eine zaghafte Euphorie des Anfangs interpretieren: die Chancen zur Mobilisierung von Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen sind gestiegen – nicht gefallen. Das gilt es nachfolgend zu begründen.

Der Wahlkampf folgte zwei sehr unterschiedlichen Mobilisierungsstrategien. Da kämpfte auf der einen Seite der Bundeskanzler, mit der Macht seines Kanzler-Bonus', obwohl sich seine Regierung in den Augen der Bevölkerung



– nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage – in der Abwicklung befand. Selten sah man eine derartig perfektionierte, authentische Ein-Mann-Show als Aufholjagd aus demoskopischen Tiefen, die so erfolgreich dennoch am Ende verloren wurde. Die Faszination gilt dabei weniger der Kampagnenführung als vielmehr der enormen Kommunikationsleistung. Die doppelte Kapitulation des Bundeskanzlers, nach dem für die SPD desaströsen NRW-Wahlergebnis, sowohl vor der eigenen Mehrheitsfraktion im Bundestag als auch vor den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, geriet vollkommen in Vergessenheit. Den konzeptionellen Gegenansatz zu Schröder verkörperte die Kanzlerkandidatin der Union. Angela Merkel (CDU) hatte als gefühlte Kanzlerin aus Sicht der Wähler bereits im Wahlkampf ein Regierungsprogramm zu verteidigen. Ihr Rollentausch mit dem Kanzler erfolgte im Duktus des rationalen Überzeugen-Wollens. Bewusst darstellungsarm zog sie nüchtern argumentierend von Marktplatz zu Marktplatz. Gegensätzlicher hätten keine Mobilisierungsangebote für den Wähler ausfallen können. Der mediale Charismatiker stand einer Kandidatin mit protestantischer Demutsethik gegenüber. Der eine wollte Deutschland gerechter reformieren, die andere Deutschland dienen. Keines der beiden Konzepte war mehrheitsfähig. Weder Show noch Armutsästhetik wurden eindeutig belohnt.

Doch hinter dem knappen Scheitern der jeweiligen Konzepte kann man neue Erfolgsbedingungen des zukünftigen Parteienwettbewerbs in unserer Aufregungsdemokratie erkennen. Die Regeln haben sich langsam, aber sichtbar verändert, nach denen das knappe Gut an politischem Vertrauen gegeben bzw. entzogen wird. Was fehlte beiden Lagern zum Sieg? Um das zu ermitteln, muss man sich zunächst vergegenwärtigen, über was konkret die Bundestagswahl entschieden hat.

### *Neue Konturen im Parteienwettbewerb*

#### 1. Die Bundestagswahl entschied über das Kleine an den Großen

Die kleinen Parteien profitierten bei der Bundestagswahl von der Schwäche der großen Volksparteien. FDP und Die Linke.PDS legten deutlich zu, die Grünen stabilisierten sich auf dem Niveau von 2002. Deutlicher als jemals zuvor stehen sich zwei konträr konturierte Politikmodelle im Bundestag an den Rändern gegenüber: altsoziale Besitzstandswahrung bei der Linken.PDS und neoliberale Marktbefreiung bei der FDP. Zum Triumph der Kleinen bei der Wahl gehört der Konzentrationsprozess der Großen. Die erste Große Koalition im Bund von 1966 konnte noch 86,9 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. Nach der letzten Wahl waren es nur noch 69,4 Prozent. Dahinter steht nicht nur eine Schwächung der Volksparteien auf dem komplexen Wählermarkt. Wichtiger ist der Erosionsprozess der Volksparteiendemokratie, der

zeitgleich einhergeht. Denn die Schwäche der Volksparteien hängt nicht primär mit abnehmender Mitgliederzahl und Kampagnenfähigkeit angesichts zunehmender Vergreisung zusammen. Vielmehr sind die Volksparteien weitgehend basislos geworden und damit immer weniger gesellschaftlich verankert. Ihnen fehlt die notwendige Repräsentativität, um konfliktensibel agieren zu können. Sie sind immer weniger Bindeglied in der Funktionslogik des repräsentativen parlamentarischen Systems, kein Resonanzraum für Stimmungen. Solche Organisationen sind ohne eigenen Standort Spielball für alles, witterungsabhängig. Auch das verstärkt den entideologisierten Wettbewerbsdruck, unter dem die Parteien leiden. Der Wettbewerbsdruck führt zu einer dramatischen Gegenwartsfixierung. So bleibt immer weniger Zeit, um Entscheidungen mit immer längeren Wirkungen zu treffen. Solche Parteien sind extrem risikofällig. Sie sind als Machtressource für die politische Führung nur schwer kalkulierbar, wie die letzten eruptiven Prozesse innerhalb der SPD Führungsspitze erneut beispielhaft zeigen. Insofern krankt die Umsetzung des Wählerwillens nicht primär daran, dass beide großen Volksparteien sich erst aus der Duldungsstarre der neuartigen Verhandlungen in einer Großen Koalition befreien mussten, sondern vielmehr daran, dass beide Volksparteien an strategischer Unsicherheit über ihr jeweiliges Zukunftsprofil und ihre Identität leiden.

## 2. Die Bundestagswahl entschied über den diskreten Charme der Anarchie

Die Verletzung von geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Regierens und Opponierens hat in der letzten Zeit deutlich zugenommen. Ein diskreter Charme der Anarchie hat sich über die Berliner Republik gelegt. Dazu drei Beispiele: a) Systematisch werden nicht verfassungsmäßige Haushalte in den Ländern und nunmehr auch im Bund für 2006 aufgestellt. b) Medial inszeniert verkündete der Bundeskanzler die beabsichtigte Auflösung des Bundestages ohne hinreichende Vorab-Information des Bundespräsidenten. c) Nicht mehr die Fraktionen galten als zentrales Steuerungsinstrument des Parlamentarismus, sondern die Parteien. Hinter diesen beliebig erweiterbaren Beispielen aus den letzten Jahren steckt eine Delegitimierung von Verfassungsorganen. Institutionelles Vertrauen kann so nicht wachsen, wenngleich rebellenhafte Regelverletzung auch immer eine innovative Seite haben kann. Doch an dieser sich ausbreitenden Art des Formenverlustes nahmen die Wähler keinen Anstoß. Selbst die immer noch hohe Wahlbeteiligung (77,7 Prozent) deutet nicht darauf hin, dass diese Anmutungen von Anarchie in einem ansonsten total verregelten System ihren Charme verloren haben.

### 3. Die Bundestagswahl entschied über Stil und Qualität

Das Ergebnis der Wahl spiegelt eine Entscheidung über den Stil und die Qualität des Regierens und Opponierens wider. Das Ende von Rot-Grün hatte mehr mit Fehlern als mit strukturell falscher Politik zu tun. Die Schere zwischen der Darstellungs- und Entscheidungspolitik klaffte immer weiter auseinander. Die Bürger entlarven mittlerweile die Verpackungskünstler. Allzu oft ist der medientauglichen Machtinszenierung einer Entscheidung – den Machtworten – dann doch Tatenlosigkeit gefolgt. Reine Symbolpolitik produziert jedoch nach kurzzeitigen Aufmerksamkeitserfolgen zwangsläufig Wählerenttäuschungen. Trotz messbarer Reformbereitschaft interpretieren die meisten Bürger mittlerweile Reformen als Chiffre für soziale Unwucht. Eine weitere Quelle des Verdrusses entstand durch sogenannte „handwerkliche Fehler“, die mittlerweile schon zu den Reform-Ritualen gehören. Das Fehler-Vermeidungssystem funktioniert nicht mehr oder wurde durch Etablierung immer neuer außerparlamentarischer Kommissionen außer Kraft gesetzt. Richtige Ideen wurden durch schlechtes Regieren entwertet. Rechenfehler, massenhaft falsche Formulare, krasse Lücken im Gesetzestext, fahrlässige Konjunktur-Kalkulationen, sich gegenseitig aufhebende Wirkungen in einem Gesetz: diese Missstände sind nicht nur durch die Dramatik des Reformdrucks entstanden. Die Überforderung der Ministerialbürokratie hängt auch mit Methoden der sogenannten „Huckepack“-Gesetzgebung zusammen. Um nicht alle Instanzen neu zu durchlaufen, werden immer häufiger einem Gesetz völlig sachfremde Regelungen angehängt. Handwerkliche Fehler des Regierens hingen aber vor allem auch mit der Komplexität der Aushandlungen im Vermittlungsausschuss zusammen. Hier haben häufig Parteivorsitzende die Kompromisse ausgehandelt und nicht die darin geübten Fachexperten der Koordinationsbürokratie. Prominenz schützt aber nicht vor Fehlern. Die sichtbaren Pannen wurden später der Regierung angelastet, nicht aber der ebenso beteiligten Opposition.

So verdrängte die Legitimation des Augenblicks auch das notwendige institutionelle Vertrauen. Problemlösende Effekte des Regierungshandelns wurden für viele nicht sichtbar, insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes. Die Bewunderung, gar Faszination gegenüber der Kunst der Inszenierung eines Einzel-Akteurs scheint dagegen weitgehend ausgereizt. Selbst Bestformen in TV-Duellen reichen nicht mehr aus, um das Ruder herumzureißen. Stil und Qualität werden im Kontext wahrgenommen, nicht mehr isoliert.

### 4. Die Bundestagswahl entschied über den Ort und den Zeithorizont der Politik

Bei der Bundestagswahl ist auch über den Ort des Regierens und über einen neuen begrenzten Zeithorizont neu entschieden worden. Große Koalitionen

können den Souveränitätsverlust des Bundestages aufhalten. Der Disziplinierungsdruck einer sogenannten Regierungsmehrheit entfällt. Die Kanzlermehrheit kann auf 140 Stimmen aus dem eigenen Koalitionslager bei Abstimmungen verzichten. Die Bürger wollten die vitalisierende Unruhe eines Sechs- bzw. Sieben-Parteienparlaments, in dem die Diskurse künftig nicht lagerspezifisch nach sichtbaren Fronten verlaufen, sondern entlang von Schlangenlinien. So können sich sowohl fraktionsübergreifende punktuelle Gemeinsamkeiten als auch innerkoalitionäre Opposition artikulieren. Als Ort des Geschehens im Sinne einer parlamentarischen Mitsteuerung soll perspektivisch das Parlament und nicht mehr die beauftragten Kommissionen und Räte an Macht zulegen. Auch über die Zeitdimension fällten die Bürger ihr Urteil. Das Krisenbündnis der Großen Koalition definiert sich strikt vom Ende her. Als Typus für Regierungs- und Machtwechsel ist die Große Koalition nicht ungewöhnlich: als dosierter Machtwechsel bleibt erneut einer der Partner der vorhergehenden Regierung kontinuierlich verbürgend mit in der Verantwortung der neuen Regierung. Doch in der inhaltlichen Formation hat die Große Koalition Besonderheiten. Solche Koalitionen können nicht abgewählt werden, weil sie sich nicht mehr zur Wahl stellen. Normalerweise ist es die Schwäche der Regierung, nicht die Stärke der Opposition, die zum Regierungswechsel führt. Dieser Mechanismus kann bei einer Großen Koalition nicht vollständig greifen. Große Koalitionen können nur abtreten oder sich auflösen. Sie immunisieren auch wechselseitig gegenüber dem ritualisierten Wettbewerbsdruck der kommenden Landtagswahlen. Insofern war die Bundestagswahl auch eine Entscheidung über einen Regierungsauftrag mit begrenztem Zeithorizont und dem Versuch der Parteien, sich dem Wähler durch einen überschaubaren Ausstieg aus den zeitlichen Rhythmen des politischen Wettbewerbs zu entziehen.

##### 5. Die Bundestagswahl zeigte die Wirkungsmächtigkeit von Echo-Demoskopie

Der Einfluss von Medienwirkung auf das Wahlverhalten ist mittlerweile nachweisbar. Die Umfragen über den Wahlausgang – als ein fester Bestandteil der Wahlkommunikation – gehören seit Jahren zum ritualisierten Bestand der Berichterstattung. In einer Demoskopie-Demokratie wirken die Umfragedaten in zwei Richtungen: auf die Wähler und auf die Regierenden. Zwar können häufig explizit nur sogenannte Mitläufereffekte als unmittelbare Wirkung auf das Stimmverhalten gemessen werden. Doch sind solche Effekte nicht zu unterschätzen, weil sie zu Pendelumschwüngen zugunsten der jeweils als modisch geltenden Parteienkoalition führen können. Die Bürger wählen in Erwartung eines bestimmten Ergebnisses immer taktischer. Taktisches Stimmensplitting katapultierte zuletzt bei der Dresdner Nachwahl – in Kenntnis des vorläufigen Wahlergebnisses – die FDP in Höhenbereiche von Zustimmungswerten nahe

einer großen Volkspartei (Zweitstimmenanteil der FDP im Dresdner Wahlkreis 2002: 7,0 Prozent und 2005: 16,6 Prozent). Die Kleinen, vor allem die FDP, profitierten bei den Zweitstimmen eindeutig von der Anti-Kampagne der Union gegen eine sich abzeichnende Große Koalition. Alles Effekte, die im Vorhinein über publizierte Umfragewerte die Wähler zu taktischen Wählern machen. Insofern ist das Ergebnis der Wahl auch eine Rache der Bürger an dem Übertaktieren der Parteien. Denn Regieren nach Tages-Demoskopie und Medien-Resonanz fördert den Typus des wählerischen Wählers. Populistisches Regieren und Opponieren, im Sinne einer zentristischen Strategie zur Wählermobilisierung, ist eine strategische Antwort auf die Befindlichkeiten in unserer Aufregungsdemokratie. Die Flüchtigkeit des Regierungsalltags ist eine Widerspiegelung der Flüchtigkeit des Wählers. Regieren und Opponieren erfolgt im permanenten Wahlkampfstil. Tägliche Umfragen und extreme Demoskopiefixierung sichern die Rückbindung an fluide Wählerstimmungen. Es ist kein Zufall, dass sich die Parteien geradezu hysterisch auf Meinungsumfragen stützen und damit den Instituten eine immense politisch nicht legitimierte Macht geben. Am Wahlabend begründete Schröder seinen Anspruch, Kanzler zu bleiben, auch mit den positiven Umfragewerten zu seiner Person. Echo-Demoskopie ist insofern ein Zeichen von Schwäche, nicht von Stärke der Politik, die nicht mehr an ihre eigene Führungskraft glaubt, sondern tagessensibel hinter Stimmungen herläuft. Wer als Partei nicht mehr gesellschaftlich ausreichend verankert ist, braucht als Seismograph die Umfragen und weniger die Artikulation der Mitglieder.

#### 6. Die Bundestagswahl entschied über Sozialstaatlichkeit als Staatsräson

Mehrheiten sind in unserer politischen Kultur immer eine Schnittmenge aus ökonomischer Effizienz, kultureller Modernisierung und sozialer Gerechtigkeit. Wirtschaftskompetenz ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung des Erfolgs. Die Union büßte an Zustimmung ein, weil sie erneut wie 2002 die ökonomische Effizienz ins Zentrum des Wahlkampfes rückte, ohne allerdings bis zum Kampagnen-Ende noch über zugeschriebene Kompetenzen in diesem Bereich ausreichend zu verfügen. Die SPD litt an dem von vielen Bürgern erfahrenen Widerspruch zwischen alltäglich erlebter sozialer Ungerechtigkeit und dem Anspruch, immerwährende Schutzmacht der kleinen Leute zu sein. Die Wähler haben sich bei der Bundestagswahl mehrheitlich gegen eine weitere kommunikative Ökonomisierung der Lebenswelten entschieden. Die Bürger votierten nicht gegen eine Agenda-Politik, aber gegen die sich ausbreitende Macht einer primär betriebswirtschaftlichen-kaufmännischen Sichtweise. Die Agenda 2010 kam in ihrer Ausrichtung einem Paradigmenwechsel gleich. Es bedeutete das Ende einer „Sozialdemokratisierung“ der Gesellschaft – einem Allparteien-Konsenses: der Hinwendung zum Sozialstaat

und einer Orientierung an der Verteilungsgerechtigkeit als Verheißung einer demokratischen Gesellschaft. Die Abkehr von dieser Tradition wurde durch die Reformprozesse beim Umbau des Sozialstaates überparteilich eingeleitet. Die rhetorische und klassenkämpferisch angelegte Re-Traditionalisierung im Wahlkampf der SPD entlarvten hingegen die Bürger als Kampagne. Sie widersprach den Alltagserfahrungen der Bürger mit den rot-grünen Gesetzen. Auch die eindimensionale Reduzierung der Botschaft der Union im Wahlkampf auf Steuerfragen führte unmittelbar in eine Ökonomisierungsfalle. Beide Angebote der großen Parteien wurden vom Wähler abgestraft: die gefühlte Aufkündigung von Sozialstaatlichkeit und Staatsräson im Konzept der Union ebenso wie die negative Gerechtigkeitsbilanz von Rot-Grün. Dahinter steckt mehr als nur der Wunsch nach einem erklärenden Sozialstaat. Vielmehr lässt sich dahinter das Anliegen entdecken, nicht alle Lebenswelten nur ökonomisch zu definieren: nach Leistungsparametern der Wettbewerbsgesellschaft, nach Output-Effizienz. Gesucht wurden neue Bindungswerte, neue Kohäsion, vielleicht auch intakte und integrative Institutionen. Die großen Parteien hatten aber zu diesen Themen zu wenig Überzeugendes im jeweiligen Wahlprogramm.

#### *Regieren in Zeiten ökonomischer Knappheit: Mehrheiten für Unpopuläres*

Die Bundestagswahl hat somit trotz der scheinbaren Unübersichtlichkeit und der disparaten Mehrheiten konkrete Hinweise über den Wunsch der Bürger nach zukünftiger Politikgestaltung offenbart. Wer diesen Katalog an Wünschen mit der harten Realität des Regierens in Zeiten ökonomischer Knappheit konfrontiert, kann auch für Unpopuläres neue Mehrheiten bilden. Denn das wird zur Daueraufgabe der Politik: Wie kann man Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen gemeinwohlverträglich organisieren, ohne in linken oder rechten Populismus abzudriften? Zunehmende Verteilungskonflikte lassen sich nicht mehr über Zuwächse konsensual schlichten. Das gilt auch für Große Koalitionen. Drastische Einschnitte im wohlfahrtstaatlichen Kontext bedürfen gerade in Schlechtwetter-Zeiten der Demokratie einer besonderen politischen Legitimation. Insofern haben sich die Bedingungen des politischen Wettbewerbs in Zeiten ökonomischer Knappheit fundamental verändert. Was sind aber nunmehr die Rahmenbedingungen, um neue Mehrheiten für unpopuläre Entscheidungen zu mobilisieren? Was hätte an den zurückliegenden Kampagnen-Planungen verändert werden müssen, um eigene strukturelle Mehrheitsfähigkeit zu sichern? Aus welchen Elementen besteht ein möglicher „Reform-Sensor“ zur Optimierung von Reform-Prozessen?

### 1. Nüchterne Ehrlichkeit

Populistische Volksbelauscher und extremistische Lumpensammler sind in keiner der letzten Wahlen so belohnt worden, dass sie mehrheitsbildend wurden. Sozialpopulismus hat rechts wie links im politischen Spektrum einer Koalition der gesellschaftlichen Verlierer sicherlich eine ernstzunehmende Attraktivität. Immerhin wählten rund vier Millionen Bürger bei der Bundestagswahl Die Linke.PDS (8,7 Prozent). Die Linkspartei galt als diejenige Partei, die sich besonders für soziale Gerechtigkeit einsetzte. Wenn die Parteien der Mitte übereinstimmend marktliberale Reformen propagieren, avancieren extreme Parteien zur Schutzmacht der kleinen Leute. Als „Anti-Hartz-Parteien“ lassen sie sich wie Rettungsanker im Reformstrudel feiern. Doch die eindeutige große Mehrheit der Wähler belohnte nicht die Vorkämpfer altsozialer Erregenschaften. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 durchzog auffallend die Wende zum Weniger alle Wahlprogramme mit Ausnahme der „Linken“. Das Bemühen der Wahlkämpfer um die Annäherung an die wohlfahrtsstaatliche Realität gehörte zu den Besonderheiten dieser Wahl. Es stand im Kontrast zu allen Kommunikationsstrategien der letzten Jahre. Am mutigsten präsentierte sich hierbei die Union, die Belastungen (Mehrwertsteuer-Erhöhung) statt Entlastungen offen ankündigte. Wann hörte man jemals zuvor so häufig von Spitzenpolitikern, dass die Politik gar nicht in der Lage sei, Arbeitsplätze zu schaffen? Wer offensichtlich die ökonomische Krise ehrlich und offen beim Namen nennt („Wir haben Probleme, wir können sie meistern, aber dafür brauchen wir Zeit.“), nichts verspricht außer berechtigtes, kompetentes, faires Kümmern, hat heute ganz offensichtlich größere Chancen, gewählt zu werden als noch vor ein paar Jahren. Doch wer die Botschaft allein darauf reduziert, kann nicht mehrheitsfähig werden. Im Ton der neuen Sachlichkeit hat sich eine Opferromantik ausgebreitet, die Besserung durch Änderung erwartet. Mehr nicht. Gewählt wird nicht mehr, wer die Wirklichkeit verdrängt und die Probleme verschweigt. Kostenbewusst fragen die Wähler mittlerweile, welche Regierung sie sich leisten können.

### 2. Stilsichere politische Führung

Die Orientierung am Führungspersonal folgt nicht mehr ausschließlich dem Wunsch nach dem Power-Entscheider. Sonst wären Schröder und Fischer sicherlich mehrheitsfähig geworden. Im Zentrum bleibt zwar das Verlangen nach Entscheidern mit Macher-Image, zumal die extreme Personalisierung politische Romantik zulässt: ein Super-Akteur, der die Kompliziertheiten der Verhandlungsdemokratie überspringt. Doch auch im Feld der politischen Führung hat sich eine neue mit Bescheidenheit gepaarte Sachlichkeit ausgebreitet. Populär ist eben nicht nur die starke politische Führung, sondern die Stilsichere

cherheit. Authentizität geht dabei vor Kraftmeierei. Auch die schüchterne Gestik genießt wieder Renaissance, wenn sie uninszeniert und stilistisch gefestigt daherkommt. Schon jetzt zeichnet sich ab, wie Merkel mit einem eher pathoslosen und sparsamen Kommunikationsstil die Ergebnisse der Großen Koalition verkündet.

### 3. Schlüssige Reformkommunikation

Zu den Erfolgsbedingungen einer Mehrheitsbildung gehört eine in sich schlüssige – und so auch nach außen wirkende – Reformkommunikation. Das ist viel mehr als nur eine wärmende Leitidee. Gesucht wird ein übergeordneter Begründungszusammenhang, der die Abfolge politischer Prozesse und damit die weiteren Reformschritte in verständlicher Sprache, glaubwürdig, nachvollziehbar kommuniziert und die Sachschritte in eine übergeordnete Zielperspektive orientierend einordnet. Die Botschaft ist der Kern der Strategie. Beim rot-grünen Reformdschungel wurde sichtbar, wie von Landtagswahl zu Landtagswahl dem Sprachverlust unweigerlich der Machtverlust folgte. Die Rhetorik der Kassenwarte oder der Sozial-Technokraten folgte der Logik der leeren Kassen. Praktisch nie wurde vermittelt, worin der eigentliche Mehrwert des Sparens oder Kürzens liegen sollte. Auch das Themenmanagement der Union reduzierte sich am Ende eindimensional auf Steuerfragen, ohne ordnungspolitischen Rahmen. Deutungsmanagement von Reformmaßnahmen setzt aber zwingend notwendig bei der Arbeit an Begriffen an („Wort-Politik“) und benennt die Stufen der Gesetzgebung. So kann jeder abwägend erkennen, was wann erreicht werden kann, was noch zu erwarten ist und worin sein persönlicher Nutzen besteht. Die Reformschritte müssen zudem den Wirklichkeitssinn und die Lebenserfahrungen der Bürger respektieren, um auf Zustimmung zu stoßen.

### 4. Zeitfenster und Tempowechsel nutzen

Wer Mehrheiten hat, sollte sie auch nutzen. Schnell und klar sollte die Abfolge der Reformschritte erfolgen. Das verhindert nicht nur eine geordnete Gegenmobilisierung, sondern ist essentiell, um das Unpopuläre auch durchzusetzen, ohne das Ziel verändern zu müssen. Tempowechsel können dabei durchaus Teil der Strategie sein. Keiner setzt sich längerfristig zustimmend einem permanenten Stakkato an Veränderungen aus. Die Balance aus Reform und Ruhe ist Bedingung zur Mobilisierung von Mehrheiten: Beschleunigung zu Beginn, Entschleunigung vor dem nächsten Großprojekt.



## 5. Immerwährende Regionalkonferenzen

Überfallartig konfrontierten die Spitzen von Rot-Grün ihre jeweiligen Parteien mit der Agenda 2010. Ohne diese beispiellose Themen-Akzentuierung wären zahlreiche notwendige Reformeinschnitte gar nicht möglich gewesen. Erst die Dramatisierung der Regierungserklärung vom März 2003 hat die Reformbereitschaft in den Köpfen der Wähler provoziert. Doch die damit einhergehende völlige Degradierung der Parteien zu Kanzlerwahlvereinen hatte einen hohen Preis, der in die Große Koalition führte. Ähnlich eruptiv drängte die Spitze der CDU auch die eigene Partei zu marktliberalen Positionierungen. Die Erneuerung erfolgte bonapartistisch von oben und inhaltlich eindimensional, was ebenso machtpolitisch am Wahltag scheiterte. Insofern kann der Umkehrschluss nur lauten: Wer die weiteren Reformeinschnitte nicht zum immerwährenden Prinzip von Regionalkonferenzen der Parteien macht, vergibt die Chance, Sach- und Machtfragen längerfristig miteinander zu verknüpfen. Dabei sind Regionalkonferenzen sicher nur ein Instrument neben anderen, um Basisarbeit zu leisten. Die Parteien sind zukünftig nicht nur für die Phase des Machterwerbs elementar, sondern auch für die Regierungspraxis existentiell. Dabei sollten die Modernisierungseinschnitte der Reformen als Kulturleistungen, nicht als ökonomische Projekte interpretiert werden. Nur die Integration des Umbruchs in die jeweiligen parteipolitischen Traditionsstränge sichert auch emotional die Unterstützung für Unpopuläres. Die jeweiligen Stammwähler sind dabei besonders zu pflegen. Das sind immer noch die basisverwurzelten und extrem enttäuschungsresistenten Aktivisten. Sie sind die Spezialisten für Bodenhaftung. Wer sich nur tagesorientiert an Wechselwählern ausrichtet, verliert am Ende auch die sesshaften Stammwähler. Doch gerade sie wären bereit, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen, wenn man sie einbindet und überzeugt.

## 6. Wertorientierte Führung

Erfolgreich ist diejenige Partei, die als Formation die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt politischen Ausdruck zu verleihen. Antworten darauf sind auf drei Ebenen zu suchen: der verteilungspolitischen Konfliktlinie (Umverteilung vs. Marktliberalität), der Divergenzen zwischen Zentrum und Peripherie (zwischen Mehrheiten und neuen Minderheiten), der wertbezogenen, kulturellen Dimension von Konflikten (zwischen gemeinwohlorientierter Bürgerlichkeit und nicht-bürgerlichem Populismus). Um einer Beliebtheit und der Pragmatik des Augenblicks bei den Antworten auf diese elementaren Konfliktlinien zu entkommen, sollte der Markenkern einer Partei erkennbar sein. Das ist viel mehr als Marketing. Der Markenkern resultiert aus den Wertefundamenten. Führung durch Werte bedeutet nicht Zeit-

geist-Anbiederung, sondern selbst für andere attraktiv zu werden. Führung in diesem Sinne kommt strikt ohne Echo-Demoskopie aus. Denn neue Mehrheiten muss man sich durch Überzeugungsarbeit erst mühsam erarbeiten. Tages-Umfragen mit Messergebnissen zur aktuellen Themen-Sympathie sind dabei völlig irrelevant. Regieren besteht gerade in Zeiten ökonomischer Knappheit aus dem Festsetzen von Prioritäten, nicht aus deren scheinbarer Aufhebung. Da die Sehnsucht nach moralischer Orientierung ebenso zunimmt, wie das Wissen um die Kraft einer Wertorientierung, kann das auch zu Führungszwecken genutzt werden. Wahlkämpfer zielen auf die Mobilisierung von Identitäten. Werte sind folglich Mobilisierungsinstrumente. Wertorientiertes Leadership bedarf allerdings der Selbstvergewisserung von Prioritätensetzungen. Was ist – aus der kulturellen Tradition der Partei heraus – die Antwort auf die drei großen gesellschaftlich bedeutenden Konfliktlinien? Das Ideenmanagement für eine nicht nur nachholende Modernisierung, sondern einen vorausschauenden Reformprozess müsste mehr bieten als nur altsoziale oder neo-liberale Akzente. Was soll ein Gemeinwesen, außer Marktplatz zu sein? Wenn es mithin darum geht, Identitäten zu mobilisieren, dann sind Verortungen im Mittelfeld der zentralen Konfliktlinien gefordert. Mittezentrierte moderne Bürgerlichkeit findet sich an der Schnittmenge der Konfliktlinien: mitfühlend, sozial, verantwortlich. Eine politische Mitte, die sozial sensibel daherkommt, ohne aber gleichmacherisch zu sein. Das wäre eine Kombination aus bürgerlicher Solidität, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist und bildungsbürgerlichem Traditionsbewusstsein. Mehrheiten für Unpopuläres sind in so einer Tonalität organisierbar, weil sie mit ganzheitlichen Lebenswelten rechnen und nicht alles auf Leistungsparameter der Wettbewerbsgesellschaft reduzieren.

### *Zusammenfassend*

Wahlen sind auch in Umbruchzeiten weiterhin auf Stimmenmaximierung ausgerichtet. Doch tendenziell haben sich die Bedingungen des Erfolges im politischen Wettbewerb allmählich verändert. Unpopuläres hat zukünftig unter den aufgezeigten Bedingungen eine Chance zur Mehrheitsbildung. Das verdeutlicht auch gerade das Ergebnis der Bundestagswahl. Ein zu entwickelnder „Reform-Sensor“ müsste, um Erfolgslinien zu messen, dem Mix an hier entfalten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Die Sinnhaftigkeit liegt im Gesamtansatz, nicht in der punktuellen Auswahl. Idealtypisch greifen die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zeitgleich, sondern phasenspezifisch. So kann am Ende möglicherweise sogar aus einer anfänglich unpopulären Entscheidungslage durch Überzeugen und Argumentieren eine annähernd populäre werden. Das Set an Bedingungen zur neuen Mehrheitsmobilisierung stimmt aus Sicht der Wahlbürger gerade in Zeiten ökonomischer Knappheit verhalten optimistisch. Gesucht ist die Qualität des problemlösenden Regierens. Gefragt

sind starke und vitale Parteien, die mehr sind als nur Agenturen für Sprachregelungen. Gewinner werden die sein, die sich einem Gestaltungsauftrag stellen und sich nicht nur mit Aufräumarbeiten zufrieden geben.



# Wirtschaftliche, soziale und psychologische Aspekte der deutschen Wiedervereinigung nach 15 Jahren: Erfolge und Fehlentwicklungen

Von Günther Heydemann

## I

Ohne Frage stellt die friedliche Revolution vom Herbst 1989 in der DDR das einschneidendste Datum der deutschen Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dar, führte sie doch nur ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, zur Wiedervereinigung Deutschlands nach mehr als 40 Jahren Trennung. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde durch den parallel ablaufenden Zusammenbruch des Ostblocks ermöglicht, insbesondere durch den Kollaps des dort nach 1945 errichteten realsozialistischen, diktatorischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sowjetischen Typus. Das betraf auch die Sowjetunion selbst, die dadurch ihren Status als Hegemonialmacht in der Welt und zugleich ihren direkten politischen Einfluss in Ost- und Südosteuropa verlor. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde daher zum Symbol der Beendigung des Kalten Krieges.

Fixiert auf die epochalen Vorgänge von 1989/90 wird jedoch bisweilen übersehen, dass der auf die Revolutionen in den ost- und südosteuropäischen Ländern und in der UdSSR folgende Transformationsprozess die *eigentliche* – und bis heute nicht abgeschlossene – Umwälzung ihrer bis dahin bestehenden politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und nicht zuletzt mentalen Strukturen impliziert.<sup>1</sup> Das gilt auch für die DDR und ihre Umwandlung in ein demokratisches, rechtsstaatliches Gesellschaftssystem sowie die damit verbundene ordnungspolitische Transformation einer zentralen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft ab 1990. Da Probleme des wirtschaftlich-sozialen Umbruchs im Folgenden im Vordergrund stehen werden, seien zumindest einige weitere Facetten dieses umfassenden Prozesses kurz genannt:

Im Zuge des Übergangs von einer realsozialistischen Diktatur zu einer parlamentarischen Demokratie wurde mit der Neu- bzw. Wiederbegründung von Parteien, auch durch westdeutsche Hilfe, das bis dahin bestehende pseudo-pluralistische Parteiensystem in der DDR, mit dem Machtmonopol der SED an der Spitze, ersetzt durch ein tatsächlich pluralistisches politisches System. Auf diese Weise entstand eine völlig neue, demokratische Parteienstruktur, in der die frühere Staatspartei SED, später PDS, inzwischen ‚Die Linke‘,

---

<sup>1</sup> Vgl. Günther HEYDEMANN/Gunther MAI/Werner MÜLLER (Hg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999, mit weiterführender Literatur.

ebenso zum Konkurrenten um Wählerstimmen wurde wie andere Parteien auch. Diese Entwicklung, zugleich eine Adaption an das bestehende Parteiensystem in der früheren Bundesrepublik Deutschland, vollzog sich vor dem Hintergrund der ersten, freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 erstaunlich rasch.<sup>2</sup>

Zeitlich länger andauernd, aber ebenso durchgreifend, war die Transformation des Militärs, der Polizei, der Justiz, des Gesundheits- und Verkehrswesens sowie der Bildungsinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Als besonders kostenintensiv mit weiter ansteigender Tendenz erwies sich bis heute die Übernahme und Integration der in der DDR bestehenden Sozialsysteme (= Krankenversicherung, Sozialfürsorge, Renten und Pensionen). Pro Jahr weist der West-Ost-Transfer im Sozialbudget eine Summe von jährlich knapp 30 Mrd. € auf.<sup>3</sup> Hinzuzurechnen ist auch noch der Umtausch der praktisch wertlosen 200 Mrd. DDR-Mark, wofür im Rahmen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die am 1. Juli 1990 in Kraft getreten war, ca. 130 Mrd. D-Mark (West) aufgewendet werden mussten. Schließlich kamen noch die hohen Auslandsschulden hinzu, welche die DDR aufwies, die im Jahr ihres Zusammenbruchs ca. 14 Mrd. \$ betrug.<sup>4</sup> Obwohl es sich bei den genannten Bereichen um z.T. höchst sensible Problemkomplexe handelte, ist der jeweils damit verbundene Umwandlungsprozess insgesamt weitgehend konfliktfrei verlaufen.

Bis heute steht die exakte Höhe des gesamten Transfers nicht fest. Schätzungen belaufen sich auf eine Summe zwischen 1,2 und 1,9 Billionen €.<sup>5</sup> Aus der Rückschau nach 15 Jahren deutsch-deutscher Wiedervereinigung muss daher unzweideutig festgestellt werden, dass deren Gesamtkosten bisher erheblich höher ausgefallen sind, als anfangs angenommen. Auch kann nicht an der Tatsache vorbeigegangen werden, dass sich die frühere Bundesrepublik Deutschland mit der Wiedervereinigung finanziell übernommen hat. Mehr noch – das bereits vor 1989/90 bestehende Staatsdefizit der früheren Bundesrepublik Deutschland ist aus o. g. Gründen noch einmal erheblich gewachsen, und die immer teurer werdenden Sozialsysteme als solche, sowie die sich anbahnenden, erheblichen Veränderungen der demographischen Strukturen, werden es weiter steigen lassen.

Gleichwohl gilt es ebenso klar festzuhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland der erste und bisher einzige moderne westliche Industriestaat ist,

---

2 Vgl. die ausgezeichnete Analyse von Gerhard A. RITTER, *Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte*, München 1998, insbes. S. 194ff.

3 Vgl. Marvin OPPONG, *Was kostet die Deutsche Einheit?*, in: Freiraum 7 (2005), S. 14.

4 Vgl. Armin VOLZE, *Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen*, in: Eberhard KUHRT (Hg.), *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, Opladen 1999, S. 151–183.

5 Vgl. OPPONG (wie Anm. 3), S. 14.

der einen so grundlegenden Transformationsprozess auf praktisch allen Ebenen hat durchführen müssen; einschlägige Vorerfahrungen hierzu bestanden nicht. Der seit 1952 bestehende „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“, der im Falle einer Wiedervereinigung die nötigen wirtschafts- und sozialpolitischen Informationen hätte beisteuern sollen, war 1974 abgeschafft worden, da er im Zuge der „Ostpolitik“ der sozial-liberalen Regierung als politisch nicht mehr opportun angesehen wurde. Dadurch gab es seitdem kein hochrangiges Beratungsgremium mehr, das die Bundesregierung(en) im Falle einer eintretenden Wiedervereinigung kompetent hätte beraten können. Seine Abschaffung kann aber auch als Indiz dafür gewertet werden, dass in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre die Auffassung wuchs, die Spaltung Deutschlands werde noch sehr lange andauern bzw. überhaupt nicht mehr überwunden werden können. Fest steht jedenfalls, dass eine große Mehrheit der Deutschen in beiden deutschen Staaten, einschließlich ihrer Regierungen, eine Wiedervereinigung Ende der 1980er Jahre kaum mehr für möglich gehalten hat. Auf den nach der friedlichen Revolution in der DDR einsetzenden Transformationsprozess im Rahmen der deutsch-deutschen Wiedervereinigung war man daher letztlich unvorbereitet, nicht zuletzt in ökonomischer Hinsicht.

## II

In der Rückschau erwies sich der Umbau der in der DDR bis 1990 existenten zentralen Planverwaltungswirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft als das schwierigste Problem. Neben einer nahezu kompletten Wirtschaftsreform waren allerdings auch noch die bestehende marode Infrastruktur in der DDR zu sanieren, ihr völlig veraltetes Kommunikationssystem zu ersetzen sowie tiefgreifende Umweltschäden zu beseitigen. Auch diese unumgänglichen Modernisierungsmaßnahmen für die Entwicklung einer modernen, effizienten Wirtschaft in Ostdeutschland erwiesen sich als sehr kostenintensiv.

Zugleich darf nicht übersehen werden, dass die umfassende wirtschaftspolitische Umstrukturierung der DDR zu einem Zeitpunkt vorgenommen wurde, als in beiden deutschen Staaten bereits eine Krise des Arbeitsmarktes bestand, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in differenten Formen: In Westdeutschland durch die seit Ende der 1970er Jahre sukzessive wachsende Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund des stetig ansteigenden Lohnniveaus; in der DDR eine systembedingte Beschäftigungskrise in Form „verdeckter Arbeitslosigkeit“ – mit einem Wort: zu wenig Arbeit für zu viele Beschäftigte. Systemspezifisch für die Wirtschaft der DDR kamen darüber hinaus dazu: mangelnde Rohstoffe, fehlende Werkzeuge, ausbleibende Ersatzteile, verschlissene, reparaturanfällige Maschinen sowie veraltete Produktionsanlagen, und nicht zuletzt ein krisenanfälliges Energiesystem. Allein diese Faktoren

hatten die Arbeitsproduktivität, ohnehin immer niedriger als in der Bundesrepublik, kontinuierlich sinken lassen. 1989/90 befand sich die DDR „auf einem Entwicklungsstand bei Produktion und Beschäftigung, wie er für die alte Bundesrepublik in den sechziger Jahren anzutreffen war“.<sup>6</sup> Entsprechend betrug die Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft im Jahre 1983 nur 47 % im Vergleich zur Bundesrepublik, zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war sie noch niedriger. De facto war die Wirtschaft der DDR nur noch in der künstlichen Abschottung des RGW überlebensfähig gewesen, gemessen an den Anforderungen einer zunehmend globalen Weltwirtschaft war sie dies schon seit längerem kaum mehr. Erschwerend kam hinzu, dass mit dem Zusammenbruch der UdSSR ab 1990/91 auch ihr wichtigster Handelspartner wegfiel.

Tatsächlich ist der bestehende, katastrophale Zustand der Wirtschaft in der DDR von den westdeutschen Eliten insgesamt erheblich unterschätzt worden – und damit auch das Ausmaß substanziell notwendiger Transformation und Modernisierung auf der ökonomischen Mikro- und Makroebene wie ebenso in zeitlicher Hinsicht. Als „Exportweltmeister“ der Weltwirtschaft ökonomisch längst international und global ausgerichtet, hat man offensichtlich die enormen Wirtschaftsprobleme des zweiten deutschen Staates in unmittelbarer Nachbarschaft übersehen. Da-rüber hinaus ist es bis heute eine offene Frage geblieben, inwieweit der Bundesnachrichtendienst (BND) tatsächlich über verlässliche Informationen zur bestehenden sozioökonomischen Lage in der DDR verfügte.

Weil die Weiterführung einer wie auch immer „vergesellschafteten Wirtschaft“ nach 40 Jahren ökonomischer Ineffizienz in der DDR keine sinnvolle wirtschaftspolitische Option mehr darstellen konnte, war eine umfassende Privatisierung unumgänglich; durch die „Treuhand“ vorgenommen, die bis Ende 1994 bestand, implizierte sie eine grundlegende Adaptierung des DDR-Wirtschaftssystems an die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Als essenzielle wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidung unaufschiebbar, ist es indes bei der praktischen Durchführung der Privatisierung auch zu Fehlern und Unkorrektheiten gekommen; so wurden etwa konkurrenz- bzw. noch modernisierungsfähige DDR-Betriebe bisweilen unter Wert verkauft, ebenso konnten bestehende Produktionskapazitäten von westdeutschen bzw. ausländischen Firmen zu äußerst günstigen Preisen erworben werden, um sie sodann als potenzielle Konkurrenten auszuschalten. Übersehen werden darf dabei auch nicht, dass der vorherrschende Kapitalmangel in der DDR Ostdeutsche vom Erwerb bestehender Betriebe fast durchweg ausschloss.<sup>7</sup>

---

6 Udo LUDWIG, *Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 410–416, hier S. 412.

7 Inzwischen ist der Eigentumsanteil von Ostdeutschen an der privaten Wirtschaft jedoch kontinuierlich gestiegen; EBD. S. 411.



Insgesamt waren nach der Öffnung der internationalen Märkte Beschäftigung und Produktionsausstoß der ostdeutschen Betriebe auf ca. ein Viertel des Standes von 1989 gesunken. Die Mehrzahl war nicht mehr in der Lage, „marktgängige Güter zu kostendeckenden Preisen“ auf einem globalen Markt anzubieten.<sup>8</sup> Dies hatte wiederum den radikalen Abbau bestehender Industriebetriebe auf dem ehemaligen Gebiet der DDR zur Folge, dem ein ebenso rasanter Abbau von Arbeitsplätzen parallel lief.

Als weiteres, gravierendes Problem kam hinzu, dass die vor allem aus sozialpolitischen Gründen unumgängliche Entscheidung, eine rasche Lohnangleichung zwischen der DDR als Niedriglohnland und der Bundesrepublik als Hochlohngebiet vorzunehmen, zwangsläufig zu einer Verteuerung der Produktionskosten führte und auf diese Weise die Konkurrenzfähigkeit der neuen Bundesländer weiter verschlechterte. Zwar haben die Einkommen ostdeutscher Arbeitnehmer inzwischen mehr als 80 % der Höhe der westdeutschen Löhne und Gehälter erreicht – im Unterschied etwa zu Polen und Tschechien, wo die Einkommen im Schnitt nur ein Fünftel und weniger betragen. Die sukzessiv vorgenommene Angliederung reduzierte aber zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der in den neuen Bundesländern hergestellten Produkte: „Während in den genannten ehemals osteuropäischen Ländern die Produktivität den Löhnen voraus ist, ist das Verhältnis in Ostdeutschland genau umgekehrt.“<sup>9</sup>

Gleichwohl ist durch das Wirken der Treuhand ein umfassender und für die weitere Entwicklung Gesamtdeutschlands zugleich unverzichtbarer Modernisierungsprozess ausgelöst worden, der die seit Jahrzehnten bestehende Stagnation und Ineffektivität der industriellen Wirtschaftsproduktion in der DDR überwand und den Durchbruch zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft ermöglichte, ohne dass dieser Prozess allerdings bis heute abgeschlossen werden konnte. Noch immer werden ca. 30 % der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Ostdeutschland nicht aus den dort vor Ort erwirtschafteten Einkommen finanziert. Welche Schere zwischen Ost- und West-Deutschland nach wie vor klafft, zeigt etwa die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1995 bis heute. Während es in den Ländern der früheren Bundesrepublik um 13 % stieg, legte das BIP in den neuen Bundesländern, einschließlich Berlin, nur um 6 % zu.<sup>10</sup> Entsprechend holt die dortige, wirtschaftliche Entwicklung nur in „Trippelschritten“ auf.<sup>11</sup> Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch festgehalten werden, dass sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Westdeutschland von rund 2 % seit der Wiedervereinigung von 1990

8 EBD. S. 414.

9 Wilhelm HINRICHS/Ricarda NAUENBURG, *Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 393–401, hier S. 398.

10 „Osten verliert weiter an Boden“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 27.7.2005.

11 „Ost-Wirtschaft holt nur langsam auf“, in: FAZ vom 20.6.2005.

halbiert hat; in den vergangenen fünf Jahren wuchs es im vereinten Deutschland jährlich sogar nur noch um 0,7 %.<sup>12</sup> Diese niedrige Wachstumsrate, einschließlich ihrer gravierenden Konsequenzen für den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit im wiedervereinten Arbeitsmarkt Deutschlands, ist allerdings vornehmlich auf die seit Jahren geringe Inlandsnachfrage und erst jetzt abflauende Konsumzurückhaltung der gesamtdeutschen Bevölkerung zurückzuführen.

Andererseits führte die Wiedervereinigung zu einer erhöhten Nachfrage nach westdeutschen Investitions- und Konsumgütern in Ostdeutschland. So konnte die westdeutsche Wirtschaft durch ihr dortiges Engagement zumindest in den ersten Jahren zusätzliche Gewinne verbuchen, die aber nur z.T. in das Gebiet der ehemaligen DDR zurückflossen. Schließlich erwies sich auch die Verlagerung der Hauptstadt von Bonn nach Berlin als wirtschaftsfördernd.

Dennoch ist das zu geringe Wachstum in den neuen Bundesländern noch immer eine Folge der früheren SED-Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bereits ein halbes Jahr nach seinem Machtantritt hatte Erich Honecker Ende 1971 die letzten Reste des noch in der DDR existenten Mittelstandes durch Enteignungen und andere Maßnahmen zerschlagen. Eine solch tragende soziale Schicht mit rentabler, Arbeitsplätze schaffender Industrie wächst daher seit der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern erst langsam wieder heran.<sup>13</sup> Zudem ist der Mittelstand auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 40 Jahren Diktatur und Planwirtschaft kapitalschwach und deshalb kaum zu umfassenden Investitionen imstande.

Aus diesem, aber auch aus anderen Gründen konnte der wirtschaftliche Transformationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bisher nur in einigen Regionen und nicht flächendeckend Erfolge zeitigen; insofern sind „blühende Landschaften“ nur in den Räumen Leipzig/Halle, Dresden und Brandenburg-Südwest ansatzweise entstanden.<sup>14</sup> Tatsächlich hat die enorme staatliche Wirtschaftsförderung im Osten zwar beträchtliche Erfolge gezeitigt, in der Fläche ist sie aber bislang gescheitert. Ohnehin dürfte die absehbare Entwicklung anders verlaufen. Strukturschwache Peripherie-Regionen werden weiterhin einigen ökonomisch starken Regionen gegenüberstehen, die zukünftig nun die Funktion von „Wachstumskernen“ ausüben sollen.<sup>15</sup>

---

12 „Wachstum und Freiheit“, in: FAZ vom 16.3.2006.

13 „Die Finanzprobleme der Ost-Länder haben tiefe Ursachen“, in: „Bayernkurier“ vom 11.2.2006.

14 Vgl. „Ostdeutschland bleibt förderungswürdig“, in: FAZ vom 26.7.2005. Daher werden die o.g. Regionen ab 2010 im Rahmen der EU-Regionalhilfe aus der Höchstförderhöhe herausfallen, da dort das Durchschnittseinkommen je Einwohner bereits auf über 75 % des EU-Durchschnitts gestiegen ist.

15 Vgl. hierzu auch die kritische Analyse des früheren Bundeskanzlers Helmut SCHMIDT, *Auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bilanz und Ausblick*, Reinbek 2005.

Die noch auf Jahre hinaus andauernden Transferleistungen, die ca. 70 Mrd. € jährlich im Rahmen des Solidarpakts II allein in der wiedervereinten Bundesrepublik ausmachen,<sup>16</sup> bleiben somit ebenso unverzichtbar wie die weitere Förderung durch die Europäische Union (EU) mit ca. 3 Mrd. € pro Jahr. Dabei stellt der Transformationsprozess in Ostdeutschland im Rahmen der europäischen Integration einen Sonderfall dar, weil sich die Förderung der EU nur auf eine bestimmte Region Deutschlands, nämlich die ehemalige DDR, bezieht und nicht auf das gesamte Staatsgebiet, wie etwa in Polen oder Tschechien.

Problematisch ist, dass diese enormen finanziellen Leistungen in den neuen Bundesländern bisher nicht immer für tatsächliche Investitionen aufgewendet wurden, da z.T. mehr als die Hälfte davon „zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Sozialkassen“ verwendet werden musste.<sup>17</sup> Es ist daher davon auszugehen, dass Arbeitsproduktivität und Netto-Löhne auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erst im Jahre 2020 das gegenwärtige West-Niveau erreichen. Dennoch hatten die privaten Haushalte in Ostdeutschland, die 1989 nur dem Standard eines durchschnittlichen westdeutschen Haushalts zu Ende der 1950er Jahre entsprachen, bereits Mitte der 1990er Jahre das westdeutsche Niveau von 1992 erreicht. Das bedeutet einen Wohlfahrtssprung von 30 Jahren innerhalb weniger Jahre!

Ohne Zweifel hat sich insgesamt ein rascher, allerdings noch über Jahre hinaus nicht abgeschlossener, gesamtwirtschaftlicher Anpassungsprozess an westdeutsche Verhältnisse und damit der Wandel zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vollzogen. Während der Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) von 9,0 % (1989) auf 3,3 % (2004) gesunken ist, und der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) von 45,9 % (1989) auf 26,3 % (2004) fiel, stieg die Beschäftigung im tertiären Sektor, den Dienstleistungen, von 45,1 % (1989) auf inzwischen 70,4 % (2004).<sup>18</sup> Diese Entwicklung zeigt, dass sich die neuen Bundesländer auf dem Weg zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft befinden.

### III

Die etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern von rund 20 % im Vergleich zu Westdeutschland zieht indes nicht nur beträchtliche

---

16 Als finanzschwache Länder erhielten die neuen Bundesländer im letzten Jahr mit 28,6 Mrd. € immerhin 87,3 % durch den bundesstaatlichen Finanzausgleich zu ihrer weiteren Förderung (Angaben aus einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums vom 13.3.2006).

17 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 415.

18 EBD. S. 413.

demographische Konsequenzen in den neuen Bundesländern selbst nach sich, sie erhält auch durch essenzielle demographische Veränderungen in Gesamtdeutschland, die gegenwärtig zu konstatieren sind, eine besondere Brisanz. Seit 1964 ist die Geburtenrate fast ausnahmslos stetig fallend, wie folgende Zahlen zeigen: 1964 = 1.357.304, 1965 = 782.310, 1990 = 905.675, 2005\* = 676.000 Geburten.<sup>19</sup> Diese Problematik ist mittel- und langfristig deshalb besonders folgenreich, weil Deutschland mit 1,36 Kindern je Frau ohnehin eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt aufweist. Betrachtet man die Zahl der Geburten pro 1.000 Einwohner, so liegt Deutschland seit über 30 Jahren weltweit auf dem letzten Platz.<sup>20</sup>

Auch wenn man z.B. in Rechnung stellt, dass die Kopfstärke der nachwachsenden Generation, die etwa für die Sicherung der Sozialsysteme in hochentwickelten Industriegesellschaften aufzukommen hat, in Südkorea vergleichsweise am stärksten gefallen ist, so ist die Relation zwischen älterer und jüngerer Generation im Vergleich zu den USA, Spanien, Südkorea und Polen in (Gesamt-)Deutschland immer noch am niedrigsten. Dies wird ebenfalls deutlich an dem Verhältnis von Geborenen und Gestorbenen in Deutschland, das seit Beginn der 1970er Jahre einen negativen Geburtensaldo aufweist.

In den neuen Bundesländern wiederum beläuft sich die Geburtenrate nur noch auf 1,3 %. Nach 1990 betrug sie sogar kurzfristig nur 0,77 %. Denn abgesehen davon, dass die sog. „natürliche Einwohnerbilanz“ (= das Verhältnis von Geburtenhäufigkeit und Sterberate) parallel zum gesamtdeutschen Bundesdurchschnitt stark negativ ist und im Jahre 2002 in den neuen Bundesländern den Minuswert von 5,4 % erreichte, gibt es keinen Zweifel an der Tatsache, dass hinsichtlich der zweiten Komponente der Bevölkerungsentwicklung, dem Verhältnis von Zu- und Fortzügen (= Wanderungsbewegung) in Ostdeutschland, ein eindeutiger Zusammenhang besteht: Je höher die regional-lokale Arbeitslosigkeit dort ist, umso größer ist der entstehende Wanderungsverlust. „In den Jahren 1991 bis 2002 sind aus den sechs ostdeutschen Bundesländern zusammen fast 780.000 Personen mehr in die westlichen Länder gezogen als in umgekehrter Richtung. Ostdeutschland hat auf diese Weise 4,3 % seiner Einwohnerschaft verloren.“<sup>21</sup> Auch wenn die Abwanderung inzwischen langsamer geworden ist, „entleert“ sich Ostdeutschland – demographisch gesehen – gegenwärtig weiter. Ebenso liegen die Geburtenzahlen dort konstant niedriger als in Westdeutschland. Durch Geburtenschwund, Arbeits-

19 Quelle: Statistisches Bundesamt/\*Schätzung.

20 Für eine stabile Bevölkerungszahl in Deutschland wäre eine Rate von 2,1 Kindern je Frau notwendig. Vgl. Steffen KRÖHNERT/Franziska MEDICUS/Reiner KLINGHOLZ, *Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Daten, Fakten, Analysen*, hg. vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, München 2006.

21 Thorsten ERDMANN, *Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 402–409, hier S. 406.

losigkeit und Massenabwanderung geraten vor allem ländliche Regionen in Ostdeutschland in eine wachsende Krisenlage. Das heißt, der schon seit Anfang der 1970er Jahre bestehende negative Trend in der Geburtenentwicklung in Gesamtdeutschland wird noch einmal verstärkt durch die in Ostdeutschland vorherrschende hohe Arbeitslosigkeit, was in einer noch negativeren Geburtenrate zum Ausdruck kommt.

Erschwerend kommt hinzu, dass es vor allem junge, qualifizierte Erwerbstätige bzw. Arbeitssuchende sind, die nach Westdeutschland ziehen, insbesondere in die prosperierenden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Auf diese Weise zerfällt das wiedervereinigte Deutschland sukzessive in Boom- und Schwundregionen. Dies bedeutet für Ostdeutschland sowohl eine schrumpfende Fertilität als auch nachlassende Kaufkraft. Für die dortigen Städte und Gemeinden heißt das, dass die Kommunen bei sich reduzierendem Steueraufkommen ihre notwendigen Ausgaben nicht mehr finanzieren können. Hält dieser Trend an, wobei der Alterungseffekt hinzukommt, wird die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Jahre 2020 nur noch 14,5 Millionen statt gegenwärtig noch 15,1 Millionen zählen. Das bedeutet, dass sich die Abhängigkeit Ostdeutschlands von finanziellen Transferleistungen weiter erhöhen dürfte – auch nach dem Ende von Solidarpakt II im Jahre 2019. Gegenwärtig hängen davon allein 850.000 Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern ab.

Solange es daher nicht gelingt, dort eine selbsttragende Wirtschaft zu errichten, bleibt Ostdeutschland in einer wirtschaftlichen und demographischen Abwärtsspirale gefangen. Das könnte mittel- und langfristig auch seine Attraktivität als Wirtschaftsraum gefährden und zwar nicht nur für Deutschland selbst, sondern auch als strategischer Wirtschaftsraum für die ost- und südosteuropäischen Länder.

#### IV

Der unumgängliche Umbau der Wirtschaftsordnung, die partielle Umschichtung des Arbeitskräftepotentials sowie die fortbestehende Arbeitsmigration können jedoch nicht nur aus rein ökonomischer Perspektive gesehen und beurteilt werden. Auch die sozialpsychologische Seite ist zu berücksichtigen. Es sind die beschäftigten Menschen, das Humankapital, die mit diesem in der Geschichte beispiellosen Umbruch, wie er in der DDR stattfand und in den neuen Bundesländern noch nicht zum Ende gekommen ist, fertig werden mussten und müssen; in der Regel bedeutete er eine völlige Veränderung ihrer bisher gewohnten Arbeits- und Lebensverhältnisse.<sup>22</sup> Spätestens nach 1990 be-

---

<sup>22</sup> Vgl. Hans-Joachim MAAZ, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1991 (mehrere Auflagen).

stand die gewohnte und tief verinnerlichte Arbeitsplatzsicherheit nicht mehr – im Gegenteil: Millionenfach wurden Arbeitsplätze wegrationalisiert oder fanden gravierende Veränderungen individueller Beschäftigungsverhältnisse statt. Auch wenn Arbeiter und Angestellte schon zu DDR-Zeiten Zeugen ihrer verfallenden Betriebe und sinkenden Produktivität geworden waren und deren umfassende Modernisierung selbst wünschten,<sup>23</sup> so betrachteten sie die nach 1990 tatsächlich erfolgende inner- wie außerbetriebliche Umstrukturierung mit zwiespältigen Gefühlen, wenn sie dadurch ihren Arbeitsplatz verloren und noch dazu über Jahre hinweg im gleichen Betrieb gearbeitet hatten. Zudem scheint die jahrelange Propaganda der SED und ihre ständige Verteufelung des Kapitalismus – der tatsächlich korrekte Begriff soziale Marktwirtschaft wurde bewusst nie verwendet – insbesondere bei älteren, ostdeutschen Arbeitnehmern noch stärker nachzuwirken. Scheinbar objektiv erfüllt(e) sich für viele beschäftigungslos Gewordene nun subjektiv deren Prophezeiung: „Kommt der Kapitalismus, kommt die Arbeitslosigkeit.“

Vor diesem Hintergrund wurde bzw. wird – bis heute – allzu häufig übersehen, dass es die SED und die von ihr geschaffene, über vier Jahrzehnte hinweg bestehende zentrale Planverwaltungswirtschaft gewesen ist, welche diesen umfassenden Transformationsprozess notwendig, ja absolut unverzichtbar gemacht hat. Auch wenn bei dieser weltweit bisher nie da gewesenem Umgestaltung im Verlauf der Wiedervereinigung unbezweifelbar Fehler geschehen sind, so darf nicht in Vergessenheit geraten, wer der eigentliche Urheber dieser totalen Fehlentwicklung gewesen ist: Die SED-Diktatur hatte 1989 nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht völlig abgewirtschaftet. Gerade diese unumstößliche Tatsache wird bisweilen von den Betroffenen vergessen bzw. verdrängt; gelegentlich sind Tendenzen zu einer DDR-Nostalgie – „Ostalgie“ – unverkennbar.<sup>24</sup>

23 Vgl. hierzu die u.a. auf „Oral history“ fußende, komparative Studie zweier Leipziger Betriebe, in welcher klar zum Ausdruck kommt, dass die Beschäftigten bereits ab Mitte der 1980er Jahre überzeugt davon waren, dass ein grundlegender Umbau der dort bestehenden Produktionsverhältnisse unaufschiebbar sei; Francesca WEIL, *Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära*, Köln/Weimar/Wien 2000.

24 Das wird auch deutlich durch die „Sächsische Längsschnittstudie 1987–2005“ ([http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/allg\\_Texte/Foerster\\_Peter/foersterstudie-2006.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Foerster_Peter/foersterstudie-2006.pdf)), die der frühere Leiter des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Prof. Dr. Peter Förster, mit den gleichen Probanden, der letzten Jahrgangsstufe der zehnklassigen Polytechnischen Oberschule (POS), seit 1987 wiederholt durchgeführt hat. Nicht zuletzt auf teilweise wiederholt erlebter Arbeitslosigkeit ist es sicherlich zurückzuführen, dass eine Integration in das demokratische und marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik nur verhalten erfolgt. Die auch vom methodischen Ansatz her an sich verdienstvolle Langzeitbefragung Försters krankt jedoch daran, dass dieser statt von sozialer Marktwirtschaft nur von „Kapitalismus“ spricht und ebenso ausschließlich vom „System“ der Demokratie, nie jedoch von ihrem normativen Wert als solchem; demge-

Im seit mehr als 15 Jahren ablaufenden Transformations- und Integrationsprozess zwischen West- und Ostdeutschland schält sich daher zunehmend die Erkenntnis heraus, dass „die innere Einheit Deutschlands ein psychosozialer Langzeitprozess ist, in dem es vor allem um das Aufbrechen und Ändern von mentalen und emotionalen Tiefenprägungen geht. Äußere Grenz-Fälle geschehen in der Regel plötzlich, schnell und oft auch laut. Innere Grenz-Fälle und Grenz-Überschreitungen verlaufen meist langsam, langfristig und still. Bei der inneren Einigung in unserem Lande geht es also in besonderer Weise um innere Grenz-Fälle, um innere Grenz-Überschreitungen. Geduld und langer Atem sind angesagt, mit sich selbst und mit seinen Mitmenschen.“<sup>25</sup>

In der Tat erweisen sich die unterschiedlichen, z.T. gegensätzlichen Sozialisationsprozesse und Lebenserfahrungen, welche die Deutschen in beiden deutschen Staaten, in Demokratie und Diktatur, oft über vier Jahrzehnte hindurch gemacht haben, als „lebenslastig“ im vollsten Wortsinn, in jedem Falle kollektiv wie subjektiv außerordentlich prägend. Der innere, psychologisch-mentale Integrationsprozess, der keineswegs nur eine Sache der Ostdeutschen ist, obwohl sie wesentlich stärker davon betroffen sind, sondern auch von den Westdeutschen bewerkstelligt werden muss, stellt sich aber auch deshalb als schwierig heraus, weil schon vor 1989 existente Probleme, wie etwa die demographische Entwicklung, die steigende Arbeitslosigkeit, das mangelnde Wirtschaftswachstum und die Staatsverschuldung mit den spezifischen Problemen der Wiedervereinigung seit 1990 zusammenfallen und sich potenziert haben. In bestimmten Bereichen erwächst daraus sogar eine Verschärfung dieser Probleme, was wiederum deren Lösung erschwert; so ist dies etwa im direkten Zusammenhang der demographischen Entwicklung in Gesamtdeutschland und der besonderen Krisenlage des ostdeutschen Arbeitsmarktes ganz offensichtlich. Insofern könnte ein positiver Fortgang des inneren deutsch-deutschen Integrationsprozesses durchaus eine Grundlage dafür abgeben, mit durchgreifenden Reformen die o. g. Probleme – neben weiteren – zu lösen oder zumindest teilweise beheben zu können. Doch insgesamt bleibt dies ein

---

gegenüber erwähnt Förster indes mit keinem Wort die in der DDR faktisch ausgeübte Diktatur und Repression durch die SED und das MfS, auch wird der ökonomische Zusammenbruch der DDR bzw. des gesamten Ostblocks aufgrund eines verfehlten Wirtschafts- und Produktionssystems kaum angesprochen. Insofern ist eine Reihe der in der Untersuchung gestellten Fragen als suggestiv zu bezeichnen. Die Studie wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert.

25 So zutreffend der ehemalige Professor für Geschichtsmethodik und Mitglied der SED, Wendelin SZALAI, *Sieben Anmerkungen*, in: Constanze JOHN/Kerstin SCHIMMEL (Hg.), *GrenzFall Einheit. Zwischenberichte aus Sachsen*, Leipzig 2005, S. 35–41; hier S. 39. Der Band vereinigt ganz unterschiedliche subjektive Erfahrungen des Transformations- und Integrationsprozesses seit 1989/90.

schwieriges Unterfangen, wie sich etwa am Beispiel der dringend notwendigen Erhöhung der Geburten in Deutschland zeigt: Auch höhere staatliche Sozialleistungen werden solange keinen durchschlagenden Erfolg erzielen, wenn die Sorge um den Arbeitsplatz grassiert, zu wenig Krippen- und Kindergartenplätze vorhanden sind oder insgesamt eine positive Einstellung zu Kindern gesamtgesellschaftlich zu schwinden beginnt.

Eine optimistischere Grunddisposition sowie ein übergreifendes Gemeinschaftsgefühl zwischen West- und Ostdeutschen lässt sich jedoch nicht befehlen oder künstlich herstellen; hierzu bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen, um kollektiv wie individuell eine entsprechend positive mentale Einstellung zu erzielen. Solange aber im wiedervereinten Deutschland weiterhin hohe Arbeitslosigkeit besteht und das Wirtschaftswachstum unzureichend bleibt, dürfte sich an der gegenwärtig vorherrschenden, eher pessimistischen Grundeinstellung der Deutschen kaum etwas ändern. Dass eine optimistischere Stimmung auch zu stärkerer Konsumtion führt, hat die Fußball-WM in Deutschland jüngst gezeigt.

## V

Es ist keine Frage, dass die enormen ökonomischen, sozialen und nicht zuletzt psychisch-mentalenen Umwälzprozesse bei den Bürgern der ehemaligen DDR auch Auswirkungen auf ihr Verhältnis zum neuen, politischen System der Demokratie hatten und haben, das in seiner westdeutschen Ausprägung zur grundlegenden politischen Ordnung in Ostdeutschland wurde.

Was zunächst ihre Akzeptanz der Demokratie angeht, so ist seit der Wende von 1989/90 eine sukzessiv sinkende Überzeugung in den neuen Bundesländern zu konstatieren. Auf die Frage, ob sie die beste Staatsform sei, hatten 1990 noch 41 % der Ostdeutschen mit „ja“ geantwortet, elf Jahre später waren es nur mehr 32 %.<sup>26</sup> „Als vorläufigen Höhepunkt demokratieskeptischer Grundhaltung, insbesondere der Ostdeutschen“ bezeichnen W. Hinrichs und R. Nauenburg die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vom September 2004, bei denen die bürgerlichen Parteien CDU und SPD zusammen in Brandenburg 14,5 % und in Sachsen sogar 16,7 % der Stimmen gegenüber 1999 verloren. Demgegenüber verzeichnete die PDS starke Zugewinne, zudem zogen die rechtsextremen Parteien DVU und NPD in beide Landtage ein.<sup>27</sup> Auch die „Linke“, ein Bündnis aus westdeutschen Linken und ostdeutscher PDS, bei der letzten Bundestagswahl im September 2005 erstmals

<sup>26</sup> Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Renate KÖCHER (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch für Demokratioskopie 1998–2002*, Allensbach 2002, S. 595.

<sup>27</sup> LUDWIG (wie Anm. 6), S. 393.



gemeinsam angetreten, erhielt immerhin 8,7 % der Wählerstimmen und wurde auf Anhieb viertstärkste Partei.

Gleichwohl wollen weder Ost- noch Westdeutsche die Mauer zurück; hier sind es in den alten Bundesländern gerade 6 % und in den neuen 5 %, die einen solchen Wunsch hegen.<sup>28</sup> Zudem ist das Verständnis im Westen für den „Aufbau Ost“ gewachsen; immerhin neun von zehn Befragten sind der Ansicht, dass dieser als gesamtdeutsche Verpflichtung weitergehen muss. Das spricht offensichtlich für einen stärkeren Zusammenhalt und gesamtdeutsches Denken, als es mitunter in den Medien kolportiert wird.<sup>29</sup>

Eine entscheidende Frage bleibt jedoch, inwieweit die schwierige wirtschaftliche Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern Rückwirkungen auf die bisherige, in den letzten Jahren gesunkene Akzeptanz der Demokratie zeitigt. In dieser Hinsicht geht die moderne sozialwissenschaftliche Forschung davon aus, dass es „die subjektive Bewertung der ökonomischen Situation in Form der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sowie der sozialen und öffentlichen Sicherheit“ ist, aus welcher der Grad der „Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen“<sup>30</sup> resultiert. Dementsprechend wird konstatiert, dass sich die Erwartungen der Ostdeutschen von „einer zügigen Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland“ nach 1989/90 als illusionär erwiesen hätten.<sup>31</sup> Die geweckten, aber nur teilweise erfüllten Erwartungen wirkten daher negativ auf die Demokratie Zustimmung der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt.

Der Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie, der allerdings wesentlich mehr als nur ein bloßer Wechsel der Systeme, sondern vor allem ein qualitativer normativer Sprung der politischen Grundordnungen gewesen ist, hat somit für viele Ostdeutsche subjektiv nicht das eingelöst, was man sich nach der Wiedervereinigung erhofft hatte. Entsprechend ist die pessimistische Auffassung – in Übereinstimmung mit den Westdeutschen – gleich hoch (90 %), dass sich das Lebensniveau zwischen den alten und den neuen Bundesländern viel später angleichen wird, als ursprünglich erwartet.<sup>32</sup> Überdies wird den etablierten Parteien nicht mehr zugetraut, den weiteren „Aufbau Ost“ erfolgreich zu bewerkstelligen – eine Auffassung, die indes auch in Westdeutschland an Boden gewinnt.<sup>33</sup> Dieser Einschätzung wohnt ebenfalls ein la-

28 „Kaum einer möchte die Mauer wiederhaben. Aktuelle Umfrage zu Stimmungen und Erwartungen in Deutschland 15 Jahre nach dem Fall der Mauer“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 8.11.2004.

29 EBD.

30 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 398.

31 EBD.

32 EBD.

33 Vgl. EBD. Die Hälfte aller Befragten in Ost- und Westdeutschland trauen weder SPD noch CDU ausreichendes Engagement für den Osten zu.

tent demokratienschädigendes Element inne, handelt es sich bei der bundesdeutschen Demokratie doch zuvörderst um eine Parteiendemokratie.

Vor diesem Hintergrund spielt die gegenwärtig schwierige Situation des Arbeitsmarktes, insbesondere der etwaige Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, eine ausschlaggebende Rolle.<sup>34</sup> Im Juli 2005 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland insgesamt 11,3 %; der Unterschied zwischen Westdeutschland (9,5 %) und Ostdeutschland (18,5 %) ist gravierend, dort wurde auch die höchste Quote mit 28,2 % in Uecker-Randow erreicht.<sup>35</sup>

Überdies ist der Erfahrungs- und Lernprozess der Demokratie, der den Westdeutschen durch die Ausnahmesituation der Nachkriegszeit seit dem „Korea-Boom“ von 1952 in Form von enormen Wachstumsraten, kontinuierlich steigendem Wohlstand und sozialer Sicherheit bis Mitte der 1960er Jahre erleichtert wurde, nach 1989/90 in Ostdeutschland keineswegs unter ähnlich günstigen ökonomischen Voraussetzungen erfolgt. Aller Voraussicht nach wäre der beiderseitige Integrationsprozess inzwischen erheblich weiter fortgeschritten, hätte es nach 1990 vergleichbare Rahmenbedingungen gegeben. Stattdessen geht „die besorgniserregend geringe Zustimmung zu den demokratischen Einrichtungen in Ostdeutschland auf einen Mix aus Erwartungsenttäuschung (wobei die Erwartungen teils illusionär waren und die Enttäuschung merklich verblasst), sowie auf eine als unsicher reflektierte zukünftige sozioökonomische Situation und die Wahrnehmung ungenügender Handlungschancen zurück“.<sup>36</sup> Hierfür lassen sich einige Indikatoren ausmachen, was z. B. im Wahlverhalten zum Ausdruck kommt: 55 bis 60 % der Ostdeutschen wählen „links“.

Auch ist der Hang unzufriedener Ostdeutscher virulent, für Oppositionsparteien zu stimmen oder jenen Parteien ihre Stimme zu geben, die sich gegenüber dem „System“ der Demokratie oppositionell verhalten oder zumindest gerieren. Dies zeigt auch der Zweitstimmenanteil der neuen Partei „Die Linke“, der in den neuen Bundesländern bei der Bundestagswahl 2005 bei 25,3 % lag im Vergleich zu 4,9 % in Westdeutschland.<sup>37</sup> Zudem ist der Glaube an die Versorgung durch den Staat (= „Versorgungsmentalität“) erheblich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Wenngleich die breite Mehrheit im wiedervereinten Deutschland nach wie vor keine grundlegenden Zweifel am Wert der pluralistischen Demokratie und dem Rechts- und Verfassungsstaat hegt, und unsere freiheitlich-demokratische

---

34 EBD. S. 399. Bereits knapp zwei Drittel der Westdeutschen halten es für schwierig, nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes wieder eine adäquate Stelle zu finden, in den neuen Bundesländern sind es demgegenüber 79 %.

35 Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

36 LUDWIG (wie Anm. 6), S. 401.

37 Der Bundeswahlleiter (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*.

Grundordnung einen unschätzbaren Wert für sich verkörpert, müssen die gegenwärtig unbefriedigenden ökonomischen Rahmenbedingungen, speziell die krisenhafte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit ihren potenziell Demokratie destabilisierenden Auswirkungen, auch aus diesem Blickwinkel sehr ernst genommen werden. Insofern ist eine rasche Belebung des Arbeitsmarktes aufgrund dezidierter und nachhaltiger Wachstumspolitik unerlässlich. Das heißt vor allem, in den neuen Bundesländern eine selbsttragende Wirtschaft zu schaffen, welche die Binnenmigration zwischen Ost- und Westdeutschland stoppt, Investitionen begünstigt und die Kaufkraft stärkt. Der Leitsatz hierzu heißt: Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein flexibler Arbeitsmarkt mit einem beschäftigungsfördernden Arbeitsrecht ist hierfür Voraussetzung. Dazu gehören die verstärkte Förderung der Bildungseinrichtungen, sowie eine Intensivierung der Forschung, um Innovationen und neue Technologien zu stimulieren. Angesichts der zusätzlichen Belastungen durch die aus demographischen und Kostengründen notwendige Reform unserer sozialen Sicherungssysteme sowie langfristig ansteigender Energiepreise dürfte die Lösung dieser Aufgaben schwierig genug bleiben. Gleichwohl gibt es dazu mittel- wie langfristig keine Alternative.

Dennoch muss abschließend betont werden, dass die genannten, z.T. schwerwiegenden Probleme, die das wiedervereinte Deutschland gegenwärtig zu schultern hat, nur allzu oft den Blick dafür verstellen, wie die Lage *vor* 1989 gewesen ist, als eine Wiedervereinigung utopisch erschien. Dieses so außerordentlich belastende Problem für die Deutschen in beiden deutschen Staaten, das eigentlich „deutsche“ Problem, schien angesichts der bestehenden politischen und militärischen Gemengelage zwischen Ost und West so gut wie unlösbar; auf jeden Fall schien es noch unüberwindbarer, als es die gegenwärtigen „Mühen der Ebene“ darstellen – ganz abgesehen davon, dass die bisher erzielten Erfolge keineswegs unterschätzt werden dürfen. Es ist daher durchaus hilfreich und stärkt den Blick für die bestehenden Realitäten, wenn man sich gelegentlich vergegenwärtigt, welche Bedeutung das Epochenjahr 1989 für Deutschland und die Deutschen gehabt hat – sie hat ihnen nach 40 Jahren Trennung die Einheit wiedergebracht.



# DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## Umweltpolitik in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl

### Einführung

#### Von Günter Buchstab

Die Umweltpolitik in den Jahren 1982 bis 1998 führt als Gegenstand kritisch prüfender Geschichtsforschung bisher ein Schattendasein. Im Vordergrund vor allem politikwissenschaftlicher Analysen stehen „die Erarbeitung und Analyse von Zielen, Prinzipien und Steuerungsformen der Umweltpolitik sowie die Bewertung implementierter umweltpolitischer Maßnahmen“<sup>1</sup>. Umfassende Untersuchungen unter historischer Perspektive, die die Voraussetzungen, Konfliktlinien, Inhalte, Ergebnisse, aber auch mögliche Versäumnisse der im Oktober 1982 ins Amt gekommenen Bundesregierung bis 1998 systematisch behandeln, liegen nicht vor, sieht man von einigen „vorläufigen Bilanzen“ ab.<sup>2</sup>

So sicher heute ist, dass 1945 keine „Stunde Null“ war, bei der Geschichte von Grund auf neu begann, wie die Zeitgenossen vielleicht glauben mochten, so sicher ist, dass auch 1982 nicht die Umweltpolitik neu erfunden worden ist. Auch hier reichen die Kontinuitätslinien in die Vergangenheit zurück, hat doch schon der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers Anfang der 60er Jahre den blauen Himmel über der Ruhr gefordert, bevor dieses Diktum Willy Brandt zugeschrieben wurde. Die SPD/FDP-Regierung hatte 1969 durchaus mit einem umweltpolitischen „Feuerwerk“ begonnen und u. a. 1971 einen Sachverständigenrat für Umweltfragen berufen und 1974 das Umweltbundesamt eingerichtet. Doch mit der ersten Ölpreiskrise und der an-

---

1 So Jürgen GROS, *Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktionen, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982–1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik*, Berlin 1998, S. 60.

2 Z.B. Helmut WEIDNER, *Die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung. Eine vorläufige Bilanz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 47–48* (1989), S. 16–28; Helmut WEIDNER/Martin JÄNICKE, *Vom Niedergang eines Vorreiters. Eine umweltpolitische Bilanz der Ära Kohl*, in: Göttrik WERNER (Hg.), *Bilanz der Ära Kohl*, Opladen 1998, S. 201–228. Neuerdings Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006, S. 361–392.

schwellenden Arbeitslosigkeit verpuffte dieses Feuerwerk der Reformlust erst einmal. Die Bevölkerung zeigte sich bei Befragungen extrem unzufrieden mit der damaligen Umweltpolitik. Auch in der Union grummelte es vernehmlich. Erinnerung sei nur an Herbert Gruhl, der sich schon Ende 1970 in einer ersten großen Debatte im Bundestag zum Umweltschutz zu Wort meldete.

Zwar hatte Bayern bereits 1970 als erstes Land ein Umweltministerium eingerichtet und sich 1971 in der CDU/CSU-Fraktion eine Parlamentariergruppe für Umweltfragen sowie im gleichen Jahr ein Unterausschuss „Umweltfragen“ im CDU-Bundesfachausschuss Strukturpolitik konstituiert, auch hatten CDU und SPD 1979 Umweltprogramme verabschiedet. Das gesellschaftliche Unbehagen ließ sich damit aber nicht dämpfen. Es wurde bestärkt durch eine Reihe von Umweltkatastrophen und artikulierte sich vor allem in Bürgerinitiativen und jenem Teil der ökologischen Bewegung, der zu militantem Protest neigte. Die Unzufriedenheit führte auch zur Gründung neuer Parteien – wie der GRÜNEN, die bald in den Landtagen vertreten waren und 1983 in den Bundestag einzogen, oder der 1981 entstandenen, aber weniger erfolgreichen ÖDP –, die sich diesem Politikfeld annahmen. Festgehalten werden muss allerdings vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Regierungen in Bund und Ländern, dass die „ökologische Frage“ keineswegs nur ein Reservat einer alternativen Bewegung war.

Als die Regierung Kohl 1982 ihr Amt antrat, bezeichneten der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) dennoch den Regierungswechsel als „Schwarzen Freitag der Umweltpolitik“. Allerdings strafte der neue Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann derartige Unkenrufe Lügen, bezeichnete er doch unmittelbar nach dem Regierungswechsel am 14. Oktober 1982 im Bundestag den Schutz der Umwelt neben der Sicherung des Friedens als die wichtigste Aufgabe unserer Zeit und ging diese Aufgabe mit großem Elan an. Schon 1983 paukte er mit der Großfeuerungsanlage die europaweit schärfsten Vorschriften zur Entstickung und Entschwefelung der Abgase aus hohen Schornsteinen durch. 1985 folgte die Abgasentgiftung durch Katalysatoren.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 war für Bundeskanzler Helmut Kohl der Grund, die bisher auf das Innen-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium verteilten Umweltkompetenzen zu bündeln. Sie wurden am 6. Juli 1986 im neu eingerichteten Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zusammengefasst. Noch im Dezember dieses Jahres wurde das Strahlenschutzvorsorgegesetz erlassen, 1989 die Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee verboten, 1990 die Abfallverbrennung auf hoher See eingestellt, 1990 – zwei Jahre vor Rio – Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt, die Erwärmung der Erdatmosphäre, getroffen, 1991 die Deutsche Bundesstiftung Umwelt eingerichtet; 1994 erfolgte schließlich die Einführung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz,

um nur einige Beispiele zu nennen. Eine besondere Herausforderung stellte schließlich die ökologische Sanierung der neuen Bundesländer dar; sie wurde viel schneller erreicht, als man dies angesichts katastrophaler Ausgangsbedingungen erwarten konnte. Entgegen aller Erwartungen war also die Umweltpolitik doch wohl ein Aktivposten der Kohl-Ära.

Dass diese Politik sich keineswegs von vornherein in allgemeinem Konsens vollzog, sondern auf vielfältige Konfliktlinien im politisch-institutionellen, ökonomischen-technischen und gesellschaftlichen Bereich traf, wird in den Beiträgen der Veranstaltung zur Ära Kohl deutlich, die am 24. Mai 2005 in Sankt Augustin stattgefunden hat.

Helmut Weidner, Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, führt in das verhältnismäßig junge Politikfeld ein, dessen politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung seit Mitte der 1970er Jahre zu einem der wichtigsten Themen wurde.

So sehr das Politikfeld Anfang der 80er Jahre sich einer breiten allgemeinen Zustimmung erfreuen konnte, so unvermeidlich waren die Kontroversen, die sich an der umweltpolitischen Praxis entzündeten. Wie stellte sich das Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie, etwa zwischen der Luftreinhaltung und der Sorge um Arbeitsplätze im Kohlebergbau, also zwischen aktiver Umweltpolitik und arbeitsplatzförderndem Wirtschaftswachstum dar? Dieser Frage geht Gerhard Voss nach, bis 2005 Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie beim Institut der deutschen Wirtschaft.

Die Mitwirkung der CDU und der Unionsfraktion am Umweltschutz und den Gesetzesinitiativen der Bundesregierung sowie Einflussnahmen der Landesregierungen beschreibt Klaus Lippold, der viele Jahre in den einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages, der Arbeitskreise in Fraktion und Partei gewirkt hat.

Das neue ökologische Denken konzentrierte sich bereits früh in schlagkräftigen Spitzenverbänden, wie z. B. BUND und BBU sowie in einer Vielzahl weiterer Verbände im Deutschen Naturschutzring. Die Sicht der Umweltverbände auf die Entwicklung der Umweltpolitik legt der Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings, Helmut Röscheisen, dar.





# **Ein neues Politikfeld – eine Bilanz aus Sicht der Wissenschaft<sup>1</sup>**

**Von Helmut Weidner**

Die moderne deutsche Umweltpolitik – im Sinne eines eigenständigen, institutionalisierten Politikfeldes – ist ein Kind der sozial-liberalen Regierungskoalition. Insofern hatte sie schon eine rund 13-jährige Entwicklungsgeschichte hinter sich, als die so genannte Ära Kohl im Jahr 1982 begann. Verglichen mit anderen Politikressorts war sie demnach „blutjung“. Ihr Profil hatte die Umweltpolitik durch das damals zuständige FDP-geführte Innenministerium bekommen, wo sich eine kleine Gruppe hoch engagierter und kompetenter Mitarbeiter der neuen Thematik annahm. Wesentliche Impulse zur Politikgestaltung kamen aber auch aus dem parlamentarischen Bereich, so insbesondere von der bereits 1952 gegründeten „Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaftsweise“ (IPA), einem Zusammenschluss von Länder- und Bundesparlamentariern. Einige Eckpfeiler der Umweltpolitik, etwa das „Sofortprogramm“ von 1970, waren sogar das Werk einer „Allparteien-Koalition“. Eine Umweltbewegung im eigentlichen Sinn gab es damals noch nicht, der Einfluss von Naturschutzverbänden auf die Politikgestaltung war eher gering; wichtiger waren Anregungen von damaligen umweltpolitischen Pionierländern wie USA, Schweden, teilweise auch Japan.

Einen gewissen Einfluss hatte auch die „Systemkonkurrenz“ mit der DDR, wo schon 1968 der Schutz der Umwelt Verfassungsrang erhalten hatte, im Jahr 1970 ein Umweltrahmengesetz erlassen und 1971 eine Art Umweltministerium gegründet worden war. Der weitgehend bloße Symbolcharakter dieser Institutionen braucht hier nicht näher erläutert zu werden.

## *1. Die umweltpolitische Ausgangslage*

Die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl trat ihr Amt in einer umweltpolitisch höchst turbulenten Zeit an. Sie war insbesondere durch einen weit verbreiteten Verlust an Vertrauen in den Problemlösungswillen der staatlichen Umweltpolitik geprägt. Auch ihre Problemlösungskapazität wurde stark bezweifelt. Obgleich in den vergangenen Jahren, und teils in beeindruckender Geschwindigkeit, ein auch international anerkannter breiter institutionell-rechtlicher Sockel geschaffen worden war, erschien vielen der Grundansatz („Politikstil“) weitgehend verfehlt, um drängende Umweltprobleme zufriede-

---

<sup>1</sup> Belegende und weiterführende Literatur enthält die abschließende Literaturliste, darunter insbesondere eigene Veröffentlichungen zum Thema.

denstellend lösen zu können. Dieser Politikstil wurde, besonders aus Kreisen der Wissenschaft, als hierarchisch, bürokratisch-regulativ, medial-selektiv, kurativ-,entsorgungstechnisch“ und im Ergebnis als ineffizient kritisiert. Während in der Gesellschaft die Meinung vorherrschte, dass die staatliche Umweltpolitik von wirtschaftlichen Interessen dominiert sei, kam aus Wirtschaftskreisen massive Kritik an vermeintlich wirtschaftsschädigenden umwelt-politischen Überreaktionen des Staates und gegen sein unökonomisches Instrumentarium. Diese schwierige Ausgangslage muss berücksichtigt werden, um die Leistungen der neuen Regierung angemessen beurteilen zu können.

Die „umweltpolitische Großwetterlage“ zu Beginn der Ära Kohl war noch von weiteren Faktoren beeinflusst, von denen hier nur die wichtigsten stichwortartig genannt werden:

- Die öffentliche Debatte zum sauren Regen und „Waldsterben“, verbunden mit Themen wie etwa der Gesundheitsschädigung durch innerstädtische Umweltbelastungen (beispielsweise Pseudokrup), hatte einen solchen Höhepunkt erreicht, dass Deutschland im Ausland verschiedentlich als „Weltmeister in Umweltangst“ bezeichnet wurde.
- Wenngleich wirtschaftliche Aufschwungzeichen zu sehen waren, gab es doch noch starke Nachwirkungen der Ölpreiskrise von 1973/74, die es vor allem erschwerten, strengere Emissionsgrenzwerte im Industrie- und Kraftwerksbereich durchzusetzen.
- In den öffentlichen Medien waren Umweltprobleme ein zentrales Thema, wobei in der Tendenz Katastrophenmeldungen überwogen und sehr kritisch über staatliche Umweltpolitik berichtet wurde.
- Aus der häufig in die öffentliche Umweltdebatte eingreifenden „scientific community“ kamen zunehmend kontroverse Problemanalysen und -lösungsvorschläge, die zum wachsenden Misstrauen in die Objektivität und Neutralität wissenschaftlicher Experten, ja zur generellen Infragestellung der ökologischen Kompetenz etablierter Wissenschaft beitrugen.

Im Konfliktfeld hatte die Umwelt- und Antikernenergie-Bewegung einen großen Aufschwung erlebt, zahlreiche Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen waren entstanden, und vormals eher „bedächtige“ Naturschutzorganisationen politisierten sich; insgesamt kam es zu einer breiten Organisation gesellschaftlicher Umweltinteressen. Die etablierten Parteien bekamen parteipolitische Konkurrenz, zunächst auf der Kommunal- und Landesebene, dann auf Bundesebene. Die „Grüne Partei“ bekam in der Bundestagswahl 1980 nur 1,5 Prozent der Stimmen, doch Ende 1982 waren Abgeordnete von „Grünen Parteien“ in sechs Landtagen vertreten, und 1983 zogen sie schließlich in den Bundestag ein.

Insgesamt war die umweltpolitische Großwetterlage in den achtziger Jahren unübersichtlicher, konfliktiver, teils militanter geworden. Das Spannungsver-

hältnis zwischen Ökologie und Ökonomie wurde nunmehr von relevanten Teilen der Umweltbewegung als ein struktur- und systemimmanenter Konflikt thematisiert, der nur durch radikale Systemänderung und nicht durch eine „Versöhnung“ zugunsten des Umweltschutzes gelöst werden könne.

## *2. Umweltpolitik unter der Regierung Kohl*

In dieser politisch aufgeheizten, sich radikalierenden Situation kam nun eine konservative, wirtschaftsnahe Regierung ins Amt. Vielen schien ausgemacht, dass in der Umweltpolitik nun noch mehr gebremst würde. Diese Befürchtungen schienen sich erst einmal zu bestätigen: Für den Umweltschutz zuständig wurde der als erkonservativ wahrgenommene CSU-Abgeordnete Friedrich Zimmermann, und in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 streifte Bundeskanzler Kohl nur kurz den Umweltschutz, dabei betonend, dass seine Regierung das „Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz stärken“ wolle.<sup>2</sup>

### *2.1. Ein verheißungsvoller Auftakt*

Doch schon die Rede von Innenminister Zimmermann im Bundestag am 14. Oktober ließ nicht nur Umweltbewegte aufhorchen, ganz besonders der Satz: „Umweltschutz ist neben der Vermeidung kriegerischer Konflikte die wichtigste Aufgabe der Menschheit in den nächsten Jahren.“ Und ganz anders, als man es gemeinhin von der staatlichen Umweltrhetorik erwartete, folgten dieser Rede rasch Taten, die wie Paukenschläge wirkten, im Inland wie im Ausland. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag zunächst auf dem Bereich der besonders strittigen Luftreinhaltungspolitik. Zwei Maßnahmen ragten heraus:

Schon wenige Monate nach Amtsantritt wurde die so genannte Großfeuerungsanlagen-Verordnung erlassen. Sie enthielt die europaweit strengsten Vorschriften zur Emissionsbegrenzung für Kraftwerke und große Industriefeuerungsanlagen. Etliche Länder, und dann auch die Europäische Gemeinschaft, haben diese Regelungen später übernommen. Bei der überaus schnellen Behandlung der äußerst komplizierten Materie kamen dem Innenminister die mehr als fünfjährigen Vorarbeiten der Umweltadministration zugute, die mangels politischer Unterstützung „schubladiert“ worden waren.

Im Juli 1983 machte der Innenminister einen überraschenden Vorstoß, die in den USA geltenden PKW-Abgasgrenzwerte als EG-Richtlinie durchzusetzen. Damit löste er großen Wirbel in der deutschen Automobilindustrie und

---

2 Heute gilt die Stärkung des Eigeninteresses der Wirtschaft am Umweltschutz als *conditio sine qua non* für eine erfolgreiche Umweltpolitik, in der damaligen politischen Atmosphäre wurde diese Aussage hingegen als Rückzug des Staates aus seinen umweltpolitischen Pflichten zugunsten wirtschaftlicher Interessen interpretiert.

in anderen EG-Mitgliedsländern aus. Nicht zuletzt aufgrund strategischer Ungeschicklichkeiten des Innenministers verzögerte sich die Umsetzung, doch letztlich wurde mit dieser „Hauruck-Strategie“ der Weg für die Einführung des Abgaskatalysators in Europa geebnet, und zwar gegen eine große, machtvolle Interessenkoalition aus Automobilindustrie, Automobilverbänden und ihren Unterstützern in Politik und Wissenschaft in Deutschland und in anderen automobilproduzierenden europäischen Ländern.

Die einschneidenden Maßnahmen gegen zwei Mitglieder aus der Gruppe der mächtigsten und „umweltpolitikresistentesten“ Industriebranchen brachten dem Innenminister im Lande viel Anerkennung, auch von politischen Gegnern. Die Maßnahmen trugen nicht nur zur Umweltentlastung bei, sondern auch entscheidend zur Dynamisierung der EG-Umweltpolitik. Deutschlands umweltpolitische Reputation stieg im Ausland erheblich an, andere Länder, die eine fortschrittliche Umweltpolitik betreiben wollten, beriefen sich nunmehr neben den USA und Japan immer mehr auf die Bundesrepublik. Bahnbrechende Zeichen wurden auch in der internationalen Umweltpolitik gesetzt: Im Juni 1984 richtete die Bundesregierung in München eine multilaterale Umweltkonferenz aus, die wesentlich dazu beitrug, dass es zu international koordinierten und wirkungsvollen Maßnahmen gegen den „sauren Regen“ kam, an denen sich nun auch mittel- und osteuropäische Staaten beteiligten. Dies galt als eine beachtenswerte und umweltpolitisch höchst dringliche Leistung, wenn man die bis dahin sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West auf den verschiedenen internationalen Umweltbühnen bedenkt.

Diesem verheißungsvollen Auftakt und der bis heute bestehenden Vorreiterrolle in wichtigen Bereichen der Luftreinhaltepolitik standen aber auch erhebliche Defizite gegenüber, die im Zeitablauf an Bedeutung in der umweltpolitischen Diskussion gewannen. Exemplarisch hierfür seien genannt: Die Ablehnung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen entgegen dem klaren internationalen Trend; im Natur- und Bodenschutz gab es nur schwache Regelungen, die eine Situationsverschlechterung nicht aufhalten konnten, behindernd wirkte hierbei insbesondere die so genannte Landwirtschaftsklausel; und schließlich verfolgte die Regierung einen konsequent „atomfreundlichen“ Kurs, der zur gesellschaftlichen Polarisierung beitrug.

Letzteres führte nach der Tschernobyl-Katastrophe Ende April 1986 zu einem rapiden Verlust des Vertrauens in die umweltpolitische Kompetenz des Innenministers, der für Strahlenvorsorge zuständig war. Hierauf reagierte die Regierung mit recht großem politischen Raffinement: Schon rund einen Monat nach der Reaktor-Katastrophe in Tschernobyl, am 5. Juni 1986, wurde das Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit (BMU) gegründet, womit symbolisch ein umweltpolitischer Neuanfang signalisiert wurde. Sicherlich hatten die unmittelbar bevorstehende Landtagswahl in Niedersach-

sen und die für Januar 1987 anstehende Bundestagswahl ebenfalls Einfluss auf diese Entscheidung.

Mit Walter Wallmann wurde allerdings ein nicht in Umweltfragen ausgewiesener Politiker zum ersten Bundesumweltminister ernannt. Dessen kurze und insgesamt wenig bemerkenswerte Amtsperiode ging zu Ende, als er hessischer Ministerpräsident wurde.

Im Mai 1987 wurde Klaus Töpfer zum Bundesumweltminister ernannt. Er war Umweltminister von Rheinland-Pfalz gewesen, Inhaber eines Lehrstuhls für Raumordnung und Landesplanung und Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen – mithin ein ausgesprochener und bekannter Umweltspezialist. Mit seiner Amtsübernahme kam wieder frischer Wind in die Umweltpolitik. Er trat von Anfang an sehr aktiv und medienorientiert auf. In seiner Amtszeit bis 1994 wurden wichtige Durchbrüche in der Umweltpolitik erzielt. Besonders hervorhebenswert sind die Konzepte zum Schutz von Nord- und Ostsee, die Erweiterung des Umwelthaftungsrechts, die Störfallverordnung, die steuerliche Förderung schadstoffarmer Automobile, die Einstellung der Abfallverbrennung auf hoher See sowie der Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee, die FCKW-Ausstiegsregelung (Deutschland war das erste Land weltweit, das Produktion und Verwendung des die Ozonschicht schädigenden FCKW einstellte), das Verbot von bleihaltigem Benzin, die Verpackungsverordnung und vor allem das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, das „Blaupause“ für Regelungen in etlichen anderen Ländern wurde.

Einige der Regelungen und Maßnahmen in der Amtszeit Töpfers hatten das Potenzial, den einengenden konventionellen Handlungsrahmen der Umweltpolitik zu sprengen und neue Wege für eine effektivere Umweltpolitik zu öffnen. Das 1990 vorgelegte Konzept zur Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen enthielt im internationalen Vergleich die mit am weitestgehenden Zielsetzungen. Die Ost-West-Umweltaktivitäten wurden ausgebaut: Nach dem Honecker-Staatsbesuch in Bonn intensivierte sich (ab 1987) die deutsch-deutsche Umweltkooperation, später auch mit anderen Ländern wie ČSSR, Ungarn, Bulgarien und UdSSR.

## 2.2. Umweltpolitik nach der Vereinigung

Der deutsche Vereinigungsprozess nach 1989 dominierte verständlicherweise die Regierungspolitik in der Anfangsphase, gleichwohl kam es zunächst nicht zu einem umweltpolitischen Rückschlag oder Stillstand. Im Rahmen der „Umweltunion“ (1. Juli 1990) wurden trotz der teilweise desaströsen Umweltzustände in der ehemaligen DDR sehr weitreichende Ziele gesetzt. Der Einigungsvertrag strebte an, die Einheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse auf hohem, mindestens jedoch auf dem in der Bundesrepublik erreichten Niveau zu fördern. Diese Programmatik wurde von großen Finanzmitteltrans-

fers und vielfältigen Fördermaßnahmen gestützt, beispielsweise durch die Ausrichtung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) auf Umweltsanierungsaufgaben, wofür zeitweilig rund 100.000 ABM-Stellen zur Verfügung standen. Ein Teil der hohen Sanierungskosten war selbstverschuldet, gab es doch bis dahin einen regen Müllexport von West nach Ost, obwohl das niedrige entsorgungstechnische Niveau in der DDR allgemein bekannt war.

Auf breiter Ebene wurden Umweltqualitätsverbesserungen erzielt, wenn auch häufig in ineffizienter Weise. Hierzu trug bei, dass das bundesdeutsche Umweltrecht den fünf neuen Bundesländern weitgehend „übergestülpt“ worden war. Damit wurde nicht zuletzt die Chance vertan, im Zuge des Vereinigungsprozesses die umweltpolitischen Verkrustungen, die allseits bekannt waren, systematisch zu beheben – stattdessen wurden durch so genannte Beschleunigungsgesetze die ökonomischen gegenüber ökologischen Interessen gestärkt. Hierzu gehört auch der Stromvertrag von 1990, durch den der Einfluss von drei westdeutschen Energieversorgungsunternehmen auf die gesamte Stromerzeugung und -verteilung im Beitrittsgebiet gesichert und eine politisch gesteuerte energiepolitische Wende nicht mehr realisierbar schien. Auf das Ergebnis der Bundestagswahl von 1994 wirkte sich dies alles jedoch nicht weiter hinderlich aus, was größtenteils auf neue Prioritäten in der politisch-gesellschaftlichen Debatte zurückgeführt werden kann. Die Nachfolge von Klaus Töpfer trat Angela Merkel an.

Wenn im Rückblick die Amtszeit von Minister Töpfer – insbesondere wegen seiner Leistungen auf der internationalen Umweltpolitikebene – manchmal in einem etwas verklärten Licht gesehen wird, darf darüber nicht vergessen werden, dass es auch erhebliche Defizite gab, so etwa beim Vollzug des Chemikaliengesetzes, beim Bodenschutz und bezüglich der Sanierung von Altlasten. Die Kernenergiepolitik blieb weiterhin stark strittig. Minister Töpfer beherrschte auch die Klaviatur der symbolischen Umweltpolitik, wie sich u. a. bei der Diskussion um die Einführung ökonomischer Instrumente schon 1989 zeigte: Im Sommer 1989, kurz vor der saarländischen Landtagswahl, startete eine hitzige Debatte um ökonomische Instrumente (speziell Öko-Steuern und Umweltabgaben), ausgelöst durch einen entsprechenden Vorschlag des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. In diese Debatte stieg Umweltminister Töpfer als damaliger CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl unverzüglich ein und erklärte Abgabensysteme zu einem Muss für eine rationale Umweltpolitik. In der Folgezeit hatte das aber keine politisch-praktischen Konsequenzen. Als bei der öffentlichen Präsentation des Umweltgutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen im Jahr 1994 der Ratsvorsitzende ein allmähliches Ansteigen des Benzinpreises bis zum Jahr 2005 auf 4 bis 5 DM befürwortete und es hierauf äußerst heftige Kritik von Wirtschaftsverbänden und Medienschelte gab, distanzierte sich Minister Töpfer rasch von diesem Vorschlag. Es wurde in diesem Zusammenhang kolportiert,

dass Bundeskanzler Kohl den Wirtschaftsverbänden zugesichert hatte, eine Öko-Steuer nicht einzuführen.

Aufgrund zunehmenden Widerspruchs zwischen vollmundigen umweltpolitischen Ankündigungen und schwacher Realisierung gab es besonders in den Medien eine zunehmend skeptische Sichtweise auf Umweltminister Töpfer, der u. a. als „Ankündigungsminister“ bezeichnet wurde. Diese Kritik war in ihrer Schärfe überzogen. Sie deutet auf eine unberechtigte Geringschätzung bzw. auf Unverständnis wichtiger Funktionen symbolischer politischer Handlungen hin. Diese sind manchmal das adäquate Mittel, fehlende parlamentarische oder parteipolitische Hausmacht zu kompensieren oder den Einfluss machtvoller Interessenorganisationen zu konterkarieren, um brisante Umweltthemen auf die politische Agenda zu bekommen. (Das spätere Beispiel des Konzeptes der „nachhaltigen Entwicklung“ zeigt recht deutlich die Defizite einer fehlenden öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsstrategie: Bis zum heutigen Tag geht vom Konzept der nachhaltigen Entwicklung, trotz seiner staatlichen Institutionalisation – und ähnlich wie im Falle des Konzeptes der „Lokalen Agenda 21“ – eine negierbar geringe öffentliche Mobilisierungswirkung aus.)

### 2.3. Umweltpolitik seit 1994 unter Angela Merkel

Die Amtszeit von Umweltministerin Merkel fand im Schatten neuer politischer Prioritäten statt, geprägt durch Massenarbeitslosigkeit, öffentliche Verschuldung und die so genannte Standortdiskussion. Es gewann eine breite Globalisierungsdebatte an Gewicht, die sich gegen den Umweltschutz richtete. Auch in der Gesellschaft sank der Stellenwert von Umweltschutz, blieb aber auf hohem Niveau. Im Unterschied zur erheblichen Verlangsamung des umweltpolitischen Weiterentwicklungsprozesses und zu restriktiven Teilmaßnahmen auf nationaler Ebene wurde jedoch weiterhin eine progressive internationale Umweltpolitik betrieben. Diese unterstützte, wenn große Hürden im Wege standen, der Bundeskanzler politisch und medienbezogen sehr wirksam: Es war beispielsweise Helmut Kohl, der 1988 auf der Toronto-Konferenz den Klimawandel zum politischen Problem Nummer eins erklärte und ebenfalls das sehr anspruchsvolle Ziel der Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 Prozent unterstützte. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1989 setzte er durch, dass Umweltschutz als ein vorrangiges Ziel auf die Tagungsagenda gesetzt wurde. Dem Umwelt-Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 gab er politisch Gewicht, mehr als jeder andere der zahlreichen anwesenden Regierungschefs. Dort betonte Bundeskanzler Kohl insbesondere die Notwendigkeit von Generationengerechtigkeit, indem er darauf verwies, dass unsere Kinder und Enkel unser Handeln in erster Linie daran messen würden, ob wir heute unseren Verpflichtungen zur Bewahrung der Schöpfung nachkommen. Selbst die stark regierungskri-

tische Tageszeitung taz schrieb anlässlich der wichtigen Klimakonferenz in Berlin 1995 (die den Weg frei machte für das so genannte Kyoto-Protokoll zwei Jahre später), der Kanzler habe „die richtige Rede mit richtigen Zielen an die richtige Adresse“ gehalten und lobte die gute Zusammenarbeit zwischen Umweltministerin und Umweltaktivisten. Michaela Hustedt, die damalige Umweltsprecherin der Bündnisgrünen, hob später den „kämpferischen Einsatz“ von Umweltministerin Merkel auf der wichtigen Klimasisung in Kyoto 1997 hervor; diesem Tenor schlossen sich die deutschen Umweltverbände weitgehend an. Gleichwohl muss in diesem Zusammenhang auch die schon erwähnte Rolle des Bundeskanzlers bei der Verhinderung einer CO<sub>2</sub>-/Klima-abgabe genannt werden. Im Übrigen weist die harte Ablehnung von Umweltsteuern oder -abgaben gerade in Wirtschaftskreisen auf ein generelles Muster in der deutschen Umweltpolitik hin: Zwar gehörte die scharfe Kritik an der „regulativen Umweltpolitik“ zum Standardrepertoire von vielen Wirtschaftsvertretern, doch richtete sich der härteste Widerstand in aller Regel gegen staatliche Vorstöße, ökonomische Instrumente einzuführen.

Insgesamt kann man, stark zusammenfassend, zur Amtszeit von Ministerin Merkel sagen: Trotz des vom Sachverständigenrat für Umweltfragen festgestellten „scharfen Gegenwindes“, der seit der tiefen Wirtschaftsrezession der Umweltpolitik ins Gesicht blies, kam es zu keinen fundamentalen Rückzügen, die etwa dem unter US-Präsident Reagan stattgefundenen umweltpolitischen Kapazitätsabbau vergleichbar wären. Die Umweltministerin förderte hingegen mit persönlichem Engagement eine anspruchsvolle Weiterentwicklung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung, doch blieben diese Bemühungen institutionell weitgehend erfolglos. Zum Ende ihrer Amtszeit war es aber doch zu einer erheblichen Verlangsamung des Prozesses umweltpolitischer Weiterentwicklung gekommen, und eine systematisch-strategische Fundierung der internationalen Umweltpolitik im nationalen Politikrahmen war trotz der bemerkenswerten und international hoch anerkannten „Umweltaußenpolitik“ nicht erreicht worden. Hierauf werde ich noch kurz zurückkommen.

### *3. Beurteilung und Charakterisierung der Umweltpolitik*

Die Bewertung dieses komplexen Politikgebietes muss hier ein wenig knapp und holzschnittartig ausfallen. Es gibt viele wissenschaftlich abgesicherte und anerkannte Bewertungskriterien für umweltpolitische Leistungen, die alle ihre Berechtigung haben, doch steht an vorderster Stelle in aller Regel die Frage nach den erzielten Effekten. Hier sei nur auf einige der wichtigsten Punkte hingewiesen: Es war, anders als in vielen anderen Industrieländern, eine Entkopplung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum erzielt worden, und in zahlreichen Bereichen der konventionellen Umweltpolitik (etwa Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung, Gewässerschutz) gehörte die Bundesrepublik



zur Gruppe der Vorreiterländer im internationalen Vergleich. Bei allen für eine erfolgreiche Umweltpolitik wichtigen Kapazitätselementen (institutionell-rechtlichen, technologischen und kognitiv-informationellen Kapazitäten) war ein Entwicklungsstand erreicht worden, der im internationalen Vergleich weit vorne rangierte. Hierzu gehört beispielsweise auch die 1990 gegründete deutsche Bundesstiftung Umwelt, die mit einem Stiftungskapital von über 1 Mrd. Euro europaweit die größte Stiftung ist. Die gute Platzierung im internationalen Vergleich kann allerdings nur partiell der staatlichen Umweltpolitik zugeschrieben werden: Einen guten Anteil daran hatten direkt und indirekt gesellschaftliche Akteursgruppen, Wissenschaft, umweltpolitisch progressive Kommunen, Bundesländer und „grüne Unternehmen“. Schließlich ist auch der Einfluss der politischen Opposition nicht unerheblich gewesen: SPD und „Grüne“ profilierten sich als ökologische Modernisierungsparteien und trugen damit zur Belebung der umweltpolitischen Konkurrenz bei.

Im Bereich des umweltpolitischen Instrumentariums sind ambivalente Ergebnisse zu verzeichnen: Es wurden zwar moderne, vor allem kooperationsorientierte Regelungssysteme gefördert (Umweltvereinbarungen, Selbstverpflichtungen der Industrie), doch mit der notwendigen systematischen Überprüfung oder gar Sanktionierung im Rahmen dieses flexiblen Instrumentariums haperte es stark. Hinsichtlich ökonomisch flexibler und effizienter Instrumente wurde kein eigentlicher Durchbruch erzielt. Im Wesentlichen dominierte weiterhin das hierarchisch-regulative Instrumentarium, darunter befinden sich auch Regelungen, die später aus der Oppositionsrolle heraus stark kritisiert werden, z. B. die hohen öffentlichen Fördermittel für alternative Energien sowie die Einführung der so genannten Fremdstromspeisung, die mit lukrativen Festpreisen zu einem Boom der Windenergie beitrug (Deutschland wurde 1997 Welt-Spitzenreiter auf diesem Gebiet).<sup>3</sup> Es fand keine grundlegende Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes statt, wie überhaupt die so genannten schleichenden, komplexen Probleme, für die keine technischen Lösungen verfügbar waren (etwa Biodiversitäts- und Naturflächenschwund) politisch weitgehend unbearbeitet blieben. Aus einer ökologischen Perspektive kann man sagen, dass die Umweltpolitik vorrangig die niedrig hängenden Früchte geerntet hatte, was dennoch politisch mit erheblichen Konflikten verbunden gewesen war. Der regulative, medial und technikorientierte Ansatz wurde nicht zu einem integrativen, d. h. insbesondere die verschiedenen, funktional zusammenhängenden Politikfelder verbindenden Ansatz weiterentwickelt; dem Umweltministerium waren hierfür wichtige Kompetenzen nicht gegeben worden (etwa in der Chemie- und Energiepolitik sowie im Naturschutz).

---

3 Anders als die meisten anderen Gesetzesvorlagen war das Stromspeisungsgesetz von 1991 vom Parlament eingebracht und von einer parteiübergreifenden Mehrheit verabschiedet worden.

In gewisser Weise erstaunlich ist, dass sich weltweit rasch verbreitende neue umweltpolitische Paradigmen (insbesondere „nachhaltige Entwicklung“ und „Lokale Agenda 21“) von der Regierungspolitik nicht effektiv aufgegriffen wurden, trotz der überaus großen Unterstützung des so genannten Rio-Prozesses durch Umweltminister und Bundeskanzler. Deutschland wurde damit ganz klar zu einem Nachzügler in der Nachhaltigkeitspolitik, was übrigens für geraume Zeit unter der nachfolgenden „rot-grünen Regierung“ so blieb. Und schließlich wurden in der gesellschaftspolarisierenden Kernenergiepolitik, vor allem zur Frage der langfristigen Entsorgungssicherheit, keine Durchbrüche oder stabile soziale Befriedungen erzielt.

Die Leistungen auf dem Gebiet der internationalen Umweltpolitik in der Ära Kohl sind als ambivalent zu bezeichnen. Es gab, wie erwähnt, sehr wichtige Anstöße sowohl für die internationale Umweltpolitik (auch der Einbezug von Umweltthemen auf den so genannten Gipfeltreffen der Staatsführer der Industrieländer war weitgehend dem Drängen des deutschen Bundeskanzlers zu verdanken) als auch zur Weiterentwicklung der Umweltpolitik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Beides wurde aber nicht zu einer systematischen supranationalen bzw. globalen Umweltpolitikstrategie ausgebaut. Darüber hinaus gehörte die Bundesrepublik in manchen Bereichen der EG-Umweltpolitik zu den Bremsern oder Nachzüglern, dies betrifft beispielsweise die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Umweltinformationsgesetz und das Umwelt-Audit-Gesetz (EMAS). Man kann deshalb von einem gewichtigen umweltpolitischen internationalen Strategiedefizit sprechen. Das ist besonders bemerkenswert, denn die Bundesrepublik war und ist aufgrund ihres ökologischen und wirtschaftlichen Verflechtungsgrades sowie ihrer Exportorientierung stärker als viele andere Länder von umweltrelevanten internationalen oder EG-Entscheidungen betroffen. Die von ihr maßgeblich angestoßene Dynamik nutzt die Regierung nicht im Sinne der so genannten „first mover advantages“. Andere Länder, die längst nicht das „umweltpolitische Schwergewicht“ der Bundesrepublik hatten, taten dies viel gezielter zur Gestaltung der internationalen Umweltpolitik in ihrem Sinne; das gilt etwa für Großbritannien im Falle der „Konkurrenz der Regulierungssysteme“ auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft.

#### *4. Ein kurzes Fazit*

Entgegen allen Erwartungen ist die Umweltpolitik insgesamt ein Aktivposten der Regierung Kohl geworden. Doch vom Niedergang, der die späte Ära Kohl kennzeichnet, blieb auch die Umweltpolitik nicht unberührt. Sie war in den letzten Jahren hochgradig von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt – ohne dass die wirtschaftlichen Mechanismen zugleich zu einer effektvollen Vitalisierung der ökonomischen Anreizstrukturen genutzt wurden, beispielsweise

durch erhöhte Transparenz- oder Partizipationsregelungen. Hierzu gehört auch die allen Proklamationen zum Trotz erfolgte Ausklammerung der Umweltfrage in der Steuerreformdebatte, obgleich die OECD immer nachdrücklicher eine „Ökologisierung der Steuersysteme“ forderte. Weiterhin hat die Bundesrepublik als einziges Land auf der gesamteuropäischen Umweltministerkonferenz in Aarhus (Dänemark) im Juni 1998 die Aarhus-Konvention nicht unterzeichnet, durch die der Zugang zu Umweltinformationen verbessert und eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung ermöglicht würde. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen äußerte dementsprechend in seinem Gutachten von 1998 harte Kritik an einem „weitgehend erstarrten Umweltkonzept“. In den letzten Jahren der Regierungszeit von Bundeskanzler Kohl wurde mithin zunehmend eine Politik der Verminderung staatlicher Problemlösungsfähigkeit betrieben, indem vorhandene Kapazitäten, die von der Regierung selbst und häufig gegen die Erwartungen ihrer Kritiker geschaffen worden waren, nicht ausgeschöpft oder sogar begrenzt wurden. Man kann deshalb, bezogen auf die Umweltpolitik der letzten Jahre der Ära Kohl, eher von einem „Pragmatismus des Durchwurstelns“ als von einer von vielen Akteursgruppen gewünschten und aus globaler Sicht für rational und notwendig gehaltenen „Strategie des visionären Pragmatismus“ sprechen.

#### *Literaturauswahl*

- BMU (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit):  
Zehn Jahre Bundesumweltministerium. Wegmarken der Umweltpolitik  
1986 bis 1996. Beilage zu Umwelt (BMU) 6. Bonn 1996.
- BMU: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit.  
Herstellung der ökologischen Einheit. Beilage zu Umwelt (BMU) 10. Bonn  
1997.
- BMU: 2. Nationalbericht 1997: Klimaschutz in Deutschland. Zweiter Bericht  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Rahmenüber-  
einkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Bonn 1997.
- BMU: Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung. Berichte  
der Arbeitskreise anlässlich der Zwischenbilanzveranstaltung am 13. Juni  
1997. Bonn 1997.
- BMU: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Entwurf eines umweltpoli-  
tischen Schwerpunktprogramms. Bonn 1998.
- DIERKES, M./ZIMMERMANN, K.: Umweltpolitik zwischen Erstarrung, Innova-  
tion und Überforderung. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umwelt-  
recht, H. 3 (1988), S. 197–208.
- HARTKOPF, G./BOHNE, E.: Umweltpolitik. Bd. 1: Grundlagen, Analysen und  
Perspektiven. Opladen 1983.

- JÄNICKE, M./WEIDNER, H.: Environmental Capacity in Germany. In: DIES. (Hg.): National Environmental Policies. A Comparative Study of Capacity-Building. Berlin/Heidelberg u. a. 1997, S. 133–155.
- KLINGEMANN, H.-D.: Umweltproblematik in den Wahlprogrammen der etablierten politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. In: R. WILDENMANN (Hg.): Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft. Wege zu einem neuen Grundverständnis. Stuttgart 1986, S. 356–361.
- KLOEPFER, M. (Hg.): Schübe des Umweltbewußtseins und der Umweltrecht-entwicklung. Bonn 1995.
- KNOEPFEL, P.: New Institutional Arrangements for the Next Generation of Environmental Policy Instruments: Intra- and Interpolicy Cooperation. Cahiers de l'IDHEAP No. 112. Lausanne 1993.
- MALUNAT, B. M.: Die Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. B 49 (1994), S. 3–12.
- MAXEINER, D./MIERSCH, M.: Öko-Optimismus. Düsseldorf/München 1996.
- MERTENS, M./MÜLLER, H. G.: Der Aufbau des Bundes-Umweltministeriums. In: Verwaltungsarchiv, Jg. 78 (1987), H. 4, S. 459–474.
- MEZ, L.: Energiepolitik. Internationale Entwicklungen und ihre Folgen für die Bundesrepublik Deutschland. In: J. SCHLOOTZ (Hg.): Tschernobyl – 4 Jahre danach. Wir sind noch einmal davongekommen? Berlin 1990.
- MEZ, L./WEIDNER, H. (Hg.): Umweltpolitik und Staatsversagen. Perspektiven und Grenzen der Umweltpolitikanalyse. Festschrift für Martin Jänicke zum 60. Geburtstag. Berlin 1997, S. 373–381.
- MÜLLER, E.: Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik – (Ohn)macht durch Organisation? Opladen 1986.
- OECD: OECD Environmental Performance Reviews: Germany. Paris 1993.
- OECD: Environmental Taxes and Green Tax Reform. Paris 1997.
- PEHLE, H.: Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ausgegrenzt statt integriert? Wiesbaden 1998.
- RASCHKE, J.: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind. Köln 1993.
- Schmidt, M. G.: Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992.
- SRU (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen): Umweltgutachten 1987. Stuttgart/Mainz 1987.
- SRU: Umweltgutachten 1994. Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart 1994.
- SRU: Umweltgutachten 1996. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart 1996.
- SRU: Umweltgutachten 1998. Umweltschutz. Erreichtes sichern – neue Wege gehen. Stuttgart 1998. Kurzfassung: Umweltpolitik. Bonn 1998.
- UBA (Umweltbundesamt): Daten zur Umwelt. Der Zustand der Umwelt in Deutschland. Ausgabe 1997. Berlin 1997.

- WEIDNER, H.: Die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung. Eine vorläufige Bilanz. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. B 47–48 (1989), S. 16–28.
- DERS.: 25 Years of Modern Environmental Policy in Germany. Treading a Well-Worn Path to the Top of the International Field. WZB-paper FS II 95–301. Berlin 1995.
- WEIDNER, H./JÄNICKE, M.: Vom Aufstieg und Niedergang eines Vorreiters. Eine umweltpolitische Bilanz der Ära Kohl. In: G. WEWER (Hg.): *Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998*. Sonderband der Zeitschrift *GEGENWARTSKUNDE*, Hans-Hermann Hartwich zum 70. Geburtstag. Opladen 1998, S. 201–228.
- WEY, K.-G.: *Umweltpolitik in Deutschland. Kurze Geschichte des Umweltschutzes in Deutschland seit 1900*. Opladen 1982.



# Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie

Von Gerhard Voss

Die Umweltpolitik ist seit jeher von einem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie geprägt. Dieses angespannte Verhältnis wird auch als widersprüchlich empfunden, denn die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist für die Menschen eine Überlebensfrage: Die Natur kann ohne die Menschen bestehen, die Menschen sind aber auf die natürlichen Ressourcen der Erde angewiesen. Leben, vor allem aber auch der Lebensstil in der industrialisierten Welt, ist unweigerlich mit Stoffverbrauch, mit der Nutzung der Energie- und Rohstoffvorräte verbunden, was Veränderungen und Belastungen für die Umwelt mit sich bringt. Während der Jahre 1982 bis 1998, also in der Ära Kohl, hat die Umweltpolitik auf Bundesebene einen eigenen Stellenwert erhalten. Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel und eine umfangreiche Gesetzgebung im Umweltschutz kam es zu einer deutlichen Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch. Bezüglich der ordnungspolitischen Einordnung des Umweltschutzes in die Soziale Marktwirtschaft sind allerdings auch in der Ära Kohl viele Fragen offen geblieben.

## 1. Einführung

Die Umweltpolitik der zurückliegenden drei Jahrzehnte stand unter der großen Überschrift: Grenzen des Wachstums. Dabei ging es allerdings weniger um die Bändigung ungezügelter Wachstumsprozesse, wie es noch in dem Bestseller von Dennis Meadows<sup>1</sup> prognostiziert wurde, sondern um die gesellschaftliche Akzeptanz mehr oder weniger rentabler Investitionen zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch. Das war und ist nicht allein eine Herausforderung an grüne oder linke Politik, sondern gerade auch an eine wertekonservative Wirtschafts- und Umweltpolitik, die nicht die Konfrontation sondern den nachhaltigen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie sucht.

Auf die wachstumspolitischen Hintergründe des Umweltschutzes hat schon der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten von 1978 hingewiesen: „Die Umweltpolitik ist zu Beginn der siebziger Jahre von einem Konsens getragen worden, der teilweise auf einer Unkenntnis der Zielkonflikte und Kosten einer konsequenten Umweltsicherung beruhte. Seitdem sich dieser Konsens als trügerisch herausgestellt hat, gerät das Interesse am Umweltschutz häufig in Widerspruch zum Wunsch, das Wirtschaftswachs-

---

1 Dennis MEADOWS, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972.

tum wie gewohnt zu steigern.<sup>2</sup> Der Erfahrungshintergrund zu dieser Erkenntnis war die Wachstumsschwäche während der 70er Jahre, durch die die Umweltpolitik unter dem Vorgänger von Helmut Kohl, in der Ära Helmut Schmidt, immer mehr in die Defensive geriet.

Die Diskussion um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltpolitik fand unter Helmut Schmidt einen politischen Höhepunkt in dem legendären Gymnicher Gespräch,<sup>3</sup> zu dem im Juni 1975 Bundeskanzler Helmut Schmidt die Gewerkschaften, die Umweltverbände, die Wirtschaft und die Politik eingeladen hatte, um die Umweltziele, die Anfang der 70er Jahre im Zuge der Reformprogrammatik der sozial-liberalen Koalition formuliert wurden, auf ein wirtschaftsverträgliches Maß zurückzuschrauben. Argumentiert wurde damals, Investitionen in Höhe von 50 Milliarden DM seien aufgrund zu anspruchsvoller Umweltziele, zu strenger Umweltauflagen und zu starrer Genehmigungsverfahren blockiert. In der Folge dieses Gesprächs wurden Ökonomie und Ökologie durch abgeschwächtere Gesetzesvorlagen politisch in ein besseres Gleichgewicht gebracht. Zudem wurde versucht, mit dem dort angestoßenen 16 Milliarden DM teuren keynesianisch ausgerichteten „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (ZIP) von 1977 eine Verbindung von Wachstum und Umweltschutz herzustellen.

#### Beispiel Klimapolitik:

Dieser politische Wettstreit zwischen Ökonomie und Ökologie ist heute noch genauso aktuell wie damals. Ein Beispiel des aktuellen Konflikts zwischen Wirtschaft und Umwelt ist die Klimapolitik. Sie befindet sich in einem regelrechten Dilemma: Ein wünschenswertes Wirtschaftswachstum steht in Konkurrenz zu der im Kyoto-Protokoll<sup>4</sup> geforderten absoluten Senkung der Emissionen von klimarelevanten Gasen. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die anderen Mitgliedsstaaten der EU, ja weltweit, wenn die Situation in den Schwellenländern und den armen Ländern der Dritten Welt betrachtet wird. Ein konsequenter, weltweit vorsorgender Klimaschutz ist bisher an den wirtschaftlichen Herausforderungen gescheitert. Die Bekämpfung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit in vielen Industrieländern, aber auch von Hunger und Armut in den Ländern der Dritten Welt, rangiert politisch vor dem vorsorgenden Klimaschutz.

2 Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (Hg.), *Gutachten 1987*. BT-Drs. 11/1568, Ziffer 1386.

3 Vgl. Edda MÜLLER, *Sozial-liberale Umweltpolitik. Von der Karriere eines neuen Politikbereichs*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B47–48/89 (1989), S. 8.

4 Bei diesem im japanischen Kyoto verabschiedeten Protokoll handelt es sich um eine Ergänzung der Klimarahmenkonvention, in dem die Reduktionsziele der Teilnehmerstaaten festgelegt sind.



Wie real der klimapolitische Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ist, zeigt nicht zuletzt das Beispiel USA. Bekanntlich ist die amerikanische Regierung aus dem Kyoto-Protokoll mit der Begründung ausgestiegen, dass die Einhaltung der Klimaschutzziele dem energiehungrigen US-Bürger wirtschaftlich nicht zugemutet werden könnte. Die kritischen Kommentare zu dieser amerikanischen Klimapolitik, die vor allem aus den EU-Ländern kommen, sind allerdings auch nicht besonders überzeugend, weil sie den auch dort schwelenden Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ignorieren. Ein Indikator dafür sind die Entwicklungen bei den Klimagasemissionen. Die Stagnation dieser Emissionen während der 90er Jahre in der EU ist nicht etwa die Folge einer konsequenten Klimapolitik, sondern das Ergebnis der akuten Wachstumsschwäche, die überwunden werden müsste. Wären allerdings schon während der 90er Jahre in der EU die Wachstumsraten realisiert worden, wie sie in dieser Zeit in den USA beobachtet werden konnten, dann sähe die klimapolitische Bilanz in der EU viel schlechter aus. Umgekehrt läge das Niveau der klimarelevanten Emissionen in den USA viel niedriger, wenn sie die schwache Wachstumsdynamik der EU in den 90er Jahren kopiert hätten.

#### Umweltpolitische Abstinenz der Parteien:

Die politischen Herausforderungen, die hinter dem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie stehen, haben die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit unterschätzt. Das gilt auch für den Stellenwert der Umweltpolitik in den Unionsparteien. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl, der von 1970 bis 1976 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Umweltvorsorge“ in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, galt vor allem wegen seiner schonungslosen Analyse<sup>5</sup> eher als ein Außenseiter in seiner Fraktion. 1978 verließ er die Partei und rief die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ) ins Leben, die sich 1979 mit der entstehenden Partei „Die Grünen“ zusammenschloss. Wegen der dominierenden Linkstendenzen trennte sich Herbert Gruhl 1981 von den „Grünen“, versuchte aber mit der Gründung der „Ökologisch-Demokratischen Partei“ (ÖDP) einen konservativen parteipolitischen Arm der Umweltbewegung aufzubauen, was aber ebenfalls gescheitert ist. Denn auch diese Gruppierung besetzte letztlich zu sehr systemkritische Positionen. Die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer auch umweltschonenden Wachstumsdynamik sowie dem technischen Fortschritt hat Herbert Gruhl seinerseits falsch einschätzt.

Das programmatische Defizit konservativer Politik in Deutschland, das Herbert Gruhl hinterlassen hat, konnte auch in der Regierungszeit von Hel-

---

<sup>5</sup> Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt/M. 1975.

mit Kohl, in der der Umweltschutz eine starke politische Aufwertung erfuhr, nicht wirklich ausgeglichen werden. Die Umweltpolitik war in dieser Zeit situationsbedingt weniger ordnungspolitisch als vielmehr reagierend und pragmatisch angelegt. Bis heute wird Umweltschutz in der politischen Auseinandersetzung eher mit linker und grüner Politik identifiziert, die interventionistisch gegen ökonomische Interessen gerichtet ist, als mit einer konservativen Programmatik, die auf einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie zielt.

#### Konfliktfelder:

Die wichtigsten Themenfelder, auf denen während der Ära Kohl der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie ausgetragen werden musste, waren:

- Luftreinhaltung und Gewässerschutz.
- Steuerung von Stoffströmen insbesondere durch die Abfallpolitik und die Chemiepolitik.
- Instrumentendiskussion. Streitobjekt waren vor allem fiskalische Instrumente (Umweltabgaben, Ökosteuern, Umweltzertifikate), die zu einer effizienten Minderung von Emissionen beitragen sollten.
- Gefährdung des Industriestandorts Deutschland. Gestritten wurde immer wieder darüber, wieweit eine Vorreiterrolle Deutschlands im Umweltschutz auch auf Kosten der Arbeitsplätze in den umwelt- und energieintensiven Industrien vertretbar ist.
- Nachhaltigkeitsstrategie. Im Vordergrund stand die Frage, wie langfristige Perspektiven, wie die Endlichkeit der Energie- und Rohstoffvorkommen, stärker das politische und wirtschaftliche Handeln bestimmen können.

Bei der Moderation dieser Konfliktfelder wurde in der Regierungszeit von Helmut Kohl auf die konzeptionellen Grundlagen zurückgegriffen, die von den Vorgängerregierungen entwickelt worden waren.

## 2. *Das programmatische Gerüst*

Den konzeptionellen Hintergrund der Umweltpolitik in Deutschland bildet eine Ziel- und Prinzipientrias, die allerdings eher in einem abstrakten, technokratischen Raum als vor dem Hintergrund eines realen Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie entwickelt wurde. Diese Ziele und Prinzipien sind im ersten Umweltprogramm der Bundesregierung<sup>6</sup> von 1971 enthalten, das den Reformkatalog der sozial-liberalen Koalition<sup>7</sup> von 1969 konkretisieren

6 Bundesminister des Innern (Hg.), *Umweltschutz. Das Umweltprogramm der Bundesregierung 1971*, Stuttgart 1972.

7 Regierungserklärung vom 28. Oktober 1964; Reformschwerpunkteprogramm vom Oktober 1970.

sollte. Ausgearbeitet wurde dieses Konzept von den Experten der Ministerialbürokratie, voran von dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Günter Hartkopf, und von den Sachverständigen einer umweltpolitisch ausgerichteten Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft<sup>8</sup>.

Das damalige Zielbündel der Umweltpolitik lautete:

- dem Menschen eine Umwelt sichern, wie er sie für seine Gesundheit und für ein menschenwürdiges Dasein braucht,
- Luft, Wasser Boden, Pflanzenwelt und Tierwelt vor nachteiligen Wirkungen menschlicher Eingriffe schützen,
- Schäden oder Nachteile aus menschlichen Eingriffen beseitigen.

Diese Ziele sollten auf der Grundlage der Prinzipientrias a) Vorsorgeprinzip, b) Verursacherprinzip, c) Kooperationsprinzip verwirklicht werden.

Im Grundsatz gilt dieses umweltpolitische Konzept mit der Ziel- und Prinzipientrias heute noch. Allerdings wurden gerade auch in der Ära Kohl Anpassungen an aktuelle Problemlagen sowie Zeitströmungen vorgenommen. Das zeigt sich besonders deutlich in der Umweltbilanz 1987<sup>9</sup> des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die unter der Regie von Klaus Töpfer erstellt wurde. Nach dem dort enthaltenen, erweiterten Zielkatalog dient die Umweltpolitik dem Schutz und der Erhaltung

- von Leben und Gesundheit des Menschen als oberste Verpflichtung jeden staatlichen Handelns,
- von Tieren, Pflanzen, Ökosystemen als natürliche Existenzgrundlagen des Menschen, wie auch um ihrer selbst willen,
- von Luft, Wasser, Boden, Klima als den natürlichen Ressourcen für vielfältige Nutzungsansprüche des Menschen,
- von Sachgütern als kulturelle und wirtschaftliche Werte des einzelnen und der Gemeinschaft.

Die wichtigste Erweiterung und Anpassung dieses Zielkatalogs besteht darin, dass der Natur und Umwelt ein Eigenwert zugewiesen wird und damit die Umweltpolitik nicht nur dem Leben und der Gesundheit der Menschen verpflichtet ist.

Umweltschutz in der Verfassung:

Diese Zielerweiterung hat dann in der Regierungszeit von Helmut Kohl auch zu einer entsprechenden Grundgesetzänderung geführt. Mit der Änderung des Grundgesetzes vom 27. Oktober 1994 (BGBl I S. 3146) wurde der Umwelt-

---

<sup>8</sup> Schon während der 60er Jahre hatten sich einige Bundestagsabgeordnete mit Spezialkenntnissen auf dem Gebiet des Umweltschutzes in einer Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

<sup>9</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [BMU] (Hg.), *Bilanz des BMU*, Bonn 1987, S. 11.

schutz in die Verfassung aufgenommen. „Der Staat“, so heißt es in dem eingefügten Artikel 20a, „schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen.“ Die rot-grüne Koalition hat mit einer Verfassungsänderung vom 26. Juli 2002 (BGBl I S. 2862) diesen Artikel noch um den Tierschutz erweitert. Der vollständige Artikel 20a GG lautet heute: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Damit gehört der Umwelt- und Tierschutz zu den Staatszielen.

Mit der Einfügung des Artikel 20a in das Grundgesetz wird aber in der Regierungszeit von Helmut Kohl nicht nur der „Eigenwert“ der Natur hervorgehoben, sondern mit Blick auf den Umweltschutz auch die Verantwortung für künftige Generationen postuliert. Damit wurde das umweltpolitische Vorsorgeprinzip herausgestellt und die aufkommende Diskussion um das Nachhaltigkeitsprinzip aufgegriffen, die gegen Ende der Ära Kohl immer mehr die umweltpolitische Szene bestimmte.<sup>10</sup>

Die programmatische Erweiterung, wie sie in Artikel 20a GG zum Ausdruck kommt, hat aber nicht zu einer grundsätzlich anderen umweltpolitischen Ausrichtung geführt. Allerdings wurde unter Berufung auf Artikel 20a GG und auf das Vorsorgeprinzip die Umweltpolitik immer weniger fachlich eingrenzbar. Der praktische Umweltschutz konzentrierte sich dennoch während der 80er und 90er Jahre auf Programme und Maßnahmen, mit denen bestimmte Emissionen bei den jeweiligen Verursachern (Industrie, Verkehr, Haushalte) reduziert werden sollten. Tendenziell ging es dabei immer weniger um die Lösung akuter Umweltprobleme, sondern um die vorsorgliche Verringerung der Belastung von Luft, Wasser und Boden mit Schadstoffen. Dieses eher interventionistisch angelegte Handlungskonzept wurde auch immer mehr auf den gesamten Ressourceneinsatz in der Volkswirtschaft ausgedehnt, was mit den Stichworten Stoffpolitik oder Effizienzstrategien umschrieben werden kann.

#### Primat der Politik:

Die Umsetzung der verschiedenen Programme und Maßnahmen hat zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Politik und den betroffenen Bereichen, insbesondere mit der Wirtschaft geführt. Die Auseinandersetzungen wurden häufig mit Hilfe von Gutachtern geführt, die entweder

---

<sup>10</sup> Vgl. Gerhard VOSS, *Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Darstellung und Kritik* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln 237), Köln 1997.

die externen Kosten<sup>11</sup> der jeweils betroffenen Emission bezifferten oder die Kosten der politisch geforderten Emissionsminderung im Sinne von Opportunitätskosten<sup>12</sup> in Wachstums- oder Arbeitsplatzverlusten umrechneten. Der eine Gutachter widersprach der anderen Expertise. Die Erfahrungen mit dem wissenschaftlichen Wettstreiten zwischen dem ökologisch oder ökonomisch ausgerichteten Wissenschaftler haben gezeigt, dass gerade auch in der Umweltpolitik, die sich zwar technokratisch und wissenschaftsnah artikuliert, über Ziele und das Design von Maßnahmen letztlich politisch entschieden werden muss.

Die Umweltpolitik in der Ära Kohl zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie sich nicht im Streit der Wissenschaftler über die ökologischen Notwendigkeiten oder die ökonomischen Folgen des Umweltschutzes verlor, sondern sich auf den Primat der Politik besonnen hat. Der Primat der Politik wurde gleich zu Beginn der Ära Kohl Richtschnur der Umweltpolitik. Deutlich kommt das in der innenpolitischen Leistungsbilanz 1982–1986<sup>13</sup> zum Ausdruck, die vom damaligen für den Umweltschutz zuständigen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) veröffentlicht wurde. In dieser Bilanz rangiert die Umweltpolitik an erster Stelle. Unter seiner Regie wurde vor allem in der Luftreinhaltepolitik der Streit zwischen Ökonomie und Ökologie politisch entschieden. So wurde das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) dahingehend geändert, dass für konkrete Programme und Maßnahmen nicht mehr die wirtschaftliche Vertretbarkeit für den Anlagenbetreiber, sondern der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit ausschlaggebend war. Auch Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat in seiner Zeit als Umweltminister den Primat der Politik in Anspruch genommen und sich gegen Interessen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Gewerkschaften und Umweltverbände durchgesetzt.

#### Ordnungspolitisches Defizit:

Allerdings hat diese neue Ausrichtung in der Ära Kohl keineswegs zu mehr ordnungspolitischer Klarheit in der Umweltpolitik geführt. In der 10. und 11. Legislaturperiode, also von 1983 bis 1990, wurden rund 70 umweltrelevante Gesetze und Verordnungen verabschiedet, die den Handlungsspielraum für die Wirtschaft und für den einzelnen Bürger einengten und bis hin zu technischen

11 Die externen Kosten beschreiben die finanziellen Belastungen, die der Allgemeinheit bei der Umweltnutzung entstehen, wenn sie nicht in die Kalkulation des Verursachers einfließen. Dazu gehören beispielsweise Schäden an Gebäuden oder Pflanzen (Waldschäden).

12 Die Opportunitätskosten beschreiben die Kosten, die alternativ für den Umweltschutz aufgewendet werden müssen.

13 Bundesminister des Innern (Hg.), *Innenpolitische Leistungsbilanz 1982–1986*, Bonn 1986.

Einzelheiten regelten, wie der Umweltschutz praktiziert werden soll. Eine ordnungspolitische Sünde in der Ära Kohl, die Festlegung von Recyclingquoten in Kombination mit Pflichtpfandregelungen in der Verpackungsverordnung (VerpackV) von 1991 hat bis heute umweltpolitische und ökonomische Spuren hinterlassen. Aus ordnungspolitischer Sicht fehlt dem Umwelt- und Ressourcenschutz bis heute die konsequente Einbindung in die Soziale Marktwirtschaft.

So war auch die Umweltpolitik in der Regierungszeit von Helmut Kohl an der Entwicklung eines ökologischen Ordnungsrahmens in Deutschland beteiligt, der als starr, bürokratisch und ökonomisch wenig effizient eingestuft wird und das Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie eher noch verschärft als abgebaut hat. Allerdings ist dieses Defizit auch in der Ära Kohl erkannt worden, und es wurden Versuche gestartet, gegenzusteuern. Eines der wichtigsten Projekte in diesem Zusammenhang war die Einsetzung einer Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch im Jahr 1992 durch Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Die Kommission erhielt den Auftrag, innerhalb von fünf Jahren ein Umweltgesetzbuch zu erarbeiten, das die Zersplitterung des deutschen Umweltrechts beseitigen und die Grundlagen für eine effizientere Umweltpolitik schaffen sollte. Die Kommission legte ihren Entwurf im September 1997 vor, der politisch allerdings aus den verschiedensten Gründen, die hier nicht erläutert werden können, nicht umsetzbar war.<sup>14</sup> Zu den umweltpolitischen Vorhaben der Großen Koalition unter Angela Merkel gehört nun wieder die Schaffung eines Umweltgesetzbuches.

### 3. Institutionelle Verankerungen

Die Zuständigkeit für die Umweltpolitik innerhalb der Bundesregierung war ursprünglich auf die Ressorts von Innen-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium verteilt. Nach Bildung der sozial-liberalen Koalition wurde Anfang der 70er Jahre unter dem damaligen Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher im Bundesinnenministerium die Umwelta Abteilung ausgebaut, in der das Reformprojekt Umweltschutz programmatisch betreut und mehrere grundlegende Umweltgesetze wie das Abfallbeseitigungsgesetz und das Bundesimmissionschutzgesetz vorbereitet wurden. Bis zum Ende der sozial-liberalen Koalition im Jahr 1982 wurde das Innenministerium von Ministern besetzt, die der FDP angehörten. Dazu zählten neben Hans-Dietrich Genscher die Bundesinnenmi-

---

14 Einen ausführlichen Bericht über dieses Vorhaben bietet Eberhard BOHNE, *Das Umweltgesetzbuch als Motor oder Bremse der Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Verwaltung? Vorträge und Diskussionsbeiträge auf der Tagung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 22. bis 24. Oktober 1997* (Schriften der Hochschule Speyer 131), Berlin 1999.

nister Werner Maihofer und Gerhard Baum, die dem Umweltschutz hohe Priorität einräumten, aber wegen zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten in ihrer Regierungszeit nur wenig Reformvorhaben durchsetzen konnten.

Auch in der Regierungszeit von Helmut Kohl gehörte der Umweltschutz von 1982 bis 1986 in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums, das damals Friedrich Zimmermann (CSU) leitete. Kurz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl wurde am 6. Juni 1986 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gegründet. Institutionell blieb die Zuständigkeit für den Umweltschutz aber zwischen Bund und Ländern aufgeteilt, was auch zu einer immer größeren Zersplitterung des Umweltrechts in Deutschland geführt hat.

Von der Gründung des BMU an bis 1998 lag die Zuständigkeit für den Umweltschutz dann kontinuierlich bei einem CDU-Minister. Der erste Bundesumweltminister, Walter Wallmann, leitete das Ministerium allerdings nur knapp ein Jahr, bis er hessischer Ministerpräsident wurde. Insbesondere sein Nachfolger, Klaus Töpfer, der das Ressort vom 7. Mai 1987 bis zum 17. November 1994 leitete, hat die Umweltpolitik in der Ära Kohl geprägt. Vom 17. November 1994 bis zum 27. Oktober 1998 war Angela Merkel in der Regierung Kohl verantwortlich für die Umweltpolitik, die wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer mehr in die Defensive gelangte. Umweltpolitisch kam die Ära Kohl in die gleiche Situation, in die Helmut Schmidt am Ende seiner Regierungszeit geraten war: Wegen des schwachen Wirtschaftswachstums verlor der Umweltschutz an Akzeptanz.

#### Sachverständige Beratung:

Die Umweltpolitik ist seit jeher aber auch ein Politikfeld, das stark durch wissenschaftliche Institutionen der politischen Beratung geprägt ist. Vor allem hat der 1971 von der Bundesregierung eingerichtete „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen“ mit seinen vielen Gutachten der Umweltpolitik wichtige Impulse gegeben. Dieses ursprünglich beim Bundesminister des Innern angesiedelte Gremium ist seit der Gründung des BMU dem Bundesumweltminister zugeordnet.

1974 wurde mit dem Gesetz über die Errichtung eines Umweltbundesamtes (BGBI I S. 1505) eine Einrichtung gegründet, die folgende Aufgaben wahrnehmen sollte:

- die wissenschaftliche Unterstützung des Bundesumweltministeriums,
- die Einbringung wissenschaftlichen Sachverständes in den Vollzug von Gesetzen,
- die Sammlung und Bereitstellung von Umweltdaten,
- die Information der Öffentlichkeit in Fragen des Umweltschutzes.

Diese Berliner Behörde, die inzwischen mehr als 1.000 Beschäftigte zählt, von denen die Hälfte über eine Ausbildung an Hochschulen oder Fachhochschulen aus allen wissenschaftlichen Disziplinen verfügt, ist praktisch in alle umweltpolitische Belange einbezogen, wobei die Grenzen zwischen wissenschaftlicher Beratung und politischer Einflussnahme oft verschwommen sind. Geleitet wurde das Amt bis 1995 von Heinrich von Lersner, der sich der sozial-liberalen Koalition verbunden fühlte und sein Amt auf die umweltpolitischen Reformideen dieser Koalition eingeschworen hatte. Seit 1995 wird das Amt von Andreas Troge (CDU) geleitet.

Noch während der Regierungszeit von Helmut Kohl wurde 1992 zudem ein „Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) berufen, der jährlich ein Gutachten zur Lage der globalen Umweltveränderungen und ihrer Folgen erarbeitet. Die Gründung dieses Beratergremiums spiegelt die inhaltliche Verschiebung umweltpolitischer Problemlagen wider. In den 90er Jahren traten, abgesehen von der ökologischen Sanierung der Neuen Bundesländer, die globalen Umweltprobleme, voran der Klimaschutz, immer mehr in den Vordergrund.

Einfluss auf die Umweltpolitik haben in der Regierungszeit von Helmut Kohl auch Enquete-Kommissionen genommen. Dabei handelt es sich um Einrichtungen der Politikberatung, in denen Sachverständige, die nicht dem Bundestag angehören, gemeinsam und gleichberechtigt mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages ein vom Bundestag übertragenes Thema bearbeiten. Vor allem die Klimapolitik sowie die Diskussionen um die Stoffpolitik (Chemiepolitik) und das Nachhaltigkeitsprinzip wurden von Enquete-Kommissionen begleitet. In die Ära Kohl fallen folgende umweltpolitische Kommissionen, deren Beratungsergebnisse in umfangreichen Bundestagsdrucksachen festgehalten sind:

- 10. Wahlperiode 1993–1987: „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ (Drs. 10/1581),
- 11. Wahlperiode 1987–1990: „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ (Drs. 11/310),
- 12. Wahlperiode 1990–1994: „Schutz der Erdatmosphäre“ (Drs. 12/302, 12/419, 12/8600) sowie „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“ (Drs. 12/1290, 12/1951).

In diesen Kommissionen wurden insbesondere für die Klimapolitik, die Chemiepolitik sowie die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesrepublik Deutschland wichtige Weichen gestellt. Beispielsweise geht das klimapolitische Ziel, die Kohlendioxidemissionen um 25 Prozent zu reduzieren, auf die erste Klimaenquete zurück.



#### *4. Erfolge*

Die ökologischen Erfolge der Umweltpolitik in den zurückliegenden 30 Jahren sind beeindruckend. Praktisch alle umweltpolitisch relevanten Emissionen sind seit den 70er Jahren drastisch zurückgegangen. Auch der Ressourcenverbrauch in der gesamten Volkswirtschaft ist effizienter geworden. Wurden 1960 noch 840 kg Rohstoffe und Energieträger eingesetzt, um einen Wert von 1.000 DM des Bruttoinlandsproduktes zu erstellen, so waren es im Jahr 2000 gerade noch die Hälfte. Große Fortschritte wurden auch während der 80er Jahre gemacht, in denen vor allen Dingen auch die Gesetze zur Luftreinhaltung und für den Gewässerschutz verschärft wurden. Während der 80er Jahre wurden durch die Gesetzgebung die Emissionen soweit reduziert, dass sich die Umweltpolitik immer mehr von der akuten Gefahrenabwehr hin zur ökologischen Vorsorge bewegte.

Der Prozess der Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Umweltverbrauch konnte auch in den 90er Jahren fortgesetzt werden, die umweltpolitisch von der ökologischen Sanierung der Neuen Bundesländer geprägt waren. Auch in dieser Zeit konnten vor allem die Luftemissionen weiter reduziert werden, was allerdings auch auf den Strukturwandel in den Neuen Bundesländern mit der Schließung vieler energieintensiver Industriebetriebe zurückzuführen ist. Die Erfolge sind aber zugleich das Ergebnis einer konsequenten Übertragung des deutschen ökologischen Ordnungsrahmens auf das Gebiet der ehemaligen DDR.

---

**Ressourcenintensität<sup>1)</sup> der deutschen Volkswirtschaft I**


---

	1960	1970	1980	1990	1991	1995	2000 <sup>6)</sup>
Rohstoffe und Energieträger – kg je 1.000 DM BIP	840,0	737,4	607,0	466,6	517,7	493,9	446,8
Primärenergiever- brauch im Inland (Mio. t SKE) – kg je 1.000 DM BIP	211,5	218,2	193,4	155,6	169,7	157,6	147,8
Endenergiever- brauch (Mio. t SKE) – kg je 1.000 DM BIP	145,6	149,0	127,3	100,6	107,6	102,7	96,5
Wasserverbrauch m <sup>3</sup>	20,3	21,1	22,0 <sup>4)</sup>	17,3 <sup>5)</sup>	17,4	15,8	14,2
Abwasser m <sup>3</sup>	17,5	18,9 <sup>3)</sup>	19,4 <sup>4)</sup>	15,3 <sup>6)</sup>	15,0	13,2	12,2
Luftemissionen – kg je 1.000 DM BIP	567,9	502,5	407,5	287,7	341,4	298,7	274,3

---

<sup>1)</sup> Verbrauch je 1.000 DM reales BIP in Preisen von 1991.

<sup>2)</sup> Steinkohleneinheiten.

<sup>3)</sup> 1975.

<sup>4)</sup> 1983.

<sup>5)</sup> 1983.

<sup>6)</sup> Schätzung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln.

Quelle: Ursprungsdaten Umweltökonomische Gesamtrechnungen.

**Ressourcenintensität<sup>1)</sup> der deutschen Volkswirtschaft II**

	1991	1995	2000	2002	2003	Veränderg. 2002/2003 zu 1991 in %
Primärenergiever- brauch im Inland (Mio. t SKE)	498,5	485,6	490,0	488,7	489,1	-1,9
- kg SKE je 1.000 Euro BIP	291,5	269,9	248,7	245,8	246,3	-15,5
Rohstoffentnahme und Import <sup>2)</sup> (Mio. t)	1.435	1.454	1.410	1.328	1.311	-8,6
- kg je 1.000 Euro BIP	838,6	807,3	715,7	668,0	660,4	-21,2
Treibhausgase (Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalent)	1.194	1.099	1.014	1.026	1.015	-15,0
- kg CO <sub>2</sub> je 1.000 Euro BIP	697,8	610,2	514,7	516	511,8	-26,7
Schwefeldioxid (Mio. t SO <sub>2</sub> )	3.996	1.937	636	611	-	-84,7
- kg SO <sub>2</sub> je 1.000 Euro BIP	2,3	1,1	0,32	0,31	-	-86,5
Stickoxide (Mio. t NO <sub>x</sub> )	2.610	2.000	1.639	1.499	-	-42,6
- kg NO <sub>x</sub> je 1.000 Euro BIP	1,5	1,1	0,8	0,8	-	-46,7
Wasserabgabe (Mio. m <sup>3</sup> )	51.041	48.642	44.766	43.727	-	-14,3
- m <sup>3</sup> je 1.000 Euro BIP	29,8	27,0	22,7	21,9	-	-26,5
Siedlungs- u. Verkehrs- fläche (km <sup>2</sup> )	40.305 <sup>3)</sup>	42.052 <sup>4)</sup>	43.459	44.367	44.750	+11,0
- m <sup>2</sup> je 1.000 Euro BIP	23,5	23,3	22,1	22,3	22,5	-4,3

<sup>1)</sup> Ressourcenverbrauch je 1.000 Euro Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995.

<sup>2)</sup> Verwendete Entnahme abiotischer Rohstoffe und importierter abiotischer Rohstoffe.

<sup>3)</sup> 1993.

<sup>4)</sup> 1997.

Quelle: Ursprungsdaten Umweltökonomische Gesamtrechnungen 2004.

Einen entscheidenden Anteil an der Reduktion von Emissionen und des Ressourcenverbrauchs haben auch die strukturellen, marktbedingten Entwicklungen in der Wirtschaft. Der Rückgang des industriellen Sektors, die Verlagerung der umwelt- und energieintensiven Produktionen sowie der allgemeine technische Fortschritt haben die Umweltbelastungen in den zurückliegenden Jahrzehnten spürbar verringert.

### 5. Die Rolle der ökonomischen Instrumente

Die ökologischen Erfolge der Umweltpolitik sind aber keineswegs ein Beleg für ihre ökonomische Effizienz. Denn ordnungspolitisch haben sich die Umweltpolitiker auch in der Ära Kohl bei der ökologischen Steuerung mehr auf das wenig effiziente Ordnungsrecht gestützt. Der ökologische Instrumentenkatalog reicht von der marktwirtschaftlichen Rahmensteuerung bis hin zu detaillierten ordnungsrechtlichen Vorgaben, die allerdings umweltökonomisch als wenig effizient eingeordnet werden:

Allgemeine Rahmensteuerung	Information, Beratung, Förderung des Umweltbewusstseins
Marktsteuerung	Privatisierung von Umweltgütern, Gefährdungshaftung
Mengensteuerung	Emissionshandel
Preissteuerung	Abgaben, Ökosteuern, Subventionen
Kooperationslösungen	Kompensationen, Freiwillige Selbstverpflichtungen
Spezielle Rahmensteuerung	detaillierte ordnungsrechtliche Vorgaben

Aus instrumenteller Sicht gehen die Erfolge im Umweltschutz hauptsächlich auf die vielen detaillierten ordnungsrechtlichen Vorgaben des Staates bezüglich der Nutzung der Umweltmedien zurück. Allerdings ist eine quantitative Zuordnung der Erfolge zu bestimmten umweltpolitischen Instrumenten schwierig. Sicher ist aber, dass die Verbesserung der Qualität von Luft, Wasser, Boden und der Abfallentsorgung, soweit sie auf den Einsatz bestimmter umweltökonomischer Instrumente und umweltpolitischer Gesetze zurückzuführen sind, hauptsächlich durch die ökonomisch wenig effizienten ordnungsrechtlichen Vorgaben erreicht und damit relativ teuer erkaufte wurden.

Diskussionen über Ökosteuern:

Bezüglich der Instrumente wurde in der Ära Kohl besonders über die Ökosteuer gestritten. Während der 90er Jahre kam es zu einem regelrechten programmatischen Wettlauf der politischen Parteien zur Einführung von Öko-

steuern oder der Durchführung einer ökologischen Steuerreform.<sup>15</sup> Die Rolle des Vorreiters hatte dabei die Partei Bündnis 90/Die Grünen übernommen. Sie hatte die ausgefeiltesten Vorschläge gemacht. Die anderen Parteien segelten sozusagen im Schlepptau der grünen Programmatik mit, wobei aber typische Akzente gesetzt wurden:

- Bündnis 90/Die Grünen standen für eine Programmatik, die mit Hilfe von Ökosteuern den Umbau der Industriegesellschaft zu einer ökologisch angepassten Gesellschaft gestalten wollte.
- Die SPD wollte eine Ökosteuerreform in erster Linie mit beschäftigungspolitischen Zielen verknüpfen. Ihre Programmatik war geprägt von den Hoffnungen auf eine doppelte Dividende der Ökosteuer – mehr Umweltschutz und Arbeitsplätze.
- Die Unionsparteien aber auch die FDP standen für Ökosteuern, die in erster Linie ganz bestimmte ökologische Lenkungsziele erfüllen sollten. Dabei standen die Ziele des Klimaschutzes im Vordergrund.

In der Regierungszeit von Helmut Kohl stand allerdings die Einführung einer Kohlendioxidabgabe oder einer Ökosteuer nicht wirklich zur Diskussion. Vielmehr war die regierungsamliche Position mehr oder weniger zwiespältig. Auf der einen Seite wurden insbesondere von Bundesumweltminister Klaus Töpfer ökologische Lenkungssteuern als ein richtiges Instrument favorisiert, auf der anderen Seite wurde von einer Einführung wegen der Gefahr einer Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft am Standort Deutschland abgesehen.

Aber auch dort, wo inzwischen die marktnäheren Instrumente im Umweltschutz, die Preis- oder Mengensteuerung, zur Anwendung gekommen sind, ist die Bilanz ernüchternd. So haben sich die Kompensationsregelungen im Anlagengenehmigungsrecht wenig bewährt, und die spätere Einführung von Ökosteuern sowie des Emissionshandels hat kaum zu den gewünschten Ergebnissen geführt.

Die nur punktuelle Anwendung sowie die ungenügende Wirksamkeit der ökonomischen Instrumente im Umweltschutz haben die verschiedensten Ursachen. Sie liegen weniger bei der konzeptionellen, theoretischen Fundierung dieser Instrumente als vielmehr bei den Problemen, die sich bei der Umsetzung in der Praxis stellen. Vor allem zwei Problemfelder können beschrieben werden, die in der Ära Kohl wie auch heute einer konsequenten Anwendung der ökonomischen Instrumente im praktischen Umweltschutz im Wege stehen: Die widersprüchliche Ausgangslage bei der Implementie-

---

<sup>15</sup> Vgl. Gerhard VOSS, *Die ökologische Steuerreform. Anspruch und Praxis* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln 253), Köln 1999.

rung der Instrumente, sowie die unscharfen Ziele, die von der Politik vorgegeben werden.

Widersprüchliche Ausgangslage:

Ein grundsätzliches Problem der mangelnden Wirksamkeit der ökonomischen Instrumente im praktizierten Umweltschutz liegt darin, dass für den Einsatz dieser Instrumente meistens nur geringe Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten bestehen. Das gilt in mehrer Hinsicht:

1) Zunächst ergeben sich oft Überschneidungen zwischen den gewollten Wirkungen der Instrumente und den realen Markt- und Strukturrends in der Volkswirtschaft. Ein Beispiel dafür ist die Ökosteuer als Anreiz zum Energiesparen oder zur Senkung klimarelevanter Emissionen. Denn Energiesteuern können, wie die Schwankungen der Energiepreise immer wieder gezeigt haben, nur sehr begrenzt Einfluss auf die Preisentwicklungen bei den einzelnen Energieträgern nehmen. So sind einer ökologisch motivierten Steuerung des Energieverbrauchs mit fiskalischen Instrumenten enge Grenzen gesetzt. Vor dem Hintergrund schwankender Energiepreise führt die fiskalische Belastung des Energieverbrauchs eher zu einer Behinderung als zu einer Förderung des ökonomisch und ökologisch erwünschten Strukturrends in der Wirtschaft.

2) Zudem ist die Wirksamkeit der ökonomischen Instrumente in der Praxis auch dadurch sehr eingeengt, als dass sie, wenn sie zur Anwendung kommen, auf ein dichtes Netz ordnungsrechtlicher Regelungen aufgesattelt werden müssen. Denn die Erfahrungen auch in der Ära Kohl haben gezeigt, dass die Politiker zur Lösung drängender umweltpolitischer Problemlagen eher zu den überschaubaren ordnungsrechtlichen Vorgaben als zu den schwerer zu handhabenden ökonomischen Instrumenten greifen. So wurden vor allem unter Bundesumweltminister Klaus Töpfer zahllose ordnungsrechtliche Programme und Maßnahmen, die auf die Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs und der damit verbundenen Klimagasemissionen Einfluss nehmen, verabschiedet. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen zur Wärmedämmung von Gebäuden, Verordnungen zur Emissionsminderung von Kraftfahrzeugen oder zur Begrenzung der Emissionen industrieller Anlagen. Sie schränken heute wie damals den Einsatz der ökonomischen Instrumente ein, weil ein größeres Reduktionspotential gar nicht vorhanden ist, es sei denn, man würde auf die ordnungsrechtlichen Regelungen verzichten.

3) Schließlich führt das unkoordinierte Nebeneinander von Strukturrends, ordnungsrechtlichen Interventionen und ökonomischen Instrumenten leicht zu einer Überregulierung. Das wiederum hat bei der additiven Implementierung der ökonomischen Instrumente in der Regel einen Korrekturbedarf zur Folge, durch den die gewollten Lenkungswirkungen von vorne herein abgeschwächt werden. Auch diese Problematik kann am Beispiel der Ökosteuer demonstriert

werden: Was macht es für einen Sinn, wenn heute durch eine Ökosteuer die Klimagase reduziert werden sollen, aber die wichtigsten Emittenten wie die energieintensiven Industrien oder die Energieträger mit dem höchsten Kohlendioxidgehalt von der Ökosteuer weitgehend verschont bleiben? Dafür gibt es vor dem Hintergrund der gegebenen Strukturrends und des bestehenden ökologischen Ordnungsrahmens gute industrie- und energiepolitische Gründe. So ist ein wirkungsvoller Einsatz der ökonomischen Instrumente im Umweltschutz auch immer eine Frage klarer politischer Ziele.

Unschärfe Ziele:

Eine wirksame Anwendung der ökonomischen Instrumente im Umweltschutz wird grundsätzlich auch dadurch infrage gestellt, weil die Politik nur sehr begrenzt in der Lage ist, für die notwendige Klarheit bei den umweltpolitischen Zielen zu sorgen. Eine entscheidende Voraussetzung für den wirkungsvollen Einsatz der ökonomischen Instrumente im Umweltschutz ist jedoch die Festlegung auf klare, möglichst auch quantitativ formulierte Ziele. Ohne genaue Zielfixierung sind die ökonomischen Instrumente orientierungslos, und ihre Implementierung fällt diffus aus.

Beispiel: Es genügt eben nicht, eine ökologische Steuerreform mit der eher moralisierenden Zielvorgabe einzuführen, die Energiepreise sollen die „ökologische Wahrheit“ sagen. Es muss zumindest ein Preisband vorgegeben werden, an dem sich die Höhe der Lenkungssteuer für die verschiedenen Emittenten orientieren kann. Selbst Bündnis 90/Die Grünen sind letztlich aber davor zurückgeschreckt, sich auf entsprechende Zielfixierungen bei der Implementierung der ökologischen Steuerreform festzulegen.

Noch zielgenauer müssen die politischen Vorgaben sein, wenn der Königsweg der ökologischen Steuerung, der Handel mit Emissionsrechten, beschritten werden soll. So lässt sich beispielsweise ein Markt für Klimagasemissionen nur dann organisieren, wenn die Menge der Emissionsrechte gemessen an einer genaueren klimapolitischen Zielsetzung festgelegt werden kann. Welche praktischen Probleme sich dabei stellen, hat die aktuelle Diskussion um die Einführung des Emissionshandels in den europäischen Ländern gezeigt.

Flexibilität durch Freiwillige Selbstverpflichtungen:

Allerdings wurde in der Ära Kohl für den Umweltschutz auch ein instrumenteller Sonderweg erschlossen, der die Möglichkeit bot, mehr Effizienz in den Umweltschutz zu tragen und das Kooperationsprinzip zur Anwendung zu bringen. Es handelt sich dabei um das Instrument der Freiwilligen Selbstverpflichtungen, das – richtig genutzt – auch das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie mildern kann.

Bei den Freiwilligen Selbstverpflichtungen handelt es sich um eine pragmatische Variante der ökologischen Steuerung, die sich insbesondere vom starren und wenig effizienten Ordnungsrecht abgrenzt. Sie nehmen die konkreten Entscheidungsprozesse in den Unternehmen und beim Staat über umweltpolitische Maßnahmen ins Visier und nutzen über eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen staatlichen Instanzen und der Wirtschaft bei der Zielformulierung und der Mittelwahl die Kompetenz der Betroffenen. Sie spiegeln also weniger eine umweltökonomisch begründete Ziel-Mittel-Kombination wider, sondern sie sind das Ergebnis der umweltpolitischen Praxis und des Zusammenspiels zwischen Politik und Wirtschaft. Die Partner Freiwilliger Selbstverpflichtungen sind ständig auf der Suche nach besseren Problemlösungen. Der Weg ist hier sozusagen das Ziel.<sup>16</sup>

Diese konzeptionelle Ausrichtung hat den Freiwilligen Selbstverpflichtungen allerdings das Stigma des Korporatismus eingebracht, weil die Verantwortlichkeiten von Staat und Wirtschaft verwässert werden. Der marktwirtschaftliche Suchprozess, nach dem der Staat die Ziele und die Maßnahmen autonom festlegt und die Wirtschaftssubjekte ihre Entscheidungen daran ausrichten, wird verfälscht. Diese ordnungspolitische Kritik ist berechtigt.

Allerdings gibt es Konstellationen, in denen diese Kritik nicht greift. Dazu gehören auch Entscheidungssituationen im vorsorgenden Umweltschutz. Sie sind oft so komplex, dass der Staat weder die Zielformulierung noch das Instrumentendesign ohne die Einbeziehung externen Wissens sowie der konkreten Entscheidungssituation bei den Betroffenen festlegen kann. Das heißt, der Staat ist gerade auch bei der Entwicklung ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogener versorgender Umweltschutzprogramme auf die Mitwirkung der betroffenen Akteure angewiesen. Freiwillige Selbstverpflichtungen sind deshalb auch als Weg zur Lösung des Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie geeignet. Die Vorteile:

- Flexibilität: Im Vergleich zum Ordnungsrecht wird den betroffenen Akteuren mehr Handlungsfreiheit geboten: Die Unternehmen können ihre Maßnahmen dort ansetzen, wo sie technisch erfolgreiche Lösungen realisieren können und wo die Wirksamkeit gesichert ist.
- Leicht umsetzbar: Vielfach ist es notwendig, schnell eine Maßnahme durchzuführen. Ein reguläres Gesetzgebungsverfahren braucht Zeit. Freiwillige Selbstverpflichtungen können dagegen direkt ohne parlamentarische Abstimmung und EU-rechtliche Prüfung vereinbart und umgesetzt werden.

---

16 Vgl. Gerhard VOSS, *Freiwillige Selbstverpflichtungen. Reichweite, Effektivität und strategische Bedeutung*. Referat zum Symposium „Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz“ in der Evangelischen Akademie Loccum vom 28. bis 30. Oktober 2002.



- Dynamik: Hier liegt ein großer Vorteil gegenüber der gesamten Palette der alternativen umweltökonomischen Instrumente. Durch eine konsequente Erfolgskontrolle können die Maßnahmen unbürokratisch an neue Gegebenheiten angepasst werden.
- Anreize für Eigeninitiative: Selbstverpflichtungen, die von einem regelmäßigen Monitoring begleitet werden, spornen auch dazu an, aus eigener Initiative den besten Weg zur Erreichung des gesetzten Ziels einzuschlagen.

Die Kritiker von Selbstverpflichtungen stellen dagegen folgende Nachteile heraus:

- Rechtliche Unverbindlichkeit,
- Mitwirkung der Parlamente wird beschnitten,
- Staat verzichtet auf Handeln,
- Konsensbildung auf niedrigem Niveau,
- Einigung zu Lasten Dritter.

In der praktischen Umsetzung sind aber durchaus auch die Vorteile zum Tragen gekommen, wobei Erfolge vor allem dann erzielt wurden, wenn drei Voraussetzungen gegeben waren: Quantifizierbare und messbare Ziele, unabhängiges und regelmäßiges Monitoring sowie spürbare Sanktionen bei Verfehlung der Ziele.

Praktische Varianten:

Drei Typen von Selbstverpflichtungen haben sich in der umweltpolitischen Praxis herausgebildet:<sup>17</sup> a) branchenübergreifende Lösungen, b) branchenspezifische Lösungen, c) Einhaltung standardisierter Regelungen.

Die meisten Erfahrungen konnten bisher mit den branchenspezifischen Lösungen im Umweltschutz gesammelt werden, wobei die Chemische Industrie im Vordergrund steht.<sup>18</sup> Schon in den siebziger Jahren wurden mit Hilfe dieses Instruments eine Reihe von Umweltproblemen in Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat umgesetzt. Die meisten Selbstverpflichtungen wurden jedoch während der achtziger und neunziger Jahre abgeschlossen. Eine Evaluation<sup>19</sup> hat ergeben, dass die meisten Selbstverpflichtungen erfolgreich durchgeführt wurden.

---

17 Bundesverband der Deutschen Industrie, *Bestandaufnahme freiwilliger Selbstverpflichtungen und Vereinbarungen im Umweltschutz*, Berlin 2005.

18 Paschen FLOTOW/Johannes SCHMIDT, *Evaluation von Selbstverpflichtungen der Verbände der Chemischen Industrie. Studie im Auftrag des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Abschlussbericht*, Oestrich-Winkel 2001.

19 Vgl. Jürgen KNEBEL/Lutz WICKE, *Selbstverpflichtungen und normensetzende Umweltverträge als Instrument des Umweltschutzes* (Berichte des Umweltbundesamtes 5/99), Berlin 1999.

In den neunziger Jahren bestimmten auch immer mehr die branchenübergreifenden Lösungen die Diskussion über Selbstverpflichtungen. Zu nennen ist hier vor allem die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge, die in Kooperation von Staat und Wirtschaft noch in der Ära Kohl entwickelt wurde. Nach der Fassung vom 9. November 2002 hat sich die deutsche Wirtschaft dazu verpflichtet,

- die spezifischen Kohlendioxidemissionen von 1990 bis 2005 um 28 Prozent zu reduzieren,
- die spezifischen Emissionen aller sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase von 1990 bis 2012 um 35 Prozent zu verringern.

Im Gegenzug hat die Bundesregierung zugesagt, kein verbindliches Energieaudit einzuführen, auf ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Energieeinsparung oder zur Reduktion von klimarelevanten Gasen zu verzichten und auf dem Gebiet der Umweltsteuern weiterhin auf die wirtschaftliche Situation der energieintensiven Industrie Rücksicht zu nehmen. Wirksamkeit und Sinn dieser Vereinbarung ist inzwischen allerdings durch die additive Einführung des Emissionshandels, der gerade die Emittenten betrifft, die der Freiwilligen Selbstverpflichtung beigetreten sind, infrage gestellt.<sup>20</sup>

#### 6. *Umweltpolitische Besonderheiten in der Ära Kohl*

Im Zeitraum von 1982 bis 1998 hat sich die Umweltpolitik programmatisch und institutionell zu einem eigenständigen Politikbereich entwickelt. Dabei konnte anfangs auf den umweltpolitischen Eckpfeilern aufgebaut werden, die von den Vorgängerregierungen entwickelt worden waren. Später musste aber auch auf politische Herausforderungen reagiert werden, die ganz neue Akzente in der Umweltpolitik notwendig machten.

Phasen der Umweltpolitik:

Die Entwicklung der Umweltpolitik lässt sich in vier Phasen einteilen, von denen die beiden letzten Phasen von der Ära Kohl geprägt sind:<sup>21</sup>

- Technokratische Phase (50er und 60er Jahre). Umweltschutz war eine mehr oder weniger unpolitische Aufgabe von Experten aus den Behörden der Wasserwirtschaft und des Immissionsschutzes.

---

<sup>20</sup> Vgl. Gerhard VOSS, *Klimapolitik und Emissionshandel. Die Ökonomie im vorsorgenden Klimaschutz. Positionen Nr. 6* (Beiträge zur Ordnungspolitik des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln), Köln 2003.

<sup>21</sup> Vgl. Gerhard VOSS, *Die veröffentlichte Umweltpolitik. Ein sozio-ökologisches Lehrstück*, Köln 1990, S. 68ff.

- Konzeptionelle Phase (70er Jahre). Umweltschutz gehörte zu den wichtigsten Reformprojekten, die im Reformkatalog der sozial-liberalen Koalition enthalten waren. In dieser Zeit wurden unter der Regie liberaler Politiker und der Experten die umweltpolitischen Eckpfeiler (Ziele- und Prinzipientrias) und der grundlegende rechtliche Rahmen entwickelt, auf denen die Umweltpolitik der folgenden Jahrzehnte aufgebaut hat.
- Phase der politischen Aufwertung (80er Jahre). Die Umweltpolitik entwickelte sich vor dem Hintergrund besonderer Einflussfaktoren zu einem zentralen Politikfeld auf der Ebene des Bundes. Die Umweltpolitik erhielt in dieser Phase mit der Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein eigenes Ressort auf Bundesebene.
- Phase der Integration und Globalisierung (90er Jahre). Im Vordergrund standen die Sanierung der Neuen Bundesländer sowie globale Umweltprobleme wie der Klimaschutz.

Mit der politischen Aufwertung der Umweltpolitik in den 80er Jahren hat sich auch die Gangart der Umweltpolitik verschärft, was sich auch in dem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie spiegelte. Gesetze und Verordnungen wurden an anspruchsvollere Zielsetzungen angepasst, wobei auch die Wirtschaft stärker in die Pflicht genommen wurde.

#### Neue Rahmenbedingungen:

Im Vergleich zu den späteren siebziger Jahren, die umweltpolitisch wegen der wirtschaftlichen Schwächen eher restriktiv angelegt waren, wurde auf einen expansiven Kurs umgeschwenkt. Ausschlaggebend dafür waren völlig veränderte Rahmenbedingungen:

1) Konjunktureller Aufschwung: Das Wachstum der Wirtschaft kam wieder in Schwung, so dass von dem Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie weniger Bremswirkungen auf die Umweltpolitik ausgingen. Vor dem Hintergrund besserer wirtschaftlicher Aussichten engagierte sich die Wirtschaft auch immer mehr in Eigenregie für einen besseren Umweltschutz.

2) Wachsendes Umweltbewusstsein: Parallel zu dem lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung seit dem Regierungswechsel 1982 traten in der Bevölkerung die wirtschaftlichen Existenzsorgen zurück und qualitative Komponenten wie der Umweltschutz traten im Anspruchsdenken der Menschen mehr in den Vordergrund. Das gewachsene Umweltbewusstsein ging allerdings einher mit einer geringen „Opferbereitschaft“: Mehr Umweltschutz, aber zum Nulltarif, war gefragt.

3) Erstarren einer „grünen Opposition“: Grundsätzliche Fragen nach den Grenzen des Wirtschafts- und Energiewachstums und den Risiken der modernen Technik wurden am Umweltschutz festgemacht, so dass die Umweltpolitik zum populärsten gesellschaftspolitischen Thema wurde. 1980 wurde die Partei

„Die Grünen“ gegründet, die bereits Ende 1982 in sechs Landtagen vertreten war, 1983 mit 5,6 Prozent in den Bundestag einzog und bei der Bundestagswahl 1987 gut 8 Prozent der Stimmen erzielte.

4) Krisenmanagement: Ins Zentrum der allgemeinen Politik rückten die Fragen des Umweltschutzes aber auch durch außergewöhnliche Ereignisse wie die Diagnose des Waldsterbens oder den Reaktorunfall in Tschernobyl. Vor allen Dingen nach 1986 stand die Umweltpolitik aufgrund von Störfällen in Industrieanlagen, Kernkraftwerken und Skandalen, aber auch infolge von Entwicklungen, die den Eindruck von katastrophalen Zuspitzungen der Umweltbelastungen (Robbensterben, Ozonloch, Klimaveränderungen) erweckten, im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen.

5) Umweltberichterstattung in den Medien: In den Printmedien und den elektronischen Medien wurde das Umweltthema in Form einer sensationellen Berichterstattung<sup>22</sup> immer öfter aufgegriffen, was auch erhebliche Rückwirkungen auf die Umweltpolitik hatte. Wegen des gewachsenen Interesses der Medien erschöpfte sich Umweltpolitik insbesondere in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in Öffentlichkeitsarbeit.

Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingung geriet die Umweltpolitik in der Ära Kohl während der 80er Jahre in eine mehr oder weniger hektische gesetzgeberische Tätigkeit. Zunächst musste sie nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 das von der sozial-liberalen Koalition hinterlassene ökologische Aktionsprogramm mit der Entwicklung neuer oder der Novellierung bestehender Gesetze und Verordnungen zu Ende bringen. Dazu gehörte vor allem auch die Abfallpolitik. 1986 wurde mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (BGBI I S. 1410), kurz Abfallgesetz (AbfG 1986) genannt, der qualitative Sprung von der reinen Ordnung der Abfallbeseitigung zu einer umfassenden Rahmengesetzgebung für die Abfallwirtschaft gemacht. Die Rahmenordnung für die Abfallwirtschaft wurde in der Ära Kohl kontinuierlich weiter entwickelt. Vor allem wurde versucht, die Idee der Kreislaufwirtschaft in die Realität umzusetzen. Das geschah durch die Verabschiedung der Verpackungsverordnung (VerpackV) von 1991 und mit der Novellierung des AbfG von 1986 durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-AbfG), das am 7. Oktober 1996 in Kraft getreten ist.

#### Waldsterben und Luftreinhaltung:

Ein erster Anpassungszwang an ganz neue Herausforderungen stellte sich für die Umweltpolitik in der Ära Kohl mit dem Aufkommen der wachsenden Sorge der Bevölkerung um den Gesundheitszustand der Wälder. Besonders dramatisch erschien die Situation, als nach den Ergebnissen der Waldschadenser-

---

22 Vgl. EBD.

hebung von 1984 die geschädigte Waldfläche im Vergleich zum Vorjahr von 34,4 Prozent auf 50,2 Prozent angestiegen war, was allerdings weitgehend messtechnische Ursachen hatte. Als Auslöser wurden von der Politik und der Wissenschaft die Luftschadstoffe angesehen, womit die Luftreinhaltungspolitik in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion geriet. Die Reaktion: Es wurde mit höchster politischer Priorität von der Bundesregierung im September 1983 ein Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ beschlossen, das dreimal fortgeschrieben wurde und eine drastische Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen für die Luftreinhaltung mit sich brachte.

Die Konzentration der Umweltpolitik auf die Luftreinhaltung ging aber keineswegs einher mit einer verlangsamten Gangart bei den bereits auf den Weg gebrachten vielfältigen anderen gesetzgeberischen Vorhaben. Vielmehr wurden auch diese Vorhaben wegen der allgemein wachsenden Priorität der Umweltpolitik mit Nachdruck verfolgt. So wurden zwischen 1982 und 1986 praktisch in allen Bereichen des Umweltschutzes neue Gesetze und Verordnungen erlassen, bestehende verändert oder verschärft. Dabei wurde in der Regel instrumentell das Ordnungsrecht eingesetzt.

Dieses neue Politikmuster, Bündelung der politischen Aktivitäten auf einzelne Bereiche bei Fortführung der begonnenen Vorhaben, wurde auch in den Folgejahren bei den anderen umweltpolitischen Herausforderungen angewendet. Mit diesem politischen Management versuchte die Umweltpolitik in der Ära Kohl, den Erwartungen in der Bevölkerung bei der Sicherung und Verbesserung der Umweltqualität gerecht zu werden. Durch die Ankündigung und Erarbeitung immer neuer Maßnahmen und Programme wurden die umweltpolitischen Ziele immer anspruchsvoller und das Gesetzgebungsprogramm ständig erweitert, was kostspielige Investitionen insbesondere in der Wirtschaft zur Folge hatte. Auch die Spannungen von Ökonomie und Ökologie wuchsen.

#### Ausstiegsgespräch und Gewässerschutz:

Im Mittelpunkt der Umweltpolitik standen nach 1986, sozusagen in Ablösung des Schwerpunktes Waldsterben und Luftreinhaltung, zwei neue große Aktionsfelder. Zum einen ging es um die Risiko- und Ausstiegsgespräch, die nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl und dem Chemieunfall in Basel aufkam. Nach dem oben beschriebenen Politikmuster wurde die politische Aufmerksamkeit ganz auf den Aufbau einer „Sicherheitskultur der modernen Industriegesellschaft“ verlegt und eine Vielzahl von neuen Gesetzen und Verordnungen angekündigt und durchgesetzt. Sie betrafen vor allem Maßnahmen zur weiteren Strahlenschutzvorsorge sowie zur Begrenzung der Risiken, die von der Nutzung chemischer Stoffe und von Industrieanlagen ausgehen können.

Das zweite große Aktionsfeld war der Gewässerschutz, der infolge des Robbensterbens in der Nord- und Ostsee während des Sommers 1988 in den Mittelpunkt des politischen Interesses trat. Die Bündelung der politischen Aufmerksamkeit wurde hier – ganz nach dem Vorbild des Aktionsprogramms „Rettet den Wald“ – in einem „10-Punkte-Programm zum Schutz von Nord- und Ostsee“ festgelegt.

Die Festlegung der Umweltpolitik nach 1986 auf Fragen der Risiko-Minimierung im industriellen Bereich und bei der Kernenergie sowie auf den Gewässerschutz wurde auch noch unterstützt von Ereignissen, die in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit erhalten hatten. Dazu gehörte der „Transnuklearkandal“ bezüglich der Entsorgung radioaktiver Abfälle im Dezember 1987, die nachträgliche Bekanntgabe eines Störfalls im Kernkraftwerk Biblis im Dezember 1988, die Havarie des Öltankers in Alaska im April 1989 sowie mehrere Abstürze von Militärflugzeugen in der Nähe von Kernkraftwerken.

#### Ökologische Sanierung der Neuen Bundesländer:

Zu Beginn der 90er Jahre normalisierte sich das umweltpolitische Geschehen, jedenfalls soweit es die nationalen Belange betraf. Das gilt allerdings mit einer Ausnahme: Die Umweltbilanz, die für Ostdeutschland zu Beginn der Wiedervereinigung aufgemacht werden musste, war katastrophal. Unüberschaubare Altlasten auf gewerblichen Standorten und auf Liegenschaften der Sowjetarmee, verunreinigte Gewässer und ökologisch belastete Flüsse sowie eine atemberaubende Luftverschmutzung gehörten zum Alltagsbild der ehemaligen DDR.

Vor diesem Hintergrund wurde in den Verträgen zur Wiedervereinigung der Umweltschutz als eine besondere Aufgabe herausgestellt. Schon in der Präambel des Staatsvertrages wird er als ein zentrales Ziel genannt und in Artikel 16 näher beschrieben. Im Prinzip wurde mit Artikel 16 des Staatsvertrages das bundesdeutsche Umweltrecht vollständig auf das Gebiet der DDR übertragen, was im Einigungsvertrag mit Artikel 34 durch die Verpflichtung, ökologische Sanierungs- und Entwicklungsprogramme aufzustellen, ergänzt wird. Es gehört zu den großen Verdiensten der Ära Kohl und von Bundesumweltminister Klaus Töpfer, dass innerhalb eines Jahrzehnts die großen ökologischen Probleme gelöst wurden, die von einer mehrere Jahrzehnte dauernden verfehlten Wirtschafts- und Umweltpolitik in der DDR verursacht wurden.<sup>23</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Steffen HENTRICH/Walter KOMAR/Gerhard VOSS/Martin WEISHEIMER, *Umweltschutz in Deutschland. Der Aufholprozess des Ostens*, in: IW-Umwelt-Service-Themen Nr. 2 (2002).

## Globale Umweltprobleme:

Neben der ökologischen Sanierung der Neuen Bundesländer verschoben sich die umweltpolitischen Prioritäten während der 90er Jahre immer mehr auf die internationale Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet des Klimaschutzes. In der Ära Kohl wurden unter der Verantwortung von Klaus Töpfer und Angela Merkel sowohl die programmatischen als auch die institutionellen Grundlagen der heute praktizierten Klimapolitik gelegt. Nach dem Beschluss der Bundesregierung vom 13. Juni 1990 wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe CO<sub>2</sub>-Reduktion (IMA CO<sub>2</sub>-Reduktion) eingesetzt. Unter dem Vorsitz des Bundesumweltministers wurde in dieser Gruppe unter Mitwirkung der Ressorts Wirtschaft, Verkehr, Bau, Forschung und Landwirtschaft das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung erarbeitet. Am Ende der Ära Kohl umfasste dieses Programm rund 150 Maßnahmen mit dem Ziel, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Zugleich sollten die Emissionen der anderen Treibhausgase reduziert werden. Die Schwerpunkte dieses Programms haben sich selbst in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung wenig verändert. In dem von Angela Merkel verantworteten Umweltbericht 1998<sup>24</sup> sind folgende Schwerpunkte genannt:

- KfW-Förderprogramm zur Energieeinsparung bei Altbauten
- Wärmeschutzverordnung zur Begrenzung des Heizwärmebedarfs an Neubauten
- Energieeinsparverordnung, die die beiden zuvor genannten Punkte zusammenfassen sollte
- Kleinf Feuerungsanlagenverordnung
- 50.000-Dächer-Initiative der Deutschen Ausgleichsbank
- Neuregelung der steuerlichen Wohnungseigentumsförderung
- Information und Beratung
- Energieverbrauchskennzeichnung
- Energiespar-Contracting
- Selbstverpflichtung der Deutschen Wirtschaft
- Selbstverpflichtung der Automobilindustrie

Klimapolitisch trat die Bundesregierung unter Helmut Kohl auch für die Einführung einer EU-weiten CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer ein, allerdings unter dem Vorbehalt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht darunter leidet.

---

<sup>24</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), *Umweltbericht 1998*, Bundestagsdrucksache 13/10735.

### Neue Programmdiskussion:

Gegen Ende der Ära Kohl mündete die Umweltpolitik in eine neue Programmdiskussion ein, die sich an dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung orientierte. Der Umweltbericht 1994 stand unter dem Titel „Politik für eine nachhaltige Entwicklung“<sup>25</sup> und enthielt neben einer Dokumentation der umweltpolitischen Situation, insbesondere auch in den Neuen Bundesländern, umfangreiche programmatische Ausführungen. Unter der großen Überschrift „Fortentwicklung der Umweltvorsorgepolitik“ werden detailliert die umweltpolitischen Maßnahmen und Programme beschrieben, die bis heute das Profil der Umweltpolitik bestimmen, auch wenn insbesondere in der rot-grünen Regierungszeit andere politische Prioritäten gesetzt wurden. Wieweit aber die damaligen Programmansätze bis in die heutige Zeit ausstrahlen, zeigt das Beispiel Klimapolitik. Sowohl die klimapolitischen Ziele als auch die Klimaschutzprogramme, die nach der Regierungszeit von Helmut Kohl umgesetzt wurden, waren in ihren wesentlichen Teilen in der Zeit auf den Weg gebracht worden, als Klaus Töpfer und Angela Merkel die Verantwortung für die Umweltpolitik getragen haben.

Die Idee, das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung zur programmatischen Basis der Umweltpolitik zu machen, wurde insbesondere von Bundesumweltministerin Angela Merkel verfolgt. Mitte 1996 initiierte sie auf der Grundlage des Diskussionspapiers „Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung: Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland“<sup>26</sup> einen Diskussionsprozess, an dem alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt wurden. In sechs Arbeitskreisen wurden folgende Themenbereiche diskutiert: Schutz des Klimas; Schutz des Naturhaushalts; Ressourcenschonung; Schutz der menschlichen Gesundheit; Umweltschonende Mobilität; Umweltethik.

Die Ergebnisse dieses Diskurses wurden als Zwischenbilanz 1997 der Öffentlichkeit vorgelegt und dienten als Orientierung für den „Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms“<sup>27</sup>, das von Bundesumweltministerin Angela Merkel am 28. April 1998 vorgelegt wurde und sozusagen den Endpunkt der umweltpolitischen Ära Kohl markierte.

---

25 Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), *Umweltbericht 1994*, Bundesratsdrucksache 849/94.

26 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), *Schritte zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung: Umweltziele und Handlungsschwerpunkte in Deutschland*, Bonn 1996.

27 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.), *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms*, Bonn, April 1998.



## Im Machtdreieck von Partei, CDU/CSU-Fraktion und Regierung

Von Klaus W. Lippold

Wenn ich kurz resümiere, hatten wir in den 70er Jahren eine Situation, in der der Umweltschutz sehr plakativ in den Vordergrund gestellt worden ist. Auf der einen Seite erschien Dennis Meadows, „Die Grenzen des Wachstums“<sup>1</sup>, also die Frage, inwieweit diese Erde für ein weiteres kräftiges Wachstum überhaupt tragfähig bleibt, inwieweit das Wachstum mit Nachhaltigkeit – dieser Begriff war damals noch nicht geläufig – zu vereinbaren ist, verbunden auch mit einem Akzent von Wachstumspessimismus. Die Diskussion reichte auch in die damalige Fraktion hinein. Ich erinnere an Herbert Gruhl, der Mitglied der Unionsfraktion war.<sup>2</sup> Ich habe mich immer gefragt – ich bin ja erst wesentlich später dazugekommen –, warum wir es nicht geschafft haben, die Spannweite in der Union so weit zu halten, dass auch Gruhl seinen Platz in der CDU hätte finden können. Später fragte ich Philipp Jenninger, der als Parlamentarischer Geschäftsführer in den 70er Jahren die verschiedenen Strömungen in der Fraktion hätte integrieren müssen, und er hat geantwortet: Das war keine Antihaltung gegenüber Umweltschutzfragen, auch keine Antihaltung gegenüber einer Entwicklung, die wir auch gesehen haben, die wir aufnehmen und an der wir arbeiten mussten, aber als der Kollege Gruhl definitiv gefordert hat, die Unionsfraktion möge die Waschmaschinen in der Bundesrepublik Deutschland verbieten, da sei Schluss der Fahnenstange gewesen.

Man sieht, die Positionen gingen damals in einer anderen Weise auseinander, als es heute der Fall ist. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das Buch von Gruhl „Ein Planet wird geplündert“<sup>3</sup> damals sehr zum Nachdenken angeregt hat, lesenswert war, lesenswert ist und in die gleiche Reihe gehört wie Dennis Meadows’ Veröffentlichung.

Wir hatten damals eine Situation, die den Umweltschutzgedanken in weiterer Form sehr klar in den Vordergrund gerückt hat, nämlich das Waldsterben, das in einer beispiellosen Art und Weise in der Bundesrepublik emotional den Umweltschutzgedanken aufgearbeitet hat. Es war mit einer der Gründe, dass die Grünen, die das geschickt aufgegriffen hatten, es als Vehikel nutzen konnten, um in den Bundestag zu gelangen. Es war eine Zeit, in der die Bilder der

---

1 Dennis MEADOWS, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972 (Orig.: *The limits to growth*).

2 Herbert Gruhl, MdB 1969–1980, 1978 aus der CDU ausgetreten; Lippold ist MdB seit 1983.

3 Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert. Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt/M., 1975.

sterbenden Wälder die Bundestagsfraktion natürlich nachhaltig beeindruckt haben. Das war auch ein Punkt für uns zu sagen, dass wir diese Herausforderung annehmen. Die damalige Bundesregierung hat mitgemacht. Wir haben dann das Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ aufgelegt, noch im Wesentlichen gekennzeichnet von ordnungsrechtlichen Ansätzen.<sup>4</sup> Ich komme später darauf zurück, dass wir die Ansätze dann verändert haben, zu flexiblen, zu marktwirtschaftlichen Instrumenten, aber noch sehr stark geprägt vom Ordnungsrecht. Wir haben auch den Waldschadensbericht beschlossen, aus dem wir dann später den Waldzustandsbericht gemacht haben.<sup>5</sup> Aber das, was wir in Angriff genommen haben, hat nach meinem Dafürhalten zentral dazu beigetragen, Probleme an der Wurzel zu packen, nicht an Symptomen zu kurieren, und das war der eigentliche Erfolg. In wenigen Jahren setzten wir die Großfeuerungsanlagenverordnung, die Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes, die Einführung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins durch.<sup>6</sup>

Der Beschluss all dieser Gesetze und Verordnungen war eine ganz erhebliche Kraftanstrengung, die freilich in eine Zeit fiel, als wir uns das wirtschaftlich leisten konnten. In späteren Zeiten ist deutlich geworden, dass Umweltschutzpolitik, wenn sie nicht diese wirtschaftliche Rückendeckung hat, schwieriger zu verwirklichen ist.

Bei der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ist deutlich geworden, dass wir mit dieser Maßnahme eine Vorreiterrolle in Europa übernommen haben. Wir regelten innerhalb kürzester Zeit Dinge, die, wenn ich zum Vergleich Großbritannien heranziehe, bis weit in das Jahr 2000 und folgende hineinreichen. Wir haben die Schwefeldioxyd-Emission in einem drastischen Umfang reduziert und damit einen hervorragenden Beitrag geleistet zur Gesundung der Wälder, aber nicht nur zur Gesundung der Wälder, sondern auch für die menschliche Gesundheit.

Damals bestand auf diesem Feld eine enge Zusammenarbeit zwischen der Fraktion auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite. Und ich meine, dass man dem damaligen Innenminister Fritz Zimmermann durchaus Dank schuldet für das, was er hier auf den Weg gebracht hat. Wir haben lange Diskussionen gehabt, ob es sinnvoll ist, Innenministerien mit Umweltschutzaufgaben zu verbinden oder ob es sinnvoller ist, ein eigenes Umweltschutzministerium zu errichten. Ich will den Gedanken nicht vertiefen, alles

---

4 Minderung der Luftschadstoffe: 1983 Großfeuerungsanlagen-Verordnung; ab 1985 Einführung des geregelten Katalysators, 1986 Technische Anleitung Luft.

5 Bundeswaldgesetz vom 27. Juli 1984; BGBl I 1984, Nr. 34; Waldschadensbericht ab 1986; Waldzustandsbericht ab 1994.

6 1990 umfassende Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG); 1994 Verschärfung der Abgasgrenzwerte bei Pkw, 1997 emissionsbezogene Kfz-Steuer, als Anreiz zum Kauf schadstoffarmer Autos.

ist längst abgeschlossen, und heute ohne Umweltministerium zu leben, wäre gar nicht mehr denkbar. Aber seinerzeit war es nicht falsch, dass die Stärke des Innenministeriums den Initiativen eine Stoßkraft gegeben hat, die sie ansonsten nicht gehabt hätten.

Wir haben damals die zweite Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes mit der Sanierung der Altanlagen beschlossen und dafür gesorgt, dass die Anforderungen dynamisiert wurden. Das war ebenso ein wichtiger und erfolgreicher Schritt. Er hat uns erspart, später in ständige Grenzwertdiskussionen einzutreten, und gleichzeitig ermöglicht, Umweltschutz dynamisch zu gestalten und diese dynamische Gestaltung zum Erfolg zu führen.

Meiner Meinung nach war auch der Aspekt, über eine Kompensationsregelung nachzudenken, ausgesprochen positiv. Das war einer der ersten Akzente, wo wir neben reinem Atmungsrecht gleichzeitig geprüft haben, wie man wirtschaftliche Aspekte zur Beschleunigung von Erfolgen im Umweltschutz einsetzen kann.

Wir hatten in der damaligen Zeit eine zentrale Diskussion um die Frage: Wie reduziere ich die Schadstoffemission bei den Autos, nehme ich ein festes Instrument, den Katalysator, oder gebe ich einen Zielwert vor. Das ist seinerzeit etwas falsch interpretiert worden, weil zu diesem Zeitpunkt der Zielwert, den wir erreichen wollten, nur mit Katalysator erreichbar war. Er wäre auch mit Änderungen am Motor selbst erreichbar gewesen, wäre dann aber in Grenzbereichen geblieben, und das hätte bedeutet, dass es gelegentlich Überschreitungen der Grenzwerte gegeben hätte. Selbst die Automobilindustrie wollte dies nicht.

In der Diskussion mit der Hauptgeschäftsführung der Automobilindustrie, die der damalige Staatsminister Sprung und ich geführt haben, mussten wir deutlich machen, dass wir nicht den Ruin der Automobilindustrie wollten, sondern dass es darum ging, ein sinnvolles Instrument zu finden, das schlussendlich auch Akzeptanz schaffen würde für den motorisierten Verkehr.

Wir haben versucht zu verdeutlichen, dass, wer für Mobilität ist, gleichzeitig auch dafür sorgen muss, den Menschen die Sorge zu nehmen, zunehmende Mobilität führe über Schadstoffemissionen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir haben das in einer akzeptablen Form erreicht. Ich erinnere mich noch – die Diskussionen sind ja heute teilweise ähnlich –, wie wir in der Fraktion darüber sprachen, ob die Dinge richtig dargestellt werden. Für die Automobilindustrie ging es damals um eine Größenordnung von gut 6.000 DM pro Katalysator nach ihren Angaben. Wir haben das bezweifelt, für überhöht und lediglich für eine Form von Abwehrstrategie gehalten, die wir so nicht akzeptierten. Die Realität hat hinterher bewiesen, dass der Katalysator wesentlich preiswerter einzusetzen war. Er wurde ein absolutes Erfolgsinstrument, eine der positivsten Umweltschutzmaßnahmen überhaupt.

Wir haben aber auch im Verlauf dieser Diskussionen den Versuchungen widerstanden, statt an der Ursache an den Symptomen zu kurieren. Es gab ja damals auch in Teilen der Union eine gewisse Sympathie für die Sommermogverordnung.<sup>7</sup> Wir diskutierten sehr intensiv darüber, ob wir z.B. mit Fahrverboten oder mit Tempolimits etwas erreichen konnten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es besser ist – siehe das Beispiel Katalysatorregelung –, hier Positionen zu schaffen, die an der Quelle die Emissionen reduzieren, statt über Symbolmaßnahmen etwas anzustreben, was letztendlich keine Verbesserung bringt. Abgesehen davon, dass bei der Ozonverordnung wegen des Sommersmogs die Frage gewesen wäre, wie wir die Gebietsabgrenzung machen. Ich erinnere mich noch, wie ein bayerischer Umweltminister nicht damit zufrieden war, dass man Bundesländer als Größenordnung nimmt, sondern innerhalb des Bundeslandes Bayern auch noch die verschiedenen bayerischen Bezirke als Grenzbereiche abgegrenzt haben wollte. Dass das in der Praxis nicht umzusetzen gewesen wäre, insbesondere wenn an einem schönen Feriensommertag Millionen von deutschen Urlaubern aus dem nördlichen Italien zurückgekommen wären, müssen wir nicht vertiefen. Deutlich ist jedoch, dass der Weg, nicht über Symbolpolitik zu gehen, nicht über Fahrverbote, nicht über Sommermogverordnungen, ein durchaus richtiger Weg gewesen ist und wir dadurch ein ganz entscheidendes Stück weitergekommen sind.

Sicherlich könnten wir heute in der Diskussion über den Feinstaub die gleiche Situation haben. Ich glaube nicht, dass wir durch den Filter bei den Autos einen entscheidenden Beitrag leisten, aber was die deutsche Automobilindustrie in dieser Frage an Ruf verspielt hat, ist schon ganz erheblich, und das zeigt auch, dass es im Grunde keine Weiterentwicklung im Denken gegeben hat, was ich ausgesprochen bedauere. Wenn ich im Vergleich dazu sehe, welche Entwicklung die chemische Industrie von Anfang der 80er Jahre bis heute genommen hat, die sicherlich auch Interessenvertretung betreibt, dann macht das gleichzeitig deutlich, dass hier ein ganz anderer Ansatz gefahren wurde.

1986 kam die Tschernobyl-Diskussion mit der Forderung der Grünen nach dem Ausstieg aus der Kernenergie. Wir haben dagegen argumentiert, dass wir die Sicherheitsstandards hochhalten wollen, sie verschärft werden – was wir gemacht haben –, aber dass wir von der Verantwortbarkeit unserer Kraftwerke überzeugt sind und deshalb dazu stehen, Kernkraft zu nutzen, Kernkraft im Energiemix zu behalten mit sehr strengen Auflagen. Wir hatten damals bestimmte Grenzwertfestlegungen, die im Grunde genommen etwas überzogen waren und – wie wir hinterher festgestellt haben – so nicht notwendig waren. Dennoch kamen wir zum Ergebnis, wenn man einen solchen Grenzwert fest-

---

7 Ozon-Verordnung vom 18. Juli 1991; BGBl I 1991, Nr. 45, S. 1587.

gelegt hat, muss man sich auch daran halten und die Überschreitung notfalls sanktionieren. Denn zu sagen, dieser Grenzwert ist falsch festgelegt, ist wiederum nicht darstellbar.

Als Fraktion und Bundesregierung sind wir m. E. seinerzeit einen richtigen Weg gegangen. Wir haben unsere Vorreiterrolle im Bereich der Umweltpolitik und der Chemiewirtschaft wahrgenommen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland auf die Ereignisse in Bhopal (Giftgasexplosion, 1986), auf die Ereignisse bei Sandoz (Brand in der Chemiefabrik bei Basel, 1986) reagiert, die betroffenen Länder haben dies nicht getan. Aber wir sind dazu übergegangen, mit einer umfassenden, in sich geschlossenen konzeptionellen Chemiewirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen, dass chemische Produktion in der Bundesrepublik Deutschland in gesicherter Form erfolgen kann. Die Störfallverordnung sei nur am Rande erwähnt.<sup>8</sup>

Aber nicht nur im Binnenbereich haben wir Hervorragendes geleistet, sondern wir haben uns in der Fraktion auch den großen internationalen Fragestellungen zugewandt. Ich erwähne das Montrealer Protokoll (1987/1989), die stufenweise Reduzierung des Verbrauchs von FCKW und Halonen, die drohende Zerstörung der Ozonschicht. Es war unser Umweltminister Klaus Töpfer, der hier als Motor der Entwicklung dafür gesorgt hat, dass wir dieses Problem in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich schneller angehen. Er hat unbeirrbar an dieser Zielsetzung festgehalten und deutlich gemacht, dieses Ziel – wenn man es will – auch zu erreichen, ohne dass wirtschaftliche Schäden auftreten. Das war eine grandiose Leistung und ein hervorragender Einstieg in den internationalen Umweltschutz.

Wir haben unsere Rolle im internationalen Umweltschutz auch in der Frage des Klimaschutzes zentral gesehen und gefestigt. Auch hierbei spielte Klaus Töpfer eine herausragende Rolle. In diesem Zusammenhang haben wir als Fraktion der Bundesregierung hervorragend zugearbeitet in der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ (11. Wahlperiode) und „Schutz der Erdatmosphäre“ (Fortsetzung in der 12. Wahlperiode), wo wir ein Spektrum von Maßnahmen und Aktivitäten aufgelistet haben, d. h. als Instrumentenkasten, der für die Bundesregierung durchaus in Frage gekommen ist. Es ist einer der Erfolgspunkte der damaligen Zeit, dass die Bundesregierung die Empfehlungen der Enquete-Kommission in wesentlichen Teilbereichen entschlossen aufgegriffen und umgesetzt hat.

Wir erreichten, dass wir sowohl in der Frage der Energieeinsparung, wie der Verbesserung der Energieeffizienz, wie in der Frage des Energiemixes und der Frage, wie muss Energiepolitik angelegt sein, um zum Klimaschutz beizutragen, konzeptionell in einer Art und Weise vorgearbeitet haben, dass wir

---

<sup>8</sup> Störfall-Verordnung vom 9. Mai 1985, vom 20. September 1991 (= Neufassung der 12. VO zu BImSchG), BGBl 1991, I Nr. 54.

noch heute von den Ergebnissen, die damals erzielt worden sind, durchaus leben können. Der ganze Instrumentenmix, den wir seinerzeit abgearbeitet haben, ist heute noch nicht umgesetzt. Da bleiben noch Positionen, die damals vorgedacht wurden und die wir heute noch in Angriff nehmen könnten, so wie sie ehemals konzipiert waren.

Wir haben Erfolge erzielt, aber sicherlich auch Fehler gemacht. Da ist z. B. der Schutz der Tropenwälder. Wir hätten uns von vorne herein nicht nur dem Schutz der tropischen Regenwälder widmen sollen, um damit Ressentiments insbesondere bei den Entwicklungsländern zu wecken, die sagten: Warum werden ausgerechnet unsere tropischen Wälder herausgegriffen, warum geht man nicht an die Waldeinschläge in Kanada, in der Sowjetunion usw. Diese Ressentiments haben wir ausgeräumt, in dem wir später sagten, ein wesentlicher Beitrag ist der Schutz der Wälder generell, aber der Ansatzpunkt unter klimatischen Aspekten war natürlich, die Brandrodung – die einen wesentlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Emission und damit zur Klimaproblematik geleistet hat – in den Griff zu bekommen. Wobei uns in der Fraktion im Laufe der Diskussion deutlich wurde, dass nicht die Frage der CO<sub>2</sub>-Emissionen die eigentlich entscheidende ist, sondern entscheidend ist die Frage der Vernichtung von Arten, des ungeheueren Artenverlustes, der dadurch eintritt, dass man auf großen Flächen des tropischen Regenwalds den großen Artenreichtum vernichtet und damit Erbgut, das sich in Millionen Jahren angesammelt hat, unwiederbringlich zerstört.

Das war einer der Gründe, dass wir gesagt haben, wir müssen zu einer Bewusstseinsänderung auch unter dem Aspekt kommen, nicht nur Brandrodung wegen der CO<sub>2</sub>-Emission, sondern auch Artenschutz als eine zentrale Frage zu behandeln. Wir erfuhren bis in die Spitze der Bundesregierung hinein – nicht nur durch Klaus Töpfer, sondern auch durch Bundeskanzler Helmut Kohl – eine Unterstützung, wie sie nach meinem Dafürhalten einmalig ist. Der Kanzler hat sich ausgesprochen intensiv der Diskussion um den Klimaschutz weltweit angenommen, und er hat sich in diese weltweite Diskussion führend eingeschaltet. Etwas, das wir in der derzeitigen Situation immer wieder vermissen. Wenn ich daran denke, wie er Brücken geschlagen hat nach Singapur, nach Brasilien, ins südliche Afrika, um bei diesen Völkern und Staaten um Verständnis zu werben für unsere Vorgehensweise im Klimaschutz, dann war das kongenial.

Nicht alles konnten wir durchsetzen. Unser großartiger Plan, den tropischen Regenwald zu schützen in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM, war genial gedacht. Doch wurde das von einigen von uns in internen Diskussionen für nicht realistisch gehalten. Wir haben das Projekt dann umgewandelt in ein Crashprogramm zum Schutz der Regenwälder und es mit 500 Mio. DM dotiert. Das ist der größte Brocken, den wir jemals in der Bundesrepublik zum Schutze der tropischen Regenwälder beschlossen und umgesetzt haben.

Die eigentliche Problematik lag aber darin, dass wir zur Hilfe auch kongeniale Partner finden mussten, um mit unserem idealistischen Denken nicht gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, andere bevormunden zu wollen. Dieses Projekt, das in Brasilien realisiert werden sollte, hat dort ganz erhebliche Widerstände gefunden, die über eine lange Zeitspanne hinweg erst einmal ausgeräumt werden mussten, damit das Programm in dem Umfang wirksam werden konnte, wie wir uns das vorgestellt haben.

Es hat darüber hinaus in einem breiten Bereich, insbesondere in den Jahren 1980 bis 1992, Initiativen zum Gewässerschutz gegeben: Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes, Novelle des Waschmittelgesetzes, Novelle des Abwasserabgabengesetzes.<sup>9</sup> Hilfreich hierbei war zu der Zeit das Robbensterben an der Küste, das medienwirksam als Transportvehikel dazu diente, all diese Gesetze durchzusetzen, obgleich sich später herausstellte, dass es weniger an mehr Mitteleintrag oder an anderen Stoffen lag, die wir ins Wasser eingeleitet haben, sondern die Ursache ein schlichter Virus war; aber wir hatten die Gesetze durch, dank der Initiative unseres Umweltministers Klaus Töpfer. Das heißt also, man muss ggf. auch die Dinge, wenn sie sich so anbieten, nutzen, um etwas Vernünftiges daraus zu machen.

In dieser Zeit widerstanden wir der Versuchung, wie die Grünen Umweltpolitik über Angst zu gestalten. Wir suchten nicht den Schadstoff der Woche oder den des Monats, sondern wir sind durch systematische Arbeit an die Positionen herangegangen.

Ich will eine Position nicht vergessen, die nach meinem Dafürhalten beispielhaft ist. Dass wir mit der Wiedervereinigung unsere Vorstellungen vom Umweltweltschutz auf die ehemalige DDR übertragen haben und wir dort mit den gleichen Maßstäben an die gewaltigen Probleme herangegangen sind, ist meiner Meinung nach eine hervorragende Leistung. Wenn ich sehe, was wir im Kläranlagenbau in der ehemaligen DDR innerhalb kürzester Zeit geleistet haben, und daran denke, dass es europäische Staaten gibt, deren Hauptstädte heute noch nicht über entsprechende Kläranlagen verfügen, wie die, die wir in der DDR aus dem Boden gestampft haben, dann ist das ein ganz zentraler Aspekt. Wenn man sieht, wie die Leute im damaligen Chemiedreieck unter den Emissionen der Industrie gelitten haben, und wenn man sieht, mit welchem Umweltstandard heute in den neuen Bundesländern gearbeitet wird, selbst wenn es noch nicht den Industriebesatz gibt, wie ich ihn mir wünsche, aber es immer mehr und immer bessere Ansätze gibt – man denke nur an das BMW-Werk in Leipzig –, ferner, dass wir die Probleme der Altablagerung, Bodenverseuchung, Flammseen, Silberseen, auch die Frage des Uranerzbergbaus und alles andere weitgehend in den Griff bekommen haben, dann ist hier sicherlich

---

9 Wasserhaushaltsgesetz, Novelle vom 11. November 1996; Abwasserabgabengesetz.

eine ganze Menge im Zusammenhang mit der deutschen Einheit geleistet worden. Wenn wir heute sagen können, dass wir in den neuen Bundesländern vom Grunde her eine ökologisch vernünftige Situation haben und der ehemalige Grenzgürtel heute in besonderer Weise für den Naturschutz genutzt werden kann, ist dieses auch ein wesentlicher Erfolg der Union, den sie geschlossen erreicht hat.

Allmählich mussten wir feststellen, dass mehr und mehr Widerstände eintraten, da wir nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne nach der Wiedervereinigung die Dinge wirtschaftlich nicht mehr so günstig zusammenbinden konnten wie vorher. Die Situation, dass die finanziellen Mittel nicht mehr im gleichen Maße flossen wie früher, hat natürlich die Widerstände gegen die Umweltpolitik verstärkt. Unsere Reaktion darauf, nicht nur mit dem klassischen Ordnungsrecht vorzugehen, sondern nach Lösungen zu suchen, wie wir mit flexiblen, marktwirtschaftlichen Instrumenten die Dinge bewerkstelligen könnten, war eine gute und passende Antwort.

Ich erinnere daran, dass wir seinerzeit über Emission trading noch in anderer Form gesprochen haben, Zertifikatslösung, dass wir aber insbesondere die Selbstverpflichtung als Instrument in der Bundesrepublik Deutschland zur Blüte gebracht haben. Es gab damals ca. 100 Selbstverpflichtungen zwischen Regierung und Wirtschaft, davon waren 99 erfolgreich. Wenn wir überall eine solche Trefferquote erzielt hätten, wären wir mehr als glücklich, auch wenn wir die Diskussion heute sehen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass die Selbstverpflichtungen der entscheidende Faktor waren in der Frage der Reduktion von CO<sub>2</sub>. Die Selbstverpflichtung, auch wenn sie heute nicht mehr bei dieser Regierung zentral im Mittelpunkt steht, ist ein Punkt, den wir weiter bei der Frage, wie wir Probleme lösen wollen, berücksichtigen müssen.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir bei unseren Instrumenten nicht nur darauf setzen, die Menschen oder die Wirtschaft zu belasten, sondern auch über Anreize zu arbeiten und diese Anreize steuerlich genauso als Instrument zur Fortführung des Umweltschutzes nutzen, wie wir eben auch das Kooperationsprinzip benutzen, um in der Landwirtschaft nicht nur durch Auflagen, sondern auch durch Verträge mit Landwirten auf der einen Seite bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und auf der anderen Seite gleichzeitig Naturschutz zu realisieren. Und ich meine, dass es nach wie vor wesentlich besser ist, Naturschutz *mit* den Menschen als Naturschutz *gegen* die Menschen zu realisieren.

Wir haben damals flexible Instrumente wie Joint implementation im Bereich des Clean Development Mechanism in die Diskussion eingeführt, allerdings noch nicht umgesetzt. Das sind Positionen, die wir nach wie vor nutzen müssen, um zu Ergebnissen zu kommen, und das kann hilfreich sein, um in der Frage der CO<sub>2</sub>-Reduktion global und weltweit weiterzukommen.



Abschließend möchte ich nur noch einige wenige Positionen sehr deutlich herausstellen. Es hat natürlich nicht immer völliges Einvernehmen gegeben. Ich habe schon erwähnt, dass es bei der Sommersmogverordnung konträre Standpunkte in der Fraktion gab, aber auch bei der Frage der regenerativen Energien hat es unterschiedliche Meinungen in der Fraktion, diesmal nicht zur Regierung, sondern zur Fraktionsführung gegeben. Wir wollten damals am Stromeinspeisungsgesetz festhalten, über die Fraktionsspitze ist dann die Frage des EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz)<sup>10</sup> hineingedrückt worden. Wir werden sehen müssen, wie wir in Zukunft mit diesem Bereich umgehen.

Wir haben darüber hinaus feststellen müssen, dass wir an bestimmten Positionen, an denen Helmut Kohl absolut festhielt, nicht vorbeikamen trotz – nach meinem Dafürhalten – besserer Argumente. Im Bereich Kohlesubvention erinnere ich mich daran, wie Gunnar Uldall<sup>11</sup> und ich mit dem Bundeskanzler diskutiert haben, der noch seinen damaligen Abteilungsleiter Johannes Ludwig bezog, was in der Sache nichts geändert hat, weil die Argumente für die Fortführung der Kohlesubvention auch durch gute Leute nicht stichhaltiger wurden. Aber die alte, durchaus emotionale Verbindung, die der Kanzler zur Kohle hatte – genauso wie die emotionale Verbindung des Kanzlers zur Landwirtschaft –, hat dazu geführt, dass diese Position nicht durchsetzbar war.

Wir haben diese Diskussion heute wieder in NRW. Wenn es dort möglicherweise zu einer Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP kommt, und sich die Frage stellt, wie weit und in welchem zeitlichen Rahmen man die Probleme um die Subventionierung der Ruhrkohle lösen kann, dann kommen diese Argumente wieder hoch.

Ich habe außer Acht gelassen Positionen, wie das Abfallrecht,<sup>12</sup> bei dem wir sehr vieles erreicht haben, indem wir den Verwertungsgedanken, den Vermeidungsgedanken herausgestellt haben. Bei den Gesetzesentwürfen, z. B. beim Abfallwirtschaftsrecht, haben die Kollegen Kampeter und Friedrich die Regelungen noch einmal völlig neu durchformuliert.<sup>13</sup>

Wir haben darüber hinaus in vielen Bereichen klar und deutlich erkennen lassen, dass wir an einer zielorientierten Umweltschutzpolitik festhalten. Das tun wir auch jetzt in den Zeiten, bei denen die Gelder knapp sind, aber man kann mit den Positionen, wie ich sie angedeutet habe – flexible Instrumente

---

10 Stromeinspeisungsgesetz: Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz (EEG) vom 7. Dezember 1990, BGBl 1990, I, S. 2633

11 Gunnar Uldall, MdB 1983–2001.

12 1986: Abfallgesetz; Juni 1991: Vermeidung von Verpackungsabfällen; Juli 1992: Neufassung der Klärschlammverordnung, Nutzung von Klärschlämmen zur Pflanzendüngung; Juni 1993: Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall; Oktober 1994: Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, das das Abfallgesetz von 1986 ersetzte.

13 Steffan Kampeter, MdB seit 1990; Dr. Gerhard Friedrich, MdB 1987–2002 (CSU).

auf der einen Seite, Anreize, insbesondere steuerliche Anreize auf der anderen Seite –, mehr Umweltschutz dort, wo es nach wie vor nötig ist, umsetzen.

Im Moment sehe ich eine zentrale Aufgabe darin, den Umweltschutz international voranzutreiben. Es ist uns gelungen, den Umweltschutz in der Bundesrepublik soweit voranzutreiben, dass eine direkte Bedrohungssituation nicht mehr gegeben ist, und das ist sicherlich auch ein Punkt, warum es in Teilen der Bevölkerung nachlassendes Interesse gibt. Wir müssen die Aspekte definieren, wo aus Vorsorgegründen nach wie vor gearbeitet werden muss, wo die Dinge noch erweitert werden müssen, aber ich glaube, dass wir im Binnenland den Umweltschutz im Griff haben.

Wir müssen nicht nur in den Industriestaaten, sondern auch mit den Schwellenländern jetzt weltweit die Diskussion führen, wie wir die globalen Umweltprobleme lösen. Das ist nicht nur der Schutz der Tropenwälder, das ist nicht nur die Frage des Artenschutzes oder der Wüstenausbreitung, das ist auch die Frage des Schutzes der Weltmeere und eine Reihe anderer Fragen mehr. Ich glaube aber, dass wir, wenn wir konsequent bei unserer Unionslinie bleiben und auch in Zukunft zwischen Regierung und Parlament eng zusammenarbeiten, diese Lösung schaffen können und auch schaffen werden.

# Die Umweltpolitik 1982–1998 aus der Sicht der Umweltverbände

Von Helmut Röscheisen

Im Folgenden will ich versuchen, die Sicht der Umweltverbände, auch meine Erfahrungen, anhand von wenigen Punkten darzustellen. Ich habe sie so ausgewählt, dass ein Bezug zur heutigen Politik besteht. Auf diese Weise kann man sich auch aus einer etwas kritischen Haltung ein Bild davon machen, was gut und was weniger gut gelaufen ist.

## *1. Aktionsprogramm Ökologie (1984)*

Während der Zeit der sozial-liberalen Koalition Anfang der 70er Jahre wurde in der Tat der Umweltschutz in Deutschland etabliert, lange bevor die Umweltschutzverbände Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre entstanden.

Peter Menke-Glückert und Günther Hartkopf, beide Staatssekretäre im Innenministerium, haben damals zusammen mit anderen, Innenminister Baum und auch mit dem damaligen Landwirtschaftsministerium, ein wegweisendes Konzept in Auftrag gegeben, das sog. Aktionsprogramm Ökologie, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Der in mehrjähriger Arbeit von 50 international angesehenen Wissenschaftlern erstellte umfassende Bericht für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik gilt als nationaler Beitrag der Weltstrategie zur Erhaltung der Natur (IUCN) und von Global 2000, dem Expertenbericht an den US-Präsidenten. Dieses Aktionsprogramm Ökologie hat in der Tat die Grundlage für eine umfassende Umweltvorsorgepolitik gelegt, die auch heute noch, zumindest in wesentlichen Bereichen, Gültigkeit besitzt.

Ergebnis der ersten Jahre der Ära Kohl im Umweltbereich war, dass dieses Aktionsprogramm Ökologie in den Schubladen verschwunden ist. Kein Mensch sprach mehr davon. Die Vorlage wurde nicht verwandelt, wie man im Fußball sagt. Vielleicht weil sie von der falschen Vorgängerregierung kam, vielleicht weil die Vorschläge ziemlich weitgehend waren und in das Wirtschaftssystem einer Wegwerfgesellschaft mit einer auf quantitatives Wachstum setzenden Wirtschaft zu stark eingegriffen hätten. Das war die erste Momentaufnahme, eine kritische Momentaufnahme.

## *2. Die Aufnahme der Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ ins Grundgesetz wird verhindert (1984)*

Es gab 1984 Gesetzentwürfe von der damaligen Opposition, SPD und Grünen, zur Änderung des Grundgesetzes für die Einführung des Staatsziels Umweltschutz. Beide Gesetzentwürfe wurden von der CDU/CSU einheitlich abgelehnt

mit einer interessanten nachvollziehbaren Begründung: Die Einführung berge unabsehbare Risiken im Hinblick auf die Entwicklung der Rechtsprechung, weil man befürchte, dass der Umweltschutz rechtlich Vorrang hätte vor anderen Zielen. Aber es gab noch eine zweite Begründung, nämlich, man würde damit im Hinblick auf eine nicht erfüllbare Erwartungshaltung in der Bevölkerung den Boden dafür ebnen, dass wegweisende (wirtschaftliche) Veränderungen gebremst würden. Es ist schon angeführt worden, dass die Kohl-Regierung als relativ wirtschaftsfreundlich galt. Dass die Einführung der Staatszielbestimmung Umweltschutz im Grundgesetz 1984 aus diesen Gründen gescheitert ist, ist ein weiterer Beweis dafür.

Hierzu passt auch der gescheiterte Versuch, das Thema Umweltschutz in das Steuersystem einzuführen. Es gab eine Absprache zwischen Bundeskanzler Kohl und dem damaligen Chef der BASF, dass die Ökosteuer in Deutschland nicht eingeführt werden solle, weil die Chemieindustrie damit über Gebühr belastet worden wäre.

Erst 1994 kam es durch Art. 20a GG zur Aufnahme der Staatszielbestimmung Umweltschutz ins Grundgesetz.

### *3. Bundeskanzler Helmut Kohl zieht Umwelt- und Energiepapier der CDU-Programmkommission aus dem Verkehr (1988)*

Im Jahre 1988 gab es ein brisantes Papier der CDU-Programmkommission: Ein Papier zum Thema Umwelt und Energie, an dem praktisch sämtliche bekannten Persönlichkeiten der Union mitgearbeitet hatten, u. a. Heiner Geißler, Klaus Töpfer, Heinz Riesenhuber, Rita Süßmuth. Dieses Papier hatte einen bemerkenswerten Inhalt, der auch für die heutige Politik noch relevant ist. Denn gerade heute haben wir vom DNR eine kritische Pressemitteilung herausgegeben mit der Überschrift „CDU-Kanzlerkandidatin Merkel, Atomkanzlerin“ als Reaktion auf die Erklärung von Frau Merkel, dass sie den Ausstieg aus dem Atomausstieg anstrebt. Dies bedeutet natürlich eine Kampfansage an die Umweltverbände, das weiß die Bundeskanzlerin und das weiß auch die CDU. An diesem Punkt sind wir völlig konträr, weil wir der Meinung sind, dass eine vernünftige, zukünftige Energiepolitik ohne Atom, ohne Kohle durch Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien gekennzeichnet sein muss. Das ist ein Kontrapunkt und, wie Sie sehen, gehen die Auseinandersetzungen um diesen Gegensatz weit in die Vergangenheit zurück.

Im Papier der Programmkommission Umwelt und Energie hatten Prof. Töpfer u. a. wegweisende Ideen aufgezeichnet: Energiepolitik ohne Kernenergie und mit immer weniger fossilen Energieträgern. Die Autoren beklagten fehlende institutionelle und wissenschaftliche Grundlagen für die Erforschung und Anwendung neuer regenerativer Energieträger, von Energieeffizienz und Energieeinsparungen und forderten eine entsprechende Großforschungsein-

richtung. Dieses Papier konnte auf dem Wiesbadener Parteitag der Union im Jahr 1988 nicht verabschiedet werden.<sup>1</sup> Das ist für mich eine der bemerkenswertesten, problematischsten Entscheidungen in der Ära Kohl zum Umweltbereich. Eine solche Entscheidung kann m.E. nicht zukunftsfähig sein. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Umweltpolitik in der Ära Kohl von meiner Seite eher eine negative Bewertung erfahren muss.

#### *4. Waldsterben als vorherrschendes Thema der 80er Jahre*

In den 80er Jahren war das Waldsterben eines der zentralen Themen, das wir von den Umweltverbänden mitgeprägt haben. In der Amtssprache hieß es „neuartige Waldschäden“. Es gab dann, das ist sehr positiv, die Großfeuerungsanlagenverordnung und die TA Luft. Beide Regelungen wurden während der sozial-liberalen Zeit konzipiert und dann in der Ära Kohl umgesetzt. Die Belastung ist danach bei Schwefeldioxyd sehr stark zurückgegangen. Was wir bis heute nicht erreicht haben, ist die entscheidende Reduktion von Stickoxyden, insbesondere aus dem Verkehr und aus dem Bereich der Landwirtschaft, die nach wie vor dafür sorgen, dass das Thema Waldschäden auf der Agenda bleibt. Gerade im letzten Jahr war wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Wir sind also da noch nicht entscheidend weitergekommen.

#### *5. Wiedervereinigung Deutschlands*

Die umweltpolitischen Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands wurden bereits erwähnt. Für die Umweltschützer besonders bemerkenswert war – wir haben das „Aufbruch im Umbruch“ genannt –, dass durch die Tat einiger weniger, der so genannten Viererbande in der ehemaligen DDR mit Michael Succow, Hans Dieter Knapp, Lebrecht Jeschke und Matthias Freude, Naturschutzgeschichte geschrieben wurde. Sie haben es geschafft, in einem dramatischen Wettlauf mit der Zeit die wichtigsten, ökologisch wertvollsten Gebiete in der

---

<sup>1</sup> Zur Beratung des Leitantrages „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ wurde eine Kommission eingesetzt, zu deren etwa 20 Mitgliedern auch Geißler, Riesenhuber, Süßmuth und Töpfer gehörten. Der ursprüngliche Entwurf behandelte folgende Themen: I. Präambel, II. Menschliches Leben ist unverfügbar, III. Kinderfreundliche Gesellschaft, IV. Zusammenleben mit Kranken, Pflegebedürftigen und Behinderten, V. Ältere Menschen, VI. Solidarität mit Arbeitslosen, VII. Miteinander von Deutschen und Ausländern, VIII. Umwelt. In der Sitzung der Kommission am 12. Februar 1988 wurden die Punkte VII und VIII aus dem Leitantrag gestrichen. – Auf dem Wiesbadener Parteitag vom 12.–15. Juni 1988 wurde vom Bundesvorstand der JU und vom CDU-Landesverband Saar der Antrag gestellt, einen Abschnitt „Umweltschutz“ als Ergänzung in den Beschluss aufzunehmen. Die Anträge wurden als Material an den Bundesvorstand überwiesen und in den Leitantrag des 37. Bundesparteitages (1989) „Die Schöpfung bewahren“ einbezogen. [Anm. der Redaktion]

ehemaligen DDR rechtlich so zu schützen, dass sie in den deutschen Einheitsvertrag übernommen werden konnten, bevor sich die DDR aufgelöst hat. Es war einer der letzten Beschlüsse des DDR-Ministerrates. Die Schutzgebiete sind in den Einheitsvertrag aufgenommen worden und haben bis heute Bestand. Es sind die fünf Nationalparks, Jasmund, die Vorpommersche Bodden-Landschaft, der Müritz-Nationalpark in Mecklenburg-Vorpommern, der Hochharz in Sachsen-Anhalt und die Sächsische Schweiz in Sachsen, dann sechs Biosphärenreservate und einige Naturparks. Prof. Töpfer hat zu Recht diese Gebiete als das Tafelsilber der deutschen Einheit bezeichnet.

#### *6. UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio (1992)*

Meiner Meinung nach hat sich die Umweltpolitik der Ära Kohl durch eine starke Umweltaußenpolitik ausgezeichnet. Das Gewicht wurde sehr auf Außenpolitik gelegt. Der Kanzler war selbst in Rio anwesend und hat sich dort stark für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt, ebenso wie Minister Töpfer. Über die Entwicklung eines Nationalen Nachhaltigkeitsrates wurde debattiert, ohne allerdings national die Dinge umsetzen zu können. Das große Engagement von Prof. Töpfer mündete dann in seine Ernennung als Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP).

#### *7. Größtes Defizit*

Es geht um das Scheitern der geplanten Reform des Bundesnaturschutzgesetzes und zwar trotz mehrfacher Ankündigungen von Minister Töpfer, dieses Gesetz zu ändern. Das Reformvorhaben scheiterte letztlich am Widerstand der Agrarlobby, die in der Ära Kohl über einen sehr starken Einfluss verfügte. Es ist damals leider nicht gelungen, das Gesetz zu ändern. Ein zentrales Merkmal des inzwischen novellierten Bundesnaturschutzgesetzes ist es auch, fachliche Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis vorzugeben, da die industrialisierte Landwirtschaft ein Hauptfaktor bei der Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist. Dieses Ziel sollte mit einer Reform des Bundesnaturschutzgesetzes erreicht werden. Dies ist weder Minister Klaus Töpfer noch danach Ministerin Angela Merkel geglückt. Erst die Rot-Grüne Koalition konnte am Ende der letzten Legislaturperiode dieses Gesetz reformieren.

#### *8. Der Einfluss der Umweltverbände*

Ich möchte mit etwas Positivem enden. Es gab einen bemerkenswert engen Draht zwischen dem langjährigen Präsidenten des DNR, Prof. Wolfgang Engelhardt, und Bundeskanzler Helmut Kohl. Engelhardt war so etwas wie Kohls

umweltaußenpolitischer Berater. Er hat sicher dazu beigetragen, dass Bundeskanzler Kohl in Rio persönlich anwesend war. Engelhardt war im Übrigen auch derjenige, der das erste Umweltministerium in Deutschland und zwar in Bayern konzipiert hat. Er hat in vielen persönlichen Vieraugengesprächen mit dem Bundeskanzler bewirkt, dass Helmut Kohl das Thema Schutz des tropischen Regenwaldes wie kein anderer bisher in Deutschland zu seinem Thema gemacht hat. Das hat dazu geführt, dass insbesondere im Amazonasgebiet in Brasilien – das ist das größte noch erhaltene Regenwaldgebiet der Erde mit einer ungeheuren Artenvielfalt – ein sog. Pilotprogramm in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro zur Erhaltung dieses Tropenwaldes gestartet wurde. Das hat sicher dazu beigetragen, dass der Druck auf dieses Gebiet etwas begrenzt wurde, aber es konnte nicht verhindern, dass die Zerstörung der Regenwälder weiter voranschreitet.

Trotzdem will ich die Leistung des Bundeskanzlers hier erwähnen, die sehr positiv war. Dass der Bundeskanzler zum 75. Geburtstag unseres langjährigen Vereinspräsidenten Prof. Engelhard persönlich die Laudatio gehalten und sich mehrere Stunden außerordentlich wohl gefühlt hat im Kreise der Naturschutzverbände, will ich hier nicht verschweigen. Es gab also trotz der Defizite, die ich benannt habe, eine bemerkenswerte persönliche Übereinstimmung zwischen ihm und Teilen der Umweltverbände. Wir müssen damit rechnen, dass nach der nächsten Bundestagswahl die Akzente im Umweltbereich anders gesetzt werden. Ich hoffe sehr, dass wir die Differenzen, die wir etwa bei der Energiepolitik haben, auch wegen der guten persönlichen Beziehungen zur CDU-Spitze, in dem einen oder anderen Punkt abbauen und auf diese Weise Fehlentwicklungen verhindern können.





# 100 JAHRE EUGEN GERSTENMAIER

## Einführung

Von Günter Buchstab

Der bisher am längsten amtierende Bundestagspräsident, von 1954 bis 1969, ist – wie viele Politiker der ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik – kaum noch im öffentlichen Bewusstsein präsent. Dabei galt er bis zu seinem Abgang von der politischen Bühne als einer der einflussreichsten und prägenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik und der CDU. Am ehesten ist sein Name wohl im Bonner Raum geläufig, wo der „lange Eugen“, das frühere Abgeordnetenhaus, noch an ihn erinnert.

Deshalb seien die wesentlichen Stationen seines Lebens kurz in Erinnerung gerufen: Vor hundert Jahren, am 25. August 1906, ist Eugen Gerstenmaier in Kirchheim/Teck auf der Schwäbischen Alb geboren und im Alter von knapp 80 Jahren am 13. März 1986, also vor zwanzig Jahren in Bonn verstorben. Nach einer kaufmännischen Ausbildung machte Gerstenmaier 1931 das Abitur mit Auszeichnung nach, sozusagen als Spätberufener im Alter von 25 Jahren, und nahm als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes in Tübingen das Studium in den Fächern Theologie und Germanistik auf. 1932 wechselte er an die Universität Rostock, wo er dann weiterhin Theologie studierte, als zweites Fach aber Philosophie wählte. Besonders prägend für ihn wurde sein Lehrer, der Philosoph und systematische Theologe Friedrich Brunstäd, der seine Lehrtätigkeit in systematischer Theologie mit abendländischer Philosophie verband. 1934 wechselte er für ein Auslandssemester nach Zürich zu Emil Brunner, kehrte dann nach Rostock zurück, wo er im Herbst 1935 mit „summa cum laude“ promoviert wurde. Danach trat Gerstenmaier ein Vikariat in Gaildorf (Württemberg) an, übernahm aber schon wenige Monate später die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Kirchlichen Außenamt der Evangelischen Kirche in Berlin. Eigentlich aber strebte er eine wissenschaftliche Karriere an – er habilitierte 1938 –, was ihm aber aufgrund „politischer Unzuverlässigkeit“ verwehrt blieb. Nach Kriegsausbruch wurde er zunehmend gegen das nationalsozialistische Regime konspirativ tätig und kam schließlich 1942 in Kontakt zu Helmuth James Graf von Moltke und zum Kreisauer Widerstandskreis. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde er noch in der Nacht des 20. Juli 1944 verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach seiner Befreiung wurde er im Sommer 1945 Leiter des auf seine Initiative gegründeten Hilfswerks der Evangelischen Kirche, dessen zentrale Aufgabe die Linderung der Not für Flüchtlinge und Vertriebene war. 1949 erfolgte

die Weichenstellung für seinen Eintritt in die Politik, in der er nach dem Gewinn des Bundestagsmandats für den Wahlkreis Backnang-Schwäbisch-Hall nun für zwanzig Jahre eine maßgebende Rolle spielte. Dieser Schritt in die Politik war durch seinen bisherigen Lebensweg zwar nicht zwangsläufig vorgegeben, aber durch seine Mitwirkung im Kreisauer Kreis und sein Wirken im Hilfswerk in gewisser Weise doch vorgeprägt. Seine politische und christliche Grundhaltung führte ihn in die CDU. Als Experte in Flüchtlingsfragen mit internationalen Kontakten und vor allem als prominenter Protestant war er in der noch jungen Partei hochwillkommen, die dem Vorwurf begegnen wollte, eine Nachfolgerin der 1933 untergegangenen Zentrumspartei zu sein. Sehr schnell rückte er in die erste Reihe der CDU/CSU-Fraktion auf und wurde stellvertretender Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, 1953 dessen Vorsitzender. Als entschiedener Vertreter der Europaidee unterstützte er den Kurs der Westbindung Adenauers. Sein scharfer Antikommunismus und seine Hinwendung zu den USA führten zu Konflikten mit den Kritikern Adenauers in der EKD, die Äquidistanzdenken mit politischem Neutralismus verbanden. Von 1950 bis 1954 gehörte er der beratenden Versammlung des Europarats an und war auch Mitglied im Parlament der EGKS, dem Vorläufer des Europäischen Parlaments.

Eigentlich wollte er Außenminister werden, und deshalb sträubte er sich zunächst, dem überraschend verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers 1954 im Amt nachzufolgen, in dem er nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten für sich sah. Seine 15-jährige Amtszeit – bis 1969 – wurde jedoch prägend für das parlamentarische Leben und trug entscheidend dazu bei, die noch junge parlamentarische Demokratie zu stabilisieren und ihr nach innen und auch international zur Anerkennung zu verhelfen.

In seiner Partei erreichte er allerdings keine Position, die es ihm ermöglicht hätte, Politik aktiv mitzugestalten, auch wenn er 1956 zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Immerhin avancierte er aber in dieser Funktion zu einem ihrer Vordenker, zum „Chefideologen“ (so Paul Bausch und Heinrich Krone). Sowohl im Bundestag wie auf Parteitage brillierte er mit rhetorischer und gedanklicher Präzision und mit der Tiefe und Weite seiner Bildung. Seinem direkten politischen Einfluss waren aber Grenzen gesetzt, zumal es ihm nicht gelang, eine Hausmacht aufzubauen. Als er sich zu aktuellen Fragen der Politik äußerte, wie z. B. am Ende der 3. Legislaturperiode zur Deutschlandpolitik, konnte es zu scharfen Auseinandersetzungen mit Adenauer kommen, in denen er leidenschaftlich seine Position verteidigte. Er war eben kein bequemer Anpasser. Sicher war er geschätzt und geachtet, beliebt war er allerdings weniger. Hier stand ihm sein Temperament im Weg.

Seine Ambitionen auf das Außenministerium, das ihm Kurt Georg Kiesinger bei der Bildung der Großen Koalition zugesagt hatte, oder gar das Kanzleramt, erfüllten sich nicht, so daß er weiterhin im Amt des Bundestagspräsidenten

verbleiben mußte. Seine letzte Amtszeit sei, so hielt er in seinen Erinnerungen fest, von „Frustration“ gekennzeichnet gewesen. Dennoch war sein Ausscheiden aus dem Amt Anfang 1969 für ihn außerordentlich schmerzlich: Aufgrund der Kampagnen wegen angeblich zweifelhafter Wiedergutmachungsansprüche für seine aus politischen Gründen vereitelte akademische Laufbahn, wegen der aus der DDR lancierten Vorwürfe, er habe mit Himmlers Sicherheitsdienst kooperiert und seine Freunde aus dem Widerstand verraten, und nicht zuletzt wegen angeblicher Bereicherung in einem Immobiliengeschäft mußte er zurücktreten. Gegen diese Kampagnen wehrte er sich verbissen, aber nicht besonders geschickt.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag trat Gerstenmaier politisch kaum noch hervor. Immerhin drängte er mit Heinrich Krone seine Partei dazu, auf den Rat der in der Politik Erfahrenen nicht ganz zu verzichten. Seiner Initiative ist zu verdanken, daß sich ein Kreis der Ältesten zur Beratung der Parteiführung in Grundsatz-, nicht in aktuellen Detailfragen konstituierte. Den Vorsitz dieses Gremiums hatte er bis zu seinem Tod inne, ebenso den Vorsitz der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des deutschen Bundestags e.V.

Soweit ein knapper Überblick über die Vita des Mannes, dessen Lebenswerk untrennbar mit der deutschen Nachkriegsgeschichte verbunden ist und der in den folgenden Beiträgen gewürdigt wird:

Eugen Gerstenmaier kam vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus her, der ihm später von verschiedener Seite bestritten wurde. Dazu Prof. Scholtyseck von der Universität Bonn und wissenschaftlicher Leiter der „Forschungsgemeinschaft 20. Juli“, der zahlreiche Publikationen zur Widerstandsbewegung vorgelegt hat.

Untrennbar verbunden war Gerstenmaier zeitlebens mit der Evangelischen Kirche, zu der er nicht immer in einem spannungsfreien Verhältnis stand. Dieses Verhältnis leuchtet Prof. Honecker aus, Emeritus für Sozialethik und systematische Theologie in Bonn.

Der Präsident des Deutschen Bundestags, Dr. Lammert, würdigt Gerstenmaier als Bundestagspräsident, der dieses Amt geprägt und den Arbeits- und Repräsentationsstil des Parlaments maßgeblich beeinflusst hat.

Schließlich widmet sich Privatdozent Dr. Dr. Michael Klein, Universität Heidelberg, dem „Chefideologen“ der Union, der auf Parteitagen Grundsatzfragen wie 1956 das „C“ oder 1958 die Gefahren des Wohlfahrtsstaates – ein höchst aktuelles Thema – oder 1960 die konservativen, liberalen und christlich-sozialen Denktraditionen der Union behandelte.

Und nicht zuletzt beschreibt Prof. Morsey, Verwaltungshochschule Speyer, das Verhältnis „Gerstenmaier und Adenauer“. Gingen zunächst Gerstenmaiers politisches Denken und Adenauer politisches Handeln in die gleiche Richtung, so gab es länger je mehr Reibungspunkte, die teilweise in heftige Auseinandersetzungen mündeten.

Die hier veröffentlichten Referate sind bei einer Gedenkveranstaltung in Sankt Augustin zum 100. Geburtstag und 20. Todestag Eugen Gerstenmaiers am 12. Juni 2006 gehalten worden. Ich danke den Autoren dafür, daß sie ihre Beiträge so rasch zur Verfügung gestellt haben.

# Eugen Gerstenmaier im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik: Widerstehen und sich Wehren

Von Joachim Scholtyssek

Über Eugen Gerstenmaiers Widerstand ist die Forschung inzwischen umfassend informiert, zunächst durch dessen eigene Darstellung, die er 1967 auf Bitten des Herausgebers der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ veröffentlichte<sup>1</sup> und sodann in seinen Lebenserinnerungen aus dem Jahr 1981 ausführlich mitteilte.<sup>2</sup> Den Anfang der wissenschaftlichen Veröffentlichungen machte eine Dokumentation, die 1965 von Fabian von Schlabrendorff, einem Mitverschwörer, herausgegeben wurde;<sup>3</sup> inzwischen haben sich zahlreiche wissenschaftliche Biographien und Aufsätze der Rolle Gerstenmaiers im Zusammenhang des 20. Juli 1944 gewidmet,<sup>4</sup> am ausführlichsten zuletzt die Biographie aus der Feder von Daniela Gniß.<sup>5</sup> Wesentliche Kontroversen über Gerstenmaiers Rolle als Mann des Widerstands gibt es nicht mehr, vielleicht mit der einen Ausnahme, dass in der letztgenannten Studie vor allem im Zusammenhang mit seiner SA-Mitgliedschaft seine Studienjahre als eine Zeit bezeichnet wurden, die „nicht frei vom Streben nach Konformität“<sup>6</sup> gewesen sei. Aber dies sind vergleichsweise marginale Bewertungsunterschiede, vor allem wenn man sie mit heftigen historiographischen Auseinandersetzungen vergleicht, die etwa um Persönlichkeiten wie Carl Goerdeler geführt wurden oder die Debatten, die um die Männer des militärischen Widerstands und ihre Haltung zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ausgetragen werden.

- 
- 1 Eugen GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis*, in: VfZ 15 (1967), S. 221–246. Diese Schrift ist zugleich eine kritische Rezension des Werkes von Ger van ROON, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967.
  - 2 Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. u.a. 1981, bes. S. 149–233.
  - 3 Fabian von SCHLABRENDORFF (Hg.), *Eugen Gerstenmaier im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1965. Die umfangreiche, eine ganze Reihe von Zeugenaussagen berücksichtigende Dokumentation hatte auch den Zweck, den propagandistischen Vorwürfen der DDR entgegenzutreten.
  - 4 Matthias STICKLER, *Eugen Gerstenmaier (1906–1986)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 217–226; Daniela GNIß, *Eugen Gerstenmaier: Ein Politiker aus christlicher Überzeugung*, in: HPM 10 (2003), S. 173–192; Rolf-Ulrich KUNZE, *Eugen Gerstenmaier und der 20. Juli*, in: Matthias STICKLER (Hg.), *Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands*, Rahden/Westf. 2005, S. 139–155.
  - 5 Daniela GNIß, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf 2005, bes. S. 121–152.
  - 6 EBD. S. 468.

Gerstenmaier, der sich unter dem Eindruck des aufkommenden Nationalsozialismus zum Studium der evangelischen Theologie entschlossen hatte, erlebte den „Kirchenkampf“ aus eigener Anschauung und geriet schon 1933/34 in Konflikt mit „Reichsbischof“ Ludwig Müller, was zu Verhaftung, Verhör und zur Anlegung einer ersten Gestapo-Akte führte. Die Auseinandersetzung zwischen Bekennender Kirche und NS-Staat war zwar zunächst noch kein politischer Widerstand, wenn auch die Inkompatibilität von christlichem Glauben und nationalsozialistischer Doktrin rasch außer Frage stand. Dem NS-Regime ging es darum, die freiheitliche Autonomie der christlichen Gemeinden zu liquidieren. Auch für Gerstenmaier, der fest im christlichen Glauben verwurzelt war, konnte es bald kaum noch einen Zweifel geben, dass das Regime den etablierten Religionsgemeinschaften konkurrierend gegenübertrat, als „eine innerweltliche »ecclesia militans«, außerhalb derer es kein Heil gab – eine totalitäre politische Religion“.<sup>7</sup> In einer solchen, zunächst gar nicht klar überschaubaren Gesamtsituation versuchte Gerstenmaier taktisch zu lavieren. Hierzu zählte zweifellos auch seine bereits erwähnte Mitgliedschaft in der SA, über deren Hintergründe bis heute keine zweifelsfreien Aussagen möglich sind. Mehr als eine nominelle Mitgliedschaft lag jedenfalls nicht vor, und das Problem einer retrospektiven Beurteilung stellt sich schon deshalb, weil sie ohne eine Untersuchung der genauen Beweggründe des Handelnden kaum möglich ist. Die damit verbundenen Fragen, so hat schon Hans Rothfels festgestellt, entziehen sich einer „schematischen Betrachtung“ und müssen im Gesamtzusammenhang des Verhaltens des Betreffenden gesehen werden.<sup>8</sup>

Sollte Gerstenmaier noch eine Weile unter den Bedingungen einer totalitären Diktatur, die durch „Verführung und Gewalt“ (Hans-Ulrich Thamer) gekennzeichnet war, einer Selbsttäuschung unterlegen sein, so zog er „unter dem Eindruck der Münchner Konferenz von 1938“ für sich den Schluss, dass Hitler beseitigt werden müsse.<sup>9</sup> Sein Weg in den Widerstand vollzog sich daher „in einem Prozess fortschreitender Distanzierung vom Nationalsozialismus“.<sup>10</sup> 1942 näherte er sich, inzwischen in der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts dienstverpflichtet, über seinen Freund und Mitarbeiter Hans Schönfeld und den württembergischen Landesbischof Theophil Wurm dem „Kreisauer Kreis“ und Helmuth James Graf von Moltke an, nachdem er zuvor

7 Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, Zweiter Band: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 3. Aufl., München 2001, S. 1.

8 Hans ROTHFELS, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt/M. 1978, S. 66. Zur Frage des Widerstands aus dem Amt auch Dieter EHLERS, *Technik und Moral einer Verschwörung*, Frankfurt/M. 1964, S. 36–39.

9 Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross, in: Karl B. SCHNELTING (Hg.), *Zeugen des Jahrhunderts*. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft, Frankfurt/M. 1982, S. 9–54, hier S. 18.

10 STICKLER, *Eugen Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 220.

schon über Josef Wirmer und Jakob Kaiser mit christlichen Oppositionellen in Verbindung gekommen war.<sup>11</sup> Die Zusammenkünfte in Kreisau und Berlin boten unter der Ägide Helmuth von Moltkes das Forum für weitere Bekanntschaften mit den Widerständlern Adam von Trott zu Solz, Hans von Haefthen, Adolf Reichwein, Theodor Steltzer, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Wilhelm Leuschner und den Militärs im Widerstand. In den Planungen für die „Zeit nach Hitler“ profilierte sich Gerstenmaier als Experte für Kirchenfragen und Außenpolitik. Anders als viele der „Kreisauer“ war er von Beginn an ein Befürworter des Attentats und stand damit auf Seiten derjenigen Militärs wie Henning von Tresckow, Fabian von Schlabrendorff und Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die ihre moralischen Bedenken überwunden hatten und zum Tyrannenmord bereit waren. Das Bemühen mancher Weggenossen im Widerstand, Hitler mit rechtsstaatlichen Methoden zu begegnen, hat er als „etwas Nobles, aber auch immer etwas Unrealistisches, ja Dilettantisches“ bezeichnet.<sup>12</sup> Auch in anderen Angelegenheiten war er ein Mann der Tat. Die unterschiedlichen Konzepte, Papiere, Listen und Diskussionen schienen ihm wenig weiterführend. Er führte diese Theorielastigkeit und Zögerlichkeit des Widerstands auf die „bürgerliche Gewissenskultur“ zurück, die die Ausführung des Attentats so schwierig machte.<sup>13</sup> Mit dem kommunistischen Widerstand wollte er allerdings aus politischen Gründen nichts zu tun haben. Mit Stalin und seinem Anhang zu paktieren, so hat er später trocken bemerkt, hätte bedeutet, „den Teufel mit Beelzebub auszutreiben“<sup>14</sup> und ein totalitäres Staatssystem durch ein anderes zu ersetzen. Gerstenmaier hätte sich für die Zeit nach Hitler am liebsten Julius Leber als Reichskanzler gewünscht; aber er war realistisch genug, sich nicht gegen Carl Goerdeler zu stellen. Er war vielmehr sicher, dass auch die „Kreisauer“ zu einer Vielzahl von Kompromissen für die Zeit nach Hitler gezwungen sein würden.<sup>15</sup>

Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 blieben Gerstenmaier und die „Kreisauer“ keineswegs passiv, sondern orientierten sich in Richtung der militärischen Verschwörer um Stauffenberg. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, dass Gerstenmaier die sich im Juli 1944 verdichtenden Anzeichen eines bevorstehenden Attentats aufmerksam registrierte. Als er am 19. Juli 1944 mit Bischof Wurm und seinem Freund, dem Oberkirchenrat Wilhelm Pressel, in

11 Wilhelm Pressel, zitiert in: SCHLABRENDORFF (wie Anm. 3), S. 32; daneben GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 149–151. Vgl. hierzu ausführlich auch Pressel an Roon vom 19. Mai 1964, Kopie in: Robert Bosch Archiv Stuttgart (RBA), Bestand 10/65.

12 GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis* (wie Anm. 1), S. 236.

13 Eugen GERSTENMAIER, *Von Bolz bis zu Rommel und Wurm. Baden-Württemberger im Kampf gegen Hitler*, Stuttgart 1978, S. 10.

14 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 152.

15 GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis* (wie Anm. 1), S. 244.

Stuttgart zusammentraf, erwähnte er die bevorstehende „Aktion“, ohne jedoch Einzelheiten bekannt zu geben.<sup>16</sup> Weil Wurm nach der Niederringung des NS-Systems über den Rundfunk zum deutschen Volk sprechen sollte, gab ihm Gerstenmaier den Wink, es sei Zeit, seine Rede fertig zu machen.<sup>17</sup>

Gerstenmaier, der sich für die Zeit nach dem Staatsstreich verfügbar halten sollte, begab sich am 19. Juli von Stuttgart nach Berlin und „fuhr geradewegs in den Aufstand“.<sup>18</sup> Nach einer Nacht in der Wohnung seines Freundes Peter Graf Yorck von Wartenburg bat ihn dieser am Nachmittag des 20. Juli, in den Bendlerblock zu kommen. Gerstenmaier ahnte zu diesem Zeitpunkt bereits, dass das Vorhaben gescheitert war, machte sich aber doch, mit Pistole und Taschenbibel bewaffnet, auf den Weg zum Landwehrkanal und erlebte dort den Zusammenbruch der Verschwörung. Zweifellos waren Gerstenmaier die ungeheuren Schwierigkeiten bewusst, mit denen die Verschwörer selbst nach einem gelungenen Anschlag hätten kämpfen müssen.<sup>19</sup> Aber solche philosophischen Überlegungen, die Gerstenmaier ohnehin nicht mochte, waren inzwischen obsolet geworden. Noch am Abend wurde er verhaftet, ins Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße gebracht und bereits am folgenden Tag von Ernst Kaltenbrunner, dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, verhört. Als einziger Zivilist der im Bendlerblock Verhafteten tischte er diesem eine Darstellung der Ereignisse auf, die einer „harmlosen Idiotenversion“, wie er es später nannte, glich.<sup>20</sup>

In den nächsten Wochen wurde er im RSHA mehrfach verhört und dabei auch körperlich misshandelt.<sup>21</sup>

16 GERSTENMAIER, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 23. Vgl. auch DERS., *Der Kreisauer Kreis* (wie Anm. 1), S. 243f.; Gerhard SCHÄFER/Richard FISCHER (Hg.), *Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–1945. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1968, S. 350f.; Theophil WURM, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Stuttgart 1953, S. 170f. Vgl. auch Eugen GERSTENMAIER, *Zur Geschichte des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944*, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 24. Juli 1945; Emil BRUNNER, *Zum Zeugnis für Dr. Gerstenmaier*, in: „Neue Zürcher Zeitung“ vom 22. Juli 1945.

17 GERSTENMAIER, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 23; DERS., *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 189; Roland MÜLLER, *Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1988, S. 512.

18 GERSTENMAIER, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 23.

19 Eberhard JÄCKEL, *Wenn der Anschlag gelungen wäre*, in: Hans Jürgen SCHULTZ (Hg.), *Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler?*, Stuttgart/Berlin 1974, S. 69–76.

20 Eugen Gerstenmaier *im Gespräch* (wie Anm. 9), S. 29. In der Haft erklärte er dem evangelischen Gefängnispfarrer Harald Poelchau, er habe sich „zur Tarnung »wie ein Depp« verhalten“. Dem katholischen Gefängnisgeistlichen Peter Buchholz gegenüber erklärte er, er werde auch in der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof versuchen „den politischen Tölpel zu spielen“; SCHLABRENDORFF (wie Anm. 3), S. 39f.

21 Vgl. hierzu vor allem SCHLABRENDORFF (wie Anm. 3), S. 50–56. Martin Sandberger, Gruppenleiter des Amtes VI im RSHA und Verbindungsmann zwischen Schellenberg und Himmler, berichtete dem SS-Obergruppenführer Gottlob Berger über süddeutsche Widerstandsverbindungen: „Fischer, Schloßstein, Hahn, Speidel, Gerstenmaier“, vgl. Gott-



Die Gründe, warum der Theologe vom Volksgerichtshof unter Vorsitz Roland Freislers anstatt der vom Oberreichsanwalt beantragten Todesstrafe am 11. Januar 1945 lediglich zu sieben Jahre Zuchthaus verurteilt wurde, sind niemals genau geklärt worden. Zeitgenössisch wunderte sich schon der amerikanische Geheimdienstmann und spätere CIA-Chef Allen Dulles über die verhältnismäßig geringe Strafe.<sup>22</sup> Gerstenmaier selbst war der milde Urteilspruch ebenfalls „nicht erklärlich“,<sup>23</sup> und er hat 1967 vermutet, seine Taktik, den „Weltfremden“ zu spielen, sei bei Freisler erfolgreich gewesen.<sup>24</sup> Auch später hat er das Urteil, das seine Mitangeklagten zum Tode, ihn jedoch nur zu einer Haftstrafe verurteilte, als „völlig ungerecht“ bezeichnet.<sup>25</sup> An anderer Stelle hat er die mit näher rückendem Kriegsende zunehmend milder ausfallenden Urteile des Volksgerichtshofs für sein Glück verantwortlich gemacht.<sup>26</sup> Es ist auch nicht auszuschließen, dass eine Intervention der Schwester von Gerstenmaier, Hanna Schwarz, geholfen hat. Sie war mit der Frau des stellvertretenden Reichspressechefs Helmut Sündermann befreundet. Das Ehepaar Sündermann wiederum war gut mit Freisler bekannt und setzte sich bei diesem für Gerstenmaier ein.<sup>27</sup>

Wer letztlich für die Rettung Gerstenmaiers verantwortlich war, wird sich wohl nicht mehr herausfinden lassen, zumal sich noch eine weitere Erklärung anbietet: Der SS-Obergruppenführer Gottlob Berger, ein Gefolgsmann Heinrich Himmlers, der auch „Schwabenherzog“ genannt wurde, setzte sich, um sein eigenes Schicksal fürchtend, eher zufällig auch für Gerstenmaier ein.<sup>28</sup> Nach seinen späteren Angaben entschloss er sich zur Aktion, nachdem ihn ein dringender Hilferuf von Hans Walz erreicht hatte. Der „Betriebsführer“ der tief in die Verschwörung verstrickten Leitung des Stuttgarter Unternehmens Ro-

---

lob BERGER, *Zur Geschichte der Robert Bosch G.m.b.H. 1933–1948* (1953); RBA, Bestand 13/84, S. 7 und die Tonbandaufzeichnung, zitiert nach der Mitschrift (Ebd.), S. 22. Dort ist aufgeführt, daß Berger diese Information vom Stuttgarter Gestapochof Mußgay erhalten hat: „An Schwaben seien mit dem 20.7. in Verbindung gebracht: Fischer, Schloßstein, Gerstenmaier, Hahn, Dr. Speidel. ... Stark belastet seien Fischer und Dr. Speidel. Mittel Gerstenmaier und Schloßstein.“

22 Vgl. OSS Assistant Director Cheston an Außenminister Stettinius vom 20. Januar 1945, in: Jürgen HEIDEKING/Christof MAUCH (Hg.), *American Intelligence and the German Resistance to Hitler. A Documentary History*, Boulder 1996, S. 360f.

23 GERSTENMAIER, *Zur Geschichte des Umsturzversuchs* (wie Anm. 16).

24 GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis* (wie Anm. 1), S. 231.

25 Eugen Gerstenmaier im Gespräch (wie Anm. 9), S. 31.

26 GERSTENMAIER, *Von Bolz bis zu Rommel* (wie Anm. 13), S. 13.

27 Vgl. SCHLABRENDORFF (wie Anm. 3), bes. S. 35f.

28 Vgl. Joachim SCHOLTYSECK, *Der „Schwabenherzog“*. Gottlob Berger, SS-Obergruppenführer, in: Michael KISSENER/Joachim SCHOLTYSECK (Hg.), *Die Führer der Provinz*, Konstanz 1997, S. 77–110; DERS., *Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933–1945*, München 1999, bes. S. 500–529.

bert Bosch bat ihn um eine rettende Intervention zugunsten einiger der Verhafteten des Bosch-Kreises. Wenn man dieser Überlieferung folgt, meldete Berger sich zum Vortrag beim „Führer“ an und bat, die verhafteten Württemberger „freizugeben“.<sup>29</sup> In einer späteren Tonbandaufzeichnung hat Berger diesen Vorstoß, bei dem er auch für Gerstenmaier ein Wort eingelegt habe, wie folgt geschildert: „Nur von Gerstenmaier wußte ich wenig. Eben, daß er von Kirchheim stammte, daß er Jugendführer der christlichen Jugend war. Dazu machte ich nun, daß er schlecht behandelt worden sei, sowohl von der HJ wie von der Partei und als Altpietist nun völlig durcheinandergebracht.“<sup>30</sup> Hitler, so Berger, habe schließlich „nur schweren Herzens“ nachgegeben und besonders für Gerstenmaier wenig Verständnis gezeigt. „Am Schluß, nach gewährter Unterschrift, sagte er: »Sie kennen die Menschen nicht, Sie werden das noch einmal bereuen.«“<sup>31</sup>

Durch die Intervention, von der Gerstenmaier wahrscheinlich bis zu seinem Tod nie etwas erfahren hat, ließe sich das unerwartet nachsichtige Urteil für Gerstenmaier ebenfalls erklären, auch wenn Berger seine eigene Rolle später dramatisiert hat. Wie dem auch sei: Gerstenmaier blieb nach seinem Urteil weiter inhaftiert. Erst im April 1945 wurde er von den Amerikanern aus der Zuchthaushaft in Bayreuth befreit.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ gab Eugen Gerstenmaier schon im Juni 1945 als Überlebendem in zwei Artikeln die Gelegenheit, die Geschichte des deutschen Widerstands zu schildern.

Gerstenmaier, der 1948 Mitglied der Synode der EKD wurde, war nach Kriegsende zunächst mit der Hilfstätigkeit der Kirchen befasst, bevor er seine parlamentarische Arbeit begann. 1949 wurde er Mitglied des Bundestags für die CDU und genoss das Vertrauen des Bundeskanzlers in außenpolitischen Fragen. Er profilierte sich, wie nicht zuletzt die Opposition bemängelte, als „hundertfünfzigprozentiger Adenauer-Mann“.<sup>32</sup> In seinen Erinnerungen führte er anlässlich des Übergangs von der kirchlichen zur politischen Tätigkeit an, er habe dem Versuch des Neuanfangs nicht den Rücken kehren wollen: „Es wäre mir sehr viel leichter gefallen, wenn auch nur einer meiner Kreisauer Gefährten dabei gewesen wäre. Aber ich war allein.“<sup>33</sup>

Als strikter Gegner eines Neutralitätskurses stand er gegen eigene Wegstreiter aus dem Widerstand. 1954 sprach er in Bad Godesberg auf einer Feierstunde für die Angehörigen des Auswärtigen Amts, die im Widerstand ge-

29 BERGER, *Zur Geschichte* (wie Anm. 21), S. 7.

30 Tonbandaufzeichnung (wie Anm. 21), S. 22.

31 BERGER, *Zur Geschichte* (wie Anm. 21), S. 7f.

32 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1994, S. 15.

33 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 296.

storben waren. Adenauer, so führte er aus, habe das Vermächtnis des 20. Juli in „behutsame, aber feste Hände genommen“, und er verwies dabei auf den Gedanken der Europäischen Föderation.<sup>34</sup> 1954 war Gerstenmaier der „Wunschkandidat“<sup>35</sup> Adenauers als Bundestagspräsident, ein Posten, den er dann tatsächlich bis 1969 innehatte. Er wäre lieber Außenminister geworden, was ihm als Außenseiter in der CDU jedoch nicht gelang, zumal das Verhältnis zu Adenauer sich bald schon trübte. Gerstenmaier, der stets nüchtern und differenziert zur deutschen Verantwortung für die NS-Zeit Stellung nahm und in den fünfziger Jahren die materielle „Wiedergutmachung“ förderte, rückte in den sechziger Jahren den geistigen Dialog mit dem Judentum ins Zentrum seiner Überlegungen.<sup>36</sup> Bei Besuchen in Israel oder Dänemark wurde in der Presse immer wieder auf seine Widerstandstätigkeit hingewiesen. Auf diese Weise gelang es ihm, „Vorbehalte abzubauen und glaubhaft die deutsche Wandlung zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu verkörpern“.<sup>37</sup>

Mit dem wachsenden Wohlstand in der Bundesrepublik schienen auch der Geist und die Ideen des Widerstands jene Bedeutung wieder zu verlieren, die sie gerade erst errungen hatten. Eugen Gerstenmaier sagte 1959, er „wage sich nicht auszumalen, was zum Beispiel die Träger des Kreisauer Kreises vom gegenwärtigen Deutschland dächten, würden sie seiner ansichtig“.<sup>38</sup> Am Konservatismus bemängelte er im Jahr 1965 ein „weithin unkritisches Verhältnis zur nationalen Attitüde“ und seine erst „späte Distanzierung“ vom „dämonisierenden Nationalismus“.<sup>39</sup>

Zu dieser Zeit sah sich Gerstenmaier bereits einer massiven Verleumdungskampagne der DDR ausgesetzt. Damit ist der zweite im Titel angesprochene Komplex berührt, der untrennbar mit der späteren Wiedergutmachungskampagne und seinem unfreiwilligen Abschied aus der Politik verbunden ist. Dafür, dass dieses politische Ende rückblickend „als unverdient unwürdig und skandalös“<sup>40</sup> bezeichnet werden muss, sind vier Faktoren verantwortlich: Ers-

34 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 22. Juli 1954, S. 1205–1211. Zu den Europaplänen des Widerstands vgl. Walter LIPGENS (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*, München 1968; DERS., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1949*, Teil 1: 1945–1947, Stuttgart 1977.

35 GNISS, *Eugen Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 182.

36 Dies führte ihn schon 1962 an die Hebräische Universität in Jerusalem. Vgl. hierzu vor allem Rolf VOGEL (Hg.), *Deutschlands Weg nach Israel: Eine Dokumentation*, Stuttgart 1967. Daneben auch Eugen GERSTENMAIER, *Neuer Nationalismus? Von der Wandlung der Deutschen*, Stuttgart, 1965, bes. S. 7–15.

37 GNISS, *Eugen Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 186.

38 Eugen Gerstenmaier, zitiert nach Bodo SCHEURIG, *Der 20. Juli – heute*, in: „Vorwärts“ vom 16. Juli 1959.

39 Eugen GERSTENMAIER, „Was heißt heute konservativ?“, in: *Der Monat* 14 (1965), Heft 166, S. 27–30, hier S. 27.

40 STICKLER, *Eugen Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 224.

tens die DDR-Kampagne, die Anfang der sechziger Jahre einsetzte, zweitens die Unterstützung dieses östlichen Verleumdungsfeldzuges durch westdeutsche „Provokationseliten“ (Philipp Gassert) und ihre „Fellow travellers“ aus dem linken Medienspektrum,<sup>41</sup> drittens Gerstenmaiers zumindest ungestümes und ungeschicktes Krisenmanagement, das er später freimütig mehrfach eingeräumt hat, und viertens die Tatsache, dass der unbequeme und bisweilen sperrige Gerstenmaier in seiner eigenen Partei zunehmend als „potentieller Störfaktor“ angesehen wurde.<sup>42</sup>

Die DDR-Diktatur begann zwar schon in den frühen fünfziger Jahren mit Kampagnen gegen führende Politiker der Regierung Adenauer, explizit gegen Gerstenmaier richteten sich die Attacken aber erst seit 1959.<sup>43</sup> Einen ersten Höhepunkt erreichten sie 1965 mit dem sog. „Braunbuch“ des Staatsverlags der DDR.<sup>44</sup> Im gleichen Jahr wurde auch die 7. Novelle des „Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts“ verabschiedet, die für Angehörige des öffentlichen Dienstes Entschädigungszahlungen regelte. Gerstenmaier konnte im Zusammenhang mit seiner Entlassung aus der Universität Leistungen in Höhe von 281.000 DM geltend machen und geriet in der Öffentlichkeit sogleich in die Diskussion, weil ihm diese rechtlich zustehende Zahlung als eine Art Selbstbedienung ausgelegt wurde. Es nutzte wenig, dass selbst politische Gegner für ihn Partei ergriffen. Einflussreiche Medien zeichneten ihn als raffgierigen und unsensiblen Profiteur; dies passte in das Bild, das die DDR von ihm mit dosiert in die westliche Medienlandschaft lancierten Meldungen über den angeblichen „SD-Agenten“ Gerstenmaier zeichnete<sup>45</sup> – Fälschungen, auf die schon zeitgenössisch verwiesen wurde und die nach dem Ende der DDR als „Machenschaften der Stasi“ zweifelsfrei ans Licht kamen.<sup>46</sup>

41 Grundlegend das Kapitel „Die Gerstenmaier-Kampagne“, in: Hubertus KNABE, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin/München 2001, S. 250–269; daneben DERS., *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 1999, S. 129f.

42 Friedrich Karl FROMME, *Eugen Gerstenmaier*, in: Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH (Hg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 155–167, hier S. 164.

43 Otto WINZER, *Kreuzritter des Neokolonialismus. Erklärung, abgegeben auf einer internationalen Pressekonferenz des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik am 4. November 1960, mit Dokumentenanhang*, Berlin (Ost) 1961.

44 Nationale Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*, Berlin (Ost), 1965. Noch im Jahr 2002 erfolgte in der „Edition Ost“ ein von Norbert Podewin herausgegebener Nachdruck der dritten erweiterten Auflage.

45 Nationale Front des Demokratischen Deutschland (Hg.), *Vom SD-Agenten P38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Ein Dokumentarbericht*, Berlin (Ost) 1969.

46 Franz MÖLLER, *Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969*, in: HPM 9 (2002), S. 95–126, hier S. 116.

Man kann sich fragen, wie Gerstenmaier auf den Zangengriff der DDR-Fälschungen und der Propaganda der willfährigen Westmedien hätte reagieren sollen. Andere christdemokratische Politiker wie Heinrich Lübke und Kurt Georg Kiesinger standen vor dem gleichen Problem, und auch ihnen gelang es nur mit sehr begrenztem Erfolg, das gegen sie inszenierte Kesseltreiben abzuwehren. Es liegt eine gewisse Tragik darin, dass die Verleumdungen und die Rufmordkampagne damals zu Gerstenmaiers politischer Demontage erheblich beitrugen. Auch die CDU/CSU verhielt sich, wie Friedrich Karl Fromme pointiert ausgeführt hat, nicht gerade mustergültig. Der Grund dafür, dass die Union, vielfach erleichtert, erst nach dem Rücktritt Gerstenmaiers eine Ehrenerklärung abgab, war wohl darin zu sehen, dass sie „nach zwanzig Jahren Regierungszeit innerlich müde geworden und auf die Stufe eines nach Wählermehrheiten schielenden Parteiverhaltens gesunken war“.<sup>47</sup> Die Mitgliedschaft Gerstenmaiers im Kreisauer Kreis zählte ohnehin kaum noch. Der bürgerliche Widerstand war 1968 ins Abseits geraten und stand geradezu unter Generalverdacht. Der 20. Juli wurde von Ralf Dahrendorf im Jahr 1965 als bürgerlich-oppositionelle „Gegenrevolution“ interpretiert, als ein „Aufstand der Tradition“, und mit „Illiberalität“ und „Autoritarismus“ in Verbindung gebracht.<sup>48</sup> Die sich damals etablierende neomarxistische Faschismusinterpretation ging in ihrer Bewertung des bürgerlichen Widerstands über dieses Fehlurteil noch weit hinaus, und Gerstenmaier wurde damit Opfer „gewisser populistischer Zeitströmungen“.<sup>49</sup> Genugtuung mag jedoch wenigstens den Nachgeborenen die Tatsache verschaffen, dass die Geschichte zumindest manchmal einen längeren Atem als der Zeitgeist hat. Heute lassen sich jedenfalls die Verfälschungen der SED ebenso klar erkennen wie die beschämende Kollaboration mancher westlicher Meinungsmacher mit der ostdeutschen Diktatur.

Damit möchte ich meinen Vortrag beschließen. Er konnte sicherlich nur einige Aspekte des Widerstands von Eugen Gerstenmaier beleuchten, und auch diese nur cursorisch. Aber ich tröste mich mit einer Erkenntnis von Umberto Eco: „Wenn ein Text alles explizit sagen wollte, was sein Empfänger begreifen soll: Er würde kein Ende finden.“<sup>50</sup>

---

47 FROMME, *Eugen Gerstenmaier* (wie Anm. 42), S. 164.

48 Ralf DAHRENDORF, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 442.

49 Horst FERDINAND, *Eugen Gerstenmaier*, in: Bernd OTTNAD (Hg.), *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. 1, Stuttgart 1994, S. 106–112, hier S. 111.

50 Umberto ECO, *Im Wald der Fiktionen. Sechs Streifzüge durch die Literatur*, München 1994, S. 11.



# Gerstenmaier und die evangelische Kirche

Von Martin Honecker

Über Eugen Gerstenmaiers Position in der evangelischen Kirche zu sprechen, ist nicht einfach, unter Umständen sogar umstritten.<sup>1</sup> Gerstenmaier war zwar evangelischer Theologe und Oberkonsistorialrat, aber er hatte stets eine Sonderstellung inne. Darüber wird zu reden sein. Mit 14 Jahren hat er eine kaufmännische Ausbildung begonnen. 9 Jahre später ging er auf das Gymnasium zurück und machte dann Abitur. Als er das Theologiestudium in Tübingen aufnahm, war er 25 Jahre alt. Der akademische Weg führte ihn über ein Auslandsstudium in Zürich nach Rostock, wo er im Herbst 1935 die erste theologische Prüfung ablegte. Vom Herbst 1935 bis März 1936 war Gerstenmaier Vikar in Württemberg in Gaildorf. Im April 1936 trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das Kirchliche Außenamt in Berlin ein. 1942 wurde er als Konsistorialrat zum hauptamtlichen Beamten der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) bestellt, nachdem im September 1940 seine Bemühungen um eine Dozentur endgültig gescheitert waren.<sup>2</sup> Bereits 1935 wurde er in Rostock bei Friedrich Brunstäd promoviert. 1938 habilitierte er sich in Rostock mit der Arbeit „Die Kirche und die Schöpfung“, in die seine Promotion eingearbeitet ist.<sup>3</sup> Die Erteilung der *Venia legendi* und damit ein akademischer Weg wurden ihm jedoch verweigert. Soweit die biographischen Angaben.

Gerstenmaier war also nur ein halbes Jahr lang pfarramtlich und seelsorgerlich tätig. Nach eigenen Aussagen hielt er auch die seelsorgerliche Tätigkeit nicht für seine eigentliche Fähigkeit. Aber von 1936 bis 1949 stand er im kirchlichen Dienst. Über diese Aktivitäten wird im Folgenden zu berichten sein. Mit seinem Verhältnis zur evangelischen Kirche nach dem Eintritt in die Politik mit der Wahl in den Deutschen Bundestag 1949 werde ich mich nicht befassen. Gerstenmaier blieb zwar Synodaler und formal auch Kirchenbeamter. 1951 schied er aus seinem Amt als Leiter des Hilfswerks aus, legte aber Wert auf den Weiterbestand seines Anstellungsverhältnisses bei der EKD in

---

1 Literatur: Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981; DERS., *Reden und Aufsätze*, Bde. 1 und 2, Stuttgart 1956, 1962; Daniela GNISS, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf, 2005; Andreas MEIER, *Eugen Gerstenmaier*, in: Wolf-Dieter HAUSCHILD (Hg.), *Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert*, Gütersloh 1998, S. 185–201; Jochen-Christoph KAISER, *Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft nach 1945*, in: Wolfgang HUBER (Hg.), *Protestanten in der Demokratie, Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 69–92.

2 GNISS (wie Anm. 1), S. 91.

3 Eugen GERSTENMAIER, *Die Kirche und die Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt*, Berlin 1938.

Form einer zeitlich unbegrenzten Beurlaubung.<sup>4</sup> Er nahm auch an den innerkirchlichen Debatten und Kontroversen mit eigenen Voten teil. Die Diskussionen um Wiederbewaffnung und Deutschlandpolitik, die in den 1950er Jahren die innerevangelische Auseinandersetzung beherrschten, enthalten jedoch keinen spezifischen Beitrag Gerstenmaiers. Es ist bekannt, dass große Teile des Protestantismus und vor allem maßgebliche Stimmführer, wie Martin Niemöller, Gustav Heinemann, Helmut Gollwitzer, die Politik Konrad Adenauers ablehnten. Es ist daher keine Überraschung, dass Gerstenmaier als deren Verteidiger – auch mit theologischen Argumenten – und als Vertreter von Positionen der CDU hervortrat.

Von besonderem Interesse ist jedoch Gerstenmaiers Tätigkeit beim Kirchlichen Außenamt und seine Tätigkeit als Gründer und Leiter des Hilfswerks der evangelischen Kirche. Auf diese beiden Tätigkeiten will ich mich konzentrieren. Sie erklären auch Gerstenmaiers Sonderstellung in der evangelischen Kirche. Es war eben nicht nur sein Charakter, seine offenbar immer wieder nahezu sture Haltung und seine manchmal aufbrausende Art, warum seine Stellung in der evangelischen Kirche so strittig und unterschiedlich beurteilt wurde.

### *Die Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt*

Zunächst zu Gerstenmaiers Tätigkeit im Kirchlichen Außenamt von 1936 bis 1944.<sup>5</sup> Gerstenmaier selbst hat diese Zeit höchst instruktiv dargestellt.<sup>6</sup> Am 21. Februar 1934 wurde durch „Verordnung des Reichsbischofs betreffend die kirchliche Auslandsarbeit“ die „Errichtung des Kirchlichen Amtes für Auswärtige Angelegenheiten bei der Deutschen Evangelischen Kirche (Kirchliches Außenamt)“ bekannt gegeben. Gerstenmaier bewertet diese Gründung selbst so: „Die gequollene Bezeichnung war leider nicht der einzige Geburtsfehler dieses neuen Amtes. Viel schlimmer war, daß der Mann, der die Verordnung erließ, weder im Inland noch im Ausland einen hinreichenden kirchlichen Kredit besaß.“<sup>7</sup> Das Kirchliche Außenamt war also eine Gründung des Reichsbischofs Müller, der im Kirchenkampf von der Bekennenden Kirche vollständig abgelehnt wurde. Die Bekennende Kirche, die sich im Mai 1934

4 GNISS (wie Anm. 1), S. 244.

5 Zur Stellung des Kirchlichen Außenamtes nach 1933: Armin BOYENS, *Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939*, München 1969; DERS., *Kirchenkampf und Ökumene 1939–1945*, München 1973. Zur Person von Theodor Heckel: Rolf-Ulrich KUNZE, *Theodor Heckel 1894–1967. Eine Biographie* (Konfession und Gesellschaft 13), Stuttgart 1997.

6 Eugen GERSTENMAIER, *Das Kirchliche Außenamt im Reiche Hitlers*, in: Paul COLLMER/Hermann KALINNA/Lothar WIEDEMANN (Hg.), *Kirche im Spannungsfeld der Politik. Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D. zum 70. Geburtstag am 21. Januar 1977*, Göttingen 1977, S. 307–318; GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 72ff.; GNISS (wie Anm. 1), S. 65ff.

7 GERSTENMAIER, *Das Kirchliche Außenamt* (wie Anm. 6), S. 307.



um die Barmer Theologische Erklärung sammelte, sah im Kirchlichen Außenamt eine Institution der Deutschen Christen und der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Leiter war der bayerische Lutheraner Theodor Heckel (1894–1967), der den Titel Bischof führte. Heckel war ein konservativer Lutheraner, kein Deutscher Christ, und er war auch nicht Parteigenosse. Aber er stellte in falsch verstandener Obrigkeitsuntertänigkeit das Kirchliche Außenamt in den Dienst der Außenpolitik des Dritten Reiches. Nach 1945 war für Heckel kein Platz mehr in der Evangelischen Kirche, er wurde dann in den Kirchendienst seiner bayerischen Heimatkirche übernommen. Das Kirchliche Außenamt war ferner auf die Unterstützung des Außenministeriums angewiesen und damit von der Außenpolitik des Dritten Reiches abhängig. Die Erteilung von Pässen und die Genehmigung von Auslandsreisen war Sache des Ministeriums. Die Arbeit deutscher Auslandsgemeinden war außerdem nur mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium überhaupt möglich.

Während der ökumenischen Konferenz auf der dänischen Insel Fanö, bei der Dietrich Bonhoeffer seine berühmte Friedenspredigt mit der Forderung nach einem ökumenischen Konzil, das den Völkern die Waffen aus der Hand nähme, hielt, geriet Theodor Heckel mit der offiziellen Delegation der DEK völlig in das ökumenische Abseits. Die Konferenz fasste eine EntschlieÙung zur kirchlichen Lage in Deutschland, die in der Tat die offiziellen deutschen Teilnehmer bei der Rückkehr in große Schwierigkeiten bringen musste. Heckel reagierte mit einer dubiosen und fragwürdigen Erklärung, „daß die allgemeinen Verhältnisse im heutigen Deutschland der Verkündigung des Evangeliums viel mehr Möglichkeiten geben als zuvor“. Das konnte man so im Sommer 1934 nicht mehr behaupten! Gerstenmaier kommentiert dieses Ereignis folgendermaßen: „Bischof Heckel war von da an in der ökumenischen Welt so gut wie ruiniert. Auch einsichtige Männer in der Ökumene vermochten die Pleite von Fanö nie mehr völlig zu reparieren. Meine Zugehörigkeit zum Kirchlichen Außenamt blieb stets eine Belastung meiner ökumenischen Arbeit und wurde noch viele Jahre später Material für jede Verleumdung.“<sup>8</sup>

1935 veröffentlichte das Kirchliche Außenamt eine Broschüre, in der die eigene Tätigkeit als wichtiger Teil der „gesamtkirchlichen volksdeutschen Arbeit“ gekennzeichnet wurde und die kirchliche Auslandsarbeit in die nationalsozialistische Ideologie eingebettet wurde.<sup>9</sup> In diese Behörde trat Gerstenmaier

---

8 EBD. S. 311.

9 GNISS (wie Anm. 1), S. 65: In der Broschüre hieß es: „1. Der Nationalsozialismus hat den Damm gegen Asien aufgerichtet. Die Vernichtung des Kommunismus ist mehr als die Beseitigung einer wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ideologie und Partei ... 2. Der Nationalsozialismus hat die Überwindung des sozialen Problems entschlossen angefaßt ... 3. Der Nationalsozialismus hat die Grundstruktur des öffentlichen Lebens im Wesen ver-

als wissenschaftlicher Mitarbeiter ein. Seine Hauptaufgabe war zunächst einmal, nach anderen Zuarbeiten, die deutschen Beiträge zu der im Juli 1937 angesetzten Oxforder Kirchenkonferenz in Gang zu bringen und zu koordinieren. Den Sammelband gab Gerstenmaier unter dem Titel „Kirche, Volk und Staat“ heraus; der Band enthielt auch einen Beitrag von ihm selbst „Die Kirche und die Kirchen“<sup>10</sup>. Vertreter der Bekennenden Kirche waren an diesem Werk nicht beteiligt. Einzelne Beiträge waren zudem von der NS-Ideologie eingefärbt. Nach Auseinandersetzungen um die Teilnahme an der Oxforder Konferenz, verzichtete die DEK am Ende auf die Entsendung einer eigenen Delegation. Der freikirchliche, methodistische Bischof Melle war der einzige deutsche Repräsentant in England. Er protestierte gegen die Verabschiedung einer Botschaft an die deutschen Protestanten und lobte die nationale Regierung des deutschen Volks als Werk der göttlichen Vorsehung – ohne irgendeine nachhaltige Wirkung. Gerstenmaier war also von 1936 an in Kontroversen mit Vertretern der Bekennenden Kirche im Inland wie im Ausland verwickelt. Zugleich knüpfte er freilich in seiner amtlichen Aufgabe Beziehungen zu Vertretern der Ökumene in der Schweiz, wo der Ökumenische Rat im Entstehen war, und nach Skandinavien. Diese Kontakte wurden nach 1945 wichtig. Nach Kriegsbeginn suchte Gerstenmaier auch Kontakte zu den orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, in Serbien und Rumänien, und förderte die Beziehungen durch Stipendien an orthodoxe Theologiestudenten. Die Kontakte nach Genf wurden nach Kriegsbeginn sogar zwischen Visser t’Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, und Heckel wieder hergestellt und angesichts des Krieges auf beiden Seiten verständnisvoller. 1940 verfasste Gerstenmaier auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes auch eine Abhandlung unter dem Titel „Frankreichs Protestantismus im Krieg“ und publizierte sie unter dem Pseudonym Albrecht Allmann.<sup>11</sup> Im Krieg überließ Heckel die ökumenische Arbeit weithin Gerstenmaier; der Bischof selbst konzentrierte sein Interesse auf die Auslandsgemeinden und auf die evangelischen deutschen Kirchen außerhalb des Reichsgebiets. Weitere Einzelheiten zu Gerstenmaiers Aufgaben und Aktivitäten im Kirchlichen Außenamt sind hier nicht darzustellen. Das alles erklärt genügend, warum Eugen Gerstenmaier nach 1945 bei den Vertretern der Bekennenden Kirche auf viele Vorbehalte und kritische Bedenken stieß. Als Gerstenmaier im Juni 1945 in die Schweiz nach Zürich zu Emil Brunner und nach Genf reiste und sich öffentlich als Widerstandskämpfer präsentierte, rief dies eine heftige

---

ändert ... Reich und Volk, Führung und Gefolgschaft, Herrschaft, Ordnung und Bewegung sind die Grundbegriffe, in denen die Struktur des Dritten Reiches sich abzeichnet und ausgestaltet.“

10 Eugen GERSTENMAIER, „Die Kirche und die Kirchen“, in: DERS. (Hg.), *Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der deutschen evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz*, Berlin 1937, S. 100–128; vgl. BOYENS, *Kirchenkampf* (wie Anm. 5), S. 136ff.

11 GNISS (wie Anm. 1), S. 101; GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 131f.

Polemik Karl Barths hervor.<sup>12</sup> Die Bekennende Kirche sah in ihm geradezu einen Repräsentanten der alten Deutschen Evangelischen Kirche, die sich im Dritten Reich gründlich diskreditiert hatte.

Die spezifische Stellung Gerstenmaiers in der evangelischen Kirche der Nachkriegszeit hatte ihren Grund aber nicht allein in seiner Tätigkeit von 1936 an, sondern auch in seiner eigenen Theologie und deren Ansatz. Mit dem programmatischen Titel seines Werkes „Die Kirche und die Schöpfung“ setzte sich Gerstenmaier betont von der Theologie Karl Barths und dessen christozentrischer Lehre ab. Auch waren seine Ausführungen zu „Volk“ und „Blut und Boden“ zeitbezogen. „Wo ein Volk nichts mehr davon weiß, daß ihm Blut und Boden, Rasse und Landschaft zur geschichtlichen Tat, zur Erfüllung seines geschichtlichen Berufs gegeben sind, weil es für ihn taub geworden ist, wird es diese Bedingungen seiner völkischen und geschichtlichen Existenz mißachten und sie pervertieren. Wo ein Volk seinen geschichtlichen Beruf mißversteht und seine sittliche Aufgabe im Weltganzen mißachtet, für die es seine naturhaften Bedingungen als sinnhafte Mittel einzusetzen hat, verfehlt es in seiner kollektiven Selbstverabsolutierung das Ziel seiner Geschichte, den Sinn seines Daseins und verspielt damit die eigentliche Geltung seiner völkisch-geschichtlichen Existenzbedingungen: Blut und Boden, Rasse und Landschaft.“<sup>13</sup> Aussagen zu Staat und Volk unterstreichen diese Anschauung.<sup>14</sup> Sie beruhen auf der Schöpfungsoffenbarung. Zum Staat heißt es: „Der Staat ist die Aktionsform, in der ein Volk geschichtlich eigenständig existiert.“<sup>15</sup> Gerstenmaiers Theologie war sehr stark von seinem Lehrer Friedrich Brunstäd und dessen konservativer und idealistischer Weltansicht bestimmt. Umso erstaunlicher ist es, dass Gerstenmaier im September 1945 auf der Kirchenkonferenz in Treysa zum Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche berufen wurde.

### *Das evangelische Hilfswerk*

Das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche, an dessen Leitung Gerstenmaier wohl durchaus Interesse hatte, wurde 1945 Martin Niemöller als herausragendem Repräsentanten der Bekennenden Kirche übertragen. Gerstenmaier hatte freilich schon die Reise in die Schweiz im Sommer 1945 dazu genutzt, ökumenische Kontakte zu knüpfen. Zu Adolf Keller, der die seit 1922 in der Schweiz bestehende „Europäische Zentralstelle für Kirchliche Hilfsaktionen“ leitete, hatte er bereits vor Kriegsende Kontakt. Auch im amerikani-

---

12 GNISS (wie Anm. 1), S. 166; Karl BARTH, „Neueste Nachrichten zur neueren deutschen Kirchengeschichte?“ wiederveröffentlicht in: *Karl Barth zum Kirchenkampf*, ThExh NF 49, 1956, S. 84–89.

13 GERSTENMAIER, *Kirche und Schöpfung* (wie Anm. 3), S. 83.

14 EBD. S. 255–259, 269f.

15 EBD. S. 91, 260.

schen Kirchentum gab es zu Kriegsende Pläne für kirchliche Hilfsaktionen. Ferner hatte Gerstenmaier sehr gute Beziehung zu dem anerkannten Sprecher der evangelischen Kirche, dem württembergischen Landesbischof Theophil Wurm. Auch zeichnete ihn ein ausgezeichnetes Organisationstalent aus, und zudem verfügte er über kaufmännische Kenntnisse. So begann er im Sommer, die Hilfe für die Not leidende deutsche Bevölkerung zu organisieren.<sup>16</sup> Auf der Kirchenkonferenz in Treysa vom 27. bis 30. August 1945 trafen sich die protestantischen Kirchenführer, die Repräsentanten der Landeskirchen und der Bekennenden Kirche, freilich ohne die deutschchristlichen Leiter von Kirchenbehörden, und konstituierten die Evangelische Kirche neu. Bischof Wurm hatte dazu als Leiter des „Kirchlichen Einigungswerkes“ eingeladen. Wurm wurde auch zum Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland gewählt. Gerstenmaier reiste mit einem vorbereiteten Plan zur Schaffung einer kirchlichen Hilfsorganisation an.<sup>17</sup> Ohne große Aussprache und ohne förmlichen Beschluss wurde das Hilfswerk geschaffen. Gerstenmaier selbst schrieb: „Es ist wahr: als wir nach Treysa kamen, da brachten wir als vorsichtige Leute gleich mit, was dort beschlossen werden sollte.“<sup>18</sup> Eine inhaltliche Beratung oder Vorstellung des Hilfswerks erfolgte nicht. Es diente zunächst einfach dazu, die eingehenden Auslandsspenden an die Gemeinden zu verteilen. Eine Einrichtung wie das Hilfswerk konnte so nur in der Ausnahmesituation der Nachkriegszeit entstehen. Die staatlichen Ämter funktionierten nicht mehr. Zivilgesellschaftliche Kräfte gab es ebenfalls nicht, die sich hätten betätigen können. In dieses Vakuum trat die Kirche als einzige funktionierende Organisation. Dibelius war in Treysa skeptisch, ob aus diesem Unternehmen etwas werde.<sup>19</sup> Gerstenmaier konnte deshalb eine von keinerlei Instanzen kontrollierte Tätigkeit entfalten. Der Dienort wurde Stuttgart (aufgrund der Nähe zu Bischof Wurm), und weil die amerikanische Besatzungsmacht besonders kooperativ war. In der russischen Besatzungszone konnte das Hilfswerk nicht tätig werden. In den drei anderen Besatzungszonen musste selbstständig gearbeitet werden, aber die Hilfsgüter konnte man nur sehr unterschiedlich verteilen. Der Zentralstelle und ihrem Präsidenten wuchs dadurch besondere Macht zu. Daraus ergaben sich bald Kompetenzkonflikte mit den Landeskirchen. Vor allem aber

16 Zum Hilfswerk: Johannes Michael WISCHNATH, *Kirche in Aktion. Das evangelische Hilfswerk 1945–1957 und sein Verhältnis zu Kirche und Innerer Mission* (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte 14), Göttingen, 1986; Helmut TALAZKO, *Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland*, in: Jochen-Christoph KAISER (Hg.), *Soziale Arbeit in historischer Perspektive. Zum geschichtlichen Ort der Diakonie in Deutschland. Festschrift für Helmut Talazko zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1998, S. 323–337; GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 244ff.; GNISS (wie Anm. 1), S. 153ff.

17 WISCHNATH (wie Anm. 16), S. 75ff.; GNISS (wie Anm. 1), S. 164ff.

18 GERSTENMAIER, *Reden und Aufsätze 1* (wie Anm. 1), S. 117.

19 WISCHNATH (wie Anm. 16), S. 84.

bestand von Anfang an eine Rivalität zur Inneren Mission und deren Einrichtungen. Die Innere Mission war seit dem 19. Jahrhundert in Vereinsform organisiert und formal von der institutionellen Kirche unabhängig, wenn auch mit ihr personell vielfältig verflochten. Die Einrichtungen der Inneren Mission waren dementsprechend weithin autonom, und deshalb war die Innere Mission als solche im Jahre 1945 faktisch handlungsunfähig. Dazu kam, dass sich die Leiter von Einrichtungen der Inneren Mission im Kirchenkampf möglichst neutral verhalten und nicht der Bekennenden Kirche angeschlossen hatten. Die Innere Mission hatte mit der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) kooperiert. Dadurch war die Innere Mission zusätzlich belastet. Gerstenmaier hatte freilich schon vor Kriegsende in Gesprächen bei Repräsentanten der Inneren Mission den Gedanken eines Hilfswerks für den Wiederaufbau nach dem Krieg sondiert, war aber auf Ablehnung gestoßen. Also konnte er 1945 sogleich handeln. Allerdings bestanden in der Inneren Mission Bedenken: „Die Tendenz Gerstenmaiers zum Zentralismus und der Ausbau seines Organisationsapparates ließen die Innere Mission um ihren angestammten Platz auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt bangen. Seitens der Inneren Mission wurde offenbar die Gefahr gesehen, dass künftig die karitative Wiederaufbauarbeit einzig mit den Bemühungen des Hilfswerks assoziiert und die eigene Tätigkeit aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt werde.“<sup>20</sup>

Vor der Gründung angestellte Überlegungen, das Hilfswerk interkonfessionell zu realisieren, fanden in Gesprächen Gerstenmaiers mit katholischen Bischöfen bei diesen keinerlei Resonanz. Also wurde es als „Evangelisches“ Hilfswerk konzipiert, freilich unter Mitarbeit und Beteiligung der Freikirchen. Darauf hatten die ökumenischen Spender mit Nachdruck Wert gelegt.

Die Arbeit des Hilfswerks expandierte. Es wurden Maßnahmen gegen die verbreitete Arbeitslosigkeit und zur Sesshaftmachung von Flüchtlingen durchgeführt. In Espelkamp wurden in einer Flüchtlingssiedlung für mehr als 100 Familien eine neue Heimat und Anstellungsmöglichkeiten durch 70 Betriebe aus Handwerk und Industrie geschaffen.<sup>21</sup> Außerdem gründete Gerstenmaier mit seinem Vertrauten Klaus Mehnert und unter Mithilfe von Paul Collmer einen Verlag, das Evangelische Verlagswerk, in dem nicht nur Bücher, sondern auch die Wochenzeitschrift „Christ und Welt“ erscheinen sollten. „Christ und Welt“ trat allerdings in Konkurrenz zu der von Hans Lilje herausgegebenen Wochenzeitschrift „Sonntag“. Die unternehmerischen Aktivitäten des Hilfswerks waren also recht weit gespannt. Ein Protokoll der Ratssitzung der EKD am 24./25. Januar 1952 listete als hilfswerkeigene Unternehmen auf: 1) Sozialwerk GmbH Berlin; 2) Matthias Film GmbH, Frankfurt/Main; 3) Gemeinnützige Studiengesellschaft für Siedlungen im Ausland mbH in Frankfurt/

---

<sup>20</sup> GNISS (wie Anm. 1), S. 184.

<sup>21</sup> EBD. S. 191f.

Main; 4) Aufbaugemeinschaft Espelkamp; 5) Gemeinnützige GmbH Industriesiedlung Boostedt, Schleswig-Holstein; 6) Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der EKD; 7) Stuttgart Maschinensetzerei GmbH; 8) Evangelisches Verlagswerk; 9) Veredelungswirtschaft.<sup>22</sup> Gerstenmaiers Idee war es gewesen, mit ausländischen Spendengeldern Rohstoffe im Ausland zu kaufen und diese in Deutschland zu veredeln, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen und Einnahmen zu erzielen. Es sollten also nicht nur Hilfsgebaben weitergeleitet, sondern eine Produktion in Gang gesetzt werden. Diese Aktivitäten zogen – verständlicherweise – Kritik auf sich. So kam es im Dezember 1949 zu Konflikten zwischen Hilfswerk und der württembergischen Landeskirche, die dann die EKD als Schlichter anrief.<sup>23</sup> Insbesondere die Wirtschaftsbetriebe des Hilfswerks wurden kritisch betrachtet. Die Währungsreform im Juni 1948 brachte das Hilfswerk zusätzlich in große wirtschaftliche Schwierigkeiten.<sup>24</sup> Die Frage wurde laut, was die über die karitative Arbeit hinaus vom Hilfswerk initiierten und getragenen publizistischen und ökonomischen Aktivitäten noch mit der Kirche zu tun haben. Gerstenmaier selbst hatte 1945 das Hilfswerk programmatisch als „Kirche in Aktion“ gekennzeichnet. Er betonte: „Der Tat, der Tat sind wir zugetan.“<sup>25</sup> Mit der Betonung der Verbindung zur Kirche wollte er seine Arbeit von der Vereinstätigkeit der Inneren Mission abheben. Die wirtschaftlichen Probleme führten nach der Ausgliederung der Wirtschaftsabteilung ab dem 1. Juni 1949 unter dem Namen Veredelungswirtschaft GmbH (VERWI) im Frühjahr zu einer Geldbuße (in Höhe von 100.000 DM) wegen Devisenvergehen. Die Ermittlungen der Finanzbehörden wiederum führten 1951 zu einer scharfen politischen Kontroverse zwischen dem der FDP angehörenden württembergischen Ministerpräsidenten Reinhold Maier und Gerstenmaier.<sup>26</sup> Am Ende schied Gerstenmaier zum 1. Oktober 1951 aus der Tätigkeit als Hilfswerkleiter aus. Er selbst kommentierte sein Ausscheiden nach einer Ratssitzung, deren Verlauf er mit seiner Verhandlung vor dem Volksgerichtshof verglich, wörtlich bitter so: „Ich komme von dem Eindruck nicht los, daß für einige recht prominente Mitglieder des Rates die Aussicht bestimmend war, durch eine Art Exkommunikation meiner Person in die Dispositionsgewalt von Gut und Macht zu gelangen, für deren Zustandekommen sie nichts getan haben, an deren Ausbeutung sie aber brennend interessiert sind.“<sup>27</sup> Hanns Lilje, der Vorstandsmitglied der Inneren Mission war, erinnerte sich zum Verhältnis von Hilfswerk und Innerer Mission: „Ein leiser Schatten

---

22 EBD. S. 191 Anm. 10.

23 EBD. S. 239.

24 EBD. S. 239.

25 GERSTENMAIER, *Reden und Aufsätze* 1 (wie Anm. 1), S. 75.

26 GNISS (wie Anm. 1), S. 242–244, 258–262, vgl. S. 195.

27 Zit. EBD. S. 243; vgl. WISCHNATH (wie Anm. 16), S. 312–319.

fiel über das Ganze, als Parallelerscheinung zur Inneren Mission trat sofort die Gründung des Hilfswerks ein. Hier war die organisatorische und kaufmännische Energie von Eugen Gerstenmaier am Werk. Er war in der Tat durch seine berufliche Schulung in der Lage, mit solchen Problemen finanzieller und organisatorischer Art umzugehen, und hat es erreicht, daß die deutschen Landeskirchen sich diesen organisatorischen Plänen öffneten. Daß es dabei nicht ohne Rivalität abging, muß leider zugestanden werden. Es gehörte zu der energischen Art von Gerstenmaier, auf vorhandene und traditionelle Gebilde nicht übermäßig viel Rücksicht zu nehmen.<sup>28</sup> Im Herbst 1951 endete Gerstenmaiers amtliche Tätigkeit in der evangelischen Kirche. Nach Abschluss der Hilfswerkarbeit hielt Gerstenmaier eher Distanz zum innerkirchlichen Leben.

Das Hilfswerk war eine große Leistung in der Nachkriegszeit. Aber es war nach der Startphase umstritten. Es war ein Wiederaufbauhilfswerk. Kaum beachtet wird und untersucht wurde, dass das Hilfswerk nach 1945 nicht völlig ohne Vorbild war, zumindest, was die Programmatik angeht.<sup>29</sup> Seit 1930 gab es ein Winterhilfswerk und den Arbeitsdienst, aus dem 1933 die Nationalsozialisten das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes und den Reichsarbeitsdienst machten. In der Reichskirchenverfassung der Müllerschen Reichskirche gab es gleichfalls bereits Pläne, ein zentrales reichskirchliches Sozialreferat einzurichten. Das spielte in der Gründungsphase des Hilfswerks freilich keine Rolle. Aber nach der unmittelbaren Notzeit wurden sein Zentralismus und die autonome Geschäftsführung innerkirchlich suspekt. Mühsame Bemühungen um eine Satzung seit 1947 und um ein vorläufiges Kirchengesetz der EKD vom 13. Januar 1949 dokumentieren die kirchenamtlichen Bemühungen der EKD, das Hilfswerk unter Aufsicht und Kontrolle zu bringen. Denn es war ja ein kirchliches Werk! Gerstenmaier selbst hatte hochfliegende Pläne. Er wollte ein „Diakonisches Amt der EKD“ errichten, das dem kirchlichen Außenamt gleichgestellt wäre. Die Bemühungen seit 1951 um eine Neuordnung des Hilfswerks führten 1957 zur Fusion von Hilfswerk und Innerer Mission als Diakonisches Werk der EKD. Das Hilfswerk wurde damit Geschichte. Gerstenmaiers Bestreben, Wirtschaftsbetriebe und eine „Deutsche Sozialpolitische Gesellschaft“ als Verwaltungsgesellschaft zu etablieren, wurden vor Gerstenmaiers Ausscheiden vom Rat der EKD ebenso abgelehnt.<sup>30</sup> Die Hilfe für die deutsche Bevölkerung unmittelbar nach Kriegsende bleibt das große Verdienst des Hilfswerks. Weiterreichende Zielvorstellungen und Pläne wurden mit der Festigung der Bundesrepublik wirkungslos.

---

28 Hanns LILJE, *Memorabilia. Schwerpunkte eines Lebens*, Nürnberg 1973, S. 39, zit. bei GNISS (wie Anm. 1), S. 185.

29 Vgl. KAISER, *Eugen Gerstenmaier in Kirche und Gesellschaft* (wie Anm. 1), S. 69–92, v. a. S. 78ff.

30 WISCHNATH (wie Anm. 16), S. 328f.

Was waren nun Gerstenmaiers eigene Zielvorstellungen und Konzeptionen beim Hilfswerk? Dies zu erfassen ist schwierig. Seine originäre Leistung lag auf dem Gebiet der Organisation und Administration. Zunächst begründete er sein Vorgehen pragmatisch aus der Notsituation. Seine Leitidee war „Kirche in Aktion“. Später knüpfte er programmatisch an die Vorstellungen Wicherns, des Gründers der Inneren Mission, an.<sup>31</sup> Wichern hatte 1848 die Kirche und die Christen zur tätigen Nächstenliebe und Hilfe, und das heißt, zur Inneren Mission aufgerufen. Diese diakonische Tätigkeit nennt Gerstenmaier „Wichern I“. In Wicherns Denkschrift findet sich sodann die Anregung zu einer christlichen Assoziation Hilfsbedürftiger. Das nennt Gerstenmaier „Wichern II“.<sup>32</sup> Gerstenmaier sieht, dass zwischen Diakonie und Sozialpolitik große Unterschiede bestehen. Sie bestehen in der Methode und vor allem im Leitbild. Die Diakonie hat ein eigenes Leitbild, wie Gerstenmaier betont.<sup>33</sup> Außerdem ist der Ausgangspunkt der christlichen Diakonie die Gemeinde und nicht der Staat oder die Gesellschaft. Gerstenmaiers Aktivitäten nötigen freilich dazu, das Verhältnis zur sozialen Großmacht Staat zu klären und nach der Aufgabe einer „politischen Diakonie“ zu fragen. In diesem Zusammenhang fällt dann auch das Stichwort „christliche Politik“.<sup>34</sup> Er warnt freilich selbst: „Die Politisierung der Kirche hat keine Verheißung.“<sup>35</sup> Zugleich sieht er aber richtig auch die Gefahr, „daß die einzelnen diakonischen Werke, Verbände und Aktionen unserer Kirche – gleichgültig, ob frei oder kirchenamtlich – einfach planlos sich mit- und gegeneinander im Feld der Not tummeln“.<sup>36</sup> Ein klares Konzept freilich ergibt sich aus diesen Überlegungen gerade nicht. So lautet das Fazit dieser Grundsatzüberlegungen: „Mit seinen fragmentarisch gebliebenen Vorschlägen ist Wichern II kein uns heute verpflichtend aufgegebenes diakonisches, sozialpolitisches oder politisches Programm. Aber Wichern II ist und bleibt ein verpflichtender Ruf an die Diakonie der Kirche, über den herkömmlichen Grenzstein immer von neuem hinauszuziehen auf den gefahrenreichen Acker der Welt.“<sup>37</sup> Gerstenmaiers Beitrag bestand im realen Hinausziehen auf den Acker der Welt, nicht in theoretischen Grundsatzüberlegungen. Solche Überlegungen müssten nämlich das Verhältnis von So-

---

31 Wichern organisierte die Innere Mission und die Hilfstätigkeit unabhängig vom landesherrlichen Kirchenregiment und von der staatlichen Obrigkeit als freie Vereinstätigkeit. Sie sollte tätige Hilfe auf freiwilliger Basis sein.

32 Eugen GERSTENMAIER, „Wichern II“. *Zum Verhältnis von Diakonie und Sozialpolitik*, in: Herbert KRIMM, *Das Diakonische Amt der Kirche*, Stuttgart 1953, S. 499–546, vgl. GERSTENMAIER, *Reden und Aufsätze* 1 (wie Anm. 1), S. 102, 123; EBD. S. 110–124; *Zehn Jahre Hilfswerk*.

33 GERSTENMAIER, *Wichern II* (wie Anm. 32), S. 502.

34 EBD. S. 532.

35 EBD. S. 535.

36 EBD. S. 541.

37 EBD. S. 545.



zialstaat und Kirche umfassender reflektieren und das Stichwort Subsidiarität bedenken. Sie müssten auch über die Aufgabe und das eigene Profil kirchlicher Diakonie in einer weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft nachdenken. Die konfessionelle Versäulung sozialer Aktivitäten kann doch kein erstrebenswertes Ziel sein. Wohl aber geht es darum, der tätigen Liebe und Aktivitäten aus ganz unterschiedlichen Motivationen heraus Raum zu lassen. Vor allem aber ist unter diesem Aspekt zu differenzieren zwischen der Gerechtigkeit und sozialen Fürsorge, die Staat und Gesellschaft jedem Bürgerschulden, und der tätigen Liebe, die personal in der Zuwendung zum Menschen geschieht. Solche Überlegungen waren freilich nach 1951 nicht mehr Gerstenmaiers Thema. Es fällt auch auf, dass er mit seinem Wechsel in die Politik keineswegs der protestantische Sozialpolitiker wurde, sondern dass er sich dem Feld der Außenpolitik und Kulturpolitik zuwandte.

### *Eugen Gerstenmaier in der evangelischen Kirche*

Blickt man zurück, so zeigt sich ein sehr individuelles Profil Eugen Gerstenmaiers. Er war kein Kirchenmann im engeren Sinne und kein wissenschaftlicher Theologe. Ob er in der theologischen Wissenschaft seine Erfüllung gefunden hätte, muss offen bleiben. In der exzeptionellen Situation des Kriegsendes 1945 fand er eine Aufgabe im Hilfswerk, die er exzellent wahrnahm. Mit der Rückkehr der Normalität verloren die Aktivitäten des Hilfswerks an Bedeutung. Gerstenmaier war energisch und durchsetzungsstark, zweifellos eigenständig und eigengeprägt, voller Tatendrang, freilich auch eigenwillig und eigensinnig. Das bereitete ihm innerhalb der evangelischen Kirche manche Schwierigkeiten. In das normale kirchliche Schema passt er mit seinem individuellen Charakter nicht. Dennoch gehört er zu den profilierten protestantischen Persönlichkeiten der Nachkriegszeit. Das Wort „protestantische Persönlichkeit“ wird ihm am ehesten gerecht. Eine lutherische Grundhaltung und der Einfluss seines theologischen Lehrers Friedrich Brunstäd haben ihn wesentlich geprägt. Brunstäd kam, so Gerstenmaiers Würdigung, aus konservativer Tradition, der er zeitlebens verbunden blieb.<sup>38</sup> In der Sozialethik repräsentierte Brunstäd eine christlich-soziale Programmatik, die der sozialen Verantwortung eines Konservativen entsprang. Er war ferner sowohl Theologe wie Philosoph und suchte deshalb besonders intensiv das Gespräch zwischen Glauben und Vernunft. Gerstenmaier selbst betonte: „Brunstäd hat vom Staat zeitlebens groß gedacht. Darin konnte ihn selbst der totalitäre Staat nicht irremachen. Friedrich Brunstäd hat auch von der Kirche zeit seines Lebens groß gedacht, und darin konnten ihn weder die inneren Zerwürfnisse noch die Ohnmacht

---

<sup>38</sup> Eugen GERSTENMAIER, *Mein Lehrer Friedrich Brunstäd*, in: *Reden und Aufsätze 2* (wie Anm. 1), S. 408–420.

der Kirche im totalen Staat beirren.“<sup>39</sup> Vor allem aber prägte Brunstäd seinem Schüler Gerstenmaier Luthers Zwei-Reiche-Lehre ein. Gerstenmaier selbst betont im Vorwort seines Lebensberichts, er habe sein „Leben, mit Luther zu sprechen, in zwei Reichen gelebt, in dem Reich Gottes zur rechten und zur linken Hand, auf den Schnittstellen von Kirche und Staat. Der Kirchenkampf ist nur ein Beispiel dafür.“<sup>40</sup>

---

39 EBD. S. 419.

40 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 1), S. 13.

## **Zwischen Demut und Selbstbewusstsein – Gerstenmaier als Bundestagspräsident**

**Von Norbert Lammert**

Eugen Gerstenmaier ist der erste Bundestagspräsident, an den ich mich erinnern kann. Ich war sechs Jahre alt, als er in dieses Amt gewählt wurde, und erinnere mich selbstverständlich an den Wahlgang nicht, aber meine ganze politische Sozialisation, meine erste Beschäftigung mit Politik und Parlamentarismus ist mit dem Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier eng verbunden gewesen und geblieben. Er ist zu meiner eigenen Verblüffung eigentlich auch von allen Bundestagspräsidenten derjenige, der mir am nächsten geblieben ist, obwohl ich ihn als Kollege nicht mehr erlebt habe, weil seine Amtszeit zwar erstaunlich lang, aber nicht lang genug war, um meinen vergleichsweise frühen Einzug in den Deutschen Bundestag noch begleiten zu können.

Diese heutige Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung findet statt, um einen, wie es mein Vorgänger in diesem Amt einmal ausgedrückt hat, legendären Bundestagspräsidenten zu ehren. Und das war, wie ich glaube, Eugen Gerstenmaier in der Tat. Die politische Karriere des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier hat kontrovers begonnen und ist im Streit unwürdig zu Ende gegangen. Die in mancherlei Hinsicht bemerkenswerte Pressekampagne, sowohl mit Blick auf die Quellenlage wie im Umgang mit den Quellen, der taktischen Nutzung von tatsächlichen und vermeintlichen Informationen, mit großem Gestaltungsinteresse und weniger starkem Aufklärungsinteresse, die auf der Grundlage teilweise gefälschter Unterlagen gegen ihn entfesselt wurde, die ihn zermürbte und schließlich zum Rücktritt veranlasste, kann seine Leistung nicht schmälern. Inzwischen ist mit einer Reihe von Publikationen die Kampagne lückenlos analysiert und ihre Infamie offengelegt. Das hilft ihm nicht weiter, ist aber in mancherlei Hinsicht als Lehrstück über die Instrumente politischer Auseinandersetzung nach wie vor von hoher Aktualität.

Eugen Gerstenmaier war als Mitglied des Widerstandes gegen Hitler, als überzeugter Antikommunist manchen ein Ärgernis, sowohl den Ewiggestrigen, aber natürlich auch und gerade den damaligen kommunistischen Machthabern in Ostberlin. Nach manchen früheren Verleumdungen, gegen die er sich mit Erfolg mit rechtlichen Schritten hatte wehren können, hatte die Stasi ein Dossier ganz besonderer Art zusammengestellt und in durchaus wirkungsvoller Weise in die Medien lanciert, zu dessen besonders infamen Botschaften die Behauptung gehörte, ausgerechnet Eugen Gerstenmaier sei ein Spitzel der Nationalsozialisten gewesen. Dieses Dossier wurde auch westdeutschen Presseorganen, die sich ihres investigativen Journalismus gerne rühmen, von denen aber manche nur zu gern in bestimmten Situationen auch ungeprüft solcherlei

Widerlichkeiten zu übernehmen bereit waren, in genau dem Moment zugespielt, als Gerstenmaier auch die Bundesversammlung 1969 wieder nach Berlin einberufen wollte. Das war nun ohnehin eine Zeit, in der auch ohne die besonderen Begleitumstände solche Absichten hinreichend kontrovers waren. Als jedenfalls die Staatsanwaltschaft sechs Jahre nach seinem Rücktritt in einem mehrere hundert Seiten starken Dossier jeden einzelnen Vorwurf als Lüge entlarvte, war Eugen Gerstenmaier zwar vollständig rehabilitiert, dennoch hatte diese Kampagne Eugen Gerstenmaier, für den Gerechtigkeit immer ein ganz entscheidendes Kriterium seines Wirkens und auch seines Urteils über öffentliche Angelegenheiten war, zermürbt und im Januar 1969 in den Rücktritt getrieben. Die Umstände seines Rücktritts aus diesem hohen Staatsamt waren unbeschadet eigener Ungeschicklichkeiten, von denen die Rede war, kein Ruhmesblatt der Republik. Weder für die Medien noch für die eigene Partei. Eugen Gerstenmaier war im übrigen nicht der erste und nicht der letzte prominente Politiker, der die deprimierende Erfahrung machen musste, dass Ehren- und Solidaritätsbekundungen der eigenen Partei in schwieriger Zeit entweder erst zu einem Zeitpunkt oder in einer Version erfolgen, in denen sie nicht mehr praktische Wirkung haben konnten oder sollten.

Man muss im Übrigen die Vielschichtigkeit und natürlich auch Widersprüchlichkeit der Person vor Augen haben, wenn man das Wirken und die Leistung Eugen Gerstenmaiers würdigen will. Nicht umsonst gab Eugen Gerstenmaier Zeit seines Lebens immer wieder Anlass zu Kontroversen, nicht umsonst gab er seinem Lebensbericht den Titel „Streit und Friede hat seine Zeit“. Streit bedeutete für ihn keineswegs von vornherein etwas Negatives, sondern war, solange er die Person des Gegners respektierte, notwendige Station auf dem Weg zu einer möglichst gemeinsam gefundenen Lösung, aber unter demokratischen Bedingungen, auch zu einer kontrovers zu treffenden Entscheidung. Für mich gehört das Buch zu den vergleichsweise seltenen Politikerautobiographien, die man ernsthaft zur Lektüre empfehlen kann. Ich habe sie mit großem Gewinn gelesen, und sie bedient eben im Unterschied zu vielen anderen mehr oder weniger vergleichbaren Büchern nicht nur die Neugier, was ja offenkundig für die Auflage der wesentlichere Aspekt ist, sondern sie bedient das Bedürfnis an stärkerer Verdeutlichung zeitgeschichtlicher Situationen und Umstände und hilft Entwicklungen, Ereignisse, Entscheidungen zu verstehen, die ohne diese Kontexte gar nicht oder nur missverständlich ins Bewusstsein gedrungen sind.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zur Charakterisierung der Person Eugen Gerstenmaier mit einem Zitat aus der Zeit vor seiner politischen Laufbahn beginnen. Im Januar 1945 kennzeichnet der Oberreichsanwalt in seinem Abschlussplädoyer vor dem Volksgerichtshof den späteren Bundestagspräsidenten als: „blassen Theoretiker, wie er im Buche steht. Ein Kirchenmann, Konsistorialrat und Theologe, der von den Dingen keine Ahnung hat,

in die er sich verwickelt. Wahrscheinlich anerkennenswert in seinem Fach, von Politik keine Ahnung.“ Eine bemerkenswerte Fehleinschätzung! Wissen wir doch, dass der damals des Hoch- und Landesverrats Angeklagte sich mit vielleicht auch schwäbischer Schlitzohrigkeit, wie mancher andere in ähnlicher Situation der Fähigkeit bedient hat, sich ahnungsloser zu geben, als er in der verhandelten Sache sicher war. Wie hätte dieser gescheite Oberreichsanwalt wohl gestaunt, als zehn Jahre später, im November 1954, der heftige Widerstand gegen den Kandidaten für das Amt des Bundestagspräsidenten damit begründet wurde, dass Eugen Gerstenmaier für dieses Amt entschieden zu politisch sei. Der damals 48-jährige Kandidat für die Nachfolge des früh verstorbenen Hermann Ehlers, obschon erst seit wenigen Jahren politisch aktiv, stellte nämlich einen völlig anderen Typus dar als seine beiden Vorgänger.

Eugen Gerstenmaier, ehemaliger Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, Mitbegründer der Zeitschrift „Christ und Welt“, war stark in der Außen- und insbesondere der Europapolitik engagiert, hatte 1950 als erster Deutscher vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine vielbeachtete Rede gehalten und hatte seit 1953, damals als Nachfolger seines Landsmanns Carlo Schmid, das Amt des Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Politik inne. Ein Amt, das ihm außerordentlich viel Spaß machte, seinen Interessen sehr entgegen kam. Nach Auskunft seiner Biographie ist er überhaupt nur aus Loyalität gegenüber Konrad Adenauer damals der Aufforderung gefolgt, für dieses Amt zu kandidieren. Und selbst wenn mit Blick auf sein Temperament ein Rest von Zweifeln bleibt, ob es jenseits der Loyalität auch noch andere Motive gegeben haben könnte, ist nicht bestreitbar, auch aus vielen anderen Berichten aus der damaligen konkreten Situation, dass der Impuls zur Kandidatur jedenfalls nicht von ihm kam. Und dass er damals und beachtlich lange Zeit später noch sich sehr viel lieber im Amt des Außenministers als in diesem oder anderen denkbaren Ämtern gesehen hätte. Übrigens ist er 1954 erst im dritten Wahlgang und auch nur mit 14 Stimmen Mehrheit zum Bundestagspräsidenten gewählt worden. Sozusagen „mit Ach und Krach“, wie er das selber später einmal sagte. Der heute scheinbar selbstverständliche überparteiliche Konsens bei der Wahl von Parlamentspräsidenten war damals alles andere als selbstverständlich. Man kann mit einer gewissen Berechtigung sagen, dass Eugen Gerstenmaier durch seine Amtsführung diese Tradition erst begründet, jedenfalls gefestigt hat. Seine Ergebnisse der Wahlen zum Bundestagspräsidenten 1957, 1961 und 1965, die dann eine große, teilweise überwältigende Zustimmung des jeweils neuen gewählten Parlaments zeigten, machten deutlich, dass und in welcher Weise es dem angeblich engen Gefolgsmann Konrad Adenauers gelungen war, Präsident des gesamten Deutschen Bundestages zu werden und das Vertrauen aller Abgeordneten zu erlangen. Carlo Schmid, der ihn eine beachtlich lange Zeit auch und gerade im Präsidium des Deutschen Bundestages begleitet hat, dem er von Anfang an

angehörte, hat diese Leistung in seinen Erinnerungen bestätigt, wenn er schreibt: „Ich habe schon damals den Tatendrang und die unternehmende Zähigkeit dieses gar nicht so pfäffischen Theologen mit starker Neigung zur Philosophie bestaunt, der in die Politik gegangen war, weil er sich zutraute, die Bildungswerte des klassischen deutschen Idealismus zum Lebelement des neuen Staates zu machen. Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident des Deutschen Parlaments, der es auch politisch Andersdenkenden gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ“, so Carlo Schmid.

Hier klingt bereits eine der Aufgaben an, wenn nicht die Aufgabe, die Eugen Gerstenmaier in das Zentrum seiner Tätigkeit als Bundestagspräsident stellte: Am Aufbau des neuen demokratischen Staates Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken und dem Parlament in diesem Staat den ihm gebührenden Rang zuzuweisen. Wie deutlich er diese Aufgabe vor sich sah, machen seine Worte deutlich, die er am 15. Oktober 1957 anlässlich seiner Wiederwahl bei der Amtsübernahme für die zweite Amtsperiode vor dem Parlament sprach: „Der deutsche Parlamentarismus befindet sich noch immer in einem Prozeß seiner Durchbildung und Festigung. Dieser Prozeß darf nicht abgebrochen werden, sondern er muß auch in den nächsten vier Jahren besonnen gefördert werden. Denn ob es die Kritiker der parlamentarischen Demokratie nun wahrhaben wollen oder nicht, in dieser Epoche schlägt das Herz des freiheitlichen Rechtsstaates in Deutschland eben nicht nur in der Kraft seiner Regierung und in der Integrität seiner Gerichte und Verwaltung, sondern vor allem in der Lebendigkeit und Kraft des Parlaments.“

Sie werden verstehen, dass ich bei der Beschäftigung mit Gerstenmaier aus diesem Anlass diese Textpassage mit einer besonderen Freude gelesen habe, weil ich intuitiv, aber ohne vorherige Beschäftigung mit diesem Text, in einer sehr ähnlichen Weise bei meiner Antrittsrede deutlich gemacht habe, welchen Stellenwert nach meinem Verständnis das Parlament in unserer demokratischen Ordnung einzunehmen hat. „Ein lebendiges Parlament“, hat Eugen Gerstenmaier damals gesagt, „braucht nicht mit scheelen Augen auf eine kraftvolle Regierung zu sehen, sondern es wird eine kraftvolle Regierung als einen angemessenen Partner würdigen. Umgekehrt darf sich eine starke Regierung nicht ein schwächliches Parlament wünschen. In ihrem eigenen Interesse müßte sie ein Parlament wünschen, das sich auch seines Ranges und Gewichtes bewußt ist.“

In diesen Worten scheint mir der programmatische Kern des gesamten Wirkens des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier aufzuscheinen, dem es stets, nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen, seiner persönlichen Erinnerung an die Parlamentsverachtung breiter Bevölkerungsschichten in der Weimarer Republik, aber auch aufgrund seiner Erfahrungen und Diskussionen im Widerstand gegen Hitler darum ging, dem demokratisch gewählten Parlament die zentrale Stellung zu sichern, die ihm als einzigem direkt vom Volk ge-

wählten Verfassungsorgan zukommt. Es ist nur konsequent, wenn Gerstenmaier immer wieder auch darauf hinweist, dass die Opposition im Parlament unverzichtbar ist und dass Debatten durchaus lebendig, wenn nicht bisweilen sogar leidenschaftlich geführt werden müssen, wenn es um wichtige Fragen geht.

Gelegentlich wurden die Bemühungen Gerstenmaiers um ein würdiges Bild des Parlaments auf Formales reduziert und lächerlich zu machen gesucht. Etwa wenn es darum ging, den Parlamentspräsidenten protokollarisch als zweiten Mann im Staate zu behandeln – ein Vorgang, der bekanntlich das persönliche Verhältnis von Adenauer und Gerstenmaier auch nicht gerade verbessert hat. Aber es ging Gerstenmaier nicht um Äußerlichkeiten und Eitelkeiten, er begriff sich und handelte auch stets als der erste Repräsentant des Parlaments. Und er handelte, so seine eigenen Worte, immer im dankbaren Gedenken an eine Gemeinschaft von Männern, die fast ausnahmslos für die Ehre und Freiheit Deutschlands einen bitteren Tod gestorben sind. Dieses Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und an die ermordeten Kameraden des 20. Juli ist bei Gerstenmaier in seinem Denken und Handeln stets präsent. Aus ihm und seinem Selbstverständnis als Christ, der sich stets als „unter Gott“ stehend begriff, auch dies eine oft von Gerstenmaier verwandte Formulierung, folgte eine Haltung, die man durchaus mit dem heute selten gewordenen Begriff Demut benennen kann, obwohl sein persönliches Auftreten durchaus selbstbewusst, im Anspruch an das von ihm bekleidete Amt gelegentlich gänzlich undemütig sein konnte. Aber es war eine Haltung, die weniger mit der Person Eugen Gerstenmaier zu tun hatte, immer aber mit der Stellung des Parlaments in der parlamentarischen Demokratie. So ist es nicht sonderlich erstaunlich, dass der angebliche Gefolgsmann Adenauers am 12. Januar 1956 dem Bundeskanzler unter anderem mit dem Hinweis zu seinem 80. Geburtstag gratuliert, dass im Parlament zwar die Regierung unseres Staates geboren werde, dass sie in ihm aber nicht regiere, sondern dass sie im Parlament vielmehr ihrerseits dem Gesetz unterworfen werde. Ob und wie Adenauer auf diesen Glückwunschbrief reagiert hat, ist bis heute nach meiner Kenntnis noch nicht ermittelt, jedenfalls liegt kein begeisterter Dankesbrief Konrad Adenauers bislang vor.

Es kann nicht überraschen, dass angesichts des ausgeprägten parlamentarischen Selbstbewusstseins Eugen Gerstenmaiers Verhältnis zu Konrad Adenauer keineswegs immer spannungsfrei war. Allerdings, und auch das muss vorgetragen werden, hat Konrad Adenauer umgekehrt Eugen Gerstenmaier zu seinem 60. Geburtstag in folgender Weise gratuliert: „Wenn Eugen Gerstenmaier mit großer Beharrlichkeit und Konsequenz an den Grundsätzen unserer Politik festhält, für sie kämpft, so ist doch sein rastloser Geist ständig damit beschäftigt, dem unveränderten Ziel eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Gestaltung zu geben. Diese Kraft des konstruktiven Denkens, der

Anpassungsfähigkeit, verbunden mit der Grundsatztreue und dem zähen, beharrlichen Durchstehvermögen machen Eugen Gerstenmaier zu einem unserer wertvollsten Politiker.“

Auch zu dieser Bemerkung gibt es zwei interessante Interpretationsvarianten: Erstens, das hat er genau so gemeint und höchstpersönlich so geschrieben. Das spräche sowohl für das Urteilsvermögen Konrad Adenauers wie für die Würdigung Eugen Gerstenmaiers. Oder aber, Adenauer hatte einen so glänzenden Stab von Mitarbeitern, wie ihn sich ein Regierungschef eigentlich nur wünschen kann; jedenfalls wird gerade in der Addition der Merkmale, die hier mit Eugen Gerstenmaier verbunden werden, in drei Sätzen ein, wie ich finde, ziemlich komplettes Profil der Persönlichkeit Eugen Gerstenmaiers gezeichnet.

Das Selbstbewusstsein des Parlaments als zentrales Verfassungsorgan suchte der Bundestagspräsident im Übrigen auch durch einen eigenen parlamentarischen Stil auszudrücken und im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. So wurde schon kurz nach seinem Amtsantritt, übrigens mit ausdrücklicher Zustimmung von Carlo Schmid, das noch heute gültige Zeremoniell eingeführt, dass Abgeordnete sich beim Eintritt des amtierenden Präsidenten im Plenarsaal erheben und erst Platz nehmen, wenn auch der amtierende Präsident seinen Platz eingenommen hat. Nach den Quellen hat damals insbesondere Carlo Schmid gesagt, er empfände den Zustand als absolut unwürdig, dass jemand als Parlamentspräsident auflaufen müsse wie ein Klassenlehrer vor einer ungezogenen Klasse und sich mit mehr oder weniger eindrucksvollen Gebärden erst mal Ruhe verschaffen müsse. Auch der Frack als Bekleidung für die Saaldiener, den es noch heute gibt, wenn auch in mehrfach modifizierter Gestaltung, wurde bereits kurz nach Übernahme des Amtes durch Eugen Gerstenmaier eingeführt, der die Ächtung der Autorität – ebenso wie mangelnde Toleranz – stets als schwere Gefahr für Deutschland und die freie Welt einschätzte. Übrigens ist die Einführung des Fracks einschließlich der Varianten schon deswegen eine der nun wirklich hilfreichen Innovationen der früheren Bundestagspräsidenten gewesen, weil wir selbst ohne Frack bei halbwegs ziviler Bekleidung zwischenzeitlich einmal Phasen des deutschen Parlamentarismus erlebt haben, bei denen man die Saaldiener für die bestangezogenen Mitglieder des Deutschen Bundestages hätte halten müssen.

Autorität aber sollte sich das Parlament nicht nur und nicht in erster Linie durch das Zeremoniell verschaffen, sondern natürlich vor allem durch seine Arbeit. Eine Mahnung übrigens, die Eugen Gerstenmaier in seinem Lebensbericht mitteilt, klingt in diesem Zusammenhang recht aktuell: „Die Misere des Bundestages“, notiert Gerstenmaier in seinen Memoiren, „liegt nicht, wie viele Kritiker meinen, an seinem tatsächlich schwergewichtigen Ausschußwesen und dessen fatalem Hang zur Regelung zu vieler Details, sie liegt an der Sucht, zu viele Bereiche, die auch ohne gesetzliche Ordnung auskommen könnten, einer solchen zu unterwerfen.“



Eugen Gerstenmaier hat sich über seine gesamte Amtszeit hinweg mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit darum gekümmert, die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten zu verbessern und die parlamentarische Arbeit den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Auch wenn das, was wir „große Parlamentsreform“ nennen, erst unter seinem Nachfolger von Hassel in Angriff genommen wurde, hat Gerstenmaier doch unter anderem durch die Neugestaltung der Fragestunde und die Einführung der aktuellen Stunde die Informationsrechte des Parlaments gestärkt und zur Belebung der Debatten wesentlich beigetragen. Er hat im Übrigen in zähen Verhandlungen alles getan, um die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten zu verbessern und etwa zu ermöglichen, dass jedenfalls jedes Mitglied des Deutschen Bundestages ein eigenes Büro bekam. Wenn ich Ihnen jetzt berichten sollte, mit welchen Ansinnen mich real existierende Mitglieder des heutigen Deutschen Bundestages, in mal freundlicher und mal ultimativer Form, konfrontieren, dann kann man fast ins Schwärmen geraten. Und der Versuch, ihnen mit Blick auf die Entstehungsgeschichte des Deutschen Bundestages und die damals nun wirklich jämmerlichen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten einen Rest von Wirklichkeitsnähe zu vermitteln, würde wohl nur begrenzte Erfolgsaussichten haben.

Der „Lange Eugen“ ist bereits gerühmt worden, also das Abgeordnetenhochhaus, das 1966 errichtet wurde und das übrigens schon beim Richtfest vom Polier mit diesem noch heute gebrauchten Spitznamen bezeichnet wurde. Da ich vorhin eher allgemein und abstrakt auf seine Memoiren hingewiesen und sie als besonders lesenswert bezeichnet habe, möchte ich gerne die klassisch spannungsvolle Verbindung zwischen Parlament und Regierung mit einer kurzen Passage aus Gerstenmaiers Memoiren verdeutlichen, die sich auf den Zeitpunkt bezieht, als er noch Präsident, Adenauer aber nicht mehr Kanzler war: „Wie groß, wie durchgreifend der Rollenunterschied zwischen den Regierenden und den Parlamentariern, zwischen Exekutive und Parlament, keineswegs nur zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition, indessen ist und bleibt, trat mir am unmittelbarsten entgegen in einem Gespräch mit Konrad Adenauer. Als er auf seinem Altenteil im Bundesratsflügel des Bundeshauses saß, besuchte er mich hin und wieder in den Räumen des Bundestagspräsidenten. Meist kam er vom Memoirenschreiben und war meditativ gestimmt. An jenem Abend aber war er eher aggressiv: ‚Herr Bundestagspräsident‘, so formell fing er gewöhnlich an, wenn er Beschwerde führen wollte, ‚Herr Bundestagspräsident, was hat eigentlich ein Abgeordneter in diesem Haus zu bestellen? Wie kann er Einfluß auf die Politik nehmen? Was kann er überhaupt tun?‘ [Adenauer, nach 14 Jahren im Amt des Bundeskanzlers!] Ich hörte ihn nicht ohne Vergnügen an. Dann sagte ich ihm, ich freue mich, dass er wenigstens noch am Abend seines politischen Wirkens eine unmittelbare Einsicht in die existentielle Situation eines Bundestagsabgeordneten gewinne.“ (S. 362ff.)

Eugen Gerstenmaier hat sich nicht nur, aber sicher auch wegen seines ausgeprägten außenpolitischen Interesses besonders nachdrücklich für die deutsche Einheit eingesetzt. Dabei war ihm natürlich bewusst, dass die Deutschen unter dieser Forderung, „allmählich nicht wenig einflussreichen Gestalten der Weltpolitik auf die Nerven“ gehen würden, wie er das 1957 im Plenum des Bundestages formuliert hat. Unter keinem anderen Bundestagspräsidenten jedenfalls zeigte das Parlament in der Zeit der deutschen Teilung mehr Präsenz in Berlin, und den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes setzte Gerstenmaier in zähen Verhandlungen gegen mancherlei Widerstände schließlich durch. Dass nach dem denkbar knappen Umzugsbeschluss, mit Parlament und Regierung nach Berlin zu ziehen, mit einer dann um so erstaunlicheren haushohen Mehrheit die Entscheidung getroffen wurde, im Reichstagsgebäude wieder den Sitz eines frei gewählten Parlaments zu nehmen, hat mehr als auf den ersten Blick mit Eugen Gerstenmaier zu tun. Denn ob sich diese Option überhaupt noch gestellt hätte, wenn man den Empfehlungen mancher flotter Zeitgenossen gefolgt wäre, diese Ruine wie viele andere rechtzeitig zu entsorgen, ist eine bestenfalls offene Frage. Und was das „auf die Nerven gehen“ betrifft, so hat er Konflikte mit dem Kanzler und anderen Regierungsmitgliedern keineswegs gescheut, auch nicht, als es etwa darum ging, 1959, kurz nach Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimeatums, die Bundesversammlung nach Berlin einzuberufen oder darum, auch von Seiten des Parlaments deutschlandpolitische Initiativen zu entfalten.

Erheblichen Unmut etwa rief bei Adenauer, bei Brentano, auch bei großen Teilen der eigenen Fraktion Gerstenmaiers Rede in der letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der dritten Wahlperiode am 30. Juni 1961 hervor. In dieser Rede sprach er sich in aller Deutlichkeit dafür aus, dass über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeigeführt werden solle, damit dann die Friedensverhandlungen selbst Klarheit schaffen könnten. Zu diesem damals hoch umstrittenen Vorgang schreibt er in seinem Lebensbericht: „Ich wollte unsere Außenpolitik aus der Defensive herausbringen, und ich wollte die zunehmende Ignoranz gegenüber der deutschen Frage in der westlichen, in der internationalen politischen Welt nicht tatenlos hinnehmen.“ Dass diese Rede, die ein erhebliches Medienecho sowohl in Deutschland wie im Ausland hervorrief, von vielen Beobachtern als Signal verstanden wurde, Gerstenmaier habe sich als Kanzler einer Großen Koalition empfehlen wollen, ist nicht einmal erläuterungsbedürftig.

Sein Eintreten für das Reichstagsgebäude, für Berlin und für die deutsche Einheit aber war bei Gerstenmaier nie von taktischen Kalkülen geprägt, sondern stets eingebettet in seine tief empfundene Verantwortung vor der deutschen Geschichte, unter der er immer die ganze deutsche Geschichte mit allen ihren Höhen und Tiefen verstand. Dies wird etwa in der Rede deutlich, die er

1961 in Köln vor dem 10. Bundesparteitag der CDU vortrug. Sie trug den Titel „Was ist des Deutschen Vaterland?“, und sie wandte sich entschieden gegen die damals weitverbreitete Tendenz, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 als „Stunde Null“ anzusehen. Dem stellte der Bundestagspräsident entgegen, dass wir unser Land und unseren Staat, ob geteilt oder geeint, immer nur in seiner ganzen Geschichte haben. Die Tendenz zur Flucht aus der Geschichte sei zwar angesichts der Verbrechen der Hitlerzeit verständlich, aber, so Gerstenmaier: „Auch der moderne Staat muß, wenn er menschlich sein soll, mehr sein als ein Ausgleich der Interessen. Auch in ihm muß eine Seele hausen. Was ist denn Staatsbewußtsein ohne ein geklärtes Geschichtsbewußtsein?“ Worte, die sprachlich möglicherweise veraltet klingen, die aber an Aktualität ganz offenkundig nichts eingebüßt haben. Zugleich zeigen diese Bemerkungen, die im Werk und im Wirken Gerstenmaiers nicht allein stehen, sondern Zeugnis eines ständigen Reflexionsprozesses sind, dass Gerstenmaier zumindest in diesem Punkt Konrad Adenauer sehr ähnlich war. 1967, in seiner denkwürdigen wunderbaren Gedenkrede auf den verstorbenen Altbundeskanzler, in der er sich in unnachahmlicher und nicht mehr überbietbarer Weise zum Sprecher des ganzen Hauses machte, hob Eugen Gerstenmaier hervor, dass Adenauer im wahrsten Sinne des Wortes nachdenklich gewesen sei und die gemachten Erfahrungen immer wieder überdacht habe, um mehr Kenntnisse für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben zu gewinnen. Der Hinweis ist spekulativ, aber nicht ganz abwegig, dass er hier ein Teil dessen, was er selber war, auf Konrad Adenauer projiziert hat. Für Gerstenmaier jedenfalls ist genau diese Neigung in vielerlei Hinsicht sehr deutlich zu belegen.

Ein Charakteristikum des Politikers und Bundestagspräsidenten Gerstenmaier liegt nicht zuletzt darin begründet, dass er sich ausdrücklich als konservativ verstand. Und konservativ sein hieß für ihn, „sich dem geschichtlichen Zusammenhang zu stellen und sich hinordnen auf das, was immer gültig bleibt, also auf innere Werte, die auch im Wandel der Geschichte unbedingte Gültigkeit beanspruchen dürfen“. Das hört sich nicht nur gut an, es ist auch gut. Und dass es eben nicht schier selbstverständlich ist, das will ich nur durch den Kontrast einer anderen, noch bekannteren, ebenso originellen Definition von Konservativismus verdeutlichen. Franz Josef Strauß hat auf die Frage, was denn konservativ sei, einmal gesagt: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu stehen.“ Dass da, unabhängig von der Freude an zugespitzten Formulierungen, ein völlig anderes Verständnis von Konservativismus zum Ausdruck kommt, als hier bei Eugen Gerstenmaier, verdient schon festgehalten zu werden.

Eugen Gerstenmaier, dessen 100. Geburtstag wir am 25. August begehen, hat den Deutschen Bundestag nicht nur dadurch entscheidend geprägt, dass er bis heute der Bundestagspräsident ist, der am längsten amtierte, auch nicht nur dadurch, dass er das einstmals höchste, derzeit immer noch zweithöchste

Gebäude Bonns, den Langen Eugen, bauen ließ; vielmehr gilt, dass er, einer der gebildetsten Politiker seiner Zeit, dem Parlament in der Zeit des Wiederaufbaus und der Fertigung und Festigung des demokratischen Deutschlands eine klar umrissene Gestalt und Respekt in der Öffentlichkeit verschaffte und das Selbstverständnis der Parlamentarier festigte. Beim Staatsakt im Plenarsaal des Deutschen Bundestages nach seinem Tod im März 1986 hat Helmut Kohl ihn so gewürdigt: „Auf seine Art ist Eugen Gerstenmaier wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher ein Glücksfall für die deutsche Geschichte in der Mitte dieses Jahrhunderts. Er hat die Zeit geprägt als Politiker, der Maßstäbe setzte.“

Und das ist auch meine Überzeugung: Eugen Gerstenmaier hat Maßstäbe gesetzt. Wir haben Anlass, seiner in Dankbarkeit für all das zu gedenken, was er vor und in seiner Amtszeit als Bundestagspräsident für das Ansehen Deutschlands in der Welt und für die Festigung unserer parlamentarischen Demokratie getan hat.

# Eugen Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union

Von Michael Klein

## *Einleitung*

Die Bezeichnung Eugen Gerstenmaiers als „Chefideologe der Union“, stammt von dessen schwäbischen Landsmann und Parteifreund Paul Bausch.<sup>1</sup> Sie ist bildhaft zuspitzend gemeint, erweckt sie doch Assoziationen, die eher an die frühere KPdSU oder an die SED erinnern, als an die CDU. Ähnliches gilt für die von der Gerstenmaier-Biographin Daniela Gniss verwandte Charakterisierung des Bundestagspräsidenten als „Parteitheoretiker“<sup>2</sup>. Man denkt bei diesem Begriff mehr an die SPD als an die Union.

Diese Schwierigkeiten, das Wirken Gerstenmaiers adäquat auf den Begriff zu bringen, weisen auf einen tieferliegenden Sachverhalt hin: Die Adenauer-CDU war keine ideologische und – zumindest im Vergleich mit der SPD – auch keine dezidiert programm-orientierte Partei. Das war auch schwer möglich, stellte die Union doch im Wortsinne eine Vereinigung der unterschiedlichen Strömungen von politischem Katholizismus, Konservatismus, Liberalismus und christlich-sozialem Protestantismus dar. Trotz diesem Sachverhalt aber verfügte die Partei über eine durchaus klare politische Konzeption, die aus gemeinsamen Grundsätzen entwickelt war. Jene Grundsätze nun vergewissernd zu interpretieren, in Einzelfällen auch provozierend zu aktualisieren und gelegentlich apologetisch zu verteidigen, war die Aufgabe von Eugen Gerstenmaier.

Es mag auch ein geschickter Schachzug gewesen sein, in einer Partei, die damals mancherorts als Organ des katholischen Klerus verdächtigt wurde, diese Aufgabe einem evangelischen Konsistorialrat zuzuweisen, doch war Gerstenmaier darüber hinaus gleich in mehrfacher Hinsicht für diese Tätigkeit prädisponiert, was ein Blick auf seine geistigen Wurzeln zeigt:

## *Gerstenmaiers geistige Wurzeln*

Zu nennen ist hier Gerstenmaiers besonders profilierte Herkunft aus Kirche und Theologie. Im Unterschied zur Hauptströmung des in seiner Gesamtheit früher traditionell national-konservativen Protestantismus stammte Gerstenmaier aus dem evangelischen Sozialkonservatismus, der sich selbst als „christlich-sozial“ bezeichnete. Während der politische Katholizismus sich früh in

---

1 Informations- und Materialdienst Paul Bausch v. 15.10.1958; ACDP 01-210-018/1.

2 Daniela GNISS, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf 2005, S. 385.

der Formation einer politischen Partei organisierte, bevorzugte der im organologischen Staatsdenken verwurzelte Protestantismus noch weit über die Monarchie hinaus eine vermeintlich überparteiliche Haltung, die ihren Ausdruck in einem Otto Dibelius zugeschriebenen Aperçu fand: „Die Kirche ist politisch neutral, aber sie wählt deutschnational.“<sup>3</sup>

Lediglich im protestantischen Sozialkonservatismus, der sich als christlich-sozial verstand, war dies anders. Hier hatte man nach entsprechenden Forderungen Johann Hinrich Wicherns dann durch Adolf Stoecker den allerdings recht erfolglosen Weg einer eigenen Parteibildung beschritten.<sup>4</sup> Gerstenmaiers theologischer Lehrer, der Stoecker-Biograph Friedrich Brunstäd, war später Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, wurde aber zum Bedauern seines Schülers niemals parlamentarisch aktiv.<sup>5</sup> Der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) der Weimarer Republik stand ebenfalls in der Tradition Stoeckers sowie des schwäbischen Pietismus.<sup>6</sup>

Indem Gerstenmaier neben Friedrich Brunstäd, durch den er überhaupt erst zur Theologie fand,<sup>7</sup> auch durch den Zürcher Theologen Emil Brunner tief beeinflusst wurde, trat er in ein Oppositionsverhältnis zur herrschenden Theologie seiner Zeit, die ganz wesentlich von dem früheren Bonner, dann Baseler Theologen Karl Barth geprägt wurde. Diese Gegnerschaft, die durch die Ereignisse des sog. Kirchenkampfes in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft enorm verstärkt wurde, sollte Gerstenmaier als Politiker viel zu schaffen machen.<sup>8</sup>

Insgesamt aber war mit ihm ein Vertreter des Protestantismus in die Politik gegangen, der diesem Bereich nicht mit der traditionellen Anti-Parteien-Mentalität der Evangelischen gegenüber stand. Bald schon an die Spitze des Parlaments gelangt, trug Gerstenmaier wesentlich zum Abbau der protestantischen Distanz gegenüber den Parteien bei. Anknüpfen konnte er an das Werk seines ebenfalls evangelischen Vorgängers Hermann Ehlers. Hatte dieser als junger Mann in der Weimarer Zeit noch markig formuliert: „Wer sich ins Parlament begibt, kommt darin um“,<sup>9</sup> sollte er es sein, der dem Bundestag rasch

3 Zit. in: Karl-Wilhelm DAHM, *Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933*, Köln/Opladen 1965, S. 104.

4 Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien*, Tübingen 2005, S. 27–30.

5 Eugen GERSTENMAIER, *Mein Lehrer Friedrich Brunstäd*, in: DERS., *Reden und Aufsätze* (Bd. 2), Stuttgart 1962, S. 408–420, hier S. 414.

6 Vgl. allg. Günther OPITZ, *Der christlich-soziale Volksdienst*, Düsseldorf 1965.

7 Vgl. Matthias STICKLER, Art. *Eugen Gerstenmaier*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg/i.Br. 2004, S. 217–226, hier S. 217f.

8 Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 236.

9 Andreas MEIER, *Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik*, Bonn 1991, S. 6.

ein deutliches Ansehen als zentraler Institution der jungen Bundesrepublik verschaffte. Allerdings unterschied sich Gerstenmaier von Ehlers darin, dass er der konfessionellen Frage innerhalb der CDU kaum Bedeutung zumaß. Im Unterschied zu Ehlers war Gerstenmaier klar, dass es ein einheitliches „Corpus Evangelicorum“ in der Politik oder einer Partei kaum geben könne. Wenn er auch selbst noch auf der berühmten Treysaer Konferenz der Evangelischen Kirche 1945 eine interkonfessionelle Partei wegen einer befürchteten katholischen Dominanz als „Narrenfang“<sup>10</sup> für Protestanten angesehen hatte, so brach Gerstenmaier nach den Erfahrungen in der Partei zwar nicht mit dem Gedanken einer protestantischen Interessenvertretung innerhalb der CDU, aber doch mit der bei Ehlers zuletzt teilweise überlauten Betonung des Konfessionsgesichtspunktes. Damit waren auch die Weichen gestellt, dass er selbst zum Sprecher und Interpret christdemokratischer Politik für die *ganze* Partei werden konnte.

Der zweite Wurzelgrund Gerstenmaiers, der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, insbesondere das geistige Gedankengut des Kreisauer Kreises, war ebenfalls – hier jedoch in teilweise paradoxer Weise – prägend. Während man in Kreisau insgesamt ein politisches Konzept persönlicher Repräsentation unter weitgehendem Verzicht auf Urwahlen bevorzugte, war Gerstenmaier von diesem – wie er es nannte – „hochgestochenen Personalismus“<sup>11</sup> nicht wirklich überzeugt, so dass er anders als etwa sein Mitverschwörer Theodor Steltzer die nach 1945 entstehende parlamentarische Demokratie auch innerlich akzeptierte. Während sich Steltzer nach einer kurzen Zeit als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein bald aus der aktiven Politik zurückzog,<sup>12</sup> ging Gerstenmaier den Weg in die Parteipolitik, um von hier aus gestaltend tätig sein zu können.

Und schließlich sind neben diesen biographischen Faktoren noch persönliche Merkmale zu nennen: Gerstenmaier war als begabter Redner und scharf analysierender Denker für die Aufgabe eines Interpreten und Apologeten der Parteigrundsätze hervorragend geeignet. Hinzu kam, dass er mit seinem bisweilen sperrigen Charakter keineswegs gewillt war, seine Ansichten der Parteiopportunität unterzuordnen. Diese Haltung, die ihn gelegentlich auch in Distanz zur Mehrheit der eigenen Partei brachte, ermöglichte es ihm erst, ein ab und an auch provozierender Vordenker zu sein.

---

10 Gerhard BESIER/Hartmut LUDWIG/Jörg THIERFELDER (Hg.), *Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945*, Weinheim 1995, S. 197.

11 GERSTENMAIER, *Streit* (wie Anm. 8), S. 161.

12 Vgl. allg. die Autobiographie von Theodor STELTZER, *Sechzig Jahre Zeitgenosse*, München 1966; Hans-Otto KLEINMANN, Art. *Theodor Steltzer*, in: BUCHSTAB u. a. (wie Anm. 7), S. 482–491, hier S. 489.

Was waren nun die Kerngedanken hinsichtlich dieser beschriebenen Tätigkeit Gerstenmaiers? Drei Themenkreise erscheinen m.E. zentral:

1. Nationales Selbstverständnis und europäischer Einigungswille in der Perspektive der christlich-europäischen Tradition;
2. Verteidigung der Möglichkeit einer christlichen Politik und einer sich als christlich bezeichnenden Partei;
3. Kritik am im Nachkriegsdeutschland entstehenden wohlfahrtsstaatlichen Konzept.

*Nationales Selbstverständnis und europäischer Einigungswille  
in der Perspektive der christlich-europäischen Tradition*

Trotz der nationalsozialistischen Katastrophe war für Eugen Gerstenmaier ein klares Nationalbewusstsein eine kulturelle Selbstverständlichkeit. Da die nationalsozialistische Machtergreifung damals kaum als die Folge einer Verweigerungshaltung des Konservatismus gegenüber der Weimarer Republik, sondern mehr als Ergebnis des Versagens des säkularen Liberalismus von Weimar interpretiert wurde, knüpfte Gerstenmaier als erwiesener Vertreter des durchaus konservativen „anderen Deutschlands“ hier ungebrochen an die Traditionen deutschen Staatsbewusstseins an. Das „Sühnopfer“<sup>13</sup> der Männer des Widerstandes, so betonte es Gerstenmaier auf dem 10. Bundesparteitag der CDU 1961, ermögliche gleichsam die Rettung der deutschen Geschichte, mit „ihren Tiefen und Untaten, aber auch mit ihren Höhen und Großtaten.“<sup>14</sup> Damit war eine entscheidende Größe, die eine Bevölkerung erst in ihrem Selbstverständnis auch zu einem Volk macht, von Gerstenmaier genannt worden: Der differenziert-konstruktive Bezug auf die eigene Geschichte. Gerstenmaier wusste: Diese Form von Rückbezug erst kann ein Volk auch zukunftsfähig machen.

Die Einbettung dieses Deutschlands in ein aus dem Geiste des Christentums geformtes Europa war für die „Kreisauer“ ebenfalls selbstverständlich gewesen. In der vorbereiteten Regierungserklärung hatte es damals geheißt: „Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes ... und für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft.“<sup>15</sup>

Im Blick auf die europäische Integration war Gerstenmaier dann als Mitglied der deutschen Delegation beim Europarat in Straßburg 1950 erstmals als Politiker aktiv geworden. Ernüchterungen blieben auf dem Weg nach Europa, besonders was die Rolle des Europarates betraf, nicht aus, doch hat Gersten-

<sup>13</sup> Eugen GERSTENMAIER, *Was ist des Deutschen Vaterland?*, in: DERS., *Reden 2* (wie Anm. 5), S. 255–269, hier S. 267.

<sup>14</sup> EBD.

<sup>15</sup> Zit. in: GERSTENMAIER, *Streit* (wie Anm. 8), S. 158.



maier die europäische Perspektive der Politik nie aus den Augen verloren. Dass dieses anzustrebende Europa jedoch kein artifiziieller – wie er es formulierte – „Kunststoffsuperstaat“<sup>16</sup> sein sollte, war für ihn völlig unbestritten. Die innere Mitte Europas sollte durch das Christentum gesichert werden, denn Gerstenmaier konstatierte: „Europa wurde im Guten wie im Bösen der Erdteil des Christentums.“<sup>17</sup> Und so konnte er sich weitgehender Zustimmung sicher sein, wenn er weiter betonte, „das über Europa aufgerichtete Kreuz, [müsse] nicht nur das Symbol seiner Vergangenheit, sondern auch das Zeichen seiner Zukunft sein“.<sup>18</sup>

Allerdings hat sich Gerstenmaier gegenüber der damals so weit verbreiteten Vorstellung vom „christlichen Abendland“<sup>19</sup> bemerkenswert zurückgehalten. Dieses gerade angesichts der Bedrohung aus dem Osten scheinbar so aussagekräftige Bild des Abendlandes, in das je nach Ausgangsposition dann Karl der Große, Novalis und auch Oswald Spengler eingezeichnet wurden, erwies sich wegen seiner unklaren Verhältnisbestimmung zum neuzeitlich-modernen Europa als kaum diskursfähig und verschwand dann nach den ersten publizistischen Gegenangriffen, wie ein Morgennebel.<sup>20</sup> Offen blieb aber bis heute die Frage nach der Identität Europas.

#### *Verteidigung der Möglichkeit einer christlichen Politik und einer sich als christlich bezeichnenden Partei*

Wie auf kaum einem anderen Feld hat Gerstenmaier sich hier als Apologet der Grundsätze der CDU betätigt. Dabei war sein Hauptgegner ausgerechnet eine Gruppierung innerhalb der evangelischen Kirche. Die Debatte drehte sich dabei um die Frage der Möglichkeit christlicher Politik und damit auch um die Legitimität einer C-Partei. Dass Politik aus christlicher Gesinnung in einer Partei, die sich auch danach benennen dürfe, geschehen könne, war und blieb Gerstenmaier gewiss. Doch gerade die dem Theologen Karl Barth nahestehenden Kreise des Protestantismus fuhren hier schweres Geschütz mit beachtlichen Angriffen auf. In klarer Ablehnung einer polysemantischen Valenz des Wortes „christlich“ und in Anlehnung an die Kritik des Philosophen Kierke-

---

16 GERSTENMAIER, *Vaterland* (wie Anm. 13), S. 262.

17 Eugen GERSTENMAIER, *Unsere christliche Verantwortung für Europa*, in DERS., *Reden und Aufsätze*, Bd. 1, Stuttgart 1956, S. 162.

18 EBD., S. 165.

19 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 32.

20 Vgl. dazu Michael KLEIN, *Die Debatte um die Wiederaufrüstung im deutschen Protestantismus nach 1945. Ein „Kampf ums Abendland“*, in: Friedrich SCHWEITZER (Hg.), *Religion, Politik und Gewalt. Die Beiträge des XII. Europäischen Kongresses für Theologie, Gütersloh 2006*, S. 575ff.

gaard an einer bürgerlichen Ideologie, die sich als christlich ausbebe, wurde die Möglichkeit einer christlichen Politik und einer christlichen Partei hier rundweg bestritten.<sup>21</sup> Ein Tatbestand, der besonders innerhalb des Protestantismus zu erheblichen Irritationen führte, zumal, nachdem sich der zwischenzeitlich aus der CDU ausgetretene Gustav Heinemann und bald mit ihm die SPD die Argumentation gegen das „hohe C“ zu eigen machten.

Auf dem 6. Bundesparteitag der CDU 1956 griff Gerstenmaier deshalb auf die bekannte Argumentationsfigur zurück, die die Entstehung der Partei wesentlich auf die Erfahrungen und Annäherungen der Christen unterschiedlicher Konfessionen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zurückführte, wenn er betonte: „Es gehört zu ihrem Wesen, dass sie [die CDU] über alle rationale, politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen lässt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr den Bereichen der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation, als der politischen Programmatik entstammt.“<sup>22</sup>

Wenn sich dieser so skizzierte tieferliegende Begründungszusammenhang nicht ins „Wesenlose“ hin auflöse oder andererseits mit einem „Ausschließlichkeitsanspruch“<sup>23</sup> verbunden werde, könne hier – so meinte Gerstenmaier – kein Grund zur Kritik vorliegen.

Doch Gerstenmaier blieb nicht bei einer rein defensiven Verteidigung stehen, sondern er bemühte sich auch um eine positive Entfaltung der Kriterien christlicher Politik, wobei die Parteitagsdelegierten sogar in das Feld der Theologie eingeführt wurden, wenn er insbesondere das christliche Naturrecht als Grundlage eines politischen Konzeptes empfahl. Das christliche Naturrecht ist im Katholizismus breit verankert, im deutschsprachigen Protestantismus wurde es aber fast nur von Gerstenmaiers Lehrer Emil Brunner, vertreten. Dieser hatte unter dem Buchtitel „Gerechtigkeit“ 1943 einen dementsprechenden sozialetischen Entwurf geliefert. Gerstenmaier schildert später begeistert, wie er das Manuskript in einer Nacht gelesen habe. „Der Morgen graute, als ich es aus der Hand legte, und ich wusste, dass ich die Grundlagen für den Neuaufbau Deutschlands gelesen hatte.“<sup>24</sup>

In der interkonfessionellen CDU war mit der Betonung des Naturrechtes von Gerstenmaier eine gemeinsame ethische Ausgangsposition geschaffen

21 Vgl. dazu KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus* (wie Anm. 4), S. 380–394.

22 Eugen GERSTENMAIER, *Zehn Jahre Politik für Deutschland*, in: DERS., *Reden 2* (wie Anm. 5), S. 206–238, hier S. 211.

23 EBD., S. 211f.

24 Eugen GERSTENMAIER, *Emil Brunner*, in: DERS., *Reden 2* (wie Anm. 5), S. 405–408, hier S. 406f.

worden, die ausbaufähig war. Tatsächlich ist Brunners Buch eine nachhaltige Wirkung versagt geblieben. Dass noch heute hier inspirierende Gedanken zu finden sind – etwa wenn es um das christliche Menschenbild oder in der Wertedebatte um die letztlich entscheidende Frage, die nach dem Maßstab für die *Bewertung* der Werte, geht –, sei nur am Rande vermerkt, ebenso dass Papst Benedikt XVI. in seinem Buch „Werte in Zeiten des Umbruchs“ eine differenzierte Adaption dieses Konzeptes unter den Bedingungen einer interkulturellen Welt nahegelegt hat.<sup>25</sup>

Auf die Dauer verfehlte die Kritik am „C“ der CDU/CSU damals ihre Wirkung nicht, zumal langsam das Bewusstsein der besonderen Entstehungsbedingungen der Partei nachließ. Im Jahre 1962 kam es darüber zu einer denkwürdigen Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Gerstenmaier im Bundesvorstand der CDU.<sup>26</sup> Während Gerstenmaier die politische Perspektive einer sich als christlich bezeichnenden Politik nach wie vor verteidigte, war Adenauer damals zunehmend skeptischer geworden. In der Tat ließ sich der besondere geistige Kairos des Jahres 1945, der die Gründung der CDU ermöglicht hatte, nicht „auf Flaschen ziehen“, und die nachlassende Bindekraft des Christentums in der Gesellschaft tat hier ein Übriges. Diese Diskussionsrunde rief förmlich danach, nun ein fundiertes politiktheoretisches Konzept dessen zu entwickeln, was christliche Demokratie sei und dieses in der Breite der Partei zu diskutieren und zu verankern. Doch das geschah nicht.

Die Unklarheit im Bezug auf einen nur vage gehaltenen Begriff des Christlichen hatte Folgen: Unsicher geworden durch die Angriffe auf das „C“, nicht versehen mit einer theoretischen Durchdringung des Sachverhaltes, geriet die CDU in der Diskussion um die Berechtigung des Christlichen im Parteinamen immer mehr in eine klare Defensivsituation. Gerstenmaier erinnerte sich später: „Das ‚hohe C‘ wurde allmählich aber auch diesem und jenem in der Union zur Verlegenheit.“<sup>27</sup>

### *Kritik am im Nachkriegsdeutschland entstehenden wohlfahrtsstaatlichen Konzept*

Während im Blick auf den Themenkreis „Nation und Europa“ Gerstenmaiers Verwurzelung im Widerstand des Kreisauer Kreises deutlich wird und die Frage nach den Möglichkeiten einer christlichen Politik ihn als Schüler Emil Brunners erweist, wird Gerstenmaiers Prägung im protestantischen Sozialkonservatismus angesichts seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Wohl-

---

25 Joseph Kardinal RATZINGER, *Werte in Zeiten des Umbruchs*, Freiburg i.Br. 2005, S. 25, 35–38.

26 Vgl. KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus* (wie Anm. 4), S. 254–257.

27 GERSTENMAIER, *Streit* (wie Anm. 8), S. 408.

fahrtsstaat sichtbar. Auf wohl kaum einem Gebiet hat Gerstenmaier damit auch innerhalb der Union so provozierend gewirkt. Die Etablierung des Wohlfahrtsstaates durch die Zusammenführung der bisher getrennt laufenden Stränge der Bismarck'schen Sozialpolitik mit der Fürsorgepolitik zu einem ausgebauten System sozialer Sicherungen nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wesentlich mit geprägt, doch angesichts der heutigen Erkenntnis, die sich auf die Formel „Der Wohlstand frisst seine Kinder“ bringen lässt, wird auch die Begrenzung dieses Konzeptes deutlich. Einer der frühen Warner war hier Eugen Gerstenmaier. Die Motive sind dabei klar. Der protestantische Sozialkonservatismus der Christlich-Sozialen war im Gegensatz zu den sozialdemokratisch-sozialistischen Traditionen immer von einem erheblichen Misstrauen gegenüber zu starken staatlichen Interventionen auf dem Gebiet der Sozialpolitik geprägt, sah er doch darin die zumindest latente Gefahr einer Entmündigung des Einzelnen in seiner persönlichen Freiheit zu ungunsten einer Massengesellschaft gegeben. Dass hier immer auch der konservative Topos der Kritik an der Masse mitschwingt – auch bei Gerstenmaier lässt sich das klar belegen – ist deutlich. Soziale Bevormundung und daraus bedingte kulturelle Apathie – „Brot und Spiele“ – waren das Feindbild der Christlich-Sozialen, und die genannten Gefahren sah Gerstenmaier im Wohlfahrtsstaat.

In seiner Ansprache auf dem 8. Bundesparteitag der CDU 1958 teilte er dann auch buchstäblich *coram publico* mit, dass er keineswegs zu denen gehöre, die die sozialpolitischen Entscheidungen der CDU für „schlechterdings geglückt“<sup>28</sup> hielten. Angesichts z. B. der ein Jahr zuvor eingeführten dynamischen Rente war dies doch eine überraschende Äußerung.

Gerstenmaier schrieb aber besonders zwei potentielle Gefahren als Menektekel an die Wand: 1. Die finanzielle Überdehnung des Staates durch eine weiter ausgebauten Sozialpolitik und 2. die Errichtung einer nicht nur kulturell anspruchslosen sondern auch sozial erlahmten Massengesellschaft, die durch „Rückbildung persönlicher Initiative und Risikobereitschaft“<sup>29</sup> gekennzeichnet sei. Für den Fall, dass die Sozialabgaben eines Tages mehr als 30 % des Bruttolohnes betragen sollten, prophezeite er eine „Art kalter Sozialisierung“<sup>30</sup> in einem sozialistischen Versorgungsstaat! Gerstenmaier betonte demgegenüber: „Die Leitidee unseres christlich-sozialen Gesellschaftsbildes ... ist die auf eigenen Füßen stehende verantwortungsbewusste Persönlichkeit in der gegliederten und geordneten Gemeinschaft. Das heißt, dass die Freiheit, die wir meinen, nicht die Freiheit des Dschungels ist, ... . Unser Gesellschaftsbild ver-

---

28 Eugen GERSTENMAIER, *Staatsordnung und Gesellschaftsbild*, in: DERS., *Reden 2* (wie Anm. 5), S. 137–162, hier S. 142.

29 EBD., S. 145.

30 EBD., S. 149.

langt, dass unsere Staatsordnung in einem verlässlichen Sinn Rechtsordnung ist, dass sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen.“<sup>31</sup>

Nicht weniger, aber – so hätte Gerstenmaier sinngemäß hinzufügen können – auch nicht mehr. Diese klaren Worte trugen ihm neben den zu erwartenden Angriffen der Opposition auch die Kritik von zahlreichen Parteifreunden ein.<sup>32</sup> Die von ihm kritisierte Politik schien doch geradezu ein Talisman für erfolgreiche Wahlkämpfe zu sein. Gerstenmaier aber blickte tiefer. Der Theologe wusste: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ (Mt 4,4). Soziale Bedürfnisbefriedigung ersetzt nicht den geistigen Diskurs. Die *kulturelle* Meinungsführerschaft, die man im Unionslager nach 1945 hatte und die SPD vor „Godesberg“ so hoffnungslos veraltet erscheinen ließ, ließ sich mit einer rein materiellen Orientierung nicht retten. „Wohlstand und was sonst?“ betitelte Gerstenmaier deshalb 1960 seinen Beitrag zum CDU-Parteitag.

Gerstenmaiers Horizont war weiter. Er äußerte sich in dieser Zeit etwa auch zu einer aktiven Kulturpolitik, zur Elitenförderung wie auch zu den Problemen einer Massenkultur.<sup>33</sup> Er blieb weitgehend ungehört. Mit dem kulturellen Umbruch Ende der 60er Jahre traten dann andere Welt- und Menschenbilder in den Vordergrund. Gerade damals schied Gerstenmaier als eloquenter Vertreter einer christlich fundierten sozial-konservativen Politik aus der aktiven politischen Gestaltung aus.

### *Gerstenmaiers Aktualität*

Gerstenmaiers Thesen und Kritiken haben auch heute noch aktuelle Bezüge. Die hier herausgegriffenen Punkte – nationales Selbstverständnis eingebettet in die christlich-europäische Perspektive, Notwendigkeit einer religiös fundierten Politik und Kritik am überkommenen System sozialer Sicherungen – haben sich jedenfalls nicht als anachronistisch erwiesen, sondern sie sind vielmehr auf ihr zukunftsweisendes Potential angesichts heutiger politischer Herausforderungen zu befragen. Als solche seien genannt: 1. die Frage eines nationalen und damit auch historischen Selbstbewusstseins im Blick auf die heute so aktuelle Patriotismus- und Integrationsdebatte, 2. die Diskussion um die geistigen Grundlagen Europas angesichts der unübersehbaren Krise des europäischen Gedankens und 3. die von islamischer Seite dem säkularen Westen

---

31 EBD., S. 156.

32 GNISS, *Gerstenmaier* (wie Anm. 2), S. 388; vgl. auch dazu GERSTENMAIER, *Streit* (wie Anm. 8), S. 407.

33 Vgl. dazu die diversen Beiträge in den hier zitierten Sammelbänden der Reden Gerstenmaiers.

mit Vehemenz gestellte Frage der Möglichkeiten und Grenzen einer religiös fundierten Politik.

Gerstenmaier ist es damals gelungen, durch eine handvoll Grundsätze eine Art „Markenkern“ der Union zu formulieren. Wie ein guter Pfarrer zwar nach Luther „den Leuten aufs Maul schauen soll“, ihnen aber trotzdem niemals nach dem Munde reden darf, so hat der aus der Theologie kommende Eugen Gerstenmaier aufgenommen, was die Menschen bewegte, aber doch gesagt, was er für richtig hielt. Er wusste, was die Metaebene jeder Programmatik ausmacht: Nur wer selbst von etwas überzeugt ist, kann auch andere überzeugen. Dies ist dann politische Willensbildung, ein im Weber'schen Sinne „Bohren dicker Bretter“, jedoch die vornehmste und zentrale Aufgabe der Parteien, die diese in der parlamentarischen Demokratie letztlich legitimiert.

# Gerstenmaier und Adenauer

Von Rudolf Morsey

Gerstenmaier und Adenauer waren denkbar verschieden von Herkunft und Statur, von Vorbildung und Beruf, von Konfession und Temperament. Von 1954 an stand der Bundeskanzler neun Jahre lang dem Präsidenten des Deutschen Bundestags institutionell gegenüber. Über ihr Verhältnis hat sich der 30 Jahre Jüngere später wiederholt geäußert, Adenauer einmal, 1966, aber die knappste Formel dafür längst vorher gefunden: „Ach wissen Sie, Herr Gerstenmaier, schließlich und endlich denken Sie meine Politik, aber ich mache sie.“<sup>1</sup>

„Das ergab“ – so Bruno Heck 1976, zu Gerstenmaiers 70. Geburtstag – „nicht in allem und jedem immer genau das gleiche.“ Doch seien beide in „den wesentlichen Fragen und Entscheidungen der deutschen Politik die gleichen Wege“ gegangen. Fazit Heck: „Konrad Adenauer hatte sich mit Eugen Gerstenmaier mehr auseinanderzusetzen und Gerstenmaier an Adenauers Politik mehr Anteil, als das ohne weiteres erkennbar und bekannt wurde.“<sup>2</sup> Sein persönliches Verhältnis zu Adenauer hat Gerstenmaier einmal so beschrieben: Es gab „niemals auch nur einen Schatten von Hörigkeit“.<sup>3</sup>

Die beiden Unionspolitiker haben sich Ende Juli 1949, kurz vor der Wahl zum ersten Bundestag, bei einem Treffen in Düsseldorf kennengelernt. Nach Gerstenmaiers Erinnerung suchte Adenauer ihm dabei nahezubringen, „etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten in der Partei und der Fraktion intern“ beizulegen. In Gerstenmaiers Memoiren heißt es: „Ich stutzte. Sagte er das nur mir oder gehörte es zum Ritual für Anfänger?“<sup>4</sup>

Das Gespräch muss den 73-jährigen CDU-Politiker beeindruckt haben; denn der knapp zwei Monate später gewählte Bundeskanzler bot dem neuen Abge-

---

1 *Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Gross*, in: Karl B. SCHNELTING (Hg.), *Zeugen des Jahrhunderts. Porträts aus Politik und Politischer Wissenschaft. Nach einer Sendung des ZDF*, Frankfurt/M. 1982, S. 9–54, hier S. 47.

2 Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 362; DERS., *Konrad Adenauer – Überlegungen 1976, dem Jahr seines 100. Geburtstages, für Eugen Gerstenmaier zu dessen 70. Geburtstag*, in: *Widerstand, Kirche, Staat. Eugen Gerstenmaier zum 70. Geburtstag*, hg. v. Bruno HECK, Frankfurt/M. 1976, S. 220–240, hier S. 220. Walter HENKELS hat 1963 formuliert: Gerstenmaier habe Adenauer und dieser ihm „oft Ärgernis in den Weg“ gelegt, *99 Bonner Köpfe*, Düsseldorf 1963, S. 103–107, hier S. 107.

3 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 363.

4 EBD. S. 394. Daniela GNISS hat diesen bemerkenswerten Kommentar in eine Anmerkung verbannt, *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie*, Düsseldorf 2005, S. 211 Anm. 36. Diese Biographie ist materialreich, aber unübersichtlich gegliedert – auch ohne Sachregister –, stilistisch unbeholfen und in manchen Wertungen problematisch.

ordneten sogleich das Vertriebenenministerium an. Diese „Unglücksidee“, wie sie Gerstenmaier später ironisierte,<sup>5</sup> habe keineswegs seinem damaligen innerparteilichen Gewicht entsprochen, sondern seinem „politischen Nutzwert“ im Konfessionsproporz.<sup>6</sup>

Der Oberkonsistorialrat lehnte jedoch ab; denn andernfalls hätte er die Leitung des Hilfswerks abgeben müssen und sich damit beruflich abhängig gemacht (was er zwei Jahre später tat). Stattdessen empfahl er als Ressortchef einen ostvertriebenen Juristen, der im Kreisauer Kreis mitgearbeitet hatte: Hans Lukaschek, ohne ihn persönlich zu kennen. Der Kanzler ging auf diesen Vorschlag „nur zögernd“ ein; denn er „störte“ sein vorab austariertes konfessionelles Gleichgewicht.<sup>7</sup>

## I.

Eugen Gerstenmaier kam aus dem Kirchendienst nach Bonn, ohne politische Erfahrung. Der 43-jährige Quereinsteiger, nach F.K. Fromme ein „Zufalls-Berufener“,<sup>8</sup> fand sich jedoch in der CDU/CSU-Fraktion rasch zurecht. Nicht nur evangelische Abgeordnete kannten ihn durch seine Arbeit im Hilfswerk und als Mitherausgeber der Stuttgarter Wochenzeitung „Christ und Welt“. Mit Hermann Ehlers und Gerd Bucorius setzte er durch, dass Adenauer den Präses der Synode der EKD, Gustav Heinemann, zum Innenminister berief.<sup>9</sup>

Im Bonner Anfang – so Gerstenmaier später – seien Adenauer und er sich in einem „unbelasteten, leicht distanzierten Verhältnis“ begegnet. Der Kanzler habe noch Jahre danach nicht realisiert, „daß ich ein ordinierter Geistlicher bin. Er hielt mich für einen kirchlichen Funktionär in beachtlicher Position, für einen Manager, der sich das Leben dadurch erschwerte, dass er auch noch ein Intellektueller sei.“<sup>10</sup>

In seiner Fraktion rückte Gerstenmaier rasch nach vorn: Zum Mitglied ihres Vorstands und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Beziehungen. Den Vorsitz in diesem Ausschuss hatte er, im Einvernehmen mit Adenauer, der SPD überlassen, in der – allerdings trügerischen – Hoffnung, auf diese Weise leichter außenpolitische

5 Diskussionsbemerkung, in: Hans BUCHHEIM (Hg.), *Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag*, Stuttgart 1979, 2. Aufl., Bonn 1986, S. 45.

6 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 361.

7 EBD. S. 305.

8 *Eugen Gerstenmaier*, in: Walther L. BERNECKER/Volker DOTTERWEICH (Hg.), *Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Porträts*, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 155–166, hier S. 166.

9 Vgl. Gerd BUCURIUS, *Der Adenauer. Subjektive Beobachtungen eines unbequemen Zeitgenossen*, Hamburg 1976, S. 62. Dort ist statt Gerstenmaier irrtümlich Robert Tillmanns genannt.

10 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 361.



Gemeinsamkeit zu erreichen. 1950–54 gehörte Gerstenmaier auch der Beratenden Versammlung des Europarats und der Montanunion an. Durch seine berufliche Erfahrung und internationalen Beziehungen aus dem Hilfswerk interessierte ihn vor allem die Außenpolitik.

Dabei wurde Europa sein erstes „großes Thema“,<sup>11</sup> die Europa-Idee der „Schlüssel für die meisten sonst unlösbaren Probleme“ der Bonner Außenpolitik.<sup>12</sup> Von Anfang an gehörte Gerstenmaier zu den wichtigsten und wortmächtigsten Verfechtern von Adenauers Politik der Westintegration, der europäischen Einigung, der Wiederbewaffnung und der Aussöhnung mit Israel. Bereits am 8. August 1950 befürwortete er im Europarat in Straßburg auch einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik. Das geschah nach einer Ermunterung durch Winston Churchill, ohne Abstimmung mit dem Kanzler, mit dem er sich einig wusste, ohne dafür jedoch Dank zu erhalten.<sup>13</sup>

In den folgenden Jahren trat Gerstenmaier allen Neutralisierungsbestrebungen entgegen, vor allem im protestantischen Lager. Für den Kanzler war der konservative Schwabe, so Hans-Peter Schwarz, eine wertvolle „Mehrzweckwaffe“, in der Fraktion wie im Bundestag.<sup>14</sup> Mit Adenauer widerstand er 1952 der Moskauer Notenoffensive, dieser spätstalinistischen Versuchung. Sein rückblickendes Urteil: Es gab keine „verpaßte Gelegenheit“ für eine Wiedervereinigung.<sup>15</sup> An der Seite des Bundeskanzlers vertrat er auch die Europäisierung des Saargebiets, als Vorstufe für die Schaffung einer Union der europäischen Völker.

Seit Ende 1952 entwickelte Gerstenmaier eigene Vorstellungen zur Deutschlandpolitik. Er plädierte für eine Viermächtekonferenz, die Voraussetzungen zur „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“ schaffen sollte, und für die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen Ostblockstaaten. Mit seinen Vorstellungen einer flexiblen Ostpolitik<sup>16</sup> – auf der Grundlage der Westbindung – wich er in den folgenden Jahren wiederholt von der Regierungslinie ab, oder richtiger: eilte ihr voraus.

Im Vorfeld seiner zweiten Regierungsbildung, 1953, hatte Adenauer überlegt, Gerstenmaier mit Kabinettsrang zum Beauftragten für europäische soziale Fragen zu machen. So entwarf er auch für die Regierungserklärung des Bun-

---

11 So Thomas LÖFFELHOLZ, *Eugen Gerstenmaier (1906–1986)*, in: Hans SARKOWICZ (Hg.), *Sie prägten Deutschland. Eine Geschichte der Bundesrepublik in politischen Porträts*, München 1999, S. 112–127, hier S. 120.

12 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 651.

13 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 322f.

14 SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 12), S. 649.

15 Diskussionsbemerkung, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Stuttgart 1982, S. 52f.; GNISS, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 276f.; *Gespräch mit J. Gross* (wie Anm. 1), S. 46.

16 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 419ff.

deskanzlers entsprechende Passagen über das „europäische soziale Leben“, die jedoch folgenlos blieben.<sup>17</sup> Der Abgeordnete zog den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags vor, und baute seine Stellung als Außenpolitiker aus. Er galt weiterhin als einer der „nächsten Parteigänger“ des Kanzlers.<sup>18</sup>

## II.

Ein Jahr später, mit seiner Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestags, begann ein neuer Abschnitt in seinem Verhältnis zu Adenauer. Gerstenmaier hat das hohe Amt, das ihm als „langweilig“ erschien, nicht erstrebt. Noch bei seinem 75. Geburtstag erwähnte er seinen „Zorn über sich selber“, da er sich „vom alten Robert Pferdenges, hinter dem natürlich Konrad Adenauer steckte“, doch noch „habe überreden lassen, das Amt zu übernehmen“.<sup>19</sup> Vermutlich hat der Bundeskanzler den selbstbewussten Abgeordneten nicht nur aus Gründen des Konfessionsproporz auf den Präsidentensessel abgedrängt; denn damit neutralisierte er einen bisweilen „unbequemen Parteifreund“ und potentiellen Konkurrenten im Streben nach dem Auswärtigen Amt,<sup>20</sup> das Adenauer noch selbst führte.

Der agile und energisch auftretende, aber kleingewachsene Bundestagspräsident – über den sein wuchtiger Vorgänger, Hermann Ehlers, gelästert hatte: „Hundertzehn mit Hut“<sup>21</sup> – konnte sich mit einem Schlag von dem Verdacht befreien, er sei von Adenauer quasi „gleichgeschaltet“ worden. In einer erregten Bundestagsdebatte am 18. Februar 1955 wies er dessen Ermahnung kühl zurück, ihm „endlich einmal Ruhe zu verschaffen“.<sup>22</sup> Sein Verhältnis zum Bundeskanzler blieb aber auch weiterhin, bei aller persönlich-förmlichen Distanz, durch die gemeinsam vertretene Außen- und Sicherheitspolitik im Zeichen der von Gerstenmaier 1954 (um-)formulierten Wertetrias „Frieden, Freiheit, Einheit“ bestimmt. Er begründete sie als Rangordnung, nicht aber als

17 Nach Hinweisen im Tagebuch Herbert Blankenhorn, 12. Oktober 1953. Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Blankenhorn 25a, b.

18 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 356.

19 Dank, in: Eugen Gerstenmaier, *Präsident des Deutschen Bundestages von 1954–1969*, hg. v. d. Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V., Bonn 1981, S. 25–29, hier S. 26. Dazu vgl. Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005, S. 241–250: „Der innerparteiliche Aufstieg Eugen Gerstenmaiers“.

20 Matthias STICKLER, *Gerstenmaier*, in: Friedrich Wilhelm BAUTZ (Hg.), *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 19, Herzfeld 2001, S. 550–559, hier S. 552.

21 Nach einem maschinenschriftlichen, undatierten und ohne Unterschrift versehenen Vermerk im NL Globke, ACDP 01-070-001/1.

22 Ohne Datum erwähnt bei GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 360f. Dazu vgl. Rudolf MORSEY, *Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag*, in: BUCHHEIM, *Adenauer* (wie Anm. 5), S. 14–39, hier S. 33f.

unbedingte Zeitfolge. Diese Gemeinsamkeit hinderte nun keineswegs – so seine altersmilde Version – „gelegentliche Meinungsverschiedenheiten in der Taktik“ des Vorgehens.<sup>23</sup>

Als er Adenauer Anfang 1956, zu dessen 80. Geburtstag, im Bundestag würdigte, erwähnte er dabei auch dessen „biblisches Alter“.<sup>24</sup> Diese versteckte Mahnung konterte der alte Fuchs auf seine Weise. Im CDU-Bundesvorstand am 13. Januar lobte er die Rede Gerstenmaiers als „meisterhaft“. Denn was sei darin hervorgehoben: die „Bedeutung des Alters in der gegenwärtigen Zeit“ und der damit gewonnenen „Summe der Erfahrungen“.<sup>25</sup>

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen bremste er im Wahlkampf des folgenden Jahres Gerstenmaiers Drängen nach ostpolitischer Flexibilität. Er hielt es, so am 1. Juli 1957, im geschlossenen Kreis des CDU-Bundesvorstands, für „einfach unmöglich“; Gerstenmaier habe „so in freier Wildbahn einfach drauflosgeredet, und zwar ohne jede Parteidisziplin“.<sup>26</sup> Der derart attackierte Parteifreund, der die Sitzung früher hatte verlassen müssen, verwahrte sich einmal mehr brieflich gegen die Kanzlerschelte.

Hingegen beklagte er 16 Tage später, gegenüber dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, die „völlig überflüssigen Verschärfungen“ im Wahlkampf. Er versicherte ihm, dass er in den nächsten Tagen das Seine tun werde, beim Bundeskanzler – der bei einem Wahlsieg der SPD den „Untergang Deutschlands“ prophezeite – auf „denkbarste Mäßigung“ hinzuwirken. Er, Gerstenmaier, werde es sich dabei auch „angelegen sein lassen, die Voraussetzungen für eine zukünftige gemeinsame Außenpolitik sorgsam und pfleglich zu behandeln“.<sup>27</sup>

Die damit nicht ausgeschlossene Möglichkeit einer Großen Koalition rückte jedoch nach dieser Wahl vom September 1957, die der Union die absolute Mehrheit brachte, in weite Ferne. In Adenauers dritte Regierung wäre Gerstenmaier vermutlich gern gewechselt, an die Spitze eines Europaministeriums.<sup>28</sup> Ein solches Konkurrenzressort konnten Erhard und Brentano jedoch verhindern.<sup>29</sup> So blieb der alte auch der neue Bundestagspräsident. Seitdem

23 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 365.

24 *Rede vor dem Deutschen Bundestag am 12. Januar 1956*, in: Eugen GERSTENMAIER, *Konrad Adenauer. Ehrung und Gedenken*, Stuttgart 1967, S. 55–63, hier S. 55.

25 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957*, Düsseldorf 1990, S. 714.

26 EBD. S. 1292.

27 ACDP, NL Gerstenmaier, 01-210-017/1.

28 So Heinrich Krone am 16. Juli 1957 in: Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, Düsseldorf 1995, S. 261. Dazu vgl. Adenauers Gespräch am 16. September 1957 in: Konrad ADENAUER/Theodor HEUSS, *Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Berlin 1997, S. 227.

29 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel: 1957–1963*, Stuttgart 1983, S. 23.

drängte er umso mehr auf aktivere Deutschland- und Ostpolitik. Damit kam er Adenauer schon bald wieder in die Quere, mit seiner Kritik am Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien, nachdem Belgrad die DDR anerkannt hatte.

Im Gegensatz zum Bundeskanzler registrierte er früh, und zustimmend, dass sich die SPD von ihrer Ideologie löste. Hingegen teilte er mit ihm die Besorgnis über die Folgen der fortschreitenden Säkularisierung für die eigenen Wähler wie über die Gefährdungen eines überdehnten Sozialstaats. Zum Streit kam es Ende Januar 1958, nach einer berühmt gewordenen Nachtsitzung des Bundestags vom 23./24. Januar, in der Thomas Dehler und Gustav Heinemann die Deutschlandpolitik Adenauers mit ätzender Schärfe verurteilt hatten. Die Regierung war in Hilflosigkeit erstarrt und sprachlos geblieben. Daraufhin suchte der Kanzler einen Sündenbock für seine politische Niederlage. Er fand ihn rasch im Bundestagspräsidenten, dem er vorwarf, Dehlers „beleidigende“ und ihn wie die Regierung „verletzende Ausdrücke“ nicht sofort zurückgewiesen zu haben.<sup>30</sup> Einige Tage später monierte Adenauer, dieses Mal unter Bezug auf einen Kabinettsbeschluss, dass Gerstenmaier im Auswärtigen Ausschuss „mehrfach“ Ansichten geäußert habe, „die zum Bereich der Exekutive“ gehörten.<sup>31</sup>

Ihr damaliges Spannungsverhältnis kommentierte der Vorsitzende der Unionsfraktion, Heinrich Krone, so: Gerstenmaier habe Mut und halte, „wenn es geboten ist“, auch den Kopf hin: „Er ist nicht in allem mit dem Kanzler einig. Im Grunde liegt er aber auf der gleichen harten Linie. Kein Utopist.“<sup>32</sup>

Als solcher erschien er in diesen Wochen jedoch dem Kanzler, da er weiterhin mit eigenen Überlegungen zur Deutschlandpolitik nicht sparte. Seinen Vorschlag, anstelle der bisherigen außenpolitischen Reihenfolge – zuerst freie Wahlen – in erster Linie über einen „Friedensvertrag mit Deutschland zu sprechen“, hielt Adenauer, gegenüber Heuss, für „ganz abwegig“.<sup>33</sup> Zugleich überraschte ihn die Entscheidung des Bundestagspräsidenten, eine für Mitte März 1958 angesetzte außenpolitische Debatte des Plenums zu verschieben; denn dadurch werde nur die SPD begünstigt.<sup>34</sup> Der Kanzler bestand auf rascher Neuansetzung, um die Regierungslinie zu verdeutlichen, nach der bei der bevorstehenden Viermächte-Konferenz die Deutsche Frage nicht ausgeklammert werden dürfe.

In der daraufhin Ende März stattfindenden dreitägigen Plenardebatte verzichtete Gerstenmaier auf Alternativvorschläge. In der gleichzeitig geführten

30 24. Januar 1958. Vgl. GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 436f.; MORSEY, *Adenauer und der Deutsche Bundestag* (wie Anm. 22), S. 35f.

31 30. Januar 1958. StBKAH, NL Adenauer III/24.

32 KLEINMANN, *Krone* (wie Anm. 28), S. 287, Eintrag vom 28. Januar 1958.

33 So am 11. März 1958. ADENAUER/HEUSS, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 265.

34 EBD. S. 264.

Diskussion um die umstrittene atomare Ausrüstung der Bundeswehr akzeptierte er eine mit Adenauer vereinbarte Kompromissformel: Erst *nach* dem Scheitern von Abrüstungsverhandlungen.<sup>35</sup>

Nach der im November 1958 von Chruschtschow ausgelösten neuen Berlin-Krise nahm der zeitweise verunsicherte Bundeskanzler an, dass für den Moskauer „Vorstoß“ auch Stellungnahmen von Bonner SPD- und FDP-Politikern eine Rolle gespielt hätten; denn sie hätten den Eindruck eines „Umschwungs“ in der Deutschlandpolitik erweckt. Zu diesen unsicheren Kantonisten zählte er, gegenüber Heuss, neben Kiesinger („zu weich“) auch den Bundestagspräsidenten: „Er tut es aus Geltungsbedürfnis“.<sup>36</sup> Kurz zuvor hatte er – wiederum gegenüber dem Bundespräsidenten – Gerstenmaier „schnellen Hochmut“ bescheinigt, der ihn in der Fraktion unbeliebt mache.<sup>37</sup>

Gerstenmaiers Temperamentsausbrüche und seine bisweilen hektische Aktivität wusste sein Landsmann, der ihm fast freundschaftlich verbundene Carlo Schmid, (privatim) anders zu deuten: „Wenn er doch nur Eugen Freiherr von Wetterstein hieße, dann hätten wir alle Ruhe.“ Hingegen ist Schmidts Urteil in seinen Memoiren, wonach Adenauer dem „widerborstigen Schwaben nicht viel abzugewinnen“ vermocht habe,<sup>38</sup> eher Wunschdenken.

### III.

1959 war die Wahl des zweiten Bundespräsidenten fällig. Dafür galt auch Gerstenmaier, allerdings nicht für Adenauer, als einer der Kandidaten. Gerstenmaier winkte jedoch rechtzeitig ab, er wollte nicht von seinem „silbernen“ in einen „goldenen Käfig“ wechseln.<sup>39</sup> Für das Amt empfahl er Carlo Schmid, vielleicht in der Hoffnung, dass dafür die SPD seine eigene Kanzlerschaft unterstützen würde. Als sich schließlich Adenauer Anfang April bereit erklärte, selbst zu kandidieren, begrüßte Gerstenmaier diesen Entschluss des 85-Jährigen, der dem verdienten Staatsmann zugleich einen ehrenhaften Abgang ermöglichen würde.

Damit aber zählte der Bundestagspräsident im anschließenden „Kampf ums Kanzleramt“<sup>40</sup> nunmehr selbst zum Kreis der Kandidaten, erst recht im Falle einer Großen Koalition. Unter einem Bundeskanzler Erhard hingegen konnte er auf das Außenministerium rechnen. So traf ihn der Rücktritt Adenauers von

35 KLEINMANN, *Krone* (wie Anm. 28), S. 296, Eintrag vom 13. März 1958.

36 24. November 1958. ADENAUER/HEUSS, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 286.

37 25. Oktober 1958. Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper*, hg. v. Eberhard PIKART, Tübingen 1970, S. 359.

38 Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, München 1979, S. 563.

39 *Gespräch mit J. Gross* (wie Anm. 1), S. 48.

40 Daniel KOERFER, *Der Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1998, S. 241f.

der Präsidentschaftskandidatur, zwei Monate später, ins Mark. Er hielt ihn für einen schweren Fehler, den er entsprechend kritisierte, und empörte sich über Demütigungen, die der Sinneswandel des Bundeskanzlers der eigenen Fraktion abverlangte.

Im Zuge dieser Kontroverse steigerte sich ihr Wortwechsel im Vorstand der Unionsfraktion am 8. Juni 1959 bis zu Adenauers Vorwurf: „Warum sehen Sie mich so hasserfüllt an?“ Daraufhin verließ der Bundestagspräsident die Sitzung, kehrte jedoch – so im Protokoll festgehalten – „nach einiger Zeit wieder zurück. Der Bundeskanzler ging auf den Bundestagspräsidenten zu und reichte ihm unter dem Beifall des Vorstandes die Hand.“<sup>41</sup>

Als es drei Tage später Gerstenmaier gelang, dieses Mal in der Fraktion, den Dauerstreit Adenauers mit Erhard durch eine versöhnliche Resolution zu schlichten, dankte ihm der Bundeskanzler eigens. Dabei gab er ohne weiteres zu, mit Gerstenmaier „dann und wann so eine Kleinigkeit an Krach“ zu haben.<sup>42</sup> Dieser Krach setzte sich fort, nachdem Adenauer nicht abließ, den Wirtschaftsminister zu demontieren. Am 22. Juni 1959 warnte Gerstenmaier den Kanzler in der Fraktion, dass er „in der Gefahr der Vereinsamung“ stehe und wegen „mangelnder Selbstkontrolle“ allmählich seine eigene Politik gefährde. Der zornige Abgeordnete scheiterte jedoch mit seinem Vorschlag, das Verhalten des Bundeskanzlers zu missbilligen, allerdings „in einer ehrerbietenden Weise“.<sup>43</sup>

Die Präsidentschaftskrise hinterließ Narben und schadete der Autorität des Kanzlers. Gerstenmaier hatte vorübergehend sogar daran gedacht, seinen stellvertretenden CDU-Vorsitz aufzugeben. Hingegen hielt er in diesen Wochen an seiner Entscheidung fest, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin einzuberufen, trotz massiver Bedenken Adenauers,<sup>44</sup> und er behielt Recht.

Im weiteren Verlauf der Berlin-Krise hielt sich Gerstenmaier an die Regierungslinie. Er nahm das Einschwenken der SPD auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung, die Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Bundestag begründete, ernst<sup>45</sup> – im Unterschied zu Adenauer. Bereits auf dem Karlsruher CDU-Parteitag von 1960 hatte der Bundestagspräsident Teile des Godesberger SPD-Programms positiv bewertet, war dafür allerdings vom Parteivorsitzenden korrigiert worden.<sup>46</sup>

41 *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961*, bearb. v. Reinhard SCHIFFERS, 1. Halbbd., Düsseldorf 2004, S. 410.

42 EBD. S. 422.

43 EBD. S. 440.

44 6. April 1959. ADENAUER/HEUSS, *Unter vier Augen* (wie Anm. 28), S. 303.

45 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 445.

46 GNISS, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 390.

Unbeeinflusst von solchen Differenzen erwähnte er Anfang 1961 in seiner Laudatio zum 85. Geburtstag Adenauers die „neuerdings erreichte breite Übereinstimmung“ der Parteien zu dessen Außenpolitik. Zugleich aber mahnte er, sich Gedanken über einen Nachfolger zu machen; denn dieser „ist da“ – ohne dass er den Namen Erhard nannte –, wenn Adenauer, wie Gerstenmaier ungewohnt salopp fortfuhr, „Feierabend“ mache.<sup>47</sup>

Daran jedoch dachte der Patriarch nicht. Das bekam der Bundestagspräsident schmerzlich zu spüren, nachdem er am 30. Juni 1961 den 3. Bundestag nicht mit der üblichen förmlichen Ansprache, sondern mit einer – wie Adenauer am 11. Juli im CDU-Bundesvorstand kritisierte – „hochpolitischen“ Rede<sup>48</sup> geschlossen hatte. Darin schlug er, als Antwort auf neue Drohungen aus Moskau, vor, über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion herbeizuführen. Die Verhandlungen sollten Klarheit schaffen über den „militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands“, eingeschlossen eine Einigung über die Frage der „Reichsgrenzen“. Erst an dritter Stelle war vom Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk die Rede. Damit übernahm Gerstenmaier außenpolitische Vorstellungen der Opposition.<sup>49</sup>

Der Bundeskanzler war über deren Inhalt wie Zeitpunkt im Vorfeld des Wahlkampfes entsetzt. Vier Tage später attackierte er Gerstenmaier in kleinem Kreis derart hart, dass der Präsident – nach den Notizen von Heinrich Krone – zunächst „tobte“ und schimpfte, schließlich drohte, „alles hinzuwerfen“.<sup>50</sup> Unbeeindruckt von dieser Reaktion legte Adenauer am 8. Juli 1961 brieflich nach: der Präsident habe es der Regierung nicht ermöglicht, auf seine Schlussrede noch zu antworten und dadurch das Grundgesetz und die Geschäftsordnung des Bundestags verletzt.<sup>51</sup> Dieser Vorwurf war, wie sein Adressat festgehalten hat, „der schwerste“ überhaupt, den er in seiner mehr als 14-jährigen Amtszeit erhielt.<sup>52</sup>

Entsprechend deutlich replizierte Gerstenmaier, schon um dem Eindruck entgegenzuwirken, er habe sich mit dieser Initiative – was vielfach angenommen wurde – als Kanzler einer Großen Koalition empfehlen wollen. Die Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 11. Juli wurde zu einem „Scherbenge-

47 „Ära Adenauer“, in: Bulletin des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. Januar 1961, S. 41f.; GERSTENMAIER, *Adenauer* (wie Anm. 24), S. 45–51, hier S. 49f.

48 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994, S. 941.

49 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 446ff.

50 KLEINMANN, *Krone* (wie Anm. 28), S. 512, Eintrag vom 5. Juli 1959.

51 StBKAH, NL Adenauer III/18; GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 448.

52 EBD.

richt“ über Gerstenmaier.<sup>53</sup> Er verteidigte sich, gewohnt kämpferisch und geschickt – auch unter Bezug auf eine Bundestagsentschließung vom Oktober 1958, die den Vorschlag für einen Friedensvertrag enthielt – gegen den Vorwurf, er habe eine „Einigkeit in der Außenpolitik vorgespiegelt, die effektiv nicht vorhanden“ sei. Im Übrigen, so dozierte er, „ist der Bundestagspräsident nicht der Vertreter einer Fraktion“.

Nach hitzigen Diskussionen akzeptierte der „Angeklagte“ – wie er sich selbst apostrophierte, allerdings mit dem trotzigen Zusatz: „Angriffe bin ich gewohnt“ – ein von ihm mitverfasstes Kommuniqué. Darin bekannte sich der Parteivorstand einstimmig zur „bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung“, zur Notwendigkeit einer „allgemeinen kontrollierten Abrüstung“ und zur Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen.<sup>54</sup> Von einem Friedensvertrag war keine Rede.

Der eigensinnige Schwabe steckte jedoch nicht zurück. Am 14. Juli 1961 erläuterte er dem Verleger Axel Springer seine Schwierigkeit, „einige Leute“ der eigenen Partei über die „Wahlkampfaktik hinauszuführen“ und einen „Rückfall in an sich berechnete, aber ... ganz unproduktive Formeln von ehemals zu verhindern“.<sup>55</sup> Und an Herbert Wehner schrieb er, dass er „bei jedem Wort und Ton“ seiner Rede bleibe.<sup>56</sup>

Jahre später räumte Gerstenmaier ein, dass seine umstrittene Rede eigentlich „Stücke einer Regierungserklärung“ enthalten habe und ein „Mißbrauch seines Amtes“ gewesen sei. Nur der Wahlkampf und seine Loyalität zur CDU hätten ihm geboten, seine Kritik und seinen Ärger „hinunterzuschlucken“.<sup>57</sup> Diese Zurückhaltung erleichterte ihm der Schock über den am 13. August 1961 begonnenen Bau der Berliner Mauer. Einen Tag später war Gerstenmaier am Brandenburger Tor, wo er Krone, Ollenhauer und Mende traf, aber den Bundeskanzler vermisste.

Als ihn der FDP-Politiker Hans-Wolfgang Rubin in diesen Tagen fragte, ob er sich von Adenauer „gut oder auch nur gerecht behandelt fühle“, lautete seine spontane Antwort: „Nicht immer“. Er milderte jedoch sofort ab: „Das beruhe auf Mißverständnissen.“<sup>58</sup>

53 BUCHSTAB, *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“* (wie Anm. 48), S. 941–978.

54 EBD. S. 1002f.

55 ACDP, NL Gerstenmaier, 01-210-017/1.

56 22. Juli 1961. GNISS, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 368 Anm. 104.

57 Vgl. Arnulf BARING, *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hamburg 1974, S. 317, 452 Anm. 358 (Auskunft an Baring).

58 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 479.



## IV.

Nach der Bundestagswahl vom September 1961 ließ sich Gerstenmaier von der erstarkten FDP nicht als Kanzlerkandidat vereinnahmen. Wohl aber hielt er sich die von Willy Brandt erkundete Möglichkeit offen, dieses Amt in einer Großen Koalition zu übernehmen, allerdings nur „unter außergewöhnlichen Umständen“.<sup>59</sup> Denn er hatte nicht den Ehrgeiz, so versicherte er Erich Mende, als „Kanzler-Killer“ in die Geschichte einzugehen.<sup>60</sup> In der Öffentlichkeit verstärkte sich der Eindruck, dass Gerstenmaier für die Leitung einer Allpartei-*en*regierung bereitstehe.

Stattdessen verhandelte Adenauer über seine vierte Kabinettsbildung, allerdings quälend lange, zunächst mit der SPD – um mit ihr ein Mehrheitswahlrecht durchzusetzen –, dann mit den Freien Demokraten. Ende Oktober erklärte der Bundestagspräsident wütend, wenn es nicht gelinge, rasch ein Kabinett zu bilden, müsse Adenauer „aus dem Spiel ausscheiden“.<sup>61</sup> Es gelang jedoch. Allerdings hatte der Kanzler durch seine Gespräche mit der SPD, zu Gerstenmaiers Genugtuung, ein Tabu durchbrochen.<sup>62</sup> Er selbst akzeptierte erneut das Amt des Parlamentspräsidenten. Aus dieser Position drängte er im Juni 1962, auf dem Dortmunder Parteitag der CDU, zum Ärger Adenauers darauf, die Nachfolgefrage „halbwegs befriedigend“ zu regeln.<sup>63</sup>

Der Bundestagspräsident blieb auch nach der „Spiegel-Affäre“ vom Spätjahr 1962 ohne Einfluss auf Adenauers fünfte und letzte Kabinettsbildung, wiederum mit den Freien Demokraten. Mit umso größerem Nachdruck erinnerte er am 3. Dezember 1962 im CDU-Bundesvorstand daran, dass er „unablässig das Offensein“ auch für eine Koalition mit der SPD vertreten habe.<sup>64</sup> Dabei lehnte er das Mehrheitswahlrecht weiterhin ab, da es evangelische Kandidaten benachteilige und den Charakter der Unionsparteien gefährde.<sup>65</sup>

Am 15. Oktober 1963 standen sich Gerstenmaier und Adenauer ein letztes Mal im Bundestag gegenüber. Die 40-minütige Ansprache des Bundestagspräsidenten zum Rücktritt des Gründungskanzlers und europäischen Staats-

59 So in einem Gespräch am 18. September 1961 mit Willy Brandt, in: GNISS, *Gerstenmaier* (wie Anm. 4), S. 403. Vgl. auch den Eintrag vom 30. September 1961 bei KLEINMANN, *Krone* (wie Anm. 28), S. 534.

60 Erich MENDE, *Die neue Freiheit 1945–1961*, München 1984, S. 482f.

61 Nach einem Schreiben Adenauers vom 31. Oktober 1961 an Krone und Staatssekretär Hans Globke; StBKAH, NL Adenauer III/52.

62 Am 3. Dezember 1962, in: Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“*. *Die Protokolle des Bundesvorstands der CDU 1961–1965*, Düsseldorf 1998, S. 389.

63 9. Parteitag der CDU 26.–29. April 1960 in Karlsruhe, hg. v. d. CDU, Bonn 1960, S. 193; KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt* (wie Anm. 40), S. 651.

64 BUCHSTAB, *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“* (wie Anm. 62), S. 391.

65 Eintrag vom 3. Dezember 1962, in: Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*, Düsseldorf 2003, S. 125.

manns zählt zu den großen Parlamentsreden.<sup>66</sup> Sie war, wie ihr Autor wenig später bekannte, „eine Rede tiefsten Respekts und aus dem Stoff der Wahrheit“ gemacht.<sup>67</sup>

Nach Adenauers Abschied aus dem Palais Schaumburg entspannte sich ihr Verhältnis. Es führte schließlich sogar bis zu einer, so jedenfalls aus Gerstenmaiers späterer Sicht, „nicht mehr von politischen Meinungsverschiedenheiten belasteten Freundschaft“.<sup>68</sup> Krone notierte: „Die beiden können gut miteinander.“<sup>69</sup>

Das zeigte sich auch 1966, in einem sechseitigen Beitrag Adenauers für eine Festschrift zu Gerstenmaiers 60. Geburtstag, überschrieben „Meine Begegnungen mit Eugen Gerstenmaier“. Darin unterstrich er die „Gemeinsamkeit“ ihrer Überzeugungen, ihrer politischen Ziele und ihrer Arbeit bei der – wie es etwas gravitatisch hieß – „Bewältigung des deutschen Schicksals nach 1945“. Souverän übergang der Exkanzler früheren Streit und Krach. Er würdigte Gerstenmaiers Anteil am „Stil der parlamentarischen Arbeit“, an der Vertretung „unserer Außenpolitik“ wie den an der Entwicklung der CDU.<sup>70</sup>

Keinen anderen seiner Mitstreiter hat Adenauer vergleichbar gelobt. Man kann seinen Beitrag sogar als Laudatio auf eine künftige Kanzlerschaft Gerstenmaiers lesen. Von dieser Einschätzung rückte er jedoch wieder ab, da ihn dessen zögerliches Abwarten irritierte. Der inzwischen entkrampfte Umgang erleichterte dem Bundestagspräsidenten die „schwere Aufgabe“, dem am 19. April 1967 verstorbenen Staatsmann im Bundestag die Gedenkrede<sup>71</sup> zu halten. Dabei vertiefte er frühere Würdigungen dadurch, dass er die politischen Zielsetzungen Adenauers mit dessen christlicher Wertordnung verband, und daraus seine Rolle als christlicher Politiker deutete.<sup>72</sup>

66 Druck: „Um das Vaterland verdient gemacht“. Zum Abschied vom Amt des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 15. Oktober 1963, in: GERSTENMAIER, *Adenauer* (wie Anm. 24), S. 9–18. Zur Wirkung der Rede vgl. SCHMID, *Erinnerungen* (wie Anm. 38), S. 757; BUCERIUS, *Adenauer* (wie Anm. 9), S. 11.

67 Günter GAUS, *Zur Person. Von Adenauer bis Wehner. Portraits in Frage und Antwort* (Gerstenmaier: S. 127–154), München 1990 (Tb), hier S. 151. Am 24. Oktober 1963 dankte Adenauer dem Bundestagspräsidenten für seine Ansprache, „die für mich eine große Ehre war. Sie hat mich tief ergriffen.“ StBKAH, NL Adenauer III/18.

68 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 362f.

69 Eintrag vom 1. Oktober 1965, in: KLEINMANN, *Krone* (wie Anm. 65), S. 415.

70 *Meine Begegnungen mit Eugen Gerstenmaier*, in: Hermann KUNST (Hg.), *Freiheit und Recht*, Stuttgart 1966, S. 19–25, hier S. 22f. In seinem privaten Glückwunschsreiben vom 24. August 1966 wünschte Adenauer dem Jubilar „Gesundheit, Schaffenskraft und den unerschütterlichen, kämpferischen Mut, der Sie immer ... ausgezeichnet hat.“ StBKAH, NL Adenauer III/43.

71 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 548.

72 *Gedenkrede auf den Toten beim Staatsakt im Deutschen Bundestag am 25. April 1967*, in: GERSTENMAIER, *Adenauer* (wie Anm. 24), S. 9–18.

In diesem Nachruf finden sich, eingebettet in die Totenklage, „ganze Passagen“, in denen Gerstenmaier „Züge des eigenen Wesens im Bildnis des Verstorbenen unterbrachte“. <sup>73</sup> Seinen voraufgegangenen persönlichen Abschied, an dem noch offenen Sarg des Verstorbenen in Rhöndorf, hat er so geschildert: „In dem großen Wohnzimmer fand ich die Söhne und Töchter. Ich brauchte sie nicht zu trösten. Sie trösteten mich.“ <sup>74</sup>

Gerstenmaiers Lebenslaufbahn, so kann man lesen, sei „eigentümlich unvollendet“ geblieben; <sup>75</sup> er habe das politische Spitzenamt nicht erreicht. In der Tat hat er in Bonn nicht – wie 1944 in Berlin, woran er wiederholt erinnerte – einen letzten Einsatz gewagt. Dazu fehlte ihm, nach dem Urteil von Bruno Heck, „der Biss“, der unbedingte Wille zur Macht. <sup>76</sup> Deren Faszination wie Bedrohung kannte er sehr wohl und reflektierte sie 1976 in einem Beitrag „Adenauer und die Macht“. <sup>77</sup> Ihn selbst faszinierte das Spannungsverhältnis von Geist und Macht, von Glaube und Handeln, von Christ und Welt.

Beim Staatsakt nach seinem Tod, am 23. März 1986, sagte Bundespräsident von Weizsäcker: Gerstenmaier habe, „wie wenige unserer Zeit, Geschichte erlebt, Geschichte bedacht und an Geschichte mitgewirkt“. <sup>78</sup> Dieses Mitwirken allerdings, das bleibt zu ergänzen, geschah 14 Jahre lang an der Seite Adenauers, selbst im Widerspruch und Streit. Damit hat Eugen Gerstenmaier einen eigenen, unverwechselbaren Beitrag geleistet: zur Fundierung der Bundesrepublik Deutschland und zur Stabilisierung ihres Parlamentarismus, aber auch zur geistigen Begründung christlich-demokratischer Politik und zur Verankerung der christlichen Demokratie.

---

73 Kurt GAYER, *Die Schwaben in Bonn*, Stuttgart 1968, S. 48–59, hier S. 58 („Der Schwierige“). In einem Interview im Juli 1964 erklärte Gerstenmaier, dass er „gar nicht daran gedacht“ habe, dass er sich „dabei selber beschreibe“, aber es sei „vielleicht ganz gut; denn ich kann hier eine Gemeinsamkeit, eine tiefe Gemeinsamkeit mit Konrad Adenauer zur Darstellung bringen. Das verbindet mich mit Konrad Adenauer. Ich bin der Überzeugung, daß das, was ich hier von Konrad Adenauer gesagt habe, eben nicht nur für mich selbst gilt, sondern daß es eine Wirklichkeitsbeschreibung Adenauers ist.“ GAUS, *Zur Person* (wie Anm. 67), S. 148.

74 GERSTENMAIER, *Streit und Friede* (wie Anm. 2), S. 547f.

75 Andreas MEIER, *Eugen Gerstenmaier*, in: Wolf-Dieter HAUSCHILD (Hg.), *Profile des Luthertums. Biographien zum 20. Jahrhundert*, Gütersloh 1998, S. 185–201, hier S. 197.

76 Zitiert bei LÖFFELHOLZ, *Gerstenmaier* (wie Anm. 11), S. 113.

77 In: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 29–44, hier S. 38.

78 In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25. März 1986, S. 31.



## MISZELLEN

### **Beneš-Stalins Gehilfe bei der Sowjetisierung der Tschechoslowakei**

Von Gerhard Wettig

#### *Der historische Hintergrund*

In der Zwischenkriegszeit war die neu geschaffene Tschechoslowakische Republik (ČSR) nicht bereit, ihrer multinationalen Realität Rechnung zu tragen und sich als gemeinsamer Staat der Tschechen, Slowaken, Deutschen und Ungarn zu verstehen. In Übereinstimmung mit dem nationalistischen Zeitgeist erhob sie den Anspruch, eine einzige Staatsnation zu repräsentieren. Den Tschechen, die sich als diese fühlten, aber nur eine relative Mehrheit darstellten, wurden die Slowaken als offiziell gleichnationale Bevölkerung hinzugezählt, während die Deutschen und Ungarn als staatsfremde, störende Elemente galten. Das gab Hitler 1938 die Möglichkeit zur „Zerschlagung der Tschechei“ im Namen des gleichen nationalen Prinzips, auf das sich die ČSR berief. Großbritannien und Frankreich, die ihm mit dem Münchener Abkommen dazu verhalfen, erkannten erst bei der deutschen Besetzung der „Resttschechei“ im März 1939 (der die Bildung eines slowakischen Satellitenstaates und die Annexion der überwiegend ungarisch besiedelten Gebiete durch das Regime in Budapest folgten), dass es ihrem Vertragspartner nicht um nationale Ziele, sondern um imperialistische Expansion ging. Durch die Auflösung der ČSR sah sich deren Exilpräsident, Eduard Beneš, in der Überzeugung bestärkt, dass die Republik ein homogener Nationalstaat werden müsse. Die fremden Nationalitäten sollten daher keinen Platz mehr im Lande haben.

#### *Beneš bei Stalin*

Im Herbst 1943 war klar, dass die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg nur noch eine Frage der Zeit war. Auf den Konferenzen in Moskau und Teheran vereinbarten Großbritannien und die USA mit der UdSSR eine gemeinsame Besetzung Deutschlands und verzichteten in der kontroversen Polen-Frage auf die Durchsetzung ihres Standpunkts. Damit rückte auch die Tschechoslowakei in die Reichweite sowjetischer Macht. Beneš fasste den Entschluss zu einem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt, um sich des Rückhalts bei Stalin zu versichern. Von London nahm er ein Militärflugzeug in den Iran, den Großbritannien und die UdSSR während des Krieges ihrer Kontrolle unterstellt hatten. Dort wurde ihm von sowjetischer Seite bedeutet, dass ungünstig-

tige Wetterbedingungen einen Weiterflug unmöglich machten. Er musste daher eine zehntägige Zugfahrt unternehmen. Als Begleiter wurde ihm Alexander Kornejtschuk, ein stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, beigegeben, der damit Gelegenheit hatte, von dem Gast dessen Anliegen zu erfragen und ihn über die Erwartungen Moskaus zu orientieren. Das Ergebnis des Meinungsaustauschs wurde im Kreml offenbar mit Befriedigung aufgenommen, denn es herrschte eine überaus freundliche Atmosphäre, als Stalin am 11. Dezember ein Staatsessen für Beneš gab. Eine Aufzeichnung über das dabei geführte Gespräch liegt nicht vor.<sup>1</sup>

Am folgenden Tag unterhielt sich Stalin in einer Theaterpause mit dem tschechoslowakischen Gast. Er begann mit einer Frage, die auf dessen Einstellung zu den Polen zielte. Beneš betonte in seiner Antwort die politische Distanz zu ihnen und die gegen sie gerichtete Parteinahme für die UdSSR. Er stellte ihre Großmannssucht heraus, die sie dazu veranlasse, sich als Barriere, als *cordon sanitaire* zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu sehen, gab aber der Hoffnung Ausdruck, dass die Polen nach dem Krieg noch „Vernunft annehmen“ und zur Zusammenarbeit bereit sein würden, woraufhin Stalin einwarf: „Aber nur nach einem dritten Krieg!“ Als Beneš meinte, dazu werde es wohl doch nicht kommen, wiederholte General Woroschilow, es werde einen neuen Krieg geben. Stalin fügte hinzu, man könne die Deutschen nicht ändern. Sie würden sich erneut auf einen Krieg vorbereiten, der zu gegebener Zeit ausbrechen werde.<sup>2</sup> Damit und mit dem weiteren Meinungsaustausch versicherten sich beide Politiker der völligen Übereinstimmung in der Feindschaft zu den Polen und Deutschen. Um das Band der Gemeinsamkeit weiter zu festigen, schürte Beneš Stalins antipolnische Ressentiments. „Die Polen kennen Sie nicht und trauen Ihnen nicht.“ Einen Vertreter der Exilregierung in London, mit dem er vor seiner Abreise gesprochen habe, beschrieb er dem – dazu bedeutsam lächelnden – sowjetischen Führer als Aristokraten, der wie alle diese Leute nur an seine Besitzungen denke. Der habe ihn wiederholt gewarnt, die

---

1 Vojtech MASTNY (Hg.), *The Beneš-Stalin-Molotov-Conversations in December 1943: New Documents* [Übersetzung der tschechischen Dokumente durch V. Mastny], in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, NF 20 (1972), S. 369.

2 Diese Ansicht beruhte auf Lenins Imperialismus-Theorie, nach der die Staaten im Imperialismus (als dem höchsten und abschließenden Stadium des Kapitalismus) unweigerlich zu Konflikt und Krieg gegeneinander verurteilt waren. Stalin hatte in den zwanziger Jahren nach dem Scheitern des Bemühens um eine schnell sich weltweit ausbreitende Revolution die Schlussfolgerung abgeleitet, dass ein weiterer Weltkrieg zwischen den „Staaten des Imperialismus“ erforderlich sei, um eine weitere Revolution, diesmal im Westen, in Gang zu setzen. Als sich dann nach dem deutschen Überfall von 1941 abzeichnete, dass die UdSSR ihre „revolutionäre“ Ordnung zwar auf viele europäische Staaten, aber sicherlich nicht auf die angelsächsischen Länder ausdehnen konnte, begann Stalin einen dritten Krieg zwischen den „imperialistischen“ Mächten vorauszusagen, der sie endgültig ruinieren und in die „Revolution“ treiben werde. An dieser Überzeugung hielt er bis zu seinem Tode fest.

Russen würden die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei antasten. Wolle er, Beneš, denn Teil Russlands werden? Ob er denn den Russen traue? Die Darstellung zeigte Wirkung: Stalin rief empört aus: „Idioten!“ und ging aufgeregt im Raum hin und her. Er fragte den Gast nach polnischen Politikern aus und gab zu erkennen, dass sich die UdSSR zu den Kräften des polnischen Widerstands gegen die deutschen Besatzer in bewaffnetem Konflikt befand.<sup>3</sup>

*Die Frage der nationalen Säuberung in den Verhandlungen mit Molotow*

Das Gespräch brach am Ende der Theaterpause ab. Die konkreten Einzelheiten des künftigen Verhältnisses zwischen beiden Staaten bildeten den Gegenstand von Unterredungen mit Außenkommissar Molotow am 14. und 16. Dezember 1943. Die Bestimmungen des vorgesehenen Vertrages über Freundschaft und Beistand standen nicht zur Erörterung, da man sich hierüber bereits vor der Moskauer-Reise geeinigt hatte. Beneš verwies im ersten Gespräch auf Vorschläge für politische Koordination, die er Kornejschuk am Ende der Zugfahrt in schriftlicher Form unterbreitet hatte. Danach war zu klären, wie mit Nachkriegsdeutschland und mit den Ungarn in der ČSR zu verfahren sei. Beneš bezeichnete die deutsche Frage als grundlegend. Er müsse die sowjetische Haltung dazu kennen, damit man beiderseits die gleiche Position gegenüber Großbritannien und den USA einnehmen könne. Er wolle nicht in die Einzelheiten der sowjetischen Politik eindringen, aber wissen, was die Zusammenarbeit mit der UdSSR erfordere. Was solle mit Deutschland geschehen? Stalin sage, es solle zerstückelt werden. Beneš war damit einverstanden und meinte, die Details bedürften noch näherer Klärung. Churchill und die Amerikaner hätten ihm gegenüber ebenfalls von Zerstückelung gesprochen, doch habe er sich nicht dazu äußern wollen, bevor er nicht die sowjetische Position gekannt habe. Er stimme mit der UdSSR überein und wolle sich in der Deutschland-Politik an sie anpassen. Prag müsse in allem die gleiche Politik wie Moskau verfolgen. Die tschechoslowakischen Delegierten auf internationalen Konferenzen würden immer der Sowjetunion folgen.

Nach diesen Versicherungen seiner Unterwürfigkeit nannte Beneš sein Anliegen. Als Erstes wies er auf die kleinere seiner beiden Sorgen hin. Viele Menschen in seinem Land sagten, dass die Ungarn vernichtet werden müssten. Er sei aber nicht so radikal und wolle seine Politik auch in dieser Angelegenheit dem sowjetischen Kurs anpassen. In Ungarn müsse eine innere Revolution stattfinden, um den Feudalismus zu zerstören. Weil man dort nach der kurz-

---

<sup>3</sup> Minutes of a conversation with Marshal Stalin in the Moscow theater on December 12, 1943, in: MASTNY (wie Anm. 1), S. 376–380. Diese und die nachfolgenden Protokollaufzeichnungen wurden unmittelbar danach von Beneš's Privatsekretär Jaromír Smutný heimlich angefertigt. Gespräche mit Stalin durften in keinem Fall von ausländischer Seite protokolliert werden.

zeitigen Erfahrung mit der kommunistischen Herrschaft von Béla Kun [nach dem Ersten Weltkrieg] „und all dem“ davor Angst habe, sei die Besetzung des Landes [durch die Rote Armee] wichtig. Er könne sich vorstellen, wie die Dinge laufen würden, wenn die Briten allein dort das Sagen hätten, wie es nach dem letzten Krieg der Fall gewesen sei. Die ungarischen Aristokraten hätten sie zur Jagd mitgenommen und ihnen Geschichten von Ungarn als der ältesten Demokratie in Europa erzählt mit dem Ergebnis, dass sie das Horthy-Regime [das sich später mit Hitler gegen die UdSSR verbündete] zur Rettung des Landes erklärten. Molotow meinte daraufhin, dass die Ungarn eine Bestrafung verdienen würden. Beneš nutzte dies, um Forderungen nach „moralischer und politischer Restitution des Status quo“ vor dem Münchener Abkommen anzumelden. Nicht nur sollten die früheren Grenzen wiederhergestellt werden, es gehe auch um die Minderheiten und ihre Aussiedlung. Stalin habe dem während des Staatsessens schon zugestimmt. Das sei „sehr wichtig“.

Das galt noch mehr für das Problem der Sudetendeutschen. Deren „Enklave“ reiche bis auf 60 km an Prag heran. Das müsse geändert werden. Auch die Briten sähen ein, dass man nicht zu der Situation von 1938 zurückkehren könne. Sie stünden einer Aussiedlung positiv gegenüber, wollten aber einen genauen Plan unterbreitet haben. Das habe er, Beneš, hinausgezögert, um zunächst den sowjetischen Standpunkt zu erfahren. Auch hinsichtlich der Sudetendeutschen führte der tschechoslowakische Präsident soziale Argumente ins Feld, um den Kreml davon zu überzeugen, dass das empfohlene Vorgehen dem sowjetischen Klassenkampfkonzept diene. 70 % der deutschen Landeseinwohner seien „reiche Leute“. Diese sollten zuerst gehen, denn sie seien allesamt „Faschisten“. Die Tschechen seien dagegen Demokraten, und auch die wenigen Reichen, die es unter ihnen gebe, könnten bei allen Unterschieden im Einzelnen zu Recht als Teil der demokratischen Nation gelten. Weil die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei den Krieg begonnen habe, trage sie schwerste Verantwortung und müsse bestraft werden. Das sei auch den Briten erläutert worden, die zwar nicht nein gesagt, aber sich reserviert verhalten hätten und noch immer auf die Vorlage eines schriftlichen Vorschlages drängten. Er zog den Entwurf aus der Tasche, den ihnen vorzulegen er unterlassen hatte, und erläuterte, darin würden die Prinzipien der erforderlichen Aussiedlung dargelegt. Wollte man deren Durchführung noch genauer spezifizieren, dann würde das ein Buch füllen. Beneš machte deutlich, dass er in der Entfernung der nationalen Minderheiten ein Vorbild sah, dem auch andere Siegernationen – Griechen, Jugoslawen und Polen – nachzueifern sollten, um ihre Probleme zu lösen. Danach kam er darauf zurück, dass „die schuldigen Deutschen“ die Tschechoslowakei verlassen müssten.<sup>4</sup>

---

4 Minutes of a political conversation held on December 14, 1943, at 4:00 p.m., in Molotow's office, EBD. S. 380–384.



*Selbstverpflichtung zu sozio-ökonomischer Transformation und zur Bindung an die UdSSR*

Der Präsident der ČSR erhob zugleich weitreichende Wiedergutmachungsforderungen gegenüber den Deutschen. Die in ihrer Hand befindlichen Ländereien, Fabriken, Stahlwerke und Banken sollten seinem Land als „Reparationen“ zufallen. Da eine Aufteilung unter Privatpersonen „unerträgliche Rivalitäten“ hervorriefe, müsse dieses Eigentum nationalisiert und vom Staat übernommen werden. Wenn man den deutschen Besitz so behandle, sei den Tschechen das gleiche Opfer abzuverlangen. Molotow fragte zurück, ob er denn glaube, dass diese das akzeptieren würden. Schließlich seien sie doch keine Deutschen [die man zwingen könne], sondern Tschechen. Beneš erwiderte, das werde zwar schwierig sein, aber er sei zuversichtlich, dass es gelingen werde. „Die Übertragung des deutschen Eigentums wird der Anfang der Nationalisierung sein. Ich nehme an, Sie verstehen, was die Übertragung für uns darüber hinaus noch bedeutet: nicht nur Tschechisierung, sondern auch den Beginn einer großen sozialen Transformation.“

Molotow hielt außerdem eine Bodenreform für notwendig. Wie viel Land habe die ČSR, als sie Anfang der zwanziger Jahre die großen Landgüter aufgeteilt habe, den Besitzern gelassen? Beneš antwortete, man habe je 250 Hektar Ackerland und Wald erlaubt. Jetzt aber wolle er weiter gehen und ein Maximum von 25 Hektar pro Familie festlegen. Als der sowjetische Außenkommissar als weiteren Tagesordnungspunkt die Möglichkeit einer Konföderation mit Polen ansprach, nutzte der tschechoslowakische Präsident die Gelegenheit, um sein Eingehen auf das sowjetische Konzept sozio-ökonomischer Umgestaltung in einen vorteilhaften Gegensatz zu den Verhältnissen des Nachbarlandes zu rücken. Während dort „Feudalismus“ herrsche, sei die Tschechoslowakei eine voll entwickelte Demokratie. Es sei offensichtlich ausgeschlossen, dass zwei so verschiedene Länder zu freundschaftlicher, enger und dauerhafter Zusammenarbeit zusammenfinden könnten.<sup>5</sup>

Während des zweiten Gesprächs mit Molotow drang Beneš darauf, dass die im Freundschafts- und Beistandsvertrag vorgesehene militärische Hilfe der UdSSR nicht erst nach Kriegsende beginnen dürfe. Er bitte um Waffen, um „eine Revolution, einen Partisanenkrieg“ in der Tschechoslowakei einleiten zu können. Auf die „ziemlich sarkastische“ Frage des Außenkommissars, zwischen wem denn da Krieg geführt werden solle, erwiderte er, es werde gegen die Deutschen gehen. Es sei zwar möglich, dass diese schon vorher zusammenbrächen, aber das wolle er nicht. Man müsse zum Kampf gegen sie bereit sein. Molotow gab zu erkennen, dass die Tschechen schon längst gegen ihre

---

5 EBD. S. 384–386.

Besatzer hätten vorgehen sollen, ohne auf den Aufbau einer Armee zu warten. Wie stehe es denn bislang um Akte der Sabotage? Beneš suchte daraufhin den Eindruck zu erwecken, als gebe es derartige Aktivitäten bereits in großem Umfang. Als das auf Unglauben stieß, fand er alle möglichen Gründe, die eine Widerstandsbewegung wie etwa in Polen nicht erlaubten. Molotow freilich fand das nicht überzeugend.

Nach diesem unerfreulichen Meinungs austausch bemühte sich Beneš, durch den Einsatz für die sowjetischen Nachkriegspläne wieder Sympathie zu gewinnen. Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich die Tschechoslowakei auf Frankreich hinorientiert; nunmehr halte er eine enge militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR für notwendig. Militärplanung, Militärtheorie, Bewaffnung, Luftabwehr, Flugplatzbau usw. hätten sich fortan nach ihr zu richten. Gleiches gelte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Außenhandel müsse künftig weit stärker mit dem Osten betrieben werden als früher. Die ökonomischen Probleme – vor allem, wie man in Zukunft Arbeitslosigkeit verhindern könne – seien ohne die Sowjetunion nicht zu lösen. Die bisherige Rohstoffabhängigkeit vom Westen müsse überwunden werden. An die Stelle der dortigen Lieferquellen sollten solche im Osten treten.<sup>6</sup> Auch legte Beneš sein Land auf eine unbedingte Unterstützung aller Standpunkte fest, welche die UdSSR gegen die Westmächte geltend machte.<sup>7</sup>

### *Stalins Konzept des nationalen Weges zum Sozialismus*

Die Erklärung des tschechoslowakischen Präsidenten, in seinem Land Industrie und Banken zu verstaatlichen und den Landbesitz auf kleine Parzellen zu beschränken, entsprach genau Stalins Vorstellungen über das Anfangsstadium der sozio-ökonomischen Transformation in den von der Roten Armee besetzten Ländern. Die Übereinstimmung war kein Zufall. Schließlich hatte Beneš während der langen Zugreise nach Moskau von Kornejtschuk genaue Instruktionen erhalten, welche Erwartungen er zu erfüllen hatte, wenn er mit seinem Anliegen – dem Verlangen nach Vertreibung der nationalen Minderheiten, insbesondere der Deutschen – im Kreml auf Gegenliebe stoßen wollte. Stalin wollte sich in den Gebieten, die er in seine Gewalt bekam, nicht mit der Einsetzung „freundlicher Regierungen“ begnügen, die ihm die Verbündeten zugestanden hatten, damit die UdSSR nicht wieder von deutscher Aggression bedroht werde. Er suchte nicht nur die außen- und sicherheitspolitische Orientierung dieser Staaten, sondern auch ihre innere Ordnung und das darauf

---

6 Minutes of a second conversation with Molotov held in Moscow on December 16, 1943, from 5:00 to 7:30 p.m., EBD. S. 388–390.

7 EBD., S. 390–398; Memorandum on a discussion held on December 18, 1943, from 6:00 to 8:45 p.m. at the Kremlin, EBD. S. 399–402.

gegründete Regime zu bestimmen, denn es sollte dem Sozialismus – und das war für ihn ausschließlich das Sowjetsystem – zum Durchbruch verholfen werden.

Wie Stalin später intern deutlich machte, gab es nach seiner Ansicht im Westen keine wirkliche Demokratie. Dort bestimmten relativ wenige Familien das politische Schicksal, deren Macht auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln von Stadt und Land beruhte. Wenn die „ökonomischen Grundlagen des Staates unberührt“ blieben, hatte das Volk, ungeachtet aller demokratischen Formen, nichts zu sagen. Daher erklärte er einen „neuen Typ der Demokratie“, eine „komplexere Demokratie“ für notwendig, die „sowohl das politische als auch das wirtschaftliche Leben des Landes“ verändere. Er wollte einen „nationalen Weg zum Sozialismus“ eingeschlagen sehen, der vom Vorgehen in Russland nach Lenins Machtergreifung in der Hauptstadt abweichen sollte. Statt eines revolutionären Umbruchs sollten „demokratische Veränderungen, sozio-ökonomische Reformen“ zum Sozialismus führen. Der Anfang dazu war, dass die soziale Macht der herrschenden Klassen durch Bodenreform und Nationalisierung der Großindustrie gebrochen wurde. Dann bedurfte es keiner „Diktatur des Proletariats“ mehr, wie sie in Russland praktiziert worden war. Demnach konnte man den Weg zum Sozialismus auf diese Weise „bis zu Ende“ gehen, ohne vor der „Reaktion“ zurückzuweichen.<sup>8</sup>

Die Möglichkeit, die sozio-ökonomische Transformation in den zu erobernden Gebieten ohne massenhafte Anwendung repressiver Gewalt durchzusetzen, ergab sich für Stalin daraus, dass dort die Machtfrage von der Roten Armee bereits entschieden war. Das betreffende Land war auf Grund seiner Kapitulation wehrlos. Daher galt es nur noch, die vom sowjetischen Militär errungene Position in kommunistische Herrschaft umzuwandeln.<sup>9</sup> Damit war „ein anderer, leichter, weniger Blut kostender Entwicklungsweg eröffnet, der Weg sozio-ökonomischer Reformen“. Die vorgesehene „neue Demokratie“ (die später „Volksdemokratie“ hieß) sollte „völlig verschieden“ sein „von der Demokratie, die in einigen Ländern“ – als Beispiel wurde Frankreich genannt – „früher errichtet worden ist“.<sup>10</sup> Die ins Auge gefasste weniger abrupte und

8 Gespräch I.V. Stalin – E. Osóbka-Morawski/St. Szwalbe/Ju. Cyrankiewicz, 19.8.1946, in: T.V. VOLOKITINA/T.M. ISLAMOVI/G.P. MURAŠKO (Hg.), *Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg.* [*Osteuropa in Dokumenten russischer Archive 1944–1953*]. Publikation der Russischen Akademie der Wissenschaften, des Instituts für Slawistik und Balkanistik, des Russischen Zentrums für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten zur neuesten Geschichte [heute: Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte] und des Staatsarchivs der Russischen Föderation, Bd. I: 1944–1948, Moskau/Novosibirsk 1997, S. 511.

9 Gespräch I.V. Stalin – B. Bierut/E. Osóbka-Morawski, 24.5.1946, EBD. S. 457f.

10 Gespräch I.V. Stalin – E. Osóbka-Morawski/St. Szwalbe/Ju. Cyrankiewicz, 19.8.1946, EBD. S. 511.

schmerzhaftem Methode, das Sowjetsystem über ein scheinbar den üblichen Demokratievorstellungen entsprechendes Zwischenstadium durchzusetzen, hatte aus der Sicht des Kreml den besonderen Vorzug, dass sie einen Schock in der betreffenden Gesellschaft vermied, der die Gegenkräfte zu gemeinsamem entschlossenem Widerstand herausforderte. Der Anschein, es gehe nur um eine etwas andere Form der Demokratie, erschien auch darum geboten, weil Stalin das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten nicht gefährden wollte. Das angestrebte Image eines prinzipiell westlichen Regierungssystems setzte in der Anfangsphase neben institutionellen Formen des Parlamentarismus (die faktisch dazu dienten, die militärische Kontrolle der Besatzungsmacht auf ergebene kommunistische Kader zu übertragen und damit in dauerhafte Herrschaft über das zivile Leben zu verwandeln<sup>11</sup>) die Kollaboration bürgerlicher Politiker voraus.<sup>12</sup> Beneš als Präsident einer bürgerlichen, in London ansässigen Exilregierung war daher von besonders großem Wert.

### *Schlussbetrachtung*

Es war kein Zufall, dass sich Beneš mit seinem Anliegen an die sowjetische Adresse wandte und in der UdSSR den Vorzugspartner sah, dessen Politik er – anders als die polnischen Politiker – bedingungslos zu folgen bereit war. Der generelle Beweggrund ergab sich aus der Erfahrung von 1938, als die westlichen Schutzmächte Frankreich und Großbritannien die verbündete Tschechoslowakei Hitler ausgeliefert hatten. Die Sowjetunion war damals der einzige Staat von Gewicht gewesen, der daran nicht beteiligt war und zudem seine Bereitschaft zur Verteidigung des Landes erklärt hatte. Für Beneš kam als spezielles Motiv hinzu, dass allein von Stalin Unterstützung für das Vorhaben der nationalen Säuberung zu erwarten war. Wie die Aussagen gegenüber Molotow dartun, glaubte er nicht, dass sich die britische Regierung hinter seinen Plan stellen würde. Ihm wagte er sein radikales Vertreibungskonzept gar nicht erst vorzulegen. In London konnte er zwar mit Rückhalt für die Forderung rechnen, die deutsche Seite dürfe kein zweites Mal in die Lage kommen, die sudetendeutsche Frage als Sprengkörper gegen die Tschechoslowakei ein-

11 Wie dies in der Praxis aussah, lässt sich am Beispiel der Einflussnahme der sowjetischen Behörden auf die CDU studieren, vgl. Gerhard WETTIG, *Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten*, in: HPM 6 (1999), S. 109–137, insbes. S. 110–112. Als allgemeine Darstellung der kommunistischen Macht-ergreifungsstrategie vgl. Eduard MARK, *Revolution by degrees. Stalin's national-front strategy for Europe, 1941–1947*, (Working paper, Woodrow Wilson International Center for Scholars, Cold War International History Projekt 31), Washington/DC 2001.

12 *Vvedenie [Einführung]*, in: T.V. VOLOKITINA (Hg.), *Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953 [Der sowjetische Faktor in Osteuropa 1944–1953]*, Bd. 1, Moskau 1999, S. 9–11.

zusetzen, aber die völlige Entfernung von Millionen Menschen ließ sich mit dem britischen Ethos nicht vereinbaren. Derartige humanitäre Skrupel waren im Kreml nicht zu befürchten.

Für den bürgerlichen Politiker Beneš war das Eingehen auf Stalins scheinbar harmlose Idee einer sozio-ökonomisch ergänzten Demokratie der Preis, mit dem er dessen Unterstützung für die Vertreibung der Sudetendeutschen und damit für die Schaffung eines homogenen Nationalstaates honorierte. Ein kleiner Schönheitsfehler in seinen Augen war lediglich, dass, wie sich 1945 herausstellte, Moskau zwar eine gewisse Schwächung des ungarischen Elements, nicht aber dessen generelle Beseitigung akzeptierte. Bei der Zustimmung zum sowjetischen Plan erkannte Beneš offenbar nicht, dass die vorgesehene sozio-ökonomische Transformation der erste Schritt zur Ausschaltung der bürgerlichen Demokratie war. Mehr noch: Auch die von ihm selbst betriebene Enteignung und Aussiedlung der Deutschen diente der Umwandlung der Tschechoslowakei in einen Staat nach Art der UdSSR. Wie sich nach Kriegsende zeigte, nutzten die in Moskau auf ihre Aufgabe vorbereiteten kommunistischen Kader (mit denen Beneš nach den Unterredungen mit Stalin und Molotow seine Vorstellungen ebenfalls besprochen hatte) die Macht, die ihnen durch die Verstaatlichung der Produktionskapazitäten und Vermögenswerte aus deutschem Besitz sowie die Kontrolle über das Territorium der vertriebenen Bevölkerung zufiel, zur Schaffung von Positionen, von denen aus sie zum Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und die von ihr getragenen demokratischen Institutionen antraten.

Anders als in anderen Ländern waren die bürgerlich-demokratischen Strukturen in den Kerngebieten der ČSR nicht durch zerstörerische Kriegsergebnisse erschüttert worden. Es gab daher starken Widerstand gegen die vorgesehene sozio-ökonomische Transformation. Wie Molotow im Gespräch mit Beneš richtig vorausgesehen hatte, erwies sich das Vorhaben der Enteignung als weithin nicht durchsetzbar, wenn es einheimischen, vor allem tschechischen Besitz betraf. Im herrenlos gewordenen sudetendeutschen Gebiet dagegen konnten sich die Kommunisten eine sozio-ökonomische Machtbasis schaffen. Dieser Umweg zur Durchsetzung der ihnen zugewiesenen „führenden Rolle“ war notwendig, weil die Tschechoslowakei – ebenso wie Polen, wo die Vertreibung der Deutschen den Kommunisten ebenfalls die Schaffung einer Machtbasis außerhalb der widerspenstigen einheimischen Gesellschaft ermöglichte – zu den Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs gehörte, die nach den Vereinbarungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien von deutscher Besetzung zu befreien war. Demnach konnte die ČSR im Unterschied zu den Feindländern Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Deutschland gemäß völkerrechtlichen Grundsätzen keinem Okkupationsregime unterworfen werden. Stalin musste diesem Umstand mit Rücksicht auf seine Verbün-

deten im Westen Rechnung tragen und daher auf direkt von der UdSSR eingeleitete Eingriffe in die inneren Angelegenheiten verzichten.

Während die sowjetischen Militärbehörden in den besetzten Feindstaaten den Kommunisten bei Bedarf jederzeit beispringen konnten, um den ihnen begegnenden innenpolitischen Widerstand durch ein Machtwort auszuschalten, verbot sich diese einfache Methode in der Tschechoslowakei, die zudem Ende 1945 von der Roten Armee geräumt wurde, weil es – anders als in Polen, wo sich der Kreml auf das Erfordernis der Sicherung der Verbindungslinien zur sowjetisch besetzten Zone in Deutschland berufen konnte – keinen Grund für ihre weitere Präsenz gab. Zwar war sowjetischer Druck auf die Prager Politik deswegen keineswegs ausgeschlossen, doch musste er in einer nach außen hin verschleierte Form erfolgen. Das setzte dem Einfluss Grenzen. Der Kreml erreichte etwa, dass drei Vorkriegsparteien ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen durften, war aber nicht in der Lage, so wie in den unter Okkupationsrecht stehenden Ländern, jedes politische Wirken von sowjetischer Lizenzierung und der Erfüllung dabei gestellter Bedingungen abhängig zu machen. Das hatte zur Folge, dass der „Nationale Block“, der alle Gruppierungen an der Regierung beteiligte, weder den Kommunisten automatisch eine „führende Rolle“ zuschob, noch ihre Rivalen an der Formulierung von Alternativprogrammen hinderte. Auch blieb es Moskau zunächst weithin verwehrt, zuverlässige Kader an die Schaltstellen von Verwaltung, Polizei und Armee zu bringen. Daher waren die Positionen, die auf der Enteignung und Vertreibung der Deutschen beruhten, von sehr großer, vielleicht entscheidender Bedeutung, als sich die Kommunisten, vom Kreml gedrängt und unterstützt, im Februar 1948 an die Alleinherrschaft putschten. Die Dekrete, mit denen Beneš den bürgerlichen Nationalstaat zu festigen gesucht hatte, wurden so zum Anfang vom Ende der Demokratie.

# Adenauer und der Bruder Klaus

## Zur Religiosität Konrad Adenauers

Von Werner Kilian

*„Selbst nach Stalins Tod im März 1953 änderte der Kreml seine feindselige Haltung gegenüber den Deutschen hinter russischem Stacheldraht nicht, von denen bereits 1,2 Millionen in den Lagern verstorben waren. Im September 1955 flog Bundeskanzler Konrad Adenauer zum Staatsbesuch nach Moskau, um mit Staatspräsident Bulganin und Ministerpräsident Chruschtschow über die Freilassung der deutschen Gefangenen zu verhandeln. Der tiefgläubige Katholik Konrad Adenauer weilte vor seinem schweren Gang nach Moskau inkognito eine Nacht am Grabe des Schweizer Nationalheiligen Nikolaus von Flüe (1417–1487) in der Kirche von Sachseln im Schweizer Oberland.“*

Dieser Text hängt in einer kleinen Holzkirche, der „Bruder-Klaus-Kapelle“, nahe dem Dorf Wäldele im Kleinwalsertal.<sup>1</sup> Wie kommt er dahin und was ist von der Behauptung über Adenauers nächtlichen Bittgang zu halten?

Die Kapelle bei Wäldele wurde in den ersten Nachkriegsjahren von zwei lokalen Familien erbaut, die zur großen Gemeinde der Verehrer des heiligen Nikolaus von Flüe gehören. Eines der Familienmitglieder hatte eines Tages ein Buch über den Heiligen auf einem Flohmarkt gefunden und diese Seite ausgeschnitten, weil sie in seinen Augen ein Beleg dafür war, dass auch der ehemalige deutsche Bundeskanzler diesen Heiligen verehrte. Das Buch mit unbekanntem Titel und Autor ging verloren.

Der ungewöhnliche Lebenslauf jenes Nikolaus, den man in der Schweiz quer durch die Konfessionen als „Vater des Vaterlandes“ verehrte, machte ihn über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt und bewundert. Er war ein verehrter Mystiker und Friedensstifter, bevor er 500 Jahre später auch zu den Heiligen der katholischen Kirche gezählt wurde.

Nikolaus von der Flüe (1417–1487) wuchs in einer wohlhabenden Obwaldener Bauernfamilie auf und verbrachte seine jungen Jahre im Kriegsdienst der Eidgenossen, die damals in viele Feldzüge verwickelt waren. Er übernahm dann den väterlichen Hof und wurde mit zahlreichen Ämtern seines Kantons betraut. Er fungierte ferner als Richter, obwohl er vermutlich bis zu seinem Lebensende weder lesen noch schreiben konnte. Auch das höchste Kantonsamt, das des Landammanns, trug man ihm an, aber er schlug es aus. Wenig später zog er sich völlig aus dem weltlichen Leben zurück. Er legte alle Ämter

---

<sup>1</sup> Dieser Text ist auch abgedruckt unter [www.dein-allgaeu.de/ausfluege](http://www.dein-allgaeu.de/ausfluege), einem bebilderten Wanderweg durch das Schwarzwassertal, der an der Bruder-Klaus-Kapelle vorbeiführt.

nieder und verließ als Fünfzigjähriger seinen Hof und seine Familie. Er ließ seine 15 Jahre jüngere Frau und zehn Kinder zurück, von denen das kleinste erst drei Monate alt war. Er lebte die letzten 20 Jahre als meditierender Einsiedler in einer Schlucht, die nur einen halben Kilometer von seinem Hof entfernt war. Schon bald hatte der „Bruder Klaus“, wie er nun genannt wurde, den Ruf eines wundersamen Asketen. Es hieß, dass er außer den Hostien der Eucharistie, die er einmal im Monat erhielt, keine Nahrung zu sich nehme. Sowohl weltliche wie kirchliche Instanzen überprüften und bestätigten dies. Viele Menschen kamen und baten ihn um Rat oder um Streitschlichtung, darunter auch ausländische Fürsten und Gesandte aus den oberitalienischen Stadtstaaten. Seine bedeutendste Friedensstiftung gelang ihm 1481, als er einen unmittelbar drohenden Bürgerkrieg unter den acht Kantonen der Schweizer Konföderation durch eine Botschaft an die Streitparteien verhindern konnte. Lange nach seinem Tod wurde er 1947 von Papst Pius XII. heilig gesprochen.

In der Heiligenverehrung der Katholiken ist es üblich, dass den Heiligen bestimmte Zuständigkeiten zuwachsen. So ist der heilige Florian für den Schutz vor Feuersbrünsten, der heilige Blasius für Halskrankheiten und der heilige Antonius von Padua für verlorene Dinge zuständig. Dem heiligen Nikolaus von Flüe ging es nicht anders. Der stark militärisch gefärbte Teil seines Lebens vor der Eremitenzeit machte ihn zu einem Patron der Soldaten und seine Erfolge bei der Vermittlung von politischen Streitigkeiten wohl auch zum Schutzheiligen der Diplomaten. So kam es, dass in der Holzkapelle im Kleinwalsertal wie an vielen anderen Orten um die Fürbitte des Bruder Klaus gebetet wurde, damit die vielen tausend Soldaten, die in Russland vermisst oder gefangen waren, in die Heimat zurückkehren möchten. Im schweizerischen und im südwestdeutschen Raum verbreitete sich dann die Meldung, Bundeskanzler Adenauer habe vor seiner Reise nach Moskau eine private Wallfahrt zum Grab des Heiligen gemacht und für den Erfolg seiner Verhandlungen mit Ministerpräsident Bulganin und Parteichef Chruschtschow gebetet. Dies war der Anlass für eine Gruppe von Männern aus der Freiburger Gegend, nach Sachseln zu pilgern und zum Gebet rund um die Uhr am Sarkophag des Heiligen zu bleiben, während der fünf Tage, in denen Adenauer mit den Sowjetführern verhandelte.<sup>2</sup>

Es gibt keinen dokumentarischen Beweis für die private Pilgerfahrt des Kanzlers. Wir wissen allerdings, dass Adenauer vor seiner Reise nach Moskau einen Arbeitsurlaub von sechs Wochen in Mürren, im Berner Oberland, verbrachte. Die Entfernung von Mürren nach Sachseln beträgt nur gut 60 km. Er konnte also zum Wallfahrtsort fahren, ohne dass es in seiner Umgebung aufgefallen wäre. In seinem Terminkalender für die Mürrener Wochen findet sich

---

2 „Konradsblatt“, Wochenzeitung für das Erzbistum Freiburg vom 31. Mai 1992, S. 16.



kein Eintrag, der auf eine Fahrt nach Sachseln schließen ließe. Das Fahrtenbuch seines Dienstwagens lässt sich nicht mehr auffinden und ist wahrscheinlich schon vor vielen Jahren vernichtet worden. Die Gästebücher des Wallfahrtsorts enthalten keine Eintragung. Aber es gibt eine Reihe von Indizien, die für den Wahrheitsgehalt der Meldung sprechen.

Adenauer war bereits fünf Jahre früher am Grab des Heiligen gewesen. Im Sommer 1950 verbrachte er seinen ersten Schweizer Urlaub als Bundeskanzler auf dem Bürgenstock oberhalb des Vierwaldstätter Sees.<sup>3</sup> Er blieb fast einen Monat. Für ihn musste ein Urlaub immer vier Wochen oder länger dauern, und richtig erholen konnte er sich nach eigenen Aussagen nur in den Schweizer Bergen.<sup>4</sup> Schon in seiner Zeit als Kölner Oberbürgermeister hatte er sich gewünscht, in der Schweiz einmal „so richtig Urlaub zu machen“, wie er dem Schriftsteller Karl August Walther<sup>5</sup> gestand, der in seiner Lindenthaler Dienstvilla zum Abendessen eingeladen war. Von Walther erfahren wir außer der Speisekarte des Abends (Pellkartoffeln und Hering) auch, dass er 1950 die Fäden zwischen dem Kanzleramt und dem Hotelier auf dem Bürgenstock geknüpft habe. Er, Walther, habe dem Kanzler ferner vorgeschlagen, bei seinen Ausflügen unbedingt auch einen Abstecher nach Sachseln und Flüeli zu machen, um die Gedenkstätten des Bruder Klaus zu sehen, „von dessen Wirken als Staatsmann und Eremit Adenauer wusste und dessen Gestalt zu den Leitbildern seines geschichtlichen Denkens und seiner weltanschaulichen Überzeugungen gehörte“<sup>6</sup>.

Ob Adenauer seit diesem Tag oder schon früher eine Affinität zum Schweizer Nationalheiligen empfand, ist nicht näher belegt. Das Datum des Besuchs, der 7. August 1950, ganz am Ende seines vierwöchigen Urlaubs, spricht eher für eine protokollarische Courtoisie, zumal er die Fahrt mit Besuchen bei den Kantonsregierungen von Obwalden und Nidwalden verband und außer seiner

3 Adenauer war vom 13. Juli bis 11. August 1950 im „Palace Hotel“; vgl. Anm. 1 zu den Briefen 279 und 284 in: ADENAUER, *Briefe 1949–1951*, Berlin 1985. Er kehrte im nächsten Jahr auf den Bürgenstock zurück und wohnte vom 17. Juli bis 17. August 1951 im „Parkhotel“. Es gibt keine Hinweise darauf, dass er auch bei dieser Gelegenheit den nahe gelegenen Wallfahrtsort Sachseln aufgesucht hätte.

4 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 811.

5 Karl August Walther, Schriftsteller, Herausgeber von Zeitschriften wie „Türmer“, „Hochwart“, „Stein und Erde“, von Schriften wie „Das Erbe der Väter. Wegweiser zum Geistesvermögen deutschen Führertums“, „Der Langemarckbund der Deutschen Studentenschaften“ und des Bauernlesebuchs „Neues Volk auf alter Erde“. Er war Pressewart der Deutschen Arbeitsfront, Gründungsmitglied und später Präsident des „Reichsverbands Deutscher Schriftsteller“, der nach 1933 in die „Reichsschrifttumskammer“ überführt wurde. Angaben aus Hermann A. DEGENER, *Wer ist 's. Zeitgenossenlexikon*, Berlin/Leipzig 1935; ähnlich in *Kürschners Deutscher Literatur-Kalender*, Berlin 1932. Er emigrierte 1948 in die Schweiz und lebte danach in Luzern.

6 „Persönliche Erinnerungen von Karl August Walther – Zu Gast bei Konrad Adenauer“, in: „Luzerner Tagblatt“ vom 2.8.1980.

Tochter Lotte auch seine Referenten aus dem Bundeskanzleramt<sup>7</sup> mitnahm. Dieser Besuch ist gut dokumentiert. Der Fotograf Reinhard aus Sachseln hat noch heute verschiedene Aufnahmen in seinem Archiv. Der Gemeinderat hielt in einem Protokoll<sup>8</sup> fest: „Nach einem Imbiß im Gasthaus ‚Kreuz‘, wo ihm die hochw. Geistlichkeit eine Bruder Klausen-Reliquie überreichte, besuchte der deutsche Staatsmann die Kirche und nachher das Flüeli und den Ranft“, wo ihm vom Landammann noch die goldene Gedenkmedaille übergeben wurde, die 1947 anlässlich der Heiligsprechung des Bruder Klaus geprägt worden war. Adenauer hob in seinem Dankschreiben an die Gemeinde Sachseln aber nicht das religiöse, sondern nur das politische Element seines Besuchs hervor: „Ich habe mich gefreut, unter freien Bürgern an den Gedenkstätten der Ur-schweiz weilen zu dürfen.“<sup>9</sup>

Man weiß, dass Adenauer seinen Katholizismus nicht gerne demonstrierte. Wilhelm Hausenstein, der erste deutsche Botschafter in Paris und Bewunderer Adenauers, nannte ihn einen „diskreten Christen“.<sup>10</sup> Andererseits schreckte der Kanzler nicht davor zurück, als selbstbewusster Katholik „mit seiner Katholizität auch an die Öffentlichkeit zu gehen und sie dann natürlich auch zu ‚nutzen‘“<sup>11</sup>, wenn ihm dies opportun oder notwendig erschien.

Wenn man versucht, Adenauers Verhältnis zur Heiligenverehrung auszuloten, wird man wahrscheinlich auf eine große Zurückhaltung des Kanzlers gegenüber demonstrativen oder folkloristisch gefärbten Formen der öffentlichen Frömmigkeit stoßen. Man kann sich zum Beispiel schlecht vorstellen, dass er etwa an einem Marienfeiertag mit dem Rosenkranz in der Hand eine Männerwallfahrt nach Neviges oder einem anderen rheinischen Wallfahrtsort angeführt hätte. Das wäre ihm zu aufdringlich erschienen. Einer der Söhne Adenauers, der zum Wahrheitsgehalt der Gebetsreise seines Vaters vor der Moskaureise befragt wurde, erklärte, er könne sich seinen Vater nicht als Pilger vorstellen. Andererseits bescheinigt ihm Kardinal Frings, er habe bei den deutschen Katholikentagen nach Möglichkeit stets teilgenommen und er „brachte den religiösen Übungen und den Reden große Aufmerksamkeit entgegen“.<sup>12</sup>

7 Ministerialrat Dr. Rust und Oberregierungsrat Ostermann, vgl. SCHWARZ, *Adenauer* (wie Anm. 4), S. 815.

8 Protokoll Nr. 233 vom 11.8.1950 des Einwohnergemeinderats Sachseln.

9 Brief des Bundeskanzlers an den Gemeindepräsidenten Britschgi vom 8.8.1950 (nicht veröffentlicht, Original in den Akten der Gemeinde Sachseln).

10 Wilhelm HAUSENSTEIN, *Pariser Erinnerungen*, München 1961, S. 78: Adenauer war „ein ebenso frommer, ebenso echter wie diskreter Christ ...“

11 Rudolf MORSEY in einem Diskussionsbeitrag zu *Adenauer und die Kirchen* (Rhöndorfer Gespräche Bd. 17), Bonn 1999, S. 80.

12 Josef Kardinal FRINGS, *Erinnerungen an Konrad Adenauer*; in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. I: *Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 154.

Hier stoßen wir schon auf jenes Einerseits – Andererseits, das einem immer begegnet, wenn von Adenauers Religiosität die Rede ist, von der Symbiose des Politikers und des Katholiken und – man muss hier als dritte Dimension hinzufügen – des Rheinländers Konrad Adenauer.

Der Kanzler zögerte nicht, der Kirche und ihren Würdenträgern die traditionelle Achtung zu erweisen. Dazu gehörte beispielsweise, dass er zu einem verabredeten Gespräch nicht nur den Bundespräsidenten sondern auch den Kölner Kardinal in dessen Büro besuchte und ihn nicht etwa wie andere Staatsbürger ins Palais Schaumburg zu bitten pflegte. Das war für ihn der elementare Respekt vor der Hierarchie, der er sich unterworfen fühlte. Andererseits war er sein Leben lang nicht dazu zu bewegen, einen Bischofsring zu küssen, insbesondere nicht den des Kardinal Frings, angeblich weil es „unhygienisch“<sup>13</sup> sei, aber in Wirklichkeit wohl eher deshalb, weil er erkannte, dass gewisse katholische Rituale von seinen nicht-katholischen Landsleuten und Wählern als unzeitgemäß und schwer verständlich empfunden wurden.

Solche Bedenken scheint er auch gehabt zu haben, als Karl August Walther 1950 den Besuch im Wallfahrtsort Sachseln organisierte. Ob das nicht zu sehr nach einer „katholischen Aktion“ aussehe, soll er Walther gefragt haben. Der habe erwidert, Nikolaus von Flüe habe doch vor der Kirchenspaltung gelebt und sei daher für alle Christen gleichermaßen ein Vorbild.<sup>14</sup> Der Besuch von 1950 ist, wie gesagt, in den örtlichen Quellen sehr gut dokumentiert. In Adenauers „Erinnerungen“ oder in seinen zugänglichen Briefen findet sich jedoch keine Erwähnung des heiligen Nikolaus von Flüe. Die Behauptung, Adenauer habe immer wieder das Grab des Heiligen aufgesucht und dort seine Europa-Ideen konzipiert,<sup>15</sup> dürfte nur hagiographischen Wert haben und durch nichts zu belegen sein.

Wie aber verhält es sich mit dem eingangs behaupteten nächtlichen Bittgang vom August 1955?

Soviel vorweg zu den letzten Wochen vor Adenauers Moskaureise: Die Sowjets hatten Adenauer im Juni 1955 in einer völlig überraschenden Aktion zu einem baldigen Besuch nach Moskau eingeladen, um über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie über den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu verhandeln. Die Bonner Regierung drängte ihrerseits darauf, über die Wiedervereinigung Deutschlands sowie über die Freilassung der

---

13 HAUSENSTEIN (wie Anm. 10), S. 79.

14 Wilfried HERTZ-EICHENRODE, *Bruder Klaus – Fünf Annäherungen an einen ökumenischen Heiligen*, in „Die Welt“ vom 21.3.1987, der aus seiner Korrespondenz mit Karl August Walther zitiert.

15 Leserbrief des Schriftstellers Robert Lebert in „Fränkischer Tag“ vom 21.7.2001: Adenauer „bekannte später, dass es ihn bei seinen häufigen Schweiz-Besuchen immer auch in die Grabeskirche mit dem Grab von Bruder Klaus drängte, und dass er seine wesentlichen Europa-Ideen am Grab von Bruder Klaus sammelte“.

Kriegsgefangenen und der verschleppten Deutschen zu sprechen. Man einigte sich schließlich darauf, nichts auszuklammern und alle Fragen von Interesse zu erörtern. Die westlichen Alliierten wurden konsultiert und hatten keine Bedenken gegen diese erste Begegnung zwischen den Spitzenpolitikern der Bundesrepublik und der Sowjetunion. In der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland wurden hochfliegende Hoffnungen auf die Verhandlungen gesetzt. Selbst in der unmittelbaren Umgebung des Kanzlers glaubte man an wesentliche Konzessionen der Sowjets in der deutschen Frage.<sup>16</sup> Diese Hoffnungen stützten sich vor allem auf die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags wenige Wochen vor der Einladung an Adenauer. Mit diesem Vertrag vom Mai 1955 hatten die Sowjets erstmalig nach Kriegsende besetztes Territorium geräumt. Sie hatten überdies der österreichischen Bevölkerung die Wiedervereinigung und die Staatsform einer westlichen Demokratie zugestanden. Warum sollte Deutschland nicht die gleiche Chance bekommen?

Adenauer hielt sowjetische Geschenke für unwahrscheinlich, aber er konnte die Einladung nach Moskau nicht ausschlagen. Man hätte ihn weder in Deutschland noch in der übrigen Welt verstanden. Er musste das Risiko auf sich nehmen, dass er in Moskau gegen eine Wand laufen und ohne sowjetische Zugeständnisse nach Bonn zurückkehren würde. Folgerichtig bemühte er sich, vor der Presse, im Parlament und vor den Gremien seiner eigenen Partei die viel zu hochgesteckten Hoffnungen zu dämpfen. Dennoch wusste er, dass erfolglose Verhandlungen in Moskau seine Position als Kanzler und CDU-Vorsitzender beschädigen würden. Es gab ohnehin zunehmend Stimmen, die unter Hinweis auf sein hohes Alter und seine einseitige Ausrichtung auf den Westen einen Wechsel in der politischen Führung der Bundesrepublik befürworteten. Adenauer vertraute seinem engsten politischen Verbündeten, dem US-Außenminister John Foster Dulles an, er halte es für möglich, dass die Sowjets ihn nur deshalb eingeladen hätten, um ihn vor aller Welt scheitern zu lassen und durch das vorzeitige Ende seiner politischen Karriere den Westen zu schwächen. Er wiederholte diesen Verdacht später auch gegenüber anderen und fügte hinzu, er hoffe insgeheim, dass die Reise nach Moskau doch noch in letzter Minute ins Wasser fallen würde.<sup>17</sup>

Zur intensiven Vorbereitung auf die Moskauer Verhandlungen bezog Adenauer mit einem kleinen Arbeitsstab aus dem Kanzleramt und wechselnden Angehörigen seiner Familie ein Chalet im Berner Oberland. Wir müssen davon ausgehen, dass Adenauer in seinen sechs „Ferienwochen“ in Müren einerseits

---

16 Adenauers engster Mitarbeiter, Staatssekretär Globke, schrieb am 4.7.1955 an Botschafter Kroll in Tokio, sie rechneten im Kanzleramt mit dem sowjetischen Angebot freier Wahlen, einer eigenen deutschen Armee, der Rückgabe von Schlesien, Pommern oder dergleichen; Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), NL Globke 01-070-027/3.

17 Werner KILIAN, *Adenauers Reise nach Moskau*, Freiburg i.Br. 2005, S. 39f., 105.

mit seinen engsten Beratern die Verhandlungen sorgfältig vorbereitete, an den Grundsatzpapieren und vor allem an seiner Eröffnungsrede feilte, dass er aber andererseits das sorgenvolle Gefühl nicht los wurde, in ein unkalkulierbares Moskauer Abenteuer hineinzugeraten. Ihm würden Ministerpräsident Bulganin und Parteichef Chruschtschow gegenüber sitzen, beide ungefähr 20 Jahre jünger als er und inzwischen schon ein eingespieltes Team. Sie hatten bei der Genfer Gipfelkonferenz, die während der Mürrerer Tage ablief, im Spiegel der internationalen Presse gegläntzt. Sie würden mit verteilten Rollen agieren, während auf der deutschen Seite Adenauer allein das Wort führen musste. Die Verhandlungen würden anders laufen als die Konferenzen mit den Westmächten, in denen Adenauer bisher die deutsche Sache vertreten hatte. Es würde keine zehn oder zwanzig Tagesordnungspunkte geben, zu denen ihm seine Referenten Gesprächsmappen mit Redetexten vorbereiten konnten. Nein, in Moskau würde es überhaupt keine feste Agenda geben. Vielmehr würde man in emotionaler Rede und Gegenrede zuerst einmal das blutige letzte Kapitel der deutsch-russischen Geschichte aufarbeiten müssen, angefangen vom deutschen Überfall auf Russland bis hin zum schreckensreichen Einmarsch der Roten Armee in Berlin. Man würde ihm vorhalten, dass jeder zehnte Bewohner der Sowjetunion durch den deutschen Angriffskrieg sein Leben verloren habe, dass man in den deutschen Gefangenenlagern mindestens drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangener absichtlich habe verhungern lassen.<sup>18</sup> Obwohl er nicht zu den Parteigängern Hitlers gehört hatte, würde man es ihm nicht ersparen, für die Kriegsverbrechen der Deutschen zur Rede gestellt zu werden.

Vor diesem Hintergrund der arbeitsintensiven, aber auch von Sorgen überschatteten Wochen in Mürreren muss man die eingangs kolportierte Meldung sehen, Adenauer habe sich an einem Abend im August 1955 nach Sachseln begeben und habe sich mehrere Stunden, vielleicht sogar die ganze Nacht am Sarkophag des heiligen Nikolaus von Flüe aufgehalten. Es gibt keine schriftlichen Belege und keine Fotos über diesen zweiten Besuch. Es gibt nur eine aus folgenden mündlichen Quellen gespeiste Überlieferung:

Karl August Walther, der den Besuch des Kanzlers im Jahr 1950 angeregt hatte, tauschte viele Jahre später mit Professor Werner Durrer Erinnerungen daran aus. Durrer war von September 1935 bis September 1955 „Bruder-Klausen-Kaplan“ gewesen, also der Wallfahrtspriester in Sachseln. Walther erfuhr bei diesem Gespräch mit Durrer eine Neuigkeit, nämlich „dass es nicht bei diesem einmaligen Besuch [von 1950] geblieben sei. Adenauer sei vor seinem schweren Gang nach Moskau inkognito eine ganze Nacht lang am Grabe des Bruders Klaus gewesen, um Kraft zu sammeln.“ Walther wollte Bestätigung

---

18 Der damalige Staatssekretär Walter Hallstein notierte in Mürreren, dass Adenauer ihm diese Zahlen genannt habe; Notiz Hallsteins vom 6.8.1955 in den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts B 12, Band 44B.

von anderer Seite haben und befragte den Fahrer Adenauers, der ihm die Fahrt von Mürren nach Sachseln bestätigen konnte. „Er sei im Auto eingeschlafen, bis ihn sein Chef am frühen Morgen geweckt habe.“

Walther traute sich nicht, auch den Kanzler ebenso direkt zu befragen. „In einem späteren Gespräch mit dem Kanzler“, so berichtete Walther viele Jahre danach einem deutschen Journalisten, „machte ich eine vorsichtige Andeutung dazu. So kam es, dass wir über den Sinn der Heiligenverehrung sprachen. Sichtlich bewegt sagte er mir, er wisse, dass die Ausstrahlung der Heiligen über die Jahrhunderte hinweg wirksam sei. Es gäbe ja auch mancherlei Strahlungen aus uralten Zeiten, genauso von charismatischen Menschen wie auch von Kristallen in der Erde. Wir lebten in einem Umfeld von Strahlungskräften in der ganzen Welt.“<sup>19</sup>

Außer dem Bericht Walthers gibt es die Erinnerungen von einigen wenigen Menschen in Sachseln, die von dem geheim gehaltenen Besuch des deutschen Bundeskanzlers erfuhren. Zu den unmittelbaren Zeugen gehört vor allem der damalige Sakristan (Küster) der Pfarr- und Wallfahrtskirche in Sachseln, Anton Anderhalden, der dem Kanzler zu später Stunde die Kirche zugänglich machte. Er hat dem heutigen Kirchenverwalter, Remo Rainoni, davon berichtet. Rainoni versichert, dass ferner einige ältere Einwohner von Sachseln sich noch an die Erzählungen von Adenauers zweitem Besuch erinnern, die 1955 in der Gemeinde umgingen.<sup>20</sup>

Angesichts dieser überlieferten Aussagen des Ortsgeistlichen, des Küsters und des Chauffeurs wird man der Geschichte Glauben schenken dürfen. Es ist heute nicht mehr möglich, den genauen Tag zu bestimmen. Es wird jedoch im Monat August gewesen sein, nicht lange vor der Heimreise Adenauers nach Bonn, die am 29. August 1955 stattfand, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Vorzeichen für ein Gelingen der Verhandlungen mit den Sowjetführern hatten sich im Verlauf der sechs Wochen in Mürren zunehmend verschlechtert. Die Gipfelkonferenz der vier Siegermächte, die in der zweiten Julihälfte in Genf stattfand, war der Lösung der deutschen Frage erneut keinen Schritt näher gekommen. Adenauer hatte sich über die kurze Distanz von Genf nach Mürren laufend von seinen Konferenzbeobachtern Blankenhorn und Grewe berichten

19 Niederschrift des Gesprächs zwischen Walther und Durrer, die Wilfried Hertz-Eichenrode in seinem bereits erwähnten Artikel in der „Welt“ vom 21.3.1987 zu Papier brachte. Der Journalist war von Axel Springer auf die Spur des Bruder Klaus gesetzt worden und korrespondierte bei seinen Recherchen u. a. mit Karl August Walther. Axel Springer war sein Leben lang ein Verehrer des Schweizer Mystikers, mit dessen Visionen er sich intensiv beschäftigte; vgl. Michael JÜRGS, *Der Verleger – Der Fall Axel Springer*, 2. Aufl., München 2001, S. 35–45.

20 Brief Remo Rainonis vom 24.4.2006 an den Autor. Rainoni hatte die Gemeinde- und Kirchenakten von Sachseln auf den Besuch Adenauers 1955 durchsucht, ohne mit schriftlichen Zeugnissen aufwarten zu können.

lassen. Er schüttelte den Kopf über die allgemeine freundliche Behandlung, die Bulganin und Chruschtschow zuteil wurde, nur weil sie ganz anders auftraten als es früher Stalin getan hatte. Sie zeigten der Presse ein freundliches Gesicht und winkten beim Vorbeifahren in die Menge. Das genügte den Medien, um Anzeichen für einen Kurswechsel in der Moskauer Außenpolitik zu diagnostizieren und das Genfer Treffen als „Konferenz des Lächelns“ zu bezeichnen. Im Konferenzsaal aber waren die Sowjets hart und kompromisslos wie eh und je geblieben. Der Bundeskanzler äußerte sich in bitteren Kommentaren gegenüber Außenminister Dulles über die Naivität des Westens. Genf sei „ein voller Erfolg für die Russen“ gewesen.<sup>21</sup>

Bei ihrer Rückreise Ende Juli hatten Bulganin und Chruschtschow einen Zwischenstopp in Ostberlin eingelegt und dabei noch klarer und deutlicher als in Genf verkündet, dass es nunmehr auf deutschem Gebiet zwei souveräne und gleichberechtigte Staaten gebe. Die Wiedervereinigung müsse zwischen den Regierungen dieser beiden Staaten ausgehandelt werden. Früher hatten die Sowjets immerhin eine vage Konzessionsbereitschaft in der deutschen Frage angedeutet, wenn die Bundesregierung aufhöre, ihren Beitritt zu den westlichen Bündnissen zu betreiben. Mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik (15. Mai 1955) hatte dann aber ein neues Kapitel in der Moskauer Deutschlandpolitik begonnen, das der endgültigen Teilung Deutschlands in zwei Staaten.

Nach den Reden von Bulganin und Chruschtschow in Genf und Ostberlin konnte Adenauer nicht mehr auf sowjetisches Nachgeben in der nationalen Frage hoffen. Damit blieb ihm nur noch die Hoffnung auf die Rückkehr der Gefangenen. Aber auch in dieser Frage bauten die Sowjets Hürden auf, indem sie erklärten, auf ihrem Territorium gebe es keine Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch ehemalige deutsche Soldaten, die von sowjetischen Gerichten wegen Kriegsverbrechen zu rechtskräftigen Freiheitsstrafen verurteilt worden seien.

Adenauer sah in den letzten Wochen seines Schweizer Arbeitsurlaubs mit klarem Blick, dass die Verhandlungen sehr schwer und fast aussichtslos sein würden. Er musste immer mehr damit rechnen, dass man in der deutschen Öffentlichkeit über ihn herfallen würde, wenn er mit leeren Händen zurückkäme. Er verbrachte viele Stunden mit Bergwanderungen. Sein Ferienhaus bot ihm einen direkten Blick auf die majestätischen Gipfel von Eiger, Mönch und Jungfrau. Er schrieb seinem Freund Dulles, dass er in der Bergeinsamkeit über vieles nachgedacht habe.<sup>22</sup>

Es fügt sich zueinander, dass er als praktizierender Katholik mit seinen politischen Sorgen und seinen persönlichen Befürchtungen nicht allein bleiben

---

21 Brief Adenauers an Dulles vom 9.8.1955 in: ADENAUER: *Briefe 1953–1955*, Nr. 299.

22 EBD.: „.... immerhin ist es hier in den Bergen so einsam, daß man besser tiefer nachdenken kann als in Bonn“.

wollte, sondern den Weg in eine Kirche fand. Auch wenn ihm der Bruder Klaus mit seiner spätmittelalterlichen Laienmystik und seinen eigentümlichen, sehr bildhaften Visionen<sup>23</sup> nicht besonders nahe gestanden haben mag – er hat sich dazu nie konkret geäußert –, so war doch sicher die Neigung des Heiligen zur asketischen Lebensführung seiner eigenen Art verwandt. Auch musste ihm dessen Unbeugsamkeit bewundernswert erscheinen: Nikolaus hatte sein Richteramt aus Protest niedergelegt, nachdem er von bestochenen Beisitzern überstimmt worden war und einen Prozess wider das Recht entscheiden sollte. Schließlich war es vor allem die Gabe des Eremiten, in den politischen Streitigkeiten seiner Zeit zu vermitteln und Frieden zu stiften, die Adenauer 500 Jahre später an die Stätte seiner Einsiedelei geführt haben mag.

Wenn man die Motive Adenauers für seinen nächtlichen Kirchgang ergründen will, wird man nur Vermutungen anstellen können. Er selbst hat keine Kommentare dazu abgegeben. Seinen Kindern und wohl auch seinen Mitarbeitern hat er nichts erzählt. Es leuchtet ein, dass er kein Interesse daran haben konnte, seine Fahrt nach Sachseln in der Öffentlichkeit bekannt werden zu lassen. Die unvermeidlichen Spekulationen der Presse hätten seinem Ansehen geschadet. Sie hätten in Moskau sicher als Signal gewirkt, dass er Angst vor den Verhandlungen und vor seinen sowjetischen Gastgebern hatte.

Aber es gibt zu denken, dass er auch gegenüber seiner engsten Umgebung Stillschweigen bewahrte. Er wollte wahrscheinlich auch in dem engen Kreis von Familie und persönlichem Stab den Eindruck erhalten, dass er zwar praktizierender Katholik war, zur Sonntagsmesse und zu den Sakramenten ging, aber dass seine private Religionsausübung, etwa die Art, wie er betete, zu seiner ganz privaten Sphäre gehörte, in die niemand Einblick nehmen durfte. Er wollte ferner in seiner Umgebung den Eindruck aufrechterhalten, er sehe den Moskauer Verhandlungen ruhig und mit gelassener Zuversicht entgegen.

Die von Karl August Walther berichtete Unterredung mit Adenauer, bei der er versuchte, auf Umwegen vom Kanzler zu erfahren, ob er tatsächlich zum stillen Gebet nach Sachseln gefahren sei, ist von beiden Seiten mit der Discretion geführt worden, in die man zwangsläufig verfällt, wenn die Rede auf Dinge kommt, über die man nicht sprechen kann, solange man sich an die Regeln des Anstands hält. Adenauer redete von der Ausstrahlung der Heiligen, die er mit der Ausstrahlung von Kristallen in der Erde verglich, kurzum, er redete um die Sache herum. Nach seinem katholischen Weltbild sind die Wirkungskräfte der Heiligen nicht vergleichbar mit den unerforschten Erdstrahlungen. Genauso ergeht es dem Gesprächspartner Walther, der den Kanzler nicht gut genug kannte, um sich direkte Fragen zu erlauben, nämlich, ob und warum er gebetet habe. Hatte er Angst vor einem Misserfolg in Moskau? Ging

<sup>23</sup> Aus der umfangreichen Bruder-Klaus-Literatur sei zur Exegese seiner Visionen verwiesen auf Margret SPICHTIG, *Nikolaus von Flüe – Erleuchtete Nacht*, Freiburg i.Br. 1982, S. 63ff.



er zum Sarkophag, weil ja Angst beten lehrt, wie der Volksmund weiß? Hatte er das Bild vom Gebet am Ölberg vor Augen oder betete er für andere – wollte er himmlischen Beistand haben für die Freilassung der vielen Deutschen, die noch in der Sowjetunion festgehalten wurden?

Man wird seine Motive nur schwer, wenn überhaupt, ergründen können. Schon vor 30 Jahren erhoffte sich der Historiker Hans-Peter Schwarz mit „besonderer Spannung“ die Forschungsergebnisse zur Religiosität Adenauers, sobald endlich sein privater Nachlass verfügbar würde. „Welcher Art war seine Katholizität?“<sup>24</sup> Mehr als 20 Jahre später wurde zu Beginn einer Konferenz zum Thema „Adenauer und die Kirchen“ festgestellt, dass die Forschung mit den Fragen von Schwarz noch nicht weitergekommen sei.<sup>25</sup> Am Ende der Gespräche konnte der Tagungsleiter lediglich resümieren: „Wir haben auch zu seiner persönlichen Religiosität wichtige Hinweise bekommen, obwohl man hier nach weiteren Quellenzeugnissen, vor allem auch in der privaten Korrespondenz, suchen muss. Es dürfte sich der Eindruck verstärkt haben, dass Adenauers Religiosität und praktizierte Frömmigkeit mehr war als äußere Kirchenfrömmigkeit.“<sup>26</sup>

Man wird aus dem hier untersuchten kleinen Detail aus dem Leben Adenauers keine gewichtigen Rückschlüsse auf die Art seiner Religiosität ziehen können. Man kann nur feststellen, dass die äußeren Umstände für den Wahrheitsgehalt des nächtlichen Gebets sprechen und dass die besorgte Stimmungslage des Kanzlers ein ausreichendes Motiv gewesen sein dürfte. Letztlich hat der langjährige persönliche Referent des Kanzlers, Horst Osterheld, schon längst die definitive Aussage gemacht, die auch in Zukunft gültig bleiben wird: „Niemand wird sagen können, welchen Inhalt Adenauers religiöse Überzeugungen im einzelnen hatten und wie weit sie jeweils gingen.“<sup>27</sup>

---

24 Hans-Peter SCHWARZ, *Der unbekannt Adenauer. Einige Aufgaben künftiger Forschung*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. II: *Beiträge der Wissenschaft*, Stuttgart 1976, S. 592.

25 Ulrich von HEHL, *Einführung*, in: *Adenauer und die Kirchen* (Rhöndorfer Gespräche Bd. 17), Bonn 1999, S. 8.

26 Ulrich von HEHL in seinem „Schlusswort“ des Rhöndorfer Gesprächs von 1998, EBD. S. 237.

27 Horst OSTERHELD, *Konrad Adenauer – Ein Charakterbild*, Stuttgart 1987, S. 98.



# LITERATURBERICHTE

## Zur Ära Kohl 1982–1990

Von Klaus Hildebrand

Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6; hg. von Karl-Dietrich BRACHER/Theodor ESCHENBURG/Joachim C. FEST/Eberhard JÄCKEL/Richard SCHRÖDER), München 2006, 847 S.

Dass man eine Zeit, die man persönlich erlebt hat, gleichwohl doch nicht kennt, weil Leben und Geschichte nun einmal zweierlei sind, das weiß man spätestens dann, wenn man Andreas Wirschings Darstellung über die Bundesrepublik Deutschland während der achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts gelesen hat. Seinen Anfang nimmt dieses historische Kolossalgemälde, das von der großzügig entworfenen Skizze bis zur fein ziselierten Miniatur alle Möglichkeiten der Historiographie ausschöpft, mit jener immer wieder beschworenen „Wende“ im Jahr 1982, die mit so viel Kontinuität einherging. Und sie schließt im „deutschen Jahr 1989“ bzw. mit der weltgeschichtlichen Zäsur des Jahres 1990, als das Provisorium der Bundesrepublik Deutschland, das kurz davorstand ein Definitivum zu werden, sich erneut als Transitorium erwies und im wiedervereinigten Nationalstaat der Deutschen aufging.

Dazwischen liegt nicht mehr als eine knappe Dekade der Entwicklung, acht Jahre freilich, die es in sich haben. Sie begannen so normal, wie sie schließlich sensationell endeten. Das Sensationelle ihres Endes aber war im Grunde nichts anderes als eine Rückkehr zum Normalen, nämlich zur Normalität einer nationalstaatlichen Existenz. Im Zeitraum zwischen 1982 und 1990 vollzog sich allerdings ein Gestaltwandel der allgemeinen Verhältnisse, der mit einer förmlichen Revolution der Lebenswelt einherging. Ihre Auswirkungen werden sich möglicherweise, in noch gar nicht absehbaren Perspektiven, als entwicklungs-mächtiger erweisen als die Existenz des staatlichen Provisoriums am Anfang und des wiedervereinigten Nationalstaates am Ende dieser Geschichte.

Mit einer Rekonstruktion der Vorgänge um den Regierungswechsel und die unechte Vertrauensfrage, die zu den Neuwahlen des Jahres 1983 führte, lässt Andreas Wirsching sein großes Werk beginnen. Damit war der Auftakt zur Kanzlerschaft Helmut Kohls markiert, der den „Antityp des Zeitgeistes“ verkörperte, der stets, jedenfalls in allem wesentlichen, unbeirrbar blieb und der nicht zuletzt Wahlen zu gewinnen verstand, obwohl so viele, die in diesem Land etwas zu sagen hatten, ununterbrochen sein Ende prognostizierten.

In ihren verdachtsbestimmten Zweifeln wurden sie dabei durch jene von Andreas Wirsching so genannte „chronique scandaleuse“ bestärkt, die vor allem die Anfänge der neuen Regierung belastete – von der „Wörner-Kießling-Affäre“ über den „Parteispenden-Skandal“ bis zum „Gorbatschow-Goebbels-Vergleich“. Vergewenigt man sich Anzahl und Beschaffenheit all dieser unliebsamen Vorfälle im Rückblick, die in der „Barschel-Pfeiffer-Affäre“ des Jahres 1987, dem Menetekel des missbrauchten Staates schlechthin, ihre problematische Fortsetzung fanden, dann kommt es einem zuweilen tatsächlich so vor, als liege ein Überlebensspezifikum der Demokratie darin, durch die Inkaufnahme zahlreicher kleiner Krisen den Ausbruch der einen großen Krise regelmäßig zu umgehen. Allein, was bleibt und zählt, ist die historische Tatsache, daß der damals amtierende Kanzler, ganz im Sinne seines Vorgängers Helmut Schmidt, in der die Republik tief spaltenden Nachrüstungsdebatte Standhaftigkeit bewies, ohne Wenn und Aber an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika verharrte und dort, wo so viel von menscheitsbeglückender Moral die Rede war, ganz nüchtern deutsche Interessen wahrnahm.

Das tat er im Angesicht eines grundlegenden Wandels des Parteien- und Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland, dessen erheblich veränderte Gestalt Andreas Wirsching dem Leser ungemein kenntnisreich nahe bringt. Seine Betrachtungen über die „neue politische Kraft“ der Grünen beispielsweise, jenen ganz unterschiedliche Gruppierungen umfassenden, durch und durch heterogenen Zweckverband zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde, ja deren „Artefakt“ geradezu, gehören ohne Zweifel zum Besten, was die Wissenschaft dazu vorgelegt hat. Eben dies gilt für seine Analyse über die gesteigerte Systemkomplexität und das gewachsene Blockadepotential der zahlreichen Vetospieler im parlamentarischen System auf der zentralen und föderalen, der parteipolitischen und gesellschaftlichen Ebene gleichermaßen. Die Bundesrepublik Deutschland, so lautet sein abschließender Befund, „verlor ein weiteres Stück ihrer Steuerungskapazität“. Das scheint übrigens, wenn man die davon geplagte Geschichte der Moderne insgesamt überblickt, im Prinzip ein beinahe zeitenthobenes Phänomen zu sein, klagte doch beispielsweise der britische Premierminister Lord Salisbury schon vor mehr als hundert Jahren irgendwie vergleichbar, zumindest vergleichbar ratlos: „Regierungen können heute so wenig bewirken und so wenig verhindern. Die Macht ist den Händen der Staatsmänner entglitten, aber ich wäre überfordert zu sagen, in welche Hände sie gegangen ist.“

Nun, diese mit weitreichenden Konsequenzen behaftete Tatsache der abhanden gekommenen Gestaltbarkeit der Dinge hat wiederum mit dem zu tun, was der Autor mit „Strukturwandel als Schicksal“ überschreibt. Seine eingehende Abhandlung über „Wirtschaft und Finanzen zwischen Anpassungskrise und neuem Wachstum“ liest sich denn auch wie eine einzige große Widerlegung der handlungsgewissen Überzeugung Napoleon Bonapartes, mit der der

korsische Usurpator im Jahre 1808 Johann Wolfgang von Goethe gegenübergetreten war: „Die Politik ist das Schicksal“. Die Überpersönlichkeit der wirtschaftlichen Prozesse erklärt nämlich, bis zu einem gewissen, ja maßgeblichen Teil jedenfalls, die vielbeschworene und gleichwohl doch nicht zum Nennwert gültige Unregierbarkeit moderner Gemeinwesen.

Gewiss, der Glaube an die keynesianische Machbarkeit einer immerwährenden Konjunktur blieb jetzt erst einmal auf der Strecke. Und dennoch wurde er, binnen weniger Jahre nur, von einem dazu genau entgegengesetzten Bekenntnis abgelöst, das freilich nichts anderes darstellt als eine neue Überzeugung von der menschlichen Verfügbarkeit über die allgemeinen Verhältnisse – dieses Mal präsentierte sie sich als die volkswirtschaftliche Lehre von einer angebotsorientierten Herstellbarkeit der ökonomischen Abläufe: Der *homo faber* gibt eben niemals auf, versucht es immer wieder, mal so und mal so, und bleibt doch, nicht mehr und nicht weniger, zugleich Herr und Diener der säkularen Entwicklungen.

Diese Dialektik der Geschichte tritt noch schärfer zutage, wenn Andreas Wirsching die „Gesellschaft im Umbruch“ untersucht – da ist der Autor, ganz unübersehbar, bei der scharfsinnigen Durchdringung der scheinbar undurchschaubaren Vielfalt so in seinem Element, daß die Lektüre ein Erkenntnisvergnügen um das andere bereithält. Der „demographische Epochenwandel“ und die sozialstaatliche Krise, die Entstandardisierungen der Lebensläufe und der „Religionskrieg“ um die traditionellen Sicherungssysteme, die rapide voranschreitende Individualisierung und die dadurch bedingte Pluralisierung verweisen, von der unsichtbaren Hand des Verfassers sichtbar gemacht, auf die sich türmenden Widersprüche der Moderne, die in oftmals verwirrender Art und Weise vom Alltag der Menschen Besitz nahmen: „Dem unleugbaren Gewinn an frei verfügbarer Zeit“, diagnostiziert der Autor eines der am weitesten verbreiteten Leiden unserer Gegenwart, „entsprach doch zugleich die Erfahrung fortschreitender Beschleunigung und dauernden Zeitmangels.“ Zwischen Fortschrittsgewissheit und Dekadenzprognose, zwischen Hoffnung auf das säkulare Paradies und Visionen vom nahenden Untergang, zwischen Arkadien und Armageddon sozusagen, hält die Heterogenität der achtziger Jahre alles bis zur Unvereinbarkeit Widersprüchliche bereit – und gleichwohl hat es die Bundesrepublik Deutschland, diese Verkörperung des Verbindend-Verbindlichen *par excellence*, immer wieder geschafft, jenseits der Extreme den Weg der Mitte zu finden.

Freilich, die Gratwanderung wurde, weil die geschichtsmächtigen Epochenenden der Moderne, die Säkularisierung, die Urbanisierung und die Emanzipierung, stets neue Höhepunkte ihrer sich mehr und mehr beschleunigenden Fahrt erreichten, zunehmend beschwerlich, unbequem und auch riskant. Aus den kaum mehr überschaubaren Freiheiten der Wahl, in den neu entstandenen unorthodoxen Milieus der Zeit zumal, brachen neue Probleme und Gefähr-

dungen hervor, stellten sich mithin nicht nur Chancen und Vorteile ein, sondern stiegen auch Angst und Protest empor. Stichworte wie „Waldsterben“ und „Buschhausen“, „Wackersdorf“ und „Tschernobyl“ symbolisieren diesen vielschichtigen Zusammenhang. Immer unversöhnlicher begegneten sich nämlich die Erregung der Betroffenen und die Pragmatik der Politik: Diese bekam es, je weiter die Zeit voranschritt, mit einer sich verselbständigenden, gleichsam professionalisierten Spezies an gewaltbereitem Potential zu tun, das sich, staatlich geduldet, in den militanten Gegenwelten von Berlin-Kreuzberg und der Hamburger Hafenstraße dauerhaft einrichtete. Schwer fiel es dem darüber oftmals erschrockenen Bürger, manches nur scheinbar Zusammengehörende voneinander zu unterscheiden und beispielsweise die gewiss vorhandenen Grenzen zur dritten Generation der RAF so ohne weiteres auszumachen. Von ihren Verbrechen aber wurde die Republik jetzt aufs Neue heimgesucht: Die Morde an Repräsentanten des so genannten Systems von Ernst Zimmermann über Karl-Heinz Beckurts, Gerold von Braunmühl bis hin zu Alfred Herrhausen hinterließen ihre blutige Spur.

Schwierig zu diagnostizieren, kaum zu erfassen, geschweige denn zu erklären, so hat man prima vista fast den Eindruck, ist schließlich jener „Geist der achtziger Jahre“, vor dessen verwirrender Vielfalt Andreas Wirsching jedoch keineswegs kapituliert. Er begreift ihn vielmehr als eine Kultur, die noch weit uneinheitlicher, gespaltener, ja zerrissener wirkt, als das die Kulturen anderer Zeiten auch schon zu sein pflegten. Im Grunde entdeckt er im postmodernen Aufbruch eine gigantische Inszenierung der Ichbezogenheit. Die neuen „Hedonats“, Hedonisten und Materialisten in einem, widmeten nahezu alle „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ zu „Selbstentfaltungswerten“ um und erhoben den Spaß am Leben auf materiell gesicherter Basis zum verbindlichen Daseinszweck: „Höhere Bildung und gewachsener Wohlstand hatten hierfür ebenso die Bedingungen bereitgestellt“, so erläutert der Autor diesen Übergang zum neuen Narzissmus, „wie die beschleunigte Entindustrialisierung und ‚Tertiärisierung‘ der Arbeitswelt.“

Indes, die Unendlichkeit des Möglichen zeigte, wie Geschichte zu allen Zeiten so auch jetzt, ihr Janusgesicht: Zukunftsangst und Entpolitisierung, die Kehrseite der „brave new world“, machten sich nachteilig bemerkbar. Alles verlangte auch dieses Mal seinen Preis: Die neuen Technologien der Digitalisierung und der neue Optimismus der Modernisierungsgewinner gingen mit der Existenz einer Zweidrittelgesellschaft und sozialer Polarisierung einher; der Pluralismus der Verhältnisse mündete ein in eine unverkennbare Uniformierung des Alltags; die vermehrten Angebote der exponentiell expandierenden Fernschwelt bewahrten beileibe nicht vor einem rapiden Qualitätsverlust der Programme, im Gegenteil.

Mit der Erosion der alternativen Milieus aus den siebziger Jahren, also auf dem Weg von der „Müsli- zur Yuppie-Kultur“, machte sich viel individueller,

ökonomischer und gesellschaftlicher Egoismus breit. Alte und neue Armut existierten nebeneinander, die eine abnehmend und die andere wachsend. Während die Bedeutung der traditionellen Armutgruppen, der Alten, Witwen, Kranken und Behinderten, zurückging, nahm die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Arbeitslosen, jüngeren Männer, alleinerziehenden Frauen und Familien mit Kindern dagegen stark zu, „sowohl in der ansässigen als auch in der zuwandernden Bevölkerung“. Und alle, alle blickten sie verlangend und erwartungsvoll auf den inzwischen hoffnungslos überforderten Sozialstaat.

Das alles und vieles mehr wird einem klar, wenn man sich in Andreas Wirschings opus magnum vertieft. Seinem forschenden und bohrenden, ordnenden und erklärenden Bemühen entgeht buchstäblich nichts, was die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts konstituiert hat: Vom unorthodoxen Alltag der „neuen Frauenbewegung“ bis zum modischen Konformismus der auf Hochglanz gedruckten Lifestyle-Magazine wie „Cosmopolitan“, „Elle“ und „Marie-Claire“ reicht seine Darstellung, die Emanzipierte und Nicht-Emanzipierte, Lesben und Heterofrauen, Nicht-Mütter und Mütter, Aussteigerinnen und Karrierefrauen leidenschaftslos und objektiv unter die Lupe nimmt – nur die Damen, wenn dies anzumerken erlaubt sei, fehlen in diesem Reigen des Ungewöhnlichen, was nicht zuletzt daran liegen dürfte, daß es die dazugehörigen Herren auch kaum mehr gibt.

Doch zurück zur Sache: Allein schon die gewandelte Begriffswahl gibt nicht selten zu erkennen, wie – vor allem durch die nimmermüde Aktivität der Impulse verleihenden und um Sekundärzündungen bemühten Medien – aus der Mehrheit eine Minderheit wird und wie Minderheiten sodann die Mehrheit übernehmen. Alles in allem: Die Unübersichtlichkeit, die Unverfügbarkeit, die Unsteuerbarkeit der Gesellschaft wirkt so übermächtig, daß einem die vielgescholtenen Politiker, die damit ja nun einmal zu tun haben, irgendwie schon wieder Leid tun können.

Und dann bietet sich doch, wenn man weiter liest und zur Geschichte der Außenpolitik jener Jahre vordringt, ein ganz anderes Bild. Ohne die auch in diesem Zusammenhang fordernden Zwänge im entfernten zu verkennen, wird doch unübersehbar deutlich, daß der Bundeskanzler mit einer vom widrigen Zeitgeist und seinen einflussreichen Repräsentanten aufs äußerste bekämpften Beharrlichkeit am westlichen Bündnis festhielt, und zwar voll und ganz und eben nicht nur halb und halb. In den Vereinigten Staaten von Amerika aber waren die Präsidenten Reagan und Bush, anders als andere vor ihnen, jetzt dazu entschlossen, „to end and to win the cold war“. Ungeachtet der historischen Bedeutung, die den gegen die Diktaturen im Ostblock aufbegehrenden Massen, nicht zuletzt in der untergegangenen DDR, zuzurechnen ist, steht für den Autor gleichwohl außer Frage, „daß der Schlüssel zu einer Wiedervereinigung Deutschlands (und Europas) weder in Bonn noch in Leipzig und auch nicht in Paris oder London lag. Vielmehr lag er anfangs allein in Moskau,

später dann auch in Washington. ... Existenzbedingungen und Handlungsspielräume beider deutscher Staaten blieben abhängig von der weltpolitischen Großwetterlage, der Haltung der Sowjetunion und den Beziehungen der Supermächte untereinander.“

Weil die Amerikaner, kurz bevor die nach Anerkennung verlangende Normalität der Teilung normierende Akzeptanz erhielt, nicht mehr länger auf Ausgleich, sondern auf Sieg setzten, mussten die Sowjets, denen im ehrgeizigen SDI-Projekt ihres weltmächtlichen Konkurrenten die eigene technologische Unterlegenheit beinahe ultimativ vor Augen geführt wurde, schließlich, ja sogar vergleichsweise rasch kapitulieren. Die sich damit auftuende Chance der Weltgeschichte aber ergriff Helmut Kohl, der vom Gedanken und Ziel der Wiedervereinigung niemals abgerückt war, ebenso entschlossen wie kühn – zumal ihm auf allen Feldern deutscher Außenpolitik, von der Europa- bis zur Deutschlandpolitik, die finanziellen Reserven, die ihm großzügig zur Verfügung standen, politische Handlungsspielräume zu eröffnen mithalfen.

Aber, wie es sich für eine historische Darstellung gehört, die diesen Namen verdient, bringt Andreas Wirsching durchaus Verständnis, viel Verständnis sogar, für andere Positionen der Außen- und Deutschlandpolitik auf, die eben in der Existenz der Teilung die historische Chance der Deutschen suchten. Mehr noch: Gerade die Tatsache einer unvermuteten Gunst, die den Zeitgenossen mit der Wiedervereinigung beschert wurde, scheint die Skepsis des Historikers angefacht zu haben, der stets auch nach der anderen Seite der Medaille Ausschau zu halten hat. Denn zu der weithin akzeptierten These, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Erfolgsgeschichte zu beurteilen, die sich 1990 erfüllt habe, geht der Autor behutsam auf Distanz. Er blickt über die Zäsur des Jahres 1990 hinaus und lässt, zumindest zwischen den Zeilen, die Frage anklingen, ob nicht Wünsche, die sich erfüllt haben, vielleicht einmal in einem ganz anderen, viel weniger eindeutigen, möglicherweise sogar recht getrüben Licht, als problematische Resultate sozusagen, erscheinen könnten.

Damit eröffnet Andreas Wirsching, das lässt sich unschwer absehen, eine große Debatte: Sie ist übrigens mutatis mutandis schon einmal, nämlich im Hinblick auf die Zäsur des Jahres 1890, geführt worden und dauert nach wie vor an. Die einen sind nämlich, was diesen inzwischen ein Jahrhundert deutscher Geschichte zurückliegenden Zusammenhang angeht, davon überzeugt, so lange wie Otto von Bismarck bis zum Epochenjahr 1890 regiert habe, sei der Friede des jungen Nationalstaates und des alten Europa gesichert gewesen und erst danach von den wilhelminischen Erben ebenso leichtfertig wie schicksalhaft verspielt worden. Und die anderen halten dagegen, über den Einschnitt des Jahres 1890 hinaus hätten subkutan wirkende Dispositionen der Entwicklung, für die nicht zuletzt Otto von Bismarck selbst verantwortlich gezeichnet habe, ihre fatalen Folgen entwickelt, welche die eine Epoche mit der anderen,



also auch die Phänomene von Krieg und Frieden, über das historische Datum von 1890 hinaus miteinander verbunden hätten.

So nimmt es sich, folgt man Andreas Wirschings vorsichtig andeutenden Überlegungen, in vergleichbarer Art und Weise, von der Frage nach Krieg oder Frieden ganz selbstverständlich abgesehen, auch im Hinblick auf das Jahr 1990 aus. Über dem Erfolg der nationalstaatlichen Wiedervereinigung sind die sich inzwischen bemerkbar machenden Bürden des anfangs noch gar nicht ganz verstandenen Glücks nicht mehr länger zu verkennen. Weit gehen ihre Wirkungen nämlich über das hinaus, was der Autor in seinem Werk untersucht hat: „Vielmehr untertunneln die hier in Frage stehenden Basisprozesse das Datum 1989/90“, so beschließt er seine zum Nachdenken über die Zukunft auffordernde Darstellung über unsere jüngste Vergangenheit, „und – mehr noch – sie verändern die Bewegungsrichtung der Narration: Die Lasten der Einheit fordern nach 1990 das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem ohnehin bis an seine Grenze. Zugleich freilich hat die Wiedervereinigung die langfristig akkumulierten Verwerfungen der *alten* Bundesrepublik noch einmal katalytisch verstärkt, indem sie ein im Kern unreformiertes westdeutsches Wirtschafts-, Steuer- und Sozialsystem ebenso auf die neuen Länder ausdehnte wie eine von Wohlstand, Individualisierung und ‚feinen Unterschieden‘ geprägte Leitkultur. Das 1990 triumphierende Erfolgsmodell der ‚alten‘ Bundesrepublik beruhte auf einer Voraussetzung, die es brauchte wie die Luft zum Atmen, nämlich wirtschaftliches Wachstum und produktive Arbeitsplätze. Umso nachdrücklicher stellt sich die Frage, als wie stabil sich die hochindividualisierte, aber sozialstaatlich rückversicherte ‚neue‘ Bundesrepublik *ohne* wirtschaftliches Wachstum und bei möglicherweise sinkender Prosperität erweisen wird.“



## Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2005–2006

### *Editionen, Quellen*

- Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969. Bearb. von Günter BUCHSTAB, unter Mitarb. von Denise LINDSAY (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 50). Düsseldorf 2005.
- Quellen zur Innenpolitik in der Ära Adenauer 1949–1963. Konstituierung und Konsolidierung der Bundesrepublik. Hg. von Hans-Erich VOLKMANN (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit 40). Darmstadt 2005.
- Wizit Kanclera Adenauera w Moskwu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy. Otw. Red. ZAGORSKIJ A.W. Moskowskoje otdelenije Fonda im. Konrada Adenauera. Moskwa 2005.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- BAAKE, Wolfgang (Hg.): Mehr Mut zu Werten. Glaube in Medien, Politik und Gesellschaft. Holzgerlingen 2006.
- BIEHL, Heiko: Parteimitglieder im Wandel. Wiesbaden 2005.
- BÖHR, Christoph: Europäisch denken. Christliche Prägung und universaler Anspruch. In: Die Neue Ordnung 60 (2006) 1, S. 14–19.
- DERS.: Gewissen und Politik (Grundfragen der Christlichen Demokratie 1). Sankt Augustin 2006.
- BÖSCH, Frank: Die CDU. Entwicklungslinien eines Erfolgsmodells. In: Hartmut MAYER/Thomas Berd STEHLING (Hg.): Deutsch-britische Beziehungen und „der Mythos Cadenabbia“. Sankt Augustin 2005, S. 237–254.
- DERS.: Oppositionszeiten als Motor der Parteireform? Die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich. In: SCHMID/ZOLLEIS, S. 172–185.
- BÖSCH, Frank/BRANDES, Ina: Die Vorsitzenden der CDU. Sozialisation und Führungsstil. In: FORKMANN/SCHLIEBEN, S. 23–63.
- BRAKELMANN, Günter: Der Kreisauer Kreis als christliche Widerstandsgruppe. In: Günther BRAKELMANN/Manfred KELLER (Hg.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstands. Münster 2005, S. 67–85.
- BROCKHAUSEN, Martin: „Geboren im Widerstand“. Zur Erinnerung an den Nationalsozialismus in der CDU 1950–1990. In: Andreas HOLZEM/Christoph HOLZAPFEL (Hg.): Zwischen Kriegs- und Diktaturerfahrung. Katholizis-

- mus und Protestantismus in der Nachkriegszeit (Konfession und Gesellschaft, Bd. 37). Stuttgart 2005, S. 203–234.
- BUCHSTAB, Günter: *Évolution historique de la démocratie chrétienne, de la CDU et de la CSU en Allemagne*. In: Anne-Marie SAINT-GILLE (Hg.): *Cultures politiques et partis aux XIXe et XXe siècles. L'exemple Allemand*. Lyon 2005, S. 149–163.
- DERS.: Politik an Werten orientieren. Zur Geschichte der CDU-Grundsatzprogramme. In: *Die Politische Meinung* 51 (2006) 437, S. 14–18.
- DERS.: Wege der Adenauer-Forschung. In: SCHLIE, S. 63–79.
- CONZE, Eckart: „Atlantiker“ und „Gaullisten“. Eine Kontroverse zur deutschen Außenpolitik aus den 1960er Jahren. In: SCHLIE, S. 99–124.
- DÜMIG, Katrin: Die Faktion der CDU. Bändigung durch institutionalisierte Einbindung. In: Patrick KÖLLNER (Hg.): *Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionismus im internationalen Vergleich*. Frankfurt/M. 2006, S. 99–129.
- FINGER, Stefan: *Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben*. München 2005.
- FORKMANN, Daniela/SCHLIEBEN, Michael (Hg.): *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005*. Wiesbaden 2005.
- GASSERT, Philipp: *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten*. München 2006.
- GAUGER, Jörg-Dieter: *Patriotisch und konservativ? Zum geistigen Profil der Christlichen Demokratie (Grundfragen der Christlichen Demokratie 3)*. Sankt Augustin 2006.
- GAUGER, Jörg-Dieter/RÜTHER, Günther: *Kulturpolitik der Zukunft – Orientierung in der Modernisierung (Grundfragen der Christlichen Demokratie 5)*. Sankt Augustin 2006.
- GLÜCK, Alois: *Die Idee der solidarischen Leistungsgesellschaft. Leitidee und Vision der Christlichen Demokratie (Grundfragen der Christlichen Demokratie 4)*. Sankt Augustin 2006.
- GNISS, Daniela: *Der Politiker Eugen Gerstenmaier 1906–1986. Eine Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 144)*. Düsseldorf 2005.
- GOPPEL, Alfons: *Rückblicke 1957–1984 des Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel*. Hg. von Claudia FRIEMBERGER und Ferdinand KRAMER. Sankt Ottilien 2005.
- GOTTO, Klaus: Sechzig Jahre Unionsparteien. In: *Die Politische Meinung* 50 (2005) 422, S. 8–13.
- HABISCH, André: *Hat christliche Politik eine Zukunft? Eine neue Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert*. In: *Stimmen der Zeit* 130 (2005) 8, S. 507–520.
- HENTZSCHEL-FRÖHLINGS, Jörg u.a. (Hg.): *Gesellschaft – Region – Politik. Festschrift für Hermann de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz*. Norderstedt 2006.

- HERBERS, Winfried: Selbstverwaltung zwischen Ehrenamt und Beruf. Der Umgang der Kölner CDU mit der neuen Ordnung der Gemeinden nach 1946. In: *Westfälische Forschungen* 55 (2005), S. 69–98.
- HITZE, Guido: Joseph Wirth und der politische Klerikalismus. Anmerkungen zur Situation des deutschen Katholizismus vor 1933. In: HENTZSCHEL-FRÖHLINGS, S. 343–367.
- IMMERFALL, Stefan: Die CSU. Faktoren ihrer Vorherrschaft und Stellung im Unionslager. In: *Zeitschrift für Politik* 52 (2005) 4, S. 381–396.
- JESSE, Eckhard/STURM, Roland (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen. Wiesbaden 2006.
- KIEP, Walther Leisler: Brücken meines Lebens. Die Erinnerungen. München 2006.
- KOHL, Helmut: Erinnerungen 1982–1990. München 2005.
- KOLLER, Arnold: Christliches Engagement in der Politik. In: *Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie* 52 (2005) 3, S. 722–729.
- KÜSTERS, Hanns Jürgen: Die „Erinnerungen“ Konrad Adenauers. In: Franz BOSBACH/Magnus BRECHTKEN (Hg.): Politische Memoiren in deutscher und britischer Perspektive (Prinz-Albert-Studien, Bd. 23). München 2005.
- KUNZE, Rolf-Ulrich: Eugen Gerstenmaier und der 20. Juli 1944. In: Matthias STICKLER (Hg.): Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands. Rahden/Westf. 2005, S. 139–155.
- LAPPENKÜPER, Ulrich: Adenauer, Schuman und die deutsch-französische Verständigung 1948–1963. In: *Historisches Jahrbuch* 125 (2005), S. 301–326.
- MAIER, Hans: Demokratischer Verfassungsstaat ohne Christentum – was wäre anders? (Grundfragen der Christlichen Demokratie 2). Sankt Augustin 2006.
- MAYER, Tilman: Christliche Demokraten aus dem Widerstand in der Politik der Bundesrepublik. In: SCHOLTYSECK/SCHRÖDER, S. 33–40.
- MÉNODIER, Henri: Adenauer, de Gaulle und der Élysée-Vertrag nach Alain Peyrefitte. In: Corine DEFRANCE/Ulrich PFEIL (Hg.): Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945 – 1963 – 2003 (Pariser Historische Studien 71). München 2005, S. 81–97.
- MERTES, Michael: Deutschlandpolitische Entscheidungsprozesse im Bundeskanzleramt 1982–1990. In: SCHLIE, S. 199–214.
- METZLER, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005.
- MÖLLER, Horst: Vom christlich-bürgerlichen und konservativen Widerstand gegen Hitler zur Gründung von CDU und CSU nach 1945. In: *Politische Studien* 56 (2005) 403, S. 26–39.
- MORSEY, Rudolf: Gründung und Gründer der christlichen Demokratie aus dem Widerstand. In: SCHOLTYSECK/SCHRÖDER, S. 41–54.

- MÜLLER, Kay: Zwischen Staatskanzlei und Landesgruppe. Führung in der CSU. In: FORKMANN/SCHLIEBEN, S. 215–262.
- OBERREUTER, Heinrich: Bayerische Akzente – zum Gestaltungsanspruch der CSU auf Bundesebene. In: Politische Studien 56 (2005) 403, S. 39–46.
- PINGEL, Norman-Mathias: Von Bodenständigkeit und Politik. Carl Lauenstein. Ein biografisches Porträt. Braunschweig 2005.
- RINKE, Bernhard: Die beiden großen deutschen Volksparteien und das „Friedensprojekt Europa“. Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht? (Demokratie, Sicherheit, Frieden 177). Baden-Baden 2005.
- ROSE, Klaus: Beiträge zur CSU-Geschichte. Bd. 1: Der Bundeswahlkreis Passau. Vilshofen 2006.
- RUCHNIEWICZ, Krzysztof: Zögernde Annäherung. Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (Mitteleuropa-Studien 7). Dresden 2005.
- RUNDEL, Otto: Kurt Georg Kiesinger. Sein Leben und sein politisches Wirken. Stuttgart 2006.
- SCHLIE, Ulrich (Hg.): Horst Osterheld und seine Zeit (1918–1998). Wien 2006.
- SCHMID, Josef/ZOLLEIS, Udo (Hg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden 2005.
- SCHMIDT, Martin: Die Ost-CDU und ihre Kontakte zu ausgewählten westeuropäischen Staaten. Zur internationalen Arbeit der CDU 1961–89. Brühl 2006 (Diplomarbeit).
- SCHOLTYSECK, Joachim/SCHRÖDER, Stephen (Hg.): Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., Bd. 6). Münster 2005.
- SCHOLZ, Rupert: Die Verteidigungspolitik der CDU/CSU. Die Verteidigungsminister von Theodor Blank bis Volker Rühle. In: Klaus-Jürgen BREMM (Hg.): Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr, 1955 bis 2005. Freiburg i.Br. 2005, S. 379–395.
- SCHWABE, Klaus: Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur (Rhöndorfer Gespräche 21). Bonn 2005.
- SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer und Europa. Was bleibt? In: SCHLIE, S. 81–97.
- SONDERMANN, Bernd: Parteienfamilie ohne Zusammenhalt? Programmatische Gegenreden von CDU, CDA und Tories auf die neue Sozialdemokratie. Frankfurt/M. 2006.
- STADEN, Berndt von: Grundlinien der deutschen Außenpolitik von Adenauer bis Kohl. In: SCHLIE, S. 53–61.

- STAUDACHER; Wilhelm (Hg.): Christliche Demokratie in Deutschland heute. Beiträge des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2005.
- STURM, Roland/PEHLE, Heinrich (Hg.): Wege aus der Krise? Die Agenda der neuen Bundesregierung (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik; Sonderheft 1). Leverkusen 2006.
- UERTZ, Rudolf: Christliche Parteien und kirchliche Disziplin. CDU und CVP im Kampf um das Saarstatut 1955. In: HENTZSCHEL-FRÖHLINGS, S. 415–440.
- DERS.: Walberberg und Die Neue Ordnung. Vor 60 Jahren: Laurentius Siemer und Eberhard Welty. In: Die Neue Ordnung 60 (2006) 2, S. 133–139.
- VOGEL, Bernhard (Hg.): Ein Leben für Deutschland und Europa. Helmut Kohl – Stationen eines politischen Weges. Düsseldorf 2005.
- WIENEKE, Heinrich: Union in Essen. Einblicke in Vorgeschichte, Geschichte und Strukturen einer Großstadtpartei. Hg. von der CDU Essen. Essen 2005.
- WIRSCHING, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 6). Stuttgart 2006.
- WITTERAUF, Peter/ZEHETMAIR, Hans (Hg.): CSU plakativ. 60 Jahre gestaltete Politik. München 2005.
- ZEHETMAIR, Hans (Hg): Bilanz eines erfüllten Lebens. Alfons Goppel zum 100. Geburtstag. München 2005.

#### Europa/Lateinamerika

- Actualidad del pensamiento social cristiano. Ed.: Instituto de Estudios Social Cristianos. Lima 2005.
- CLÉMENT, Jean-Louis: La démocratie chrétienne en France. Un pari à haut risque de 1900 à nos jours. Paris 2005.
- CHORHERR, Thomas: Eine kurze Geschichte der ÖVP. Wien 2005.
- „Dieses Österreich retten...“. Die Protokolle der Parteitage der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik. Hg. von Robert KRIECHBAUMER (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek 27). Wien 2006.
- FALLEND, Franz: Die Österreichische Volkspartei (ÖVP). Erfolgreiche Wahlstrategie bei unmoderner Parteiorganisation. In: SCHMID/ZOLLEIS, S. 186–206.
- GIOTTO, Maddalena: La tradizione europeista dei partiti cristiano-democratici. CDU/CSU e DC negli anni cinquantata. In: Gian Enrico RUSCONI u.a. (Hg.): Italia e Germania 1945–2000. La costruzione dell'Europa. Bologna 2005, S.153–178.

- KHOL, Andreas (Hg.): Zukunft denken. Festschrift für Wolfgang Schüssel. Eine Publikation der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei. Wien 2005.
- LE DORH, Marc: Les démocrates chrétiens français face à l'Europe. Mythes et réalités (1944–1957). Paris 2005.
- MIARD-DELACROIX, Hélène/HUDEMANN, Rainer (Hg.): Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherung der fünfziger Jahre. München 2005.
- ROSSI, Mario G.: La democrazia antifascista nei programmi della Democrazia Cristiana. In: Italia contemporanea (Istituto Nazionale per la Storia del Movimento di Liberazione in Italia). Roma 2005, S. 209–223.
- SANDGRUBER, Roman: Vom Wiederaufbau in die Mitte Europas. 60 Jahre ÖVP Oberösterreichs. Linz 2005.
- SANGIORGI, Giuseppe: Piazza del Gesù. La Democrazia Cristiana negli anni ottanta. Un diario politico. 2 ed. Milano 2005.
- SEGRE, Umberto: I partiti italiani del 1945 al 1969. Vol. 1: La democrazia Cristiana e il Partito Comunista italiano. Roma 2005.
- TREFFS, Matthias: Democrazia cristiana, il partito di correnti. In: Patrick KÖLLNER (Hg.): Innerparteiliche Machtgruppen. Faktionalismus im internationalen Vergleich. Frankfurt/M. 2006, S. 67–98.

#### Konrad-Adenauer-Stiftung

50 Jahre Konrad-Adenauer-Stiftung. Jubiläumsveranstaltung, Bonn, 5. November 2005. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2006. (Druckausgabe und DVD)



## Abstracts\*

*Hans-Peter Schwarz:* What approach does historiography about the Federal Republic of Germany take? Is it time for a paradigm shift? (pp. 1–24)

During his lecture in the course of the 30-years-celebration of the Archive of Christian-Democratic Politics Professor Schwarz called upon contemporary historians who have adhered for too long to the status quo, to change their research's perspective quickly. Historiography ought to concern itself intensely with the economic and social history of the past three decades. Scientific debate on new subjects, e.g. the internal unification of two heterogeneous societies, the results of the since 1987 rapidly advancing process of Europeanization, the gradual economic decline of the Federal Republic, is absolutely necessary.

*Christian Schwießelmann:* North German, Protestant, liberal – founding fathers of the Christian Democratic Union (CDU) in Mecklenburg-Western Pomerania (pp. 25–46)

The author attributes the CDU's success in Mecklenburg-Western Pomerania, which comprised about 29.000 members at the end of 1948, to the appeal of charismatic leaders such as Reinhold Lobedanz, Siegfried Witte and Werner Jöhren, whose way of thinking was shaped by a North German, Protestant and liberal manner. By means of their biographies he points out how diverse the development in the regional association under pressure from the Soviet military administration and the United Socialist Party proceeded. While Lobedanz conformed and took the regional association because of his authority as chairman along, Witte and Jöhren did not give up their political ideals. Witte as secretary of commerce and businessman fought until 1950 for the preservation of free enterprise. Werner Jöhren, a known adherent of Jakob Kaiser, was in January 1948 untenable as district administrator of Usedom and had to flee to West-Berlin.

*Martin Greschat:* "The church came along with the displaced persons?" Comments on an unfinished subject (pp. 47–76)

The parish of their new homeland presented to the denominationally affiliated expatriates their first contact point to integration. Consolidated in the Protestant Church in Germany (EKD), committees which were protestant and homeland associated developed what constituted a preliminary stage to the expatriates' organisations which in the years shortly after the war were not yet allowed. Discussions about the problems of the expatriates prevailed within the EKD as shown by the memoir on the politics towards the East in 1966. Integrating the ministers and parishioners from the East European churches was the main objective of the Protestant and the Catholic Church. Only in places where a larger number of expatriates were living they were able to import elements of East European piety into the liturgy and to contribute to intensifying the religious life.

---

\* Aus dem Deutschen übersetzt von Denise Lindsay

*Andreas Grau:* To run after, to throw out or to split up. The relationship between the Christian Democratic Union (CDU) and the Free Democratic Party (FDP) following the parliamentary elections in 1969 (pp. 77–92).

The forming of the governing coalition of FDP and Social Democratic Party (SPD) met with the disapproval of the Liberals' right wing. In July 1970 the all-party National-Liberal Action (NLA) was founded. When the FDP's federal party convent affirmed the new left-wing course the party leadership took action against the NLA's supporters. Thereupon the members of parliament Mende, Zoglmann and Starke went over from the FDP to the CDU respectively the Christian Social Union (CSU). While Mende and Starke tried to gain a foothold within the Union, Zoglmann after initial difficulties in 1971 founded the German Union (DU) as an independent party. The Union's members of parliament observed the NLA activities and the change of the FDP members of parliament with sympathy but the DU's establishment was repudiated by the CDU. The CSU and especially Strauß supported the new party however cautiously. The different attitude of the CDU and the CSU towards the DU posed a problem, especially because Zoglmann, the DU's chairman, was a member of the CDU/CSU parliamentary group.

*Rudolf Uertz:* Reconciliation: Christian social ethics and SPD (pp. 93–120)

The SPD's decision to realign her basic party principles to a new policy statement after the lost parliamentary elections in 1957 was linked with the strategy to deepen the party's relationship with the middle-classes, i.e. especially with political Catholicism. Its voting behaviour was then majority related. In political theory this signified a rapprochement to Christian ethics. The Godesberg manifesto of 1959 enumerates it next to humanism and classical philosophy as the root of democratic socialism. This essay points out the SPD's process of rapprochement to the Catholic Church and Christian social ethics. Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), its most prominent exponent in Germany, acted as an important programmatic advisor to social democracy.

*Karl-Rudolf Korte:* The party landscape after the parliamentary elections and the future of people's parties (pp. 121–134)

First of all the author analyses the results of the parliamentary elections in 2005 which strengthened minor parties such as FDP and Die Linke.PDS but also led to an undermining of the people's parties (SPD and CDU/CSU obtained together only 69,4 %, in 1966 they gained 86,9 %), because their anchorage in society is on the wane and their strategic concepts – “economising the lived-in world” – did not convince the voters. He looks upon the grand coalition as a temporary limited crisis alliance which has to enforce unpopular measures in times of financial shortage. As a basis for success he names among other things a matter-of-fact honesty and an authenticity of political leadership, a conclusive and comprehensible presentation of the necessary reforms, an involvement of the party basis and a guidance by values.

*Günther Heydemann*: Economic, social and psychological aspects of the German reunification after 15 years. Accomplishments and aberrations (pp. 135–149)

The conversion of the real socialist dictatorship with the United Socialist Party's monopoly of power to a parliamentary democracy took place quite rapidly against the background of free elections. Drastic processes of transformation affected the composition of parties, educational establishments, army and justice, health service, traffic and communications system et al. The biggest problem posed the conversion of the centrally-planned economy as it was not competitive within the globalised world economy. Despite many a fault the transition to a modern, post-industrial service society was initiated. The existing shortcomings – high unemployment, loss resulting from migration or a declining birth rate – do not only pose an economic problem but also a mental one which encourages a pessimistic attitude and the turning-away from multiparty democracy

*Günter Buchstab*: Colloquy on the Kohl era VI. Environmental policy. Introduction (pp. 151–154)

Environmental policy as a new field of politics gained significantly in importance during the 1980s when in view of the forest deaths, water and air pollution, chemical and tanker disasters, accidents in nuclear power plants as well as journalistic gloom and doom scenarios the public interest in ecological issues rose sharply. How and with which kind of measures did the governments led by chancellor Kohl react to these new challenges in the netting of parties, parliamentary groups, associations and economy?

*Helmut Weidner*: A new field of politics – a survey from an academic point of view (pp. 155–167)

Contrary to the expectations of the conservative and pro-business orientated government led by Helmut Kohl, Secretary of the Interior Zimmermann, responsible for the protection of the environment, quickly put effective measures for air pollution control into action. With Klaus Töpfer an expert took over the Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety in 1987 who both abroad and at home, especially in the newly-formed German states, was successful with the concept of sustainable development. During federal minister Merkel's term of office the further development of environmental policy slowed down due to economic recession, globalisation et al. Despite some shortcomings the environmental policy all in all can be counted as an asset of Kohl's term of office.

*Gerhard Voss*: Strained relations between economy and ecology (pp. 169–194)

During Helmut Kohl's term of office environmental policy gained a significant status: aims were expanded, environmental protection incorporated into the constitution (art. 20a, 1994). Environmental protection pragmatically concentrated on reducing the polluters' emissions to achieve a preventive reduction of environmental pollution. The consumption of resources was reduced due to technological progress. The Kohl government solved the conflict be-

tween economic growth and environmental protection mainly with restrictive and planned measures in favour of the environment. The efficiency of economic means in environmental protection (ecological tax, self commitment) is dependent on a definite political objective.

*Klaus W. Lippold:* In-between the power triangle of party, CDU/CSU parliamentary group and government (pp. 195–204)

Lippold describes the CDU/CSU parliamentary group's attitude towards the problems of environmental protection. Triggered by the dying of the woods the parliamentary fraction passed several bills in close cooperation with the government for air monitoring, which were in times of economic growth also accepted by the industry. It was important not only to cure the symptoms (driving ban) but also to eliminate the causes (catalytic convertor, unleaded petrol); therefore the chemical industry created the requirements for production to take place in a secured fashion. On the international plane the government became especially involved in climate protection to which the enquete commissions "Protecting the Earth's Atmosphere" have also contributed. Financial or fiscal incentives to enforce environmental protection are especially important in times of economic recession.

*Helmut Röscheisen:* Environmental policy from the environmental federations' point of view (pp. 205–209)

Röscheisen enumerates the failures of the environmental policy from the environmental federations' point of view which consisted particularly in delaying particular measures. The "Action Programme Ecology", which was compiled by international scientists at the beginning of the 1980s, was not implemented. The opposition's draft laws for the inclusion of environmental protection into the Basic Law for the Federal Republic of Germany were overruled in 1984. The reform of the Federal Nature Conservation Act failed several times. The environmental foreign policies of Kohl and Töpfer as well as the foundation of national parks in the newly-formed German states have to be judged positively.

*Günter Buchstab:* A Hundred Years of Eugen Gerstenmaier. Introduction (pp. 211–214).

Gerstenmaier born on August 25th, 1906 at Kirchheim/Teck worked since 1936, after having received his degree in Protestant divinity, at the ecclesiastical foreign department. In opposition to national-socialism he joined the "Kreisau Circle" and was sentenced to seven years in gaol. A member of parliament since 1949 and from 1954 to 1969 president of the Bundestag he contributed decisively to strengthen the prestige of the German parliament.

*Joachim Scholtyseck:* Eugen Gerstenmaier in the "Third Reich" and the Federal Republic of Germany: resistance and opposition (pp. 215–223)

Quite early the student Gerstenmaier came into conflict with the "German Christians" and detected the totalitarian and anti-religious character of the national-socialist ideology. In 1942 he joined the "Kreisau Circle" as an expert for ecclesiastical issues and foreign affairs;

he was supportive of the assassination attempt on Hitler. On July 20th he was arrested at the Bendlerblock, but was able to play down his role as a politically naive theologian during the ensuing interrogations, which he stated amongst other things as the reason for his relatively gentle verdict. During his later years Gerstenmaier again and again brought to mind the resistance's heritage and took a sophisticated stand on German responsibility. The campaign launched by the GDR to discredit him as an alleged agent of the Security Service as well as the defamation campaign by the West-German press led to his political downfall and resignation.

*Martin Honecker: Gerstenmaier and the Protestant church (pp. 225–226)*

Honecker analyses Gerstenmaier's exceptional position who, because of his work-related occupation as well as his theology, met with reservations from leading Protestants especially from the ranks of the Confessing Church. From 1936 up to 1944 he worked at the ecclesiastical foreign department of the German Protestant Church which was under Reich Bishop Müller's control and dependent on the support of the Foreign Office. In 1945 Gerstenmaier was appointed head of the Protestant aid organisation, which he had founded himself and which was supposed to distribute foreign donations to the parishes. For this reason the aid organisation was competing with the interior mission and its expansion to other economic sectors for the creation of jobs led to conflicts with the national churches, thus Gerstenmaier resigned on October 1<sup>st</sup>, 1951. His theological approach was very much shaped by the conservative and idealistic theology of his tutor Friedrich Brunstäd, which distinguished itself fundamentally from Karl Barth's Christocentrism.

*Norbert Lammert: Between humility and self-confidence – Gerstenmaier as president of the Bundestag (pp. 237–246)*

Lammert looks upon the complexity and inconsistency of the "legendary president of the German Bundestag". Many regarded the politician who was very active in foreign and European affairs as "too political" for the office of president of the federal parliament, a task he executed in a loyal and all-party fashion. Consolidating the parliament's role as a directly elected constitutional body and as a firm partner of the government was important to him. This did not only include formalities, but also more rights and better working conditions for the members of parliament. "Dispute" was not only meant to prove the liveliness and ability of parliament, but also to lead to proper decisions. Gerstenmaier avowed himself to the German fatherland with all its history and to conservative and everlasting values.

*Michael Klein: Eugen Gerstenmaier – chief ideologist of the Union (pp. 247–256)*

Gerstenmaier moulded by the Protestant social conservatism accepted, unlike many Protestant circles, parliamentary democracy. As interpreter and apologist of CDU's fundamental ideas he underlined the following items: 1. A manifest patriotism was to him a cultural necessity despite the nationalsocialist catastrophe. The absorption of Germany into a Europe modelled on Christian principles was quite elemental to him. 2. He defended the religious foundation of politics and of a Christian party ardently against all critics of the "C", as for example the adherents of Karl Barth, and he propagated the Christian law of nature as the

foundation for a political concept. 3. He criticised the escalating social welfare state as it might bring about the incapacitation of the individual as well as a culturally mindless and socially slackened mass society.

*Rudolf Morsey: Gerstenmaier and Adenauer (pp. 257–270)*

The relationship of these two self-confident and pugnacious politicians with a different background, experience and mentality was shaped by a far reaching concurrence in issues and many a tension. Gerstenmaier – contrary to other Protestant politicians – advocated just like Adenauer western integration, European unification, rearmament and reconciliation with Israel. Even as president of the German Bundestag he advanced an opinion on current questions, to Adenauer's displeasure; he called for a more flexible intra-German policy, criticised Adenauer's resignation from the presidential candidacy and tried to heal the breach between him and Ludwig Erhard. Regardless of all difference of opinions Adenauer praised Gerstenmaier's contribution to stabilising democracy and the latter praised Adenauer as a Christian politician.

## Résumés\*

*Hans-Peter Schwarz*: Où en est l'historiographie de la République fédérale? Un changement de paradigme est-il opportun? (p. 1–24)

Dans sa conférence inaugurale prononcée à l'occasion du trentième anniversaire des archives de la politique démocrate-chrétienne, le professeur Schwarz appela les historiens du temps présent et les politologues à opérer un changement de perspective plus rapide dans leurs travaux. Les chercheurs s'en sont tenus trop longtemps au statu quo. L'historiographie devrait se concentrer intensément sur l'histoire sociale et économique des trois dernières décennies. Il faut de toute urgence mener des analyses scientifiques sur de nouvelles problématiques, comme l'unification interne de deux sociétés hétérogènes, les impacts de l'eupéanisation rapide depuis 1987, le déclin économique graduel de la RFA.

*Christian Schwießelmann*: Allemands du nord, calvinistes, libéraux: les fondateurs de la CDU en Mecklembourg-Poméranie antérieure (p. 25–46)

Fin 1948, la CDU comptait en Mecklembourg-Poméranie antérieure pas moins de 29 000 membres. L'auteur attribue ce succès à des personnalités charismatiques telles que Reinhold Lobedanz, Siegfried Witte et Werner Jöhren, dont la mentalité était marquée par des valeurs de l'Allemagne septentrionale, calvinistes et libérales. En s'appuyant sur leur biographie, Schwießelmann montre comment, sous la pression de la SMAD et du SED, la section régionale suivit différentes évolutions. Alors que Lobedanz choisit la voie de l'adaptation et y engagea la section régionale sous son autorité de président, Witte et Jöhren ne renoncèrent pas à leurs idéaux politiques. Witte, ministre de l'économie et entrepreneur de Rostock, lutta jusqu'en 1950 pour l'indépendance des entreprises privées. Werner Jöhren, partisan bien connu de Jakob Kaiser, fut dès 1948 indésirable au conseil cantonal du district d'Usedom et dut fuir à Berlin-Ouest.

*Martin Greschat*: «L'Église vin-elle avec les expulsés»? Remarque sur un thème en souffrance (p.47–76)

Les paroisses ont été les premiers centres d'accueil et d'intégration des expulsés (*Vertriebene*) croyants dans leur nouvelle patrie. Patronnés par l'EKD, des comités d'assistance, protestants et organisés en association d'expulsés, virent le jour et servirent d'antichambre aux organisations d'expulsés qui, dans ces premières années d'après-guerre, n'avaient pas encore été autorisées. Le Mémoire de 1966 montre que les débats sur la question des expulsés étaient également courants au sein de l'EKD.

L'Église luthérienne comme l'Église catholique ont cherché à intégrer les pasteurs et les fidèles dans les communautés locales. Les expulsés sont parvenus à inclure des éléments de la piété confessionnelle orientale dans la liturgie et à intensifier la vie religieuse uniquement dans les endroits où ils étaient en surnombre.

---

\* Aus dem Deutschen übersetzt von Denise Lindsay

*Andreas Grau:* Courir après, «éjecter» ou faire scission? Les relations de la CDU et du FDP après les élections législatives de 1969 (p. 77–92)

L'aile droite et libérale du FDP rejeta la formation d'un gouvernement de coalition entre le FDP et le SPD en 1969. En juillet 1970, fut fondée l'Action nationale libérale (NLA). Après avoir approuvé le nouveau virage à gauche lors du Congrès fédéral du FDP, la direction du parti prit des mesures contre les partisans de la NLA. Sur ces entrefaites, Mende, Zoglmann et Starke, tous députés au Bundestag, quittèrent le FDP en octobre 1970 pour rejoindre la CDU ou la CSU. Mende et Starke tentèrent de se faire une place à l'Union. Zoglmann, lui, après des débuts difficiles, fonda en 1971 l'Union allemande (DU), un parti indépendant.

Les activités de la NLA et le transfert des députés FDP furent suivis avec bienveillance par les membres de l'Union, mais la CDU rejeta la création de la DU. La CSU à l'inverse – Strauß avant tout – la soutint prudemment. La divergence de position sur la DU fut un problème persistant entre la CDU et la CSU, en premier lieu parce que Zoglmann, président de la DU, était membre du groupe parlementaire CDU/CSU.

*Rudolf Uertz:* Rapprochements: l'éthique sociale chrétienne et le SPD (p. 93–120)

La décision du SPD de réorienter sa programmation par un programme fondamental après la défaite aux législatives de 1957 visait à rapprocher le parti du camp bourgeois, c'est-à-dire avant tout du catholicisme politique. Le comportement des électeurs de ce dernier était alors décisif pour obtenir la majorité. Sur le plan théorique, cela signifiait de se rapprocher de l'éthique chrétienne. Le programme de Godesberg de 1959 la cita comme une racine du socialisme démocratique, au même titre que l'humanisme et la philosophie classique.

L'article met en lumière le processus de rapprochement du SPD vers l'Église catholique et l'éthique sociale chrétienne. Son représentant le plus éminent en Allemagne, le théologien et sociologue Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), fut l'un des conseillers programmatiques importants de la sociale-démocratie.

*Karl-Rudolf Korte:* Le paysage politique après les élections législatives et l'avenir des partis populaires (p. 121–134)

L'auteur commence par analyser le résultat des élections législatives de 2005 qui a renforcé les petits partis comme le FDP et Die Linke.PDS mais s'est traduit par une érosion des grands partis populaires (le SPD et la CDU/CSU n'ont obtenu à eux deux que 69,4% des voix contre 86,9% en 1966). Leur ancrage dans la société s'affaiblit et leur concept stratégique «d'économisation de l'univers» des électeurs n'a pas convaincu ces derniers. Pour Korte, la grande coalition est une alliance temporaire nouée dans la crise, qui doit mettre en œuvre des mesures impopulaires en temps de dépression économique. Les conditions du succès sont, à ses yeux, notamment que la conduite des dirigeants soit guidée par une sincérité prosaïque et par l'authenticité, qu'ils présentent de manière intelligible et concluante les réformes nécessaires, qu'ils y associent la base du parti, qu'ils s'appuient sur des valeurs.



*Günther Heydemann*: Aspects économiques, sociaux et psychologiques de la réunification allemande 15 ans après: succès et fiascos (p. 135–149)

La métamorphose de la dictature du socialisme réel, sous le pouvoir monopolistique du SED, en une démocratie parlementaire s'est opérée extrêmement rapidement sur la toile de fond des premières élections libres. Des processus de mutation radicale ont affecté la structure des partis, les institutions éducatives et culturelles, l'armée et la justice, le système de santé et de transport, celui de la communication, entre autres. Le problème le plus épineux fut la transformation de l'économie planifiée et centralisée, qui n'était plus compétitive dans une économie mondialisée. Malgré certaines erreurs, la conversion de la société postindustrielle en une société de services a bien été initiée. Des déficits persistants, le taux élevé de chômage, les pertes migratoires ou la baisse du taux de natalité ne représentent pas seulement un problème économique mais également psychologique, qui favorise une attitude pessimiste et le rejet de la démocratie politique.

*Günter Buchstab*: L'ère Kohl en débat. VI. La politique de l'environnement. Introduction (p. 151–154)

Dans les années 1980, la politique de l'environnement devint un nouveau champ politique important lorsque les questions écologiques firent un grand bond en avant dans l'intérêt public, confronté au dépérissement des forêts, à la pollution de l'air et de l'eau, à des catastrophes chimiques et pétrolières, à des accidents de centrale atomique, ainsi qu'à des scénarios journalistiques de déclin. Comment et par quelles mesures les gouvernements dirigés par le chancelier Helmut Kohl ont-ils réagi face à ce nouvel enjeu, pris dans l'entrelacs des partis, groupes parlementaires, associations et de l'économie?

*Helmut Weidner*: Un nouveau champ politique – un bilan scientifique (p. 155–167)

Au rebours de toute attente de la part d'un gouvernement conservateur et proche des entreprises, dirigé par Helmut Kohl, le ministre fédéral de l'Intérieur en charge de la protection de l'environnement, Zimmermann, mit rapidement en œuvre des mesures concrètes pour protéger la pureté de l'air. Avec Klaus Toepfer, le ministre fédéral de l'Environnement, de la Nature et de la Sécurité atomique (BMU) fut dirigé à partir de 1987 par un expert, qui rencontra des succès avec le concept du développement durable, aussi bien au plan international qu'intérieur, en particulier dans les nouveaux Länder. Durant le mandat de la ministre Merkel, la poursuite de la politique de l'environnement prit du retard en raison notamment de la récession économique et de la mondialisation. Toutefois, malgré certaines défaillances, la politique de l'environnement peut être mise à l'actif du gouvernement Kohl.

*Gerhard Voss*: La tension entre économie et écologie (p. 169–194)

La politique de l'environnement prit de l'importance sous l'ère Kohl: ses objectifs furent élargis, la protection de l'environnement fut ancrée dans la Constitution (art. 20a, 1994). De façon pragmatique, la protection de l'environnement s'est concentrée sur la réduction des émissions des pollueurs, dans le but de réduire préventivement la pollution de l'envi-

ronnement. La consommation des ressources a elle aussi régressé grâce au progrès technologique. Le gouvernement Kohl a résolu le conflit entre croissance économique et protection de l'environnement au profit de ce dernier, principalement par des mesures restrictives et relatives à l'ordre public. L'efficacité des instruments économiques en matière de protection de l'environnement (impôt écologique, engagement personnel volontaire) est tributaire d'un objectif politique clair.

*Klaus W. Lippold: Le triangle du pouvoir: le parti, le groupe parlementaire CDU/CSU et le gouvernement (p. 195–204)*

Lippold présente la position du groupe CDU/CSU au Bundestag sur les problèmes de la protection de l'environnement. Le dépérissement des forêts amena le groupe, en étroite coopération avec le gouvernement, à voter plusieurs lois et décrets sur la pureté de l'air, qui, en ces temps de croissance économique, furent aussi acceptées par l'industrie. Il importait de ne pas simplement s'attaquer aux symptômes (interdiction de conduire) mais d'éradiquer les causes (catalyseur, essence sans plomb); les conditions ont donc été créées dans l'industrie chimique pour que la production puisse se dérouler sous une forme plus sécuritaire. À l'échelle internationale, le gouvernement s'est avant tout engagé sur la question de la protection du climat, ce à quoi ont notamment contribué les commissions d'enquête sur la «Protection de l'atmosphère terrestre». À une époque de récession économique, les incitations financières et fiscales sont particulièrement importantes pour imposer la protection de l'environnement.

*Helmut Röscheisen: La politique de l'environnement 1982–1998 vue par les associations de protection de l'environnement (p. 205–209)*

Röscheisen énumère les déficits de la politique de l'environnement pointés par les associations de protection de l'environnement, qu'elles imputaient en premier lieu à un ajournement de certaines mesures. Le programme élaboré au début des années 1980 par des scientifiques du monde entier, «Le programme d'action écologie», n'a pas été mis en œuvre. Les propositions de lois émanant de l'opposition pour inscrire l'environnement dans la Loi fondamentale furent rejetées en 1984. La réforme de la loi fédérale sur la protection de la nature échoua à plusieurs reprises. Il faut toutefois mettre au compte du bilan positif la politique environnementale étrangère de Kohl et Töpfer, ainsi que la création de parcs naturels dans les nouveaux Länder.

*Günter Buchstab: Il y a 100 ans: Eugen Gerstenmaier. Introduction (p. 211–214)*

Gerstenmaier, né le 25 août 1906 à Kirchheim/Teck fit des études de théologie protestante avant de travailler à partir de 1936 à l'Office des affaires étrangères du DEK. Résistant au régime nazi, il rejoignit le «Cercle de Kreisau» et fut condamné à sept ans de réclusion. Député à partir de 1949, président du Bundestag entre 1954 et 1969, il a fortement contribué à renforcer le prestige du Parlement.

*Joachim Scholtyssek: Eugen Gerstenmaier sous le «Troisième Reich» et la République fédérale: résister et refuser (p. 215–223)*

L'étudiant Gerstenmaier entra très tôt en conflit avec les «Chrétiens allemands» et discerna rapidement le caractère totalitaire et antireligieux de l'idéologie nationale-socialiste. Il rejoignit en 1942 le «Cercle de Kreisau» en sa qualité d'expert des questions religieuses et de la politique étrangère; il soutint l'attentat contre le dictateur. Il fut emprisonné le 20 juillet au Bendlerblock mais parvint lors des interrogatoires suivants à minimiser son rôle de théologien ignorant des questions politiques, ce qui à son avis expliqua sa sentence relativement clémente. Par la suite, Gerstenmaier n'a cessé de rappeler l'héritage de la Résistance et a pris parti avec subtilité pour la responsabilité de l'Allemagne. La campagne lancée en RDA à son encontre, faisant de lui un «agent de la SD», ainsi que la campagne calomnieuse dans la presse ouest-allemande mena en 1969 à la fin politique du président du Bundestag et à sa démission.

*Martin Honecker: Gerstenmaier et l'Église protestante (p. 225–236)*

Honecker étudie la position particulière de Gerstenmaier, dont les activités professionnelles comme la théologie se heurtèrent à des réserves chez des protestants de premier plan, en particulier issus des rangs de la «Bekennende Kirche», l'Église confessante. Il travailla entre 1936 et 1944 à l'Office des affaires étrangères du DEK, placé sous la tutelle du «Reichsbischof» ou évêque d'État Müller et tributaire du soutien du ministère des Affaires étrangères. En 1945, Gerstenmaier fut nommé à la tête des œuvres évangéliques qu'il avait fondées, qui répartissaient les dons de l'étranger dans les paroisses. Cette association caritative faisait ainsi concurrence à la Mission intérieure, et son extension à d'autres secteurs économiques visant à créer des emplois déboucha sur des conflits avec les Églises régionales. Le 1er octobre 1951, Gerstenmaier se retira. Son approche théologique était très marquée par la théologie conservatrice et idéaliste de son maître Friedrich Brunstäd, et se distinguait de ce fait fondamentalement de la doctrine centriste chrétienne de Karl Barth.

*Norbert Lammert: Entre humilité et confiance en soi – La présidence du Bundestag de Gerstenmaier (p. 237–246)*

Lammert analyse la complexité et les contradictions du «président légendaire du Bundestag». Homme politique engagé sur les questions de politique étrangère et européenne, nombreux furent ceux qui le jugèrent «trop politique» pour sa fonction de président du Bundestag, qu'il assuma avec loyauté et impartialité. Il avait à cœur de renforcer le rôle du Parlement en tant qu'organe constitutionnel élu au suffrage direct et que partenaire fort du gouvernement. Il ne voulait donc pas se limiter aux cérémonies mais obtenir de plus amples droits et de meilleures conditions de travail pour les députés. Les «querelles» n'étaient pas censées prouver uniquement la vivacité et la puissance du Parlement, mais aussi permettre des décisions appropriées. Gerstenmaier affirmait son attachement à la patrie allemande, avec la totalité de son histoire, et aux valeurs conservatrices, qui n'avaient rien perdu de leur validité.

*Michael Klein: Eugen Gerstenmaier – «l'idéologue» de l'Union (p. 247–256)*

Gerstenmaier, empreint de conservatisme social protestant, accepta la démocratie parlementaire, à l'inverse de nombre de cercles protestants. Exégète et apologiste de la pensée fondamentale de la CDU, il soulignait les points suivants: 1. Il lui semblait culturellement nécessaire d'avoir une conscience nationale affirmée, en dépit de la catastrophe nazie. L'intégration de l'Allemagne dans une Europe chrétienne lui paraissait relever de l'évidence. 2. Il défendait avec véhémence les fondements religieux de la politique et un parti chrétien contre tous les adversaires du «C», comme les fidèles de Karl Barth, et affirmait que le droit naturel chrétien devait être à la base de tout projet politique. 3. Il critiquait la dégénérescence de l'État providence qui se traduisait par la mise sous tutelle de l'individu ainsi que par une société de masse sans prétention culturelle et socialement affaiblie.

*Rudolf Morsey: Gerstenmaier et Adenauer (p. 257–270)*

Les deux politiciens, combattifs et très conscients de leur valeur, mais d'origine, d'expériences et de mentalité différentes, étaient largement en accord, même si leur relation n'était pas dépourvue de certaines tensions.

À l'instar d'Adenauer, et contrairement à de nombreux autres politiciens protestants, Gerstenmaier soutint l'ancrage à l'Ouest, l'union européenne, le réarmement et la réconciliation avec Israël. Président du Bundestag, il s'exprima sur les questions du jour au grand mécontentement d'Adenauer; il réclamait plus de flexibilité dans la politique sur la question allemande, critiqua le retrait de la candidature d'Adenauer au poste présidentiel et tenta de calmer le jeu entre Ludwig Erhard et lui. En dépit de toutes leurs divergences d'opinion, Adenauer rendit hommage à la contribution de Gerstenmaier dans la stabilisation de la démocratie et ce dernier appréciait Adenauer en sa qualité d'homme politique chrétien.

## Zusammenfassungen

*Hans-Peter Schwarz:* Wo steht die Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik? Ist ein Paradigmenwechsel angezeigt? (S. 1–24)

In seinem Festvortrag zum 30-jährigen Bestehen des Archivs für Christlich-Demokratische Politik forderte Prof. Schwarz von den Zeithistorikern und Politologen, die zu lange am Status quo festhielten, einen rascheren Perspektivwechsel in der Forschung. Die Geschichtsschreibung sollte sich intensiv mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der letzten drei Jahrzehnte befassen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit neuen Themen, z.B. die innere Vereinigung zweier heterogener Gesellschaften, die Folgen der seit 1987 rasch fortschreitenden Europäisierung, der allmähliche wirtschaftliche Niedergang in der BRD, sei dringend erforderlich.

*Christian Schwießelmann:* Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern (S. 25–46)

Den Erfolg der CDU in Mecklenburg-Vorpommern, die Ende 1948 ca. 29.000 Mitglieder zählte, führt der Autor vor allem auf das Wirken charismatischer Führungspersönlichkeiten wie Reinhold Lobedan, Siegfried Witte und Werner Jöhren zurück, deren Mentalität norddeutsch, protestantisch und liberal geprägt war. Anhand ihrer Biographien zeigt er, wie unterschiedlich die Entwicklung im Landesverband unter dem Druck der SMA und der SED verlief. Während Lobedan den Weg der Anpassung ging und den Landesverband qua seiner Autorität als Landesvorsitzender mit sich „führte“, gaben Witte und Jöhren ihre politischen Ideale nicht preis. Witte, Wirtschaftsminister und Unternehmer in Rostock, kämpfte bis 1950 um den Erhalt des privaten Unternehmertums. Werner Jöhren, ein bekannter Anhänger Jakob Kaisers war bereits im Januar 1948 als Landrat auf Usedom untragbar und musste nach West-Berlin fliehen.

*Martin Greschat:* „Mit den Vertriebenen kam Kirche“? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema (S. 47–76)

Für konfessionell gebundene Vertriebene bildeten die Pfarrgemeinden ihrer neuen Heimat die erste Anlaufstelle zur Integration. Unter dem Dach der EKD entstanden evangelische, landsmannschaftlich orientierte Hilfskomitees, die eine Vorstufe der in den Nachkriegsjahren noch nicht zugelassenen Vertriebenenorganisationen bildeten. Auch Diskussionen über die Vertriebenenproblematik waren in der EKD verbreitet, wie die Ostdenkschrift von 1966 zeigt.

Die Eingliederung der Pfarrer und Gemeindemitglieder aus den Ostkirchen in die örtlichen Gemeinden war das Ziel beider Kirchen. Nur an den Orten, wo eine größere Anzahl von Vertriebenen lebte, konnten sie Elemente der ostkirchlichen Frömmigkeit in die Liturgie einbringen und zu einer Intensivierung des religiösen Lebens beitragen.

*Andreas Grau:* Hinterherlaufen, „hinauskatapultieren“ oder spalten? Zum Verhältnis von Union und FDP nach der Bundestagswahl 1969 (S. 77–92)

Die Bildung einer Regierungskoalition aus FDP und SPD 1969 stieß beim rechtsliberalen Flügel der FDP auf Ablehnung. Im Juli 1970 kam es zur Gründung der überparteilichen National-liberalen Aktion (NLA). Nachdem der Bundesparteitag der FDP den neuen Linkskurs bejahte, ging die Parteiführung gegen die Unterstützer der NLA vor. Daraufhin traten im Oktober 1970 die Bundestagsabgeordneten Mende, Zoglmann und Starke von der FDP zur CDU bzw. CSU über. Während Mende und Starke versuchten, in der Union Fuß zu fassen, gründete Zoglmann nach anfänglichen Schwierigkeiten 1971 die Deutsche Union (DU) als eigenständige Partei.

Die Aktivitäten der NLA und der Übertritt der FDP-Abgeordneten wurden von Unionspolitikern mit Sympathie verfolgt, aber die Gründung der DU lehnte die CDU ab. Von der CSU – vor allem von Strauß – wurde die neue Partei hingegen vorsichtig unterstützt. Die unterschiedliche Haltung von CDU und CSU zur DU blieb ein Problem, vor allem weil Zoglmann, der Vorsitzende der DU, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion war.

*Rudolf Uertz:* Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD (S. 93–120)

Die Entscheidung der SPD, nach der verlorenen Bundestagswahl 1957 ihre Programmatik durch ein Grundsatzprogramm neu auszurichten, war verbunden mit der Strategie, die Partei stärker an das bürgerliche Lager, das hieß vor allem an den politischen Katholizismus, heranzuführen. Dessen Wählerverhalten war damals mehrheitsrelevant. Politiktheoretisch bedeutete dies eine Annäherung an die christliche Ethik. Sie wird im Godesberger Programm von 1959 neben dem Humanismus und der klassischen Philosophie als Wurzel des demokratischen Sozialismus genannt.

Der Artikel zeigt den Annäherungsprozess der SPD an die Katholische Kirche und die christliche Sozialethik. Deren bedeutendster Vertreter in Deutschland, der Theologe und Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning (1890–1991), war der Sozialdemokratie ein wichtiger programmatischer Ratgeber.

*Karl-Rudolf Korte:* Die Parteienlandschaft nach den Bundestagswahlen und die Zukunft der Volksparteien (S. 121–134)

Der Autor analysiert zunächst das Ergebnis der Bundestagswahl 2005, das kleinere Parteien, FDP und Die Linke.PDS stärkte, aber zur einer Erosion der Volksparteien führte (SPD und CDU/CSU erhielten zusammen nur 69,4 %, 1966 noch 86,9 %), weil ihre Verankerung in der Gesellschaft schwindet und ihre strategischen Konzepte, „Ökonomisierung der Lebenswelten“, die Wähler nicht überzeugten. Die Große Koalition sieht er als zeitlich begrenztes Krisenbündnis, das unpopuläre Maßnahmen in Zeiten ökonomischer Knappheit umsetzen muss. Als Voraussetzungen für einen Erfolg nennt er u.a. nüchterne Ehrlichkeit und Authentizität der politischen Führung, die schlüssige und verständliche Darstellung der notwendigen Reformen, die Einbindung der Parteibasis, die Orientierung an Werten.

*Günther Heydemann:* Wirtschaftliche, soziale und psychologische Aspekte der deutschen Wiedervereinigung nach 15 Jahren: Erfolge und Fehlentwicklungen (S. 135–149)

Die Umwandlung der realsozialistischen Diktatur mit dem Machtmonopol der SED zu einer parlamentarischen Demokratie vollzog sich auf dem Hintergrund der ersten freien Wahlen sehr rasch. Durchgreifende Transformationsprozesse betrafen die Parteienstruktur, die Bildungsinstitutionen, Militär und Justiz, das Gesundheits- und Verkehrswesen, das Kommunikationssystem u.a. Das schwierigste Problem war der Umbau der zentralen Planverwaltungswirtschaft, die im Rahmen der globalen Weltwirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig war. Trotz mancher Fehler ist der Wandel zu einer modernen postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft eingeleitet worden. Die bestehenden Defizite, hohe Arbeitslosigkeit, Wanderungsverluste oder geringe Geburtenrate, sind nicht nur ein ökonomisches Problem sondern auch ein mentales, das die pessimistische Grundeinstellung und Ablehnung der Parteiendemokratie unterstützt.

*Günter Buchstab:* Die Ära Kohl im Gespräch. VI. Die Umweltpolitik. Einführung (S. 151–154)

Die Umweltpolitik gewann als neues Politikfeld in den achtziger Jahren erheblich an Bedeutung, als angesichts von Waldsterben, Wasser- und Luftverunreinigung, Chemie- und Tankerkatastrophen, Kraftwerksunfällen sowie durch publizistische Untergangsszenarien das öffentliche Interesse an ökologischen Fragen sprunghaft anstieg. Wie und mit welchen Maßnahmen reagierten die Regierungen unter Bundeskanzler Helmut Kohl auf diese neue Herausforderung im Geflecht von Parteien, Fraktionen, Verbänden und Wirtschaft?

*Helmut Weidner:* Ein neues Politikfeld – eine Bilanz aus Sicht der Wissenschaft (S. 155–167)

Anders als von der konservativen, wirtschaftsnahen Regierung unter Helmut Kohl erwartet, setzte der für den Umweltschutz zuständige Bundesinnenminister Zimmermann effektive Maßnahmen zur Luftreinerhaltung rasch um. Mit Klaus Töpfer übernahm 1987 ein Experte das Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit (BMU), der sowohl auf internationaler Ebene als auch im Inland, insbesondere in den neuen Bundesländern, mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung Erfolge erzielte. In der Amtszeit von Ministerin Merkel retardierte die Weiterentwicklung der Umweltpolitik aufgrund der Wirtschaftsrezession, der Globalisierung u.a. Die Umweltpolitik insgesamt kann trotz mancher Defizite als Aktivposten der Regierung Kohl gewertet werden.

*Gerhard Voss:* Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie (S. 169–194)

In der Regierungszeit von Helmut Kohl erhielt die Umweltpolitik einen höheren Stellenwert: Die Ziele wurden erweitert, der Umweltschutz in die Verfassung aufgenommen (Art. 20a, 1994). Pragmatisch konzentrierte sich der Umweltschutz auf die Reduzierung von Emissionen bei den Verursachern, um die vorsorgliche Verringerung der Umweltbelastung zu er-

reichen. Auch der Verbrauch der Ressourcen ist aufgrund des technischen Fortschritts zurückgegangen. Der Konflikt zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wurde unter der Regierung Kohl überwiegend mit restriktiven, ordnungsrechtlichen Maßnahmen zugunsten der Umwelt gelöst. Die Effizienz ökonomischer Instrumente im Umweltschutz (Ökosteuer, freiwillige Selbstverpflichtung) ist abhängig von einer klaren politischen Zielvorgabe.

*Klaus W. Lippold:* Im Machtdreieck von Partei, CDU/CSU-Fraktion und Regierung (S. 195–204)

Lippold stellt die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Problemen des Umweltschutzes dar. Ausgelöst durch das Waldsterben beschloss die Fraktion in enger Zusammenarbeit mit der Regierung mehrere Gesetze und Verordnungen zur Luftreinhaltung, die in Zeiten des Wirtschaftswachstums auch von der Industrie akzeptiert wurden. Es kam darauf an, nicht nur die Symptome zu kurieren (Fahrverbot), sondern die Ursachen zu beseitigen (Katalysator, bleifreies Benzin); so wurden in der Chemie-Industrie die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Produktion in gesicherter Form erfolgen kann. Auf internationaler Ebene hat sich die Regierung vor allem im Klimaschutz engagiert, wozu auch die Enquete-Kommissionen „Schutz der Erdatmosphäre“ beigetragen haben. In Zeiten wirtschaftlichen Rückschritts sind finanzielle oder steuerliche Anreize zur Durchsetzung der Umweltschutzes besonders wichtig.

*Helmut Röscheisen:* Die Umweltpolitik 1982–1998 aus der Sicht der Umweltverbände (S. 205–209)

Röscheisen zählt die Versäumnisse in der Umweltpolitik aus Sicht der Umweltverbände auf, die vor allem in der Verzögerung bestimmter Maßnahmen bestanden. Das von internationalen Wissenschaftlern Anfang der 80er Jahre erarbeitete „Aktionsprogramm Ökologie“ wurde nicht umgesetzt. Die von der Opposition eingebrachten Gesetzentwürfe zur Aufnahme des Umweltschutzes in das GG wurden 1984 abgelehnt. Die Reform des Bundesnaturschutzgesetzes scheiterte wiederholt. Positiv zu bewerten ist die Umweltaußenpolitik von Kohl und Töpfer sowie die Errichtung der Naturparks in den neuen Bundesländern.

*Günter Buchstab:* 100 Jahre Eugen Gerstenmaier. Einführung (S. 211–214)

Gerstenmaier, geboren am 25. August 1906 in Kirchheim/Teck war nach dem Studium der evangelischen Theologie seit 1936 im Kirchlichen Außenamt tätig. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus schloss er sich dem „Kreisauer Kreis“ an und wurde zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Seit 1949 Abgeordneter und von 1954 bis 1969 Präsident des Deutschen Bundestags trug er entscheidend dazu bei, das Ansehen des Parlaments zu stärken.



*Joachim Scholtyssek:* Eugen Gerstenmaier im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik: Widerstehen und sich Wehren (S. 215–223)

Schon früh geriet der Student Gerstenmaier in Konflikt mit den „Deutschen Christen“ und erkannte den totalitären religionsfeindlichen Charakter der nationalsozialistischen Ideologie. Er schloss sich 1942 dem „Kreisauer Kreis“ an als Experte für Kirchenfragen und Außenpolitik; das Attentat auf den Diktator befürwortete er. Am 20. Juli 1944 wurde er im Bendlerblock verhaftet, konnte aber bei den folgenden Verhören seine Rolle als politisch ahnungsloser Theologe verharmlosen, was er u.a. als Grund für sein relativ mildes Urteil anführte. In späteren Jahren hat Gerstenmaier immer wieder an das Erbe des Widerstands erinnert und differenziert zur deutschen Verantwortung Stellung genommen. Die von der DDR lancierte Kampagne gegen ihn als angeblichen „SD-Agenten“ sowie die Rufmordkampagne der westdeutschen Presse führten 1969 zur politischen Demontage des Bundestagspräsidenten und seinem Rücktritt.

*Martin Honecker:* Gerstenmaier und die evangelische Kirche (S. 225–236)

Honecker untersucht die Sonderstellung Gerstenmaiers, der aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit sowie seiner Theologie auf Vorbehalte bei führenden Protestanten vor allem aus den Reihen der Bekennenden Kirche stieß. Er war von 1936 bis 1944 Mitarbeiter im Kirchlichen Außenamt der DEK, das dem „Reichsbischof“ Müller unterstand und von der Unterstützung durch das Auswärtige Amt abhängig war. 1945 wurde Gerstenmaier zum Leiter des von ihm gegründeten Evangelischen Hilfswerks berufen, das Auslandsspenden an Gemeinden verteilen sollte. Damit stand das Hilfswerk in Konkurrenz zur Inneren Mission, und die Ausweitung auf andere Wirtschaftsbereiche zur Schaffung von Arbeitsplätzen führte zu Konflikten mit den Landeskirchen, so dass Gerstenmaier zum 1. Oktober 1951 ausschied. Sein theologischer Ansatz war stark geprägt von der konservativen und idealistischen Theologie seines Lehrers Friedrich Brunstäd, die sich wesentlich von der Christo-zentrischen Lehre Karl Barths unterschied.

*Norbert Lammert:* Zwischen Demut und Selbstbewusstsein – Gerstenmaier als Bundestagspräsident (S. 237–246)

Lammert betrachtet die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des „legendären Bundestagspräsidenten“. Den engagierten Außen- und Europapolitiker hielten viele für „zu politisch“ für das Amt des Bundestagspräsidenten, das er loyal und überparteilich wahrnahm. Es kam ihm darauf an, die Rolle des Parlaments als direkt gewähltes Verfassungsorgan und starker Partner der Regierung zu festigen. Dazu zählten nicht nur Zeremonien, sondern auch mehr Rechte und bessere Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten. „Streit“ sollte nicht nur die Lebendigkeit und Kraft des Parlaments zeigen, sondern auch zu sachgerechten Entscheidungen führen. Gerstenmaier bekannte sich zum deutschen Vaterland mit seiner ganzen Geschichte und zu konservativen, immer gültigen Werten.

Michael Klein: Eugen Gerstenmaier – Der „Chefideologe“ der Union (S. 247–256)

Gerstenmaier, geprägt vom protestantischen Sozialkonservatismus, akzeptierte im Unterschied zu vielen evangelischen Kreisen die parlamentarische Demokratie. Als Interpret und Apologet der Kerngedanken der CDU betonte er folgende Punkte: 1. Ein klares Nationalbewusstsein war für ihn eine kulturelle Notwendigkeit trotz der nationalsozialistischen Katastrophe. Die Integration Deutschlands in ein christlich geprägtes Europa war für ihn selbstverständlich. 2. Die religiöse Fundierung der Politik und einer christlichen Partei verteidigte er vehement gegen alle Kritiker am „C“, wie die Anhänger Karl Barths, und propagierte das christliche Naturrecht als Grundlage eines politischen Konzeptes. 3. Er kritisierte den ausufernden Wohlfahrtsstaat, der zur Entmündigung des Einzelnen sowie zu einer kulturell anspruchslosen und sozial erlahmten Massengesellschaft führe.

*Rudolf Morsey: Gerstenmaier und Adenauer (S. 257–270)*

Das Verhältnis zwischen den beiden selbstbewussten und kämpferischen Politikern von unterschiedlicher Herkunft, Erfahrung und Mentalität war geprägt von weitgehender Übereinstimmung in der Sache und manchen Spannungen.

Gerstenmaier befürwortete – im Gegensatz zu anderen protestantischen Politikern – wie Adenauer die Westintegration, die europäische Einigung, die Wiederbewaffnung und die Aussöhnung mit Israel. Auch als Bundestagspräsident äußerte er sich zu Adenauers Missfallen zu aktuellen Fragen; er forderte mehr Flexibilität in der Deutschlandpolitik, kritisierte Adenauers Rücktritt von der Präsidentschaftskandidatur und versuchte, zwischen ihm und Ludwig Erhard zu schlichten. Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten lobte Adenauer den Beitrag Gerstenmaiers zur Stabilisierung der Demokratie und letzterer würdigte Adenauer als christlichen Politiker.

## Mitarbeiter dieses Bandes

- Günter Buchstab*, Dr. phil., Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Andreas Grau*, Dr. phil., Wiss. Mitarbeiter, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Martin Greschat*, Dr. theol., Professor em. für Kirchengeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte, Münster
- Günther Heydemann*, Dr. phil., Professor für Neuere und Zeitgeschichte, Universität Leipzig
- Klaus Hildebrand*, Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte, Universität Bonn
- Martin Honecker*, Dr. theol., Professor em. für Evangelische Sozialethik, Bonn
- Werner Kilian*, Dr. jur., Botschafter a.D., Berlin
- Michael Klein*, Dr. theol., Dr. phil., Privatdozent, Lehrtätigkeit an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und an der Universität Heidelberg
- Karl-Rudolf Korte*, Dr. phil., Dr. rer. pol., Prof. für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen
- Norbert Lammert*, Dr. rer. soc., seit 1980 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, seit 2005 Bundestagspräsident, Berlin
- Klaus W. Lippold*, Dr. rer. pol., seit 1983 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, Offenbach
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Neuere Geschichte, Neustadt/Weinstraße
- Helmut Röscheisen*, Dr., seit 1980 Generalsekretär des Deutschen Naturschutzbundes, Bonn
- Joachim Scholtz*, Dr. phil., Prof. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Bonn
- Hans-Peter Schwarz*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Politische Wissenschaften und Zeitgeschichte, Gauting
- Christian Schwießelmann*, M. A., Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- Rudolf Uertz*, Dr. phil., Referent in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Professor für Politikwissenschaft
- Gerhard Voss*, Dr. rer. pol., bis 2005 Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie beim Kölner Institut der deutschen Wirtschaft, Sankt Augustin
- Helmut Weidner*, Dr. phil., Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Privatdozent für Politikwissenschaft, FU Berlin
- Gerhard Wettig*, Dr. phil., bis 1999 Forschungsbereichsleiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, 54472 Kommen

